

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vor-
sorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

26. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und machen von dieser Möglichkeit gerne Gebrauch.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu, unter ausdrücklichem Verweis auf die Abhängigkeit zur Steuervorlage 17 (SV17).

Es ist ihm jedoch ein Anliegen, dass mit der Vorlage versucht wird einerseits die Neurentnerinnen und Neurentner nicht besser zu stellen als die heutigen Rentenbeziehenden und andererseits aber auch die Generationengerechtigkeit möglichst aufrecht erhalten bleibt. Vor diesem Hintergrund bevorzugt er die Ausgleichsmassnahmen für Frauen der Variante 1, welche sich auf Kosten von 400 Millionen Franken beschränken. Zudem wäre eine Befristung der Ausgleichsmassnahmen anzustreben.

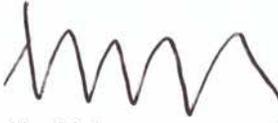
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Alex Hürzeler
Landammann



Urs Meier
Staatsschreiber i.V.

Kopie

- emina.alisic@bsv.admin.ch
- BVG- und Stiftungsaufsicht Aargau (BVSA), Geschäftsstelle, Bleichemattstrasse 7, 5001 Aarau



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 20
regina.doerig@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3008 Bern

Appenzell, 3. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Vorlage unter Vorbehalt der nachstehenden Bemerkungen einverstanden.

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der AHV ist die Dringlichkeit einer Reform offenkundig. Wir begrüssen den Entscheid, dass sich die aktuelle Vorlage lediglich auf eine Anpassung in der 1. Säule beschränkt und hier nur die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen. Dies verschafft der Politik Zeit, um umfassendere und nachhaltigere Reformen für die AHV zu diskutieren. Wie schon in der gescheiterten Vorlage AV 2020 sieht die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und Flexibilisierungen vor, was aus unserer Sicht sehr zu begrüssen ist.

Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen äussern wir uns wie folgt:

1. Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65

Bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 galt für Männer und Frauen das Rentenalter 65. Verheiratete Paare konnten jedoch eine sogenannte Ehepaarrente beziehen, wenn der Ehemann das Rentenalter erreicht hatte und die Ehefrau mindestens 60 Jahre alt war. Der Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Frauen wurde damals als ungerecht empfunden, weshalb das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt wurde, um eine Annäherung an das Grenzalter der Ehefrauen zu erreichen. Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch entsprechende Ausgleichsmassnahmen begleitet. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der veränderten Situation im Arbeitsmarkt rechtfertigt sich heute ein tieferes Rentenalter für Frauen nicht mehr. Das Rentenalter ist jenem der Männer unter Vornahme von Ausgleichsmassnahmen anzugleichen.

1.1. Ausgleichsmassnahmen - Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)

Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, welche ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgefedert werden. Im Hinblick auf die bereits angespannte finanzielle Situation der AHV ist diese kostengünstigere Variante zu bevorzugen, da sie die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen ausreichend abfedert.

1.2. Ausgleichsmassnahmen - Reduzierte Kürzungssätze und Anpassung Rentenformel (Modell 800 Millionen)

Bei dieser zweiten Variante sind ebenfalls reduzierte Rentenkürzungssätze für Frauen vorgesehen, welche nicht bis zum neuen Referenzalter arbeiten werden. Neu kommt jedoch hinzu, dass für Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten werden, eine angepasste Rentenformel zur Anwendung gebracht werden soll. Die angepasste Rentenformel bewirkt, dass das Rentenniveau zwischen der Minimal- und Maximalrente insgesamt angehoben wird, ohne die Höhe der Minimal- und Maximalrente zu beeinflussen. Durch diese Massnahme kann sicher ein starker Anreiz gesetzt werden, dass Frauen bis zur Erreichung des neuen Referenzalters im Arbeitsprozess verbleiben. Im Gegenzug können sie eine auf Lebzeiten erhöhte Rentenleistung in Anspruch nehmen.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, ob Frauen, welche über das neue Referenzalter hinaus arbeiten und ihre Rente aufschieben, neben der Anwendung der neuen Rentenformel auch noch den Zuschlag für den Aufschub (auf der bereits höheren Rente) erhalten. Um weitere Kosten zu vermeiden, sollte eine Kumulation nicht möglich sein.

Wie in Abschnitt 1.1 erwähnt, macht es Sinn, die Anpassungsmassnahmen für diejenigen Frauen auszugestalten, welche keine Möglichkeit mehr haben, ihre Erwerbstätigkeit bis zum neuen Referenzalter fortzusetzen. Jedoch ergibt sich keine begründete Notwendigkeit, denjenigen Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel höhere Renten auszubezahlen.

2. *Flexibilisierung des Rentenbezugs*

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist im Hinblick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war in der gescheiterten AV2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile, sodass es richtig ist, sie in die neue Vorlage AHV 21 zu übernehmen. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten noch besser gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben.

Die Anpassung der Kürzungs- und Erhöhungssätze an die längere Lebenserwartung ist nötig, um den finanziellen Bedürfnissen der AHV gerecht zu werden.

3. *Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren*

Die im Vorentwurf enthaltenen Anreizmassnahmen unterstützen wir. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, begrüssen wir die Möglichkeiten, Beitragslücken schliessen zu

können oder das durchschnittliche Jahreseinkommen mit Einkommen verbessern zu können, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird.

4. Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der AHV Reform - AHV-Renten sichern, Rentenniveau halten und Finanzen stabilisieren - nicht gefährdet werden, stimmen wir einer Erhöhung der MWST um 1.5 Prozentpunkte grundsätzlich zu. Im Falle einer Verknüpfung der Steuervorlage (SV17) mit der AHV-Reform gilt die Zustimmung für eine Erhöhung nur bis zu dem dann noch notwendigen Satz von 0.7 Prozentpunkten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- emi-na.alisic@bsv.admin.ch
- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 21. September 2018

Eidg. Vernehmlassung; Stabilisierung der AHV; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 eröffnete das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) im Auftrag des Bundesrates die Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV. Die Frist läuft bis am 17. Oktober 2018.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

1. Allgemeines

Es ist zu begrüßen, dass sich der aktuelle Vorstoss auf die 1. Säule beschränkt und lediglich die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen. Insbesondere die zahlreichen vorgeschlagenen Individualisierungs- und Flexibilisierungsmöglichkeiten sind positiv zu bewerten. Dadurch erhöht sich aber auch die Komplexität der ersten Säule, was erhöhte Anforderungen an die Durchführungsorgane stellt (Beratung, Berechnungen etc.). Dieser Tatsache ist gebührend Rechnung zu tragen, indem die für die Durchführung notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen ist folgendes zu bemerken:

2. Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65

Bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 galt für Männer und Frauen das Rentenalter 65. Verheiratete Paare konnten jedoch eine sogenannte Ehepaarrente beziehen, wenn der Ehemann das Rentenalter erreicht hatte und die Ehefrau mindestens 60 Jahre alt war. Der Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Frauen wurde damals als ungerecht empfunden, weshalb das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt wurde, um eine Annäherung an das Grenzalter der Ehefrauen zu erreichen. Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch entsprechende Ausgleichsmassnahmen begleitet. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der veränderten Situation im Arbeitsmarkt rechtfertigt sich zum aktuellen Zeitpunkt ein für Frauen tieferes Rentenalter gegen-



über Männern nicht mehr. Das Rentenalter (Referenzalter) der Frauen ist demjenigen der Männer anzugleichen. Richtigerweise sieht die Vorlage AHV 21 auch solche Ausgleichsmassnahmen vor. Es ist zu betonen, dass auch die Bestrebungen zur Bekämpfung der Lohndiskriminierung, der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Anerkennung unbezahlter Care-Arbeit verstärkt umgesetzt werden müssen.

2.1 Ausgleichsmassnahmen – Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)

Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, welche ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgedeckt werden. Im Hinblick auf die bereits angespannte finanzielle Situation der AHV ist diese kostengünstigere Variante zu bevorzugen, da sie die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen ausreichend abfedert.

2.2 Ausgleichsmassnahmen – Reduzierte Kürzungssätze / Anpassung Rentenformel (Modell 800 Millionen)

Bei dieser zweiten Variante sind – wie in der ersten Variante – ebenfalls reduzierte Rentenkürzungssätze für Frauen vorgesehen, welche nicht bis zum neuen Referenzalter arbeiten werden. Neu kommt jedoch hinzu, dass für Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten werden, eine angepasste Rentenformel zur Anwendung gebracht werden soll. Die angepasste Rentenformel bewirkt, dass das Rentenniveau zwischen der Minimal- und Maximalrente insgesamt angehoben wird, ohne die Höhe der Minimal- und Maximalrente zu beeinflussen. Durch diese Massnahme kann ein starker Anreiz gesetzt werden, dass Frauen bis zur Erreichung des neuen Referenzalters im Arbeitsprozess verbleiben. Im Gegenzug können sie eine auf Lebzeiten erhöhte Rentenleistung in Anspruch nehmen.

Aus den Vernehmlassungsunterlagen geht nicht hervor, ob Frauen, welche über das neue Referenzalter hinaus arbeiten und ihre Rente aufschieben, neben der Anwendung der neuen Rentenformel auch noch den Zuschlag für den Aufschub (auf der bereits höheren Rente) erhalten. Um weitere Kosten zu vermeiden, sollte eine Kumulation nicht möglich sein.

Wie in Abschnitt 2.1 bereits erwähnt, macht es Sinn, die Anpassungsmassnahmen für diejenigen Frauen auszugestalten, welche keine Möglichkeit mehr haben, ihre Erwerbstätigkeit bis zum neuen Referenzalter fortzusetzen. Es erscheint jedoch nicht notwendig, denjenigen Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel höhere Renten auszubezahlen.

3. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist im Hinblick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten in noch höherem Mass gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben.



Die Anpassung der Kürzungs- und Erhöhungssätze an die längere Lebenserwartung ist nötig, um den finanziellen Bedürfnissen der AHV gerecht zu werden.

Im Vorentwurf fällt jedoch auf, dass im Rahmen der Flexibilisierung der Beginn des Vorbezugs einer Rente ab dem Alter 62 auf jeden Monat ausgelöst werden kann, ein Aufschub hingegen mindestens für ein Jahr erfolgen muss. Diese Ungleichbehandlung von Vorbezug und Aufschub scheint unter dem Titel der Flexibilisierung des Rentenalters nicht sinnvoll.

4. Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die im Vorentwurf enthaltenen Anreizmassnahmen werden vollumfänglich begrüsst. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, wird die Möglichkeit, Beitragslücken zu schliessen oder das durchschnittliche Jahreseinkommen mit Einkommen zu verbessern, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird, als besonders geeignet erachtet.

5. Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der anstehenden AHV-Reform (AHV-Renten sichern, Rentenniveau halten und Finanzen stabilisieren) nicht gefährdet werden, ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1.5 % grundsätzlich unumgänglich. Im Falle einer Verknüpfung der AHV-Reform mit der Steuervorlage («SV 17») gilt die Unterstützung für eine Erhöhung aber nur bis zu dem dann noch notwendigen Satz von 0.7 %.

6. Steuerrechtliche Beurteilung der Änderungen in der 2. Säule

Art. 13a Abs. 1 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; SR 831.40) soll die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal drei Etappen im Rahmen der Teilpensionierung regeln. Gemäss Art. 13b Abs. 2 BVG muss der Teil der Altersleistung, der vor dem regulatorischen Referenzalter bezogen wird, mindestens 20 % der Altersleistung, koordiniert mit der AHV, betragen. Die Vorsorgeeinrichtungen sind jedoch frei, in ihrem Reglement eine grössere Anzahl Teilbezüge vorzusehen; sie können zudem einen Vorbezug von weniger als 20 % zulassen.

Die Möglichkeit einer Teilpensionierung besteht bereits in der Steuerpraxis im Rahmen einer konsolidierten Betrachtungsweise. Die vorgeschlagene Regelung entspricht im Grundsatz dieser Praxis. Ob die Möglichkeit, mehr als drei Teilbezüge zuzulassen und einen Vorbezug von weniger als 20 % zu ermöglichen, einem Bedürfnis entspricht, ist fraglich. Eine Reduktion von beispielsweise 10 % entspricht einem halben Arbeitstag pro Woche und dürfte zu keiner Einkommenseinbusse führen, die durch Teilrentenleistungen zu kompensieren wäre. Steuerrechtlich werden die Rentenleistungen zudem als Einkommen besteuert.

Bei Kapitaleistungen, welche einer gesonderten privilegierten Besteuerung unterliegen, stellt sich die Situation anders dar. Die Aufteilung der Kapitaleistung hat zwar auf kantonaler Ebene durch die proportionale Besteuerung keinen steuerlichen Vorteil. Bei der direkten Bundessteuer wird die Progression – je nach Anzahl Teilbezügen – jedoch in erheblichem Ausmass gesenkt. Dies kann zur Folge haben, dass die Versicherten nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen Kapitaleistungen in Form von Teilbezügen wählen, sondern aus Gründen der Steueroptimierung. Solche steuerlichen Anreize gilt es zu vermeiden.



Die Anzahl Teilbezüge ist daher auf maximal zwei Bezüge zu beschränken. Sollte eine grössere Anzahl Teilbezüge vorgesehen bleiben, müsste innerhalb des Steuerrechts eine Bestimmung eingeführt werden, welche es den Steuerbehörden erlaubt, die Teilbezüge innerhalb einer gewissen Zeitspanne (z.B. fünf Jahre) satzbestimmend bei der Besteuerung berücksichtigen zu können. Damit sollte der steuerrechtliche Anreiz für Teilkapitalbezüge die vorsorgerechtlichen Überlegungen nicht allzu sehr beeinflussen.

7. Weitere Bemerkungen zur Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten und -policen

Die Steuerbehörden sind in der Praxis oft mit Fällen konfrontiert, in denen Freizügigkeitskonten oder -policen immer noch «in Kraft» sind, obwohl sie in die aktuelle Vorsorgestiftung, bei der die Versicherten obligatorisch oder gegebenenfalls freiwillig angeschlossen sind, überführt werden müssten.

Art. 16 Abs. 1 der Freizügigkeitsverordnung (FZV; SR 831.425) sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass Altersleistungen von Freizügigkeitspolicen und Freizügigkeitskonten frühestens fünf Jahre vor und spätestens fünf Jahre nach Erreichen des Rentenalters nach Art. 13 Abs. 1 BVG ausbezahlt werden dürfen. Laut der aktuellen Praxis des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV ist der Aufschub von Altersleistungen bei Männern bis zum Alter von 70 Jahren und für Frauen bis zum Alter von 69 Jahren nicht an die Fortführung einer Erwerbstätigkeit geknüpft. Die steuerpflichtigen Personen können also – unabhängig von einer Erwerbstätigkeit – zwischen einem Alter von 60 bis 70 Jahren frei wählen, wann sie die Auszahlung von Altersleistungen wünschen.

Die freie Wahl des Auszahlungszeitpunkts scheint nicht gerechtfertigt. Sowohl bei der beruflichen Vorsorge als auch bei der Säule 3a ist der Aufschub des Auszahlungszeitpunkts von Altersleistungen über das ordentliche Rentenalter hinaus nur im Falle einer Fortführung der Erwerbstätigkeit bis zu deren Aufgabe möglich. Es ist kein Grund für eine abweichende Regelung auf dem Gebiet von Freizügigkeitskonten oder -policen ersichtlich. In steuerlicher Hinsicht geht es dabei um die Vermeidung einer Zerstückelung der Altersleistungen durch die Möglichkeit, Rentenskapital aus einer Vorsorgeeinrichtung zu beziehen und dieses in ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice für unterschiedliche Jahre (Steuerperioden) einzuzahlen, was zu einer Brechung der Steuerprogression führt. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass das FZG dahingehend angepasst werden müsste, dass der Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen nur im Falle der Fortführung einer Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung möglich sein soll.

Kontaktperson für Rückfragen ist Angela Koller, stv. Departementssekretärin Gesundheit und Soziales, Kasernenstrasse 17, 9102 Herisau, angela.koller@ar.ch, 071 353 64 57.



Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Per E-Mail:
elina.alisic@bsv.admin.ch

8. August 2018

RRB-Nr.: 972/2018
Direktion Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
Unser Zeichen HAE/CRM
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Vernehmlassung des Bundes: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 hat uns das Eidgenössische Departement des Innern EDI die Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) unterbreitet. Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Vorlage Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliches zur Stabilisierung der AHV

Der Regierungsrat anerkennt die Problematik, dass sich die Finanzierungssituation der AHV seit 2014 zusehends verschlechtert. Da am 14. September 2017 die Reform der Altersvorsorge 2020 in der Volksabstimmung gescheitert ist, verschärft sich die Situation. Obwohl der Regierungsrat in der Stellungnahme 2014 zur Reform der Altersvorsorge 2020 die Behandlung mit der beruflichen Vorsorge als Gesamtpaket begrüsst, anerkennt er in Betracht der gegenwärtigen Lage die Priorisierung der AHV zur Sicherung des finanziellen Gleichgewichts und zum Erhalt des Rentenniveaus.

2. Referenzalter

Bereits in der Stellungnahme zur Reform der Altersvorsorge 2020 hat der Regierungsrat darauf hingewiesen, dass der Arbeitsmarkt gemäss Studien nicht genügend bereit sei, ältere Arbeitskräfte aufzunehmen. Die Angleichung des Referenzalters auf 65 Jahre für beide Geschlechter sollte deshalb sozial verträglich ausgestaltet sein. Im erläuternden Bericht zur AHV 21 wird auf Seite 34 darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsakteure sensibilisiert werden

müssen, damit ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz finden. Eine Sensibilisierung erachtet der Regierungsrat in diesem Kontext als unzureichend, da insbesondere finanzielle Faktoren ausschlaggebend sind, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt Schwierigkeiten haben.

3. Ausgleichsmassnahmen für die Frauen

Da davon auszugehen ist, dass viele Frauen nicht bis 65 Jahren arbeiten können, begrüsst der Regierungsrat die Ausgleichsmassnahmen bezüglich der Anhebung des Referenzalters der Frauen. Während Variante 1 nur eine Ausgleichsmassnahme für Frauen vorsieht, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten können und ihre Rente vorbezahlen, beinhaltet Variante 2 zusätzlich eine höhere Altersrente für Frauen mit einem tiefen bis mittleren Einkommen, die bis zum Referenzalter arbeiten. Der Regierungsrat favorisiert die umfangreichere Variante 2 und erachtet den damit verbundenen Effekt auf die Ergänzungsleistungen als positiver (Variante 1: 120 Mio. Franken; Variante 2: 130 Mio. Franken). Für eine erfolgreiche Umsetzung der Erhöhung des Referenzalters erachtet der Regierungsrat Ausgleichsmassnahmen in jedem Fall als unerlässlich.

4. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Die Flexibilisierung des Rentenbezugs entspricht gemäss den Ausführungen im erläuternden Bericht einem Wunsch sowohl von Unternehmen als auch Versicherten. Der Regierungsrat erachtet es als unerlässlich, dass die Flexibilisierung nicht zu Lasten der Sozialversicherungen erfolgt. So ist es beispielsweise entscheidend, dass im Falle eines Rentenvorbezugs einer Teilrente nicht die um den Kürzungssatz reduzierte Teilrente bei den Ergänzungsleistungen berücksichtigt wird, sondern die um den Kürzungssatz reduzierte ganze Rente.

5. Finanzierung AHV und Steuervorlage 17 [neu: Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)]

Gemäss dem erläuternden Bericht zur AHV 21 erwarten die Kantone und Gemeinden bei einer Erhöhung der MWST von 1,5 Prozentpunkten durch die AHV 21 Mehrausgaben für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen von 165 Mio. Franken, resp. 185 Mio. Franken. Aufgrund der Teuerung bei Löhnen kommen max. zusätzliche 220 Mio. Franken für die Kantone und 115 Mio. Franken bei den Gemeinden hinzu. Wie diese Zahlen hergeleitet wurden, ist dem erläuternden Bericht leider nicht nachvollziehbar zu entnehmen und es ist auch nicht klar, wie sich die Last auf die einzelnen Kantone verteilt. Der Regierungsrat fordert, dass der Bund in den Vernehmlassungsunterlagen publizierte Zahlen transparent darlegt, so dass die Kantone in der Lage sind, die konkreten finanziellen Auswirkungen zu prüfen.

Der Regierungsrat hat in der Stellungnahme zur Reform der Altersvorsorge 2020 angeregt, dass nebst der Erhöhung der Mehrwertsteuer weitere Finanzierungsquellen geprüft werden sollen, um die Finanzierung zu diversifizieren. Die im Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) enthaltenen Massnahmen könnten eine gewisse Diversifizierung bewirken. Die Gegenfinanzierung sieht gemäss Ständerat nebst den 0,3 Prozent Lohnbeiträgen (je 0,15% Arbeitgeber/Arbeitnehmer) und Erhöhung des Bundesbeitrags an die AHV die Zuweisung des ganzen Demografieprozents der MWST an den AHV-Ausgleichsfonds vor. Die MWST müsste statt um 1,5 nur um 0,7 Prozentpunkte erhöht werden, da die STAF rund 2 Milliarden Franken an die AHV beitragen würde. Die sachliche Verknüpfung der Steu-

erreform mit der Finanzierung des AHV-Fonds ist jedoch umstritten und der Ausgang sehr ungewiss. Der Regierungsrat fordert deshalb bereits jetzt eine nachhaltige und ausgewogene Finanzierungsstrategie, die auf mehreren Finanzierungsquellen fusst.

Der Regierungsrat dankt für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Finanzdirektion
- Volkswirtschaftsdirektion
- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Ausgleichskasse des Kantons Bern
- IV-Stelle Kanton Bern

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und
EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Liestal, 16. Oktober 2018
fm

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Juni 2018 zum oben erwähnten Geschäft und nehmen dazu gerne Stellung.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft befürwortet Massnahmen zur Stabilisierung der AHV und begrüsst in diesem Sinne die rasche Wiederaufnahme der AHV-Reform (AHV 21). Die vorgeschlagenen Massnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Die Vorlage setzt fast ausschliesslich auf Mehreinnahmen aus der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozentpunkte. Von einer ausgewogenen Reform auf der Einnahmen- und Ausgabenseite kann somit kaum die Rede sein. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Reform geht damit schwergewichtig zulasten der Jüngeren, da diese über den zeitlichen Verlauf am stärksten von den erhöhten Steuerbelastungen betroffen sind.

Sollte die Steuervorlage 17 angenommen werden, reduziert sich der Finanzierungsbedarf für die AHV, womit auch die Mehrwertsteuer weniger stark anzuheben ist. Unabhängig von der Art der Finanzierung wird der Subventionsanteil der AHV durch die geplante Reform stark steigen. Hinzu kommen die nichtrentenbildenden AHV-Beiträge auf Jahreseinkommen von über 84 600 Franken; diese Beiträge sind faktisch ebenfalls Steuern und deshalb als Subventionen für die übrigen Versicherten zu betrachten.

Die Vermischung der zwei grossen Umverteilungsströme in der AHV (von den Jungen zu den Älteren und von den höheren Einkommen zu den tieferen) würde dadurch noch verstärkt, was künftig Reformen auf der Leistungsseite weiter erschweren dürfte.

Aus unserer Sicht wäre der möglichst rasche Beginn einer Diskussion über eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters angezeigt. Ohne eine Erhöhung nehmen die AHV-Leistungen automatisch zu, weil die Lebenserwartung laufend steigt. In diesem Sinn begrüssen wir die Angleichung des

„Referenzalters“ für Frau und Mann; präferieren dabei aber die Variante mit Kompensationen im Umfang von 400 Mio.

Die langfristige Stabilisierung der AHV ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen und sollte allein deshalb bald gelingen. Es braucht strukturelle Reformen der AHV – und dies möglichst rasch und nicht erst nach 2030. Ein wesentlicher Aspekt einer strukturellen Reform wäre eine generelle Rentenaltererhöhung. Diese hätte eine doppelte Wirkung, indem die Bezugsdauer verkürzt und die Beitragsdauer verlängert würde.

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist im Hinblick auf die Lebens- und Arbeitsformen folgerichtig. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten Abstimmungsvorlage "Altersvorsorge 2020" einer der am wenigsten umstrittenen Teile. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger, das heisst über das Referenzalter hinaus, im Erwerbsprozess verbleiben.

Ob die Anreize für den Aufschub der Altersrente ausreichend sind, ist umstritten. Der Aufschubzuschlag orientiert sich "nur" an versicherungstechnischen Vorgaben.

Der Aufschub der Altersrente ist zurzeit innert eines Jahres vom Beginn der Aufschubdauer an schriftlich zu erklären (Art. 55quater Abs. 1 AHVV). Reicht die versicherte Person innert dieser Frist die Aufschuberklärung nicht ein, verliert sie den Zuschlag bei Rentenaufschub. Diese Bedingung ist nicht mehr zeitgemäss, führt zu Missverständnissen mit den versicherten Personen sowie zu administrativem Mehraufwand.

Im Vorentwurf wird die Flexibilisierung des Bezugs der Altersrenten nicht konsequent umgesetzt. Der Beginn des Vorbezugs einer Rente ab dem Alter 62 kann auf jeden Monat ausgelöst werden. Ein Aufschub muss hingegen um mindestens für ein Jahr erfolgen. Diese Ungleichbehandlung von Vorbezug und Aufschub ist nicht sinnvoll. Der Aufschub soll ebenfalls monatlich möglich sein. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz gesetzt, länger zu arbeiten, weil die nötige Flexibilität gewährleistet wird, um auf allenfalls rasche Veränderungen der persönlichen Situation reagieren zu können (z.B. Gesundheitszustand, etc.).

Mit diesen Änderungen wird sich die Komplexität der ersten Säule erhöhen. Dies stellt auch erhöhte Anforderungen an die AHV-Ausgleichskassen (Beratung der Bevölkerung, Berechnungen von Leistungen, etc.). Dieser Tatsache ist gebührend Rechnung zu tragen, indem die für die Durchführung notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV eine volksnahe und verständliche Volksversicherung bleibt.

Auch aus steuerlicher Sicht haben wir eine Anmerkung. Art. 13a Abs. 1 VE-BVG regelt die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal drei Etappen im Rahmen der Teilpensionierung. Gemäss Art. 13b Abs. 2 VE-BVG muss der Teil der Altersleistung, der vor dem regulatorischen Referenzalter bezogen wird, mindestens 20 % der Altersleistung, koordiniert mit der AHV, betragen.

Teilbezüge können in Form von Renten- und/oder Kapitalbezügen vorgenommen werden. Aus steuerlicher Sicht sind lediglich Kapitalbezüge heikel, da diese einer von den übrigen Einkünften getrennten Besteuerung zu einem privilegierten Satz unterliegen. Bei entsprechender Planung lässt sich zudem die Progression brechen und es können erhebliche Steuervorteile entstehen. Bezüglich der Möglichkeit, eine Kapitalauszahlung in bis zu drei Teilbezügen gemäss Art. 13a

Abs. 1 VE-BVG vorsehen zu können, haben wir keine Vorbehalte. Wir unterstützen diesbezüglich, dass nach Art. 13b Abs. 1 VE-BVG die vor dem Referenzalter bezogene Teil-Altersleistung den Anteil der Gehaltsreduktion nicht übersteigen darf. Hingegen würden wir eine Erhöhung der Anzahl Teilbezüge bei Kapitalauszahlungen nicht begrüssen.

Für die Möglichkeit zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren bedanken wir uns.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail emina.alisic@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und
EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Basel, 26. September 2018

Regierungsratsbeschluss vom 25. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 laden Sie die Kantonsregierungen sowie weitere Kreise zur Vernehmlassung betreffend die Reform der Altersvorsorge 2021 ein. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1. Allgemeine Bemerkungen zur Vernehmlassungsvorlage

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die Vorlage zur AHV, einschliesslich der - soweit notwendigen - Erhöhung der Mehrwertsteuer als Zusatzfinanzierung für die AHV. Wir erachten insbesondere die Wahrung des heutigen Rentenniveaus als Grundbedingung der Reform. Die demographischen Herausforderungen sind kein neues Phänomen und waren über viele Jahrzehnte bewältigbar. Sie sollen auch inskünftig nicht dazu führen, dass die Sozialversicherungsleistungen abgebaut würden und durch bedarfsabhängige Sozialleistungen der Kantone und Gemeinden aufgefangen werden müssten.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Elementen der Vorlage

Einheitliches Referenzrentenalter 65 für Frauen und Männer (AHV und berufliche Vorsorge)

Der Regierungsrat unterstützt, dass auch in der Sozialversicherung die Gleichstellung von Mann und Frau umgesetzt wird und das Referenzalter für den Rentenbezug künftig einheitlich bei 65 Jahren liegen soll.

Ausgleich für die Frauen

Die Frauen leisten mit der Erhöhung des Rentenalters einen substanziellen Beitrag zur Sanierung der AHV. Ein Teil der Einsparungen soll daher dazu genutzt werden, die Situation der betroffenen Rentenbezügerinnen zu verbessern. Daher ist die Variante 2 zu bevorzugen, da sie nicht nur Rentenvorbezieherinnen, sondern generell Rentnerinnen der Übergangsgeneration begünstigt.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Der Regierungsrat stimmt den vorgeschlagenen Vorbezugs- und Aufschubsmöglichkeiten mit einer flexiblen Gestaltung der Pensionierung zwischen 62 und 70 Jahren zu. Er unterstützt im Grundsatz, dass Arbeit nach 65 künftig der Schliessung von Beitragslücken sowie der Anhebung des rentenbegründenden durchschnittlichen Jahreseinkommens dient. Dadurch könnten Karriereunterbrüche und versicherungstechnische Nachteile von Teilzeitarbeit kompensiert werden.

Inwiefern ältere Arbeitnehmende überhaupt eine Möglichkeit auf eine Anstellung oder Weiterbildung nach 65 haben, ist allerdings sehr fraglich. Zu überdenken ist daher die Voraussetzung bei der Schliessung der Beitragslücken, wonach das nach 65 erzielte Einkommen mindestens 40 % des bisherigen durchschnittlichen Jahreseinkommens betragen muss. Durch diese Massnahme werden Versicherte benachteiligt, die unselbstständig erwerbstätig sind. Es wäre besser, die Möglichkeit der Ergänzung von Beitragslücken nicht an ein Mindestjahreseinkommen zu binden und den Vorschlag entsprechend zu ändern; subsidiär wird angeregt, den Mindestsatz von vorgeschlagen 40 % auf 25 % des vorherigen durchschnittlichen Jahreseinkommens zu senken. Parallel dazu sollen auf Bundesebene Massnahmen zur besseren Eingliederung von älteren Arbeitnehmenden geprüft werden.

Der Regierungsrat begrüsst die Regelung, gemäss welcher bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen beim Bezug einer Teilrente grundsätzlich mit der ganzen Rente gerechnet wird.

Zusatzfinanzierung für die AHV

Der Regierungsrat stimmt der geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer zu. Sie entspricht einer dringenden sozialpolitischen Notwendigkeit, erlaubt sie doch, die Nachhaltigkeit der AHV-Renten trotz demographisch bedingter Finanzierungsprobleme zu sichern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen das Amt für Sozialbeiträge, Dr. Antonios Haniotis, Tel. 061 267 86 39, antonios.haniotis@bs.ch, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral des assurances sociales
Secteur prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Document PDF et Word à :
emina.alisic@bsv.admin.ch

Fribourg, le 2 octobre 2018

Modification de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS) et de la Constitution fédérale – Prise de position du Conseil d'Etat relative à l'avant-projet du Conseil fédéral du 27 juin 2018 sur la modification de la LAVS (stabilisation de l'AVS / AVS 21)

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons au courrier du 27 juin 2018 de M. Alain Berset, Président de la Confédération.

Nous vous remercions de la possibilité qui est donnée au Conseil d'Etat du canton de Fribourg de prendre position sur l'avant-projet et les explications du Conseil fédéral concernant la modification de la Loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS) intitulée « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) » et la modification de la Constitution fédérale qui l'accompagne. Après examen du projet mis en consultation, le Conseil d'Etat prend position comme suit en la matière.

1. Généralités

Compte tenu de la situation financière difficile de l'AVS, l'urgence d'une réforme de l'AVS est évidente. Le Conseil d'Etat accueille favorablement la décision du Conseil fédéral de se limiter dans le présent projet aux adaptations nécessaires dans le premier pilier pour garantir le niveau des prestations et le financement de l'AVS. Cette approche permet de revenir à un cycle de révision régulier, comme c'était le cas jusqu'à la dixième révision de l'AVS en 1997.

Le Conseil d'Etat salue le fait que le projet « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) » soit couplé avec la réforme « Projet fiscal 17 (PF 17) » du point de vue de la consolidation de l'AVS. Cela permettrait en effet d'apporter des ressources financières supplémentaires substantielles à l'AVS et signifierait, entre autres, que l'augmentation de la TVA pourrait être limitée à 0.7 points au lieu de 1.5. Cette solution est préférable dans la mesure où la TVA s'applique de la même manière à l'ensemble de la population mais impacte plus fortement les faibles revenus. Une plus faible augmentation de la TVA limiterait la paupérisation des personnes à faible revenu.

Du point de vue de la politique de l'égalité, il convient de souligner que les femmes dépendent plus des prestations de l'AVS en raison notamment de la structure des salaires et du marché du travail en Suisse. Les femmes sont en effet nettement plus nombreuses que les hommes à travailler à temps partiel ou à suspendre leur activité lucrative pour des raisons familiales. Tant les périodes sans activité lucrative que le travail à temps partiel ont des répercussions négatives sur la prévoyance vieillesse. Les femmes sont ainsi plus nombreuses à subir des lacunes considérables. La réforme de l'AVS ne doit pas contribuer à approfondir les discriminations structurelles que les femmes subissent déjà à l'heure actuelle, mais au contraire être équitable.

Enfin, la réforme de l'AVS ne doit pas conduire à une réduction des prestations pour les personnes retraitées et donc à un transfert des charges (à travers les PC ou l'aide sociale) vers les cantons. Le Conseil d'Etat du canton de Fribourg se réjouit de constater que la proposition mise en consultation répond à ces prémices.

2. Relèvement de l'âge de la retraite (âge de référence) des femmes à 65 ans

Lors de la dixième révision de l'AVS en 1997, l'âge de la retraite des femmes a été rehaussé à 64 ans. Cette augmentation s'est accompagnée de mesures compensatoires appropriées.

En raison de l'évolution démographique et de l'évolution de la situation sur le marché du travail, un âge de départ à la retraite plus bas pour les femmes que pour les hommes est aujourd'hui contesté. En contrepartie de l'âge de la retraite (âge de référence) des femmes identique à celui des hommes, le projet de loi « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) » doit prévoir aussi des mesures compensatoires.

Par ailleurs, le Conseil d'Etat souligne l'importance de la lutte contre la discrimination salariale à l'encontre des femmes. Celle-ci se chiffre en plusieurs milliards de francs par an, montant sur lequel n'est prélevée aucune charge sociale. Agir sur ces inégalités de rémunération contribuerait à apporter automatiquement plusieurs centaines de millions de francs à l'AVS et aux fonds LPP. Il serait également opportun de réfléchir à la rémunération du temps accordé aux soins aux proches.

L'OFAS reconnaît que grâce au relèvement de l'âge de la retraite, les femmes contribueraient de façon substantielle à l'assainissement de l'AVS. Une partie des économies réalisées sera ensuite utilisée afin d'améliorer la situation d'une partie des rentières concernées. En cas d'entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2022, le Conseil fédéral propose deux variantes pour les femmes nées entre 1958 et 1966. A cet égard, le Conseil d'Etat souhaite que soit retenue la deuxième variante, qui prévoit des taux de réduction plus favorables pour les femmes qui arrêtent de travailler avant d'atteindre le nouvel âge de référence et une formule de rente adaptée, qui serait appliquée aux femmes travaillant jusqu'au nouvel âge de référence et au-delà. Cependant, le Conseil d'Etat regrette que seules les femmes nées entre 1958 et 1966 puissent profiter de ces mesures compensatoires.

3. Flexibilisation de la retraite

Une plus grande flexibilité de l'âge du départ à la retraite répond aux modes de vie et de travail d'aujourd'hui. La flexibilisation étant l'un des éléments les moins controversés du projet « Prévoyance 2020 », le Conseil fédéral l'a donc largement reprise dans le nouveau projet de loi. Afin de mieux répondre aux besoins individuels de l'assuré, il semble judicieux d'élargir les possibilités de retraite anticipée qui étaient auparavant limitées.

Toutefois, compte tenu de l'évolution démographique, il est également essentiel de prévoir des incitations pour maintenir les gens plus longtemps sur le marché du travail. L'adaptation des taux de réduction et d'augmentation à l'allongement de l'espérance de vie est nécessaire pour répondre aux besoins financiers de l'AVS.

4. Mesures incitatives pour travailler au-delà de l'âge de 65 ans

Le Conseil d'Etat soutient les mesures d'incitation figurant dans l'avant-projet. Toutefois, parmi les personnes qui travaillent au-delà de l'âge de la retraite, seule la moitié le fait de manière volontaire. Le projet de flexibilisation de la retraite aura pour conséquence de contraindre les personnes à faible revenu ou ayant eu des interruptions dans le parcours professionnel à travailler plus longtemps, alors que les personnes à revenu élevé peuvent et pourront choisir d'arrêter de travailler ou d'ajourner leur départ à la retraite, accentuant ainsi les inégalités sociales qui existent déjà aujourd'hui. Le projet ne semble pas tenir compte du fait que l'activité professionnelle des seniors soulève des enjeux d'emploi et de gestion des ressources humaines. En effet, les statistiques de l'OFS démontrent la difficulté croissante pour les personnes âgées à se maintenir sur le marché du travail, respectivement à pouvoir s'y réinsérer après un licenciement.

Le Conseil d'Etat approuve la possibilité pour les assuré-e-s d'intégrer le revenu obtenu après l'âge de 65 ans dans le calcul de la rente, toute personne assurée pouvant améliorer son revenu moyen et ainsi augmenter sa rente AVS. Il regrette cependant que la mesure proposée risque de ne pas profiter à une partie de la population féminine occupant des postes à travail pénible, ce qui dans les faits limite leur possibilité d'ajourner le départ à la retraite. Pour ces personnes, les prestations complémentaires et l'aide sociale continueront à servir de correctif.

Le Conseil d'Etat est d'avis que la condition selon laquelle le revenu réalisé après 65 ans doit être équivalent à 40 % au moins du revenu annuel moyen réalisé avant l'âge de référence n'est pas satisfaisante. Cette mesure désavantage les personnes salariées par rapport aux personnes indépendantes puisqu'elle implique un taux d'occupation considérable, voire le maintien de la position professionnelle actuelle, et qu'il est fortement improbable que tous les employeur-e-s offrent la possibilité à leur personnel de travailler jusqu'à 70 ans. Le Conseil d'Etat propose donc que le taux minimal soit abaissé de 40 % à 25 %.

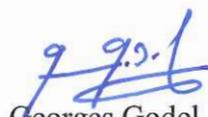
Conclusion

Compte tenu de ce qui précède, le Conseil d'Etat approuve l'avant-projet « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) » proposé par le Conseil fédéral, sous réserve des remarques susmentionnées.

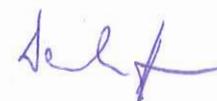
Pour toute demande d'informations complémentaires, nous vous invitons à vous adresser à la Direction de la santé et des affaires sociales du canton de Fribourg, Route des Cliniques 17, 1700 Fribourg, dsas@fr.ch.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :


Georges Godel
Président





Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

**Le Conseil d'Etat**

4779-2018

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Monsieur Alain Berset
Président de la Confédération
Inselgasse 1
3003 Berne

**Concerne : consultation sur l'avant-projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21)**

Monsieur le Président,

Votre courrier du 27 juin 2018, adressé à l'ensemble des gouvernements cantonaux concernant l'objet cité sous rubrique, nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

Après un examen attentif de l'avant-projet soumis et du rapport explicatif qui l'accompagne, nous vous informons que notre Conseil approuve le principe d'une réforme de l'AVS, tant cette dernière apparaît à la fois urgente et nécessaire. En effet, la pérennité de l'AVS doit être assurée sur le plan financier et, en ce sens, il est judicieux de la part du Conseil fédéral de proposer rapidement un nouveau projet. Ainsi, le projet soumis, bien que partiel et aux effets limités, doit sur le principe être soutenu afin de garantir la pérennité du système suisse de retraite, bien qu'une partie des mesures proposées ne puissent l'être. Il conviendra également de poursuivre les réflexions en vue d'introduire des adaptations additionnelles, notamment au niveau de la prévoyance professionnelle obligatoire, qui sont également indispensables.

Sous l'angle cantonal, une réforme ne doit pas conduire à une réduction des prestations pour les personnes retraitées et donc à un transfert des charges, à travers les prestations complémentaires à l'AVS/AI ou l'aide sociale, vers les cantons. Nous sommes satisfaits de constater que le projet présenté répond à ces prémisses.

En ce qui concerne la proposition d'associer la réforme de la fiscalité des entreprises (PF 17) et celle de l'AVS, notre Conseil a pris bonne note de l'acceptation de cette proposition par les Chambres fédérales en septembre 2018. Dans ce contexte, il est plus difficile de se prononcer sur l'avant-projet soumis à consultation, étant entendu qu'une partie des propositions y relatives seront certainement adaptées en cas de mise en œuvre de la loi relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Il est toutefois essentiel de souligner que malgré les deux milliards de francs supplémentaires qui seraient versés à l'AVS chaque année dans ce cas de figure, une réforme du financement des retraites reste incontournable tant les besoins futurs excèdent largement ce montant. Cette solution présente l'avantage d'augmenter la contribution de la Confédération au financement des coûts liés au vieillissement de la population. En effet, il ressort des recherches conduites par l'administration fédérale que les cantons et les communes seront fortement impactés par la hausse des dépenses en matière de santé en lien avec le vieillissement. Il est ainsi

indispensable que la Confédération augmente sa contribution pour faire face à ce phénomène. Cette approche constitue donc un premier pas dans la bonne direction.

S'agissant des mesures concrètes proposées à l'appui du projet AVS 21, notre Conseil soutient les positions énoncées ci-dessous.

Le relèvement de l'âge de la retraite des femmes ne peut être accepté en l'état car les mesures de compensation proposées sont jugées insuffisantes. En effet, cette proposition ne tient pas compte du fait que les femmes subissent encore des inégalités salariales. L'harmonisation de l'âge de référence à 65 ans supprimerait un avantage dont bénéficient les femmes, alors que les mesures concrètes de réduction des inégalités salariales constatées sont encore attendues.

Toutefois, en cas d'acceptation de cet aspect du projet, nous préconisons de retenir la seconde des variantes proposées, cette solution plus généreuse étant mieux à même de compenser les conséquences négatives pour les femmes concernées par cette évolution, dont nous souhaitons qu'elle ne se réalise pas.

La proposition de flexibilisation de la retraite, qui offre de larges possibilités de se retirer de la vie active entre 62 et 70 ans en fonction des besoins de chacun et permet de surcroît un passage progressif de la vie active à la retraite, est approuvée. Il conviendra toutefois que les seniors soient, dans leur majorité, effectivement engagés sur le marché du travail. Un effort particulier des employeurs sera donc nécessaire.

Notre Conseil ne peut que se montrer réaliste concernant le principe d'un relèvement de la TVA en faveur de l'AVS. En effet, et même si cette solution fera peser des charges supplémentaires sur l'ensemble des ménages et des entreprises, l'évolution prévue des dépenses de l'AVS rend impératif le besoin de trouver de nouvelles sources de financement. A ce propos, le recours à la TVA sera moins important que prévu en cas de hausse du taux de cotisation AVS pour assurer le financement tel que prévu dans le projet RFFA.

D'un point de vue fiscal, le projet AVS 21 a des incidences qui ont fait l'objet d'une analyse reflétée dans la réponse à la consultation AVS 21 formulée le 6 septembre 2018 par le Comité de la Conférence suisse des impôts (CSI). Nous adhérons pleinement à cette prise de position et souhaitons que les propositions formulées soient retenues dans le projet AVS 21.

De manière générale, à la lecture des résultats de l'analyse VOTO réalisée après le rejet de PV 2020, il apparaît que l'impact des aspects démographiques sur l'urgence d'une réforme de l'AVS n'est pas suffisamment connu de la population, laquelle ne semble pas avoir été particulièrement informée de l'importance des enjeux. Il nous paraît donc essentiel de lancer une campagne de communication au plan national s'agissant des aspects non seulement financiers, mais aussi sociétaux en lien avec le vieillissement de la population.

En effet, notre Conseil s'inquiète de constater combien il est difficile de trouver un accord sur un projet qui, comme indiqué dans le rapport explicatif, ne constitue qu'une étape nécessaire, mais incomplète, par rapport aux adaptations qui seront encore nécessaires afin d'assurer le financement et la pérennité du système AVS après 2030. Un échec, à l'instar de l'ensemble des réformes proposées depuis 1997, n'est pas envisageable car les écueils financiers annoncés depuis plus de vingt ans sont confirmés. En effet, la Confédération indique qu'à compter de 2018, il sera nécessaire de puiser dans le Fonds de compensation de l'AVS, puisque les rendements de la fortune ne permettront plus de compenser l'excédent de dépenses par rapport aux recettes, comme cela était le cas depuis 2014. C'est ainsi plus de 53 milliards de francs de recettes additionnelles qui seront nécessaires d'ici à 2030.

Dans ce contexte, il convient que le pouvoir politique et les partenaires sociaux, quel que soit le destin du projet AVS 21, s'engagent à étudier au plus vite l'ensemble des pistes de financement envisageables pour garantir non seulement la pérennité du système de retraite, mais également le bon fonctionnement de l'ensemble des secteurs qui seront impactés par le vieillissement de la population, en particulier le système de santé. A défaut d'une approche globale et courageuse, les solidarités entre les générations, les classes sociales et les genres seront mises à rude épreuve dans les années à venir.

Pour le surplus, notre position se fonde sur les éléments détaillés figurant dans le document annexé.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

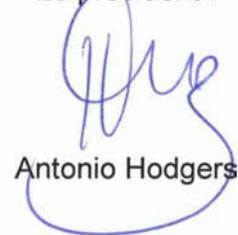
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Antonio Hodgers

Annexe mentionnée

Copie à : *via email* : emina.alisic@bsv.admin.ch

Procédure de consultation relative à l'avant-projet de loi sur la stabilisation de l'AVS (AVS 21)

Prise de position du Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève

Remarques générales

De manière générale, l'approche retenue dans le cadre de la révision proposée est saluée, car elle vise à maintenir le niveau des prestations de vieillesse durant la retraite et à garantir l'équilibre financier de l'AVS. Toutefois et comme indiqué par le Conseil fédéral lui-même, il ne s'agit que de mesures partielles visant à assurer le financement du système jusqu'en 2030. En effet, d'ici cette date, le besoin de financement additionnel se montera à 53 milliards de francs pour maintenir le niveau du Fonds de compensation de l'AVS à hauteur d'une dépense annuelle, comme l'exige la loi. L'acceptation du volet social portant sur l'AVS dans le cadre du Projet fiscal 17 par les Chambres fédérales ne constitue qu'une solution partielle. Aussi, une réforme plus profonde de l'AVS reste nécessaire. De ce fait, le projet soumis à consultation conserve toute sa pertinence.

Il apparaît en outre que l'ensemble des conséquences liées au vieillissement n'est pas suffisamment connu de la population, l'analyse VOTO réalisée après le refus de la réforme de la Prévoyance-vieillesse 2020 indiquant que seuls 20% des votants ont motivé leur acceptation par une connaissance du contexte démographique. Il en ressort que la communication en la matière est soit insuffisante, soit inefficace. Dès lors, il convient impérativement de susciter une nouvelle adhésion, y compris des plus jeunes, au système, laquelle ne sera possible que si une réforme profonde et juste est lancée. Il convient dès lors, au-delà des chiffres, de présenter les enjeux sociétaux en cas de nouvel échec de la réforme proposée. A défaut, un succès dans les urnes paraît compromis, voire illusoire.

La prise de position du canton de Genève exprimée ci-après se concentre uniquement sur les modifications des actes et dispositions légales ayant suscité des commentaires particuliers, les autres n'étant pas mentionnés.

I. Modification de la Constitution fédérale (Cst.)

Financement supplémentaire

La proposition d'arrêté fédéral jointe au projet de réforme vise à compléter l'article 130 Cst. par un alinéa 3^{ter} et un alinéa 3^{quater} pour permettre un financement additionnel de l'AVS par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée de 1,5 point de pourcentage.

Le recours à la TVA pour combler les lacunes de financement de l'AVS permet certes d'assurer le maintien des prestations et d'éviter, dans la version initiale soumise par le Conseil fédéral, une augmentation des taux de cotisation AVS. L'augmentation de 1,5 point de pourcentage proposée est jugée acceptable malgré ses effets sur l'économie et sur le pouvoir d'achat des ménages.

II. Modifications à d'autres actes

S'agissant des modifications à d'autres lois, il apparaît qu'elles découlent des décisions prises dans le cadre des propositions apportées à la LAVS. Partant, ces modifications sont acceptées dans la mesure où le projet principal est soutenu par notre Conseil, sous réserve des points mentionnés ci-dessous. Nous précisons qu'hormis le commentaire relatif à l'article 13 p-LPP, les remarques formulées ci-après au sujet de l'impact fiscal du

droit de la prévoyance s'inspirent directement de la position émise le 6 septembre 2018 par le Comité de la Conférence suisse des impôts (CSI).

Loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP)

Il ressort du rapport explicatif que le Conseil fédéral a décidé de réviser l'AVS et la prévoyance professionnelle dans le cadre non pas d'une seule réforme, mais de deux projets distincts, en donnant la priorité à l'AVS. Néanmoins, afin de garantir une coordination entre le 1^{er} et le 2^{ème} pilier, seules les dispositions LPP relatives au relèvement de l'âge de référence et la flexibilisation de la perception de la rente seront modifiées dans la LPP pour être coordonnées avec la LAVS.

Au vu de ce principe, il nous semblerait opportun de prévoir à l'article 13 p-LPP un âge minimal d'anticipation de la retraite uniforme dans la LAVS et dans la LPP.

Article 13 p-LPP

Dans son avant-projet de loi, le Conseil fédéral a prévu d'inscrire dans la LPP, comme dans l'AVS, une disposition faisant obligation aux institutions de prévoyance de permettre à leurs assurés d'anticiper la perception de leur rente dès l'âge de 62 ans. Ainsi, l'article 13, alinéa 2, p-LPP stipule que l'assuré peut percevoir la prestation de vieillesse à partir de 62 ans révolus. Or, la LPP prévoit actuellement un âge minimal de retraite de 58 ans (art. 1i, al. 1, OPP 2). Le fait d'avoir dans la LPP deux âges différents d'anticipation de la retraite nous paraît complexifier inutilement le système. Par conséquent, dans un souci de coordination, il nous semblerait préférable d'uniformiser l'âge minimal de préretraite dans la LPP sur la base de celui prévu dans la LAVS, à savoir 62 ans.

Art. 13a et 13b p-LPP – Perception d'une partie de la prestation de vieillesse – Perception anticipée de la prestation de vieillesse

L'article 13a, alinéa 1, p-LPP règle les possibilités de perception d'une partie de la prestation de vieillesse en **trois étapes** au plus dans le cadre de la retraite partielle. Selon l'article 13b, alinéa 2, p-LPP, la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence réglementaire doit représenter au **moins 20%** de la prestation de vieillesse, en coordination avec l'AVS. Les institutions sont cependant libres de prévoir dans leur règlement un plus grand nombre d'étapes et elles peuvent permettre un versement anticipé inférieur à 20%.

Nous tenons à cet égard à préciser que la possibilité de retraite partielle était déjà « admise » par la pratique fiscale, dans le cadre d'une vision consolidée, depuis un certain nombre d'années moyennant le respect de certaines cautions : il doit s'agir d'une réduction du degré d'activité déterminante et durable, assortie d'une réduction correspondante du salaire. Le **prélèvement de la prestation de vieillesse doit s'effectuer en proportion de la réduction du taux d'activité** ; la retraite partielle et ses conditions doivent être ancrées dans le règlement de prévoyance (cf. le cas d'application A.1.3.8, Prévoyance et impôts, Conférence suisse des impôts, Ed. Cosmos). Nous constatons à cet égard avec satisfaction que l'article 13b, alinéa 1, p-LPP prévoit que la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence ne peut dépasser celle de la réduction de salaire, et relevons qu'il s'agit d'un principe déjà développé par la pratique fiscale.

On peut certes se demander si la possibilité pour une institution de prévoyance de prévoir un nombre d'étapes supérieur à trois (à savoir cinq, voire plus) et un versement anticipé

inférieur à 20% de la prestation de vieillesse correspond encore à un besoin social, puisqu'un pourcentage inférieur à 20% correspond à une réduction du temps de travail de moins d'un jour par semaine.

Une réduction du taux d'activité de 10% ne devrait ainsi guère engendrer de baisse de revenus devant être compensée par une prestation de retraite partielle. Cependant, cet aspect n'est pas déterminant sur le plan fiscal lorsque les prestations sont versées sous forme de rente.

Notre remarque concerne cependant principalement la possibilité de prévoir le **versement en capital** de la prestation de vieillesse **en trois étapes** au maximum selon l'article 13a, alinéa 2, p-LPP. Si nous saluons le principe de la vision consolidée introduite par l'article 13a, alinéa 1, in fine p-LPP, nous sommes très sceptiques par rapport à la possibilité de percevoir trois prestations en capital retraite dans le cadre de la retraite partielle.

En effet, il convient de prendre en considération le fait que les prestations en capital sont soumises à une imposition séparée des autres revenus à un taux privilégié (taux de la prévoyance), selon la Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (art. 38 LIFD), la Loi fédérale d'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (art. 11, al. 3, LHID) et les législations cantonales correspondantes, nettement plus avantageuse que l'imposition des rentes de retraite soumises à l'impôt avec les autres revenus. En cas de perception des prestations de retraite en plusieurs étapes sous forme de capital, il est possible de casser de manière encore **plus significative la progression** du taux d'imposition. Cela implique que des assurés pourraient choisir de percevoir des prestations en capital partielles non pour des raisons relevant du droit de la prévoyance, mais pour des motifs d'optimisation fiscale.

Il s'agit à notre sens d'éviter une incitation fiscale à percevoir la prestation de vieillesse en un trop grand nombre d'étapes. Nous estimons dès lors qu'il convient de limiter le versement en capital de la prestation de vieillesse **en deux étapes** au maximum : cette solution, correspondant à la pratique de nombreuses administrations fiscales cantonales, est préconisée par la Conférence suisse des impôts (Cas d'application A.1.3.8, op. cit.). Dans ce cadre, les prestations en capital ne sont **pas cumulées** pour déterminer le taux d'imposition mais sont imposées pour elles-mêmes.

Si un échelonnement plus important des prestations en capital (à **savoir trois prestations** en capital) devait néanmoins être retenu à l'issue de la présente procédure de consultation, il conviendrait de créer une disposition légale, dans le cadre **du droit fiscal** (LHID, LIFD), permettant aux autorités fiscales de procéder **sur plusieurs années** (période fiscales, p.ex. dans un délai-cadre de 5 ans) à un **cumul** des prestations pour déterminer **le revenu déterminant pour le taux d'imposition**. Cette nouvelle disposition légale d'ordre fiscal devrait être adoptée dans le cadre du projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21).

Exemple :

Versement de trois prestations de retraite en capital de 200 000 F durant les années x, x + 1 et x + 2.

Au lieu d'imposer trois fois 200 000 F au taux de 200 000 F (solution admise avec au maximum deux prestations de retraite versées sous forme de capital), on devrait imposer, dans le cadre des périodes fiscales x, x + 1 et x + 2, 200 000 F **au taux de 600 000 F**.

Un exemple chiffré permet de mieux appréhender les effets de l'échelonnement des prestations sur plusieurs périodes fiscales.

Ainsi, une prestation en capital de la prévoyance de 200 000 F génère, pour un contribuable marié domicilié à Genève une charge fiscale de 2 512,40 F sur le plan de l'impôt fédéral direct (IFD) et de 8 205 F sur le plan de l'impôt cantonal et communal genevois (ICC-GE, imposition selon l'article 45 de la loi sur l'imposition des personnes physiques, du 1^{er} janvier 2010). En revanche, une prestation en capital d'un montant de 600 000 F génère sur le plan de l'IFD une charge fiscale de 12 912,40 F et de 31 841,10 F sur le plan de l'ICC-GE.

Comme l'on peut le constater, l'impact de l'échelonnement est sensible aussi bien sur le plan de l'IFD que de l'ICC-GE, puisque l'impôt sur le revenu est progressif : la possibilité de percevoir trois prestations de capital pour la retraite permettrait ainsi aux assurés de procéder à des « manœuvres » qui ne sont pas fondées principalement sur la volonté de prendre une retraite partielle en plusieurs étapes mais plutôt sur l'opportunité de réaliser une économie substantielle d'impôt en cassant de manière significative la progressivité du taux d'imposition.

Échéance des prestations de retraite découlant de comptes et polices de libre passage [introduction d'une disposition légale dans la LFLP ou dans les ordonnances d'application de la LPP (OLP)]

Il s'agit d'une requête d'ajout ou de précision d'une disposition légale de la LFLP qui ne figure pas directement dans l'avant-projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21) et qui concerne l'échéance des prestations découlant de comptes ou polices de libre passage (autre forme admise de maintien de la prévoyance au sens de l'article 4 LFLP). Cet ajout se justifie en raison du fait que le projet AVS 21 traite de la perception anticipée et différée de la prestation de vieillesse du 2^{ème} pilier dont font également partie les avoirs découlant de comptes ou polices de libre passage.

Au préalable, il y a lieu de préciser que l'existence de comptes ou de polices de libre passage n'est possible que si une personne assurée dispose d'un avoir de libre passage qui ne doit pas être transféré dans une institution de prévoyance en vertu des articles 3 et 4, alinéa 2bis, LFLP (cf. art. 60a, al. 3, OPP 2 qui précise que le montant maximal du rachat est diminué des montants en question). Nous profitons dans ce contexte de préciser que les autorités fiscales sont souvent confrontées à des cas de figure en vertu desquels de tels comptes ou polices de libre passage sont toujours en « vigueur », alors qu'ils devraient être transférés à l'institution de prévoyance actuelle à laquelle l'assuré est affilié de manière obligatoire ou, cas échéant, facultative (cf. art. 4, al. 1, LPP relatif à l'assurance facultative des indépendants).

L'article 16, alinéa 1, OLP prévoit, dans sa version actuelle, que *« les prestations de vieillesse dues en vertu des polices et de comptes de libre passage peuvent être versées au plus tôt cinq ans avant que l'assuré n'atteigne l'âge ordinaire de la retraite visé à l'art. 13, al. 1, LPP et au plus tard cinq ans après »*.

De l'avis actuel de l'OFAS, l'ajournement des prestations de vieillesse jusqu'à 70 ans pour les hommes et 69 ans pour les femmes n'est pas lié à la poursuite de l'exercice d'une activité lucrative (cf. le Bulletin de la prévoyance N° 30, commentaire ad art. 16, p. 14), car l'article 16 OLP se réfère exclusivement au premier alinéa de l'article 13 LPP et non pas également au 2^{ème} alinéa de cet article qui règle le cas de la retraite anticipée ou différée.

Un contribuable peut ainsi librement déterminer le moment du versement des prestations de vieillesse découlant d'un compte ou d'une police de libre passage entre l'âge de 60 et 70 ans (respectivement 59 et 69 ans pour une femme ; cas d'application A.5.3.1, op. cit.).

Le libre choix du moment du versement n'apparaît toutefois pas justifié : en effet, tant en matière de prévoyance professionnelle (cf. les articles 13, alinéa 2 et 33b LPP, ce dernier article étant entré en vigueur au 1^{er} janvier 2011) que de 3^{ème} pilier A (cf. l'art. 3, al. 1, in fine OPP 3, entré en vigueur au 1^{er} janvier 2008), un **report du versement des prestations de vieillesse au-delà de l'âge ordinaire de la retraite** (respectivement de l'âge de référence selon l'art. 13, al. 1, p-LPP) n'est possible qu'en **cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière**. Il n'y a pas de raison d'avoir une réglementation différente en matière de compte ou de police de libre passage.

Sur le plan fiscal, il s'agit d'éviter un morcellement des prestations de vieillesse en offrant la possibilité de percevoir le capital retraite provenant d'une institution de prévoyance et celui versé dans le cadre d'un compte ou d'une police de libre passage – pour autant que les articles 3 et 4, alinéa 2 bis, LFLP soient respectés – durant des années (périodes fiscales) différentes, ce qui permet de casser la progressivité du taux d'imposition. Nous estimons dès lors que la LFLP (p.ex. l'art. 4 LFLP traitant du maintien de la prévoyance sous une autre forme) devrait être modifiée et n'autoriser le report des prestations de vieillesse découlant de comptes ou polices de libre passage qu'en cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière.

Subsidiairement, si une telle disposition ne pouvait être directement introduite dans la LFLP pour des raisons de systématique légale, il conviendrait impérativement de modifier l'article 16, alinéa 1, OLP dans le sens précisé auparavant dans le cadre de la modification des règlements et ordonnances relatifs à l'AVS et à la prévoyance professionnelle en lien avec le projet AVS 21.

Article 79b, alinéa 1, 1bis et alinéa 2 p-LPP – Rachats dans la prévoyance professionnelle

Nous prenons acte de la délégation de compétence au Conseil fédéral prévue à l'article 79b, alinéa 2, lettre a, p-LPP concernant le cas de personnes qui n'ont jamais été affiliées à une institution de prévoyance au moment où elle font valoir la possibilité de rachat (cf. l'art. 60b LPP réglant déjà cette question à l'heure actuelle) et de personnes touchant ou ayant touché une prestation de la prévoyance professionnelle (art. 79b, al. 2, lit. b, p-LPP).

Nous approuvons pleinement le contenu du rapport explicatif (p. 84) précisant que les personnes percevant déjà une prestation de vieillesse sous forme de rente ou qui ont déjà touché une prestation sous forme de capital ne doivent pas pouvoir reconstituer une prévoyance complète par le biais de rachats déductibles.

Dans ces cas, il faut **tenir compte de la rente en cours ou de la prestation versée en capital** pour déterminer **les possibilités de rachat**. Nous avons pris note du fait que cette coordination sera réglée par voie d'ordonnance, vraisemblablement par une modification de l'OLP.

* * *

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV
berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Glarus, 25. September 2018
Unsere Ref: 2018-157

Vernehmlassung i. S. Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern EDI gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

1. Allgemeines

Angesichts der finanziellen Situation der AHV ist die Notwendigkeit einer Reform gegeben. Der aktuelle Vorstoss, die Reform lediglich auf eine Anpassung in der 1. Säule zu beschränken und nur die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV anzupassen, ist deshalb zu begrüßen. Dies verschafft die notwendige Zeit, umfassendere und nachhaltigere Reformen für die AHV zu diskutieren. Zudem eröffnet dies auch die Chance, wieder in einen einigermaßen regelmässigen Revisions-Zyklus zu kommen, wie es bis zur 10. AHV-Revision (1997) üblich war. Seither sind alle Versuche, umfassende Revisionen durchzuführen, an der Urne gescheitert.

Noch unklar ist zum heutigen Zeitpunkt, ob und - wenn ja wie - die Vorlage AHV 21 mit der Steuervorlage 17 verknüpft wird (der Ständerat hat dies am 7. Juni 2018 beschlossen, der Nationalrat behandelt das Geschäft in der Herbstsession 2018). Rein aus Sicht einer Stabilisierung der AHV ist diese Verknüpfung wohl zu verstehen. Sie würde erhebliche zusätzliche Mittel für die AHV generieren, was unter anderem zur Folge hätte, dass die Erhöhung der MWST auf 0,7 Prozentpunkte beschränkt werden könnte (anstelle von 1,5 Prozentpunkten). Eine endgültige Beurteilung ist aber erst nach den Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten möglich.

1.1. Eine weitere generelle Bemerkung:

Folgende Pfeiler einer AHV-Reform sind für uns von zentraler Bedeutung: Die Leistungsfähigkeit des Systems muss aufrecht erhalten bleiben und der Altersrücktritt ist zu flexibilisieren. Dabei darf es aber nicht zu einem Leistungsabbau für die Rentnerinnen und Rentner und damit zu einer Lastenverschiebung (mittels EL oder Sozialhilfe) auf die Kantone kommen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Vorlage diese Prämissen erfüllt.

2. Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen

2.1. *Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65*

Bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 galt für Männer und Frauen das Rentenalter 65. Verheiratete Paare konnten jedoch eine sogenannte Ehepaarrente beziehen, wenn der Ehemann das Rentenalter erreicht hatte und die Ehefrau mindestens 60 Jahre alt war. Der Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Frauen wurde damals als ungerecht empfunden, weshalb das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt wurde, um eine Annäherung an das Grenzalter der Ehefrauen zu erreichen. Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch entsprechende Ausgleichsmassnahmen begleitet. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der veränderten Situation im Arbeitsmarkt rechtfertigt sich zum aktuellen Zeitpunkt ein für Frauen tieferes Rentenalter nicht mehr. Das Rentenalter (Referenzalter) der Frauen ist demjenigen der Männer anzugleichen. Richtigerweise sieht die Vorlage AHV 21 dafür auch wieder Ausgleichsmassnahmen vor.

2.2. *Ausgleichsmassnahmen - Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)*

Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, welche ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgedeckt werden. Im Hinblick auf die bereits angespannte finanzielle Situation der AHV ist diese kostengünstigere Variante zu bevorzugen, da sie die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen ausreichend abfedert.

2.3. *Ausgleichsmassnahmen - Reduzierte Kürzungssätze / Anpassung Rentenformel (Modell 800 Millionen)*

Bei dieser zweiten Variante sind (wie in der ersten Variante) ebenfalls reduzierte Rentenkürzungssätze für Frauen vorgesehen, welche nicht bis zum neuen Referenzalter arbeiten werden. Neu kommt jedoch hinzu, dass für Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten werden, eine angepasste Rentenformel zur Anwendung gelangen soll. Die angepasste Rentenformel bewirkt, dass das Rentenniveau zwischen der Minimal- und Maximalrente insgesamt angehoben wird, ohne die Höhe der Minimal- und Maximalrente zu beeinflussen. Durch diese Massnahme kann sicherlich ein starker Anreiz gesetzt werden, dass Frauen bis zum Erreichen des neuen Referenzalters im Arbeitsprozess verbleiben. Im Gegenzug können sie eine auf Lebzeiten erhöhte Rentenleistung in Anspruch nehmen.

Aus den vorliegenden Unterlagen geht nicht hervor, ob Frauen, welche über das neue Referenzalter hinaus arbeiten und ihre Rente aufschieben, neben der Anwendung der neuen Rentenformel auch noch den Zuschlag für den Aufschub (auf der bereits höheren Rente) erhalten. Um weitere Kosten zu vermeiden, sollte eine Kumulation nicht möglich sein.

Wie in Abschnitt 2.1 bereits erwähnt, macht es Sinn, die Anpassungsmassnahmen für diejenigen Frauen auszugestalten, welche keine Möglichkeit mehr haben, ihre Erwerbstätigkeit bis zum neuen Referenzalter fortzusetzen. Jedoch ergibt sich kaum eine begründete Notwendigkeit, denjenigen Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel höhere Renten auszubezahlen.

3. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Wir unterstützen, dass der flexible Rentenbezug möglich ist und begrüssen in diesem Sinne die vorgeschlagenen Massnahmen beim Vorbezug und dem Aufschub.

4. Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die im Vorentwurf enthaltenen Anreizmassnahmen sind ebenfalls zu begrüßen. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, betrachten wir die Möglichkeit, Beitragslücken schliessen zu können oder das durchschnittliche Jahreseinkommen verbessern zu können mit Einkommen, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird, als besonders geeignet.

5. Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der anstehenden AHV Reform (AHV-Renten sichern, Rentenniveau halten und Finanzen stabilisieren) nicht gefährdet werden, ist einer Erhöhung der MWST um 1.5 Prozentpunkte grundsätzlich zuzustimmen. Im Falle einer Verknüpfung der AHV Reform mit der Steuervorlage (SV17) gilt die Zustimmung für eine Erhöhung nur bis zu dem dann noch notwendigen Satz von 0.7 Prozentpunkten.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Dr. Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

versandt am: **25. Sep. 2018**



Sitzung vom

16. Oktober 2018

Mitgeteilt den

16. Oktober 2018

Protokoll Nr.

768

An das
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 laden Sie uns zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) ein. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und machen davon gerne Gebrauch.

I. Allgemeine Hinweise

Der Kanton Graubünden befürwortet ausdrücklich das Ziel des Reformvorhabens, das Leistungsniveau in der AHV zu erhalten und die Finanzierung der AHV zu sichern.

Nach der gescheiterten Reform der Altersvorsorge 2020 (AV2020) erachtet der Kanton Graubünden den Ansatz mit zwei separaten Vorlagen als geeignet, um den demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der 1. und 2. Säule zu begegnen und den Reformstau in der Altersvorsorge zu durchbrechen.

Dies bedeutet, dass auch im Bereich der obligatorischen Beruflichen Vorsorge rasch eine separate Revision anhand genommen werden muss, um die 2. Säule ins finanzielle Gleichgewicht zu bringen.

Die Altersvorsorge muss sicherstellen, dass möglichst die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung nachhaltig über eine ausreichende Vorsorge verfügt. Wird dies nicht gewährleistet, entstehen enorme soziale und finanzielle Probleme für die betroffenen Personen und für die Kantone. Die auf dem Dreisäulensystem basierende Vorsorge hat sich als schweizerisches Wirtschafts- und Sozialmodell in der Vergangenheit bestens bewährt. Erreichen die 1. und 2. Säule das verfassungsmässige Ziel der Existenzsicherung nicht mehr, müssen via steuerfinanzierte Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL) mehr kantonale Mittel für ein Ziel verwendet werden, das eigentlich mit dem Dreisäulensystem erreicht werden sollte. Insofern sind die grossen Sozialwerke der 1. und 2. Säule den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Normen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

II. Hinweise zu den Neuerungen

Anheben des Rentenalters (Referenzalter) der Frauen auf 65

Die Angleichung des Referenzalters der Frauen an jenes der Männer wird begrüsst. Richtigerweise sieht die Vorlage AHV 21 entsprechende Ausgleichsmechanismen vor.

Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Der Kanton Graubünden befürwortet einen Ausgleichsmechanismus zur Abfederung der Auswirkungen der Erhöhung des Referenzalters für Frauen. Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können.

Mit Blick auf die angespannte finanzielle Lage der AHV ist die kostengünstigere Variante 1 mit reduzierten Rentenkürzungssätzen zu bevorzugen. Sie federt die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen ausreichend ab. Jedoch ergibt sich, wie in Variante 2 vorgeschlagen, keine begründete Notwendigkeit, jenen

Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel höhere Renten auszubezahlen.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist vor dem Hintergrund heutiger Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten AV2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile. Der Kanton Graubünden begrüsst daher die Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sowie die Anreize und Massnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren. Die Anpassung der Kürzungs- und Erhöhungssätze an die längere Lebenserwartung ist nötig, um den finanziellen Bedürfnissen der AHV gerecht zu werden.

Zusatzfinanzierung

Um die Ziele der Reform AHV 21 zu erreichen, ist die AHV auf zusätzliche finanzielle Mittel angewiesen. Der Kanton Graubünden stimmt daher einer Erhöhung der Mehrwertsteuer grundsätzlich zu. Für die Finanzierung der AHV ist es sozialpolitisch sinnvoller, die Mehrwertsteuer heranzuziehen als Lohnprozente, welche nur die erwerbstätige Bevölkerung belasten. Steuererhöhungen auf Vorrat sind jedoch abzulehnen.

Nachdem das eidgenössische Parlament die Steuervorlage 17 des Bundesrates mit Massnahmen zur Finanzierung der AHV ergänzt hat, sinkt der Erhebungsbedarf bei der Mehrwertsteuer von 1,5 Prozentpunkte auf 0,7 Prozentpunkte. Stattdessen sollen zur Sicherung der AHV Lohnbeiträge und allgemeine Bundesmittel herangezogen werden.

Nach Abwägung der Vor- und Nachteile begrüsst der Kanton Graubünden das AHV-Steuer-Paket (Vorlage STAF), wenn es damit gelingt, den Reformstau in der AHV zu durchbrechen und die Unsicherheit in Bezug auf die künftige Unternehmenssteuerepolitik zu beseitigen. Die üppigen Zusatzmittel für die AHV dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Probleme der 1. Säule damit auf Dauer nicht gelöst sind.

III. Hinweise zu einzelnen Bestimmungen

Art. 13a VE-BVG: Teilbezug und Vorbezug der Altersleistung

Art. 13a regelt die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal drei Etappen im Rahmen der Teilpensionierung. Der Kanton Graubünden ist skeptisch gegenüber der Möglichkeit von drei Kapitalbezügen im Rahmen einer Teilpensionierung.

Wir sind der Meinung, dass die Kapitalauszahlung von Altersleistungen auf maximal zwei Bezüge zu limitieren sind.

Es muss berücksichtigt werden, dass Kapitaleistungen einer von den übrigen Einkünften getrennten Besteuerung unterliegen und zwar zu einem privilegierten Satz. Diese Privilegierung bewirkt eine deutlich vorteilhaftere Besteuerung als bei Bezug der Altersrenten, welche zusammen mit den anderen Einkünften besteuert werden. Im Fall von Kapitalbezügen in mehreren Etappen ist es möglich, die Progression in noch erheblicherem Ausmass zu brechen. Dies bedeutet, dass die Versicherten nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen Kapitaleistungen in Form von Teilbezügen wählen könnten, sondern aus Gründen der Steueroptimierung.

Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen: Einführung einer neuen Regelung

Art. 16 Abs. 1 Freizügigkeitsgesetz (FZV) sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass „*Altersleistungen von Freizügigkeitspolice und Freizügigkeitskonten frühestens fünf Jahre vor und spätestens fünf Jahre nach Erreichen des Rentenalters nach Artikel 13 Absatz 1 BVG ausbezahlt*“ werden dürfen. Laut der aktuellen Meinung des BSV ist der Aufschub von Altersleistungen bis zum Alter von 70 Jahren (Männer) bzw. 69 Jahren (Frauen) nicht an die Fortführung einer Erwerbstätigkeit geknüpft (vgl. Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 30, Kommentar zu Art. 16, S. 14).

Wir sind der Ansicht, dass das FZV ergänzt werden muss, um den Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -police nur noch im Falle der Fortführung einer Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung zu gestatten.

In steuerlicher Hinsicht geht es um die Vermeidung einer Zerstückelung der Altersleistungen durch die Möglichkeit, Rentenskapital aus einer Vorsorgeeinrichtung zu beziehen und dieses in ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice für unter-

schiedliche Jahre (Steuerperioden) einzuzahlen, was zu einer Brechung der Steuerprogression führt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont
t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne
Envoyé par courriel à:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Delémont, le 16 octobre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) Prise de position de la République et Canton du Jura

Madame, Monsieur,

Nous remercions le Conseil fédéral de nous avoir invités à participer à cette procédure de consultation. Nous vous remettons notre prise de position dans le délai imparti et vous remercions aujourd'hui déjà de bien vouloir en tenir compte.

1. Généralités

Compte tenu de la situation financière difficile de l'AVS, l'urgence d'une réforme ne se discute plus. Le Gouvernement jurassien accueille favorablement la décision du Conseil fédéral de se limiter dans le présent projet aux adaptations nécessaires dans le premier pilier pour garantir le niveau des prestations et le financement de l'AVS. Cette approche donne du temps au législateur pour élaborer des réformes plus approfondies et pérennes. En outre, cela permet de revenir à un cycle de révision régulier, comme c'était le cas jusqu'à la 10^{ème} révision de l'AVS en 1997. Depuis lors, toutes les tentatives de révision globale ont échoué dans les urnes.

Nous observons également que, comme dans le projet de réforme de la prévoyance vieillesse 2020 qui n'a pas abouti, AVS 21 prévoit plusieurs mesures d'individualisation et de flexibilisation tout à fait souhaitables de notre point de vue. Le fait est cependant que cela accroît la complexité du premier pilier et impose des exigences accrues aux organes d'exécution (conseils à la population, calcul des prestations, etc.). Les caisses de compensation sont des partenaires essentiels pour la mise en œuvre de l'AVS qui doit rester une assurance populaire et

compréhensible. Ainsi la réforme doit donner les moyens financiers nécessaires aux organes d'exécution pour réaliser ce but afin que notre caisse cantonale de compensation puisse continuer à jouer son rôle de partenaire dans la mise en œuvre de la politique sociale nationale et cantonale.

Les différentes mesures présentées dans l'avant-projet appellent de notre part les remarques suivantes.

2. Relèvement de l'âge de la retraite (âge de référence) des femmes à 65 ans

Lorsque l'AVS a été introduite en 1948, l'âge de la retraite était identique pour les hommes et les femmes (65 ans). Les couples mariés pouvaient toutefois percevoir une rente de couple si le mari avait atteint l'âge de la retraite et que la femme était âgée d'au moins 60 ans. La différence entre les femmes mariées et les femmes célibataires étant injustifiée, l'âge de la retraite des femmes a été abaissé en deux étapes à 62 ans afin de se rapprocher de la limite d'âge des femmes mariées. Lors de la 10^e révision de l'AVS, l'âge de la retraite des femmes a été porté à 64 ans en deux étapes. Cette augmentation s'est accompagnée de mesures compensatoires appropriées.

Le projet de loi AVS 21 prévoit un relèvement de l'âge de référence des femmes afin que celui-ci soit identique à celui des hommes en raison de l'évolution démographique et de la situation sur le marché du travail. Le Gouvernement jurassien privilégie une approche basée sur un âge de référence plus flexible permettant de tenir compte de la réalité économique et sociale de chaque citoyenne. A juste titre, le projet de loi AVS 21 prévoit comme son prédécesseur des mesures compensatoires pour accompagner les femmes les plus touchées par ce relèvement. Dans ce cadre, la question d'un relèvement significatif du bonus éducatif devrait être analysée.

2.1. Mesures de compensation – taux de réduction favorables (modèle à 400 millions)

La génération la plus touchée par l'harmonisation de l'âge de référence est celle qui est sur le point d'atteindre l'âge de référence et qui peut donc le moins anticiper les changements à venir. Les mesures compensatoires proposées dans cette première variante profiteront aux femmes qui souhaiteront toucher la rente de vieillesse avant d'avoir atteint le nouvel âge de référence. Elles bénéficieront d'un taux de réduction plus favorable.

2.2. Mesures de compensation – taux de réduction favorables / adaptation de la formule de rentes (modèle à 800 millions)

Cette deuxième variante prévoit, comme la première, des taux de réduction plus favorables pour les femmes en cas d'anticipation de la rente. À cela s'ajoute une formule de rente adaptée qui sera appliquée aux femmes travaillant jusqu'au nouvel âge de référence ou au-delà et qui ont eu jusque-là un revenu bas à moyen. La formule de rente adaptée a pour effet que le montant de la rente est relevé sans affecter celui de la rente minimale et de la rente maximale. Cette mesure peut encourager les femmes à rester dans le monde du travail jusqu'au nouvel âge de référence, une rente de vieillesse peu élevée étant un facteur peu incitatif. En retour, elles peuvent bénéficier au moment de la retraite d'une rente plus élevée.

2.3 Mesures de compensation – Position du Gouvernement jurassien

Malgré leur coût, les deux mesures compensatoires doivent être acceptées comme une contrepartie au relèvement de l'âge de référence pour les femmes. Il est nécessaire et juste de donner aux femmes proches du nouvel âge de référence les moyens leur permettant de palier aux conséquences qu'aura sur elles la réforme du premier pilier. En ce sens, le taux de réduction plus favorable en cas d'anticipation de la rente de vieillesse est une mesure adéquate pour les femmes qui n'auront pas la possibilité de travailler jusqu'au nouvel âge de référence. Quant à la formule de calcul des rentes prévue en plus par le modèle à 800 millions, elle permet, dans une certaine mesure, de compenser par le biais du premier pilier, les inégalités salariales dont ont pu être victimes les femmes à bas et moyen revenu. Cette mesure encourage ces femmes à travailler jusqu'à l'âge de référence et a donc une incidence favorable sur les prestations complémentaires. Il faut donc soutenir les deux modèles de mesures de compensation prévues par la variante à 800 millions.

3. Flexibilisation de la retraite

Une plus grande flexibilité de l'âge du départ à la retraite répond mieux aux modes de vie et de travail d'aujourd'hui. La flexibilisation a été l'un des éléments les moins controversés du projet de réforme de la prévoyance vieillesse 2020. Le Conseil fédéral l'a donc largement reprise dans le nouveau projet de loi. Afin de mieux répondre aux besoins individuels de l'assuré, il semble judicieux d'élargir les possibilités de retraite anticipée qui étaient auparavant limitées. Toutefois, compte tenu de l'évolution démographique, il est également essentiel de prévoir des incitations afin de maintenir la population plus longtemps sur le marché du travail.

L'adaptation des taux de réduction et d'augmentation à l'allongement de l'espérance de vie est nécessaire pour répondre aux besoins de financement de l'AVS.

4. Mesures incitatives pour travailler au-delà de 65 ans

Le Gouvernement jurassien soutient sans réserve les mesures d'incitation figurant dans l'avant-projet. Nous considérons que la possibilité de combler les lacunes de cotisations ou d'améliorer le revenu annuel moyen avec un revenu acquis après avoir atteint l'âge de référence est parfaitement appropriée pour encourager les assurés à travailler plus longtemps. Nous soulignons en outre que de telles mesures sont de nature à favoriser une diminution de la charge financière causée par les prestations complémentaires.

5. Financement supplémentaire

Pour ne pas compromettre les objectifs de la prochaine réforme de l'AVS (garantir les rentes AVS, maintenir le niveau des rentes et stabiliser les finances), le Gouvernement jurassien approuve le principe d'une augmentation de la TVA de 1,5 point de pourcentage. Si la réforme de l'AVS devait être couplée au projet fiscal (PF17), le Gouvernement jurassien serait alors favorable à une augmentation du taux de 0,7 point de pourcentage seulement.

6. Versement du capital de prévoyance en trois étapes (nouvel art. 13a al. 2 LPP)

Si nous saluons le principe de la vision consolidée introduite par l'art. 13a al.1 in fine AP LPP, nous sommes très sceptiques par rapport à la possibilité de percevoir trois prestations en capital retraite dans le cadre de la retraite partielle.

En effet, il convient de prendre en considération le fait que les prestations en capital sont soumises à une imposition séparée des autres revenus à un taux privilégié (taux de la prévoyance), selon la Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (art. 38 LIFD), la Loi fédérale d'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (art. 11 al. 3 LHID) et les législations cantonales correspondantes, nettement plus avantageuses que l'imposition des rentes de retraite soumises à l'impôt avec les autres revenus. En cas de perception des prestations de retraites en plusieurs étapes sous forme de capital, il est possible de casser de manière encore plus significative la progression du taux d'imposition. Cela implique que des assurés pourraient choisir de percevoir des prestations en capital partielles non pour des raisons relevant du droit de la prévoyance, mais pour des motifs d'optimisation fiscale.

Il s'agit à notre sens d'éviter une incitation fiscale à percevoir la prestation de vieillesse en un trop grand nombre d'étapes. Nous estimons dès lors qu'il convient de limiter le versement en capital de la prestation de vieillesse en deux étapes au maximum.

Si un échelonnement plus important des prestations en capital (à savoir trois prestations en capital) devait néanmoins être retenu à l'issue de la présente procédure de consultation, il conviendrait de créer une disposition légale, dans le cadre du droit fiscal (LHID, LIFD), permettant aux autorités fiscales de procéder sur plusieurs années (périodes fiscales, p.ex. dans un délai-cadre de 5 ans) à un cumul des prestations afin de définir le revenu déterminant pour le taux d'imposition. Cette nouvelle disposition légale d'ordre fiscal devrait être adoptée dans le cadre du projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21).

7. Conclusions

La prévoyance vieillesse touche les finances cantonales indirectement par le mécanisme des prestations complémentaires. Il est nécessaire de limiter à l'avenir l'accroissement constant de cette charge financière. En ce sens, le Gouvernement jurassien note avec satisfaction que la réforme de la loi sur les prestations complémentaires a été engagée et il sera vigilant quant à son aboutissement. Dans le cadre de la présente réforme de l'AVS, la réalité préoccupante de l'accroissement des coûts engendrés par les PC doit être prise en compte, en particulier par le choix du modèle compensatoire à l'augmentation de l'âge de référence des femmes et en évitant d'inciter au retrait du capital LPP pour des motifs fiscaux. Elle devra être un objectif plus marqué encore de la prochaine réforme de la prévoyance vieillesse afin que la garantie de la couverture des besoins vitaux par le système des trois piliers reste la règle et ne devienne pas l'exception.

Il faut encore relever que, comme par le passé, la mise en œuvre de la révision de l'AVS sera assurée essentiellement par les caisses de compensation, notamment cantonales. Ces caisses cantonales de compensation AVS sont de véritables centres de compétences cantonaux modernes pour les assurances sociales. La Caisse de compensation du canton du Jura est un partenaire important pour la mise en œuvre de la politique sociale nationale marquée d'une

empreinte cantonale. A l'avenir, il est important de conserver et de renforcer ce modèle de mise en œuvre.

Pour finir, le Gouvernement jurassien constate avec satisfaction que la réforme permet de maintenir les prestations de base du premier pilier. Dans le contexte économique actuel, le canton du Jura sera attentif à la réforme du deuxième pilier qui doit permettre de maintenir, voire développer, le niveau actuel des rentes afin d'éviter que les mesures d'économie ne continuent à se répercuter sur les charges cantonales, notamment par le biais des prestations complémentaires.

En vous priant d'en prendre bonne note, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

Jacques Gerber
Vice-président

Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 60 84
gesundheit.soziales@lu.ch
www.lu.ch

Per Mail

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Luzern, 28. September 2018

Protokoll-Nr.: 987

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates bedanke ich mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme. In einem ersten Teil würdigen wir den vorliegenden Entwurf der AHV 21 im Allgemeinen. In einem zweiten Teil unserer Stellungnahme finden Sie sodann die Bemerkungen zu einzelnen Punkten der Vorlage.

Allgemeine Bemerkungen zur AHV 21

Der Kanton Luzern teilt die Einschätzung des Bundes, wonach die AHV finanziell nachhaltig zu sichern ist und begrüsst die rasche Wiederaufnahme der AHV-Reform (AHV 21). Die geschilderten Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Steuervorlage 17 und der AHV 21 sind nachvollziehbar. Bei einer Reform muss die Leistungsfähigkeit des Systems aufrecht erhalten bleiben und der Altersrücktritt ist zu flexibilisieren. Dabei darf es aber nicht zu einem Leistungsabbau für die Rentnerinnen und Rentner und damit zu einer Lastenverschiebung (mittels EL oder Sozialhilfe) auf die Kantone kommen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Vorlage diese Prämissen erfüllt.

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die Komplexität der ersten Säule dadurch zunimmt und an die Durchführungsorgane erhöhte Anforderungen gestellt werden (Beratung der Bevölkerung, Berechnungen von Leistungen, etc.). Dieser Tatsache ist unbedingt Rechnung zu tragen. Den Durchführungsorganen sind die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es gilt unbedingt darauf zu achten, dass die AHV eine volksnahe, verständliche und nachvollziehbare Volksversicherung bleibt.

Bemerkungen zu einzelnen Punkten

Anheben des Rentenalters (Referenzalter) der Frauen auf 65

Der Kanton Luzern begrüsst grundsätzlich, dass das Referenzalter der Frauen an jenes der Männer angeglichen wird – unter der Voraussetzung eines angemessenen Ausgleichs.

Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters der Frauen

Ausgleichsmassnahmen sollen insbesondere Frauen mit bescheidenen Einkommen zugutekommen, deren Rentenerwartung tief wäre und die sich deshalb einen Rentenvorbezug kaum leisten könnten. Die beiden vorgeschlagenen Ausgleichsmodelle beschränken sich auf reduzierte Kürzungssätze bei einem Rentenvorbezug (bei Variante 1 und 2) und einer zusätzlich vorteilhafteren Rentenformel (nur bei Variante 2). Der Kanton Luzern favorisiert Variante 2, da sie mit der vorteilhafteren Rentenformel eine Verbesserung für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen gewährleistet und damit einen Anreiz schafft, bis zum Referenzalter 65 oder darüber hinaus erwerbstätig zu bleiben. Weiter regt der Kanton Luzern an, die bessere Rentenformel nicht nur den Jahrgängen zwischen 1958 und 1966 vorzubehalten, sondern den Kreis der Nutzniesserinnen zu erweitern.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Der Kanton Luzern unterstützt, dass der flexible Rentenbezug möglich ist und begrüsst in diesem Sinne die vorgeschlagenen Massnahmen beim Vorbezug und dem Aufschieb.

Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Ebenso begrüsst der Kanton Luzern Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit. Das oft verwendete Senioritätsprinzip führt nämlich wiederholt zu einer Altersdiskriminierung. Die daraus oft resultierende Arbeitslosigkeit kann für ältere Arbeitnehmende von langer Dauer sein und zur Aussteuerung und allenfalls Armut führen. Auf Bundesebene sollen deshalb Massnahmen geprüft werden, um die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Menschen zu fördern.

Zusatzfinanzierung

Der Kanton Luzern spricht sich dafür aus, dass die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen soll. Die vorgeschlagene Erhöhung der MWST von 1,5 Prozentpunkte wird dabei als angemessen und umsetzbar beurteilt. Weiter begrüsst er die Berücksichtigung der Steuervorlage 17, wonach bei einer entsprechenden Annahme der Vorlage den darin vorgesehenen Mehreinnahmen Rechnung getragen würde und die Erhöhung der MWST nicht 1,5 Prozentpunkte, sondern nur 0,7 Prozentpunkte betragen würde.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse


Guido Graf
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Palais fédéral
3003 Berne
emina.alisic@bsv.admin.ch

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) – procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Par la présente, nous accusons réception du projet cité en marge, qui a retenu toute notre attention et vous remercions de nous avoir associé à cette procédure de consultation.

Les mesures de stabilisation de l'AVS sont inspirées, dans leur majorité, du projet de réforme de la prévoyance vieillesse 2020, mais elles sont limitées aux éléments essentiels pour garantir une stabilité à court terme de notre premier pilier. Certains de nos commentaires seront donc repris de notre prise de position du 24 mars 2014.

Nous partageons les préoccupations du Conseil fédéral qui privilégie l'urgence de la réforme au vu des enjeux de notre système de prévoyance vieillesse, élément fondamental de notre sécurité sociale. La réforme globale tenait compte de la complémentarité du deuxième pilier. Ce dernier devra être donc rapidement synchronisé et adapté aux nouvelles contraintes économiques et démographiques.

Le projet vise à garantir le niveau des prestations. Cet objectif est fondamental et ne suscite aucune controverse tant et encore que l'AVS échoue à garantir le minimum vital pour une tranche non négligeable de nos aînés. Nous réitérons nos préoccupations déjà énoncées dans le cadre de notre prise de position sur le projet de réforme 2020. Les lacunes du filet social nécessitent des interventions accrues des cantons et des communes. À notre avis, l'efficacité et la solidité de notre premier pilier sont prioritaires. L'AVS ne doit pas être sacrifiée en faisant objet de tractations au sein de l'échiquier politique, risquant l'effondrement du système. Les principes de base, à savoir l'uniformisation de l'âge de référence à 65 ans pour les hommes et les femmes, les mesures de compensation et le mode de financement envisagés par le Conseil fédéral représentent à nos yeux un compromis totalement correct et acceptable. La réforme de la fiscalité des entreprises adoptée par le Conseil des États permettrait en outre

de trouver un équilibre entre la TVA, l'adaptation des cotisations salariales et la contribution de la Confédération répartissant ainsi la charge entre plusieurs sources de financement.

En regard du projet de réforme 2020, nous émettons les remarques suivantes:

- Le nouveau projet ne traite plus de la question du désenchevêtrement des comptes de la Confédération et ceux de l'AVS, qui fera l'objet d'un rapport séparé. Le projet fiscal 17 sera déterminant. Toutefois, nous réaffirmons la nécessité absolue de maintenir la part de la contribution fédérale à notre premier pilier. Un désengagement même partiel serait inacceptable pour les cantons. Ces derniers sont tenus d'assumer leurs tâches relatives au vieillissement de la population. Cette charge grève également toujours plus lourdement les budgets cantonaux à l'instar de celui de la Confédération.
- Nous regrettons la suppression de nouvelles prescriptions qui visaient à mettre les indépendants sur un pied d'égalité avec les salariés dans le domaine des cotisations. À notre avis, aucun argument objectif ne permet de maintenir des inégalités de traitement entre les assurés en fonction de leur statut.
- Par ses mesures compensatoires, le projet AVS 21 privilégie uniquement la cohorte de femmes à revenus modestes nées entre 1958 et 1966. Cette protection particulière des bas revenus devrait être reprise et généralisée dans le cadre des règles de flexibilisation. Nous vous proposons d'introduire un taux de réduction actuariel favorable en cas d'anticipation pour l'ensemble des travailleurs à revenus modestes (hommes et femmes, sans critère d'année de naissance), tel qu'il était conçu dans le premier projet du Conseil fédéral. Il tenait compte du fait que ces personnes possèdent une espérance de vie plus courte. Le but de l'AVS est de garantir le minimum vital. Le développement du marché de l'emploi, la numérisation de l'économie et les nouveaux modes de vie laissent présager qu'une part non négligeable des travailleurs seront maintenus dans des situations de précarisation.
- Le projet conserve le plafonnement des rentes de couples mariés à 150% et maintient l'inégalité avec les concubins. Cette disposition fait l'objet d'une motion du Conseil national. Nous pouvons convenir que ce déséquilibre est en partie compensé par d'autres avantages et comprenons que sa suppression chargerait lourdement le fonds AVS. Toutefois, nous soutenons une solution de compromis, soit une augmentation du plafond à 155% acceptée par le parlement fédéral dans le cadre de la réforme 2020. Plus fondamentalement, comme nous l'avons déjà relevé dans la consultation sur le projet prévoyance 2020, nous pensons que les réflexions doivent s'engager dans la foulée du présent projet, afin de mettre en place un système faisant abstraction de l'état civil, tant au niveau des cotisations que des prestations pour éliminer les inégalités entre couples mariés et concubins. En effet, les modes de vie évoluent rapidement, les structures familiales sont multiples et souvent instables, tandis que le modèle familial ne constitue plus la norme.

Nous vous livrons, ci-après, nos remarques plus spécifiques quant aux nouvelles dispositions prévues par la réforme.

1. L'âge de référence

L'âge de la retraite ne doit plus constituer une échéance définitive mais un élément pour calculer la rente. L'âge de référence obéit donc à cette logique.

Le premier pilier vise à assurer les besoins vitaux. À l'instar du Conseil fédéral, nous estimons qu'il n'est pas l'instrument adéquat pour corriger à posteriori, à l'âge de la retraite, les inégalités

salariales subies par les femmes durant leur vie professionnelle. Le problème doit être résolu en amont, mais nous appelons de nos vœux une politique active et interventionniste de la Confédération dans ce domaine, la méthode fondée sur la bonne volonté des employeurs ayant échoué. Nous approuvons par conséquent l'harmonisation de l'âge de référence à 65 ans.

2. Mesures de compensation pour les femmes nées entre 1958 et 1966

Pour atténuer les effets du relèvement de l'âge de référence, nous privilégions le modèle à 800 millions de francs qui couvre un cercle plus large d'assurées. Nous approuvons les barèmes favorisant les revenus modestes et l'adaptation de la formule des rentes pour les femmes qui travailleront jusqu'à l'âge de référence ou au-delà.

3. Flexibilisation de la retraite de la retraite de 62 à 70 ans et possibilité de retraite partielle

La flexibilisation est pertinente et prendra tout son sens lorsque le vieillissement généralisé de la population provoquera une situation de pénurie dans le marché de l'emploi. Toutefois, nous émettons quelques critiques quant aux conditions d'anticipation, comme déjà mentionné dans la partie générale de notre courrier.

L'ajournement concernera probablement des travailleurs spécialisés et qualifiés. Une gestion adéquate du vieillissement des collaborateurs devra être intégrée et généralisée par les politiques des ressources humaines des entreprises.

L'anticipation sera principalement choisie par les personnes fragilisées dans leur parcours professionnel, par le chômage, la pénibilité ou la précarité de leurs emplois. Le projet prévoit une modification dans le calcul de la rente, qui ne sera plus fondée selon l'échelle complète de cotisation mais réduite en fonction des années d'anticipation. En sus du taux de réduction actuariel, ce procédé contribue à amoindrir les ressources disponibles des personnes déjà en situation de faiblesse. Le projet de réforme 2020 proposait un modèle d'anticipation favorable aux bas revenus. Nous regrettons vivement que ce soutien soit abandonné par le Conseil fédéral.

Au surplus, les rentes réduites seront probablement complétées par les prestations complémentaires (PC), dont une part du financement est à la charge des cantons. Nous rappelons que la non-fiscalisation des prestations complémentaires pourrait rendre attractive une anticipation complète de la rente. L'effet de seuil est alors exacerbé et va à l'encontre de l'objectif visé par la flexibilisation. Selon les données mentionnées dans le rapport, l'augmentation des dépenses PC liée à la flexibilisation sera marginale, car la part des nouveaux bénéficiaires est peu élevée à l'âge de la retraite (3% des nouveaux rentiers). Il est évident que cette part varie en fonction des cantons et des régions, les plus pauvres ayant un rapport de bénéficiaires PC/rentiers AVS plus élevé que la moyenne nationale. Un régime d'anticipation des rentes amélioré pour les personnes disposant de revenu modeste permettrait d'instaurer une meilleure solidarité entre les travailleurs, les aînés et également entre les régions.

Enfin, nous appuyons sans réserve les nouvelles dispositions liées à la retraite partielle qui permettent un retrait progressif du marché du travail et les mesures incitatives à travailler au-delà de 65 ans. Au niveau fédéral, une politique active devra toutefois être mise en œuvre également auprès des employeurs, visant à promouvoir le maintien des personnes de plus de 50 ans dans le marché du travail.

4. Financement

Nous rejoignons l'avis du Conseil fédéral sur le mode de financement de l'AVS, par le biais d'un relèvement proportionnel de la TVA. Pour atténuer l'effet trop marqué d'une inflation sur le marché de la consommation, nous sommes favorables à une répartition du financement additionnel sur plusieurs sources, soit une augmentation du taux de cotisation telle que prévue par le projet fiscal 17 et une hausse de la contribution fédérale de 19.55% à 20.2%, liée aux dépenses de l'AVS. Cette solution a l'avantage de répartir l'effort sur les retraités, la population active, les entreprises et la Confédération.

5. Conséquences sur les cantons

Dans le cadre des mesures compensatoires, le Conseil fédéral estime que 25% des femmes nées entre 1958 et 1966 feront usage des taux d'anticipation favorables et, si le modèle à 800 millions est choisi, qu'environ 54% bénéficieront de la formule de rente plus avantageuse. Selon les prévisions, le projet AVS 21 impactera favorablement les dépenses en matière de prestations complémentaires. Le Conseil fédéral fixe entre 85 et 90 millions de francs d'économies pour les cantons. Par contre, la flexibilisation ne devrait avoir qu'un effet marginal contribuant à la hausse des dépenses. Cette approche ne tient pas compte de l'effet attractif du dispositif des prestations complémentaires en cas d'anticipation de la rente, modèle qui sera également adopté par une part des travailleurs exclus des mesures compensatoires. De ce fait, l'estimation des conséquences sur les cantons repose sur des hypothèses incertaines quant aux comportements des assurés. Par ailleurs, aucune simulation n'a été effectuée canton par canton, alors même que le projet aura des effets potentiellement très différents d'une région à l'autre. Nous déplorons ces lacunes.

Nous vous remercions de l'attention qui sera portée à nos remarques et vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 17 octobre 2018

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND





CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundespräsident Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 24. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) mit der Bitte, bis zum 17. Oktober 2018 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und vernehmen uns wie folgt:

1 Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen es sehr, dass der Bundesrat nach dem Scheitern der Vorlage Altersvorsorge 2020 (AV 2020) angesichts der Dringlichkeit der Massnahmen insbesondere für die erste Säule rasch eine neue Vorlage erstellt hat. Aufgrund der Analyse nach der Abstimmung im Herbst 2017 erscheint es uns auch als folgerichtig, die beiden Vorlagen (AHV und 2. Säule) zu trennen. Wie aus den Erläuterungen hervorgeht, sind in der aktuellen Vorlage Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus sowie zur Finanzierung der AHV vorgesehen. Man beschränkt sich also auf das Notwendige und Dringliche. Wir erachten auch diese Stossrichtung als zielführend, gibt sie doch der Politik Gelegenheit, umfassendere und nachhaltigere Reformen für die AHV ausführlicher zu diskutieren.

Wie schon in der letzten Vorlage sieht auch die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und eine hohe Flexibilisierung vor. Dies entspricht unserer Ansicht nach den aktuellen gesellschaftlichen Trends. Diese Massnahmen waren zudem in der AV 2020 wenig bis gar nicht umstritten. Es erscheint uns daher folgerichtig, diese Massnahmen wiederaufzunehmen. Zu beachten ist aber hierbei, dass diese Massnahmen die Komplexität der AHV als System erheblich erhöhen. Dies hat zur Folge, dass die Durchführungsorgane mehr Aufwand für beratende Tätigkeiten und für die Leistungsberechnungen haben werden (z.B. für Vorausberechnungen der diversen Modelle). Wir erachten es als wichtig, dass den Durchführungsorganen einerseits für die Umsetzung genügend Zeit eingeräumt wird und andererseits auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV eine volksnahe und verständliche Sozialversicherung bleibt.

Eine zum heutigen Zeitpunkt grosse "Unbekannte" ist die allfällige Verknüpfung der AHV 21 mit der Steuervorlage 17. Diese Verknüpfung hat der Ständerat am 7. Juni 2018 beschlossen;

der Nationalrat behandelt das Geschäft in der Herbstsession. Aus der Optik der Sanierung der AHV wäre diese Verknüpfung wohl zu begrüssen, denn sie würde erhebliche Mittel für die AHV generieren und würde dazu führen, dass die Erhöhung der MWSt auf 0.7 Prozentpunkte beschränkt werden könnte (anstelle von 1.5). Eine definitive Beurteilung ist aber erst nach der Beratung und der Schlussabstimmung im Parlament möglich.

Zu den einzelnen Massnahmen äussern wir uns wie folgt:

2 Referenzalter statt Rentenalter

Wir begrüssen die Flexibilisierung der AHV, welche einem seit längerem dauernden Trend entspricht. Folgerichtig wird von einem "fixen" Rentenalter auf ein Referenzalter umgestellt.

Längeres Arbeiten, verbunden mit einem möglichen Aufschub der AHV-Rente, wird übrigens in Nidwalden bereits umgesetzt. Auch ist es möglich, mit den entsprechenden Kürzungen, sich vorzeitig pensionieren zu lassen. Ebenso kann die AHV flexibler als bisher vorzeitig bezogen werden.

3 Anhebung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre

Bei der Einführung der AHV galt für Frauen und Männer das Rentenalter 65. Verheiratete Paare konnten jedoch eine sogenannte Ehepaarrente beziehen, wenn der Ehemann das Rentenalter erreicht hatte und die Ehefrau mindestens 60 Jahre alt war. Der Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Frauen wurde damals als ungerecht empfunden und daher das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt. Bei der 10. AHV-Revision wurde dieses wieder auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch Ausgleichsmassnahmen begleitet.

Eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen erscheint uns angesichts der demographischen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktlichen Entwicklungen der letzten Jahre richtig und angemessen. Wir erachten es aber auch als angemessen, dass – wie bei der 10. AHV-Revision – Ausgleichsmassnahmen vorgesehen sind. Der Bundesrat schlägt zwei Modelle mit unterschiedlichen finanziellen Auswirkungen vor.

3.1 Ausgleichsmassnahmen: Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)

Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen. Diese können sich teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten. Die Ausgleichsmassnahmen kommen diesen Frauen zugute durch eine Abfederung der permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten.

3.2 Ausgleichsmassnahmen: Reduzierte Kürzungssätze / Anpassung Rentenformel (Modell 800 Millionen)

Wie bei der ersten Variante kommen reduzierte Kürzungssätze beim Vorbezug von Frauen zur Anwendung. Hinzu kommt jedoch auch noch eine angepasste Rentenformel für Frauen, welche bis 65 Jahre oder länger arbeiten. Wie den Erläuterungen zu entnehmen ist, kommen entweder die einen (Kürzungssatzreduktion) oder die anderen Massnahmen (angepasste Rentenformel) zum Tragen, eine Kumulation ist nicht möglich. Zu beachten ist, dass auch eine Kumulation mit dem Zuschlag für den Aufschub (auf der bereits erhöhten Rente) unseres Erachtens nicht möglich sein sollte.

In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage erachten wir die Ausgleichsmassnahmen gemäss Ziff. 3.1 als angebracht und bevorzugen diese Lösung. Aus unserer Sicht ergibt sich

keine absolute Notwendigkeit, denjenigen Frauen, welche bis zum Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel höhere Renten auszubezahlen.

4 Flexibilisierung Rentenbezug

Die Flexibilisierung ist in Anbetracht der heutigen Lebens- und Arbeitsformen zu begrüßen. Wie bereits in Ziff. 1 erwähnt, war denn auch dieser Teil der Vorlage in der AV 2020 am wenigsten umstritten. Dass eine Anpassung der Kürzungs- und Erhöhungssätze an die längere Lebenserwartung notwendig ist, erscheint uns nachvollziehbar. In Anbetracht der Lage auf dem Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel) erachten wir es als ebenso wichtig, dass auch Anreize für einen längeren Verbleib in der Arbeitswelt geschaffen werden und nicht nur Anreize für eine frühere (Teil-)Pensionierung.

5 Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die vorgesehenen Massnahmen (Möglichkeit der Rentenverbesserung, Schliessung von Beitragslücken) unterstützen wir voll und ganz. Unseres Erachtens ist es aber sehr wichtig, dass bei der Reform der zweiten Säule ebenfalls Anreizmassnahmen vorgesehen werden. Wer sich mit einer Weiterarbeit nach dem ordentlichen Referenzalter beschäftigt, überlegt sich nicht nur die Folgen für seine erste, sondern vor allem auch für seine zweite Säule (Pensionskasse). Daher erscheint es unabdingbar, dass auch in diesem Bereich zusätzliche Anreize geschaffen werden.

6 Zusatzfinanzierung

Eine Erhöhung der MWST ist grundsätzlich diskutierbar. Generell erachten wir die Erhöhung der MWST auf 1.5 Prozentpunkte als zu hoch angesetzt. Wir geben aber einer allfälligen Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenüber von Erhöhungen von Lohnprozenten den Vorzug.

Betreffend allfällige Verknüpfung mit der Steuervorlage 17 verweisen wir auf die Ausführungen vorne. Diesfalls würde einer Erhöhung der MWSt bis maximal 0.7 Prozentpunkte zugestimmt.

7 Stellungnahme Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) und Steueramt Nidwalden zu einzelnen Artikeln

7.1 Art. 13a und 13b VE-BVG – Teilbezug der Altersleistung – Vorbezug der Altersleistung

Art. 13a Abs. 1 VE-BVG regelt die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal **drei Etappen** im Rahmen der Teilpensionierung. Gemäss Art. 13b Abs. 2 VE-BVG muss der Teil der Altersleistung, der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogen wird, **mindestens 20%** der Altersleistung, koordiniert mit der AHV, betragen. Die Vorsorgeeinrichtungen sind jedoch frei, in ihrem Reglement eine grössere Anzahl Teilbezüge vorzusehen, und sie können einen Vorbezug von weniger als 20% zulassen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Möglichkeit einer Teilpensionierung in der Steuerpraxis im Rahmen einer konsolidierten Sichtweise und unter gewissen Voraussetzungen seit ein paar Jahren bereits „zugelassen“ ist: Es muss sich um eine festgelegte und dauerhafte Reduktion des Beschäftigungsgrades, begleitet von einer entsprechenden Gehaltsreduktion, handeln. Der **Vorbezug der Altersleistung muss im Verhältnis zur Reduktion des Beschäftigungsgrades erfolgen**; die Teilpensionierung und ihre Bedingungen müssen im Vorsorgereglement verankert sein (vgl. Fall A. 1.3.8, Vorsorge und Steuern,

Schweizerische Steuerkonferenz, Cosmos Verlag). Wir stellen in dieser Hinsicht mit Genugtuung fest, dass nach Art. 13b Abs. 1 VE-BVG die vor dem Referenzalter bezogene Teil-Altersleistung die Gehaltsreduktion nicht übersteigen darf, und halten fest, dass dies ein in der Steuerpraxis bereits entwickelter Grundsatz ist.

Es ist fraglich, ob die Möglichkeit, dass eine Vorsorgeeinrichtung eine höhere Anzahl Teilbezüge als drei (also fünf oder mehr?) und einen Vorbezug von unter 20% der Altersleistung vorsehen kann, noch einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, da ein Anteil von unter 20% einer Beschäftigungsreduktion von weniger als einem Tag pro Woche entspricht.

Eine Beschäftigungsreduktion von 10% dürfte somit zu keiner Einkommenseinbusse führen, die durch Teilrentenleistungen kompensiert werden müsste. Dieser Aspekt ist jedoch in steuerlicher Hinsicht nicht ausschlaggebend, wenn die Leistungen in Form von Renten ausbezahlt werden.

Unsere Anmerkung betrifft jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, eine **Kapitalauszahlung** in bis zu **drei Teilbezügen** gemäss Art. 13a Abs. 1 VE-BVG vorsehen zu können. Auch wenn wir prinzipiell eine konsolidierte Betrachtungsweise, eingeführt durch Art. 13a Abs. 1 in fine VE-BVG, begrünnen, sind wir doch skeptisch gegenüber der Möglichkeit von drei Rentenkapitalbezügen im Rahmen einer Teilpensionierung.

Es muss in der Tat berücksichtigt werden, dass Kapitalleistungen gemäss Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Direkten Bundessteuern (Art. 38 DBG), gemäss Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Art. 11 Abs. 3 StHG) und den entsprechenden kantonalen Gesetzgebungen, einer von den übrigen Einkünften getrennten Besteuerung unterliegen, und zwar zu einem privilegierten Satz (Vorsorgesatz), was deutlich vorteilhafter ist als die Versteuerung der Altersrenten, welche zusammen mit den anderen Einkünften versteuert werden. Im Fall von Kapitalbezügen in mehreren Etappen ist es möglich, die **Progression in noch erheblicherem Ausmass** zu brechen. Dies bedeutet, dass die Versicherten nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen Kapitalleistungen in Form von Teilbezügen wählen könnten, sondern aus Gründen der Steueroptimierung.

Es geht unserer Meinung nach darum, steuerliche Anreize zu vermeiden, die Altersleistung in zu vielen Etappen zu beziehen. Wir sind deshalb der Meinung, die Kapitalauszahlung von Altersleistungen auf maximal **zwei Bezüge** zu limitieren: Diese Lösung, die der Praxis vieler kantonalen Steuerverwaltungen entspricht, wird auch von der Schweizerischen Steuerkonferenz befürwortet (Fall A. 1.3.8, a.a.O.). Hierbei werden Kapitalleistungen zur Bestimmung des Steuersatzes **nicht kumuliert**, sondern einzeln besteuert.

Sollte nichtsdestotrotz eine grössere Staffelung von Kapitalleistungen (d.h. drei Kapitalleistungen) am Ende dieser Vernehmlassung beibehalten werden, müsste innerhalb des Steuerrechts (StHG, DBG) eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die es den Steuerbehörden erlaubt, die Leistungen zur Bestimmung des **satzbestimmenden Einkommens während mehrerer Jahre** (Steuerperioden, z.B. innerhalb einer Frist von 5 Jahren) zu **kumulieren**. Diese neue gesetzliche Regelung steuerlicher Natur sollte im Rahmen der AHV-Stabilisierungsvorlage (AHV 21) verabschiedet werden.

Beispiel:

Drei Kapitalauszahlungen von Rentenleistungen in Höhe von je CHF 200'000 in den Jahren x , $x+1$ und $x+2$.

Anstelle einer Besteuerung von dreimal CHF 200'000 (zulässig bei maximal zwei Kapitalauszahlungen von Rentenleistungen) müssten in den Steuerperioden x , $x+1$ und $x+2$ CHF 200'000 **zum Satz von CHF 600'000** besteuert werden.

Ein Zahlenbeispiel erlaubt es, die Auswirkungen der gestaffelten Leistungen verteilt auf mehrere Steuerperioden besser zu erfassen.

So führt die Kapitalauszahlung einer Vorsorgeleistung von CHF 200'000 für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Lausanne zu einer steuerlichen Belastung von CHF 2'512.40 auf Ebene der direkten Bundessteuer (DBSt.) und von CHF 14'349.05 bei den Kantons- und Gemeindesteuern des Kantons Waadt (ICC-VD, Besteuerung gemäss Art. 49 des Gesetzes vom 4. Juli 2000 über die direkten kantonalen Steuern, LI-VD). Demgegenüber hat eine Kapitaleistung in Höhe von CHF 600'000 bei der Direkten Bundessteuer eine Belastung von CHF 12'912.40 und bei den Kantons- und Gemeindesteuern CHF 58'950.15 zur Folge.

Es kann festgestellt werden, dass die Auswirkung der Staffelung sowohl auf der Ebene der Direkten Bundessteuer als auch bei den Kantons- und Gemeindesteuern des Kantons Waadt signifikant ist, da die Einkommenssteuer der Progression unterliegt: Die Möglichkeit von drei Kapitalbezügen für das Rentenalter würde es den Versicherten somit ermöglichen, „Manöver“ durchzuführen, welche nicht primär auf dem Willen einer Teilpensionierung in mehreren Etappen beruhen, sondern vielmehr auf der Möglichkeit, durch die Brechung des Steuersatzes, eine substantielle Steuereinsparung zu erzielen.

7.2 Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten und -policen (Einführung einer gesetzlichen Regel ins FZG oder in den Anwendungsverordnungen des BVG [FZO])

Es handelt sich um ein Begehren nach Ergänzung oder Präzisierung einer gesetzlichen Regelung des FZG, die nicht direkt im Vorprojekt zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) enthalten ist und welche die Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen betrifft (andere zulässige Form zur Aufrechterhaltung der Vorsorge im Sinn von Art. 4 FZG). Dieser Zusatz rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass die Vorlage AHV 21 den vorzeitigen und den aufgeschobenen Bezug von Altersleistungen aus der 2. Säule behandelt, zu denen auch Guthaben aus Freizügigkeitskonten oder -policen gehören.

Zunächst muss festgehalten werden, dass Freizügigkeitskonten oder Freizügigkeitspolicen nur bestehen dürfen, wenn eine versicherte Person über ein Freizügigkeitsguthaben verfügt, das gemäss Artikel 3 und 4 Abs. 2bis FZG nicht auf eine Vorsorgestiftung überwiesen werden muss (vgl. Art. 60a Abs. 3 BVV2, wonach der maximale Rückkaufsbetrag um die fraglichen Beträge vermindert wird). Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Steuerbehörden oft mit Fällen konfrontiert sind, in denen Freizügigkeitskonten oder -policen immer noch „in Kraft“ sind, obwohl sie in die aktuelle Vorsorgestiftung, bei welcher der Versicherte obligatorisch oder gegebenenfalls freiwillig angeschlossen ist, überführt werden müssten (vgl. Art. 4 Abs. 1 BVG über die fakultative Versicherung von Selbständigen).

Art. 16 Abs. 1 FZV sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass *„Altersleistungen von Freizügigkeitspolicen und Freizügigkeitskonten frühestens fünf Jahre vor und spätestens fünf Jahre nach Erreichen des Rentenalters nach Artikel 13 Absatz 1 BVG ausbezahlt“* werden dürfen.

Laut der aktuellen Meinung des BSV ist der Aufschub von Altersleistungen bis zum Alter von 70 Jahren bei Männern und 69 Jahren für Frauen nicht an die Fortführung einer Erwerbstätigkeit geknüpft (vgl. Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 30, Kommentar zu Art. 16, S. 14), da Art. 16 FZV sich ausschliesslich auf den ersten Absatz von Art. 13 BVG bezieht, und nicht auch auf den zweiten Absatz dieses Artikels, der die vorzeitige oder aufgeschobene Pensionierung regelt.

Steuerpflichtige können also den Zeitpunkt der Auszahlung von Altersleistungen aus einem Freizügigkeitskonto oder einer Freizügigkeitspolice zwischen einem Alter von 60 bis 70 Jahren (respektive 59 und 69 Jahre bei Frauen; Fall A.5.3.1. a.a.O.) frei wählen.

Die freie Wahl des Auszahlungszeitpunkts scheint aber nicht gerechtfertigt: Sowohl bei der beruflichen Vorsorge (vgl. Art. 13 Abs. 2 und 33b BVG; letzterer ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten) als auch bei der Säule 3A (vgl. Art. 7 Abs. 3 in fine BVV3, in Kraft seit 1. Januar 2008) ist der **Aufschub des Auszahlungszeitpunkts von Altersleistungen über das ordentliche Rentenalter** hinaus (bzw. Referenzalter laut Art. 13 Abs. 1 VE-BVG) **nur im Falle einer Fortführung der Erwerbstätigkeit bis zu deren Aufgabe** möglich. Es gibt keinen Grund für eine abweichende Regelung auf dem Gebiet von Freizügigkeitskonten oder -policen.

In steuerlicher Hinsicht geht es um die Vermeidung einer Zerstückelung der Altersleistungen durch die Möglichkeit, Rentenskapital aus einer Vorsorgeeinrichtung zu beziehen und dieses in ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice für unterschiedliche Jahre (Steuerperioden) – unter Einhaltung von Art. 3 und 4 Abs. 2bis FZG – einzuzahlen, was zu einer Brechung der Steuerprogression führt. Wir sind der Ansicht, dass das FZG (z.B. Art. 4 FZG, über den Vorsorgeschutz in anderer Form) dahingehend modifiziert werden müsste, den Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen nur im Falle der Fortführung einer Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung zu gestatten.

Sollte eine solche Regelung aus Gründen der Rechtssystematik nicht direkt im FZG verankert werden können, ist es zwingend erforderlich, Art. 16 Abs. 1 FZV zu modifizieren, wie vorhergehend im Rahmen der Änderung der Reglemente und Verordnungen über die AHV und die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit der Vorlage AHV21 ausgeführt.

7.3 Art. 79b Abs. 1, Abs. 1bis und Abs. 2 VE-BVG – Einkäufe in die berufliche Vorsorge

Wir nehmen zur Kenntnis, dass eine Kompetenzdelegation an den Bundesrat vorgesehen ist in Art. 79b Abs. 2 Bst. a VE-BVG betreffend Personen, die im Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangen, nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben (vgl. Art. 60b BVG, welcher diese Frage bereits gegenwärtig regelt) und betreffend Personen, welche eine berufliche Vorsorgeleistung beziehen oder bezogen haben (Art. 79b Abs. 2 Bst. b VE-BVG).

Wir unterstützen vollumfänglich den Inhalt des erläuternden Kommentars (S. 84), der festhält, dass Personen, die bereits eine Altersleistung in Form einer Rente beziehen oder schon eine Kapitalleistung erhalten haben, nicht die Möglichkeit haben sollen, wieder eine vollständige Vorsorge mittels abzugsfähiger Einkäufe aufzubauen.

In diesen Fällen muss **die laufende Rente oder die ausbezahlte Kapitalleistung** zur Bestimmung der **Möglichkeiten eines Einkaufs** berücksichtigt werden. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese Koordination auf dem Verordnungsweg geregelt wird, höchstwahrscheinlich über eine Änderung der FZV.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:
- emina.alisic@bsv.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Bereich Leistungen AHV/IV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

per Mail:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWVD.618.
Unser Zeichen: cb

Sarnen, 16. Oktober 2018

Stellungnahme zum Entwurf zur Stabilisierung der AHV

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie uns den Entwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) zugestellt und eine Vernehmlassungsfrist bis am 17. Oktober 2018 gewährt. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Allgemeine Bemerkungen

Insgesamt wird der Vorentwurf zur AHV 21 begrüsst. Die Beschränkung auf die unmittelbare Stabilisierung der AHV bis ins Jahr 2030 ist aufgrund von gescheiterten Entwicklungen in den letzten Jahren angebracht. Die schrittweise Einführung des Referenzalters von 65 Jahren für Frauen während drei bis vier Jahren, die Flexibilisierung des Zeitpunkts des Rentenbezugs und die mögliche Erhöhung der Rente durch Beitragszahlungen nach dem Referenzalter werden unterstützt. Die Weiterarbeit nach dem Referenzalter mit Anreizen zu fördern, ist insbesondere mit Blick auf das nach wie vor eher tiefe Referenzalter aufgrund der demografischen Verhältnisse folgerichtig.

Bemerkungen zu den Varianten

Die vorzeitige Pensionierung hat eine lebenslange versicherungstechnische Kürzung der Altersrente bei Frauen und Männern im gleichen Umfang zur Folge. Je länger die Altersrente vorbezogen wird, desto stärker wird sie gekürzt. Es kann nachvollzogen werden, dass der Entwurf als Ausgleich für die Erhöhung des Referenzalters bei den Frauen reduzierte Kürzungssätze vorsieht. Um die Akzeptanz zu erhöhen bedarf es während einer Übergangsphase Ausgleichsmassnahmen, da diese betroffenen Frauen meist über weniger Beitragsjahre sowie tieferen Lohn verfügen. Beachtet werden muss dabei aber der administrative Aufwand und die Tatsache, dass es sich lediglich um eine befristete Massnahme handelt.

Aufgrund der gleichen Überlegungen wird die Möglichkeit der Erhöhung der Rente mit einer geänderten Rentenformel für Frauen, die länger als bis zum 65. Altersjahr arbeiten, unterstützt.

Mittelfristig soll aber der Grundsatz der Gleichbehandlung der Männer und Frauen in allen Bereichen angestrebt werden und nach Ablauf der Übergangsfrist sind diese beiden Massnahmen zwingend aufzuheben.

Nachfolgender Punkt ist jedoch kritisch zu hinterfragen:

Zu Art. 13a und 13b BVG – Teil- und Vorbezug der Altersleistung

Es ist fraglich, ob die Möglichkeit, dass eine Vorsorgeeinrichtung eine höhere Anzahl Teilbezüge als drei (also fünf oder mehr?) und einen Vorbezug von unter 20 Prozent der Altersleistung vorsehen kann, einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht. Eine Beschäftigungsreduktion von 10 Prozent (ein halber Arbeitstag) dürfte somit zu keiner Einkommenseinbusse führen, die durch Teilrentenleistungen kompensiert werden müsste. Die Vorsorgeeinrichtungen sind heute jedoch frei, in ihrem Reglement eine grössere Anzahl Teilbezüge vorzusehen, und sie können einen Vorbezug von weniger als 20 Prozent zulassen

Wir stehen einer Teilpensionierung mit der Möglichkeit von drei (oder mehr) Rentenkaptalbezügen skeptisch gegenüber. Es ist zu berücksichtigen, dass solche Kapitalleistungen zu einem privilegierten Satz (Vorsorgesatz) besteuert werden, was deutlich vorteilhafter ist als die Versteuerung der Altersrenten, welche mit den anderen Einkünften kumuliert werden. Zwar ist der Kanton Obwalden nur bei der direkten Bundessteuer von der Steuerprogression betroffen, im Hinblick aber auf die übrigen Kantone brechen Kapitalbezüge in mehreren Schritten die Progression in erheblichem Ausmass. Die Versicherten werden dadurch besonders motiviert, Kapitalleistungen aus Gründen der Steueroptimierung und nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen als Teilleistungen zu wählen.

Wir beantragen darum, dass die Kapitalauszahlung von Altersleistungen auf maximal zwei Bezüge begrenzt wird.

Sollte an den vorgesehenen drei Kapitalbezügen weiterhin festgehalten werden, beantragen wir, dass eine gesetzliche Regelung geschaffen wird, die den Steuerbehörden erlaubt, die Leistungen zur Bestimmung des satzbestimmenden Einkommens während mehrerer Jahre (Steuerperioden, vorzugsweise innerhalb einer Frist von fünf Jahren) zu kumulieren.

Im Weiteren weisen wir auf die bereits gemachten Stellungnahmen hin, in welchen wir auf die Problematik des Kapitalbezugs und den anschliessenden Verbrauch des Kapitals über die Lebenshaltungskosten hinaus hingewiesen haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Christoph Amstad
Landammann



Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 12. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Grundsätzliche Würdigung

Nach dem Scheitern der Gesamtvorlage AHV 2020 ist die Entflechtung und vorrangige Reform der AHV zu begrüssen. Die vorgeschlagenen Massnahmen erscheinen geeignet, um die AHV für die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu rüsten. Wichtig ist, dass die Leistungsfähigkeit des Systems erhalten bleibt und der Altersrücktritt flexibilisiert wird. Dabei darf es nicht zu einem Leistungsabbau für die Rentnerinnen und Rentner und damit zu einer Lastenverschiebung (mittels Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe) auf die Kantone kommen. Die Regierung des Kantons St.Gallen nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Vorlage diese Prämissen erfüllt. Zu beachten ist, dass die vorgeschlagenen Änderungen die Komplexität der ersten Säule erhöhen und die notwendigen Mittel für die Durchführung zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV eine volksnahe und verständliche Volksversicherung bleibt.

Variante Wahl bei den Ausgleichmassnahmen für Frauen

Wir begrüssen die Anpassung des Referenzalters der Frauen an jenes der Männer, wenn ein angemessener Ausgleich sichergestellt wird. Im Hinblick darauf, dass die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern noch immer nicht umfassend gewährleistet ist, scheint uns Variante 2 besser geeignet, da sie mit der vorteilhafteren Rentenformel eine Verbesserung für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen gewährleistet und damit einen Anreiz schafft, bis zum Referenzalter 65 oder darüber hinaus erwerbstätig zu bleiben. Zudem kann mit dieser grosszügiger ausgestalteten Variante die Akzeptanz der Vorlage erhöht werden. Zu begrüssen ist auch die Möglichkeit, gemäss Art. 29^{bis} Abs. 4 VE-AHVG, mit einer Erwerbstätigkeit nach Vollendung des 65. Altersjahrs Beitragslücken zu schliessen. Wir geben aber zu bedenken, dass die vorgeschlagene Bedingung, dass zur Schliessung von Lücken ein jährliches Erwerbseinkommen von mindestens 40 Prozent des durchschnittlichen Erwerbseinkommens nötig ist, Selbständigerwerbende



gegenüber Arbeitnehmenden bevorteilt. Weitere Ausführungen zu den Überlegungen des Bundesrates diesbezüglich oder ein Überdenken dieser Mindestgrenze sind unseres Erachtens angezeigt.

Finanzierung der Reform

Wir begrüssen die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die vorgeschlagene proportionale Erhöhung von 1,5 Prozent wird dabei als angemessen und umsetzbar beurteilt.

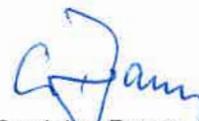
Koordination Familienzulagen und AHV-Zusatzrenten

Wie bereits im Rahmen der Vernehmlassungsantwort zur AHV 2020 (Schreiben vom 24. März 2014) möchten wir auf die zusätzliche Entlastungsmöglichkeit der AHV mittels einer Koordination mit dem eidgenössischen Familienzulagengesetz (SR 836.2; abgekürzt FamZG) hinweisen. Ab dem Jahr 2013 wurden die Familienzulagen auf Selbständig-erwerbende und Nichterwerbstätige ausgeweitet. Die heutige Höhe der Kinderrenten an Altersrentnerinnen und -rentner im Umfang von 40 Prozent stammt aus der Zeit vor diesem Ausbau. Aufgrund der heutigen Ausgestaltung des FamZG sollten allfällige Familienzulagen bei der Ausrichtung der Zusatzrente bei der AHV angerechnet werden können. Wir möchten die Prüfung einer entsprechenden Regelung anregen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Kopie an:

Bundesamt für Sozialversicherungen, Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL,
Effingerstrasse 20, 3003 Bern

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Bundesamt für
Sozialversicherungen
3003 Bern

per E-Mail an:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Schaffhausen, 16. Oktober 2018

Vernehmlassung in Sachen Stabilisierung der AHV (AHV 21); Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 hat das Eidgenössische Departement des Innern die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Allgemeine Bemerkungen

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der AHV lässt sich die Dringlichkeit einer Reform der AHV nicht wegdiskutieren. Wir begrüssen den Entscheid, dass sich der aktuelle Vorstoss lediglich auf eine Anpassung in der 1. Säule beschränkt und die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen.

Wie schon in der gescheiterten Vorlage AV 2020 sieht die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und Flexibilisierungen vor, was aus unserer Sicht zu begrüssen ist. Tatsache ist aber auch, dass dies die Komplexität der ersten Säule erhöht und an die Durchführungsorgane hohe Anforderungen stellt (Beratung der Bevölkerung, Berechnungen von Leistungen, etc.). Dieser Tatsache ist gebührend Rechnung zu tragen, indem die für die Durchführung notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV eine volksnahe und verständliche Volksversicherung bleibt. Zu den einzelnen Massnahmen erlauben wir uns folgende Hinweise:

Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65

Bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 galt für Männer und Frauen das Rentenalter 65. Später wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt. Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen – wieder in zwei Schritten – auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch entsprechende Ausgleichsmassnahmen begleitet. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der veränderten Situation im Arbeitsmarkt rechtfertigt sich zum aktuellen Zeitpunkt ein für Frauen tieferes Rentenalter gegenüber den Männern nicht mehr. Das Rentenalter (Referenzalter) der Frauen ist demjenigen der Männer anzugleichen. Richtigerweise sieht die Vorlage AHV 21 auch wieder solche Ausgleichsmassnahmen vor.

Ausgleichsmassnahmen

Bezüglich der Ausgleichsmassnahmen ist Variante 2 (Modell 800 Millionen Franken) zu bevorzugen, da mit dieser ein Anreiz zur Aufrechterhaltung der Erwerbstätigkeit bis zum Referenzalter oder darüber hinaus geschaffen wird. Variante 1 hingegen würde nicht nur diesen Anreiz nicht schaffen, sondern wäre zudem aus Sicht jener Frauen, welche bis zum 65. Altersjahr arbeiten, unfair, da diese unter Umständen die gleich hohe Rente erhalten würden wie die Frauen, welche "nur" bis zum 64. Altersjahr arbeiten.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist im Hinblick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten AV 2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile, folgerichtig hat der Bundesrat diesen weitgehend identisch in die neue Vorlage AHV 21 übernommen. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten in noch höherem Mass gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben. Die Anpassung der Kürzungs- und Erhöhungssätze an die längere Lebenserwartung ist ebenso nötig, um den finanziellen Bedürfnissen der AHV gerecht zu werden.

Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Wir unterstützen die in der Vorlage enthaltenen Anreizmassnahmen vollumfänglich. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, betrachten wir die Möglichkeit, Beitragslücken schliessen oder das durchschnittliche Jahreseinkommen verbessern zu können mit Einkommen, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird, als besonders geeignet.

Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der anstehenden Reform nicht gefährdet werden, stimmen wir einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozentpunkte grundsätzlich zu. Im Falle einer Verknüpfung der AHV-Reform mit der Steuervorlage (SV17) gilt die Zustimmung für eine Erhöhung bis zu dem dann noch notwendigen (tieferen) Satz.

Für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen. Für Rückfragen steht Ihnen Herr Bruno Bischof, Leiter Sozialversicherungsamt Schaffhausen, gerne zur Verfügung.



Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Ch. Amsler".

Christian Amsler

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Bilger".

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, BVG und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

25. September 2018

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 hat der Bundesrat zur Vernehmlassung zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV eingeladen. Wir danken dem Bundesrat für diese Einladung und stellen ihm seine Bemerkungen innerhalb der Frist zu.

1. Allgemeines

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der AHV lässt sich die Dringlichkeit einer Reform der AHV nicht mehr wegdiskutieren. Wir begrüssen den Entscheid, dass sich der aktuelle Vorstoss lediglich auf eine Anpassung in der 1. Säule beschränkt und hier nur die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen. Dies verschafft der Politik Zeit, um umfassendere und nachhaltigere Reformen für die AHV zu diskutieren. Zudem eröffnet dieses Vorgehen auch die Chance, wieder in einen einigermaßen regelmässigen Revisions-Zyklus zu kommen, wie es bis zur 10. AHV-Revision (1997) üblich war. Seither sind alle Versuche, umfassende Revisionen durchzuführen, an der Urne gescheitert.

Aus Sicht der AHV ist die im National- und Ständerat beschlossene Verknüpfung der Vorlage AHV 21 mit der Steuervorlage wohl zu begrüssen, da diese erhebliche zusätzliche Mittel für die AHV generieren würde, was unter anderem zur Folge hätte, dass die Erhöhung der MwSt. auf 0,7 Prozentpunkte beschränkt werden könnte (anstelle von 1,5). Eine endgültige Beurteilung ist aber erst nach den Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten sowie einer allfälligen Volksabstimmung möglich.

Eine weitere generelle Bemerkung:

Wie schon in der gescheiterten Vorlage AV 2020 sieht die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und Flexibilisierungen vor, was aus unserer Sicht zu begrüssen ist. Tatsache ist aber auch, dass dies die Komplexität der ersten Säule erhöht und an die Durchführungsorgane erhöhte Anforderungen stellt (Beratung der Bevölkerung, Berechnungen von Leistungen, etc.). Dieser Tatsache ist gebührend Rechnung zu tragen, indem die für die Durchführung notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV eine volksnahe und verständliche Volksversicherung bleibt.

Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen, äussern wir uns nachfolgend.

2. Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65

Bei der Einführung der AHV im Jahre 1948 galt für Männer und Frauen das Rentenalter 65. Verheiratete Paare konnten jedoch eine sogenannte Ehepaarrente beziehen, wenn der Ehemann das Rentenalter erreicht hatte und die Ehefrau mindestens 60 Jahre alt war. Der Unterschied zwischen verheirateten und ledigen Frauen wurde damals als ungerecht empfunden, weshalb das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 62 Jahre gesenkt wurde, um eine Annäherung an das Grenzalter der Ehefrauen zu erreichen. Mit der 10. AHV-Revision wurde das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten auf 64 Jahre erhöht. Diese Erhöhung wurde durch entsprechende Ausgleichsmassnahmen begleitet. Aufgrund der demografischen Entwicklung rechtfertigt sich zum aktuellen Zeitpunkt ein für Frauen tieferes Rentenalter gegenüber den Männern nicht mehr. Die Erhöhung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen ist deshalb unter bestimmten Voraussetzungen zu prüfen. Von der Erhöhung des Referenzalters sind jene Frauen am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Daher ist es zwingend notwendig und sinnvoll, dass diesem Umstand in der Vorlage AHV 21 mit entsprechenden Ausgleichsmassnahmen gebührend Rechnung getragen wird.

Bei der IV wirkt sich eine Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) auf die Dauer des Leistungsbezuges aus. Die längere Bezugsdauer führt zu einem berechneten Kostenanstieg von 130 Millionen Franken und hat direkte Auswirkungen auf die Sanierung der Invalidenversicherung.

2.1. Ausgleichsmassnahmen – Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)

Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, welche ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgedeckt werden.

2.2. Ausgleichsmassnahmen – Reduzierte Kürzungssätze / Anpassung Rentenformel (Modell 800 Millionen)

Bei dieser zweiten Variante sind (wie in der ersten Variante) ebenfalls reduzierte Rentenkürzungssätze für Frauen vorgesehen, welche nicht bis zum neuen Referenzalter arbeiten werden. Neu kommt jedoch hinzu, dass für Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten werden, eine angepasste Rentenformel zur Anwendung gebracht werden soll. Die angepasste Rentenformel bewirkt, dass das Rentenniveau zwischen der Minimal- und Maximalrente insgesamt angehoben wird, ohne die Höhe der Minimal- und Maximalrente zu beeinflussen. Durch diese Massnahme kann sicher ein starker Anreiz gesetzt werden, dass Frauen bis zur Erreichung des neuen Referenzalters im Arbeitsprozess verbleiben. Im Gegenzug können sie eine auf Lebzeiten erhöhte Rentenleistung in Anspruch nehmen.

Wir weisen darauf hin, dass die Folgen der Erhöhung des Referenzalters ausreichend abgedeckt werden müssen, weshalb wir die zweite Variante der vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen bevorzugen.

3. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist im Hinblick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten AV2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile, folgerichtig hat der Bundesrat diesen weitgehend iden-

tisch in die neue Vorlage AHV 21 übernommen. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten in noch höherem Mass gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben.

4. Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die im Vorentwurf enthaltenen Anreizmassnahmen unterstützen wir. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, betrachten wir die Möglichkeit, Beitragslücken schliessen zu können oder das durchschnittliche Jahreseinkommen verbessern zu können mit Einkommen, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird, als besonders geeignet.

5. Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der anstehenden AHV Reform (AHV-Renten sichern, Rentenniveau halten und Finanzen stabilisieren) nicht gefährdet werden, stimmen wir einer Erhöhung der MWST um 1.5 Prozentpunkte grundsätzlich zu. Im Falle einer definitiven Verknüpfung der AHV Reform mit der Steuervorlage (SV17) gilt die Zustimmung für eine Erhöhung nur bis zu dem dann noch notwendigen Satz von 0.7 Prozentpunkten.

Wir würden es sehr begrüssen, wenn unsere Anregungen berücksichtigt werden und danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Heim
Landammann



Andreas Eng
Staatsschreiber

6431 Schwyz, Postfach 1260

An das
Eidgenössische Departement des Innern
per E-Mail an:
emina.alisic@bsv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 25. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 laden Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV (AHV 21) ein.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz nimmt folgendermassen Stellung:

1. Allgemeines

Angesichts der schwierigen finanziellen Situation der AHV lässt sich die Dringlichkeit einer Reform der AHV nicht mehr wegdiskutieren. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz begrüsst den Entscheid, dass sich der aktuelle Vorstoss primär auf eine Anpassung in der 1. Säule beschränkt und hier Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen.

Dies verschafft der Politik Zeit, um umfassendere und nachhaltigere Reformen für die erste und die zweite Säule zu diskutieren.

Wie schon in der gescheiterten Vorlage Altersvorsorge 2020 sieht die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und Flexibilisierungen vor, was aus Sicht des Regierungsrates Schwyz sehr zu begrüssen ist. Tatsache ist aber auch, dass dies die Komplexität der ersten Säule erhöht und an die Ausgleichskassen Anforderungen stellt (Beratung der Bevölkerung, Berechnungen von Leistungen, etc.).

Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen äussern wir uns in den nachfolgenden Punkten.

2. Anhebung des Rentenalters (Referenzalters) der Frauen auf 65

Aufgrund der demografischen Entwicklung und der veränderten Situation im Arbeitsmarkt rechtfertigt sich zum aktuellen Zeitpunkt ein für Frauen tieferes Rentenalter gegenüber den Männern nicht mehr. Das Rentenalter (Referenzalter) der Frauen ist schrittweise demjenigen der Männer anzugleichen. Wir begrüssen diesen Vorschlag.

3. Ausgleichsmassnahmen - Reduzierte Kürzungssätze (Modell 400 Millionen)

Von der Rentenaltererhöhung für Frauen sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, welche ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgedeckt werden. Im Hinblick auf die bereits angespannte finanzielle Situation der AHV ist diese kostengünstigere Variante zu bevorzugen, da sie die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen ausreichend abfedert.

4. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs in der ersten und zweiten Säule ist im Hinblick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten Altersvorsorge 2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile, folgerichtig hat der Bundesrat dieselben weitgehend identisch in die neue Vorlage AHV 21 übernommen. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten in noch höherem Mass gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben.

5. Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die im Vorentwurf enthaltenen Anreizmassnahmen unterstützt der Regierungsrat des Kantons Schwyz. Um Personen länger im Arbeitsprozess zu halten, betrachten wir die Möglichkeit, Beitragslücken schliessen zu können oder das durchschnittliche Jahreseinkommen verbessern zu können mit Einkommen, welches nach dem Erreichen des Referenzalters erzielt wird, als besonders geeignet. Ebenfalls begrüsst wird die Beibehaltung des Freibetrages.

6. Zusatzfinanzierung

Damit die Ziele der anstehenden AHV-Reform (AHV-Renten sichern, Rentenniveau halten und Finanzen stabilisieren) nicht gefährdet werden, stimmt der Regierungsrat des Kantons Schwyz einer Erhöhung der Mehrwertsteuer grundsätzlich zu. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer reduziert sich in dem Umfang, als zugunsten der AHV in Verbindung mit der Steuervorlage 17 zusätzliche Einnahmen durch die Erhöhung der Lohnbeiträge und des Bundesbeitrages sowie der vollständigen Zuweisung des Demografieprozents an die AHV generiert werden.

Zudem verlangen wir, dass zwischen der Erhöhung der Mehrwertsteuer und den Anpassungen im AHVG und BVG ein zwingender Konnex geschaffen wird. Es geht nicht an, dass die Mehrwertsteuer erhöht wird und die Rentenalteranpassung nicht kommt.

7. Inkrafttreten

Die Versicherungsträger benötigen für die Umsetzung mindestens ein Jahr zwischen den Schlussabstimmungen in den Räten und dem Inkrafttreten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel, Landammann



Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kopie z.K. an:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern
Herr Alain Berset
Bundespräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 2. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung nehmen zu können. Die Regierung des Kantons Thurgau erachtet die Stossrichtung der vorgeschlagenen Massnahmen als zielführend und **begrüssst** die Reform AHV 21. Im Einzelnen danken wir für die Berücksichtigung folgender Bemerkungen:

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Vorlage sieht in der Hauptsache vier Massnahmen zur Erhaltung des Leistungsniveaus und zur Sicherung des finanziellen Gleichgewichts der AHV vor:

1. Angleichung des Referenzalters für Frauen und Männer auf 65 Jahre;
2. Ausgleichsmassnahmen für die Referenzalterserhöhung bei den Frauen;
3. Flexibilisierung des Rentenbezugs resp. Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren;
4. Zusatzfinanzierung zu Gunsten der AHV.

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau erachtet sowohl die Zusatzfinanzierung zugunsten der AHV (Massnahme 4) als auch die Angleichung des Referenzalters für Frauen und Männer auf 65 Jahre als notwendig (Massnahme 1).

Als Ausgleichsmassnahme für die Referenzalterserhöhung bei den Frauen (Massnahme 2) bevorzugen wir die Variante 1 (Modell 400 Millionen) aufgrund der folgenden Überlegung: Diese Ausgleichsmassnahmen sollen insbesondere Frauen mit tiefen Einkommen zugutekommen, deren Rentenerwartung tief wäre und die sich deshalb einen Rentenvorbezug kaum leisten könnten. Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge am stärksten betroffen, die kurz vor dem Erreichen des Referenz-

2/5

alters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Die in dieser Variante vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen kommen denjenigen Frauen zugute, die ihre Erwerbstätigkeit nicht bis zum neuen Referenzalter ausüben werden, indem die permanenten Kürzungen auf ihren zukünftigen Renten abgedeckt werden. Im Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation der AHV ist die kostengünstigere Variante 1 zu bevorzugen, da sie die Folgen für die Frauen mit den unmittelbar betroffenen Jahrgängen gezielt abdeckt. Jedoch ergibt sich keine begründete Notwendigkeit, denjenigen Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter arbeiten können, aufgrund einer angepassten Rentenformel gemäss Variante 2 höhere Renten auszubezahlen.

Bezogen auf eine Flexibilisierung des Rentenbezugs (Massnahme 3) ist mit Blick auf heutige Lebens- und Arbeitsformen zu begrüssen. Die Flexibilisierung war denn auch in der gescheiterten AHV 2020 einer der am wenigsten umstrittenen Teile. Um den individuellen Bedürfnissen der Versicherten in noch höherem Mass gerecht zu werden, scheint auch eine Erweiterung der bisher eingeschränkten Möglichkeiten eines vorzeitigen Rentenbezugs sinnvoll. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es jedoch auch unverzichtbar, Anreize zu setzen, damit Personen länger im Erwerbsprozess verbleiben. Die Vorlage setzt - insbesondere unter steuerrechtlichen Aspekten - allerdings einige Fehlanreize, auf die wir nachfolgend je Artikel hinweisen.

II. Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 13a und 13b E-BVG

Art. 13a Abs. 1 E-BVG regelt die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal drei Etappen im Rahmen der Teilpensionierung. Gemäss Art. 13b Abs. 2 E-BVG muss der Teil der Altersleistung, der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogen wird, mindestens 20 % der Altersleistung, koordiniert mit der AHV, betragen. Die Vorsorgeeinrichtungen sind jedoch frei, in ihrem Reglement eine grössere Anzahl Teilbezüge vorzusehen, und sie können einen Vorbezug von weniger als 20 % zulassen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Möglichkeit einer Teilpensionierung in der Steuerpraxis im Rahmen einer konsolidierten Sichtweise und unter gewissen Voraussetzungen seit ein paar Jahren bereits „zugelassen“ ist: Es muss sich um eine festgelegte und dauerhafte Reduktion des Beschäftigungsgrades, begleitet von einer entsprechenden Gehaltsreduktion, handeln. Der Vorbezug der Altersleistung muss im Verhältnis zur Reduktion des Beschäftigungsgrades erfolgen; die Teilpensionierung und ihre Bedingungen müssen im Vorsorgereglement verankert sein (vgl. Fall A. 1.3.8, Vorsorge und Steuern, Schweizerische Steuerkonferenz, Cosmos Verlag). Wir stellen in dieser Hinsicht mit Genugtuung fest, dass nach Art. 13b Abs. 1 E-BVG die vor dem Re-

3/5

ferenzalter bezogene Teil-Altersleistung die Gehaltsreduktion nicht übersteigen darf, und halten fest, dass dies ein in der Steuerpraxis bereits entwickelter Grundsatz ist.

Unsere Anmerkung betrifft jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, eine Kapitalauszahlung in bis zu drei Teilbezügen gemäss Art. 13a Abs. 1 E-BVG vorsehen zu können. Auch wenn wir prinzipiell eine konsolidierte Betrachtungsweise, eingeführt durch Art. 13a Abs. 1 *in fine* E-BVG, begrünnen, sind wir skeptisch gegenüber der Möglichkeit von drei Rentenskapitalbezügen im Rahmen einer Teilpensionierung.

Es muss in der Tat berücksichtigt werden, dass Kapitalleistungen gemäss Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Direkten Bundessteuern (Art. 38 DBG), gemäss Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Art. 11 Abs. 3 StHG) und den entsprechenden kantonalen Gesetzgebungen, einer von den übrigen Einkünften getrennten Besteuerung unterliegen, und zwar zu einem privilegierten Satz (Vorsorgesatz), was deutlich vorteilhafter ist als die Versteuerung der Altersrenten, die zusammen mit den anderen Einkünften versteuert werden. Im Fall von Kapitalbezügen in mehreren Etappen ist es möglich, die Progression in noch erheblicherem Ausmass zu brechen. Dies bedeutet, dass die Versicherten nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen Kapitalleistungen in Form von Teilbezügen wählen könnten, sondern aus Gründen der Steueroptimierung.

Es sind steuerliche Anreize zu vermeiden, die Altersleistung in zu vielen Etappen zu beziehen. Wir sind deshalb der Meinung, die Kapitalauszahlung von Altersleistungen auf maximal zwei Bezüge zu limitieren: Diese Lösung, die der Praxis vieler kantonalen Steuerverwaltungen entspricht, wird auch von der Schweizerischen Steuerkonferenz befürwortet (Fall A. 1.3.8, a.a.O.). Hierbei werden Kapitalleistungen zur Bestimmung des Steuersatzes nicht kumuliert, sondern einzeln besteuert.

Sollte gleichwohl eine grössere Staffelung von Kapitalleistungen (d. h. drei Kapitalleistungen) am Ende dieser Vernehmlassung beibehalten werden, müsste innerhalb des Steuerrechts (StHG, DBG) eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die es den Steuerbehörden erlaubt, die Leistungen zur Bestimmung des satzbestimmenden Einkommens während mehrerer Jahre (Steuerperioden, z. B. innerhalb einer Frist von fünf Jahren) zu kumulieren. Diese neue gesetzliche Regelung steuerlicher Natur sollte im Rahmen der AHV-Stabilisierungsvorlage (AHV 21) verabschiedet werden.

Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten und -policen (Einführung einer gesetzlichen Regel ins FZG oder in den Anwendungsverordnungen des BVG [FZO])

Es handelt sich um ein Begehren nach Ergänzung oder Präzisierung einer gesetzlichen Regelung des FZG, die nicht direkt im Vorprojekt zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

enthalten ist und welche die Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen betrifft (andere zulässige Form zur Aufrechterhaltung der Vorsorge im Sinn von Art. 4 FZG). Dieser Zusatz rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass die Vorlage AHV 21 den vorzeitigen und den aufgeschobenen Bezug von Altersleistungen aus der 2. Säule behandelt, zu denen auch Guthaben aus Freizügigkeitskonten oder -policen gehören.

Zunächst muss festgehalten werden, dass Freizügigkeitskonten oder Freizügigkeitspolicen nur bestehen dürfen, wenn eine versicherte Person über ein Freizügigkeitsguthaben verfügt, das gemäss Art. 3 und 4, Abs. 2^{bis} FZG nicht auf eine Vorsorgestiftung überwiesen werden muss (vgl. Art. 60a Abs. 3 BVV2, wonach der maximale Rückkaufsbetrag um die fraglichen Beträge vermindert wird). Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Steuerbehörden oft mit Fällen konfrontiert sind, in denen Freizügigkeitskonten oder -policen immer noch „in Kraft“ sind, obwohl sie in die aktuelle Vorsorgestiftung, bei der der Versicherte obligatorisch oder gegebenenfalls freiwillig angeschlossen ist, überführt werden müssten (vgl. Art. 4 Abs. 1 BVG über die fakultative Versicherung von Selbständigen).

Art. 16 Abs. 1 FZV sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass „Altersleistungen von Freizügigkeitspolicen und Freizügigkeitskonten frühestens fünf Jahre vor und spätestens fünf Jahre nach Erreichen des Rentenalters nach Artikel 13 Absatz 1 BVG ausbezahlt“ werden dürfen.

Laut der aktuellen Meinung des BSV ist der Aufschub von Altersleistungen bis zum Alter von 70 Jahren bei Männern und 69 Jahren für Frauen nicht an die Fortführung einer Erwerbstätigkeit geknüpft (vgl. Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 30, Kommentar zu Art. 16, S. 14), da Art. 16 FZV sich ausschliesslich auf den ersten Absatz von Art. 13 BVG bezieht, und nicht auch auf den zweiten Absatz dieses Artikels, der die vorzeitige oder aufgeschobene Pensionierung regelt.

Steuerpflichtige können also den Zeitpunkt der Auszahlung von Altersleistungen aus einem Freizügigkeitskonto oder einer Freizügigkeitspolice zwischen einem Alter von 60 bis 70 Jahren (respektive 59 und 69 Jahre bei Frauen; Fall A.5.3.1. a.a.O.) frei wählen.

Die freie Wahl des Auszahlungszeitpunkts scheint aber nicht gerechtfertigt: Sowohl bei der beruflichen Vorsorge (vgl. Art. 13 Abs. 2 und 33b BVG; letzterer ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten) als auch bei der Säule 3A (vgl. Art. 7 Abs. 3 *in fine* BVV3, in Kraft seit 1. Januar 2008) ist der Aufschub des Auszahlungszeitpunkts von Altersleistungen über das ordentliche Rentenalter hinaus (bzw. Referenzalter laut Art. 13 Abs. 1 E-BVG) nur im Falle einer Fortführung der Erwerbstätigkeit bis zu deren Aufgabe möglich. Es gibt keinen Grund für eine abweichende Regelung auf dem Gebiet von Freizügigkeitskonten oder -policen.

5/5

In steuerlicher Hinsicht geht es um die Vermeidung einer Zerstückelung der Altersleistungen durch die Möglichkeit, Rentenskapital aus einer Vorsorgeeinrichtung zu beziehen und dieses in ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice für unterschiedliche Jahre (Steuerperioden) – unter Einhaltung von Art. 3 und 4 Abs. 2^{bis} FZG – einzuzahlen, was zu einer Brechung der Steuerprogression führt. Wir sind der Ansicht, dass das FZG (z. B. Art. 4 FZG, über den Vorsorgeschutz in anderer Form) dahingehend modifiziert werden müsste, den Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -polices nur im Falle der Fortführung einer Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung zu gestatten.

Sollte eine solche Regelung aus Gründen der Rechtssystematik nicht direkt im FZG verankert werden können, ist es zwingend erforderlich, Art. 16 Abs. 1 FZV zu modifizieren, wie vorhergehend im Rahmen der Änderung der Reglemente und Verordnungen über die AHV und die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit der Vorlage AHV 21 ausgeführt.

Art. 79b Abs. 1, Abs. 1^{bis} und Abs. 2 E-BVG – Einkäufe in die berufliche Vorsorge

Wir nehmen zur Kenntnis, dass eine Kompetenzdelegation an den Bundesrat vorgesehen ist in Art. 79b Abs. 2 Bst. a E-BVG betreffend Personen, die im Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangen, nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben (vgl. Art. 60b BVG, welcher diese Frage bereits gegenwärtig regelt) und betreffend Personen, welche eine berufliche Vorsorgeleistung beziehen oder bezogen haben (Art. 79b Abs. 2 Bst. b E-BVG). Wir unterstützen vollumfänglich den Inhalt des erläuternden Kommentars (S. 84), der festhält, dass Personen, die bereits eine Altersleistung in Form einer Rente beziehen oder schon eine Kapitalleistung erhalten haben, nicht die Möglichkeit haben sollen, wieder eine vollständige Vorsorge mittels abzugsfähiger Einkäufe aufzubauen. In diesen Fällen muss die laufende Rente oder die ausbezahlte Kapitalleistung zur Bestimmung der Möglichkeiten eines Einkaufs berücksichtigt werden.

Wie danken für die Gelegenheit der Vernehmlassung und für die Berücksichtigung der vorstehenden Überlegungen.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatschreiber





4395

fr

0

26 settembre 2018

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Ufficio federale delle assicurazioni sociali
Ambito AVS, previdenza professionale e
PC
Settore Prestazioni AVS/IPG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berna

Trasmissione (in formato word e pdf) a:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Stabilizzazione dell'AVS (AVS 21)

Gentili signore,
Egregi signori,

vi ringraziamo per la possibilità concessaci di inoltrare le nostre osservazioni sull'avamprogetto "Stabilizzazione dell'AVS (AVS 21)", posto in consultazione dal Consiglio federale lo scorso 27 giugno 2018 anche in lingua italiana.

Preso atto di come la situazione finanziaria dell'AVS così come prospettata richieda un intervento urgente, accogliamo favorevolmente la decisione del Consiglio federale di fare fronte all'emergenza limitandosi a proporre quegli adeguamenti necessari nel primo pilastro per garantire le rendite AVS, mantenere il livello delle rendite e stabilizzare le finanze dell'AVS.

In questo modo si lascia spazio e tempo a discussioni per riforme più approfondite e durature e si dà nuovamente inizio a un ciclo di revisioni che sono state attuate negli anni a cadenza regolare sino all'ultima effettuata e meglio la 10a, dopodiché ogni tentativo di riforma globale è stato affossato dal Popolo.

Abbiamo appreso positivamente la decisione presa dal Consiglio nazionale in occasione della seduta dello scorso 12 settembre di adottare il compromesso elaborato dal Consiglio degli Stati, affinché il "Progetto fiscale 17" contenesse anche una compensazione a favore del primo pilastro, e sia quindi stato dato avvio a un progetto comune denominato "Riforma fiscale e finanziamento dell'AVS". Infatti, nell'ottica del consolidamento dell'AVS, la combinazione tra AVS e fisco consentirà

un apporto supplementare di risorse finanziarie che dovrebbe potersi tradurre in una diminuzione del prospettato aumento dell'IVA anche della metà.

Così come con il precedente progetto relativo alla Previdenza per la vecchiaia 2020, anche il presente prevede un pacchetto di misure che permettono di tenere maggiormente conto dei bisogni degli assicurati con l'introduzione di un modello di flessibilizzazione rispettivamente di individualizzazione delle rendite ai fini della loro riscossione.

In considerazione della complessità delle misure e delle conseguenti accresciute esigenze cui dovranno fare fronte gli organi di esecuzione tenuti ad applicare il nuovo sistema, è importante sottolineare come agli stessi debbano essere posti a disposizione con anticipo rispetto alla data di entrata in vigore delle modifiche legislative tutti i mezzi necessari per la sua messa in atto anche in lingua italiana, fra cui un'adeguata formazione, tutti i documenti normativi (ordinanza, direttive e istruzioni operative) e la strumentazione necessaria (p. es. il nuovo foglio di calcolo Acor).

Riguardo alle misure proposte con l'avamprogetto, rileviamo quanto segue.

Aumento dell'età di pensionamento (età di riferimento) delle donne a 65 anni

Si condivide l'intenzione di armonizzare l'età per la riscossione della rendita a 65 anni per donne e uomini in un orizzonte temporale di lungo periodo e con adeguata contropartita.

Coloro che decideranno di anticipare la riscossione della rendita avranno una riduzione proporzionata al periodo di anticipo fino ad un massimo di 3 anni (attualmente sono 2).

Riguardo alle misure compensatorie proposte per attenuare le ripercussioni dell'aumento dell'età di riferimento delle donne a 65 anni e meglio alla variante 1 e alla variante 2, si propende per quest'ultima.

La variante 2 dà infatti la possibilità di scegliere tra il modello della variante 1, ovvero un tasso di riduzione favorevole per le donne che non possono continuare a lavorare fino a 65 anni per migliorare la propria rendita, e, in modo alternativo, una formula di calcolo della rendita più favorevole per le donne con un reddito annuo medio tra CHF 14'100.00 e CHF 84'600.00 che continuano la loro attività lavorativa fino a 65 anni, allo scopo di incentivare le stesse a lavorare sino al raggiungimento dell'età di riferimento o anche oltre.

Flessibilizzazione della riscossione della rendita

Si concorda con un'età di pensionamento flessibile fra i 62 e i 70 anni, ciò che permette un versamento progressivo delle prestazioni e offre la possibilità di combinare rendita e attività lucrativa anche in forma parziale, particolarmente interessante per le donne.

Si tratta di una conferma e di un miglioramento del concetto di pensionamento flessibile. Tiene infatti conto dell'evoluzione che c'è stata nella società, in particolare, nell'ambito del mercato del lavoro, considerando maggiormente le necessità individuali.

Misure per incentivare il proseguimento dell'attività lucrativa oltre i 65 anni

Si conviene con le misure proposte che potranno consentire agli assicurati di migliorare la rendita AVS per mezzo del computo nel calcolo della rendita dei contributi prelevati dopo i 65 anni. In questo modo si potranno colmare eventuali lacune contributive come anche migliorare il reddito annuo medio.

Finanziamento supplementare

Il previsto aumento dell'IVA dell'1,5% a favore dell'AVS, che si ritiene sopportabile, sarà attenuato in forza del progetto unico "Riforma fiscale e finanziamento dell'AVS".

Per eventuali domande, l'Istituto delle assicurazioni sociali rimane a disposizione tramite il Servizio giuridico (091 821 92 98; servizio.giuridico@ias.ti.ch).

Con i migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Claudio Zali

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia p.c.:

- Pubblicazione in Internet
- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch);
- Istituto delle assicurazioni sociali (ias@ias.ti.ch; servizio.giuridico@ias.ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Stabilisierung der AHV); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10) Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

1. Zusammenfassende Beurteilung

Der Reformdruck auf die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV; erste Säule) und die berufliche Vorsorge (zweite Säule) ist enorm hoch. Nach der Abstimmung zur «Rentenreform 2020», die am 24. September 2017 gescheitert ist, hat sich der Bundesrat entschieden, in einem ersten Schritt das zu tun, was ihm innert nützlicher Frist möglich erscheint: Das Referenzalter von Frauen und Männern auf 65 Jahre anzugleichen und den Übertritt vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu flexibilisieren.

An die finanzielle Stabilisierung der AHV steuert die Versichertengemeinschaft im Sanierungszeitraum 2021 bis 2030 gerade mal 4 Milliarden Franken von insgesamt 53 Milliarden Franken bei. Der Regierungsrat würde es begrüssen, wenn der Sanierungshorizont (2030) um beispielweise zwei Jahre verkürzt würde. Dadurch fiel die notwendige Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer etwas moderater aus und die Diskussion über eine generelle Erhöhung des Referenzalters käme schneller in

Gang.

2. Bemerkungen zur Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre

Anders als in den 1950er Jahren, als die «weibliche Physiologie» Hauptgrund für die Senkung des Frauenrentenalters von Alter 65 auf Alter 63 war (4. AHV-Revision), gibt es heute für ein tieferes Referenzalter der Frauen keine triftigen Gründe mehr, die sich auf biologische Unterschiede zwischen den Geschlechtern stützen können. Ein ungleiches Referenzalter verletzt das Diskriminierungsverbot und das Gebot der Rechtsgleichheit in der Bundesverfassung. Das Referenzalter der Frauen ist an dasjenige der Männer (65) anzugleichen.

Weiter begrüßen wir, dass das Referenzalter der Frauen auf Alter 65 schrittweise, das heisst während einer vierjährigen Übergangsphase, erhöht wird und dass die Auswirkungen der Erhöhung mit Ausgleichsmassnahmen abgefedert werden, wie das schon anlässlich der 10. AHV-Revision (1997) der Fall war. Variante 2, die nebst reduzierten Kürzungssätzen (Variante 1) eine günstigere Rentenformel für jene Frauen vorsieht, die ihre Altersrente nicht vor dem 65. Altersjahr beziehen, lehnen wir ab, weil sie Frauen diskriminiert, die gerne bis zum 65. Altersjahr arbeiten möchten, aus arbeitsmarktlichen Gründen aber nicht können.

3. Bemerkungen zur Flexibilisierung des Rentenbezugs (Aufschub/Vorbezug)

Den vorgeschlagenen Bestimmungen im AHVG, die zu einer Flexibilisierung des Rentenbezugs beitragen (ganzer oder teilweiser Aufschub und Vorbezug der Altersrente sowie Kombination von Vorbezug und Aufschub der Altersrente), stimmen wir zu. Ebenso der geschaffenen Möglichkeit, bei Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus die Altersrente verbessern zu können. Wie gross das gesellschaftliche Bedürfnis an diesen Möglichkeiten tatsächlich ist, wird sich zeigen.

Dass der Rentenbezug auch in der beruflichen Vorsorge flexibilisiert wird, finden wir richtig. Allerdings können bereits drei Kapital(teil)bezüge in gewissen Kantonen dazu führen, dass die Steuerprogression erheblich gebrochen wird - was nicht Sinn und Zweck von Teilpensionierungen ist. Um unliebsame Steueroptimierungen vorzubeugen, wäre zu überlegen, im Rahmen dieser Vorlage die Steuergesetzgebung des Bunds (Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer [DBG]; SR 642.11 und Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden [StHG]; SR 642.14) so anzupassen, dass die Behörden die Kapitalbezüge höher besteuern können. Der Einfachheit halber würden wir es zudem begrüßen, wenn auch bei den Renten - wie beim Kapital - der Teilbezug auf maximal drei Schritte begrenzt ist.

4. Bemerkungen zur Zusatzfinanzierung (plus 1,5 Prozent Mehrwertsteuer)

Der erläuternde Bericht zeigt, dass die Lebenserwartung in der Schweiz einerseits steigt, andererseits die Geburtenrate unter der für die demografische Erneuerung erforderlichen Quote von 2,09 Kindern pro Frau liegt und dass die Babyboomer im Begriffe sind, in Rente zu gehen.

Vor diesem Hintergrund sind bis 2030 53 Milliarden Franken nötig, um die AHV finanziell zu stabilisie-

ren. Die Erhöhung des Referenzalters der Frauen und die Flexibilisierung des Rentenbezugs verkleinern diesen Finanzbedarf um 4 Milliarden Franken. Die verbleibenden 49 Milliarden Franken sollen über Mehrwertsteuern finanziert werden. Unklar ist, ob die Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer (Bundesbeschluss) auch dann in Kraft tritt, wenn das Stimmvolk im Falle eines Gesetzesreferendums die eigentliche AHV-Reform mit höherem Referenzalter für Frauen und der Flexibilisierung des Rentenbezugs ablehnen würde. Während der Bundesrat nach dem Wortlaut des Bundesbeschlusses die Mehrwertsteuer jederzeit bedingungslos und unbefristet erhöhen kann, wird im erläuternden Bericht ausgeführt (Seite 65, aber auch Seite 67), der Bundesrat hebe die Mehrwertsteuer in einem einzigen Schritt um 1,5 Prozentpunkte an, «sobald die Reform in Kraft tritt (voraussichtlich 2021)». Dies erscheint uns widersprüchlich.

Die Zahl der Neurentnerinnen und Neurentner und damit die AHV-Leistungen nehmen laufend zu. Laut Bundesstatistik werden die Jahrgänge 1960 bis 1970 mit durchschnittlich 130'000 Personen eine Spitze bringen. Eine generelle Erhöhung des Referenzalters vor 2035 hätte zur Folge, dass auch noch ein paar geburtenstarke Jahrgänge den Jüngeren helfen, die Leistungen der AHV zu finanzieren. Wir befürchten aber, dass der in der Vorlage vorgesehene Sanierungshorizont von 2030 die Politik dazu verleitet, die Diskussion um eine generelle Erhöhung des Referenzalters auf die lange Bank zu schieben.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Altdorf, 2. Oktober 2018



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli

Par courriel uniquement à :
emina.alisic@bsv.admin.ch

Office fédéral des assurances sociales
OFAS
Secteur Prestations AVS/APG/PC
3003 Berne

Réf. : MFP/15024400

Lausanne, le 10 octobre 2018

Réponse du Conseil d'Etat à la consultation relative à l'avant-projet stabilisation de l'AVS (AVS 21)

Mesdames, Messieurs,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir consulté sur l'avant-projet cité en titre et vous fait part, ci-après, de sa détermination.

Pour nous déterminer, nous avons consulté les services concernés de l'Etat de Vaud.

Modifications proposées

L'objectif de la révision proposée vise à garantir les rentes AVS, les maintenir au niveau actuel et stabiliser la situation financière de l'AVS. Les mesures principales sont les suivantes :

Age de référence de la retraite : l'âge de référence des femmes est harmonisé à celui des hommes à 65 ans. Le passage de 64 ans à 65 ans pour les femmes s'effectuera sur un laps de temps de 4 ans. La dénomination « âge légal » est abandonnée et remplacée par « âge de référence ».

Flexibilisation de la perception de la rente: la perception de la rente peut être flexibilisée en rendant possible le passage progressif de la vie active à la retraite. La rente peut être anticipée dès 62 ans et peut être ajournée jusqu'à 70 ans. L'employé(e) qui décide de travailler, d'entente avec son employeur, au-delà de 65 ans continuera à cotiser. Il serait possible de percevoir des rentes partielles, d'une quotité de 20 à 80%, librement décidée par l'assuré(e). Ces mesures de flexibilisation s'appliquent tant aux femmes qu'aux hommes.

Mesures de compensation au relèvement de l'âge de référence : deux modèles distincts sont proposés: le 1^{er} modèle prévoit pour les femmes qui ne peuvent pas travailler jusqu'à 65 ans, l'application de taux de réduction plus favorables en cas d'anticipation de la rente. Le second modèle propose, outre le taux de réduction favorable en cas d'anticipation, une possibilité d'améliorer la rente pour les femmes qui

continuent à travailler et ne perçoivent pas leur rente avant 65 ans, par une adaptation de la formule des rentes.

Coordination avec la prévoyance professionnelle : le relèvement de l'âge de référence et la flexibilisation de la perception de la rente seront repris dans la prévoyance professionnelle. La LPP offrira à tous les assurés une flexibilité comparable à celle offerte par l'AVS.

Financement additionnel : un relèvement de la TVA de 1.5 points de pourcentage à l'entrée en vigueur de la réforme est nécessaire pour combler le besoins de ressources. L'augmentation est proportionnelle afin de maintenir le rapport entre le taux normal et les taux préférentiels (taux normal passe de 7.7 à 9.2 ; taux spécial pour les prestations du secteur hébergement de 3.7 à 4.4 ; taux réduit : de 2.5 à 3.0). Cette modification s'opère par une modification constitutionnelle, soit une votation populaire sur l'arrêté fédéral sur le financement additionnel de l'AVS par le biais d'un relèvement de la TVA. Toutefois, des mesures de compensation sont également prévues dans le cadre du Projet fiscal 2017 (notamment le relèvement du taux de cotisation AVS de 0.3 point de pourcentage) et si elles sont adoptées par l'Assemblée fédérale, le besoin de financement de l'AVS devra être réévalué.

Remarques générales

Le Conseil d'Etat prend acte du projet AVS 21, sachant qu'une réforme de l'AVS est nécessaire.

Il s'oppose toutefois aux propositions soumises, telles que le principe du relèvement de l'âge de la retraite des femmes. En effet, les inégalités sociales et professionnelles restent trop importantes pour justifier un tel alignement.

Le Conseil d'Etat émet en outre des réserves quant à la mesure relative à l'ajournement de la rente au-delà de l'âge de référence qui ne peut être réalisée sans la volonté des employeurs. Des mesures incitatives concernant l'employabilité des travailleurs âgés devraient être analysées.

Il prie également le Conseil fédéral d'analyser l'introduction d'un modèle similaire à la rente-pont vaudoise comme outil d'anticipation de la rente AVS. Il s'agit d'un modèle simple, qui évite de toucher des mécanismes de calcul des rentes tout en ciblant les populations avec des revenus modestes en fin de carrière.

Il y aurait également lieu de clarifier la rédaction de l'art. 30 LAI nouveau afin que ressorte clairement l'impossibilité de bénéficier à la fois d'une rente AI et d'une rente de vieillesse.

De même, pour des questions de cohérence, il faudrait prévoir qu'une anticipation d'un pourcentage de la rente de vieillesse supérieur à 50% mette fin au droit des prestations de l'AI.

Constatant que l'égalité de rémunération entre femmes et hommes n'est pas encore appliquée de manière générale, et si le Conseil fédéral maintenait sa position d'augmenter l'âge de la retraite des femmes, le Conseil d'Etat – nonobstant son opposition à ce relèvement – est plutôt favorable à la variante 2 des mesures de compensation qui garantit une rente plus avantageuse pour les femmes avec des salaires bas et moyens et les incite à travailler jusqu'à 65 ans ou plus.

S'il paraît acceptable d'envisager une hausse de la TVA, celle-ci doit rester modérée. Un relèvement de 1,5 point implique une réduction trop importante du pouvoir d'achat des ménages suisses, et cela pourrait compromettre la croissance de notre économie. Le Conseil d'Etat vaudois préconise une hausse de 0,7%, telle que prévue en cas de succès du Projet fiscal 17.

Enfin, la décision du Parlement au sujet du PF17 étant combattue par référendum, le Conseil d'Etat propose au Conseil fédéral d'attendre le résultat de la votation éventuelle pour clarifier le financement de l'AVS qui sera proposé.

Conclusion

Le Conseil d'Etat vaudois prend acte du projet AVS 21 mais s'oppose aux modifications proposées, ainsi que soulevé ci-avant.

Vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

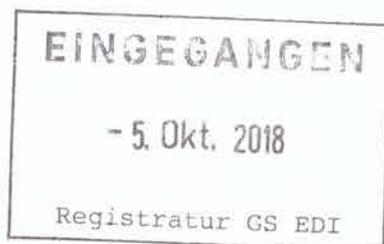
LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- SASH
- OAE
- Parties consultées



Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de l'intérieur (DFI)
Palais fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Date - 3 OCT. 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre département nous a invités à participer à la procédure de consultation citée en marge. Nous vous en remercions et vous faisons part de notre détermination.

Compte tenu de la situation financière difficile de l'AVS, la nécessité de mettre en œuvre rapidement une réforme de l'AVS paraît inévitable aux yeux de tous. Nous accueillons favorablement la décision du Conseil fédéral de se limiter dans le présent projet aux adaptations nécessaires dans le premier pilier pour garantir le niveau des prestations et le financement de l'AVS.

Globalement, nous soutenons les mesures d'individualisation et de flexibilisation prévues dans AVS 21.

Cependant, les différentes mesures présentées dans l'avant-projet appellent de notre part les remarques suivantes.

1. Relèvement de l'âge de la retraite (âge de référence) des femmes à 65 ans

En raison de l'évolution démographique et de la situation sur le marché du travail, une harmonisation de l'âge de référence des femmes et des hommes pour le départ à la retraite nous paraît justifié, pour autant qu'une compensation équitable à l'égard des femmes soit prévue.

2. Mesures de compensation

Les mesures de compensation sont indispensables pour atténuer les conséquences du relèvement de l'âge de la retraite. Ces mesures de compensation sont destinées en particulier aux femmes à revenus modestes, dont les attentes en matière de retraite sont faibles et qui pourraient donc difficilement se permettre une retraite anticipée.

Variante à 400 millions

La génération la plus touchée par l'harmonisation de l'âge de référence est celle qui est sur le point d'atteindre l'âge de référence et qui peut donc le moins se préparer à devoir travailler plus longtemps. Les mesures compensatoires proposées dans cette variante profiteront aux femmes qui arrêteront de travailler avant d'atteindre le nouvel âge de référence. Elles bénéficieront d'un taux de réduction plus favorable.

Variante à 800 millions

Cette deuxième variante prévoit également des taux de réduction plus favorables en cas d'anticipation de la rente pour les femmes qui arrêtent de travailler avant d'atteindre le nouvel âge de référence. De plus, une formule de rente adaptée sera appliquée pour les femmes qui

travailleront jusqu'au nouvel âge de référence ou au-delà. Cette mesure peut inciter les femmes à rester dans le monde du travail jusqu'à ce qu'elles arrivent au nouvel âge de référence. En retour, elles peuvent bénéficier à vie d'une rente plus élevée.

Nous préconisons l'égalité de traitement des sexes en ce qui concerne l'âge de référence pour la retraite. Toutefois, l'égalité de rémunération entre les hommes et les femmes n'a toujours pas été réalisée dans tous les domaines. C'est pourquoi, nous soutenons la variante à 800 millions de francs des mesures de compensation. Elle revêt le double avantage de garantir une amélioration pour les femmes disposant de salaires bas ou moyens grâce à la formule de rente plus avantageuse et d'inciter celles-ci à travailler jusqu'à l'âge de référence de 65 ans ou plus.

Nous aurions également souhaité qu'un éventail plus large de mesures possibles soit soumis au débat, notamment en ce qui concerne des améliorations du système des bonifications pour tâches éducatives et d'assistance.

3. Flexibilisation de la retraite

Une plus grande flexibilité de l'âge du départ à la retraite répond aux modes de vie et de travail d'aujourd'hui. La flexibilisation a été l'un des éléments les moins controversés de la PV2020. Afin de mieux répondre aux besoins individuels de l'assuré, il semble judicieux d'élargir les possibilités de retraite anticipée qui étaient auparavant limitées. Toutefois, compte tenu de l'évolution démographique, il est également essentiel de prévoir des incitations pour maintenir les gens plus longtemps sur le marché du travail. Nous soutenons ainsi les mesures d'incitation figurant dans l'avant-projet. Nous considérons que la possibilité de combler les lacunes de cotisations ou d'améliorer le revenu annuel moyen avec un revenu de l'activité lucrative acquis après avoir atteint l'âge de référence est parfaitement appropriée pour maintenir les gens au travail, le plus longtemps possible.

4. Financement supplémentaire

Pour ne pas compromettre les objectifs de la prochaine réforme de l'AVS (garantir les rentes AVS, maintenir le niveau des rentes et stabiliser les finances), nous approuvons le principe d'une augmentation de la TVA de 1,5 point de pourcentage. Si la réforme de l'AVS devait être couplée au projet fiscal (PF17), nous serions alors favorables à une augmentation du taux limitée à 0,7 point de pourcentage.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

La présidente

Le chancelier


Esther Waeber-Kalbermatten


Philipp Spörri



Copie à emina.alisic@bsv.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
des Inneren EDI
Herr Alain Berset, Bundespräsident
Inselgasse 1
3003 Bern

Zug, 2. Oktober 2018 ek

**Stabilisierung der AHV (AHV 21)
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie die Kantonsregierungen im obgenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Unsere Stellungnahme umfasst die Mitberichte der Direktion des Innern, der Finanzdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion. Gerne lassen wir uns wie folgt vernehmen:

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Dringlichkeit einer Revision der AHV ist angesichts der künftigen schwierigen finanziellen Situation der AHV unumgänglich. Sofern zur Finanzierung der Renten auf die Reserven des Ausgleichsfonds zurückgegriffen werden muss, wird dieser innerhalb weniger Jahre leer sein. Zur Finanzierung der Renten sind deshalb zusätzliche Mittel nötig. Die letzten Reformvorlagen über die AHV sind an der Urne jeweils gescheitert. Wir begrüssen deshalb, dass die Vorlage neu nicht mehr mit der Reform der 2. Säule verknüpft wird und als separate Vorlage nur die 1. Säule betreffend ausgestaltet wird. Damit hat sie wohl bessere Chancen auf eine Annahme durch Parlament und Volk.

Die vorliegende Revision wird einigen grundlegenden Zielsetzungen und aktuellen Bedürfnissen gerecht. Insbesondere gilt es, auf den Erhalt des Leistungsniveaus und die Stabilisierung der Renten hinzuweisen. Ebenso ist die Flexibilisierung der AHV nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern ist eng mit den arbeitsmarktlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft.

Allerdings geht mit den vorgesehenen Flexibilisierungen und Individualisierungen auch eine erhebliche Komplexität einher. Sie bedeutet für jeden einzelnen Fall einen grösseren Aufwand für die Durchführungsstellen, da jeweils unterschiedliche Grundlagen einbezogen werden müssen.

Andererseits sind die neuen Möglichkeiten und insbesondere auch die daraus folgenden Konsequenzen dem Publikum schwieriger zu vermitteln.

Die Begleitung durch Ausgleichsmassnahmen in der vorliegenden AHV-Vorlage rechtfertigt sich insofern, als die Erfahrung aus der 10. AHV-Revision zeigt, dass die Erhöhung des Rentenalters mit Abfederung durch Ausgleichsmassnahmen politisch besser akzeptiert wird als ohne. Denkbar wären beispielsweise flankierende Massnahmen, damit Menschen über 50 auch tatsächlich Arbeit finden, indem einheitliche Beitragssätze im BVG festgelegt werden, anstatt dass diese im Alter ansteigen, was Arbeitnehmende für die Arbeitgebenden «verteuert».

Im Zusammenhang mit der Flexibilisierung und der Erhöhung des Rentenalters ist sicherzustellen, dass Vorbezüge, Teilbezüge und aufgeschobene Bezüge nicht derart begrenzt werden, dass die gewünschte Flexibilisierung dadurch eingeschränkt wird. Die steuerlichen Folgen sollen nicht eine Bezugsform gegenüber der anderen (Kapitalbezug vs. Rente) systematisch benachteiligen. Es sollen aber auch nicht neue sachfremde Steuervermeidungsmöglichkeiten geschaffen werden. In diesem Sinne ist auch sicherzustellen, dass die Teilbezüge tatsächlich aus vorsorgerechtlichen Überlegungen erfolgen und nicht primär als Mittel zur Steueroptimierung missbraucht werden. Allenfalls sind auch das Gesetz über die direkte Bundessteuer (DBG, SR 642.11) sowie das Steuerharmonisierungsgesetz (StHG, SR 642.14) sachgerecht zu ergänzen.

Anträge:

Antrag 1

Die in der Vorlage «Altersvorsorge 2020» vorgeschlagenen Art. 1a bis 1c und 2 Abs. 1^{bis} seien wie damals geplant auch für die Vorlage «AHV 21» zu übernehmen:

«Art. 1a Obligatorische Versicherung

Versichert nach diesem Gesetz sind:

- a. die natürlichen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz, die keine Erwerbstätigkeit ausüben;
- b. die natürlichen Personen, die in der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben;
- c. die Schweizer Bürger und Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Freihandelsassoziation, die vom Bund ins Ausland gesandt werden und in dessen Dienst tätig sind, sofern sie nach den Regeln des Völkerrechts Vorrechte und Immunitäten geniessen;
- d. die Familienangehörigen von Personen nach Buchstabe c, die diese ins Ausland begleiten und keine Erwerbstätigkeit ausüben;
- e. die im Ausland tätigen Schweizer Bürger im Dienste der internationalen Organisationen, mit denen der Bundesrat ein Sitzabkommen abgeschlossen hat und die als Arbeitgeber im Sinne von Artikel 12 gelten.»

«Art. 1b Ausnahmen von der obligatorischen Versicherung

Nicht versichert sind:

- a. ausländische Staatsangehörige, die Vorrechte und Immunitäten nach dem Gaststaatgesetz vom 22. Juni 2007 (GSG) geniessen für die in offizieller Eigenschaft für einen institutionellen Begünstigten verrichtete Tätigkeit, sowie Familienangehörige, die diese Personen begleiten und keine Erwerbstätigkeit in der Schweiz ausüben;
- b. Selbstständigerwerbende und Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber, welche die Voraussetzungen nach Artikel 1a für eine verhältnismässig kurze Zeit erfüllen.»

«Art. 1c Weiterführung der Versicherung

¹ Die Versicherung weiterführen können:

- a. Personen, die für einen Arbeitgeber mit Sitz in der Schweiz im Ausland tätig sind und von ihm entlohnt werden, sofern der Arbeitgeber sein Einverständnis erklärt;
- b. Personen mit Wohnsitz in der Schweiz, die aufgrund einer im Ausland ausgeübten Erwerbstätigkeit in der Schweiz nicht versichert sind;
- c. Personen ohne Erwerbstätigkeit, die ihren nach Buchstabe a, nach Artikel 1a Buchstabe e oder aufgrund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung versicherten erwerbstätigen Ehegatten ins Ausland begleiten.

² Eine Weiterführung ist nur möglich, wenn die Person unmittelbar vor der Weiterführung während mindestens drei aufeinanderfolgenden Jahren nach diesem Gesetz versichert war.

³ Der Bundesrat regelt die Modalitäten der Aufnahme, des Rücktritts und des Ausschlusses.»

«Art. 1c Beitritt zur Versicherung

Der Versicherung beitreten können Schweizer Angestellte eines institutionellen Begünstigten nach Artikel 2 Absatz 1 GSG¹³, der Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen geniesst, sofern sie aufgrund eines Abkommens mit diesem Begünstigten nicht obligatorisch in der Schweiz versichert sind.»

Art. 2 Abs. 1^{bis}

«Kindern, die einen Elternteil ins Ausland begleiten, werden bei einem Beitritt auf den Beginn der Beitragspflicht nach Artikel 3 die Versicherungszeiten dieses Elternteils angerechnet, falls dieser nach Absatz 1, Artikel 1a Buchstabe e, Artikel 1c Absatz 1 Buchstabe a oder aufgrund einer zwischenstaatlichen Vereinbarung versichert war.»

Antrag 2

Art. 39 Abs. 1 sei folgendermassen zu ändern: «Personen, die Anspruch auf eine Altersrente haben, können den Beginn des Bezugs der ganzen Rente oder eines Anteils zwischen 20 und 80 Prozent davon um mindestens ~~ein Jahr~~ **einen Monat**, höchstens aber...»

Antrag 3

Für die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters für Frauen sei **Variante 1** zu wählen.

Antrag 4

Art. 4 Freizügigkeitsgesetzes (FZG, SR 831.42) und/oder Art. 16 Abs. 1 Freizügigkeitsverordnung (FZV, SR 831.425) seien so anzupassen, dass der Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten und Freizügigkeitspolicen nur bis zur Beendigung der Erwerbstätigkeit möglich ist (analog den bestehenden Regelungen in Art. 13 Abs. 2 und Art. 33b BVG für Leistungen der beruflichen Vorsorge und Art. 7 Abs. 3 BVV 3 für die Säule 3a).

Begründungen:

Zu Antrag 1

In der Vorlage «Altersvorsorge 2020» (AV 2020) war vorgesehen, die Art. 1a bis 2 zu revidieren. Damals wollte man den bisherigen Regelungsinhalt von Art. 1a (obligatorische Versicherungsunterstellung, Ausnahmen, sowie Weiterführungs- und Beitrittsversicherung) neu, anstatt nur in einem Artikel nennen, auf vier Artikel aufgliedern. Es wurden Modifikationen vorgesehen, welche die Versichertenunterstellung verbesserten bzw. gewisse Rechtsunsicherheiten und Ungleichheiten abschaffen wollten.

Der damals vorgeschlagene Art. 1a definierte die Eigenschaft einer Person als obligatorisch versicherte Person. Vorgesehen war, dass das im internationalen Verhältnis in der Regel geltende Erwerbortsprinzip in der AHV grundsätzlich gelten soll, wobei nicht mehr obligatorisch versichert wäre, wer zwar in der Schweiz wohnt, aber in einem Staat arbeitet, mit dem die Schweiz kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat. Das Erwerbortsprinzip ist in allen Sozialversicherungsabkommen sowie in den Freizügigkeitsabkommen der EU und EFTA festgeschrieben. Eine allfällige Doppelbelastung bei der Beitragspflicht wollte man dadurch vermeiden.

Die obligatorische Versicherung für Personen im Ausland, die im Dienst des Bundes oder internationaler Organisationen stehen, wird auf die Personen reduziert, soweit diese aufgrund der völkerrechtlichen Vorrechte und Immunitäten nicht im Ausland versichert sind. Zusätzlich sind auch Bürgerinnen und Bürger von EU- und EFTA-Staaten obligatorisch versichert. Häufig sind Fachspezialistinnen und Fachspezialisten heute auch ausländische Staatsangehörige. Gleichzeitig wollte man die Regelung für Personen im Dienste privater, namhaft vom Bund subventionierter Hilfsorganisationen abschaffen, weil sie sich nicht bewährt hatte. Neu sollten auch die Familienangehörigen ohne Erwerbstätigkeit – gleich wie die anderen – für den Bund im Ausland tätigen Personen versichert sein.

Der in der AV 2020 vorgesehene Art. 1b äusserte sich zu den Ausnahmen von der obligatorischen Versicherung, wobei im Gegensatz zur geltenden Regelung der bisherige Buchstabe b gestrichen werden sollte. Die dort heute noch berücksichtigte Doppelbelastung wird aktuell in erster Linie durch Sozialversicherungsabkommen und durch den in Art. 1a vorgesehenen Wegfall der Wohnsitzbedingung für Erwerbstätige kompensiert. Zudem sollte die Regelung für ausländische Staatsangehörige, die Privilegien und Immunitäten des Völkerrechts geniessen, modifiziert werden. Damit sollten Nebenerwerbstätigkeiten und Tätigkeiten von Familienangehörigen ausgenommen werden.

Die Weiterversicherungsmöglichkeit nach dem bisherigen Art. 1a Abs. 3 wurde im damals vorgesehenen Art. 1c dahingehend abgeändert, als die Kategorie der nichterwerbstätigen Studierenden wegfallen sollte. Dies deshalb, weil die Möglichkeit kaum genutzt, in der Regel der Wohnsitz in der Schweiz beibehalten und im Ausland oftmals Erwerbstätigkeiten aufgenommen wurden, weshalb die Möglichkeit der Weiterversicherung ohnehin entfiel. Zusätzlich aber sollten zwei zusätzliche Personenkategorien die Möglichkeit einer Weiterversicherung haben: Wenn aufgrund einer ausländischen Erwerbstätigkeit keine Versicherung in der Schweiz besteht, also als Kompensation für den Wegfall obligatorischer Versicherungen bei Erwerbstätigkeit im Ausland und Wohnsitz in der Schweiz (Art. 1a Bst. a); und für Personen, die ihre für einen Schweizer Arbeitgeber erwerbstätigen Ehegatten ins Ausland begleiten, selber aber nicht erwerbstätig sind.

Der Beitritt zur Versicherung im in der AV 2020 neu vorgesehenen Art. 1d wurde gegenüber der heutigen Regelung insofern nicht verändert, als die heutigen Buchstaben a und c von Art. 1a Abs. 4 in den Regelungen zur Weiterversicherung behandelt wurden. Der heutige Buchstabe b blieb in Art. 1d unverändert.

Die in der AV 2020 vorgesehenen Änderungen des Art. 2 bezogen einerseits die Kinder, die einen Elternteil ins Ausland begleiten, mit ein und aktualisierten lediglich die damals vorgesehenen Anpassungen bei den Beiträgen. Der Einbezug der Kinder rechtfertigt sich auch heute. Hingegen entfällt die Aktualisierung der Beiträge, da diese nicht Gegenstand der neuen Vorlage AHV 21 sind.

Insgesamt stellten die in der AV 2020 vorgesehenen Modifikationen der Versicherteneigenschaft in Art. 1a bis 1d und Art. 2 Abs. 1^{bis} eine Anpassung der bisherigen Regeln an die neuen internationalen Gegebenheiten dar, welche im bisherigen AHVG noch nicht berücksichtigt ist. Die Anpassung an die heutige Realität und die bisherigen Erfahrungen sind sinnvoll. Sie war bereits in der Vorlage AV 2020 unbestritten. Es rechtfertigt sich, diese Regelungen in die neue Vorlage AHV 21 aufzunehmen, um die notwendigen Verbesserungen im Bereich der Versicherungsunterstellung vornehmen zu können. Zum Ganzen wird auf die Botschaft zur Reform der Altersvorsorge 2020 vom 19. November 2014, S. 140 ff. verwiesen.

Zu Antrag 2

Die Flexibilisierung des Rentenbezugs war bereits in der AV 2020 kaum umstritten und ist aufgrund der vielfältigen neuen Erwerbs- und Lebensformen zu begrüßen. Während aber im Rahmen der Flexibilisierung der Beginn des Vorbezugs einer Rente ab dem Alter von 62 Jahren auf jeden Monat ausgelöst werden kann, muss ein Aufschub hingegen mindestens für ein Jahr erfolgen. Diese Unterscheidung ist nicht sinnvoll und nicht nachvollziehbar. In Anbetracht der Bemühungen, Anreize zu schaffen, dass die Versicherten länger im Erwerbsprozess bleiben, ist problematisch, dass nach dem Referenzalter die Rente ein Jahr lang nicht abgerufen werden kann. Gerade mit zunehmendem Alter können sich die Verhältnisse relativ rasch ändern, zum Beispiel hinsichtlich der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit oder der Leistungsfä-

higkeit des Ehepartners. Allenfalls wäre es notwendig, dass eine versicherte Person nach dem 65. Geburtstag rasch auf eine veränderte Situation reagieren kann und nicht noch Monate warten muss, bis die Jahresfrist abgelaufen ist. Schlimmstenfalls entsteht eine Einkommenslücke. Die angestrebte Flexibilität kann so nicht gewährleistet werden, was sich auf die Ausdehnung der Erwerbsphase über das 65. Altersjahr hinaus hindernd auswirkt. Ein Aufschub muss daher auch nur für einen Monat möglich sein (genauso, wie ein Vorbezug um einen Monat möglich ist).

Zu Antrag 3

Von der Harmonisierung des Referenzalters sind jene Jahrgänge betroffen, die kurz vor Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb teilweise nur ungenügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Es handelt sich grundsätzlich um die Erstreckung der Erwerbsphase um ein Jahr. Die in der Variante 1 vorgeschlagenen reduzierten Kürzungssätze ermöglichen höhere Renten, wobei in der untersten Einkommenskategorie ab 64 Jahren keine Kürzung erfolgt. Damit lassen sich die stärksten Härtefälle ausgleichen. Die für die tiefsten Einkommen vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen sind notwendig, aber zu befristen. Sie dürfen nicht zu Leistungserweiterungen führen. In Anbetracht der gravierenden Finanzierungslücke der AHV muss die Kompensation für die Anpassung des Rentenalters im Vergleich zu den erzielten Einsparungen vernünftig bleiben. Ein weiterer Leistungsausbau ist schlicht nicht finanzierbar. Daher unterstützen wir die Variante 1.

Variante 2 lehnen wir ab, denn hier kommt zusätzlich hinzu, dass für Frauen, welche bis zum neuen Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten werden, eine angepasste Rentenformel zur Anwendung gebracht werden soll. Diese bewirkt, dass das Rentenniveau zwischen der Minimal- und Maximalrente insgesamt angehoben wird. Damit wird ein Anreiz geschaffen, dass Frauen bis zur Erreichung des neuen Referenzalters im Arbeitsprozess verbleiben. Die Rentenerhöhung wird auf Lebzeiten wirksam. Diese Variante unterstützt Frauen zusätzlich, welche bis zum 65. Altersjahr in der Erwerbstätigkeit verbleiben. Dieser Anreiz ist unseres Erachtens nicht nötig. Wichtig ist, dass der Verlust von Rente aufgrund einer Pensionierung vor 65 kompensiert wird, damit niemand aufgrund der Neuregelung in wesentlichem Ausmass zu Verlust kommen. Dies ist mit der ersten Variante ausgeglichen. Länger als bis zum Referenzalter arbeiten darf jedermann bereits heute. Diesbezügliche Zuschläge sind damit bereits heute erhältlich. Es braucht deshalb keinen neuen Anreiz, über 65 Jahre hinaus zu arbeiten. Schliesslich ist dazu festzuhalten, dass der Anreiz ohnehin nur Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1966 betrifft. Es gibt bezüglich der verbesserten Rentenformel nach 65 keinen Grund, weshalb diese nur durch Frauen geltend gemacht werden kann.

Als Ergänzung sei explizit darauf hingewiesen, dass die Variante 2 eine weitere Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern schafft. So weist der Bundesrat im erläuternden Bericht darauf hin, dass die heute bestehende Lohndiskriminierung der Frauen nicht über die AHV kompensiert werden soll, sondern an der eigentlichen Wurzel angepackt werden muss. Die Lohndiskriminierung wird im Bericht mit 7,4 Prozent ausgewiesen, was so absolut aber nicht stimmt. Die entsprechende Studie weist aus, dass 7,4 Prozent Lohndifferenz aus Sicht der

Studienverfasser nicht erklärt werden können. Das heisst aber nicht zwingend, dass der ganze Betrag von 7,4 Prozent einen diskriminierenden Hintergrund hat. Gemäss Studie der Universität St. Gallen vom 28. September 2015¹ könnte ein Teil davon durch die effektive Erwerbserfahrung dennoch erklärbar sein. Wie hoch nun der unerklärbare, potenziell diskriminierende Anteil liegt, ist wissenschaftlich wohl noch nicht genügend ergründet. Fakt scheint aber, dass der diskriminierende Anteil über die Jahrzehnte abgenommen hat, wenn auch massiv zu langsam. Die faktisch immer noch vorhandene Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern soll aber nicht dazu verleiten, das langfristige Ziel einer Gleichbehandlung auch bei der AHV zu erreichen.

Zu Antrag 4

Die AHV 21-Stabilisierungsvorlage behandelt unter anderem den vorzeitigen und den aufgeschobenen Bezug von Altersleistungen aus der 2. Säule, zu denen auch Guthaben aus Freizügigkeitskonten und Freizügigkeitspoliceen gehören. Gemäss den bereits heute bestehenden Regelungen für Leistungen der beruflichen Vorsorge in Art. 13 Abs. 2 und Art. 33b des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG, SR 831.40) und für die Säule 3a in Art. 7 Abs. 3 der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3; SR 831.461.3), ist es möglich, den Auszahlungszeitpunkt von Altersleistungen über das ordentliche Rentenalter hinaus aufzuschieben, jedoch nur bei Fortführung der Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung. Auch für Freizügigkeitskonten und Freizügigkeitspoliceen sollen die gleichen Aufschieb-Bestimmungen gelten, weshalb das Freizügigkeitsgesetz (FZG, SR 831.42) und/oder die Freizügigkeitsverordnung (FZV, SR 831.425) an geeigneter Stelle anzupassen sind. Auf formaler Gesetzesebene dürfte sich dafür Art. 4 FZG anbieten, auf Verordnungsebene Art. 16 Abs. 1 FZV. Eine Koordination des Auszahlungszeitpunkts der verschiedenen Leistungen drängt sich auch deshalb auf, weil ansonsten Steueroptimierungsmöglichkeiten zugelassen werden, die mit vorsorgerechtlichen Zielen nichts zu tun haben. Ohne Anpassung könnten beispielsweise Teilbezüge aus der beruflichen Vorsorge getätigt und über die Erwerbstätigkeit hinaus in Freizügigkeitskonten und Freizügigkeitspoliceen platziert werden, um später die Steuerprogression dank gestaffelter Auszahlungsjahre zu brechen.

Schlussbemerkung

Abschliessend richten wir die Bitte an Sie, dass die Stabilisierung der AHV (AHV 21) zeitlich voranzutreiben. Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Diese gilt es finanziell zu sichern. Im heutigen Zeitpunkt braucht es eine schlanke, rasch umsetzbare Rentenreform. Diese soll sich im Wesentlichen auf ein einheitliches Referenzalter von mindestens 65 Jahren und eine moderate Mehrwertsteuererhöhung beschränken. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hat den Vorteil, dass nicht nur die erwerbstätigen Generationen, sondern auch die Rentnerinnen und Rentner einen Beitrag an die Sicherung der AHV leisten müssen. Mittelfristig braucht die Schweiz eine umfassendere Reform, welche die strukturellen Probleme in der ersten und zwei-

¹ <https://www.ebg.admin.ch/ebg/de/home/dokumentation/Publications/publikationen-zu-gleichstellung-im-erwerbsleben/lohngleichheit.html>

ten Säule anpackt. Das vorliegende «AHV 21»-Paket ist nur ein erster, kleiner Schritt in diese Richtung. Unser Vorsorgesystem muss an die demographischen Realitäten angepasst werden. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Reform der zweiten Säule weiterhin dringend: Die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt muss möglichst rasch eingedämmt werden.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Zug, 2. Oktober 2018

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann



Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Kopie per E-Mail an:

- emina.alisic@bsv.admin.ch (Word- und PDF-Dokument)
- Volkswirtschaftsdirektion
- Direktion des Innern
- Finanzdirektion
- Gesundheitsdirektion
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug



Eidgenössisches Departement des Innern
3003 Bern

11. September 2018 (RRB Nr. 856/2018)

Stabilisierung der AHV (AHV 21); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für die mit Schreiben vom 27. Juni 2018 eingeräumte Gelegenheit, zur Vorlage betreffend Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen, und äussern uns wie folgt:

Bereits in der Vernehmlassung des Regierungsrates zur Reform der Altersvorsorge 2020 wurde festgehalten, dass der langfristigen Sicherung der Altersvorsorge grösste Bedeutung beizumessen ist. Gleichzeitig wurde auf die Möglichkeit eines Scheiterns des damals vorgelegten ambitionierten Massnahmenpaketes hingewiesen (Schreiben vom 26. Februar 2014, RRB Nr. 225/2014). Von daher und unter Berücksichtigung des Abstimmungsergebnisses vom 24. September 2017 erweist sich die nun vorgesehene separate Sanierung der ersten und zweiten Säule als sinnvoller Schritt in die richtige Richtung. Angesichts der misslichen finanziellen Lage der AHV drängt sich ausserdem die vorrangige Sanierung der ersten Säule als das wichtigste Sozialwerk der Schweiz geradezu auf.

Wie in der Vernehmlassung zur Reform der Altersvorsorge 2020 ebenfalls bereits festgehalten wurde, ist der Übergang vom Rentenalter von 65 Jahren für Männer und von 64 Jahren für Frauen zu einem einheitlichen Referenzalter von 65 Jahren rein demografisch durchaus begründet. Schon damals wurde aber auch auf die bestehende Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen hingewiesen. Ob die in der Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann vom 5. Juli 2017 (BBl 2017, 5507) vorgesehenen Massnahmen diesem Umstand ausreichend Rechnung tragen, erscheint fraglich. Unabhängig davon steht fest, dass die Frauen auch bei dieser Vorlage einen entscheidenden Beitrag zur Sanierung der AHV leisten sollen. Von den vorgeschlagenen Varianten für Ausgleichsmassnahmen schliessen wir uns der Variante 1 an.

In Übereinstimmung mit den Ausführungen in der Vernehmlassung zur Reform der Altersvorsorge und unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung bestehen gegen die Einführung eines flexibleren Referenzalters mit der Möglichkeit zum Rententeilbezug keine Einwände.

Nach wie vor politisch heikelster Punkt der Vorlage dürfte die vorgeschlagene Erhöhung der Mehrwertsteuer sein. Trotz der negativen Auswirkungen dieser Massnahme auf das Preisniveau, die Kaufkraft, den privaten Konsum, die Arbeitsnachfrage sowie das Wachstum des Bruttoinlandproduktes erscheint aufgrund der finanziellen Situation der AHV der Vorschlag einer Erhöhung der Mehrwertsteuer in Verbindung mit der Erhöhung des Rentenalters bei den Frauen derzeit der einzig gangbare Weg zu sein. Die Methode der Beschränkung der Reform der AHV auf die zentralen Elemente, mit denen die Finanzierung der Renten sichergestellt werden kann, erweist sich aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit als notwendig. Werden nicht rasch Massnahmen zur Herstellung des finanziellen Gleichgewichts der AHV getroffen, könnten Rentenleistungen nicht mehr sichergestellt werden. Dies hätte schwerwiegende Folgen für das gesamte System der sozialen Sicherheit der Schweiz.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger

Dr. Kathrin Arioli



15.10.2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Die BDP begrüsst den vorliegenden Entwurf zur Stabilisierung der AHV. Die AHV befindet sich aufgrund der demografischen Entwicklung seit Jahren in Schieflage, seit 2014 decken die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr. Es besteht unbestrittener Handlungsbedarf. Die BDP setzt sich seit Jahren für eine Reform der AHV ein und begrüsst deshalb die hier vorgeschlagene Stossrichtung. Allerdings weist sie darauf hin, dass der vorliegende Reformschritt nur ein erster sein kann. Wie die BDP schon früher gefordert hat, muss intensiv darüber diskutiert werden, ob das Referenzalter nicht der Lebenserwartung angepasst werden sollte.

Nach dem Scheitern der „Altersvorsorge 2020“ vor dem Volk ist es wichtiger denn je, dass so bald als möglich eine Reform der AHV erfolgt. Seit einigen Jahren befindet sich die AHV finanziell im Ungleichgewicht und es ist absehbar, dass wenn keine einschneidenden Massnahmen erfolgen, die Altersvorsorge für die Bevölkerung nicht mehr gesichert sein wird. Den demografischen Herausforderungen muss nachhaltig begegnet werden. Um die AHV zu retten, ist deshalb eine grundlegende strukturelle Sanierung unabdingbar. Folgende vorgeschlagene Massnahmen werden deshalb als erster Schritt in einer Reihe von nötigen Reformen gesehen:

- Referenzalter: Die Angleichung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen und Männer ist zu unterstützen. Ebenso gutgeheissen wird die vorgeschlagene Umsetzung dieser Angleichung, indem die Anhebung des Referenzalters für Frauen in Schritten von drei Monaten pro Jahr während insgesamt vier Jahren erfolgt. Dies ermöglicht Planungssicherheit für den Altersrücktritt und einen gemässigten Übergang.
- Ausgleichsmassnahmen: Ausdrücklich zugestimmt wird dem Vorschlag von Ausgleichsmassnahmen, um die Folgen der Anhebung des Referenzalters für Frauen sozial verträglich abzufedern. Die Ausrichtung auf Frauen mit den Jahrgängen 1958 bis 1966 ist nachvollziehbar, denn diese Frauen stehen kurz vor der Pensionierung und ihnen muss demzufolge die Chance gegeben werden, sich auf die neue Situation einstellen zu können.

Die vorgeschlagene Variante 2 wird deshalb als die richtige betrachtet, weil mit ihr nicht nur Frauen mit tiefem Einkommen und solche, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten können, von einer AHV-Rente zu besseren Konditionen profitieren können, sondern weil mit einer geänderten Rentenformel auch die Frauen von einer Rentenerhöhung profitieren, die ihre Rente nicht vorbeziehen. Diese Variante 2 setzt damit einen Anreiz, bis zum Referenzalter und allenfalls darüber hinaus zu arbeiten.

Frauen mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von maximal 56 400 Franken werden von besonders tiefen Kürzungssätzen profitieren können. Falls sie ihre Altersrente mit 64 Jahren vorbeziehen, wird diese nicht gekürzt werden. Somit können sie mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen und erhalten dabei bei Erreichen des Referenzalters die gleiche Altersrente, die sie unter bisherigem Recht mit 64 erhalten hätten.

- Flexibilisierung des Rentenbezugs und Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit: Ebenso wie die Erhöhung des Referenzalters für Frauen ist die Flexibilisierung des Rentenalters von 62 bis 70 Jahre für beide Geschlechter unabdingbar. Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs entspricht der in den letzten Jahren in der Gesellschaft geänderten Vorstellungen über die Gestaltung des Arbeitslebens und des Lebens nach der Pensionierung. Eine Anpassung der Gesetzgebung an die Lebensrealität der Menschen tut deshalb not.

Mit der vorgeschlagenen Flexibilisierung wird jenen, die länger arbeiten können und wollen, die Möglichkeit gegeben. Insbesondere die vorgeschlagene Massnahme der Teilpensionierung wird gutgeheissen. Diese begünstigt einen schrittweisen Übergang in die Pensionierung. Allerdings müssen die Massnahmen so ausgestaltet werden, dass eine längere Arbeit angestrebt wird. Es muss sich finanziell lohnen und darf nicht bestraft werden, wenn man länger arbeitet.

- Erhöhung der Mehrwertsteuer: Es ist grundsätzlich begrüssenswert, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Reduktion des Finanzierungsbedarf der AHV hinzugezogen wird. Allerdings sollte bei dieser Änderung des Mehrwertsteuersatzes die Ergebnisse der Steuervorlage 17 mitberücksichtigt werden: Eine reduzierte Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ist deshalb anzustreben.

Um allerdings die angestrebten Ziele – die Erhaltung des Leistungsniveaus sowie das finanzielle Gleichgewicht der AHV zu sichern – werden weitere Reformen vonnöten sein. Die BDP weist daraufhin, dass die Referenzalterfrage mit der vorliegenden Reform nicht gelöst sei. Gerade hinsichtlich des Hauptproblems der AHV – der demografischen Entwicklung – ist eine Kopplung der AHV mit der Lebenserwartung unabdingbar. Deshalb fordert die BDP, dass im Rahmen dieser Vorlage die Koppelung von AHV/ Lebenserwartung zwingend behandelt wird. Die BDP verweist dazu auf einen von ihr eingereichten Vorstoss zu dieser Frage aus dem Jahr 2012 (12.4131).

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz

Per E-Mail an

emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Die AHV ist seit dem Scheitern der Reform «Altersvorsorge 2020» nicht mehr gesichert. Die demografischen Herausforderungen sind gross und belasten die AHV: Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Rentner aufkommen. Um die AHV dauerhaft aus ihren tiefroten Zahlen zu holen und das kumulierte Umlagedefizit mit zusätzlichen Mitteln in der Höhe von 53 Milliarden Franken zu decken, ist eine strukturelle Sanierung der Altersvorsorge zwingend notwendig. Die CVP hat sich deshalb auch für die Reform «Altersvorsorge 2020» eingesetzt, welche den Reformstau beendet hätte, der aktuell auf Kosten des Mittelstands und der Rentnerinnen und Rentnern ausgetragen wird. Eine Abbauvorlage wird die CVP auch künftig nicht akzeptieren. Die CVP wird sich dafür einsetzen, dass die Renten über beide Säulen auf dem heutigen Niveau gesichert werden können.

Die aktuelle Vorlage des Bundesrates zur neuen Reform der Altersvorsorge knüpft an die Altersvorsorge 2020 an und geht trotz gewissen Schwächen in die richtige Richtung.

Referenzalter

Die CVP unterstützt die Angleichung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen und Männer und eine Anhebung des Referenzalters für Frauen in Schritten von drei Monaten pro Jahr während insgesamt vier Jahren. Dies ermöglicht Planungssicherheit für den Altersrücktritt und einen gemässigten Übergang. Eine Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre im Rahmen dieser Revision steht für die CVP nicht zur Debatte.

Ausgleichsmassnahmen

Um die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters für Frauen sozial abzufedern, braucht es Ausgleichsmassnahmen. Insbesondere Generationen kurz vor der Pensionierung können sich weniger lange auf Neuerungen vorbereiten. Die CVP begrüsst es, dass die Ausgleichsmassnahmen auf Frauen mit den Jahrgängen 1958 bis 1966 ausgerichtet sind. Zugleich profitieren auch Frauen, die bis zum Referenzalter erwerbstätig bleiben. Für die CVP ist es ausserdem wichtig, dass nebst Frauen auch Personen mit tieferen Einkommen vom sozialen Korrektiv profitieren.

Die vorzeitige Pensionierung hat eine lebenslang gekürzte Altersrente zur Folge. Frauen, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten können oder ihre Erwerbstätigkeit vorzeitig aufgeben müssen, sind von der Erhöhung besonders betroffen.

Ausgleichsmassnahmen: Vorgeschlagene Varianten

Die beiden vom Bundesrat vorgeschlagenen Varianten der Ausgleichsmassnahmen tragen dazu bei, dass der Vorbezug der AHV-Rente zu besseren Konditionen erfolgt und insgesamt eine Verbesserung der Altersrente für betroffene Frauen gewährleistet wird.

Die Variante 2, welche wie die Variante 1 beim Rentenvorbezug reduzierte Kürzungssätze bei vorzeitiger Pensionierung einführt, sieht im Vergleich zu Variante 1 als zweite Massnahme zusätzlich eine geänderte Rentenformel für Frauen vor, die ihre Rente nicht vorbeziehen. Deren Rente fällt mit der neuen Rentenformel höher aus. Die Variante 2 setzt damit einen Anreiz, bis zum Referenzalter und allenfalls darüber hinaus zu arbeiten. Renten der Frauen mit einem tiefen bis mittleren Einkommen werden mit der Variante 2 stärker verbessert.

Für Frauen, die ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von maximal 56 400 Franken aufweisen, werden neu besonders tiefe Kürzungssätze angewendet. Dies ist zu begrüssen. Fall sie ihre Altersrente mit 64 Jahren vorbeziehen, wird diese nicht gekürzt. Somit können sie mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen und erhalten dabei bei Erreichen des Referenzalters die gleiche Altersrente, die sie unter bisherigem Recht mit 64 erhalten hätten. Dies ist begrüssenswert und ein wirksamer Anreiz.

Behebung der Heiratsstrafe in der AHV

Der Bundesrat hält in dieser Vorlage weiterhin an der diskriminierenden Heiratsstrafe in der AHV fest. Die CVP fordert im Rahmen der vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen, dass die Heiratsstrafe in der AHV zumindest gemildert wird. Die derzeitige Summe beider Renten eines Ehepaars beträgt heute maximal 150 Prozent. Im schlechtesten Fall erhalten Verheiratete pro Monat bis zu 1'200 Franken weniger als Unverheiratete. Die CVP kritisiert diesen diskriminierenden Umstand seit Jahren und fordert eine Milderung der Heiratsstrafe durch eine Plafondanhebung in der AHV.

Die CVP hat im Jahr 2016 eine [Fraktionsmotion](#)¹ zur Beseitigung der Heiratsstrafe in der AHV eingereicht, die im März 2018 im Nationalrat angenommen wurde. Die CVP bedauert, dass der Bundesrat diese Diskriminierung in seiner Vorlage nicht berücksichtigt und damit einmal mehr nicht anerkennt.

Während für die erste Variante 400 Millionen Franken vorgesehen werden, sind es bei der zweiten Variante 800 Millionen, die für Ausgleichsmassnahmen aufgewendet werden sollen. Im Rahmen der Variante 2 der Ausgleichsmassnahmen soll der Bundesrat deshalb prüfen, einen Teil dieses Beitrags für die Verminderung der Benachteiligungen von Ehepaaren und Paaren in eingetragener Partnerschaft gegenüber Nichtverheirateten in der AHV zu verwenden. Falls erforderlich, ist die CVP bereit, auch vorübergehend einen höheren, auf der Zeitachse abnehmenden Betrag von beispielsweise 1 Milliarde Franken einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Flexibilisierung des Rentenbezugs und Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit

Eine Flexibilisierung des Rentenalters von 62 bis 70 Jahre für Mann und Frau ist notwendig. Jene, die länger arbeiten können und wollen, sollen diese Möglichkeit haben. Die Flexibilisierung bedeutet ein zusätzliches Vorbezugsjahr für Männer. Die neue Regelung schafft zudem die Möglichkeit einer Teilpensionierung. Dies begünstigt einen schrittweisen Übergang in die Pensionierung.

Für die CVP muss das System so ausgestaltet werden, dass sich Arbeit über das Pensionsalter hinaus finanziell lohnt und nicht bestraft wird. Diesbezüglich muss die Vorlage noch neu ausgerichtet werden.

Die CVP stimmt der Beibehaltung des Freibetrags für Erwerbstätige im Rentenalter als Anreiz zu.

Dass die Rente neu verbessert und Lücken in der Beitragszeit geschlossen werden können, ist begrüssenswert, zumal damit ein Anreiz zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus geschaffen wird.

Finanzierung und Zeithorizont

Der Bundesrat will die Finanzierung der AHV mit dem aktuellen Entwurf lediglich bis 2030 sicherstellen. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die CVP verlangt vom Bundesrat, dass die Finanzierung der AHV im Rahmen dieser Vorlage über das Jahr 2033 hinaus sichergestellt wird. Für die CVP ist jedoch klar, dass die Finanzierung der AHV nachhaltig sein muss. Der Bundesrat soll deshalb aufzeigen, wie dies über das Jahr 2040 hinaus erreicht werden kann.

¹ 16.3103 Motion CVP-Fraktion vom 16.03.2016 „Beseitigung der Heiratsstrafe auch in der AHV“

Zur Sanierung der AHV und hauptsächlich zum Ausgleich der durch die Demografie bedingten Mehrkosten ist eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer notwendig. Eine Erhöhung um 1,5 Prozent ohne Berücksichtigung der Finanzierung der AHV im Rahmen der Steuervorlage 17 (STAF) geht allerdings zu weit. Familien und Haushalte mit tieferen Einkommen würden durch eine solche Erhöhung finanziell zu stark belastet. Falls die STAF-Vorlage realisiert werden kann, reduziert sich die massgebende Mehrwertsteuererhöhung auf maximal 1.0 Prozent. Deshalb setzt sich die CVP auch für die STAF-Vorlage ein.

Fazit

Der Bundesrat muss nach dieser Vorlage nun möglichst rasch eine Vorschau der 2. Säule präsentieren, da bei der Pensionierung nicht alleine die 1. Säule, sondern die Höhe der Leistungen aus beiden Säulen massgebend ist. Für die CVP ist es essenziell, dass der Erhalt des Rentenniveaus über beide Säulen gesichert ist. Das System wird nur Erfolg haben, wenn alle Säulen stabil bleiben.

Damit die dringend nötige AHV-Reform gelingt, wird die CVP an Ausgleichsmassnahmen u.a. für Frauen und Personen mit tiefen Einkommen festhalten.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz



Bundesrat Alain Berset
Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)
Per E-mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2018

Stellungnahme der EVP Schweiz zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit, zum Vorentwurf «Stabilisierung der AHV» Stellung zu nehmen, was wir hiermit sehr gerne tun.

Grundsätzliche Beurteilung

Die EVP erachtet die Stabilisierung der AHV als dringend und anerkennt den raschen Handlungsbedarf. Aufgrund der Ablehnung der Reform Altersvorsorge 2020 erachten wir die getrennte Reform von 1. und 2. Säule als richtig und unterstützen die Priorisierung der AHV-Reform. Die strukturellen Probleme der 2. Säule namentlich die besorgniserregende Umverteilung zu Lasten der Jüngeren müssen allerdings zwingend umgehend angegangen werden. Auch diese Reform ist somit nicht nachhaltig und generationentauglich ausgestaltet.

Zu den einzelnen Punkten nimmt die EVP wie folgt Stellung:

Referenzalter: Die EVP unterstützt die Anhebung des Referenzalters (vorher Rentenalter) für Frauen auf 65 Jahre. Die schrittweise Anhebung wird jedoch als zwingend angesehen, um unerwünschte Effekte im Übergangsjahr zu vermeiden. Nichtsdestotrotz kann eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen nur im Rahmen einer ganzheitlichen und langfristigen Sanierung der AHV unterstützt werden. Sollten wichtige andere Elemente der Reform gestrichen werden, wird eine Erhöhung des Referenzalters nicht unterstützt.

Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters bei Frauen: Bevorzugung Variante 1; eine befristete Reduktion der Rentenkürzungen für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen ist gerechtfertigt. Es sollen jedoch keine zusätzlichen Anreize mittels Rentenzuschüssen erfolgen. Auf neue Ungleichbehandlungen der Geschlechter soll weitgehend verzichtet werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs: Der Bezug der Renten ist unbedingt zu flexibilisieren, da der starre Pensionszeitpunkt sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer nicht immer sinnvoll ist. Eine Flexibilisierung ermöglicht eine Pensionierung zu einem sinnvollen Zeitpunkt (gesundheitlich, persönlich, arbeitsbedingt). Ein Vorbezug ab 62 Jahren ist für die EVP die Mindestvariante. Den Rentenaufschub erachtet die EVP als äusserst sinnvoll, insbesondere auch die Möglichkeit, die Rente teilweise vorzubeziehen. Ein schrittweiser Rückzug aus

dem Arbeitsleben soll mit allen möglichen Formen gefördert werden. Die Möglichkeit, die Rente durch Erwerbstätigkeit nach dem Referenzalter zu erhöhen, wird von der EVP explizit begrüsst, da dies einen Anreiz für den (teilweisen) Verbleib im Arbeitsleben setzt.

Erhöhung der Mehrwertsteuer: Zustimmung. Eine weitere Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge darf nicht zur Diskussion gestellt werden, da damit die Arbeit weiter verteuert würde. Sollte die Steuer- vorlage 17 und damit die AHV-Zusatzfinanzierung vom Volk abgelehnt werden, unterstützt die EVP die Erhö- hung der MwSt. um 1,5 Prozent.

Würdigung und eigene Vorschläge:

Die EVP ist mit der Stossrichtung der Vorlage einverstanden. Im Vergleich zur AHV-Reform 2020 fehlt jedoch ein Element zur Reduktion der Heiratsstrafe. Die EVP fordert, die Plafonierung für Ehepaare, wie in der AHV- Reform 2020 vorgesehen, auf mindestens 155% von jetzt 150% anzuheben. Ebenfalls fehlt nach wie vor eine Flexibilisierung der Altersrücktritte ohne bzw. mit reduzierten Rentenkürzungen für Personen mit langer Er- werbsdauer bzw. für Personen mit tiefen Einkommen.

Besten Dank für die Aufnahme unserer Anregungen und Einwände in Ihre weiteren Überlegungen.

Freundliche Grüsse



Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz



Femmes* socialistes suisses
SP Frauen* Schweiz
Donne* socialiste svizzere

Theaterplatz 4
3001 Bern

gina.lamantia@sp-frauen.ch
031 329 69 90

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 17 octobre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) Procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet pour la stabilisation de l'AVS (AVS 21) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

L'AVS est le noyau dur de la sécurité sociale suisse. Non seulement elle constitue une source de revenus indispensable pour les retraité-e-s, mais en plus ses mécanismes garantissent une forte solidarité entre les travailleurs/euses et les employeur/euses, entre les personnes actives et les rentières et rentiers ainsi qu'entre les riches et les pauvres. Partant, l'AVS joue un rôle crucial pour la cohésion de notre pays. A ce titre, les Femmes* socialistes suisses accueillent favorablement l'objectif principal du Conseil fédéral qui consiste à préserver l'équilibre financier de l'AVS sans réduction des prestations.

Depuis toujours, les Femmes* socialistes militent en faveur d'une AVS forte qui soit en mesure de verser des rentes permettant de couvrir le minimum vital. Ce principe inscrit dans la Constitution a continuellement été ignoré. En réalité, la Suisse s'éloigne de plus en plus de cet objectif et les rentes ne suivent pas la même évolution que les salaires si bien qu'elles se dégradent peu à peu. A cela s'ajoutent les baisses générales dans les prestations du 2^e pilier ces dernières années. La situation économique des rentières et des rentiers s'est considérablement aggravée. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, près de 200'000 retraité-e-s vivent dans une situation de pauvreté en Suisse. Lors du passage à la retraite, le risque de pauvreté double en raison de revenus insuffisants. Ce risque guette en particulier les femmes et les personnes possédant un niveau de formation insuffisant. A la lecture de ces chiffres, les Femmes* socialistes restent absolument convaincues qu'un renforcement du 1^{er} pilier demeure indispensable.

L'AVS est en effet le seul pilier de la prévoyance vieillesse à même de verser des rentes sûres aux assuré-e-s. Au demeurant, le financement par répartition s'avère nettement plus efficace et favorable que le 2^e pilier en termes de coûts pour les bas revenus. Le rejet de la réforme de la Prévoyance vieillesse 2020 (PV 2020) le 24 septembre 2017 ne remet aucunement en question la nécessité d'un renforcement de l'AVS, tant d'un point de vue des prestations que de son financement. L'analyse des résultats de la votation laisse plutôt entendre que le projet aurait vraisemblablement été adopté dans les urnes si le supplément de 70 francs avait aussi été accordé aux retraité-e-s actuel-le-s.

Les Femmes* socialistes constatent avec inquiétude que le Conseil fédéral, dominé par la droite dure, n'a toujours pas pris la mesure du rejet de la PV 2020. Le relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes avait constitué l'un des arguments principaux. Malgré tout, le Conseil fédéral s'obstine à vouloir imposer des mesures controversées. Les Femmes* socialistes tiennent à rappeler que l'augmentation de l'âge de la retraite a été rejetée pour la seconde fois en votations populaires après le refus de la 11^e révision de l'AVS en 2004. D'un point de vue démocratique, l'entêtement du Conseil fédéral est absolument incompréhensible. Augmenter l'âge de la retraite des femmes leur ferait porter de manière disproportionnée le poids d'AVS 21 quand bien même elles continuent d'être discriminées sur le marché du travail d'un point de vue des salaires. Aux yeux des Femmes* socialistes, les mesures de compensation pour faire passer la pilule de ce rehaussement sont insuffisantes. C'est pourquoi nous demandons instamment au Conseil fédéral de renoncer à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite sous peine de courir le risque d'un nouvel échec de la révision.

Or une réforme reste inévitable pour assurer un financement solide des prestations du premier pilier. Aussi les Femmes* socialistes privilégient-ils la voie d'un simple financement additionnel à l'instar de ce qui est actuellement prévu dans le projet de loi relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Ledit financement devrait être suffisant pour absorber la génération des baby-boomers.

Appréciation des principales mesures proposées

Changement terminologique et introduction de la notion d'âge de référence

L'âge de la retraite désigne le moment à partir duquel toute personne peut prétendre à une rente sans réduction, ni supplément. Cette notion n'est pas uniquement au cœur de la sécurité sociale, mais également d'autres domaines de la société. « L'âge de la retraite » est fortement ancré au sein de la population. Il définit aussi le début d'une nouvelle phase de vie et généralement la fin des rapports de travail. Malgré tout, le Conseil fédéral compte abandonner la notion pour introduire celle de « l'âge de référence » pour répondre aux impératifs de flexibilité. Cela permettrait de mieux faire la distinction entre comportement en matière de retraite et comportement en matière d'activité professionnelle. Les Femmes* socialistes se montrent sceptique face à ce changement. En effet, le terme d'âge de référence est imprécis et efface autant l'importance que la valeur

symbolique d'une telle étape. Au surplus, l'âge de « référence » ne reflète pas le sens de ce moment.

Relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans

Pour la quatrième fois consécutive dans le cadre d'un projet de réforme de la prévoyance vieillesse, le Conseil fédéral propose de relever l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans quand bien même cette mesure controversée a constitué l'une des principales sources d'opposition. Il reconnaît lui-même dans le rapport explicatif que le projet « d'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes a constitué l'un des principaux motifs des rejets des réformes depuis 20 ans. Les Femmes* socialistes déplorent vigoureusement l'entêtement du Conseil fédéral et cette tactique du salami. L'analyse de la situation des femmes est hâtive et erronée. Bien que les réalités sur le marché du travail aient évolué et que les femmes y participent plus fortement, il est certains paramètres qui relativisent considérablement l'analyse des chantres d'une telle augmentation, éléments que nous tenons à relever ici.

En premier lieu, les femmes continuent à subir des discriminations importantes en raison de leur sexe dans le monde du travail et d'autres domaines de la société. Cela fait bientôt 40 ans que le principe selon lequel les femmes et les hommes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale est inscrit dans la Constitution fédérale. Aujourd'hui, les femmes gagnent 6'397 francs par mois en moyenne, soit 1'412 francs de moins que les hommes. Cela représente un écart de 18,1% par mois. Une grande partie de cette différence (42%) reste inexpliquée et repose vraisemblablement sur une discrimination basée sur le sexe¹. Ce n'est pas la modification de la loi sur l'égalité actuellement au Parlement qui sera en mesure d'y apporter une correction décisive – le projet ayant été considérablement dénaturé. Le Conseil fédéral admet qu'il existe bel et bien un problème dans son rapport explicatif, mais estime qu'il s'agit de thématiques bien distinctes. Or, pour les Femmes* socialistes, l'inégalité salariale n'est que la pointe de l'iceberg pour ce qui est de la place des femmes dans notre société. Partant, l'on ne peut pas réduire l'argumentation à ce seul facteur.

Deuxièmement, les femmes actives sont surreprésentées dans les secteurs à bas revenus. Ces dix dernières années, près de 30% des femmes suisses travaillant à plein temps ont gagné moins de 4'000 francs par mois et environ 10% ont touché plus de 8'000 francs par mois. La situation chez les hommes est nettement plus confortable². Les femmes travaillent plutôt dans les professions liées aux tâches

¹ Enquête suisse sur la structure des salaires 2014, Office fédéral de la statistique OFS (URL : <https://www.ebg.admin.ch/ebg/fr/home/themes/travail/egalite-salariale/bases/chiffres-et-faits.html>, consulté le 02.10.2018).

² Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la structure des salaires, Répartition des salariés en pour-cent (salaire mensuel net), pour les temps pleins et temps partiel selon les classes de salaires et le sexe, représentations de 2016, 2014, 2010 et 2008 (URL :

d'assistance ou de care, à savoir les soins, la prise en charge ou l'éducation. Elles exercent également des activités peu valorisées par la société telles que la vente ou les tâches administratives. Il n'existe donc pas seulement une simple discrimination salariale, mais également sociale puisque les femmes sont sous-représentées dans les branches fortement rémunérées. Les Femmes* socialistes relèvent ici qu'il existe plusieurs études démontrant la corrélation entre l'espérance de vie et le revenu : les personnes touchant des bas revenus tendent à vivre moins longtemps³. Etant donné qu'un nombre important de femmes touche des salaires relativement bas, ces dernières subiraient de plein fouet une augmentation de l'âge de la retraite.

Troisièmement, les femmes assument de loin la majeure partie du travail domestique non rémunéré : il s'agit des tâches éducatives ou des soins apportés aux proches. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), les femmes ont accompli en 2016 61% du travail non rémunéré⁴. L'OFS estime la valeur monétaire de ce travail non rémunéré à près de 410 milliards de francs, dont 247,5 milliards de francs à mettre sur le compte des femmes⁵.

Quatrièmement, relevons que les femmes retraitées sont davantage exposées à la pauvreté que les hommes. Cela est essentiellement dû au fait qu'un nombre extrêmement élevé de femmes ne possède pas de 2^e pilier ou n'ont pas les moyens de cotiser au 3^e pilier. La discrimination salariale et la surreprésentation des femmes dans les secteurs à bas salaires ou dans le travail à temps partiel se répercutent directement sur leurs revenus à la retraite. Ainsi, au niveau du 2^e pilier, l'écart de rentes entre les femmes et les hommes est de près de 60%⁶. Par ailleurs, deux tiers des bénéficiaires de prestations complémentaires à l'AVS sont des femmes⁷.

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/catalogues-banques-donnees/tableaux.assetdetail.5126459.html>, consulté le 02.10.2018).

³ Cf. Siegrist, J., Marmot M. (Hrsg.) (2008): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Erklärungsansätze und gesundheitspolitische Folgerungen. Bern: Verlag Hans Huber.

⁴ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, 2016 (URL :

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622501.html>, consulté le 02.10.2018).

⁵ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, Enquête suisse sur la structure des salaires (ESS), Statistique structurelle des coûts de la main d'œuvre 2016 (URL :

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622500.html>, consulté le 02.10.2018).

⁶ Office fédéral de la statistique, Statistique des caisses de pensions 2016 (URL :

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/prevoyance-professionnelle.html>, consulté le 02.10.2018).

⁷ Office fédéral des assurances sociales, Statistique des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI 2017 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/aide-sociale/beneficiaires-aide-sociale-sens-large/prestations-amont-aide-sociale/pc-avs-ai.html>, consulté le 02.10.2018).

Cinquièmement, les Femmes* socialistes souhaitent rappeler les conclusions d'une étude commandée par l'Office fédéral des assurances sociales et évoquées par le Conseil fédéral dans son message concernant la PV 2020⁸. Selon ce rapport, environ 40% des personnes arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite, pour des raisons diverses. En moyenne, les femmes cessent de travailler à 62,6 ans⁹. Pour beaucoup d'entre elles, la cessation de l'exercice d'une activité lucrative est involontaire. Il convient de souligner aussi les difficultés rencontrées par les travailleurs/euses âgé-e-s sur le marché du travail. Le taux de chômage chez les femmes de 55 à 64 ans est en croissance depuis 2008. Selon les statistiques de l'OFS, le taux au sens du Bureau international du travail (BIT) est passé de 2,7% en 2008 à 3,5% début 2018¹⁰. Le chômage de longue durée est également en nette progression chez les personnes de 50 ans et plus. En moyenne, il a doublé depuis le début du siècle, passant de 5'223 chômeurs/euses de longue durée en l'an 2000 à 10'299 en 2017¹¹. Tant que des mesures tangibles n'auront pas été prises, avec des effets bénéfiques et démontrés sur l'emploi des travailleurs/euses âgé-e-s, les Femmes* socialistes considèreront toute augmentation généralisée de l'âge de la retraite comme déplacée.

Pour toutes les raisons invoquées, les Femmes* socialistes s'opposent catégoriquement à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes. Dans les faits, le Conseil fédéral fait largement porter la responsabilité de la consolidation financière de l'AVS aux femmes. Par cette mesure de démantèlement, les femmes contribueraient au financement de l'AVS à hauteur d'environ 10 milliards de francs d'ici 2030, ce qui couvrirait environ 43% des besoins financiers supplémentaires compte tenu de la RFFA. De surcroît, eu égard aux débats menés dans le cadre de la PV 2020, l'on peut raisonnablement partir de l'idée que le Parlement imposera un relèvement progressif en 3 ans en lieu et place des 4 ans suggérés par le Conseil fédéral, si bien que les femmes seront encore davantage mises à contribution pour stabiliser cette assurance. A cela s'ajoute l'augmentation de la TVA qui touchera aussi les femmes. Enfin, une partie des économies réalisées dans l'AVS se reflèteront dans d'autres assurances sociales, qui subiront des charges supplémentaires vu que les femmes au bénéfice de prestations sociales devront patienter une année de plus pour toucher leur rente de vieillesse. Il va de soi que les Femmes* socialistes saluent l'approche visant à mettre en œuvre des mesures de compensation en faveur des femmes. Toutefois, au regard des éléments soulignés ci-dessus, celles-ci s'avèrent absolument insuffisantes.

⁸ 14.088 Message concernant la réforme de la prévoyance vieillesse 2020 du 19 novembre 2014, p. 41.

⁹ Cf. Trageser, J. et al.: Altersrücktritt im Kontext der demographischen Entwicklung, Rapport de recherche no 11/12, Berne, OFAS, 2012.

¹⁰ OFS - Enquête suisse sur la population active (ESPA), Taux de chômage au sens du BIT des femmes selon différentes caractéristiques, moyennes trimestrielles (nous avons pris le 2^e trimestre comme référence).

¹¹ SECO, Statistique du marché du travail (AMSTAT), chômeurs de longue durée, 50 ans et plus, Berne 2018

Mesures de compensation pour les femmes

Dans le cadre de la PV 2020, les Femmes* socialistes avaient accepté d'avaloir la couleur de relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes après avoir dressé un bilan globalement positif de la réforme. Celle-ci prévoyait des améliorations substantielles pour toutes les futures retraitées du point de vue des prestations, notamment grâce au renforcement de l'AVS et à un meilleur accès au 2^e pilier. C'est tout le contraire de la présente réforme soumise à l'appréciation des Femmes* socialistes. Certes, nous réservons un accueil favorable aux propositions du Conseil fédéral et apprécions le fait qu'il soit enclin à offrir aux personnes concernées des contreparties, néanmoins nous estimons qu'elles sont beaucoup trop minimalistes et restrictives. D'une manière générale, les Femmes* socialistes jugent que la limitation dans le temps de l'octroi des mesures de compensation jusqu'à 2030 est injustifiée et inacceptable car toutes les femmes seront concernées par l'augmentation de l'âge de la retraite. Il n'y a pas lieu de créer deux classes de retraité-e-s, d'autant plus que cela susciterait la vive opposition des femmes nées juste après 1966. Ce sont seulement à peine 600'000 femmes qui pourraient potentiellement bénéficier des mesures de compensation. A ce propos, les Femmes* socialistes dénoncent le caractère trompeur du rapport explicatif qui laisse initialement entendre – dans la description de la première variante – que toutes les femmes pourraient potentiellement partir à la retraite anticipée de manière facilitée.

Variante à 400 millions de francs

La première variante prévoit de permettre aux femmes nées entre 1958 et 1966 de prendre une retraite anticipée de manière facilitée. Concrètement, ces dernières bénéficieront de taux de réductions actuarielles de leur rente de vieillesse plus favorables. Les femmes situées dans cette tranche d'âge et touchant des revenus égaux ou inférieurs à 56'400 francs par année pourront ainsi continuer de partir à la retraite à 64 ans sans aucune réduction de leur rente. Celles gagnant un revenu supérieur auront quant à elles des taux de réductions également plus favorables, mais légèrement en dessus du premier groupe. Selon les prévisions du Conseil fédéral, le quart des femmes concernées devraient faire usage des possibilités de retraite anticipée facilitée.

De l'avis des Femmes* socialistes, la limite dans le temps n'a pas lieu d'être. Les possibilités d'anticipation facilitée de la rente devraient être ouverte à toutes les futures retraitées et ainsi adaptées à leurs réalités économiques. Ainsi, nous rappelons qu'à l'heure actuelle, près d'un demi-million de femmes actives n'ont pas accès au 2^e pilier. En outre, plus de la moitié des femmes réalisent un salaire annuel inférieur à 55'000 francs et ne disposent par conséquent que d'un petit 2^e pilier. Les femmes situées dans ces catégories de salaires devraient à fortiori jouir de conditions plus favorables dans le cadre d'une retraite anticipée. De toute manière, cette variante serait, selon les estimations du Conseil fédéral, d'autant plus insatisfaisante qu'elle ne compenserait qu'un cinquième du sacrifice total de 10

milliards de francs consenti par les femmes au travers du relèvement de leur âge de la retraite d'ici 2030.

Variante à 800 millions de francs

La seconde variante comprend deux éléments, à savoir le départ anticipé à la retraite tel que proposé dans la variante à 400 millions de francs ainsi qu'une adaptation de la formule des rentes pour les femmes travaillant jusqu'à 65 ans. De la sorte, la rente de ces dernières serait légèrement augmentée et elles seraient incitées à travailler jusqu'au nouvel âge de « référence ». De même, seules les femmes nées entre 1958 et 1966 pourraient potentiellement jouir de cette seconde mesure de compensation. Les assurées percevant un revenu annuel moyen déterminant de 42'300 francs (soit le point d'inflexion de la formule des rentes) connaîtraient la plus forte augmentation (214 francs). En moyenne, les femmes concernées verront le montant de leur rente de vieillesse augmenter de 70 francs par mois. En revanche, il n'est pas prévu de rehausser la rente minimale afin de ne pas déroger au principe inscrit dans la Constitution selon lequel la rente maximale doit être l'équivalent du double de la rente minimale. Les coûts totaux de cette variante d'ici 2030 compenseraient seulement 38% des économies effectuées grâce au relèvement de l'âge de la retraite des femmes.

Si les Femmes* socialistes saluent la voie consistant à améliorer les prestations de vieillesse, il la juge également trop modeste. Le fait que la rente minimale ne bénéficiera d'aucune augmentation n'est pas compréhensible, surtout compte tenu de l'absence de 2^e pilier pour ces catégories de revenus. Quoiqu'il en soit, nous restons persuadés qu'une augmentation générale des rentes aussi bien pour les femmes que pour les hommes demeure indispensable afin de se rapprocher enfin du mandat constitutionnel. Une telle adaptation des rentes devrait s'effectuer indépendamment de l'âge de la retraite des femmes et être valable de même pour les bénéficiaires d'une rente AI.

Par ailleurs, nous réclamons l'introduction de mesures de compensation supplémentaires en faveur des femmes. Pour ce faire, le Conseil fédéral devrait étudier une meilleure reconnaissance du travail de care accompli par les femmes. A cet effet, il sied d'envisager une extension des bonifications pour tâches éducatives et pour tâches d'assistance, lesquelles ont eu des effets remarquables depuis l'entrée en vigueur de la 10^e révision de l'AVS. Par ailleurs, il nous apparaît opportun d'approfondir la piste de la revalorisation du salaire déterminant des femmes par un facteur correspondant à la part inexplicée de la différence de salaire entre femmes et hommes lors du calcul de la rente. Une telle mesure aurait le mérite d'offrir une compensation aux femmes tant que l'égalité salariale ne sera pas réalisée.

Flexibilisation de la retraite

Les aspects liés à la flexibilisation étaient incontestés dans le cadre de la PV 2020 et ceux-ci sont repris dans cette réforme. Les Femmes* socialistes y réservent un accueil favorable. Grâce à ces nouvelles dispositions, les assuré-e-s devraient pouvoir décider du moment de la perception de leur rente de vieillesse entre 62 et 70 ans. Comme dans la réforme de la PV 2020, la retraite partielle sera introduite pour ouvrir la porte à un arrêt progressif de l'exercice d'une activité lucrative. Les Femmes* socialistes restent favorable à cet élément innovateur, puisqu'il répond vraisemblablement à un besoin des assuré-e-s et des employeurs/euses en leur donnant le temps pour mieux se préparer à une telle étape. Les Femmes* socialistes réitérent les réserves exprimées par le PS lors de la consultation sur la PV 2020, à savoir que cette nouvelle possibilité s'avère avant tout attractive pour les personnes touchant des revenus moyens à hauts. D'une part, elles ont les moyens financiers requis pour subvenir à leurs besoins lors d'une pré-retraite, d'autre part il faut que la profession exercée offre suffisamment de souplesse pour la poursuite d'une activité lucrative à temps partiel.

Pour ce qui est de l'anticipation de la rente AVS avant l'âge de référence, celle-ci serait rendue possible tant pour les femmes que pour les hommes à partir de 62 ans. Par conséquent, la rente serait réduite sur la base des taux de réduction actuariels. Comme l'espérance de vie a augmenté depuis la dernière adaptation desdits taux, il y a lieu de les ajuster. Dorénavant, ils devront être réexaminés par le Conseil fédéral tous les 10 ans, ce qui nous apparaît opportun. En revanche, les Femmes* socialistes plaident pour une flexibilisation de la retraite entre 60 et 70 ans afin d'avoir un équilibre entre les possibilités d'anticipation et d'ajournement.

Sur le principe, la réglementation concernant l'ajournement de la rente AVS suit des contours similaires à la PV 2020. Ainsi, la perception de toute ou une partie de la rente de vieillesse pourra être repoussée jusqu'à l'âge de 70 ans au plus tard. Par analogie avec l'anticipation, le pourcentage de la rente ajournée serait augmenté de la contre-valeur actuarielle des prestations non touchées jusqu'à la fin de l'ajournement. A la différence du droit en vigueur, l'exercice d'une activité lucrative pendant la période de l'ajournement serait formatrice de rente. Les cotisations versées à l'AVS pourraient augmenter le revenu annuel moyen déterminant, mais également, sous certaines conditions, combler les éventuelles lacunes de cotisations. Le dispositif proposé par le Conseil fédéral maintient la franchise de cotisations de 16'800 francs. Or, celle-ci nous apparaît contraire à la logique de flexibilisation car elle réduirait les possibilités pour les petits salaires d'améliorer leur rente.

En fin de compte, les règles de flexibilisation peuvent uniquement fonctionner sur un marché du travail adapté aux conditions fixées. Ainsi, les difficultés rencontrées par les travailleuses et travailleurs âgé-e-s dans la recherche d'une nouvelle activité lucrative à la suite d'un licenciement entravent le potentiel offert par les mécanismes proposés. Dès lors, l'on peut légitimement supposer que ces nouvelles dispositions profiteront essentiellement aux assuré-e-s réalisant des revenus moyens à élevés. Les possibilités d'amélioration de la rente pour les personnes avec

des revenus modestes et/ou un métier pénible resteront somme toute limitées. En outre, la flexibilisation proposée entre 62 et 70 ans et l'abandon de la notion d'âge « de la retraite » pourraient à terme conduire à une augmentation de l'âge de « référence », ce qui aurait des conséquences désastreuses pour les classes de revenus défavorisées. Etant donné que ces personnes vivent généralement moins longtemps, il nous apparaît impératif de mettre en place des modèles de retraite anticipée facilitée pour ces personnes, à l'instar de ce qui avait été soumis au Parlement à l'origine dans le cadre de la PV 2020 – néanmoins dans une version beaucoup plus généreuse. De même, les Femmes* socialistes revendiquent la mise en place d'un système de rentes-ponts pour les personnes arrivées en fin de droit dans l'assurance-chômage. Cela préviendrait des situations dans lesquelles les chômeuses et chômeurs âgé-e-s devraient faire recours à l'aide sociale.

Financement de l'AVS

Les Femmes* socialistes admettent qu'un financement additionnel est inévitable afin que l'AVS soit en mesure d'assimiler la génération du baby-boom. Elles rappellent néanmoins que l'AVS repose sur des bases financières solides. La majeure partie des recettes provient des cotisations salariales. Les taux de cotisations n'ont pas changé depuis 1975 et l'AVS a toujours su braver les défis liés au développement démographique. Elle a largement contredit les scénarii catastrophistes brandis par la droite et les milieux économiques. Depuis, en effet, le nombre de rentes AVS a plus que doublé. Seule une modeste hausse de la TVA est venue apporter un valable petit appui. En réalité, la santé financière de l'AVS dépend donc essentiellement de la masse salariale. Le fait que le résultat de la répartition ait été positif jusqu'à très récemment démontre l'effet implacable des cotisations salariales sur la stabilité de cette assurance. C'est tout le contraire du 2^e pilier, où les prélèvements salariaux moyens s'élèvent aux alentours de 18% et où les prestations ne cessent de se dégrader. D'autre part, le système de la répartition présente un avantage colossal d'un point de vue de la redistribution des richesses. Comme les prélèvements ne sont pas plafonnés, plus les riches gagnent de l'argent, plus ils versent de cotisations à l'AVS. Cela a pour effet que 92% des assuré-e-s recevront plus d'argent venant des rentes qu'ils n'auront versé de cotisations. Ce sont toutes les personnes touchant moins de 100'000 francs par année. Pour toutes les raisons invoquées, les Femmes* socialistes plaident en faveur d'une hausse des cotisations salariales.

En ce qui concerne la hausse proportionnelle de la TVA, les Femmes* socialistes ne s'y opposent pas fondamentalement. Le fait qu'une grande partie des recettes de la TVA résulte de la consommation de biens coûteux et que lesdites recettes sont reversées directement dans l'AVS atténue fortement le caractère antisocial de cet impôt. Nonobstant, d'autres sources de financement pourraient être privilégiées et combinées. Le versement de la totalité des recettes du pour-cent démographique et une augmentation de la contribution fédérale à l'AVS sont, de l'avis des Femmes* socialistes, indispensables. Cela est actuellement prévu dans la RFFA, au même titre que le relèvement des cotisations. Grâce à la RFFA, le relèvement de la TVA pourra

être réduit. Enfin, les Femmes* socialistes soutiennent résolument une imposition juste des revenus du capital telle que la demande l'initiative populaire fédérale 99%. L'initiative dégagerait des recettes de plusieurs milliards qui seraient susceptibles d'alimenter l'AVS.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Femmes* socialistes suisses

Les co-présidentes

Martine Docourt et Natascha Wey

Two handwritten signatures in black ink. The first signature on the left is 'M. Docourt' and the second signature on the right is 'N. Wey'.

La secrétaire centrale

Gina La Mantia

A handwritten signature in black ink that reads 'G. La Mantia'.





T +41 31 3266607
E isabelle.iseli@gruene.ch

Eidgenössisches
Departement des Innern EDI
Per E-Mail verschickt
emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 24. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) und nehmen dazu gerne Stellung.

Die Verfassung ernst nehmen!

Die Grünen teilen die Einschätzung des Bundesrats, **dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und dass in der 1. Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht**. Die vom Bundesrat angepeilte Verteidigung des Status Quo (mit Erhöhung des Frauenrentenalters) wird den heutigen Herausforderungen allerdings nicht gerecht. Gemäss Verfassung sollen die Renten aus der 1. Säule den Existenzbedarf „angemessen“ decken. Dieser Auftrag ist nach wie vor unerfüllt. Im Gegenteil: Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Diese Entwicklung verstärkt sich vor dem Hintergrund der steigenden Krankenversicherungsprämien, Mieten und Gesundheitskosten. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der 2. Säule sinken. **Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig auf das Ziel des Leistungserhalts in der AHV beschränkt, verkennt er, dass dies real einem Abbau entspricht.**

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse zur AV 2020 letzten Herbst zeigt, dass sozialpolitische Argumente den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst haben. Gerade die zu geringe Zustimmung der aktuellen Rentner*innen-Generation für die AV 2020 belegt, dass das heutige Renteneinkommen häufig als zu knapp empfunden wird, um damit den Lebensunterhalt zu sichern. Für eben diese Rentnerinnen und Rentner sieht die neue Vorlage nun aber keinerlei Verbesserungen vor – im Gegenteil: aufgrund einer reinen Finanzierung über die Mehrwertsteuererhöhung sollen gerade sie noch stärker zur Stabilisierung der AHV beitragen.

Generell reicht das Rentenniveau aus AHV und Pensionskasse heute oft nicht, um dem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Betroffen sind nicht nur Haushalte mit tiefen Einkommen. Wer einen geringeren Lohn hat als 84'000 Fr./Jahr, muss im Alter eng rechnen. Davon sind schätzungsweise zwei Drittel der Arbeitnehmenden betroffen. **Besonders stossend ist der ungenügende Versicherungsschutz für Teilzeitarbeitende. Das sind heute mehrheitlich Frauen.** Die Renten der Frauen in der Schweiz sind im Durchschnitt 37 Prozent tiefer als die der Männer. Eine halbe Million der aktiven Frauen verfügt über keine zweite Säule. **Bevor eine Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männer in Betracht gezogen wird, müssen endlich die strukturellen Ursachen für die ungenügende Existenzsicherung eines grossen Teils der Frauen im Rentenalter beseitigt werden.** Dazu ist parallel zur AHV-Reform 21 eine Reform der zweiten Säule nötig.

Es braucht eine parallele Reform von AHV und Pensionskasse

Die Grünen bedauern, dass der gute Kompromiss der AV 2020 keine Mehrheit gefunden hat und deshalb auf eine parallele (aber nicht mehr verknüpfte) Reform von 1. und 2. Säule verzichtet werden soll. Wenn die in der Verfassung vorgegebenen Leistungsziele (also den Existenzbedarf bzw. die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise sichern) erreicht werden sollen, dann führt kein Weg daran vorbei, die beide Sozialwerke gleichzeitig zu reformieren und zu modernisieren. Und zwar aufgrund von realistischen und soliden Kostenberechnungen. **Das Dreisäulenprinzip ist ein System von kommunizierenden Röhren, das nicht aufgetrennt werden kann.** Je tiefer zum Beispiel die Mindestverzinsung der Pensionskassenguthaben aufgrund von zu pessimistischen Berechnungen gedrückt wird, desto höher muss der Beitrag der AHV zur Existenzsicherung sein.

Antrag:

Die Grünen fordern den Bundesrat auf, die Reform der 1. und 2. Säule eng aufeinander abzustimmen und gemeinsam zu beraten. Nur so kann das Verfassungsziel umgesetzt werden.

Keine Angleichung des Frauenrentenalters ohne strukturelle Reformen

Frauen nehmen in der Arbeitswelt und als Folge davon auch in der Alterssicherung mehrheitlich nach wie vor eine Sonderstellung ein. **Traditionelle Rollenbilder und der historische Ausschluss der Frauen aus vielen Berufen sowie aus Entscheidungspositionen in Wirtschaft und Politik wirken in der Schweiz hartnäckiger nach als in anderen europäischen Ländern.**

Auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hinkt die Schweiz den Nachbarstaaten hinterher. Spätestens nach der Geburt von Kindern stellen viele Frauen ihr berufliches Engagement zugunsten der Familie zurück. Damit verstärkt sich die lebenslänglich wirkende Einkommensdifferenz. Bereits beim Berufseinstieg müssen sich Frauen im Schnitt mit einer 7-8 Prozent geringeren Entlohnung als männliche Kollegen mit derselben Ausbildung und dem gleichen Tätigkeitsgebiet zufrieden geben. **Diese nicht ausbezahlten, aber eigentlichen geschuldeten Löhne fehlen nicht nur während dem Erwerbsleben in der Haushaltkasse, sie sind auch nicht rentenbildend.** Bevor über eine Angleichung des Rentenalters diskutiert werden kann, muss deshalb die tiefgreifende und historisch begründete strukturelle Ungleichheit von Männern und Frauen aufgelöst werden. Nur so wird das Gleichstellungsgebot in der Verfassung endlich umgesetzt.

Für die Auflösung der historisch gewachsenen strukturellen Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen sind folgende Reformen nötig:

1. Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss kontrolliert und durchgesetzt werden.
2. Frauen und Männer mit tiefen Einkommen (und/oder Teilzeiteinkommen) sollen anteilmässig die gleichen Rentenbildungschancen haben wie die hohen Einkommen. Dazu ist eine Reform

des Koordinationsabzugs in den Pensionskassen nötig.

3. Um die gesellschaftlich unentbehrliche Care-Arbeit von Frauen und Männern besser abzusichern, müssen endlich auch in den Pensionskassen Betreuungsgutschriften eingeführt werden.
4. Egalitäre und traditionelle Familienformen sollen in der Altersvorsorge gleich behandelt werden. Das heisst: Paare, die sich Erwerbs- und Familienarbeit aufteilen, sollen gleich hohe Rentenansprüche generieren wie Paare, welche sich spezialisieren.
5. Es braucht Ausgleichsmassnahmen für die Generationen der Frauen, welche von den beiden erstgenannten Punkten nicht mehr profitieren können.

Ohne strukturelle Reformen zur Aufhebung der traditionell gewachsenen Ungleichheiten von Frauen und Männern und ihren finanziellen Folgen lehnen die Grünen eine Angleichung des Frauenrentenalters ab. Wir anerkennen, dass bei der AV 2020 gewisse Anpassungen bei Koordinationsabzug und Lebenslage eingeleitet wurden. Wir haben ihr deswegen im Rahmen eines Kompromisses auch zugestimmt. Bei der AHV 21-Reform fehlen aber - mit Ausnahme von Punkt 5 – die nötigen Modernisierungsschritte. Zum Stand der BVG-Revision liegen keinerlei Informationen vor.

Antrag:

*Auf eine Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männer ist zu verzichten, bis strukturelle Reformen zur Durchsetzung von Lohngleichheit, Vereinbarkeit und Absicherung von Care-Arbeit beschlossen sind. Insbesondere soll der Koordinationsabzug im BVG so angepasst werden, dass innerhalb des BVG-Obligatoriums hohe und tiefe Einkommen prozentmässig gleich gut abgesichert und rentenbildend sind. Dafür braucht es einen **linearen Koordinationsabzug** sowie die Einführung von Betreuungsgutschriften.*

Flexibilisierung ja, aber richtig!

Grundsätzlich begrüssen die Grünen die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Dies schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. **Solche flexiblen, individualisierten Rücktrittsmodelle sind sowohl für die Firmen wie auch für die Arbeitnehmer*innen weit zielgerichteter als eine generelle Erhöhung des Rentenalters, die der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht Rechnung tragen kann.**

Damit sich aber nicht nur Personen mit hohem Einkommen einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter leisten können, sind entsprechende Massnahmen vorzusehen. Sonst führt die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu einer faktischen Rentenaltererhöhung.

Anders als in der AV2020 enthält der Entwurf keine Abfederung für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Zwar präsentiert der Bundesrat die Möglichkeit des privilegierten AHV-Vorbezugs für Frauen der Übergangsgeneration als Kompensationsmassnahme. Doch selbst wenn von einem privilegierten Kürzungssatz beim Rentenvorbezug vorab Frauen betroffen sind, gibt es keinen Grund, warum andere Personen mit geringem Jahreseinkommen – sowohl Frauen ab Jahrgang 1967 als auch Männer – in diesem Punkt ein geringeres Schutzbedürfnis aufweisen. **Die Grünen fordern deshalb, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Personen mit geringen Einkommen angewendet werden.** Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen.

Weiter weisen wir darauf hin, dass ein flexibler Eintritt ins Rentenalter und eine freiwillige längere Erwerbstätigkeit ohne bessere Rahmenbedingungen für ältere Arbeitnehmende kaum gelingen wird. Anders als die Schweiz verfügen die europäischen Länder grundsätzlich über starke, bisweilen für Unternehmen bindende Mechanismen zum Schutz älterer Menschen in der Arbeitswelt. Darunter

fallen beispielsweise spezifische Rechtsvorschriften, welche die Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Alters verbieten, namentlich der *Equal Treatment in Employment (Age Discrimination) Act* der Niederlande, Massnahmen zur Förderung des aktiven Alterns (einige Massnahmen, die durch den italienischen *Jobs Act 2015* eingeführt wurden, können in diesem Zusammenhang erwähnt werden), ein Recht auf Beschäftigung bis zu einem gewissen Alter (in Schweden bspw. bietet das Gesetz zur Arbeitsplatzsicherheit ein Recht auf Beschäftigung bis zum Alter von 67 Jahren) oder der Schutz vor altersbedingten Entlassungen (dies ist der Fall in Dänemark, Italien, den Niederlanden und Norwegen bis zum Alter von 72 Jahren). **Solche Regelungen fehlen in der Schweiz. Es erstaunt deshalb nicht, dass gemäss einer neuen Umfrage der GFS Bern 69 Prozent der befragten Personen erklären, dass eine Diskussion über die Erhöhung des Rentenalters müssig sei, solange es schwierig bleibt, zwischen 50 und 60 eine Arbeitsstelle zu finden und nach 65 noch einer befriedigenden (Teilzeit)-Arbeit nachzugehen.**

In diesem Zusammenhang müssen auch die Auswirkungen der Digitalisierung berücksichtigt werden. Gemäss einer aktuellen McKinsey-Studie (Oktober 2018) wird bis 2030 jeder vierte Arbeitsplatz in der Schweiz (1 bis 1.2 Million Arbeitsstellen) der Digitalisierung zum Opfer fallen. Zwar rechnet die Studie damit, dass durch die neuen Technologien auch 0,8 bis 1,0 Millionen neue Stellen geschaffen werden, etwa die Hälfte davon direkt im Technologiebereich. Arbeitnehmende, deren Stellen durch Digitalisierung wegfallen, könnten gemässe den Experten von McKinsey mehrheitlich umgeschult werden. Dabei dürften laut der Studie viele Unternehmen ihre Mitarbeiter intern umschulen, um sie so auf neue Aufgaben vorzubereiten. **Diese optimistische Einschätzung darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass in solchen Umbruchsituationen gerade ältere Arbeitnehmende schlechtere Karten haben als jüngere. Zwingende Rentenaltererhöhungen können in solchen Situationen zu vermehrter Arbeitslosigkeit, Prekarität und Sozialhilfeabhängigkeit führen.**

Anträge:

- *Die Grünen fordern, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug von Frauen und Männer Personen mit geringen Einkommen unbefristet angewendet werden. Nur so können Personen mit tiefen Einkommen und langen Erwerbsbiographien von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen und Risiken der digitalen Transformation abfedern.*
- *Die Flexibilisierung des Renteneintritts soll durch Alterszeitzeitmodelle und einen besseren Schutz für ältere Arbeitnehmende gezielt unterstützt werden.*

Bei der Finanzierung müssen auch alternative Modelle geprüft werden

Das Finanzierungsmodell der AHV ist also äusserst sozial und solide. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Demografie keine Rolle spielt. Dass Personen im Pensionierungsalter heute länger leben als in den vergangenen Jahrzehnten ist eine grosse Errungenschaft des modernen Staates. Die Grünen anerkennen den daraus entstehenden Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen.

Für die Grünen steht bei der Zusatzfinanzierung **eine Kombination von höheren Lohnbeiträgen (Beitragssatzerhöhung von 0.3 Prozent), höherem Mehrwertsteuersatz, der Zuweisung des gesamten Demografieprozents der Mehrwertsteuer an die AHV und eine Erhöhung des Bundesbeitrages an die AHV im Vordergrund.** Die mit der Steuervorlage 17 beschlossene Stabilisierungslösung der AHV soll also mit der in der AHV 21 vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung kombiniert werden, und zwar unabhängig vom Ausgang einer allfälligen Referendumsabstimmung zur STAF 17. Nur mit einer ausgewogenen Kombination der Zusatzfinanzierung können einseitige Belastungen vermieden werden.

Aufgrund des starken sozialen Ausgleichs in der AHV stellen sich die Grünen nicht gegen eine

Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der 1. Säule. Wir regen jedoch an, weitere Finanzierungsquellen für den erhöhten Finanzbedarf während des Baby-Boom-Buckels zu evaluieren. Namentlich die Einrichtung eines Staatsfonds aus Vermögensteilen der Nationalbank soll endlich ernsthaft geprüft werden.

Antrag:

Der Bundesrat soll die Einrichtung eines Staatsfonds aus Vermögensteilen des Nationalbank prüfen, dessen Einnahmen vollumfänglich in die Sozialwerke fließen.

Wir bitten Sie, unsere Überlegungen und Anträge in der weiteren Bearbeitung der Reform zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Regula Rytz
Präsidentin



Isabelle Iseli
Fachsekretärin

grüne / les verts / i verdi
waisenhausplatz 21 . 3011 berne . suisse



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

17. Oktober 2018

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den Erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Zusammenfassung

Die Grünliberalen erachten den vorliegenden Vorentwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) des Bundesrates grundsätzlich als guten Lösungsansatz für die Stabilisierung der AHV und unterstützen diesen unter Vorbehalt der nachstehenden Bemerkungen. Die AHV 21 ist jedoch nur ein erster zaghafter Reformschritt der von einem parallelen, aber gleichzeitigen Reformschritt in der beruflichen Vorsorge (BVG 21) begleitet werden muss. Dabei müssen unter anderem der Mindestumwandlungssatz gesenkt (mit Kompensationsmassnahmen innerhalb der zweiten Säule) und der Koordinationsabzug abgeschafft oder linear ausgestaltet werden. Sobald diese beiden Schritte unter Dach sind, muss unverzüglich der zweite Reformschritt für AHV und BVG in Angriff genommen werden.

Die Reform AHV 21 muss generationenverträglich finanziert werden. Die Angleichung des Rentenalters der Frauen an das der Männer ist dabei ein wesentlicher Bestandteil. Ausgleichmassnahmen sollen gezielt, bedarfsgerecht und befristet erfolgen und dabei auf erwerbstätige Personen fokussieren, welche vom Systemfehler des Koordinationsabzuges benachteiligt wurden (betrifft primär Frauen). Die Flexibilisierung des Rentenbezugs soll ausgeweitet werden, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Der Rentenbezug und die Beendigung der Erwerbstätigkeit sollen bewusst entkoppelt werden. Dabei sollen Anreize gesetzt werden, auch über das Referenzrentenalter (Referenzalter für den Bezug der Rente) hinaus weiterhin erwerbstätig zu sein, unabhängig zwar davon, ob bereits eine Rente oder Teilrente bezogen wird. Die Grünliberalen unterstützen eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV im Rahmen von AHV 21 durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,3 – 0,8%. Weiter soll der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent der AHV zugute kommen. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Die Grünliberalen wollen eine langfristig finanzierbare Altersvorsorge, die das heutige Rentenniveau sichert. Nebst der eigentlichen Stellungnahme zum Vorentwurf unterbreiten die Grünliberalen ihren alternativen Vorschlag zur Stabilisierung der AHV. Dieser geht von einem Referenzrentenalter 66 für Frauen und Männer aus, wobei die Erhöhung und Angleichung über sechs Jahre erfolgt und deshalb auf Ausgleichmassnahmen verzichtet werden kann.

Bei dieser Gelegenheit erinnern die Grünliberalen daran, dass sie die Verknüpfung der Steuervorlage 17 mit einer AHV-Revision «STAF» klar ablehnen. Mit dieser Verknüpfung wird die AHV 21 gefährdet und eine Nicht-Reform vorweggenommen. Die notwendigen strukturellen Anpassungen im Rahmen von AHV 21 würden es bei einer Annahme von «STAF» schwerer haben eine Mehrheit zu erreichen, da kein Reformwille mehr vorhanden sein würde.

Stellungnahme zu einzelnen Elementen der Vorlage

Grundsätzliche Bemerkungen:

Die Grünliberalen wollen eine langfristig finanzierbare Altersvorsorge, die das heutige Rentenniveau sichert. Die Reform muss generationenverträglich finanziert werden. Diesen Anforderungen wird der Vorentwurf weitgehend gerecht. Eine vorübergehende Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters ist vertretbar – insbesondere weil diese Übergangsgeneration in der zweiten Säule durch den zu hohen, fixen Koordinationsabzug in den vergangenen Jahrzehnten systematisch benachteiligt wurde. Eine allfällige Kompensation muss gezielt und bedarfsgerecht erfolgen. Richtig ist die Beschränkung auf die Geburtsjahrgänge 1958 bis 1967 (bei Inkrafttreten der Vorlage 2021), was unserer Forderung nach einer Befristung der Ausgleichmassnahmen erfüllt.

Für die Grünliberalen ist mit den absehbaren Entwicklungen (geburtenstarke Jahrgänge gehen in Pension; steigende Lebenserwartung) ein grosser Handlungsbedarf ausgewiesen. Die Massnahmen der Reform sollen von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht) möglichst ausgewogen getragen werden. Die Flexibilisierung des Rentenbezugs soll ausgeweitet werden, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben.

Grünliberale Grundsätze für die Reform der AHV:

- Verzicht auf Leistungsausbau
- Gleiches Referenzrentenalter für Frauen und Männer
- Ausgleichmassnahmen sollen gezielt, bedarfsgerecht und befristet erfolgen (d.h. gezielt erwerbstätige Personen mit kleinen und mittleren Einkommen betreffen, die vom Systemfehler des Koordinationsabzug benachteiligt wurden)
- Flexibilisierung des Rentenbezugs und beim Ausstieg aus der Erwerbstätigkeit
- Kontinuierliche Anpassung des Referenzrentenalters an die gestiegene Lebenserwartung
- Moderate Zusatzfinanzierung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wobei diese nur bei gleichzeitiger Umsetzung der strukturellen Massnahmen, insbesondere des gleichen Referenzrentenalters für Frauen und Männer, wirksam werden soll.

Anheben des Rentenalters:

Vorentwurf: Das Referenzalter der Frauen wird in Schritten von drei Monaten pro Jahr über den Zeitraum von vier Jahren nach und nach angehoben. Die erste Anhebung erfolgt ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision, das heisst 2022, sofern die Reform wie geplant 2021 in Kraft tritt. Ab 2025 gilt für alle Frauen das Referenzalter von 65 Jahren.

Die Grünliberalen unterstützen die Absicht des Bundesrates, das Referenzrentenalter der Frauen an jenes der Männer anzugleichen. Die Anhebung auf 65 Jahre in Schritten von drei Monaten pro Jahr über einen Zeitraum von vier Jahren wird als eine sinnvolle Möglichkeit beurteilt.

Ausgleichsmassnahmen:

Vorentwurf: Es sind Ausgleichsmassnahmen vorgesehen, um die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters der Frauen abzufedern. Die Generationen kurz vor der Pensionierung können nicht mehr von einem fairen Koordinationsabzug oder Verbesserungen bei der Lohngleichheit profitieren. Deshalb sind für Frauen mit Jahrgang 1958 bis 1966 (bei Inkrafttreten der Vorlage 2021) Ausgleichsmassnahmen vorgesehen.

Die Grünliberalen unterstützen Ausgleichsmassnahmen, die gezielt, bedarfsgerecht und befristet sind (siehe vorne).

Variante 1 (Modell 400 Mio.)

Vorentwurf: Bei einem Rentenvorbezug gilt für die Frauen ein reduzierter Kürzungssatz, das heisst ihre AHV-Rente wird weniger stark gekürzt. Für Frauen mit einem Jahreseinkommen bis 56 400 Franken ist der Vorbezug der AHV-Rente ab 64 Jahren sogar ohne Kürzung möglich.

Vorbezug im Alter von	Reduzierter Kürzungssatz bei Jahreseinkommen bis 56 400 Franken	Reduzierter Kürzungssatz bei Jahreseinkommen ab 56 401 Franken	Versicherungstechnischer Kürzungssatz (Frauen ab Jahrgang 1967 und Männer)
64 Jahre	0 %	2 %	4 %
63 Jahre	3,5 %	4 %	7,7 %
62 Jahre	5 %	6,8 %	11,1 %

Variante 2 (Modell 800 Mio.)

Vorentwurf: Variante 2 kombiniert die Massnahme aus Variante 1 für Frauen, denen es nicht möglich ist, bis zum Erreichen des 65. Altersjahres zu arbeiten, und eine Massnahme, die für Frauen einen Anreiz bringt, bis 65 zu arbeiten. Konkret können Frauen, die bis 65 Jahre arbeiten, ihre AHV-Rente dank einer Anpassung der Rentenformel aufbessern (bei einem Einkommen zwischen 14'100 und 84'600 Franken). Variante 2 enthält somit zwei Komponenten, die sich aber nicht kumulieren lassen.

Die Grünliberalen bevorzugen von der **Modellausgestaltung** her die **Variante 2**, welche Anreize zum länger Arbeiten setzt. Erwerbstätige Personen mit mittlerem Einkommen werden im heutigen System der 1. und 2. Säule benachteiligt (fixer Koordinationsabzug), insbesondere wenn sie wegen Betreuungsaufgaben für längere Zeit nur Teilzeit arbeiten konnten oder in Branchen beschäftigt sind, die tiefe Löhne bezahlen (überdurchschnittlich häufig bei Frauen). Sie erhalten häufig eine tiefe AHV-Rente und können bis zur Pension keine oder eine zu geringe BVG-Rente aufbauen. Bei Variante 2 sind aber Überlegungen notwendig, um keine neue Ungleichbehandlung zwischen Frau und Mann zu schaffen und um die Anreize noch mehr zu verstärken, um bis zum Referenzrentenalter erwerbstätig zu sein. Wir regen an, das Modell noch zielgerichteter auszugestalten, um weniger hohe Kosten zu verursachen (**kostenmässig tendieren wir zu Variante 1**).

Flexibilisierung:

Vorentwurf: Die Rente kann frühestens ab 62 und spätestens ab 70 Jahren bezogen werden. Damit können die Männer im Vergleich zur heutigen Regelung die Rente ein Jahr früher vorbezogen. Die versicherungstechnischen Sätze bei Rentenvorbezug oder -aufschub, die 20 Jahre lang unverändert blieben, werden nun an die längere Lebenserwartung angepasst

Es ist möglich, die Rente auch teilweise vorzubeziehen oder aufzuschieben und einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Das ermöglicht einen schrittweisen Übergang vom Erwerbsleben in den Altersrücktritt.

Die Vorbezugsdauer kann in Monatsschritten festgelegt werden, was mehr Flexibilität bedeutet.

Die nach 65 Jahren entrichteten Beiträge können zur Rentenverbesserung genutzt werden. Sie werden bei der Berechnung der Rente berücksichtigt und dienen allenfalls der Schliessung von Beitragslücken.

Vorbezugsdauer	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre
Kürzungssätze heute	6,8 %	13,6 %	-
Kürzungssätze mit AHV 21	4,0 %	7,7 %	11,1 %

Aufschubsdauer	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	4 Jahre	5 Jahre
Erhöhungssätze heute	5,2 %	10,8 %	17,1 %	24 %	31,5 %
Erhöhungssätze mit AHV21	4,3 %	9,0 %	14,1 %	19,6 %	25,7 %

Die Grünliberalen unterstützen den Vorschlag des Bundesrates zur Flexibilisierung des Rentenbezugs, namentlich auch die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Zu begrüssen sind alle Massnahmen und Anreize, welche es ermöglichen, mit Teilzeitbeschäftigung einen schrittweisen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu vollziehen. Als Basis sollte alles auf das Referenzrentenalter bezogen und die Kürzungs- und Erhöhungssätze nach versicherungstechnischen Grundlagen ermittelt werden. Die vorgeschlagenen Kürzungssätze scheinen jedoch zu tief angesetzt und müssen im Hinblick auf die heutige Lebenserwartung überprüft werden.

Vorentwurf: Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Einkommen, die nach dem ordentlichen Rentenalter erzielt werden, sind weiterhin nur beitragspflichtig, wenn sie 1400 Franken im Monat (16 800 Franken pro Jahr) übersteigen.

Mit Erwerbseinkommen und AHV-Beiträgen nach dem Referenzalter kann die AHV-Rente bis maximal zur Vollrente (gemäss Rentenskala 44) verbessert werden, und zwar durch:

1. *Schliessung von Beitragslücken, wenn das Einkommen nach dem Referenzalter mindestens 40 % des früheren Einkommens und der AHV-Beitrag mindestens 478 Franken (AHV-Mindestbeitrag) beträgt.*
2. *Verbesserung des durchschnittlichen Jahreseinkommens, das für die Berechnung der AHV-Rente massgeblich ist.*

Die Grünliberalen unterstützen die vom Bundesrat vorgeschlagenen Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren. Nach Meinung der Grünliberalen soll bei der Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzrentenalter hinaus der Freibetrag jedoch nicht nur 1'400 CHF/Mt., sondern neu 2'000 CHF/Mt. betragen. Auf Antrag hin soll die versicherte Person auf den vorgesehenen Freibetrag verzichten können, falls sie durch die höheren Beiträge ihre Rente entsprechend verbessern will. Die Möglichkeit, dass Beiträge nach dem Referenzrentenalter zur Rentenverbesserung genutzt werden können, wird begrüsst. Analog dazu sollen auch die Beiträge in den Jugendjahren (17-20), welche bisher nur bei fehlenden Beitragsjahren rentenbildend sind, zur Rentenverbesserung angerechnet werden.

Die vorgeschlagene Regel, dass Beitragslücken nur geschlossen werden können, wenn das Einkommen nach dem Referenzrentenalter mindestens 40% des früheren Einkommens beträgt, ist unklar. Falls mit dem «früheren Einkommen» das durchschnittliche Jahreseinkommen gemeint ist, das zur Berechnung der Rente zugrunde gelegt wird, sind die Grünliberalen damit einverstanden.

Ferner ist auf eine unstimmige Aussage im Art. 40c (Kürzungssätze für Frauen beim Vorbezug der Altersrente) hinzuweisen: Der Satz, wonach nach der Neuberechnung zum Zeitpunkt des Erreichens des Referenzrentenalters die Rente ungekürzt ausbezahlt werden sollte, ist nicht nachvollziehbar. Der Kürzungssatz sollte für den vorbezogenen Rentenanteil während des ganzen weiteren Lebens gültig bleiben. Dasselbe gilt für die Erhöhungssätze.

Zusatzfinanzierung der AHV:

Vorentwurf: Es ist eine Zusatzfinanzierung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorgesehen.

Ab Inkrafttreten der Reform wird die MWST um 1,5 Prozentpunkte angehoben. Damit erreicht der AHV-Fonds im Jahr 2030 wieder 100 % einer Jahresausgabe.

Der Grundsatz dieser Erhöhung soll durch einen Bundesbeschluss in der Verfassung verankert werden.

Die Einnahmen aus der MWST-Erhöhung werden vollumfänglich dem AHV-Ausgleichsfonds zugeführt.

Die Erhöhung ist proportional, das heisst die Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte gilt für den Normalsatz. Die Erhöhung der Vorzugssätze fällt proportional weniger hoch aus, damit das Verhältnis zwischen den Sätzen beibehalten wird.

	Aktuelle Sätze	Neue Sätze
Normalsatz	7,7 %	9,2 %
Sondersatz	3,7 %	4,4 %
Reduzierter Satz	2,5 %	3,0 %

Die Grünliberalen unterstützen eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, jedoch höchstens im Umfang von zusätzlichen 0,3 % bis 0,8 %. Dies setzt die gleichzeitige Umsetzung der strukturellen Massnahmen voraus, insbesondere das gleiche Referenzrentenalter 65 für Frauen und Männer. Weiter soll der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent der AHV zugute kommen. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Sollte die Steuervorlage 17 „STAF“ wie vom Parlament beschlossen in Kraft treten, wäre in der Reform AHV 21 die Zusatzfinanzierung entsprechend nach unten anzupassen.

Schuldenbremse für die AHV:

In der Schweiz existiert seit 2003 auf Bundesebene die Schuldenbremse für den Bundeshaushalt, die dafür sorgt, dass der Bund haushälterisch mit seinen Mitteln umgeht. Leider fehlt ein solcher Mechanismus bisher für die AHV. Angesichts der unerfreulichen Prognosen ist die Einführung einer Schuldenbremse für die AHV angezeigt.

Bereits im Jahr 2009 hat Nationalrat Thomas Weibel eine entsprechende Motion eingereicht (09.3186). Die Schuldenbremse soll aus einer ersten politischen und einer zweiten Phase mit einem Automatismus bestehen. Dabei müssen die automatisch ausgelösten Stabilisierungsmassnahmen auch automatisch rückgängig gemacht werden.

Alternativer Vorschlag der Grünliberalen zur Stabilisierung der AHV

Grundsätzliche Bemerkungen:

Nebst der eigentlichen Stellungnahme zum Vorentwurf unterbreiten Ihnen die Grünliberalen einen alternativen Vorschlag zur Stabilisierung der AHV. Dieser geht von einem Referenzrentenalter 66 für Frauen und Männer aus, wobei die Erhöhung und Angleichung über sechs Jahre erfolgt, weshalb auf Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden kann.

Anheben des Rentenalters:

Die Grünliberalen schlagen eine andere Variante zur Anpassung des Referenzrentenalters der Frauen an jenes der Männer vor. Das Referenzrentenalter der Frauen und Männer wird in sechs Schritten erhöht. Dasjenige der Männer wird jährlich um zwei Monate und dasjenige der Frauen jährlich um vier Monate erhöht, bis für alle das Referenzrentenalter 66 (RRA66) gilt. Die Ausgaben der AHV werden damit mittel und langfristig stärker gesenkt als mit dem Vorschlag des Bundesrates, da auch die Männer einen Beitrag an die Sanierung leisten.

Ausgleichsmassnahmen:

Mit der Anpassung in sechs Schritten an das RRA66 kann grundsätzlich auf Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden, da sowohl die Männer als die Frauen zur Gesundung der AHV beitragen. Ausserdem erstreckt sich die Anpassung über einen ausreichend langen Zeitraum, so dass sich alle Betroffenen darauf einstellen können. Falls trotzdem eine Ausgleichsmassnahme als notwendig erachtet wird, soll sich diese auf die soziale Abfederung der Erhöhung des Frauenrentenalters für tiefe Einkommen beschränken (mit Fokus auf erwerbstätige Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen). Die Massnahme ist auf maximal 10 Jahrgänge zu begrenzen.

Flexibilisierung:

Ebenso wie beim Vorschlag des Bundesrates ist die Flexibilisierung des Rentenbezugs auszuweiten, namentlich auch auf die Möglichkeit, die AHV-Rente abgestuft vorzubeziehen respektive aufzuschieben. Der Rentenbezug und die Beendigung der Erwerbstätigkeit sollen bewusst entkoppelt werden. Dabei sollen Anreize gesetzt werden, auch über das Referenzrentenalter (Referenzalter für den Bezug der Rente) hinaus weiterhin erwerbstätig zu sein, und zwar unabhängig davon, ob bereits eine Rente oder Teilrente bezogen wird.

Bei der Weiterführung der Erwerbstätigkeit über das Referenzrentenalter hinaus sollen ebenfalls die Lohnbeiträge bei der Berechnung der Rente berücksichtigt werden. Dabei soll ein Freibetrag von CHF 2000 pro Monat gelten, auf den keine Beiträge entrichtet werden müssen. Zusätzlich soll der Versicherte auf Antrag hin auf den Freibetrag verzichten können, falls er durch die höheren Beiträge seine Rente entsprechend verbessern oder Beitragslücken schliessen will. Die Schliessung von Beitragslücken und die Verbesserung der Renten mit Einkommen erzielt nach dem Referenzrentenalter entsprechen dem Vorschlag des Bundesrates. Analog dazu sollen auch die Beiträge in den Jugendjahren (17-20), welche bisher nur bei fehlenden Beitragsjahren rentenbildend sind, zur Rentenverbesserung genutzt werden.

Der alternative Vorschlag der Grünliberalen sieht vor, dass der Rentenbezug im Bereich RRA66 plus/minus 4 Jahre, also im Alter 62 - 70 Jahre erfolgen kann. Die Kürzungs- und Erhöhungssätze sollen auf der Basis der voraussichtlichen mittleren Lebenserwartung von Frauen und Männern ab dem RRA66 (zurzeit ca. 21 Jahre) und nach versicherungstechnischen Grundlagen festgelegt werden. Bei stufenweisem Rentenbezug werden diese Sätze auf die jeweiligen Rentenanteile angewendet.

Zusatzfinanzierung der AHV:

Der alternative Vorschlag der Grünliberalen sieht ebenso wie der Vorschlag des Bundesrates eine Zusatzfinanzierung zur Stabilisierung der AHV vor, jedoch mit abweichenden Elementen. Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Referenzrentenalters für alle auf 66 Jahre ist aus Sicht der Grünliberalen folgende Zusatzfinanzierung ausreichend:

- Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von heute 7,7% um 0,3% bis 0,8%.
- Der gesamte Ertrag aus dem MwSt-Demographieprozent soll der AHV zugute kommen.
- Sollten diese Mittel nicht ausreichen, um die AHV langfristig zu sanieren, sind leistungs- (Stichwort Rentenalter) und einnahmenseitig weitere Massnahmen notwendig.

Sollte die Steuervorlage 17 wie vom Parlament beschlossen in Kraft treten, wäre in der Reform AHV 21 die Zusatzfinanzierung entsprechend nach unten anzupassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Thomas Weibel, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen
Parteipräsident

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion

Versand via E-Mail

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Jungfreisinnige Schweiz

Neuengasse 20
Postfach
3001 Bern

Andri Silberschmidt
Präsident Jungfreisinnige Schweiz
andri.silberschmidt@jungfreisinnige.ch
079 367 58 31

Bern, 20. September 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 haben Sie uns im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, uns zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) zu äussern. Als Vertreter der jungen Generation liegt uns eine funktionierende, nachhaltige Altersvorsorge am Herzen. Wir danken Ihnen daher für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Die Jungfreisinnigen Schweiz lehnen die AHV21 in ihrer heutigen Form ab.

Eine Stabilisierung, die einseitig auf der Einnahmenseite ansetzt, ist für uns kein gangbarer Weg. Wir unterstützen die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, kritisieren jedoch, dass ohne weiteren strukturellen Massnahmen und derart hohen Ausgleichsmassnahmen die „Stabilisierung der AHV (AHV 21)“ den Zweck einer Reform nicht erfüllt.

Sicherung der AHV durch strukturelle Massnahmen

Die Jungfreisinnigen fordern eine Erhöhung des allgemeinen Rentenalters. Die Jungfreisinnigen lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung um mehr als 0,3 Prozentpunkte ab.

Die Jungfreisinnigen fordern, dass **mindestens 50% der Reform (netto, nach allen Ausgleichsmassnahmen) aus strukturellen Massnahmen bestehen**. Zentraler Pfeiler der strukturellen Massnahmen muss dabei eine Erhöhung des allgemeinen Rentenalters sein.

Seiten 1 von 2

Entsprechend fordern wir eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters um zwei Monate pro Jahr.

Die angedachte Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozentpunkte trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft am stärksten. Die Jungfreisinnigen lehnen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um mehr als 0,3 Prozentpunkte aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen deswegen ab.

Ausgleichsmassnahmen zur Angleichung des Frauenrentenalters

Die Jungfreisinnigen lehnen Ausgleichsmassnahmen ab, sofern nicht weitere strukturelle Anpassungen Teil der Reform sind. Die Jungfreisinnigen setzen sich für die Gleichstellung von Mann und Frau ein. Daher **begrüssen wir die Angleichung des Frauenrentenalters**.

In einer repräsentativen Umfrage des GFS¹ unterstützen zudem zwei Drittel der Befragten eine Angleichung des Frauenrentenalters. Ausgleichsmassnahmen sind deswegen auch aus politischer Perspektive unnötig. Entsprechend **fordern die Jungfreisinnigen die Angleichung des Frauenrentenalters ohne Ausgleichsmassnahmen**. Ausgleichsmassnahmen sind dann nötig, wenn der Bundesrat eine strukturelle Reform der Altersvorsorge in Angriff nimmt. So lange die Reform zum Grossteil durch Mehreinnahmen geprägt ist, sind Ausgleichsmassnahmen nicht finanzierbar.

Fazit: Zeit für eine echte Reform

Bundesrat Berset sprach bei der Präsentation der AHV 21 bereits von einer nächsten Reform - und zwar schon in der nächsten Dekade. Dies zeigt, dass diese Reform nicht nachhaltig ist. Es führt schliesslich kein Weg an einer Erhöhung des Rentenalters vorbei. **Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern eine Reform, welche nachhaltig ist und das Vertrauen in die Altersvorsorge stärkt.**

Nachhaltigkeit ist nur mit einer generellen Erhöhung des Rentenalters zu erreichen. Einen Vorschlag einer nachhaltigen Reform präsentierten wir am runden Tisch zur Revision der Altersvorsorge vom 27. Oktober 2017.²

Freundliche Grüsse



Andri Silberschmidt
Präsident



Gian Brun
Arbeitsgruppe Altersvorsorge



Maja Freiermuth
Generalsekretärin



Patrick Eugster
Arbeitsgruppe Altersvorsorge

¹ <https://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/reformbedarf-ungebrochen-ansaeetze-vorsichtig-wohlwollend-beurteilt>

² <https://jungfreisinnige.ch/jungfreisinniger-plan-b-fuer-eine-nachhaltige-revision-der-altersvorsorge/>

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, 17 octobre 2018 / nb
VL AVS21

Par mail : emina.alisic@bsv.admin.ch

Stabilisation de l'AVS (AVS21) Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux accepte partiellement ce projet de stabilisation de l'AVS (AVS21). Si les objectifs fixés par le Conseil fédéral, à savoir le maintien du niveau des prestations et le financement garanti du 1^{er} pilier, sont bien partagés par le PLR, le paquet proposé devra encore subir des modifications importantes.

1. Remarques générales

Le PLR s'était opposé au projet Prévoyance Vieillesse 2020 (PV2020) car ce-dernier n'aurait fait qu'aggraver la situation financière de l'AVS. Se montrant constructif dans les débats, il a rapidement proposé un Plan B ([lien](#)). Les grandes lignes de ce Plan B ont certes été reprises dans AVS21, ce que le PLR salue, cependant des améliorations notoires devront encore être réalisées.

Si rien n'est entrepris dans les prochaines années, le déficit de répartition cumulé de l'AVS entre 2021 et 2030 atteindra 43 milliards de francs. Comme le rappelle le Conseil fédéral dans son rapport, le besoin de financement pour une couverture complète du Fonds de compensation sera alors de 53 milliards de francs. Depuis 2014 déjà, les dépenses de l'AVS dépassent systématiquement les recettes. Cette situation empirera avec l'arrivée à la retraite ces prochaines années des *baby-bombers*. Une réforme visant à stabiliser les finances de l'AVS est donc urgente.

Comme le PLR l'avait déjà signalé dans sa réponse de consultation à PV2020, une réforme qui ne propose qu'un financement supplémentaire n'a aucune chance de succès. Des mesures visant à réduire les dépenses sont également nécessaires. Or, sous la forme actuelle, le projet AVS21 prévoit de couvrir les besoins de financement de l'AVS d'ici 2030 à près de 92% à travers des recettes supplémentaires. Ce chiffre est trop élevé.

2. Lien avec le projet de réforme fiscale et de financement de l'AVS (RFFA)

Le groupe parlementaire libéral-radical a adopté la réforme fiscale, avec sa composante AVS (RFFA). Cette compensation sociale ne rend cependant nullement caduque une réforme du 1^{er} pilier. Celle-ci doit impérativement entrer en vigueur en 2021. La seule conséquence du paquet RFFA pour AVS21 étant la hausse plus ou moins élevée de la TVA, il n'y a pas lieu pour le Conseil fédéral d'attendre le résultat du probable référendum avant de soumettre le message sur la réforme AVS21 au Parlement.

3. Mesures proposées dans AVS21

3.1. Harmonisation de l'âge de la retraite à 65 ans

Le PLR approuve cette mesure. Lors de la création de l'AVS, en 1947, l'âge de la retraite était uniforme à 65 ans. Par la suite, ce sont entre autres des motifs d'ordre physiologique, aujourd'hui incompréhensibles, qui ont été invoqués pour justifier un abaissement de l'âge de la retraite des femmes, comme l'explique le Conseil fédéral dans son rapport. Cette harmonisation est donc logique. La période de transition ne doit pas dépasser les quatre ans.

3.2. Mesures de compensation pour l'élévation de l'âge de la retraite des femmes

Les deux variantes (400 et 800 millions de francs) annihilent une partie des économies réalisées grâce à l'harmonisation de l'âge de la retraite, respectivement 21% et 38%. Dans son Plan B, le PLR s'était montré favorable à des mesures de compensation pour les revenus les plus modestes, qui correspondraient au grand maximum à un quart des économies réalisées. Ainsi, seule la variante 1, qui prévoit une amélioration des conditions d'anticipation de la rente de vieillesse pour les femmes ne travaillant pas jusqu'à 65 ans, entre en considération. Son coût serait de 2.1 milliards sur la période 2022-2030. Ces mesures de compensation doivent se limiter aux années 1958-66, comme le propose le Conseil fédéral. La variante 2, qui annulerait 38% des économies réalisées, prévoit une expansion des rentes. Ceci serait irresponsable au vu de la situation financière de l'AVS, raison pour laquelle le PLR s'y oppose avec véhémence.

3.3. Flexibilisation de la retraite et mesures incitatives à travailler au-delà de 65 ans

L'objectif poursuivi ici par le Conseil fédéral, à savoir « *maintenir l'exercice d'une activité lucrative jusqu'à 65 ans et au-delà* », est pleinement partagé par PLR. L'idée est de faire en sorte que l'âge effectif moyen de la retraite augmente. Or, les Libéraux-Radicaux émettent certains doutes quant à l'efficacité des mesures proposées par le Conseil fédéral. Ils redoutent même que celles-ci s'avèrent contre-productives et que l'âge effectif moyen de la retraite ne recule.

Flexibilisation de la retraite

L'adaptation proposée des taux actuariels rendra une anticipation de la retraite plus attrayante. En effet, le Conseil fédéral propose de revoir à la baisse les taux de réduction en cas d'anticipation de 6.8% et 13.6% - pour respectivement 1 et 2 année(s) d'anticipation - à 4%, 7.7% et 11.1% (1, 2 et 3 années). Le même constat vaut pour les rentes versées au-delà de l'âge de la retraite: les taux d'augmentation seront revus à la baisse¹. D'un point de vue purement financier, il deviendra, avec les modifications proposées, plus intéressant de prendre une retraite anticipée et moins attrayant de travailler plus longtemps. Le Conseil fédéral doit corriger ces mauvaises incitations: les taux de réduction/augmentation doivent être aménagés de telle sorte qu'ils encouragent effectivement les individus à travailler plus longtemps et que la part d'actifs au-delà de l'âge référence de la retraite augmente significativement.

Dans un autre registre, le PLR approuve la proposition du Conseil fédéral de rendre désormais possible l'anticipation ou l'ajournement d'une partie seulement de la rente vieillesse, par tranches de 20%. Cette mesure permettra une transition par étape vers une retraite complète, ce qui aura des conséquences positives tant pour les employeurs et que les employés. Seule l'anticipation ou l'ajournement de la rente complète est aujourd'hui autorisée.

Enfin il est également positif que la rente soit désormais calculée en fonction des années de cotisation effective en cas d'anticipation. Les lacunes qui apparaîtront pourront être comblées en maintenant une activité professionnelle plus longtemps.

La flexibilisation de la retraite a également un impact sur l'assurance-invalidité (AI). La législation actuelle prévoit que le droit à l'AI s'éteint « *au plus tard à la fin du mois pendant lequel l'assuré a fait usage de son droit de percevoir une rente anticipée* ». Avec la nouvelle législation, il sera possible d'anticiper un pourcentage de la rente AVS et de toucher encore une rente AI, soit jusqu'à l'âge de la retraite, soit jusqu'à la perception de la rente AVS complète. Il est très important que cette modification n'engendre

¹ Aujourd'hui: 5.2 (1 an), 10.8 (2 ans), 17.1 (3 ans), 24 (4 ans), 31.5 (5 ans)
Avec AVS21: 4.3 (1 an), 9 (2 ans), 14.1 (3 ans), 19.6 (4 ans), 25.7 (5 ans)

pas un transfert de la perception des rentes de l'AI vers l'AVS. Ceci irait à l'encontre des objectifs d'assainissement du 1^{er} pilier. Le PLR demande au Conseil fédéral qu'il se penche sur cette problématique.

Mesures incitatives pour travailler au-delà de 65 ans

Un des objectifs de la réforme étant d'encourager les Suissesses et les Suisses à travailler au-delà de l'âge référence de la retraite, des mesures incitatives doivent être adoptées. Le Conseil fédéral propose de combiner le maintien de la franchise de cotisation pour les rentiers actifs à 1'400.- (16'800.- par an) avec – nouvellement – la prise en compte des cotisations AVS payées après 65 ans, permettant ainsi aux retraités de combler d'éventuelles lacunes de cotisation. Or, force est de constater que les retraités sont aujourd'hui toujours plus nombreux à toucher la rente maximale. L'incitation prévue par le Conseil fédéral pourrait ainsi s'avérer un coup d'épée dans l'eau. Une alternative au modèle proposé pourrait être un relèvement de la franchise AVS. Cette mesure pousserait un nombre important de citoyens en âge de la retraite à continuer de travailler. La réduction des dépenses dans l'AVS dépasserait, à court terme déjà, la perte de cotisations.

Conséquences financières du modèle du Conseil fédéral

Le modèle de flexibilisation de l'âge de la retraite proposé par le Conseil fédéral coûterait 3.26 milliards de francs sur la période 2022-2030. Les économies potentiellement réalisables (augmentation des recettes de cotisation) ne sont quant à elles pas estimées et risquent de rester très modestes. Le paquet global de mesures – de compensation de 400 millions de francs (coût de 2.1 milliards) et de flexibilisation – grignoterait ainsi 5.36 des 10 milliards de francs économisés grâce à l'harmonisation de l'âge de la retraite à 65 ans sur la période 2022-2030. Le PLR estime soit que d'autres mesures de flexibilisation doivent être proposées, soit que les mesures présentées doivent être remodelées de telle sorte qu'elles permettent effectivement d'augmenter le pourcentage de rentiers actifs.

3.4. Hausse de la TVA

Avant tout, un lien juridique doit absolument être établi entre l'arrêté constitutionnel prévoyant une hausse de la TVA et la révision de l'AVS en soi.

Tout le monde s'accorde sur le fait qu'une hausse importante de la TVA freine la croissance économique: le pouvoir d'achat des ménages diminue et le chiffre d'affaires des entreprises en pâtit. En conséquence, le volume des contributions sociales se voit lui aussi réduit. Une augmentation de la TVA doit donc rester aussi minimale que possible.

Pour le PLR, la hausse proposée constitue le principal problème de la réforme présentée par le Conseil fédéral. En effet, la hausse prévue de 1.5% couvrirait à elle seule environ 92% des besoins de financement de l'AVS à l'horizon 2030 (49 milliards des 53 milliards manquants). Sachant qu'un financement à travers la TVA est injuste d'un point de vue intergénérationnel – les jeunes étant les plus affectés -, le PLR s'oppose à cette hausse massive. Il n'acceptera une augmentation que de 0.6% au plus. Si le paquet RFFA devait être accepté, ce montant devrait être réduit en conséquence.

4. Réforme structurelle comme prochaine étape

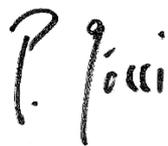
Plus une réforme structurelle du 1^{er} pilier sera menée rapidement, plus elle pourra se faire en douceur. Nous ne pouvons pas continuer à mener une politique de l'autruche et ignorer les réalités démographiques. Une discussion ouverte sur un relèvement linéaire de l'âge de la retraite devra avoir lieu. Plusieurs pays européens ont reconnu cette réalité et ont effectué les réformes qui s'imposent. Même avec les ajustements proposés par le PLR, AVS21 ne reste qu'un modeste premier pas dans la bonne direction. Plus une réforme structurelle est repoussée dans le temps, plus elle coûtera cher pour les générations futures. A terme, l'instauration d'un frein à l'endettement de l'AVS sera inéluctable: un mécanisme d'intervention devrait être automatiquement activé lorsque l'AVS se retrouve dans une situation financière difficile et que les politiques ne prennent pas suffisamment rapidement les mesures nécessaires.

5. Une réforme du 2ème pilier reste urgente

Le PLR approuve les mesures de coordination entre les 1^{er} et 2^{ème} piliers prévues par le Conseil fédéral, notamment en ce qui concerne la flexibilité de la retraite. Les libéraux-Radicaux ont salué la décision du Conseil fédéral de charger les partenaires sociaux de proposer des solutions visant à assainir le 2^{ème} pilier. La situation de la prévoyance professionnelle, avec la redistribution massive et injuste entre jeunes actifs et retraités, n'est pas meilleure que celle de l'AVS. Le temps étant précieux, le PLR demande au Conseil fédéral qu'il informe ponctuellement sur l'avancée des discussions entre partenaires sociaux. Il se réserve le droit de reprendre activement ce dossier s'il devait s'avérer que les discussions se trouvent dans une impasse. Une réforme doit pouvoir entrer en vigueur en 2022. Le PLR plaide toujours pour une diminution du taux de conversion, accompagnée de compensations adéquates permettant de maintenir le niveau des rentes.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente



Petra Gössi
Conseillère nationale

Le Secrétaire général



Samuel Lanz



Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 17 octobre 2017

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) Procédure de consultation

Monsieur le Président de la Confédération,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet pour la stabilisation de l'AVS (AVS 21) et de nous avoir transmis les documents y afférents.

L'AVS est le noyau dur de la sécurité sociale suisse. Non seulement elle constitue une source de revenus indispensable pour les retraité-e-s, mais en plus ses mécanismes garantissent une forte solidarité entre les travailleurs/euses et les employeur/euses, entre les personnes actives et les rentières et rentiers ainsi qu'entre les riches et les pauvres. Partant, l'AVS joue un rôle crucial pour la cohésion de notre pays. A ce titre, le Parti socialiste suisse (PS) accueille favorablement l'objectif principal du Conseil fédéral qui consiste à préserver l'équilibre financier de l'AVS sans réduction des prestations.

Depuis toujours, le PS milite en faveur d'une AVS forte qui soit en mesure de verser des rentes permettant de couvrir le minimum vital. Ce principe inscrit dans la Constitution a continuellement été ignoré. En réalité, la Suisse s'en éloigne de plus en plus et les rentes ne suivent pas la même évolution que les salaires si bien qu'elles se dégradent peu à peu. A cela s'ajoutent les baisses générales dans les prestations du 2^e pilier ces dernières années. La situation économique des rentières et des rentiers s'est considérablement aggravée. Selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique, près de 200'000 retraité-e-s vivent dans une situation de pauvreté en Suisse. Lors du passage à la retraite, le risque de pauvreté double faute de revenus insuffisants. Ce risque guette en particulier les femmes et les personnes possédant un faible niveau de formation. A la lecture de ces chiffres, le PS reste absolument convaincu qu'un renforcement du 1^{er} pilier demeure indispensable, tant d'un point de vue des prestations que de son financement. L'AVS est en effet le seul pilier de la prévoyance vieillesse à même de verser des rentes sûres aux assuré-e-s. Au demeurant, le finan-

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3001 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



cement par répartition s'avère nettement plus efficace et favorable que le 2^e pilier en termes de coûts pour les bas revenus. Le rejet de la réforme de la Prévoyance vieillesse 2020 (PV 2020), le 24 septembre 2017, ne remet aucunement en question la nécessité d'un renforcement de l'AVS. L'analyse des résultats de la votation laisse plutôt entendre que le projet aurait vraisemblablement été adopté dans les urnes si le supplément de 70 francs avait aussi été accordé aux retraité-e-s actuel-le-s. A ce propos, nous regrettons que les réformes des 1^{er} et 2^e piliers doivent désormais se faire séparément. Une réforme conjointe dans le cadre de la PV 2020 avait permis de véritablement rediscuter de l'équilibre entre l'AVS et la LPP en matière de prestations et de financement.

Le PS constate avec inquiétude que le Conseil fédéral, dominé par la droite dure, n'a toujours pas pris la mesure du rejet de la PV 2020. Le relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes avait constitué l'un des arguments principaux. Malgré tout, le Conseil fédéral s'obstine à vouloir imposer des mesures controversées. Le PS tient à rappeler que l'augmentation de l'âge de la retraite a été rejetée pour la seconde fois en votations populaires après le refus de la 11^e révision de l'AVS en 2004. D'un point de vue démocratique, l'entêtement du Conseil fédéral est absolument incompréhensible. Augmenter l'âge de la retraite des femmes leur ferait porter de manière disproportionnée le poids d'AVS 21 quand bien même elles continuent d'être discriminées sur le marché du travail en termes de salaires, notamment, ainsi que dans d'autres domaines sociétaux. Aux yeux du PS, les mesures de compensation pour faire passer la pilule de ce rehaussement sont insuffisantes. C'est pourquoi nous demandons instamment au Conseil fédéral de renoncer à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite sous peine de courir le risque d'un nouvel échec de la révision.

Or une réforme reste inévitable pour assurer un financement solide des prestations du premier pilier. Aussi le PS privilégie-t-il la voie d'un simple financement additionnel à l'instar de ce qui est actuellement prévu dans le projet de loi relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA). Un tel financement devrait être suffisant pour absorber la génération des baby-boomers.

Appréciation des principales mesures proposées

Changement terminologique et introduction de la notion d'âge de référence

L'âge de la retraite désigne le moment à partir duquel toute personne peut prétendre à une rente sans réduction, ni supplément. Cette notion n'est pas uniquement au cœur de la sécurité sociale, mais également d'autres domaines de la société. « L'âge de la retraite » est fortement ancré au sein de la population. Il définit aussi le début d'une nouvelle phase de vie et généralement la fin des rapports de travail. Malgré tout, le Conseil fédéral compte abandonner la notion pour introduire celle de « l'âge de référence » afin de répondre aux impératifs de flexibilité. Cela permettrait de mieux faire la distinction entre comportement en matière de retraite et comportement en matière d'activité professionnelle. Le PS se montre sceptique face à ce changement. En effet, le terme d'âge de référence est imprécis et efface autant l'importance que la valeur symbolique d'une telle étape. Au surplus, l'âge de « référence » ne reflète pas le sens de ce moment.

Relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans

Pour la quatrième fois consécutive dans le cadre d'un projet de réforme de la prévoyance vieillesse, le Conseil fédéral propose de relever l'âge de la retraite



des femmes de 64 à 65 ans quand bien même cette mesure controversée a constitué l'une des principales sources d'opposition. Il reconnaît lui-même dans le rapport explicatif que le projet « d'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes a constitué l'un des principaux motifs des rejets des réformes depuis 20 ans. Le PS déplore vigoureusement l'entêtement du Conseil fédéral et cette tactique du salami. L'analyse de la situation des femmes est hâtive et erronée. Bien que les réalités sur le marché du travail aient évolué et que les femmes y participent plus fortement, il est certains paramètres qui relativisent considérablement l'analyse des chantres de cette augmentation, éléments que nous tenons à relever ici.

En premier lieu, les femmes continuent à subir des discriminations importantes en raison de leur sexe dans le monde du travail et d'autres domaines de la société. Cela fait bientôt 40 ans que le principe selon lequel les femmes et les hommes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale est inscrit dans la Constitution fédérale. Aujourd'hui, les femmes gagnent 6'397 francs par mois en moyenne, soit 1'412 francs de moins que les hommes. Cela représente un écart de 18,1% par mois. Une grande partie de cette différence (42%) reste inexpliquée et repose vraisemblablement sur une discrimination basée sur le sexe¹. Ce n'est pas la modification de la loi sur l'égalité actuellement au Parlement qui sera en mesure d'y apporter une correction décisive – le projet ayant été considérablement dénaturé. Le Conseil fédéral consent qu'il existe bel et bien un problème dans son rapport explicatif, mais estime qu'il s'agit de thématiques bien distinctes. Or, pour le PS, l'inégalité salariale n'est que la pointe de l'iceberg pour ce qui est de la place des femmes dans notre société. Partant, l'on ne peut pas réduire l'argumentation à ce seul facteur.

Deuxièmement, les femmes actives sont surreprésentées dans les secteurs à bas revenus. Ces dix dernières années, près de 30% des femmes suisses travaillant à plein temps ont gagné moins de 4'000 francs par mois et environ 10% ont touché plus de 8'000 francs par mois. La situation chez les hommes est nettement plus confortable². Les femmes travaillent plutôt dans les professions liées aux tâches d'assistance ou de care, à savoir les soins, la prise en charge ou l'éducation. Elles exercent également des activités peu valorisées par la société telles que la vente ou les tâches administratives. Il n'existe donc pas seulement une simple discrimination salariale, mais également sociale puisque les femmes sont sous-représentées dans les branches fortement rémunérées. Le PS relève ici qu'il existe plusieurs études démontrant la corrélation entre l'espérance de vie et le revenu : les personnes touchant des bas revenus tendent à vivre moins longtemps³. Etant donné qu'un nombre important de femmes touche des salaires relativement bas, ces dernières subiraient de plein fouet une augmentation de l'âge de la retraite.

¹ Enquête suisse sur la structure des salaires 2014, Office fédéral de la statistique OFS (URL : <https://www.ebg.admin.ch/ebg/fr/home/themes/travail/egalite-salariale/bases/chiffres-et-faits.html>, consulté le 02.10.2018).

² Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la structure des salaires, Répartition des salariés en pour-cent (salaire mensuel net), pour les temps pleins et temps partiel selon les classes de salaires et le sexe, représentations de 2016, 2014, 2010 et 2008 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/catalogues-banques-donnees/tableaux.assetdetail.5126459.html>, consulté le 02.10.2018).

³ Cf. Siegrist, J., Marmot M. (Hrsg.) (2008): Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Erklärungsansätze und gesundheitspolitische Folgerungen. Bern: Verlag Hans Huber.



Troisièmement, les femmes assument de loin la majeure partie du travail domestique non rémunéré : il s'agit des tâches éducatives ou des soins apportés aux proches. Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), les femmes ont accompli en 2016 61% du travail non rémunéré⁴. L'OFS estime la valeur monétaire totale de ces tâches à près de 410 milliards de francs, dont 247,5 milliards de francs à mettre sur le compte des femmes⁵.

Quatrièmement, relevons que les femmes retraitées sont davantage exposées à la pauvreté que les hommes. Cela est essentiellement dû au fait qu'un nombre extrêmement élevé de femmes ne possède pas de 2^e pilier ou n'ont pas les moyens de cotiser au 3^e pilier. La discrimination salariale et la surreprésentation des femmes dans les secteurs à bas salaires ou dans le travail à temps partiel se répercutent directement sur leurs revenus à la retraite. Ainsi, au niveau du 2^e pilier, l'écart de rentes entre les femmes et les hommes est de près de 60%⁶. Par ailleurs, deux tiers des bénéficiaires de prestations complémentaires à l'AVS sont des femmes⁷.

Cinquièmement, le PS souhaite rappeler les conclusions d'une étude commandée par l'Office fédéral des assurances sociales et évoquées par le Conseil fédéral dans son message concernant la PV 2020⁸. Selon ce rapport, environ 40% des personnes arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite, pour des raisons diverses. En moyenne, les femmes cessent de travailler à 62,6 ans⁹. Pour beaucoup d'entre elles, la cessation de l'exercice d'une activité lucrative est involontaire. Il convient de souligner aussi les difficultés rencontrées par les travailleurs/euses âgé-e-s sur le marché du travail. Le taux de chômage chez les femmes âgées de 55 à 64 ans est en croissance depuis 2008. Selon les statistiques de l'OFS, le taux au sens du Bureau international du travail (BIT) est passé de 2,7% en 2008 à 3,5% début 2018¹⁰. Le chômage de longue durée est éga-

⁴ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622501.html>, consulté le 02.10.2018).

⁵ Office fédéral de la statistique, Enquête suisse sur la population active (ESPA), module Travail non rémunéré, Enquête suisse sur la structure des salaires (ESS), Statistique structurelle des coûts de la main d'œuvre 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/travail-remuneration/travail-non-remunere/compte-satellite-production-menages.assetdetail.4622500.html>, consulté le 02.10.2018).

⁶ Office fédéral de la statistique, Statistique des caisses de pensions 2016 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/prevoyance-professionnelle.html>, consulté le 02.10.2018).

⁷ Office fédéral des assurances sociales, Statistique des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI 2017 (URL : <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/securite-sociale/aide-sociale/beneficiaires-aide-sociale-sens-large/prestations-amont-aide-sociale/pc-avs-ai.html>, consulté le 02.10.2018).

⁸ 14.088 Message concernant la réforme de la prévoyance vieillesse 2020 du 19 novembre 2014, p. 41.

⁹ Cf. Trageser, J. et al.: Altersrücktritt im Kontext der demographischen Entwicklung, Rapport de recherche no 11/12, Berne, OFAS, 2012.

¹⁰ OFS - Enquête suisse sur la population active (ESPA), Taux de chômage au sens du BIT des femmes selon différentes caractéristiques, moyennes trimestrielles (nous avons pris le 2^e trimestre comme référence).



lement en nette progression chez les personnes de 50 ans et plus. En moyenne, il a doublé depuis le début du siècle, passant de 5'223 chômeurs/euses de longue durée en l'an 2000 à 10'299 en 2017¹¹. Tant que des mesures tangibles n'auront pas été prises, avec des effets bénéfiques et démontrés sur l'emploi des travailleurs/euses âgé-e-s, le PS considèrera toute augmentation généralisée de l'âge de la retraite comme déplacée.

Pour toutes les raisons invoquées, le PS s'oppose catégoriquement à « l'harmonisation » de l'âge de la retraite des femmes et des hommes. Dans les faits, le Conseil fédéral fait largement porter la responsabilité de la consolidation financière de l'AVS aux femmes. Par cette mesure de démantèlement, les femmes contribueraient au financement de l'AVS à hauteur d'environ 10 milliards de francs d'ici 2030, ce qui couvrirait environ 43% des besoins financiers supplémentaires compte tenu de la RFFA. De surcroît, eu égard aux débats menés dans le cadre de la PV 2020, l'on peut raisonnablement partir de l'idée que le Parlement imposera un relèvement progressif en 3 ans en lieu et place des 4 ans suggérés par le Conseil fédéral, si bien que les femmes seront encore davantage mises à contribution pour stabiliser cette assurance. A cela s'ajoute l'augmentation de la TVA qui touchera aussi les femmes. Enfin, une partie des économies réalisées dans l'AVS se reflèteront dans d'autres assurances sociales, qui subiront des charges supplémentaires vu que les femmes au bénéfice de prestations sociales devront patienter une année de plus pour toucher leur rente de vieillesse. Il va de soi que le PS salue l'approche visant à mettre en œuvre des mesures de compensation en faveur des femmes. Toutefois, au regard des éléments soulignés ci-dessus, celles-ci s'avèrent absolument insuffisantes.

Mesures de compensation pour les femmes

Dans le cadre de la PV 2020, le PS avait accepté d'avaloir la couleuvre du relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes après avoir dressé un bilan globalement positif de la réforme. Celle-ci prévoyait des améliorations substantielles pour toutes les futures retraitées du point de vue des prestations, notamment grâce au renforcement de l'AVS et à un meilleur accès au 2^e pilier. C'est tout le contraire de la présente réforme soumise à l'appréciation du PS. Certes, nous réservons un accueil favorable aux propositions du Conseil fédéral et apprécions le fait qu'il soit enclin à offrir aux personnes concernées des contreparties, néanmoins nous estimons qu'elles sont beaucoup trop minimalistes et restrictives. D'une manière générale, le PS juge que la limitation dans le temps de l'octroi des mesures de compensation jusqu'à 2030 est injustifiée et inacceptable car toutes les femmes seront concernées par l'augmentation de l'âge de la retraite. Il n'y a pas lieu de créer deux classes de retraité-e-s, d'autant plus que cela susciterait la vive opposition des femmes nées juste après 1966. Ce sont à peine 600'000 femmes qui pourraient potentiellement bénéficier des mesures de compensation. A ce propos, le PS dénonce le caractère trompeur du rapport explicatif qui laisse initialement entendre – dans la description de la première variante – que toutes les femmes pourraient potentiellement partir à la retraite anticipée de manière facilitée.

¹¹ SECO, Statistique du marché du travail (AMSTAT), chômeurs de longue durée, 50 ans et plus, Berne 2018



Variante à 400 millions de francs

La première variante prévoit de permettre aux femmes nées entre 1958 et 1966 de prendre une retraite anticipée de manière facilitée. Concrètement, ces dernières bénéficieront de taux de réductions actuarielles de leur rente de vieillesse plus favorables. Les femmes situées dans cette tranche d'âge et touchant des revenus égaux ou inférieurs à 56'400 francs par année pourront ainsi continuer de partir à la retraite à 64 ans sans aucune réduction de leur rente. Celles gagnant un revenu supérieur auront quant à elles des taux de réductions également plus favorables, mais légèrement en dessus du premier groupe. Selon les prévisions du Conseil fédéral, le quart des femmes concernées devraient faire usage des possibilités de retraite anticipée facilitée.

De l'avis du PS, la limite dans le temps n'a pas lieu d'être. Les possibilités d'anticipation facilitée de la rente devraient être ouverte à toutes les futures retraitées et ainsi adaptées à leurs réalités économiques. Ainsi, nous rappelons qu'à l'heure actuelle, près d'un demi-million de femmes actives n'ont pas accès au 2^e pilier. En outre, plus de la moitié des femmes réalisent un salaire annuel inférieur à 55'000 francs et ne disposent par conséquent que d'un petit 2^e pilier. Les femmes situées dans ces catégories de salaires devraient à fortiori jouir de conditions plus favorables dans le cadre d'une retraite anticipée. De toute manière, cette variante serait, selon les estimations du Conseil fédéral, d'autant plus insatisfaisante qu'elle ne compenserait qu'un cinquième du sacrifice total de 10 milliards de francs consenti par les femmes au travers du relèvement de leur âge de la retraite d'ici 2030.

Variante à 800 millions de francs

La seconde variante comprend deux éléments, à savoir le départ anticipé à la retraite tel que proposé dans la variante à 400 millions de francs ainsi qu'une adaptation de la formule des rentes pour les femmes travaillant jusqu'à 65 ans. De la sorte, la rente de ces dernières serait légèrement augmentée et elles seraient incitées à travailler jusqu'au nouvel âge de « référence ». De même, seules les femmes nées entre 1958 et 1966 pourraient potentiellement jouir de cette seconde mesure de compensation. Les assurées percevant un revenu annuel moyen déterminant de 42'300 francs (soit le point d'inflexion de la formule des rentes) connaîtraient la plus forte augmentation (214 francs). En moyenne, les femmes concernées verront le montant de leur rente de vieillesse augmenter de 70 francs par mois. En revanche, il n'est pas prévu de rehausser la rente minimale afin de ne pas déroger au principe inscrit dans la Constitution selon lequel la rente maximale doit être l'équivalent du double de la rente minimale. Les coûts totaux de cette variante d'ici 2030 compenseraient seulement 38% des économies effectuées grâce au relèvement de l'âge de la retraite des femmes.

Si le PS salue la voie consistant à améliorer les prestations de vieillesse, il la juge également trop modeste. Le fait que la rente minimale ne bénéficiera d'aucune augmentation n'est pas compréhensible, surtout compte tenu de l'absence de 2^e pilier pour ces catégories de revenus. Quoiqu'il en soit, nous restons persuadés qu'une augmentation générale des rentes aussi bien pour les femmes que pour les hommes demeure indispensable afin de se rapprocher enfin du mandat constitutionnel. Une telle adaptation des rentes devrait s'effectuer indépendamment de l'âge de la retraite des femmes et être valable de même pour les bénéficiaires d'une rente AI.



Par ailleurs, nous réclamons l'introduction de mesures de compensation supplémentaires en faveur des femmes. Pour ce faire, le Conseil fédéral devrait étudier une meilleure reconnaissance du travail de care accompli par les femmes. A cet effet, il sied d'envisager une extension des bonifications pour tâches éducatives et pour tâches d'assistance, lesquelles ont eu des effets remarquables depuis l'entrée en vigueur de la 10^e révision de l'AVS. Par ailleurs, il nous apparaît opportun d'approfondir la piste de la revalorisation du salaire déterminant des femmes par un facteur correspondant à la part inexpliquée de la différence de salaire entre femmes et hommes lors du calcul de la rente. Une telle mesure aurait le mérite d'offrir une compensation aux femmes tant que l'égalité salariale ne sera pas réalisée.

Flexibilisation de la retraite

Les aspects liés à la flexibilisation étaient incontestés dans le cadre de la PV 2020 et ceux-ci sont repris dans cette réforme. Le PS y réserve un accueil favorable. Grâce à ces nouvelles dispositions, les assuré-e-s devraient pouvoir décider du moment de la perception de leur rente de vieillesse entre 62 et 70 ans. Comme dans la réforme de la PV 2020, la retraite partielle sera introduite pour ouvrir la porte à un arrêt progressif de l'exercice d'une activité lucrative. Le PS reste favorable à cet élément innovateur, puisqu'il répond vraisemblablement à un besoin des assuré-e-s et des employeurs/euses en leur donnant le temps pour mieux se préparer à une telle étape. Le PS réitère ses réserves exprimées lors de la consultation sur la PV 2020, à savoir que cette nouvelle possibilité s'avère avant tout attractive pour les personnes touchant des revenus moyens à hauts. D'une part, elles ont les moyens financiers requis pour subvenir à leurs besoins lors d'une pré-retraite, d'autre part il faut que la profession exercée offre suffisamment de souplesse pour la poursuite d'une activité lucrative à temps partiel.

Pour ce qui est de l'anticipation de la rente AVS avant l'âge de référence, celle-ci serait rendue possible tant pour les femmes que pour les hommes à partir de 62 ans. Par conséquent, la rente serait réduite sur la base des taux de réduction actuariels. Comme l'espérance de vie a augmenté depuis la dernière adaptation desdits taux, il y a lieu de les ajuster. Dorénavant, ils devront être réexaminés par le Conseil fédéral tous les 10 ans, ce qui nous apparaît opportun. En revanche, le PS plaide pour une flexibilisation de la retraite entre 60 et 70 ans afin d'avoir un équilibre entre les possibilités d'anticipation et d'ajournement.

Sur le principe, la réglementation concernant l'ajournement de la rente AVS suit des contours similaires à la PV 2020. Ainsi, la perception de toute ou une partie de la rente de vieillesse pourra être repoussée jusqu'à l'âge de 70 ans au plus tard. Par analogie avec l'anticipation, le pourcentage de la rente ajournée serait augmenté de la contre-valeur actuarielle des prestations non touchées jusqu'à la fin de l'ajournement. A la différence du droit en vigueur, l'exercice d'une activité lucrative pendant la période de l'ajournement serait formatrice de rente. Les cotisations versées à l'AVS pourraient augmenter le revenu annuel moyen déterminant, mais également, sous certaines conditions, combler les éventuelles lacunes de cotisations. Le dispositif proposé par le Conseil fédéral maintient la franchise de cotisations de 16'800 francs. Or, celle-ci nous apparaît contraire à la logique de flexibilisation car elle réduirait les possibilités pour les petits salaires d'améliorer leur rente.



En fin de compte, les règles de flexibilisation peuvent uniquement fonctionner sur un marché du travail adapté aux conditions fixées. Ainsi les difficultés rencontrées par les travailleuses et travailleurs âgé-e-s dans la recherche d'une nouvelle activité lucrative à la suite d'un licenciement entravent le potentiel offert par les mécanismes proposés. Dès lors, l'on peut légitimement supposer que ces nouvelles dispositions profiteront essentiellement aux assuré-e-s réalisant des revenus moyens à élevés. Les possibilités d'amélioration de la rente pour les personnes avec des revenus modestes et/ou un métier pénible resteront somme toute limitées. En outre, la flexibilisation proposée entre 62 et 70 ans et l'abandon de la notion d'âge « de la retraite » pourraient à terme conduire à une augmentation de l'âge de « référence », ce qui aurait des conséquences désastreuses pour les classes de revenus défavorisées. Etant donné que ces personnes vivent généralement moins longtemps, il nous apparaît impératif de mettre en place des modèles de retraite anticipée facilitée pour ces personnes, à l'instar de ce qui avait été soumis au Parlement à l'origine dans le cadre de la PV 2020 – néanmoins dans une version beaucoup plus généreuse. De même, le PS revendique la mise en place d'un système de rentes-pont pour les personnes arrivées en fin de droit dans l'assurance-chômage. Cela préviendrait des situations dans lesquelles les chômeuses et chômeurs âgé-e-s devraient faire recours à l'aide sociale.

Financement de l'AVS

Le PS admet qu'un financement additionnel est inévitable afin que l'AVS soit en mesure d'assimiler la génération du baby-boom. Il rappelle néanmoins que l'AVS repose sur des bases financières solides. La majeure partie des recettes provient des cotisations salariales. Les taux de cotisations n'ont pas changé depuis 1975 et l'AVS a toujours su braver les défis liés au développement démographique. Elle a largement contredit les scénarii catastrophistes brandis par la droite et les milieux économiques. Depuis, en effet, le nombre de rentes AVS a plus que doublé. Seule une modeste hausse de la TVA est venue apporter un valable petit appui. En réalité, la santé financière de l'AVS dépend donc essentiellement de la masse salariale. Le fait que le résultat de la répartition ait été positif jusqu'à très récemment démontre l'effet implacable des cotisations salariales sur la stabilité de cette assurance. C'est tout le contraire du 2^e pilier, où les prélèvements salariaux moyens s'élèvent aux alentours de 18% et où les prestations ne cessent de se dégrader. D'autre part, le système de la répartition présente un avantage colossal d'un point de vue de la redistribution des richesses. Comme les prélèvements ne sont pas plafonnés, plus les riches gagnent de l'argent, plus ils versent de cotisations à l'AVS. Cela a pour effet que 92% des assuré-e-s recevront plus d'argent venant des rentes qu'ils n'auront versé de cotisations. Ce sont toutes les personnes touchant moins de 100'000 francs par année. Pour toutes les raisons invoquées, le PS plaide en faveur d'une hausse des cotisations salariales.

En ce qui concerne la hausse proportionnelle de la TVA, le PS ne s'y oppose pas fondamentalement. Le fait qu'une grande partie des recettes de la TVA résulte de la consommation de biens coûteux et que lesdites recettes sont reversées directement dans l'AVS atténue fortement le caractère antisocial de cet impôt. Nonobstant, d'autres sources de financement pourraient être privilégiées et combinées. Le versement de la totalité des recettes du pour-cent démographique et une augmentation de la contribution fédérale à l'AVS sont, de l'avis du PS, indispensables. Cela est actuellement prévu dans la RFFA, au même titre que le relèvement des cotisations. Grâce à la RFFA, le relèvement de la TVA



pourra être réduit. Enfin, le PS soutient résolument une imposition juste des revenus du capital telle que la demande l'initiative populaire fédérale 99%. L'initiative dégagerait des recettes de plusieurs milliards qui seraient susceptibles d'alimenter l'AVS.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président de la Confédération, Madame, Monsieur, l'assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
Suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsstelle AHV, berufliche Vorsorge und EL
zu Hd. von Emina Alisic (emina.alisic@bsv.admin.ch)

Bern, 8. Oktober 2018

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

SP60+, das Altersorgan der SP Schweiz, mit rund 1'800 Mitgliedern, beteiligt sich mit einer eigenen Eingabe an der Vernehmlassung. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Allgemeine Bemerkungen:

- Die SP60+ bedauert, dass in der anstehenden Reform der Altersvorsorge (AHV 2021) die Bearbeitung der einzelnen rentenbildenden Elemente wieder aufgeteilt worden ist, da beide Hauptelemente, AHV und BVG, darüber bestimmen, was monatlich für die Bewältigung des täglichen Lebens zur Verfügung steht.
Diese Aufspaltung führt dazu, dass die Übersicht über die Renten als Ganzes verschwimmen und somit die zu tiefen Rentensummen verschleiert werden, weil die Schuld konstant zwischen der ungenügenden Performance beim BVG oder bei der schlechten demografischen Entwicklung bei der AHV hin und her geschoben wird.
- Die zur Diskussion stehende Vorlage zur AHV verpasst mit ihren zu niedrigen Rentenanpassungen weiterhin die verfassungskonforme Vorgabe (Verfassungsartikel 112 und 113), dass bei Bezug der Rente die Lebensführung in angemessener Weise erhalten bleiben soll. Bereits heute leben gut 20% der Rentenbeziehenden in Armut. Somit kann eine AHV-Revision eigentlich nur angesetzt sein, wenn eine Erhöhung der AHV-Renten vorgesehen ist. (Dies gilt im Besonderen dann, wenn auch die Renten der Pensionskassen miteinbezogen werden, da diese Renten sich auf einem Sinkflug befinden.)
- Der Index der Konsumentenpreise gilt als Grundlage für die Berechnung der Teuerung (Inflation), beinhaltet aber nicht die Preise für Krankenkasse und Miete. Doch gerade diese beiden Elemente belasten die Haushaltbudgets der Menschen stark, steigen doch die Prämien für die Krankenkassen wie auch die Mieten überdurchschnittlich an. Dazu sind diese beiden Elemente für die einzelnen Personen nicht ohne weiteres beeinflussbar.
- Personen, die hauptsächlich von der AHV leben müssen (v.a. Menschen ohne tragende Pensionen wie Teilzeitarbeitende, Personen im Tieflohnsektor) sind daher bereits bei Beginn des Rentenbezugs auf Ergänzungsleistungen angewiesen und stehen am Anfang

der Verarmung. Die Verarmung bei Rentenbezug gilt jedoch nicht nur im Speziellen für die «Armen» in unserer Gesellschaft, sondern bedroht in starkem Masse vor allem die Mittelschicht.

Dies kann in der Folge zu unerfreulichen Sparmassnahmen bei diesen Personen führen, die sich später wieder in einem erhöhten Bedarf an Gesundheitsleistungen (zB. Pflege aufgrund von Mangelernährung, Vernachlässigung von Erhaltung der persönlichen Gesundheit) auswirken können.

- **Somit gilt für SP 60+ grundsätzlich: Jede Reform der AHV muss verfassungskonform gestaltet sein und somit eine Rentenerhöhung zum Ziel haben.**

Zu einzelnen Punkten

Referenzalter 65

- Die Erhöhung des Referenzalters für den Rentenbezug auf 65 Jahre bei den Frauen ist nicht akzeptierbar. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob überhaupt Arbeitsplätze bis zum Referenzalter 65 für Frauen vorhanden sind. Bisher sträubt sich die Wirtschaft relativ konsequent, Arbeitskräften über 55 Jahren ausreichend Stellen anzubieten (Stellen notabene, die einerseits den Qualifikationen der Menschen entsprechend und die den Arbeitenden einen Lohn erbringen, der zur Bestreitung des Lebenserhalts genügt und damit auch zu einer effektiven Rentenbildung beiträgt). Zur Zeit fehlen gut 120'000 Arbeitsplätze für ältere Mitarbeitende.
- Da sich das Problem der fehlenden Arbeitsplätze für Personen über 60 Jahren (wie auch das Problem der nicht Lebensstandard garantierenden Renten) nicht nur für Frauen stellt, stellen wir die Forderung, dass das Rentenalter wieder für beide Geschlechter schrittweise auf 63 (ev. sogar bis 62 Jahre) Jahre gesenkt werden soll; in einem ersten Schritt für die Frauen, danach Angleich der Männer.
Der Streit bei der Rentenreform Altersvorsorge 2020 hat es bereits gezeigt – im Vordergrund stehen nicht die Menschen, die von solchen Reformen betroffen sind, sondern der Gedanke der Sanierung der verschiedenen Einzelkassen.
- Ein weiteres Argument gegen Referenzalter 65 bei den Frauen bildet auch die ungleiche Entlohnung für die gleiche Arbeit bei gleichwertiger Erfahrung und Bildung. Dieses Argument ist auch nach jahrzehntelanger fruchtloser politischer Diskussion nicht gelöst. Um mit Gleichheit zu argumentieren, wie dies (unter Männern) bei den Pflichten wie Militärdienst oder eben Referenzalter zum Rentenbezug geschieht, braucht es auch Gleichheit bei den Dienstleistungen, die grossmehrheitlich von Frauen erbracht werden, wie freiwillige Care-Arbeit, Betreuungsarbeit, Arbeiten im -unerlässlichen- hilfspflegerischen Medizinal Bereich. Es ist nach wie vor erstaunlich, dass diese Arbeiten mit einem enormen volkswirtschaftlichen Wert nicht oder nur mit eingeschränkten Betreuungsgutschriften entschädigt oder gerechnet werden.
- Zu begrüßen ist die vorteilhaftere Rentenformel. Allerdings setzt der «Verbesserungsknick» erst bei einem Einkommen nach 14'100 ein. Unserer Meinung nach sollte der Knick diese unteren Einkommenskategorien erst recht beinhalten, da gerade die Menschen mit den tiefsten Einkommen konstant an der Armutsgrenze leben.

Flexibilisierung des Rentenbezugs bei der AHV

- Der flexibilisierte Rentenbezug – zwischen 62 und 70 Jahren – ist grundsätzlich begrüssenswert. Vor allem, dass die nun über das Referenzalter hinaus gearbeiteten Jahre bzw. die damit erschaffenen Beiträge dazu dienen können, entweder die anstehende Rente aufzubessern oder Lücken aus früheren Jahren auszugleichen. Allerdings ist nur das die 1'400 Franken übersteigende monatliche Einkommen beitragspflichtig.

- Die Rentenkürzungen für den Vorbezug ab 62 Jahren betrachten wir als nicht akzeptierbar. Da sich nur Arbeitende mit mittleren bis höheren Gehältern eine solche Einbusse auf die ganze Rentenbezugsdauer leisten können, sind diese Kürzungssätze, je tiefer das Einkommen ist, abzustufen oder ganz wegzulassen und nicht an den Jahren des Vorbezugs auszurichten.
Im Prinzip erwarten wir daher klar, dass bei einem Rentenvorbezug ab 62 Jahren keine Kürzungen der Rente geschehen.
- Falls die zur Vernehmlassung stehende AHV Reform 21 in der vorliegenden Form umgesetzt werden sollte, betrachten wir die Übergangsfristen als zu kurz, um eine effektive Abfederung der Erhöhung des Referenzalters auszugleichen.

Finanzierung

- Um das Ziel, die AHV gemäss Botschaft finanziell abzusichern, zumindest bis zum Jahre 2030, werden die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Lohnprozenten bei den Erwerbstätigen wie Arbeitgebern vorgesehen. Der Bundesbeitrag soll auf bestehendem Niveau weiter bestehen.
Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei die Belastung bei Jung und Alt besser aufgeteilt, so ein Argument zugunsten der MwSt.-Erhöhung.
- Um ein Debakel wie bei der Abstimmung im Herbst 17 zu vermeiden, fordern wir, auf die Erhöhung bei der Mehrwertsteuer zu verzichten, da eine Abstimmung betr. MwSt. auch die Mehrheit der Stände benötigt, um angenommen zu werden. Das heisst, sollte auf die Erhöhung der MwSt. nicht verzichtet werden, muss das Ergebnis dieser Abstimmung von AHV 21 entkoppelbar sein. (D.h. wenn MwSt. Abstimmung durchfällt, AHV 21 aber eine Mehrheit findet, gilt die AHV-Abstimmung als erfolgreich.)
Es sollen daher die Lohnprozente angehoben werden, da diese nach wie vor (seit 1975) auf einem moderaten Prozentsatz verharren. Bei diesem Modell würden auch die Arbeitgeber ihren Beitrag an die Finanzierung der AHV leisten.
- Ebenso sehen wir den Beitrag des Bundes noch nicht am Ende der Fahnenstange: mit einer Erhöhung des Bundesbeitrages über 21% wäre ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der AHV getan.
- Dividenden sollen AHV-pflichtig sein und normal besteuert werden, wie unsere Löhne. Sie dürfen nicht mit einem speziell tiefen Steuersatz belastet werden. Die Steuerabgaben, die auf Dividenden fällig sind, sollen der AHV zugesprochen werden.

Grundsätzliche, zusammenfassende Würdigung des Vorentwurfes AHV 21

Die Lösung, eine volkswirtschaftlich tragbare Rente, aufbauend auf dem traditionellen Rentenbildungsweg in der Schweiz (3-Säulen – Modell) zu finden zeigt sich je länger je schwieriger. Und je mehr Zeit verfliesst, umso höher werden die nach heutigen Standards berechneten Kosten. Diese hohen Kosten alleine der demografischen Entwicklung der Bevölkerung zuzuschreiben, erscheint uns etwas kurzfristig, da diese Entwicklung sich ihrerseits in mittelfristigen Zyklen verändern wird. (Geburtenstarken Jahrgängen folgen geburtenschwache Jahrgänge.)

Einerseits erachten wir Menschen es als Gewinn, dass durch bessere Lebensbedingungen und durch die gute medizinische Versorgung viele Menschen ein höheres Alter erreichen. Andererseits betrachten wir Menschen diesen Umstand nur als einen Kostenfaktor, der unseren Lebensstandard zu mindern bedroht. Das bedeutet, alle Menschen wollen alt werden (schliesslich ist das Leben ein spannendes) doch kein Mensch will alt sein (wer will schon der Allgemeinheit auf der Tasche liegen).

Die SP60+ ist daher der Auffassung, dass nur mit einem klaren Systemwechsel (3-Säulen-System) bei der Rentenbildung eine Lösung gefunden werden kann.

Um die Zukunft eines würdigen Lebens aller Pensionierten bzw. aller Rentenbeziehenden langfristig zu sichern, brauchen wir die Abkehr vom heutigen halb öffentlich-rechtlichen Weg (AHV), gekoppelt mit privaten Versicherungen (BVG), hin zu einer Volkspension ohne gewinnerschöpfende Privatbeteiligungen von Versicherungsgesellschaften. Eine solche Volkspension käme auf tiefere Verwaltungs- und Betriebskosten und könnte somit höhere, verfassungskonforme Renten ausschütten. Höhere Renten um in der nach wie vor reichen Schweiz endlich ein erfülltes Leben, ob reich oder arm, in Würde beenden zu können. Und dies bei einem den heutigen Beschäftigungsmöglichkeiten angepassten Referenzalter.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Co-Präsidium SP60+



Marianne de Mestral



Carlo Lepori

Co-Präsidium Sozialpolitik SP60+



Inge Schädler



Hansjürg Rohner



Emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 14. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Wir danken Ihnen für die Einladung, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk unseres Landes. Das Ziel der SVP ist die finanzielle Sicherung der AHV-Renten für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Die Lebenserwartung steigt, die Menschen werden älter und gleichzeitig sinken die Zinserträge aus der Bewirtschaftung des Ausgleichsfonds. Einen Leistungsausbau lehnt die SVP in Anbetracht der finanziellen Herausforderungen klar ab. Die unbestrittenen Massnahmen wie die Angleichung des Frauenrentenalters oder Mehreinnahmen, indem das sog. Demografieprozent endlich vollumfänglich in die AHV statt in die allgemeine Bundeskasse fliesst, stehen dabei für die SVP im Vordergrund. Ebenfalls setzt sich die SVP für eine Umverteilung der heutigen Bundesmittel wie beispielsweise bei den Entwicklungshilfegeldern zugunsten der AHV-Bezügerinnen und AHV-Bezüger in der Schweiz ein. Steuererhöhungen bzw. höhere Lohnbeiträge lehnt die SVP ab da eine weitere Umlagerung zulasten der nachfolgenden Generationen klar zu verhindern ist.

Gefragt sind in absehbarer Zeit wirksame Massnahmen. Über 2025–2030 hinaus lassen sich konjunkturelle Entwicklungen nicht verlässlich prognostizieren und somit auch keine wirkungssicheren Sanierungsmassnahmen für die AHV planen. In seiner heutigen Form vermag das Umlageverfahren allein die AHV längst nicht mehr zu erhalten. Ein Leistungsabbau ist politisch ausgeschlossen und ebenso ein Leistungsausbau. Um das Leistungsniveau der AHV halten zu können, müssen Einnahmen und Ausgaben den demographischen Realitäten angeglichen werden.

Auf der Ausgabenseite bringt die unbestrittene Angleichung des Rentenalters von Frauen und Männern auf 65 Jahre eine substantielle Entlastung für die AHV, die allein aber noch nicht genügt. Im Verbund mit weiteren Mehreinnahmen – sofern diese nicht durch Mehrausgaben in Form von «Ausgleichsmassnahmen» sogleich wieder zunichte gemacht werden – kann die AHV für die nächsten zehn Jahre stabilisiert werden.

Steuergeld zuerst zugunsten der Steuerzahlenden verwenden

Auf der Mehreinnahmenseite sieht die SVP vernünftige Alternativen zur unsozialen Erhöhung der Mehrwertsteuer und höheren Lohnprozenten, die zu Lasten der Jugend und des arbeitenden Mittelstandes gingen. Das bei der Mehrwertsteuer seit 1999 erhobene «Demografieprozent» muss endlich vollständig in die Erste Säule fliessen. Zweitens sind die Schulden der IV bei der AHV zu begleichen. Ein bislang ungenütztes Potential stellen jene Bundesausgaben dar, welche Schweizer Steuergelder ins Ausland verteilen. Die Ausgaben für die Entwicklungshilfe können jährlich um mindestens eine Milliarde zugunsten der AHV gesenkt werden. Ebenso ist das vorgesehene Steuergeld für eine weitere Kohäsionsmilliarde an die EU stattdessen besser in die AHV zu bezahlen. So kommt dieses Geld denen zugute, die es auch durch ihre Steuern einbezahlt haben: Den Bürgerinnen und Bürgern der Schweiz und damit dem Mittelstand.

Zusammengefasst will die SVP mit diesen Massnahmen die AHV jetzt auf 10 Jahre hinaus wie folgt stabilisieren:

- Ein gleiches Rentenalter für Frauen und Männer, ohne Übergangsphase und ohne «Ausgleichmassnahmen» mit der Giesskanne, die der finanziellen Gesundung der ersten Säule im Weg stehen. Die vollständige Verwendung des seit 1999 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents für die AHV.
- Dank Sanierung der IV deren Schulden bei der AHV abbauen.
- Steuergeld zuerst für die Deckung der Bedürfnisse der Steuerzahler verwenden. Konkret: Jährlich eine Milliarde aus der Entwicklungshilfe und die geplante Kohäsionsmilliarde vollständig in die AHV umleiten.

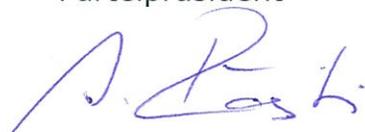
In Anbetracht der guten finanziellen Lage der Bundeskasse und der damit verbundenen grossen Begehrlichkeiten von linker Seite nach weiterem Ausbau unseres Sozialsystems gilt es jetzt die AHV in kleinen machbaren Reformschritten zu sichern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Parteipräsident

Stv. Generalsekretärin



Albert Rösti

Nationalrat



Silvia Bär



Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
3003 Bern

Per Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 9. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21), Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Die vom Bundesrat verabschiedete Vorlage wird unterstützt. Für die Städte und Gemeinden hat das Funktionieren des bewährten Dreisäulenprinzips in der Altersvorsorge hohe Priorität. Die Alterssicherungssysteme müssen auf einer gesunden finanziellen Basis stehen, damit das Leistungsniveau erhalten bleibt. Dazu gehört auch, dass Mehreinnahmen generiert werden, wenn die nachhaltige Sicherung der Sozialwerke dies erforderlich macht, denn ein geschwächtes Rentensystem und Leistungskürzungen gefährden die Solidarität in unserem Land bzw. bewirken eine Kostenverschiebung zur öffentlichen Hand.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch vorausschicken, dass der verfassungsmässige Auftrag der AHV, der eine Existenzsicherung vorsieht, zunehmend in Bedrängnis geraten ist. Die Existenzsicherung ist heute oftmals nur über die von den Gemeinden mitfinanzierten Ergänzungsleistungen möglich. Dies ist ein unbefriedigender Zustand.

Trotz der grundsätzlichen Zustimmung beurteilen wir verschiedene Elemente dieser Revision auch kritisch. Mehrere Mitglieder des Städteverbandes lehnen die Erhöhung des Frauenrentenalters und die Erhöhung der Mehrwertsteuer sogar ganz ab. Sie würden stattdessen höhere Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge bevorzugen.



Aus unserer Sicht sollen die nun vorgeschlagenen Massnahmen Zeit verschaffen, um nachfolgend weitere Reformschritte einzuleiten, die das Leistungsniveau und die Finanzierung des schweizerischen Altersvorsorgesystems langfristig sicherstellen können.

Einschätzungen zu den verschiedenen Elementen

Referenzalter und Flexibilisierung des Rentenbezugs

Die koordinierte Flexibilisierung in der 1. und 2. Säule ist zu begrüessen, die Massnahmen- und Umsetzungsvorschläge des Bundesrates erscheinen sinnvoll.

Die Flexibilisierung des Rentenalters schafft individuellere Möglichkeiten, wovon auch Personen mit eher bescheidenen Einkommen profitieren. Positiv bewertet wird auch die Möglichkeit, dass eine arbeitslose Person trotz vorbezogener Altersleistung ihren allfälligen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung geltend machen kann. Zu begrüessen ist, dass allfällige Beitragslücken mit einem Rentenaufschub resp. Weiterbeschäftigung geschlossen werden können und dass der Freibetrag für Erwerbseinkommen nach dem Altersrücktritt beibehalten wird. Dieser schafft ebenfalls einen Anreiz, länger erwerbstätig zu bleiben.

Gemäss den Erhebungen des Bundesrates sollte sich die Vorlage bei den Ergänzungsleistungen kostensenkend auswirken. Genaue Prognosen sind aber unmöglich und hängen davon ab, wie sich der Arbeitsmarkt für ältere, insbesondere weniger qualifizierte Arbeitnehmende entwickelt und welche Massnahmen in der 2. Säule umgesetzt werden. Wenn sich der heutige Trend fortsetzt, dürfte sich der positive Effekt in Gebieten mit hoher Langzeitarbeitslosigkeit nicht so klar durchsetzen und durch die grössere Anzahl VorbezugsrentnerInnen wettgemacht werden. Generell erachten wir es aber als zentral, dass auch bei einer Teilberentung die Möglichkeit besteht, Ergänzungsleistungen zu beanspruchen, wie es in Artikel 11 E-ELG vorgesehen ist. Ansonsten führt dies zu einer Mehrbelastung bei der Sozialhilfe.

Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Flexibilisierung des Rentenalters bei den Durchführungsstellen der Ergänzungsleistungen zu bedeutend höherem Koordinationsbedarf mit den AHV-Ausgleichskassen führt und die Aufwände der Administration wesentlich vergrössert. Auch die Beratungsaufgaben werden wichtiger. Dabei ist nicht nur die erstmalige Berechnung komplizierter, die Flexibilisierung bringt auch ein Mehrfaches an Neuberechnungen während der Dauer des Vorbezugs respektive des (Teil-) Aufschubs.

Die Vorlage sieht vor, Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren zu schaffen. Es bleibt jedoch die Frage, welche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bereit sind, ältere Arbeitnehmende tatsächlich weiterhin zu beschäftigen, die nicht dem Kader eines Unternehmens angehören. Nicht Gegenstand dieser Vorlage, aber immer wieder Thema ist in diesem Zusammenhang die Struktur der Pensionskassenbeiträge, die mit zunehmendem Alter ansteigen. Im Berufsalltag führt dies dazu, dass ältere Arbeitnehmende in finanzieller Hinsicht bei den Lohnnebenkosten benachteiligt sind und über 50-Jährige auch deswegen Mühe haben, nach einer Entlassung eine neue Stelle zu finden.



Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Der Ersatz des Begriffes "Rentenalter" durch "Referenzalter" ist zu begrüssen. Die geplante Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf 65 erscheint unter Berücksichtigung der finanziellen Notwendigkeit vertretbar. Die Akzeptanz der vorgeschlagenen Festlegung des Referenzalters auf 65 Jahre hängt aber stark von den Ausgleichsmassnahmen ab. Es ist deshalb Variante 2 zu bevorzugen. Diese berücksichtigt die Situation von Frauen mit bescheidenem Auskommen besser. Es darf aber nicht vergessen werden, dass der Ausgleich der Ungleichbehandlung als Folge von Teilzeit und der Lohnungleichbehandlung nicht allein mit den Massnahmen in der AHV erreicht werden kann, sondern weitere Schritte zugunsten der Frauen insbesondere in der 2. Säule folgen müssen.

Einzelne Mitglieder lehnen die Erhöhung des Frauenalters auch grundsätzlich ab. Sie betonen, dass mit dieser Massnahme zuzuwarten ist, bis verbindliche Vorschriften zur Gewährleistung der Lohngleichheit in den Unternehmen in Kraft gesetzt sind.

Finanzierung über Erhöhung der Mehrwertsteuer resp. Lohnbeiträge (AHV-Steuerdeal)

Die Notwendigkeit der Erschliessung weiterer Finanzierungsquellen für die AHV ist unbestritten. Eine proportionale Erhöhung der drei Mehrwertsteuersätze wie auch die allfällige Erhöhung der Lohnbeiträge hat klare regressive Auswirkungen. Sie ist aber volkswirtschaftlich verkraftbar, sozial und kurzfristig umsetzbar und daher eine pragmatische Lösung für die vom Bundesrat vorgeschlagene rasche Stabilisierung der AHV. Der Erhöhung der Mehrwertsteuer ist – wie in der Vorlage des Bundesrates vorgesehen – gegenüber einer Erhöhung der AHV-Beiträge den Vorzug zu geben, da sie unter dem Blickwinkel der Generationensolidarität deutlich gerechter ist.

Ein Teil unserer Mitglieder lehnt die Erhöhung aber aus sozialpolitischen Gründen auch gänzlich ab. Längerfristig ist aus unserer Sicht deshalb zu prüfen, ob der Bundesbeitrag an die AHV erhöht werden kann. Eine solche Erhöhung ist in einer nächsten AHV-Reform aufzunehmen. Dies käme nicht nur Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmern entgegen, sondern auch Konsumentinnen und Konsumenten mit kleinem Einkommen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern
Emina.alisic@bsv.admin.ch

Brugg, 22. Oktober 2018 / kb

Stabilisierung der AHV (AHV21) Stellungnahme des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes

Sehr geehrte Damen und Herren

Als einer der grössten Frauendachverbände der Schweiz, mit rund 58'000 Mitgliedern, ist für den SBLV das Vernehmlassungsverfahren zur Stabilisierung der AHV (AHV21) von zentraler Bedeutung. In Vertretung unserer Mitglieder äussern wir uns einerseits zu frauenspezifischen Aspekten und andererseits bedenken wir deren Auswirkungen auf Selbständigerwerbende.

Grundsätzliches zur Reform

Der SBLV begrüsst, dass der Bundesrat nach der Ablehnung der Altersreform 2020 innert kurzer Frist einen neuen Vorschlag zur Sicherstellung der AHV-Finanzierung vorlegt. Dass bei diesem Reformvorschlag die AHV und die obligatorische berufliche Vorsorge separat reformiert werden, erachten wir nach der Ablehnung der Reform 2020, wo beide Säulen in einem Paket verknüpft waren, als sinnvoll.

Weiter erachten wir als wichtig, dass sich die Stabilisierung der AHV21 auf die zentralen Elemente beschränkt, mit denen die Finanzierung der Renten sichergestellt werden können. Der SBLV weist aber auch auf die dringende Reform der 2. Säule hin, denn in dieser werden momentan die ausbezahlten Renten durch Beiträge von Beitragszahlenden mitfinanziert, was die erwerbstätigen jüngeren Familien finanziell stark belastet.

Massnahmen zur Stabilisierung der AHV / AHV21

Die vorgeschlagenen Massnahmen der AHV21 haben zum Ziel, das Leistungsniveau zu erhalten und das finanzielle Gleichgewicht der AHV zu sichern, was wir grundsätzlich unterstützen. Die Vorlage sieht die Angleichung des Referenzalters für Frauen und Männer auf 65 Jahre, Ausgleichsmassnahmen für die Referenzaltererhöhung bei den Frauen sowie die Flexibilisierung des Rentenbezuges und eine Zusatzfinanzierung zu Gunsten der AHV vor.

Solange die Lohngleichheit statistisch nicht nachweisbar und nicht erreicht ist (aktuell 7.4% unterklärbare Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, obwohl Lohngleichheit seit 1996 im Gesetz für Gleichstellung verankert), **können wir eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen nur unter der Bedingung unterstützen, dass für Frauen umfassendere und weitreichendere Ausgleichsmassnahmen als vorgeschlagen eingeführt werden.** Für unsere Forderungen zu den Ausgleichsmassnahmen verweisen wir auf unsere nachfolgende Stellungnahme zu den einzelnen Punkten.

Neue Anträge des SBLV:

Verbesserung der Situation von familieneigenen Mitarbeitenden

Wir stellen den Antrag, dass familieneigene **Mitarbeitende von Selbständigerwerbenden**, welche nicht entlohnt werden, mindestens mit dem Minimalbeitrag bei der AHV versichert werden müssen (analog der bestehenden Versicherung für Studenten und nicht Erwerbstätige Art. 10 des AHV Gesetzes, oder angelehnt an das Modell Frankreich). Dies damit ihnen bei der späteren Rentenberechnung keine Beitragsjahre fehlen und Frauen mindestens eine Mutterschaftsentschädigung beziehen können.

Wir weisen darauf hin, dass bereits in einigen Kantonen Lohndeklarations-Fragebogen an mitarbeitende Söhne geschickt werden. Wir fordern, dass dies auch für mitarbeitende Ehepartner eingeführt wird.

Forderung in Bezug auf die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften

Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sollen analog der Betreuungszeit bei Scheidungen auch für verheiratete Eltern proportional aufgeteilt werden können.

Die Ehepartner sollen eine Vereinbarung zur Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften treffen können. Diese Möglichkeit soll nicht nur den geschiedenen Ehepaaren, sondern auch verheirateten Eltern zugestanden werden.

Wir fordern, dass die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften **NEU** nach der effektiven Betreuungsarbeit oder z.B. proportional zum Beschäftigungsgrad aufgeteilt werden können. Z.B. Ehepartner arbeitet zu 80 % ausser Haus und erhält 20 % der Erziehungsgutschrift angerechnet, Ehepartnerin arbeitet 20 % ausser Haus und erhält 80 % der Erziehungsgutschrift gutgesprochen. So wird derjenige Elternteil, der hauptsächlich für die Kinder sorgt, bei der späteren Rentenberechnung weniger benachteiligt (analog der Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschrift bei einer Scheidung). Das würde aus unserer Sicht die geleistete Betreuungsarbeit gerechter abbilden. Zudem wären die Betreuenden weniger von Beitragslücken betroffen.

Nachfolgend legen wir das Augenmerk auf sehr wichtige, kritische Punkte und Forderungen des SBLV zu genannten Massnahmen der AHV21.

Nachfolgend legen wir das Augenmerk auf sehr wichtige, kritische Punkte und Forderungen des SBLV zu genannten Massnahmen der AHV21:

Paragr. erläutert. Bericht	Vorschlag Bundesrat in Vernehmlassung Aus dem erläuternden Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens v. 27.06.2018	Stellungnahme SBLV
1.3	Ziele – Das Leistungsniveau der Altersvorsorge muss erhalten bleiben. – Das finanzielle Gleichgewicht von AHV und obligatorischer beruflicher Vorsorge muss gesichert werden.	Die Aufrechterhaltung des Leistungsniveaus ist unerlässlich und für den SBLV Bedingung bei der Stabilisierung der AHV 21. Es besteht dringender Handlungsbedarf und eine rasche Umsetzung ist nötig. Frauen, Personen mit Teilzeitpensen, tiefen Einkommen und Selbständigerwerbende sind auf eine gute und sichere AHV-Rente angewiesen, weil diese oft über keine oder nur eine geringe 2. Säule verfügen. Wir fordern, dass die AHV im Vergleich zur beruflichen Vorsorge gestärkt wird.
1.4	Methode	Wir sind einverstanden, dass die AHV und die obligatorische berufliche Vorsorge separat reformiert werden. Nach der Ablehnung der Reform 2020 macht dieses Vorgehen Sinn. <u>Jedoch möchten wir auf die dringende Notwendigkeit einer Reform auch der 2. Säule hinweisen.</u>
4.1 4.1.1 4.1.2 <i>(in Gesetz Art. 4</i>	Vom Rentenalter zum Referenzalter und Flexibilisierung des Rentenbezugs Das Referenzalter bezeichnet den Zeitpunkt, in dem eine ordentliche Altersrente ohne Kürzung oder Zuschlag bezogen werden kann. Heute gilt in der AHV und in der obligatorischen beruflichen Vorsorge ein Rentenalter von 65 Jahren für Männer und von 64 Jahren für	Mit der sprachlichen Änderung von Renten- zu Referenzalter sind wir einverstanden. Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs entspricht der heutigen Zeit und den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden. Eine Einführung von Möglichkeiten dazu sind zu begrüssen. Jedoch braucht es von Seiten der Wirtschaft auch die Bereitschaft, die Arbeitnehmenden bis und über das Referenzalter hinaus in der Arbeitswelt zu integrieren oder darin zu halten. Es braucht Anstrengungen seitens der Arbeitgeber, der Wirtschaft und des Bundes, damit ein flexibler Rentenbezug und ein schrittweiser Übergang in den Ruhestand in der Praxis auch effektiv anwendbar ist.

<p>Abs. 29 Bst. b)</p>	<p>Frauen. Es bestehen nur eingeschränkte Möglichkeiten, Altersleistungen flexibel zu beziehen. Dieses starre System entspricht weder den Bedürfnissen der Versicherten noch den demografischen Rahmenbedingungen. Daher soll der Begriff «Rentenalter» durch «Referenzalter» ersetzt werden; das ermöglicht eine weitreichende Flexibilität nach oben und nach unten. Dieses Referenzalter wird in der AHV und in der obligatorischen beruflichen Vorsorge für Frauen und Männer auf 65 Jahre festgelegt.</p>	<p>Wir befürchten und sehen das Risiko, dass auf Grund der Möglichkeit der Flexibilisierung ab 62 Jahren, die Arbeitnehmenden unter dem Vorwand der Flexibilisierung frühzeitig aus der Arbeitswelt «ausgemustert» werden. Folge dessen müssen sie Rentenkürzungen hinnehmen und können mit der gekürzten Rente den Lebensunterhalt nicht bestreiten, was zu weiteren EL-Bezügen führen wird.</p>
<p>4.2 <i>(Art. 21 in Gesetz)</i></p>	<p>Einheitliches Referenzalter - Erhöhung Referenzalter der Frauen von 64 auf 65</p> <p>Das Referenzalter wird für Frauen und Männer einheitlich bei 65 Jahren festgelegt.</p> <p>Die Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre wird von Ausgleichsmassnahmen begleitet.</p>	<p>Die Erhöhung des Referenzalters wird gerne damit begründet, dass Frauen länger leben. Laut Statistik der demographischen Entwicklung hat sich die Differenz der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen merklich verringert (siehe Punkt 1.5 im erläuternden Bericht). Dieses Argument ist also nicht mehr länger stichhaltig.</p> <p>Stichhaltig hingegen ist: Ein einheitliches Referenzalter verlangt eine gerechte Entlohnung und Lohngleichheit! Diese ist auch im Jahre 2018 noch lange nicht erreicht. Aktuelle Diskussionen in National- und Ständerat zeigen, dass die Einführung von griffigen Massnahmen zur Erreichung von Lohngleichheit nicht mehrheitsfähig ist und dies vom Parlament nur zögerlich angegangen wird.</p> <p>Solange die Lohngleichheit statistisch nicht nachweisbar und nicht erreicht ist (aktuell 7.4% unterklärbare Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, obwohl Lohngleichheit seit 1996 im Gesetz für Gleichstellung verankert), können wir eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen nur unter der Bedingung unterstützen, dass für Frauen umfassendere und weitreichendere Ausgleichsmassnahmen als vorgeschlagen eingeführt werden.</p> <p>Wir kritisieren die kurze Dauer der Massnahmen und sind gegen die Beschränkung der Ausgleichsmassnahmen auf die Jahrgänge bis 1958 bis 1966.</p>

		<p>Wir verlangen, dass die Ausgleichsmassnahmen erst dann eingestellt werden, wenn durchs BFS statistisch nachgewiesen werden kann, dass die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern erreicht ist.</p> <p>Für unsere Forderungen zu den Varianten der vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen verweisen wir auf Punkt 4.3.ff.</p>
4.2.3	Finanzielle Auswirkungen	<p>Mit der Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre, tragen die Frauen im Zeitraum von 2022 bis 2030 mit insgesamt 10 Milliarden Franken zur Finanzierung der AHV bei. Mit den Ausgleichsmassnahmen gemäss Variante 2 mit 800 Millionen Franken, macht dies ungefähr 38 Prozent, respektive 3,8 Milliarden Franken aus (siehe erläuternder Bericht, Art. 4.3.4).</p> <p>Daher ist unsere Forderung nach der Ausgleichs-Variante 2 - mit der Bedingung der Aufhebung der Begrenzung der Jahrgänge 1959 bis 1966 - gerechtfertigt (siehe Punkt 4.3.3).</p>
4.3 4.3.1 (in Gesetz Art. 34 bis)	Notwendigkeit von Ausgleichsmassnahmen	<p>Da die Frauen mit einer allfälligen Erhöhung des Referenzalters mit 10 Milliarden Franken massgebend zur Finanzierung der AHV beitragen, verlangen wir umfassendere Ausgleichsmassnahmen, siehe unter Punkt 4.3.3.</p> <p>Zudem sind Frauen auf Grund von vermehrter Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit nach wie vor mehrheitlich in Teilzeitpensen und oft auch in Tieflohnbranchen tätig. Im Weiteren haben sie auf Grund der Unterbrechung der auswärtigen Tätigkeit oft Lücken in der Altersvorsorge bzw. fehlende Beitragsjahre.</p> <p>Mit dem Vorschlag der Begrenzung der Ausgleichsmassnahmen von Frauen sind wir <u>nicht</u> einverstanden. Wir sind gegen die Beschränkung der Ausgleichsmassnahmen auf die Jahrgänge bis 1958 bis 1966.</p> <p>Wir verlangen, dass die Ausgleichsmassnahmen erst dann eingestellt werden, wenn durchs BFS statistisch nachgewiesen werden kann, dass die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern erreicht ist (die unerklärte Lohnungleichheit beträgt nach wie vor 7.4%).</p>

<p>4.3.2</p>	<p>Variante 1 mit 400 Mio. Franken.</p> <p>Es werden zwei Varianten von Ausgleichsmodellen in einem Finanzierungsvolumen von 400 respektive 800 Millionen Franken vorgeschlagen.</p> <p>Variante 1 mit 400 Mio.</p>	<p>Die Minimalvariante 1 als Ausgleichsmassnahme lehnen wir ab.</p> <p>Dieser Vorschlag trägt in keiner Weise zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen mit tieferen bis mittleren Einkommen bei.</p>
<p>4.3.3.</p>	<p>Variante 2 mit 800 Millionen Franken</p> <p>Bei dieser Variante werden zwei Ausgleichsmassnahmen vorgeschlagen. Beide Massnahmen haben eine Verbesserung der Altersrente von allen betroffenen Frauen zur Folge. Jene der Frauen mit einem tiefen bis mittleren Einkommen wird dabei stärker verbessert. Die Ausgleichsmassnahmen kommen jenen Frauen zugute, die nicht bis zum Referenzalter erwerbstätig sein können und ihre Altersrente vorbeziehen, sowie jenen Frauen, die bis zum Referenzalter weiterarbeiten und die Rente frühestens ab diesem Zeitpunkt beziehen.</p>	<p>Mit dieser Variante 2 können wir uns nur dann einverstanden erklären, wenn die Beschränkung der Ausgleichsmassnahmen auf die Jahrgänge bis 1958 bis 1966 aufgehoben wird.</p> <p>Auch Frauen ab Jahrgang 1966 sind nach wie vor von der Lohnungleichheit betroffen (nachgewiesener, unerklärbarer Lohnunterschied 7.4%).</p> <p>Zudem sind Frauen auf Grund von vermehrter Erziehungs-, Betreuungs- und Pflegearbeit nach wie vor mehrheitlich in Teilzeitpensen und in Tieflohnbranchen tätig. Im Weiteren haben sie auf Grund der Unterbrechung der auswärtigen Tätigkeit oft Lücken in der Altersvorsorge und fehlende Beitragsjahre.</p> <p>Wir verlangen, dass die Ausgleichsmassnahmen erst dann eingestellt werden, wenn durchs BFS statistisch nachgewiesen werden kann, dass die Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern erreicht ist (die unerklärte Lohnungleichheit beträgt nach wie vor 7.4%).</p>
<p>4.3.3.1</p>	<p>Reduzierte Kürzungssätze beim Rentenvorbezug</p>	<p>Die vorgeschlagenen Kürzungssätze abhängig vom Jahreseinkommen (d.h. also auch abhängig vom Arbeitspensum) lehnen wir ab. Diese Massnahme ist ungerecht. Wir fordern für <u>alle</u> Frauen unabhängig vom Jahreseinkommen den gleichen Kürzungssatz d.h. mit 64 Jahren 0%, 63 Jahren 3,5% und 62 Jahren 5%.</p> <p>Ebenso verlangen wir die Streichung der Begrenzung der Ausgleichsmassnahmen auf Frauen mit Jahrgang 1958 bis 1966.</p>

<p>4.3.3.2</p>	<p>Anpassung der Rentenformel</p>	<p>Die Anpassung der Rentenformel zur Verbesserung des Rentenniveaus und als Anreiz bis zum Referenzalter erwerbstätig zu sein (und wenn möglich darüber hinaus), ist begrüssenswert.</p> <p>Die Anpassung der Rentenformel abhängig vom Jahreseinkommen erachten wir als ungerecht.</p> <p>Von einer Verbesserung der Situation zu reden und die Minimalrente nicht zu erhöhen, erachten wir als unglaubwürdig.</p>
	<p>Vorschlag neuer Artikel für AHV-Gesetz:</p> <p>Art. 10 d</p> <p>Verbesserung der Situation von familieneigenen Mitarbeitenden</p>	<p>Wir stellen den Antrag, dass familieneigene Mitarbeitende von Selbständigerwerbenden, welche nicht entlohnt werden, mindestens mit dem Minimalbeitrag bei der AHV versichert werden müssen (analog der bestehenden Versicherung für Studenten und nicht Erwerbstätige Art. 10 des AHV Gesetzes, oder angelehnt an das Modell Frankreich). Dies damit ihnen bei der späteren Rentenberechnung keine Beitragsjahre fehlen und Frauen mindestens eine Mutterschaftsentschädigung beziehen können.</p> <p><u>Beispiel bestehendes Modell für Studenten:</u> Schweizerische und ausländische Studierende mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz müssen ab 1. Januar, nach Vollendung des 20. Altersjahres, Beiträge an die AHV, IV und EO in der Höhe von 478 Franken jährlich (Mindestbeitrag), zahlen. https://www.ahv-iv.ch/p/2.10.d</p> <p>Ein ähnliches Statut besteht in Frankreich bereits seit 20 Jahren.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass bereits in einigen Kantonen Lohndeklarations-Fragebogen an mitarbeitende Söhne geschickt werden. Wir fordern, dass dies auch für mitarbeitende Ehepartner eingeführt wird.</p>

<p>4.4</p> <p>4.4.2</p>	<p>Flexibilisierung Rentenalter:</p> <p>Aufschiebung des Rentenbezugs:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die versicherte Person kann den Zeitpunkt, ab dem sie die Altersrente bezieht, frei wählen. - Altersrente kann ab 62 Jahren vorbezogen werden. Ein Aufschub ist um max. 5 Jahre, d.h. bis 70 möglich. – Beim Aufschub wird die Altersrente erhöht, beim Vorbezug wird sie gekürzt. – Der schrittweise Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ist dank Teilpensionierung möglich. – Anreizmassnahmen sollen Personen dazu veranlassen, bis 65 Jahre oder darüber hinaus zu arbeiten. 	<p>Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs entspricht der heutigen Zeit und den Bedürfnissen der Arbeitnehmenden. Eine Einführung von Möglichkeiten dazu sind zu begrüssen.</p> <p>Jedoch braucht es von Seiten der Wirtschaft auch die Bereitschaft, die Arbeitnehmenden bis und über das Referenzalter hinaus in der Arbeitswelt zu integrieren oder darin zu halten. Es braucht Anstrengungen seitens der Arbeitgeber, der Wirtschaft und des Bundes, damit ein flexibler Rentenbezug und ein schrittweiser Übergang in den Ruhestand in der Praxis auch effektiv anwendbar ist.</p> <p>Wir befürchten und sehen das Risiko, dass auf Grund der Möglichkeit der Flexibilisierung ab 62 Jahren, die Arbeitnehmenden unter dem Vorwand der Flexibilisierung frühzeitig aus der Arbeitswelt «ausgemustert» werden. Folge dessen müssen sie Rentenkürzungen hinnehmen und können mit der gekürzten Rente den Lebensunterhalt nicht bestreiten, was zu weiteren EL-Bezügen führen wird.</p>
<p>4.4.2.1</p>	<p>Teilbezug der AHV-Rente</p>	<p>Wir begrüssen die Möglichkeit des Teilbezuges der AHV-Rente. Dies entspricht den heutigen Bedürfnissen. Ein schrittweiser Übergang in die Pensionierung kann eine gute Lösung für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer sein. Zudem bietet es den Arbeitnehmern zusätzlich die Möglichkeit, Beitragslücken zu schliessen und die Renten zu verbessern. Mit dem vorgeschlagenen Prozentsatz für den Teilbezug von 20 Prozent als Mindestlösung und 80 Prozent im Maximum sind wir einverstanden.</p>
<p>4.4.2.2</p>	<p>Bezug der AHV-Rente vor dem Referenzalter</p> <p>Die Vereinheitlichung des Referenzalters bei 65 Jahren erfordert auch eine einheitliche Regelung beim Rentenvorbezug. Männer und</p>	<p>Mit der einheitlichen Regelung beim Rentenvorbezug ab 62 Jahren für Frauen und Männer sind wir einverstanden. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dies im Vergleich zu heute für die Männer ein zusätzliches Vorbezugsjahr ergibt.</p>

<p>(in Gesetz Art. 39)</p>	<p>Frauen sollen ihre Rente ab 62 Jahren vorbeziehen können, was im Vergleich zu heute ein zusätzliches Vorbezugsjahr für Männer ergibt.</p>	<p>Wir sind damit einverstanden, dass die versicherungstechnischen Kürzungssätze alle zehn Jahre überprüft werden, um die Entwicklung der Lebenserwartung besser zu überwachen. Dass die Renten beim Erreichen des Referenzalters neu berechnet wird, erachten wir als positiv.</p>
<p>4.4.2.3</p>	<p>Bezug der AHV-Rente nach dem Referenzalter</p> <p>Neu soll es möglich sein, die Rente nur teilweise aufzuschieben. Die aufgeschobene Rente wird wie heute durch den versicherungstechnischen Gegenwert der bis zum Zeitpunkt des Aufschubs nicht bezogenen Leistungen erhöht.</p>	<p>Die Möglichkeit, die Renten neu nur teilweise aufzuschieben (bis maximal zum vollendeten 70. Altersjahr) und den Anteil der Rente, den sie beziehen möchten, frei zu wählen und dabei ihre Erwerbstätigkeit auf Wunsch fortzusetzen, unterstützen wir sehr. Wir sind einverstanden mit der Möglichkeit, den Anteil der aufgeschobenen Rente während der Aufschubzeit einmal zu senken, bevor die ganze Rente bezogen wird.</p> <p>Wir sind damit einverstanden, dass die versicherungstechnischen Aufschubzuschläge wie auch die Kürzungssätze alle zehn Jahre überprüft werden, um die Entwicklung der Lebenserwartung besser zu überwachen. Dass die Renten beim Erreichen des Referenzalters neu berechnet wird, erachten wir als positiv.</p>
<p>4.4.2.4</p>	<p>Änderungen bei der Rentenberechnung Beitragspflicht während des Vorbezugs Berechnung der vorbezogenen Rente</p> <p>Die Rente wird gemäss dem Gesetzesentwurf anhand der tatsächlich geleisteten Beitragsjahre berechnet, das heisst vom 21. Altersjahr bis zum Zeitpunkt des Rentenvorbezugs.</p> <p>(gemäss geltendem Recht wird die AHV-Rente beim Rentenvorbezug so berechnet, wie wenn die Person ihre Beiträge bis zum 65. Altersjahr entrichten würde).</p>	<p>Wir sind einverstanden, dass die AHV-Beitragspflicht bei Rentenvorbezug erst am Ende des Monats endet, in dem die versicherte Person das Referenzalter 65 erreicht.</p> <p>Dass die Rente gemäss den tatsächlich geleisteten Beitragsjahren berechnet wird, das heisst vom 21. Altersjahr bis zum Zeitpunkt des Rentenvorbezugs, erachten wir als richtig. Wir nehmen zur Kenntnis, dass durch diese neue Berechnungsmethode, wegen einer unvollständigen Beitragsdauer, Beitragslücken entstehen können, diese jedoch mit Beitragszeiten während des Vorbezugs gefüllt werden können. Es ist positiv, dass die Rente im Bezugsalter (mit dem Erreichen des Referenzalters) neu berechnet wird und die zwischenzeitlich bezahlten Beiträge neu berücksichtigt und die Renten dadurch verbessert werden können.</p>

<p>4.4.2.5</p>	<p>Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren Der Zeitpunkt des Rentenbezugs wird flexibilisiert: Zwischen 62 und 70 Jahren kann die ganze AHV-Rente oder ein Teil davon bezogen werden. Die Möglichkeit zum Vorbezug und zum Aufschub mit einem Teil der Rente wird auch in der beruflichen Vorsorge verankert. Wer über das Referenzalter hinaus weiterarbeitet, kann seine spätere AHV-Altersrente mit den nach dem 65. Altersjahr bezahlten Beiträgen verbessern und Beitragslücken schliessen. Kleinere Einkommen sind dabei weiterhin nicht beitragspflichtig (monatlicher Freibetrag 1400 Franken).</p>	<p>Dass Personen, welche über das Referenzalter hinaus weiterarbeiten, ihre späteren AHV-Altersrenten mit den nach dem 65. Altersjahr bezahlten Beiträgen verbessern und Beitragslücken schliessen können, begrüßen wir sehr. Dies gilt sowohl für die AHV-Rentnerinnen und Rentner, die ihre ganze Rente aufschieben und weiterhin erwerbstätig sind wie auch jene, die ihre Rente beziehen und daneben eine Erwerbstätigkeit ausüben.</p> <p>Wir sind einverstanden, dass für Rentnerinnen und Rentner der AHV-Freibetrag von CHF 16'800 pro Jahr beibehalten wird. Um jedoch tatsächlich eine Verbesserung der Rente erreichen zu können – vor allem für Personen mit kleinen Einkommen und mit mehreren Teilzeitbeschäftigungen - fordern wir, dass der Freibetrag nicht pro Arbeitsverhältnis, sondern pro versicherte Person geltend gemacht werden kann.</p>
<p>4.4.2.6</p>	<p>Finanzielle Auswirkungen der Flexibilisierung</p>	<p>Wir sind uns bewusst, dass die Flexibilisierung ihren Preis hat. Vorrang müssen Ausgleichsmassnahmen zugunsten der Frauen haben.</p>
<p>4.4.2.7</p>	<p>Splitting der während der Ehe erzielten Einkommen Ein Splitting erfolgt in folgenden Fällen: – wenn die Ehefrau und der Ehemann das Referenzalter erreicht haben; – wenn eine Witwe oder ein Witwer das Referenzalter erreicht hat; – bei einer Scheidung oder wenn sowohl die Ehefrau als auch der Ehemann Anspruch auf eine Invalidenrente haben oder wenn einer der beiden Anspruch darauf hat und der andere das Referenzalter erreicht hat.</p>	<p>Wir sind einverstanden, dass die derzeit geltenden Grundsätze betreffend Splitting während der Ehe erwirtschafteten Einkommen weitgehend übernommen werden und der Vorbezug einer ganzen oder anteiligen Altersrente kein Einkommenssplitting mehr zur Folge hat. Zudem erachten wir als in Ordnung, dass die nach dem Referenzalter bezahlten Beiträge nicht gesplittet werden.</p>

	<p>AHV-Gesetz:</p> <p>Art. 29 sexies 139 3.</p> <p>und Art. 29 septies 143 4.</p> <p>Erziehungs- und Betreuungsgutschriften</p>	<p>Forderung in Bezug auf die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften</p> <p>Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sollen analog der Betreuungszeit bei Scheidungen auch für verheiratete Eltern proportional aufgeteilt werden können.</p> <p>Die Ehepartner sollen eine Vereinbarung zur Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften treffen können. Diese Möglichkeit soll nicht nur den geschiedenen Ehepaaren, sondern auch verheirateten Eltern zugestanden werden.</p> <p>Wir fordern, dass die Erziehungs- und Betreuungsgutsschriften NEU nach der effektiven Betreuungsarbeit oder z.B. proportional zum Beschäftigungsgrad aufgeteilt werden können. Z.B. Ehepartner arbeitet zu 80 % ausser Haus und erhält 20 % der Erziehungsgutschrift angerechnet, Ehepartnerin arbeitet 20 % ausser Haus und erhält 80 % der Erziehungsgutschrift gutgesprochen. So wird derjenige Elternteil, der hauptsächlich für die Kinder sorgt, bei der späteren Rentenberechnung weniger benachteiligt (analog der Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschrift bei einer Scheidung). Das würde aus unserer Sicht die geleistete Betreuungsarbeit gerechter abbilden und die Betreuenden wären weniger von Beitragslücken betroffen.</p>
<p>4.4.2.8</p> <p><i>(in Gesetz Art. 35 Abs. 1 und Abs. 3 zweiter Satz)</i></p>	<p>Plafonierung der Renten</p> <p>Die Summe der beiden Renten eines Ehepaares beträgt maximal 150 Prozent der maximalen Altersrente, wenn beide Ehegatten Anspruch auf eine Altersrente haben oder wenn ein Ehegatte Anspruch auf eine Altersrente und der andere Anspruch auf eine Rente der Invalidenversicherung hat.</p>	<p>Wir sind gegen die Ehestrafe und die Plafonierung der Ehepaar-Renten bei maximal 150 Prozent der maximalen Altersrente. Wir stellen den Antrag, die Ehepaar-Rente auf maximal 155% der maximalen Altersrente festzulegen (analog der Rentenreform 2020).</p> <p>Für uns ist es störend und nicht akzeptabel, dass Ehepaare als Doppelverdiener während dem Erwerbsleben einerseits mehr Steuern bezahlen (Heiratsstrafe) und dann bei der AHV nochmals bestraft werden. Die Begründung von früher, dass Ehepaare tiefere Kosten haben (Miete/Essen etc.) gilt heute nicht mehr. Ehepaare bezahlen zwei Krankenkassenprämien etc. Gerade für Ehepaare ohne grosse Rente aus der 2. Säule oder aus der freiwilligen Altersvorsorge (3. Säule) ist eine Erhöhung der Ehepaar-AHV-Rente nötig.</p>

<p>4.5</p> <p>4.5.1.</p> <p>4.5.2</p> <p><i>(in Gesetz Art. 89a Abs. 6 Ziff. 2a)</i></p>	<p>Koordination mit der beruflichen Vorsorge</p> <p>Notwendige Koordination zwischen AHV und berufliche Vorsorge.</p> <p>Die Erhöhung des Referenzalters und die Flexibilisierung des Rentenbezugs werden mit der beruflichen Vorsorge koordiniert.</p> <p>Einheitliches Referenzalter bei 65 Jahren.</p>	<p>Wir sind einverstanden, dass die in der AHV geltenden Grundsätze soweit ins BVG übernommen werden, als dies notwendig ist, um ein Auseinanderklaffen des gesetzlichen Rentenalters (der Frauen) zu verhindern und um andererseits sicherzustellen, dass die in der AHV vorgesehene Flexibilität von den erwerbstätigen Personen auch bestmöglich genutzt werden kann. Es reicht nämlich nicht aus, die Möglichkeiten der flexiblen Pensionierung in der AHV zu verbessern, wenn nicht gleichzeitig die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge verpflichtet werden, in ihren Reglementen ein flexibles Rentenalter einzuführen. Vielmehr ist es notwendig, die Flexibilisierung des Rentenbezugs und die Harmonisierung des Referenzalters in beiden Säulen innerhalb der gleichen Reformvorlage zu behandeln.</p> <p>Wir begrüßen, dass in der beruflichen Vorsorge die Vereinheitlichung des Rentenalters bei 65 Jahren zu einer Erhöhung des Altersguthabens der Frauen und somit zu einer Rentenverbesserung von rund 4–5 Prozent führt. Diese Verbesserung ergibt sich aus der längeren Dauer des Sparprozesses.</p>
<p>4.5.3</p> <p>4.5.3.1</p> <p>4.5.3.2</p>	<p>Teilbezug, Vorbezug und Aufschub der Altersleistung</p> <p>– Die gesetzlichen Regelungen der beruflichen Vorsorge sollen allen Versicherten in vergleichbarer Weise Flexibilität bei der Pensionierung sichern, wie dies in der AHV vorgesehen ist.</p> <p>– Die Vorsorgeeinrichtungen müssen mindestens drei Schritte für den Bezug der Altersrente anbieten, wobei ein teilweiser Vorbezug mindestens 20 Prozent der Altersleistung betragen muss.</p>	<p>Wir sind mit diesen Massnahmen einverstanden und erachten als wichtig, in der beruflichen Vorsorge die vergleichbare Flexibilität bei der Pensionierung zu sichern, wie dies in der AHV vorgesehen ist.</p> <p>Wir nehmen zur Kenntnis, dass zur Förderung der Weiterbildung nach dem Referenzalter, aber auch aus steuerlichen Gründen, der Rentenaufschub an die Weiterführung der Erwerbstätigkeit gebunden ist. (Denn nur Personen, die tatsächlich weiterarbeiten, sollen von der steuerprivilegierten beruflichen Vorsorge profitieren können).</p> <p>Die gesetzliche Beitragspflicht endet jedoch mit dem Referenzalter. Im Falle eines Aufschubs gibt es keine Beitragspflicht. Wir fordern jedoch, dass es allgemein möglich sein soll, Beitragszahlung auch nach dem Referenzalter bis zum Ende der Erwerbstätigkeit (jedoch höchstens bis zur Vollendung des 70.) zu leisten. Es soll den Vorsorgeeinrichtungen nicht freiwillig überlassen werden, sondern sie sollen verpflichtet werden, in ihren Reglementen eine Möglichkeit zur Beitragszahlung bis zum Ende der Erwerbstätigkeit vorzusehen.</p>

<p>4.6</p>	<p>Koordination mit den anderen Sozialversicherungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Altersleistung und Invalidenleistungen - Altersleistung und Ergänzungsleistungen - Altersrenten und Arbeitslosenentschädigung - Altersrenten und obligatorische Unfallversicherung 	<p>Wir sind mit den vorgeschlagenen Regelungen einverstanden.</p>
<p>4.7 4.7.1</p>	<p>Finanzierung der AHV - Finanzierungsbedarf</p> <ul style="list-style-type: none"> – Seit 2014 sind die Einnahmen und Ausgaben der AHV unausgeglichen. – Sobald die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen, wird sich dieses Ungleichgewicht noch verstärken und das Defizit wird sich zwischen 2021 und 2030 auf 43 Milliarden Franken belaufen. Um den Stand des AHV-Fonds bis 2030 wieder auf 100 Prozent der Jahresausgaben (Jahresbetreffnis) zu bringen, sind zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von 53 Milliarden Franken nötig. – Mit den vorgeschlagenen Massnahmen (Erhöhung Frauenrentenalter mit Ausgleichsmassnahmen bringt 10 Mia.) wird der Bedarf an zusätzlichen finanziellen Mitteln auf 49 Milliarden Franken reduziert. Zur Deckung des verbleibenden Finanzierungsbedarfs ist eine Zusatzfinanzierung erforderlich. 	<p>Die Sicherstellung der Finanzierung der AHV21 ist für uns von grösster Bedeutung. Zur Deckung des verbleibenden Finanzierungsbedarfs sehen wir die Notwendigkeit einer Zusatzfinanzierung. Wir weisen jedoch darauf hin, dass sich die Frauen mit einer allfälligen Erhöhung des Referenzalters bereits mit 10 Milliarden an der Sicherstellung der Finanzierung beteiligen. Daher auch unsere Forderung nach umfassenderen Ausgleichsmassnahmen (siehe Punkt 4.3ff).</p> <p>Da die Schweiz heute schon hohe Lohnkosten hat, würde mit einer Erhöhung der Beitragssätze die Arbeit nochmals verteuert. Das wäre zum Nachteil der Wirtschaft. Im Gegensatz zu einer möglichen Erhöhung von Beitragssätzen werden durch eine Erhöhung der MwSt. nicht nur die Beitragszahlenden belastet, sondern die Finanzierung der AHV wird solidarisch auf die ganze Bevölkerung aufgeteilt. Darum unterstützen wir eine Erhöhung der MwSt.</p>

<p>4.7.3 (in Gesetz Art. 130 Abs. 3ter und 3)</p>	<p>Erhöhung der Mehrwertsteuer</p> <p>Vorgeschlagen wird vom Bundesrat eine Erhöhung der 3 MwSt. Sätze um proportional 1.5 %.</p> <p>aktuelle Sätze, proportionale Erhöhung von 1.5%:</p> <p>Normalsatz bisher 7,7 %, neu 9.2 %</p> <p>Sondersatz für Beherbergungsleistungen bisher 3,7 %, neu 4,4 %</p> <p>Reduzierter Satz bisher 2,5 %, neu 3%</p>	<p>Zur Sicherstellung und Finanzierung der AHV21 unterstützen wir eine proportionale Erhöhung des MwSt. Satzes um 1.5%. Eine Finanzierung über eine Erhöhung der MwSt. erscheint uns angemessen, da sich damit die ganze Bevölkerung (und damit auch die Rentnerinnen und Rentner und Nicht-Erwerbstätige) an der Finanzierung der AHV beteiligt.</p> <p>Die Abschwächung der Kaufkraft als Folge der Mehrwertsteuersatzerhöhung wirkt sich nicht auf alle Bevölkerungsgruppen gleich aus. Haushalte mit tiefen Einkommen verbrauchen in der Regel einen grösseren Teil ihres Einkommens für den Konsum als Haushalte mit höheren Einkommen. Das heisst, dass eine Anhebung der Mehrwertsteuersätze Haushalte mit tiefen Einkommen absolut (in Franken) zwar weniger belastet, relativ (in Prozent ihres Einkommens) aber härter trifft.</p>
---	--	--

Fazit

Der Schweizerische Bäuerinnen- und Landfrauenverband befürwortet grundsätzlich die Stabilisierung der AHV21 und hält fest, dass die Stärkung der AHV von zentraler Bedeutung ist. Der SBLV stellt jedoch folgende Hauptforderungen:

Solange die Lohngleichheit statistisch nicht nachweisbar und nicht erreicht ist (aktuell 7.4% unterklärbare Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, obwohl Lohngleichheit seit 1996 im Gesetz für Gleichstellung verankert), **können wir eine Erhöhung des Referenzalters für Frauen nur unter der Bedingung unterstützen, dass für Frauen umfassendere und weitreichendere Ausgleichsmassnahmen als vorgeschlagen eingeführt werden.**

Verbesserung der Situation von familieneigenen Mitarbeitenden

Zudem stellen wir den Antrag, dass familieneigene **Mitarbeitende von Selbständigerwerbenden**, welche nicht entlohnt werden, mindestens mit dem Minimalbeitrag bei der AHV versichert werden müssen (analog der bestehenden Versicherung für Studenten und nicht Erwerbstätige Art. 10 des AHV Gesetzes, oder angelehnt an das Modell Frankreich, Erklärung siehe oben) Dies damit ihnen bei der späteren Rentenberechnung keine Beitragsjahre fehlen und Frauen mindestens eine Mutterschaftsentschädigung beziehen können. Wir weisen darauf hin, dass bereits in einigen Kantonen Lohndeklarations-Fragebogen an mitarbeitende Söhne geschickt werden. Wir fordern, dass dies auch für mitarbeitende Ehepartner eingeführt wird.

Forderung in Bezug auf die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften

Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sollen analog der Betreuungszeit bei Scheidungen auch für verheiratete Eltern proportional aufgeteilt werden können. Die Ehepartner sollen eine Vereinbarung zur Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften treffen können. Diese Möglichkeit soll nicht nur den geschiedenen Ehepaaren, sondern auch verheirateten Eltern zugestanden werden.

Wir fordern, dass die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften **NEU** nach der effektiven Betreuungsarbeit oder z.B. proportional zum Beschäftigungsgrad aufgeteilt werden können. Z.B. Ehepartner arbeitet zu 80 % und erhält 20 % der Erziehungsgutschrift angerechnet, Ehepartnerin arbeitet 20 % ausserhäuslich und erhält 80 % der Erziehungsgutschrift gutgesprochen. So wird derjenige Elternteil, der hauptsächlich für die Kinder sorgt, bei der späteren Rentenberechnung weniger benachteiligt (analog der Aufteilung der Erziehungs- und Betreuungsgutschrift bei einer Scheidung). Das würde aus unserer Sicht die geleistete Betreuungsarbeit gerechter abbilden und die Betreuenden wären weniger von Beitragslücken betroffen

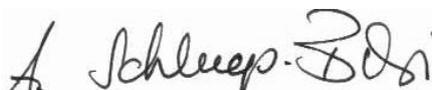
Besten Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZ. BÄUERINNEN- UND LANDFRAUENVERBAND SBLV



Christine Bühler
Präsidentin



Annekäthi Schluemp-Bieri
Präsidentin Kommission Familien- und Sozialpolitik

Per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern
BSV

E-Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch
Zürich, 11. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Gerne nimmt *die plattform* der Angestelltenverbände die Gelegenheit wahr, sich im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung zu äussern.

Allgemeine Bemerkungen

Die Sicherstellung der Finanzierung der AHV ist dringend notwendig. Der demographische Wandel stellt das Umlageverfahren in der ersten Säule massiv unter Druck. Nur weitreichende Reformen können die AHV-Renten auch für künftige Generationen gewährleisten. Zudem ist es wichtig, auch das Rentenniveau für zukünftige Pensionierte erhalten zu können. Die Verbände der *plattform* unterstützen die vorgeschlagenen Finanzierungsmassnahmen über die Angleichung des Referenzalters für Frauen sowie eine Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer, wenn auch nicht im selben Umfang wie die vom Bundesrat vorgeschlagenen 1.5%.

Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs und Anreize für das Arbeiten über das Referenzalter hinaus sind weitere sinnvolle Massnahmen für ein zeitgemässes Rentensystem. Es ist angemessen, Frauen die unmittelbar von der Angleichung des Referenzalters betroffen sind Ausgleichsmassnahmen für mehr Planungssicherheit anzubieten. Die vorgesehenen finanziellen Anreize zur Weiterarbeit bis zum ordentlichen Pensionsalter sind entsprechend zweckmässig; es profitieren vor allem tiefere Einkommen davon. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Frauen vor allem in der zweiten Säule unterversichert sind. Im Gegensatz zur AHV, bei der das Rentengefälle zwischen Frauen und Männern nur 3% beträgt, haben Männer in der zweiten Säule 60% mehr Rente. Die Reformen in der zweiten Säule sind deswegen zwingend voranzutreiben.

Unabhängig von der Steuervorlage 17 erachtet die *plattform* eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1.5% als zu hoch. Die *plattform* plädiert für eine Erhöhung von maximal einem Prozent. Verbunden mit der Zuweisung des gesamten Demographieprozentes und der Erhöhung des Referenzalters der Frauen, verteilen sich die Bürden der Finanzierung auf angemessene Weise.

Entgegen der im erläuternden Bericht aufgeführten Aussage (1.2.2), erachten die Angestelltenverbände der *plattform* die gleichzeitige Behandlung der Reformen der ersten und der zweiten Säule im Parlament als zwingend und sie haben sich am Runden Tisch des Bundesrats auch explizit für eine integrierte

Reform ausgesprochen. Nur so kann gewährleistet werden, dass sich die Situation für weniger Verdienende (v.a. Teilzeiterwerbende und Frauen) nach der Pensionierung verbessert und die unhaltbare Umverteilung in der zweiten Säule von den Aktiven zu den Rentnern gestoppt wird. Unabhängig von Beschäftigungsgrad und Zivilstand sollen Arbeitnehmende und Selbstständige auf eine angemessene Rente zählen können.

Erwägungen einzelne Artikel

Referenzalter

Art. 29bis AHVG: Referenzalter

Die Verbände der *plattform* **unterstützen ein einheitliches Referenzalter 65** für Männer und Frauen. Die solidarische Umverteilung funktioniert in der ersten Säule, im Gegensatz zur zweiten Säule, sehr gut: Frauen zahlen 33 Prozent der Beiträge und beziehen 56% der Leistungen. Das Beitragssubstrat schrumpft aber zunehmend während die sich die Bezugsperiode stetig verlängert. Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden. Will man das Umlageverfahren in dieser Form beibehalten, müssen sich erstens der AHV weitere Finanzierungsquellen eröffnen und zweitens muss sich die Beitragsdauer nach Möglichkeit verlängern. Die Angleichung des Referenzalters für Frauen ist ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Ausgleichsmassnahmen Frauen

Art. 34bis und Art. 40c und Übergangsbestimmungen: Ausgleichsmassnahmen

Die *plattform* begrüsst eine finanzielle Abfederung für Frauen in einer Übergangsphase. Die Betroffenen haben damit Zeit, sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen und ihre Pensionierung entsprechend zu planen. Sowohl der vorgeschlagene Betroffenenkreis als auch die degressive Ausgestaltung der Massnahmen sind angemessen. Die Variante 1, sieht reduzierte Kürzungssätze für drei Jahre vor dem neuen Referenzalter vor. Dies mag als zu lange erscheinen. Die Änderungen von Art 40, Abs. 4 (Anrechnung tatsächliche Beitragsjahre) schwächen die Massnahme für Frauen aber wieder etwas ab, weshalb die längere Dauer gerechtfertigt ist. Auch die Verbesserung der Renten für Frauen die bis zum oder über das Referenzalter hinaus arbeiten ist zu begrüßen, da diejenigen Frauen, die sich aus finanziellen Gründen entscheiden weiterzuarbeiten, auch davon profitieren. Die *plattform* unterstützt **Variante 2** (800 Mio.).

Flexibler Altersrücktritt

Die Möglichkeit eines flexiblen Altersrücktritts, auch mit Teilbezug, ist im Grundsatz zu begrüßen.

Art. 39 AHVG: Aufschub

Bei Spätpensionierten überwiegen nach aktuellen Studien intrinsische Faktoren, welche sie zur Weiterarbeit bewegen, d.h. dass finanzielle Anreize (Zuschlag) in der Wirkung wohl beschränkt sind. Eine Flexibilisierung der Bezugsmöglichkeiten (Absatz 1 und 2) kommt dieser Zielgruppe aber sicher entgegen. Ein beträchtlicher Teil der Spätpensionierten arbeitet jedoch auch aufgrund finanzieller Gründe weiter. Die vorgesehenen Möglichkeiten zur Rentenverbesserung (Artikel 29, Abs. 4) dienen dieser Zielgruppe, also Leuten mit Beitragslücken und/oder tieferem Einkommen. Hier sind, im Gegensatz zum Vorbezug, v.a. auch Frauen mit tieferen Einkommen betroffen. Eine Verbesserung der Altersrenten ist in diesem Fall über die Reform BVG (Koordinationsabzug, Eintrittsschwelle) zu gewährleisten.

Art. 40 AHVG: Vorbezug

Rund 30% der Frauen und 9% der Männer beziehen ihre AHV-Rente vorzeitig. Die Gründe dafür sind vielfältig (vgl. BSV 2012): Bei den Frauen überwiegen Pull-Faktoren (Mehr Freizeit, Einkommen nicht benötigt, Partner nicht mehr erwerbstätig), bei Männern eher Push-Faktoren (Gesundheit, Umstrukturierungen etc.). Allerdings ist das Verhältnis Einkommen und Frühpensionierung umgekehrt proportional: Höhere Einkommen lassen sich weniger früh pensionieren. Dies deutet darauf hin, dass v.a. Männer in un- oder tieferqualifizierten Jobs schon früher nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten. Dieser Tatsache muss Rechnung getragen werden, auch wenn sie in der vorliegenden Reform keinen Eingang gefunden hat. Die *plattform* plädiert für eine Ausweitung des Modells FAR Bauhauptgewerbe auf andere Branchen mit hoher Belastung, wie zum Beispiel im Baunebengewerbe und Branchen in denen

Schichtbetrieb verbreitet ist, wie in der Produktion oder in Pflegeberufen. Der Bundesrat soll Anstrengungen unternehmen, die Sozialpartner für dieses Thema zu sensibilisieren.

Zusatzfinanzierung

Artikel 130 Abs 3ter und 3quarter BV: Zusatzfinanzierung

Angesichts des oben diskutierten demographischen Wandels und den damit verbundenen Problemen bei der Finanzierung der AHV, ist eine Ausweitung des Beitragssubstrats von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf Konsumentinnen (also auch Rentenbezügerinnen) angemessen. Eine Mehrwertsteuererhöhung im vorgesehenen Umfang unterstützt die *plattform* jedoch nicht. Eine Erhöhung von **1%**, plus die gesamte **Zuweisung des Demographieprozents** an die AHV sollten den Finanzierungsbedarf der AHV, unabhängig vom Ergebnis bei der Steuervorlage 17, sicherstellen.

Weitere Punkte

Art. 35 Abs. 1 AHVG: Plafonierung

Aufhebung der Plafonierung. Im Sinne einer Entflechtung von Zivilstand, Versicherungen und Abgaben ist die Plafonierung der Altersrenten für Ehepaare aufzuheben. Dies bedingt in der Konsequenz auch eine Aufhebung sämtlicher zivilstandsabhängiger Regelungen für Sozialversicherungen und Steuern.

Fazit

Die Verbände der *plattform* stehen hinter der Reformvorlage AHV 21. Abweichend vom Vorschlag des Bundesrats verlangen sie aber eine geringere Erhöhung der MWST zugunsten der AHV sowie die Zuweisung des gesamten Demographieprozents an die AHV. Zudem verlangen sie die Abschaffung zivilstandsabhängiger Regelungen für Sozialversicherungen und Steuern.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns und stehen für allfällige weitere Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Für die *plattform*



Christian Zünd

Kaufmännischer Verband Schweiz

***Plattform für Angestelltenpolitik:** Die plattform vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes (kfmv), der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.*

Weitere Auskünfte Dr. Ursula Häfliger, Koordinatorin, ursula.haefliger@kfmv.ch, +41 44 283 45 78

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

ausschliesslich per Email an: emina.alisic@bsv.admin.ch

23. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV21): Stellungnahme Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Juni 2018 und danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV Stellung zu nehmen. Ebenfalls danken wir Ihnen für die Fristverlängerung für die Stellungnahme um eine Woche gemäss schriftlicher Bestätigung Ihrerseits vom 18. Juli 2018.

Wie im erläuternden Bericht ausgeführt, verschlechtert sich die finanzielle Situation der AHV seit 2014. Wenn nichts unternommen wird, ist der AHV-Fonds bis 2030 leer. Die erforderlichen finanziellen Mittel, um den AHV-Fonds in diesem Zeitrahmen gemäss gesetzlichen Vorgaben stets bei 100% bzw. einer Jahresausgabe zu halten, belaufen sich auf 53 Milliarden Franken.

Der Reformbedarf ist unbestritten. Es ist deshalb zu begrüessen, dass der Bundesrat die finanzielle Stabilisierung der AHV rasch nach der Ablehnung der letzten Vorlage an die Hand genommen hat. Dass dabei jedoch ein Vorentwurf präsentiert wird, welcher sich zu 90% auf Zusatzeinnahmen abstützt, ist enttäuschend. Die Notwendigkeit einer kurzfristigen Finanzspritze im Sinne einer kurzzeitigen Stabilisierung wäre nachvollziehbar, wenn der damit gewonnene Spielraum für die Einführung von strukturellen Massnahmen eingesetzt würde. Es wird jedoch kritisch aufgenommen, dass trotz Zeithorizont bis 2030 vor allem auf eine einnahmeseitige Lösung gesetzt wird. Die einzige strukturelle Massnahme innerhalb der vorliegenden Reform ist die Angleichung des Rentenalters (neu: Referenzalter) der Frauen auf 65, deren Entlastungswirkung je nach Ausgestaltung der Ausgleichsmassnahmen und mit den übrigen sozialpolitischen Massnahmen jedoch fast vollständig kompensiert wird.

Eine Reform mit einem ausgewogenen Mix aus finanzpolitischen und strukturellen Massnahmen hätte nicht nur grössere Resonanz und Unterstützung aus Kreisen der Wirtschaft, sondern wäre auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht ein ehrlicher(er) und nachhaltiger(er) Lösungsvorschlag, weil der Generationengerechtigkeit ebenfalls Rechnung getragen würde.

Die Diskussion über die Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre ist nicht zu umgehen. Je früher diese stattfindet, desto grösser das Verständnis und damit die Akzeptanz für diese Massnahme – sowohl in der Politik wie auch in der Bevölkerung. Es ist aus diesem Blickwinkel unverständlich, weshalb der Bundesrat die Diskussion mit der Reform AHV21 so weit in die Zukunft verschieben will. Gerade weil die Auseinandersetzung schwierig ist, wird sie erst dann stattfinden, wenn der Handlungsdruck entsprechend hoch ist.

Zudem zeigt sich immer mehr, dass sich die Bevölkerung vor dieser Herausforderung nicht mehr drücken will. Die Zustimmung für eine Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre wächst (siehe Studie von gfs.Bern im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Thurgau, Juni 2018). Für die junge Generation (16-25) ist die Altersvorsorge sogar zur grössten Sorge geworden (Jugendbarometer CS, 2018). Gleichzeitig ist bei den älteren Arbeitnehmenden ist eine längere Arbeitszeit bereits Realität: gemäss Zahlen vom Bundesamt für Statistik verschiebt sich der Zeitpunkt der Pensionierung nach hinten. Das durchschnittliche Austrittsalter belief sich 2017 auf 65,8 Jahre (Männer: 66,4 / Frauen: 65,2).

Stellungnahme economieuisse

Gestützt auf eine Konsultation unserer Mitglieder und in Koordination mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) nehmen wir wie folgt Stellung zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV:

1. Ziele, Struktur und Fahrplan der Reform

- economieuisse anerkennt den Reformbedarf und unterstützt die Ziele der Reform: Erhalt des Leistungsniveaus und Sicherung der Finanzierung der AHV. Dafür braucht es insbesondere in der mittleren bis längeren Frist strukturelle Massnahmen. Um eine Anpassung des Referenzalters an die längere Lebenserwartung wir nicht umhin, wollen wir die AHV nachhaltig finanziell stabilisieren.
- Der Vorentwurf in der Vernehmlassung besteht aus zwei Vorlagen: dem Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch die Erhöhung der MWST und der Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Die beiden Vorlagen sind nicht miteinander verknüpft. Aus Sicht der Wirtschaft ist das Konzept jedoch nur als Gesamtpaket akzeptabel. **Die Verknüpfung der beiden Vorlagen (Bundesbeschluss Erhöhung MWST und Revision AHVG) ist deshalb zwingend.**

2. Sozialpolitische Massnahmen

In Bezug auf die sozialpolitischen Massnahmen (Angleichung Referenzalter der Frauen, Wahl Ausgleichsmassnahmen, Flexibilisierung Rentenbezug und Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren) verweisen wir auf die Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, die wir in diesen Punkten unterstützen.

An dieser Stelle möchten wir hervorheben, dass die Entlastung der AHV durch strukturelle Massnahmen wie die Angleichung des Frauenreferenzalters nicht durch die Belastung von neuen und aus unserer Sicht vorwiegend ungeeigneten Massnahmen kompensiert werden darf. Strukturelle Massnahmen sollen einen nachhaltigen Beitrag zur Finanzierung der AHV leisten. Allfällige Ausgleichsmassnahmen sind deshalb gezielt und auf die betroffenen Jahrgänge auszurichten. Dabei sind allfällige grosszügige Übergangsregelungen (wie z.B. die um 1 Jahr verzögerte Erhöhung des Frauenreferenzalters) bei der Ausgestaltung der Ausgleichsmassnahmen zu berücksichtigen.

Aufgrund der sich abzeichnenden Situation auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort Fachkräftemangel) sind neben der Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre auch Massnahmen erforderlich, die die Erwerbstätigkeit von älteren Arbeitnehmenden so früh (bereits ab 60 Jahren) und so wirksam wie

möglich fördern. Zudem sollte die Beseitigung negativer steuerlicher Abhalteeffekte bzw. die Schaffung von steuerlichen Anreizen für eine freiwillige Weiterarbeit über das Rentenalter hinaus geprüft werden.

3. Finanzpolitische Massnahme: Zusatzfinanzierung über MWST

Gemäss der vorliegenden Reform AHV21 sollen über die Erhöhung der MWST 90 Prozent des Finanzierungsbedarfs zur Stabilisierung der AHV bis 2030 gedeckt werden. Dieser Anteil ist aus unserer Sicht zu hoch. **Eine Erhöhung der MWST um 1.5 Prozentpunkte zugunsten der AHV wird deshalb in jedem Fall abgelehnt.** Die finanzielle Stabilisierung der AHV muss auch im Sinne der Generationengerechtigkeit auf einen ausgewogeneren Massnahmenmix abgestützt werden. Eine Zusatzfinanzierung auf Vorrat würde jedoch die dringend nötige Diskussion über ein mittelfristig steigendes Referenzalter auf über 65 Jahre weiter verzögern.

Angesichts der demografischen Herausforderungen schlägt economiesuisse vor, die Erhöhung der MWST an die Umsetzung von strukturellen Massnahmen zu koppeln. Der Umfang der Zusatzfinanzierung über eine Erhöhung der MWST soll einerseits abhängig vom Umfang der Netto-Entlastung durch die im Rahmen der Reform ergriffenen strukturellen Massnahmen und andererseits vom Gelingen der Vorlage zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) sein:

- **Ohne zusätzliche Finanzierung der AHV über STAF** unterstützt economiesuisse eine lineare MWST-Erhöhung zugunsten der AHV **im Umfang der Netto-Entlastung der AHV durch strukturelle Massnahmen, die im Rahmen der AHV21 beschlossen werden; jedoch maximal im Umfang von 0.6 Prozentpunkten** (Normalsatz; entsprechende lineare Erhöhung der übrigen MWST-Sätze). **Als Grundsatz lehnt economiesuisse eine MWST-Erhöhung auf Vorrat ab.**
- Mit **einer Finanzierung der AHV über STAF** ab 2020 würde sich der zusätzliche Finanzierungsbedarf über eine Erhöhung der MWST reduzieren. Kommt die AHV-Finanzierung über STAF zustande, unterstützt economiesuisse eine lineare MWST-Erhöhung **in der Höhe der Netto-Entlastung der AHV durch die strukturellen Massnahmen im Rahmen der AHV21; maximal jedoch im Umfang von 0.3 Prozentpunkten** (Normalsatz; entsprechende lineare Erhöhung der übrigen MWST-Sätze). Die Erhöhung der MWST würde in diesem Fall nicht wie die AHV-Reform ab 2021 in Kraft gesetzt, sondern erst ein Jahr nachdem der AHV-Fonds unter einen Stand von 100% fällt.

Sollte STAF scheitern, spricht sich economiesuisse dezidiert gegen eine zukünftige Zusatzfinanzierung der AHV über Lohnbeiträge oder Bundesmittel (Anteil Demografieprozent des Bundes bzw. Erhöhung Bundesbeitrag an die AHV) aus. Mit der Steuervorlage sind Zehntausende Arbeitsplätze und über die direkte Bundessteuer – die wichtigste Einnahmequelle des Bundes – mehrere Milliarden Franken Steuereinnahmen verbunden. Damit wird mittelfristig zusätzlichen finanzpolitischen Spielraum für unseren Staat geschaffen.

Eine ersatzlose Aufhebung der Steuerstatus käme die Schweiz hingegen teuer zu stehen. Mittel- bis längerfristig wäre in diesem Fall mit Neustrukturierungen und der Verlagerungen von Unternehmen und Arbeitsplätzen aus der Schweiz in erheblichem Umfang zu rechnen. Die Firmenbesteuerung als wichtige Steuerbasis des Bundes wäre massiv gefährdet bzw. könnte im heutigen Umfang nicht mehr erhalten werden. Es geht um Einnahmen von fünf bis sechs Milliarden Franken jährlich. Bei einem Scheitern der Steuerreform ist es deshalb nicht möglich, zusätzliche Mittel von erheblichem Umfang für einen einzelnen Aufgabenbereich zweckzubinden – dies erst recht nicht für eine Aufgabe wie die soziale Sicherheit, die heute schon relativ und absolut mit Abstand die höchsten gebundenen Ausgaben des Bundes ausmacht. Andere wichtige Bundesaufgaben wie die Bildung oder die

Verteidigung wären akut in ihrer Entwicklung gefährdet. Alternativ müsste früher oder später die Mehrwertsteuer für die Finanzierung des Bundes angehoben werden, was aus Sicht der Finanzierungstransparenz und mit Blick auf die heute in der Schweiz schon hohe Fiskalquote (inkl. Berücksichtigung der Zwangsabgaben) keine tragbare Lösung ist. Ohne Gelingen der Steuervorlage lehnt economiesuisse deshalb weitere Bundesmittel zur Finanzierung der AHV vollumfänglich ab.

Es ist klar, dass diese Reform nur ein Schritt ist in Richtung langfristige Stabilisierung der AHV. Die Dringlichkeit für strukturelle Reformen der AHV bleibt sowohl mit der AHV21 wie auch mit einer allfälligen Zusatzfinanzierung über STAF gross. **Wir unterstreichen deshalb nochmals die Notwendigkeit von strukturellen Massnahmen, namentlich der (schrittweisen) Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre, um die AHV mittel- bis langfristig zu stabilisieren.**

Wir sind überzeugt, mit unserem Vorschlag einen Beitrag für eine transparente, nachhaltige und generationengerechte Stabilisierung der AHV zu leisten und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Dr. Frank Marty
Mitglied der Geschäftsleitung



Lea Flügel
Projektleiterin Finanzen & Steuern

Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

1. Generelles

Mit dem erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) hat der Bundesrat ein Paket vorgelegt, mit dem die obligatorische Altersvorsorge der ersten Säule in der Schweiz revidiert werden soll. Anders als in der Reform der Altersvorsorge 2020, wird die erste Säule in dieser Vorlage isoliert betrachtet. Das System soll den heutigen demografischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Der Ansatz der isolierten Betrachtung der ersten Säule ist nachvollziehbar und reduziert die Komplexität der gesamten Vorlage. Dennoch weisen wir darauf hin, dass die zeitlich versetzte Behandlung unserer Meinung nach die Gefahr birgt, dass einzelne Massnahmen nicht mehr optimal aufeinander abgestimmt sind. Da die Finanzierungsprobleme der Altersvorsorge in der ersten Säule aber deutlich erkennbar sind und aus unserer Sicht eine starke erste Säule auch in Zukunft von zentraler Bedeutung für das Vorsorgesystem in der Schweiz ist, ist diese Vorlage elementar wichtig.

Wir befürworten die Ziele der Reform und setzen uns für den Leistungserhalt in der ersten Säule durch zusätzliche Mittel und nicht durch Sparmassnahmen ein.

Die vorliegende Stellungnahme des Schweizer Bauernverbandes bezieht sich auf die Massnahmen der Stabilisierung der AHV, ohne Berücksichtigung einer allfälligen Verknüpfung mit der Steuervorlage 17. Im Falle einer Gutheissung der Steuervorlage 17 sind die dadurch entstehenden finanziellen Auswirkungen zwingend mit zu berücksichtigen.

Wir verzichten darauf, uns zu den konkreten Verfassungs- und Gesetzesänderungen zu äussern. Unsere Bemerkungen nehmen im Wesentlichen auf die im Bericht dargelegten Massnahmen Bezug.

2. Kommentar zu den vorgeschlagenen Änderungen

2.1. Referenzrentenalter und Flexibilisierung des Rentenbezugs [Kapitel 4.1]

2.1.1. Notwendigkeit einer Flexibilisierung [Kapitel 4.1.1]

Das heutige Rentenbezugsmodell ist relativ starr. Das Rentenalter liegt bei 65 Jahren für Männer und bei 64 Jahren für Frauen. Ein flexibler Bezug der Altersleistungen ist kaum möglich. Wir unterstützen die Meinung, dass dieses System kaum den Bedürfnissen der Versicherten und den demographischen Rahmenbedingungen entsprechen. Ziel soll es sein, die Erwerbstätigkeit bis zum 65. Altersjahr und darüber hinaus beizubehalten.

2.1.2. Vom Rentenalter zum Referenzalter [Kapitel 4.1.2]

Im Rahmen des Reformpaketes «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» wird der für das schweizerische Vorsorgesystem neue Begriff «Referenzalter» verwendet und als Zeitpunkt definiert, in dem das anvisierte Leistungsziel zu erreichen ist. Der neue Begriff soll anstelle des heute bekannten Begriffes «ordentliches Rentenalter» die stärkere Flexibilisierung des Zeitpunktes und des Umfangs des Rückzuges aus dem Erwerbsleben hervorheben. Wir sprechen uns nicht gegen diese neue Terminologie aus, sind aber der Ansicht, dass auch mit der Beibehaltung des heutigen Begriffes «ordentliches Rentenalter» die anvisierten Ziele erreicht werden könnten.

2.2. Einheitliches Referenzalter bei 65 Jahren [Kapitel 4.2]

Die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer entspricht der gesellschaftlichen Entwicklung und wird von unserer Seite begrüsst. Wir begrüssen auch die schrittweise Anhebung, kombiniert mit einer während einer gewissen Zeit tieferen Rentenkürzung.

2.3. Ausgleichsmassnahmen für Frauen [Kapitel 4.3]

2.3.1. Variante mit 400 Millionen Franken [Kapitel 4.3.1]

Die Anpassung der Kürzungssätze erscheint nachvollziehbar und kann im Sinne einer Übergangsregelung unterstützt werden. Da es sich bei anderen Reformen in der Vergangenheit bereits bewährt hat, Übergangsregelungen zu definieren, um die Akzeptanz einer Reform zu fördern, sprechen wir uns nicht gegen diese Massnahme aus.

2.3.2. Variante mit 800 Millionen Franken [Kapitel 4.3.2]

Die zeitlich befristete Anpassung der Rentenformel für Frauen mit tiefen Einkommen ist für uns wenig nachvollziehbar, und eher eine Massnahme zum Ausgleich der Lohnungleichheit. Für den SBV – wie für den Bundesrat auch – ist die Reform der Altersvorsorge nicht der richtige Weg, um der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken. Des Weiteren erachten wir es als stossend, dass die vorgeschlagene angepasste Rentenformel ihre maximale Wirkung bei einem massgebenden Jahreseinkommen von 42'300 Franken entfaltet und nicht etwa einen Ausgleich für die tiefen Renten vorsieht. Wir bedauern in diesem Zusammenhang, dass keine geschlechterunabhängige angepasste Rentenformel vorgeschlagen wurde.

2.4. Flexibilisierung des Rentenbezugs [Kapitel 4.4]

Die Möglichkeit eines Teil-Vorbezuges bzw. eines Teil-Aufschubes trägt den gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung. Massnahmen, welche diesen Bedürfnissen Rechnung tragen, unterstützen wir im Grundsatz. Die Möglichkeit der Berücksichtigung, der nach Erreichen des Referenzalters geleisteten Beiträgen für die Rentenberechnung, begrüssen wir ausdrücklich.

Die vorgeschlagenen Flexibilisierungsmassnahmen erhöhen die Komplexität von Rentenberechnungen massiv und vermindern somit deren Nachvollziehbarkeit. Wir regen deshalb an, die Flexibilisierungsmodalitäten nochmals kritisch zu prüfen und nach Möglichkeit zu vereinfachen. Wir sind überzeugt, dass auch mit etwas weniger fein abgestuften Pensionierungsschritten den Bedürfnissen der Versicherten Rechnung getragen wird.

Die regelmässige Überprüfung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge sehen wir als kritisch. Langfristig birgt dies die Gefahr einer Verschiebung der Leistungshöhe und einer massiven Abstrafung aller Leistungsbezüge vor oder nach dem ordentlichen Rentenalter. Gemäss der Beschreibung gehen wir davon aus, dass mit der Umsetzung dieser Massnahme längerfristig die Kürzungssätze für Vorbezüge immer höher werden und die Zuschläge für einen Aufschub sinken werden. Wir sehen in dieser Massnahme somit eine Abkehr vom Leistungsprimat, aufgrund der nicht gewünschten Diskussionen um das Rentenalter. Daher unterstützen wir diese Massnahme nicht.

2.5. Koordination mit anderen Sozialversicherungen [Kapitel 4.5, Kapitel 4.6]

Die Koordination der Reform der Altersvorsorge mit anderen Sozialversicherungen ist unumgänglich und wird von uns aufgrund der Sachzwänge und unumgänglicher Verbindungen befürwortet. Insbesondere die Regelung im Rahmen von Art. 1i BVV 2, nachdem die Pensionskassen weiterhin die Möglichkeit haben in ihrem Reglement den Altersrücktritt ab dem vollendeten 58. Altersjahr vorzusehen, begrüssen wir.

2.6. Finanzierung der AHV [Kapitel 4.7]

2.6.1. Erhöhung der Mehrwertsteuer [Kapitel 4.7.3]

Dass für die Finanzierung der Altersvorsorge zusätzliche Mittel erforderlich sind, ist unbestritten. Wir begrüssen die Sicherstellung der langfristigen Finanzierung der AHV über eine proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuer, erachten die vorgeschlagene Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte aber als unverhältnismässig, da wir der Meinung sind, dass der abgedeckte Zeitrahmen für weitere Reformschritte genutzt werden sollte.

Aus unsere Sicht soll die Finanzierung der AHV über die Mehrwertsteuer in einem angemessenen Rahmen durchgeführt werden und es sind weitere Massnahmen zur Stabilisierung rechtzeitig zu prüfen.

Wir verweisen an dieser Stelle jedoch nochmals darauf, dass sich unsere Stellungnahme auf die Massnahmen im Rahmen der «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» beziehen und allfällige Beschlüsse im Rahmen anderer Reformen, namentlich der Steuervorlage 17, nicht berücksichtigt wurden.



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 12. Oktober 2018 FP/lr
kaiser@arbeitgeber.ch

Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

1. Zusammenfassende Beurteilung

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Gestützt auf die Konsultation unserer Mitglieder nehmen wir gerne wie folgt Stellung:



- Der SAV ist mit der grundsätzlichen Zielsetzung der Reform – der Sicherung der Renten auf heutigem Niveau und der Stabilisierung der AHV-Financen – einverstanden.
- Die Ausrichtung der Vorlage auf das Jahr 2030 mit einem zu rund 90% einnahmeseitigen Konzept lehnt der SAV hingegen ab.
- Stattdessen soll mit der Vorlage die Zielsetzung bis Mitte der 2020er Jahre erreicht werden. Nebst der Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann in vier Schritten auf 65 / 65, sofort beginnend ab Inkraftsetzung der Vorlage, reicht dazu eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6% statt 1,5%. Sollte das Stimmvolk die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) bei einer allfälligen Referendumsabstimmung annehmen, ist die Zusatzfinanzierung in der AHV 21 auf 0,3% Mehrwertsteuer zu reduzieren. Trotz der zu erwarteten Verzögerung der nun gestarteten AHV-Revision aufgrund des Steuerdeals ist alles daran zu setzen, die Revision dennoch per 2021 in Kraft zu setzen.
- Aufgrund der sich abzeichnenden Auswirkungen der demografischen Alterung auf den Arbeitsmarkt (wachsender Fachkräftemangel) wäre es falsch, heute ohne strukturelle Massnahmen, dafür mit einer Steuererhöhung auf Vorrat, einen zu langen Zeithorizont anzusteuern. Es ist wichtig, ab ca. 2023 die Situation neu zu beurteilen und für eine zweite Etappe bei Bedarf auch strukturelle Massnahmen vorzusehen (namentlich ein schrittweise steigendes Rentenalter beginnend ab ca. Mitte der 2020er Jahre).
- Wie schon in der AV 2020 soll auch in der jetzigen Revision eine rechtliche Kopplung der Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann vorgesehen werden.
- Bezüglich der vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen für Frauen ist der SAV bereit, die Variante 1 mitzutragen, sofern die übrigen Parameter der Vorlage die Anliegen des SAV berücksichtigen. Allerdings ist die Besserstellung auf die vier Jahrgänge von Frauen zu begrenzen, die tatsächlich von der schrittweisen Angleichung des Referenzalters betroffen sind.
- Das vorgeschlagene Modell zur Flexibilisierung des Rentenbezugs lehnt der SAV ab. Er fordert stattdessen ein Modell, das mit Blick auf die grosse entscheidende Demografielücke auf dem Arbeitsmarkt die Anreize zu Frühpensionierungen reduziert und die Anreize zu einem längeren Verbleib im Arbeitsmarkt spürbar verstärkt.
- Der SAV beantragt als Anreizmassnahme deshalb, den AHV-Freibetrag für Erwerbseinkommen nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters von heute CHF 1'400 pro Monat auf mindestens CHF 2'000 zu erhöhen. Zudem erwartet der SAV vom Bundesrat die Prüfung der steuerlichen Situation von Erwerbstätigen nach Erreichen des Referenzalters und gestützt darauf Vorschläge für einen Abbau der steuerlichen Abhalteeffekte resp. der Schaffung von steuerlichen Anreizen für eine freiwillige Weiterarbeit über das Referenzalter hinaus.



2. Grundsätzliche Bemerkungen

Die Altersvorsorge der Schweiz steht vor gewaltigen Herausforderungen. Einerseits aufgrund der demografischen Alterung – die Anzahl Erwerbstätige pro Rentner nimmt ab – und andererseits aufgrund des anhaltend negativen Zinsumfelds, das insbesondere die berufliche Vorsorge vor Schwierigkeiten stellt. Trotz diesen Umständen hat die Stimmbevölkerung am 24. September 2017 die Reform AV 2020 deutlich abgelehnt. Hauptgrund für die Ablehnung war bereits wie bei der AHVplus-Initiative der vorgesehene AHV-Ausbau. Aufgrund des Handlungsbedarfs in der Altersvorsorge hat der Bundesrat anschliessend die Arbeiten für die neue Reform aufgenommen. Im Gegensatz zur Reform AV 2020 sollen nun AHV und berufliche Vorsorge separat reformiert werden. Dabei überlässt der Bundesrat die Erarbeitung einer BVG-Reform den Sozialpartnern. Am 27. Juni 2018 hat der Bundesrat die neue AHV-Reform (AHV 21) in die Vernehmlassung geschickt.

Wie bereits bei der Reform AV 2020 setzt der Bundesrat bei der neuen Reform erneut praktisch ausschliesslich auf einnahmeseitige Massnahmen (rund 90%). Als strukturelle Massnahme ist einzig die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 vorgesehen, die allerdings mit «Ausgleichsmassnahmen» abgedeckt werden soll. Das Rentenniveau bis 2030 praktisch ausschliesslich einnahmeseitig sichern zu wollen, statt auf einen Mix aus Zusatzfinanzierung und strukturellen Massnahmen (schrittweise Erhöhung des Rentenalters) zu setzen, führt dazu, dass bereits 2035 erneut rund 1,5% Mehrwertsteuer fehlen würden, um eine ausgeglichene AHV-Rechnung zu erreichen. Darüber hinaus will der Bundesrat wiederum den Rentenbezug flexibilisieren. Das vorgeschlagene Modell würde jedoch dazu führen, dass statt nach oben nach unten «flexibilisiert» bzw. die Frühpensionierung sogar noch attraktiver würde. Das vorgeschlagene Konzept ist somit nicht nur hinsichtlich der AHV-Sicherung fragwürdig, sondern auch um den Fachkräftebedarf angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle der Babyboomer zu decken. Diverse Mitglieder kritisieren deshalb die Vorlage des Bundesrats stark, da sie grossmehrheitlich auf Zusatzeinnahmen abzielt und kaum leistungsseitige Massnahmen beinhaltet, welche die AHV nachhaltig entlastet.

Der SAV verlässt sich zudem auf die Aussagen des Bundesrats, wonach die STAF und die damit verbundene Zusatzfinanzierung für die AHV zu **keiner zeitlichen Verzögerung** bei der geplanten Inkraftsetzung der AHV 21 per 2021 führt.

3. Beurteilung der Reformmassnahmen

Sicherung der AHV-Renten und Stabilisierung der AHV-Finzen bis 2030: Mit dem grundsätzlichen Ziel der Reform, die AHV-Renten auf dem heutigen Niveau zu sichern, sind sämtliche Mitglieder des SAV einverstanden. Die AHV ist der wichtigste Pfeiler des Schweizer Sozialsystems. Entsprechend gross ist das Interesse an einer stabilen AHV. Der vorgeschlagene Zeithorizont, in dem die AHV finanziell stabilisiert werden soll, ist hingegen deutlich zu lang. Konkret soll der AHV-Fonds mit den vorgeschlagenen Massnahmen per 2030 nicht unter den Stand von 100% einer Jahresausgabe sinken. Swissmem hält dazu fest, dass die Massnahmen in erster Linie die AHV-Finzen bis Mitte der 2020er Jahre sicherstellen sollen. Anschliessend ist in regelmässigen Abständen zu prüfen, ob weiterer Reformbedarf besteht. Obschon mit dem Konzept des Bundesrats der AHV-Fonds bis 2030 nicht unter 100% einer Jahresausgabe fallen soll, sind die AHV-Finzen alles andere als im Lot. Das Umlagedefizit würde 2030 bereits wieder rund CHF 2 Mrd. betragen, 2035 sogar CHF 6 Mrd.! Der SAV lehnt eine Reform ab, die auf einen solch weiten Zeithorizont ausgerichtet ist. Einerseits, weil die Entwicklung bis 2030 von sehr vielen Parametern abhängt, die mit grossen Unsicherheiten verbunden



sind. Andererseits weil es falsch wäre, heute ohne strukturelle Massnahmen, dafür aber mit einer Steuererhöhung auf Vorrat einen zu langen Zeithorizont anzusteuern, wie dies etwa die Arbeitgeber Banken hervorheben. Sinnvollerweise ist in mehreren Reformschritten vorzugehen. In einer ersten Etappe soll die AHV-Finanzierung bis ca. Mitte der 2020er-Jahre stabilisiert werden. In einer zweiten Etappe sollen strukturelle Massnahmen unter Berücksichtigung der dannzumal geltenden Parameter ergriffen werden.

Anhebung der Mehrwertsteuer um 1,5% resp. 0,7%: Mit der vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung um 1,5% will der Bundesrat die grosse demografische Herausforderung – die Pensionierung der Babyboomer mit der Spitze zwischen 2020 und 2035 – weitestgehend mit einer Zusatzfinanzierung bewältigen. Denn die AHV 21 besteht gut zu 90% aus einnahmenseitigen Massnahmen. Dennoch müsste gemäss dem erläuternden Bericht (S.3), ab «Mitte des nächsten Jahrzehnts eine nächste Reform ausgelöst werden». Um das Umlagedefizit per 2035 zu decken, müsste die Mehrwertsteuer noch einmal um 1,5 Prozentpunkte angehoben werden! Dies zeigt die grosse Schwäche des bundesrätlichen Ansatzes in aller Deutlichkeit: Während fast ganz Europa und viele weitere Länder längst erkannt haben, dass die strukturelle Herausforderung der demografischen Alterung nur mit einem schrittweise steigenden Rentenalter gelöst werden kann, beharrt der Bundesrat nach wie vor auf einem beinahe ausschliesslich einnahmenseitigen Konzept. Die Schweiz ist mit ihrem System der Altersvorsorge heute zwar durchaus noch gut aufgestellt. 2030 wird sie jedoch abgehängt sein. Die Medaille der demografischen Alterung hat nicht nur die Seite Rentenfinanzierung, sondern auch die Seite Arbeitsmarkt. Die Associazione industrie ticinesi (AITI) betont in diesem Zusammenhang, dass die schrittweise Erhöhung des Rentenalters über 65 hinaus nicht nur für die Rentensicherung erforderlich sei, sondern auch, um den sich zuspitzenden Fachkräftemangel einzudämmen. In dieser Hinsicht agiert der Bundesrat alles andere als konsequent. In der Diskussion um den beginnenden und sich in Zukunft stark verschärfenden Fachkräftemangel betont er jeweils zu Recht das grösste Potenzial auf dem Arbeitsmarkt: eine in Zukunft im Durchschnitt etwas länger arbeitende Bevölkerung. Vor allem auch aus dieser Sicht wäre es strategisch verhängnisvoll, heute ohne Not – auf Vorrat – eine massive Zusatzfinanzierung zu beschliessen, die in ein paar Jahren eine neuerliche Beurteilung resp. ein rechtzeitiges Greifen struktureller Massnahmen verhindert. Denn vor diesem Hintergrund könnte bereits in fünf Jahren die Diskussion über ein mittelfristig in Etappen moderat steigendes Rentenalter selbst in der Schweiz deutlich anders verlaufen als heute. Zumal eine Mehrwertsteuererhöhung um 1,5% eine starke Belastung für Konsumenten und Unternehmen (Stichwort *tax occulte*) darstellt. Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) hält bspw. explizit fest, dass die Mehrwertsteuer maximal um 0,6% angehoben werden soll bzw. um 0,3%, falls die STAF (u.a. Anhebung der Lohnbeiträge um 0,3%, Erhöhung des Bundesanteils an die AHV-Ausgaben auf 20,2% und volles Demografieprozent für die AHV) umgesetzt würde. Dies entspricht auch dem maximalen Umfang, den der SAV bereit ist mitzutragen.

Zwingende rechtliche Koppelung der Vorlagen: Es ist unverständlich, weshalb der Bundesrat auf die rechtliche Verbindung der Mehrwertsteuererhöhung mit der Gesetzesanpassung (insb. 65 / 65) verzichtet. Zwar könnte dann theoretisch auch nur das Referenzalter zum Durchbruch gelangen, weil eine Gesetzesänderung im Unterschied zur Mehrwertsteuererhöhung nur dem fakultativen Referendum untersteht und vor allem ggf. kein doppeltes Mehr von Volk und Ständen notwendig ist, doch macht das Konzept zur Sicherung der Renten nur als Gesamtkonzept Sinn. Der SAV fordert deshalb, dass die beiden Vorlagen analog wie bei der AV 2020 rechtlich gekoppelt werden.



Flexibilisierung des Rentenbezugs: Das Anliegen einer zusätzlichen Flexibilisierung des Altersrücktritts hat zwar eine gewisse Berechtigung, stellt allerdings kein prioritäres Anliegen dar. Absolut prioritär ist vielmehr die Rentensicherung. Abgesehen davon, entpuppen sich die Anreize zum freiwilligen längeren Verbleib im Erwerbsleben gemäss dem bundesrätlichen Vorschlag bei näherer Betrachtung als kontraproduktiv. Neu sollen auch Männer ein Jahr früher – ab Alter 62 – die Renten aus AHV und BVG koordiniert vorbezogen können. Damit würden gemäss der aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) falsche Zeichen gesetzt. Darüber hinaus will der Bundesrat die heute gültigen Kürzungssätze bei Vorbezug resp. die Zuschläge bei Aufschub des Bezugs der AHV-Rente mit Verweis auf die höhere Lebenserwartung stark reduzieren. **Damit gewinnt der Vorbezug gegenüber heute deutlich an Attraktivität, während der Aufschub an Attraktivität verliert. Und dies, obwohl selbst der erläuternde Bericht (S. 31 / 32) darauf verweist, dass die meisten europäischen Länder nicht nur das Rentenalter erhöhen, sondern auch die Möglichkeiten der Frühpensionierung mehrheitlich einschränken. Die vorgeschlagene Regelung – die im Übrigen Mehrkosten von CHF 340 Mio. pro Jahr verursacht – ist deshalb abzulehnen.** Es besteht heute bereits eine ausreichende Möglichkeit, die Rente vorzubeziehen. Sollte das Modell der Flexibilisierung zwischen 62 und 70 Jahren weiterentwickelt werden, müssten die Kürzungssätze für den Vorbezug resp. die Zuschläge im Falle des Bezugs nach Erreichen des Referenzalters stattdessen klar anreizorientiert ausgestaltet werden. Mit anderen Worten: Der Vorbezug wäre tendenziell unattraktiver auszugestalten, während der spätere Bezug der Rente klar attraktiver gemacht werden müsste.

Anreize für die freiwillige Weiterarbeit: Die als Anreizmassnahmen angepriesenen Massnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit entpuppen sich bei näherer Betrachtung als ungeeignet. Statt den heute gültigen AHV-Freibetrag von CHF 1'400 pro Monat auf mindestens CHF 2'000 zu erhöhen, soll er lediglich beibehalten werden. Der Freibetrag erfreut sich grosser Beliebtheit und wird von über das Rentenalter hinaus arbeitenden Rentnerinnen und Rentnern gezielt in ihrer Entscheidung über die Weiterarbeit berücksichtigt. Mit einer Erhöhung des Freibetrags würden der AHV zwar auf den ersten Blick Beiträge entgehen. Diese Einbussen würden aber mit einer steigenden Erwerbstätigkeit rasch übertroffen. Insbesondere aber krankt der bundesrätliche Vorschlag an einem anderen Punkt: Mit den nach dem Referenzalter bezahlten Beiträgen sollen Beitragslücken geschlossen und unter gewissen Voraussetzungen soll auch das durchschnittliche anrechenbare Jahreseinkommen erhöht werden können. Weil jedoch eine immer grössere Zahl von Rentnerinnen und Rentnern über maximale Renten verfügt, kann diese sogenannte Anreizwirkung gar nicht richtig funktionieren. Nicht zuletzt sorgen die unterschiedlichen Angaben zu den Kostenfolgen für grosse Irritationen. Gemäss den ursprünglichen Unterlagen würden diese Massnahmen jährliche Zusatzkosten von CHF 800 Mio. verursachen, gemäss den aktuellsten Unterlagen jedoch nur noch CHF 80 Mio. Informationen zu diesen doch bedeutenden Korrekturen gab es jedoch keine. Unabhängig davon, fordert der SAV den Bundesrat auf, hier entsprechend Korrekturen vorzunehmen. **Darüber hinaus soll der Bundesrat die steuerliche Situation von Rentnerinnen und Rentner, die über das Referenzalter hinaus arbeiten, überprüfen.** Einzelbeispiele zeigen immer wieder die Problematik auf, wonach die Kumulation von zu versteuerndem Erwerbseinkommen mit zu versteuerndem Renteneinkommen einen nicht zu unterschätzenden Abhalteeffekt haben kann. Die Erzielung von zusätzlichem Erwerbseinkommen dürfte in vielen Fällen zumindest ökonomisch nicht aufgehen.

Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 und Ausgleichsmassnahmen: Die Einführung eines geschlechtsunabhängigen Referenzalters von 65 Jahren wird von sämtlichen Mitgliedern des SAV unterstützt. Diese Massnahme ist richtig und würde gemäss diversen Umfragen auch von breiten Teilen der Bevölkerung getragen. Allerdings ist nicht ersichtlich, weshalb mit der schrittweisen Angleichung des



Frauenrentenalters erst ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform begonnen werden soll. Der Schweizerischer Versicherungsverband (SVV) weist zu Recht darauf hin, dass die schrittweise Anhebung gleichzeitig mit der Umsetzung der Reform zu erfolgen hat.

Die Notwendigkeit von Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 wird von den SAV-Mitgliedern grundsätzlich kritisch beurteilt und von diversen gar explizit abgelehnt. So betont bspw. der Arbeitgeberverband Basel, dass die Ausgleichsmassnahmen zu kostspielig sind und die positive Wirkung der Angleichung des Frauenrentenalters für die AHV zu stark verpuffen lassen würden. Der SAV könnte maximal eine Lösung in der Grössenordnung von CHF 350 bis 400 Mio. mittragen, sofern die übrigen Parameter der Vorlage stimmen. Variante 2 mit einem 70-Frankenzuschlag und Kosten in der Höhe von knapp CHF 900 Mio. pro Jahr kommt schon allein deshalb nicht in Frage, weil sie die entlastende strukturelle Wirkung der Angleichung des Frauenrentenalters zu mehr als zwei Dritteln gerade wieder zu Nichte macht. **Variante 1 ist vom Ansatz her nachvollziehbar, allerdings zu weitgehend und mit Kosten von gut CHF 500 Mio. ebenfalls zu teuer.** Weshalb die Variante 1 neun Jahrgänge von Frauen privilegieren soll, ist dem erläuternden Bericht nicht zu entnehmen. Eine naheliegende Begründung dafür gibt es wohl auch nicht. **Der SAV verlangt daher, dass Variante 1 auf die vier Jahrgänge beschränkt wird, die unmittelbar von der schrittweisen Erhöhung des Rentenalters betroffen sind. Entsprechend soll die Massnahme für die Jahrgänge 1958 bis 1961 vorgesehen werden.**

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der Bundesrat hat seine Lehren aus der gescheiterten Reform AV 2020 nicht gezogen. Anstatt nun eine ausgewogene Reform zu präsentieren, setzt der Bundesrat wiederum grossmehrheitlich auf die Karte Zusatzfinanzierung. Die Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie (CVCI) hält denn auch treffend fest, dass die Vernehmlassungsvorlage AHV 21 deshalb komplett überarbeitet werden muss. Dem kann sich der SAV nur anschliessen und verlangt vom Bundesrat, dass er mit Blick auf die Botschaft die notwendigen Korrekturen am Reformprojekt vornimmt.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unsere Ausführungen danken wir Ihnen.

Mit freundlichen Grüssen

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor

Martin Kaiser
Mitglied der Geschäftsleitung

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 9. Oktober 2018 sgv-Gf/nr

Vernehmlassungsantwort Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 hat uns Bundespräsident Alain Berset als Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern EDI eingeladen, zu einem Gesetzesentwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 230 Verbände und gegen 500'000 Unternehmen, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

1. Grundsätzliche Bemerkungen

An der Aussprache vom 27. Oktober 2017 über das weitere Vorgehen bei der Reform der Altersvorsorge hat sich der sgV dafür ausgesprochen, die Gesamtreform in drei Reformvorlagen aufzuteilen: eine rasche AHV-Reform, eine rasche BVG-Reform und eine nachgelagerte, umfassendere Sanierungsreform. Die beiden ersten Reformen erachten wir als dringend. Sie sollen das finanzielle Gleichgewicht der Altersvorsorge bis circa 2025 sicherstellen. Sie haben sich auf das Notwendigste zu beschränken. Die nachgelagerte umfassendere Sanierungsreform soll dann einen Zeitraum von weiteren zehn bis fünfzehn Jahren abdecken und sich auch struktureller Fragen wie etwa der Flexibilisierung des Rentenalters annehmen. Unumgänglich wird es dann auch sein, das Rentenalter generell zu erhöhen.

Wir begrüssen es, dass der Bundesrat unseren Vorschlägen zumindest ansatzweise gefolgt ist und vorläufig auf eine grosse, umfassende Reformvorlage verzichten will. Der gewählte Ansatz, die Altersvorsorge mittels zweier separater Reformvorlagen vorerst einmal zu stabilisieren, findet unsere volle Zustimmung. Wir sind allerdings der Meinung, dass der für die AHV 21 gewählte Zeithorizont zu grosszügig bemessen ist und dass die Vorlage viel zu stark auf die Karte Mehreinnahmen setzt. Wir bedauern auch, dass der Reformvorschlag Ausbauelemente wie etwa die Ausgleichsmassnahmen zugunsten der

Frauen enthält, die wir kategorisch ablehnen. Kritisch ist aus unserer Sicht weiter, dass die Vorlage Elemente wie etwa eine weitere Flexibilisierung des Rentenalters enthält, die nach unserem Dafürhalten nicht dringlich sind und die es daher in eine nächstfolgende, umfassendere Reform zu verschieben gilt.

Die eidgenössischen Räte haben sich dafür ausgesprochen, die Steuervorlage 17 mit einer Zusatzfinanzierung der AHV zu kombinieren. Der sgv begrüsst diesen Entscheid des Parlaments und ist zuversichtlich, dass auch die Stimmberechtigten dieser Paketlösung zustimmen werden. Die rund zwei Milliarden Franken, die der AHV jährlich zusätzlich zufließen werden, stellen einen ersten Schritt zur Stabilisierung der AHV dar. An der Notwendigkeit und Dringlichkeit der vorliegenden Reform ändert sich damit nichts. Der sgv tritt dafür ein, dass die AHV 21 gemäss bisherigem Fahrplan weiter zügig vorangetrieben wird. Eine substantielle Änderung ergibt sich einzig beim Bedarf an Mehreinnahmen. Der sgv ist dezidiert der Meinung, dass die AHV 21 bei einer Annahme der Steuervorlage 17 noch maximal 0,3 zusätzliche Mehrwertsteuerprozente beinhalten darf.

In den Vorentwürfen fehlt eine Bestimmung, die festhält, dass die Mehrwertsteuererhöhung nur dann umgesetzt wird, wenn gleichzeitig auch das Frauenrentenalter erhöht wird. Seitens des sgv verlangen wir mit Nachdruck, dass entweder im Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder aber auf Gesetzesstufe festgehalten wird, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze direkt an die Erhöhung des Frauenrentenalters gekoppelt wird, um so sicherzustellen, dass das eine nicht ohne das andere umgesetzt werden kann.

2. Bemerkungen zum Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Der sgv lehnt die beantragte Erhöhung der Mehrwertsteuersätze um 1,5 Prozentpunkte entschieden ab. Selbst eine Erhöhung um «bloss» 0,7 Prozentpunkte, die gemäss Erläuterungen im Falle der Annahme der Steuervorlage 17 geltend gemacht werden soll, wird vom sgv als deutlich zu hoch taxiert und zurückgewiesen.

Im Rahmen der Altersvorsorge 2020 haben sich Volk und Stände gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze ausgesprochen. Dieser Ablehnung gilt es bei der Neuauflage der Reform der Altersvorsorge 2020 Rechnung zu tragen. Das Nein der Stimmberechtigten darf sicher nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Mehrwertsteuersätze nun überhaupt nicht mehr angepasst werden dürfen. Das Nein des Souveräns hat aber deutlich aufgezeigt, dass eine recht grosse Zurückhaltung gegenüber der Erschliessung von Mehreinnahmen vorhanden ist. Angesichts dieser Ausgangslage kann es nicht angehen, dass nun eine Mehrwertsteuererhöhung beantragt wird, die um den Faktor 2,5 höher ist als diejenige, die von Volk und Ständen verworfen wurde. Jede Mehrwertsteuererhöhung, die höher als 0,6 Prozent ausfällt, stellt für uns eine Missachtung des Volkswillens dar und wird vom sgv bekämpft werden.

Seitens des sgv haben wir uns stets für eine ausgewogene Vorlage ausgesprochen, bei der sich im Sinne einer Opfersymmetrie Einsparungen und Mehreinnahmen in einer fairen Kombination die Waage halten. Für uns bedeutet das, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre mit einer moderaten Erhöhung der Mehrwertsteuersätze um maximal 0,6 Prozentpunkte zu kombinieren ist. Da die eidgenössischen Räte im Rahmen der Steuervorlage 17 eine Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Prozentpunkte beschlossen haben, heisst das für uns, dass wir im Rahmen der AHV 21 einer Erhöhung der Mehrwertsteuersätze um maximal 0,3 Prozentpunkte zustimmen können. Jede deutlichere Anpassung wird der sgv bekämpfen.

Mit zu berücksichtigen gilt es immer auch die negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Steuererhöhungen. Steuererhöhungen mindern die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten. Der Binnenkonsum, der einer der wichtigsten Konjunkturmotoren und Wachstumstreiber ist, wird geschwächt. Besonders zu spüren bekommen das in der Regel die auf den Binnenmarkt ausgerichteten KMU, die bekanntlich das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bilden. Steuererhöhungen entziehen den

Betrieben immer auch Mittel, die sie dringend für Investitionen in die Zukunft und für die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze benötigen. In den Erläuterungen wird unter Kapitel 6.4 auf die wirtschaftlichen Auswirkungen von Mehrwertsteuererhöhungen hingewiesen. Die dort gemachten Ausführungen erachten wir aber als zu schönfärberisch.

Trotz aller Kritik an der beantragten Höhe der Mehrwertsteuersatzerhöhung möchten wir festhalten, dass für den sgv eine Erhöhung der Konsumsteuern immer noch das kleinere Übel darstellt als höhere Lohnbeiträge. Bereits die im Rahmen der Steuervorlage 17 beschlossene Erhöhung der AHV-Beitragsätze ist für die Wirtschaft schmerzhaft. Bei der ebenfalls anstehenden BVG-Revision ist davon auszugehen, dass parallel zur unvermeidlichen Senkung des BVG-Mindestumwandlungssatzes Abfederungsmassnahmen beschlossen werden müssen, die für die Betriebe und die Arbeitnehmenden noch deutlich schmerzhafter ausfallen dürften. Für den sgv ist daher klar, dass im Zuge der AHV 21 unter keinen Umständen auf eine Erhöhung der Lohnbeiträge ausgewichen werden darf.

Auf die Zustimmung des sgv stösst die vorgeschlagene Formulierung von Abs. 3^{quater}. Auch wir sind der Meinung, dass die Mehreinnahmen aus einer Mehrwertsteuererhöhung vollumfänglich dem AHV-Fonds zugewiesen werden müssen und nicht dazu missbraucht werden dürfen, einen Teil der Finanzierungstranche des Bundes an die AHV abzudecken.

Im Bundesbeschluss fehlt eine Bestimmung, die festhält, dass die Mehrwertsteuererhöhung nur dann umgesetzt wird, wenn gleichzeitig auch die Revision der Gesetzesbestimmungen in Kraft tritt. Seitens des sgv verlangen wir mit Nachdruck, dass entweder im Bundesbeschluss selbst oder aber auf Gesetzesstufe festgehalten wird, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze direkt an die Erhöhung des Frauenrentenalters gekoppelt wird, um so sicherzustellen, dass das eine nicht ohne das andere umgesetzt werden kann.

3. Bemerkungen zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

Ersatz eines Ausdrucks

Wir wehren uns nicht dagegen, dass inskünftig der Begriff «Referenzalter» anstelle von «Rentenalter» verwendet werden soll. Für uns stellt das aber eine reine Wortklauberei dar, die keinen Zusatznutzen mit sich bringt. Auch der bisher verwendete Begriff «Rentenalter» stellt keinen fix vorgegeben Endpunkt dar, an dem jemand tatsächlich in Rente gehen muss, sondern bezeichnet lediglich den Zeitpunkt, ab dem eine ordentliche Altersrente ohne Kürzung oder Zuschlag bezogen werden kann.

Art. 4 Bemessung der Beiträge

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass der Bundesrat am Rentnerfreibetrag festhalten will, weil dieser einen relativ starken Anreiz zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters bildet. Problematisch ist nach unserem Dafürhalten aber, dass dieser Freibetrag fortlaufend verwässert wird. Wir beantragen daher, dass gleich wie die Renten inskünftig auch der Freibetrag an die Teuerung und an die Reallohnentwicklung angepasst wird. Bei der erstmaligen Anpassung sind all die Anpassungsschritte, die seit der Festsetzung des Betrags bei monatlich 1'400 Franken unterblieben sind, nachgeholt werden. Als Alternative zu einer periodischen Anpassung können wir uns auch vorstellen, den heutigen Beitrag einmalig um 50 Prozent zu erhöhen.

Art. 8 Beiträge von Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit

Wir begrüssen es ausdrücklich, dass auf eine Erhöhung des Beitragssatzes der Selbstständigerwerbenden verzichtet werden soll und dass der Bundesrat an der heutigen Ausgestaltung der degressiven Skala festhalten will. Nachdem sich das Parlament mehrfach gegen Korrekturen in diesem Bereich ausgesprochen hat, gehen wir fest davon aus, dass diese Positionen nicht mehr in Frage gestellt werden.

Art. 21 AHVG Referenzalter und Altersrente

Der vorgeschlagenen Erhöhung des Frauenrentenalters und der damit verbundenen Einführung eines geschlechtsneutralen Referenzalters 65 stimmt der sgv ausdrücklich zu. Mehr noch: eine AHV-Reform, die auf eine Angleichung des Rentenalters verzichten würde, wäre für uns inakzeptabel und müsste engagiert bekämpft werden. Die Lebenserwartung der Frauen ist nach wie vor deutlich höher als die der Männer, weshalb die Gleichschaltung des Renten- bzw. des Referenzalters für uns eine längst fällige Korrektur darstellt, auf die unter keinen Umständen verzichtet werden darf.

Angesichts der Tatsache, dass die Lebenserwartung weiterhin ungebremst ansteigt, wäre es aus Sicht des sgv längst notwendig, das Rentenalter generell zu erhöhen. Jede weitere Verzögerung bei der Erhöhung des Rentenalters vergrössert in der AHV die Finanzierungsprobleme und senkt im überobligatorischen Bereich der beruflichen Vorsorge das Rentenniveau. Angesichts dieser Ausgangslage müsste das Rentenalter bereits im Rahmen der AHV 21 generell erhöht werden. Wir sind uns allerdings bewusst, dass darunter die Akzeptanz der Vorlage leiden würde. Aus diesem Grund gibt sich der sgv im Rahmen dieser Vorlage damit zufrieden, dass in einem ersten Schritt die längst fällige Angleichung beim Rentenalter erfolgt. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass es sich die Schweiz bei der nächsten Rentenreform nicht mehr leisten können, auf eine generelle Erhöhung des Rentenalters zu verzichten.

Art. 29^{bis} Allgemeine Bestimmungen für die Rentenberechnung

Abs. 1: Aus unserer Sicht ist die vorgeschlagene Regelung unnötig umständlich und wenig "kundenfreundlich". Wenn ein Versicherter die Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus weiterführt, ist es für uns nicht einsichtig, weshalb seine Rente bei Erreichen des Referenzalters berechnet werden muss. Wenn man die Rente erst dann berechnet, wenn sie vom Versicherten tatsächlich beantragt wird, erspart man sich unter Umständen eine Berechnungsrunde und stellt zudem sicher, dass die errechnete Rente dann auch tatsächlich die korrekte ist und nicht mangels beantragter Neuberechnung zu tief ausfällt.

Abs. 3: Die vorgeschlagene Regelung, gemäss der AHV-Beiträge, die nach Erreichen des Referenzalters bezahlt werden, zu einer Rentenverbesserung führen können, löst nicht unerhebliche Mehrkosten aus. Dies ist bedauerlich und wäre eigentlich ein Grund, die Anpassung abzulehnen. Versicherungstechnisch ist es hingegen korrekt, wenn sämtliche einbezahlten Beiträge bei der Berechnung der Leistungen mitberücksichtigt werden. Nach unserem Dafürhalten stellt die vorgeschlagene Anpassung zumindest für einen Teil der Versicherten einen klaren Anreiz dar, um über das Referenzalter hinaus erwerbstätig zu bleiben. Angesichts des ausgeprägten Fachkräftemangels sind derartige Anreize zu begrüssen. Seitens des sgv können wir daher den vorgeschlagenen Anpassungen zustimmen.

Abs. 4: Auch dieser Anpassung, die das Auffüllen von Beitragslücken ermöglichen soll, stehen wir trotz den verursachten Mehrkosten positiv gegenüber. Wer gemäss bisheriger Gesetzgebung aus Unwissen oder Unachtsamkeit Beitragslücken aufwies, hat keine Chance mehr, das Versäumte nachzuholen und korrigierend einzuwirken. Dies empfinden viele Versicherte als recht störend. Die vorgeschlagene Korrektur ist daher naheliegend. Seitens der Wirtschaft versprechen wir uns auch hier Anreize für die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus.

Art. 22^{ter} Kinderrenten

AHV-Kinderrenten sind nicht mehr zeitgemäss. Sie wurden zu einem Zeitpunkt eingeführt, als bei den Familienzulagen der Grundsatz «ein Kind - eine Rente» noch nicht galt und die Familienzulagen auch noch nicht auf dem heutigen Niveau festgesetzt waren. Wir beantragen daher, dass in der AHV aus Sparüberlegungen gänzlich auf Kinderrenten verzichtet wird.

Art. 34^{bis} Berechnung der Höhe der Altersrente von Frauen, die ihre Rente nicht vorbeziehen

Der sgv lehnt die vorgeschlagene Ausgleichsmassnahme dezidiert ab. Angesichts der gewaltigen Finanzierungsengpässe in der AHV kann es nicht angehen, dass ein erheblicher Teil der Einsparungen, die sich aus der längst fälligen Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ergeben, gleich wieder für Leistungsverbesserungen ausgegeben werden sollen. Als das Frauenrentenalter in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aufgrund des permanenten Finanzüberschusses der AHV um drei Jahre gesenkt wurde, nahm man dies auch nicht zum Anlass, die Renten der Frauen zu senken. Wenn nun aufgrund der düsteren Finanzierungsperspektiven der umgekehrte Weg eingeschlagen werden muss, kann es nicht sein, dass den Frauen nun plötzlich Rentenerhöhungen zugesprochen werden. Unserer Einschätzung nach würde mit der vorgeschlagenen einseitigen Aufbesserung der Frauenrenten das Rechtsgleichheitsgebot unserer Verfassung in krasser Weise verletzt, weil das Geschlecht das einzige massgebende Kriterium für die Differenzierung der Rentenformel wäre. Umfragen zeigen, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters heute bei den Stimmberechtigten eine komfortable Zustimmung findet, so dass es auch aus abstimmungstaktischen Überlegungen nicht angebracht ist, kostspielige Geschenke zu verteilen. Solche einseitigen Zugeständnisse könnten sich vielmehr als hinderlich erweisen, hat doch die Volksabstimmung zur Altersvorsorge 2020 klar gezeigt, dass das Stimmvolk keine «Zückerchen» will.

Das BSV hat in einem im Februar 2015 veröffentlichten Faktenblatt aufgezeigt, dass die AHV heute eine massive Umverteilung von Geldern zwischen den Geschlechtern bewirkt (gemäss BSV-Faktenblatt beteiligen sich die Frauen bloss zu 33 Prozent an der Finanzierung der AHV, beziehen aber 57 Prozent der Leistungen). Eine gewisse Umverteilung zwischen den Geschlechtern mag gut sein und wird vom sgv nicht in Frage gestellt. Diese Umverteilung darf aber nicht durch die einseitige Anpassung der Rentenformel der Frauen auf die Spitze getrieben werden.

Art. 39 AHVG Aufschub des Bezugs der Altersrente

Das Rentenalter ist bereits heute recht flexibel geregelt. Nur rund jeder dritte Versicherte geht genau dann in Pension, wenn er das Rentenalter erreicht hat. Weitere Verbesserungen bei der Flexibilisierung des Rentenalters sind sicher möglich und werden vom sgv grundsätzlich unterstützt. Für uns sind diese Verbesserungen aber nicht dringlich. Der sgv tritt daher dafür ein, dass auf diesen Teil der Vorlage verzichtet wird. Massnahmen für eine weitere Flexibilisierung des Rentenalters sind im Rahmen einer nächsten umfassenderen Altersreform in Kombination mit einer generellen Erhöhung des Rentenalters zu regeln.

Obwohl wir uns dafür aussprechen, dass auf diesen Teil der Vorlage im Rahmen der AHV 21 gar nicht erst eingegangen wird, möchten wir es nicht unterlassen, zu betonen, dass wir die vorgeschlagene Umsetzungsregelung als zu kompliziert und administrativ zu aufwändig erachten. Die Einführung von Teilrenten, die zwischen 20 und 80 Prozent fast beliebig gewählt werden können und deren Höhe erst noch verändert werden kann, erachten wir für eine Volksversicherung mit 8 Millionen Versicherten als ungeeignet.

Art. 40 AHVG Vorbezug der Altersrente

Wie wir bereits bei Art. 39 ausgeführt haben, lehnt der sgv die weitere Flexibilisierung des Rentenalters im Rahmen der vorliegenden Reform ab. Wir erachten zudem den gewählten Umsetzungsansatz als zu kompliziert und administrativ zu aufwändig.

Art. 40a Kürzung bei Vorbezug der Altersrente

Der sgv hat sich stets dafür eingesetzt, dass in der ganzen Altersvorsorge versicherungstechnisch korrekte Kürzungssätze und Zuschläge angewendet werden. Wir stimmen daher den vorgeschlagenen Anpassungen und den reduzierten Kürzungssätzen zu, wohlwissend, dass diese zu nicht unerheblichen Mehrausgaben führen.

Art. 40b Kombination von Vorbezug und Aufschiebung der Altersrente

Wie wir bereits weiter oben festgehalten haben, erachten wir den gewählten Ansatz zur weiteren Flexibilisierung des Rentenalters als zu kompliziert und administrativ zu aufwändig. Die vorgeschlagenen Anpassungen lehnen wir daher ab.

Art. 40c Kürzungssätze für Frauen beim Vorbezug der Altersrente

Der sgV lehnt auch diese Ausgleichsmassnahme ganz klar ab. Die finanzielle Lage der AHV lässt es nicht zu, die längst fällige Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer mit grosszügigen Ausgleichsmassnahmen, die rund einen Viertel der erzielten Einsparungen wegfressen würden, abzufedern. Als das Frauenrentenalter in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aufgrund des permanenten Finanzüberschusses der AHV um drei Jahre gesenkt wurde, nahm man dies auch nicht zum Anlass, die Renten der Frauen zu senken. Wenn nun aufgrund der düsteren Finanzierungsperspektiven der umgekehrte Weg eingeschlagen werden muss, muss dies auch ohne Korrektur bei den Kürzungssätzen erfolgen.

In den Erläuterungen wird der Eindruck erweckt, dass Abfederungsmassnahmen unumgänglich seien, weil nicht alle Frauen die Möglichkeit hätten, ihre Erwerbstätigkeit bis zu Referenzalter aufrecht zu erhalten. Solche Fälle mag es tatsächlich geben. Unserer Einschätzung nach werden das aber Ausnahmefälle bleiben. Diese Ausnahmefälle rechtfertigen es nicht, Massnahmen zu ergreifen, die dann für die Gesamtheit zum Tragen kommen sollen. Bei der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 63 bzw. 64 Jahre hat sich deutlich gezeigt, dass praktisch alle direkt betroffenen Frauen im Erwerbsprozess verbleiben konnten. Nichts deutet darauf hin, dass dies auch bei der beantragten Erhöhung des Frauenrentenalters, die ja erst noch auf vier Teilschritte aufgeteilt werden soll, gleich ablaufen wird. Abfederungsmassnahmen, die für alle zur Anwendung kämen, sind daher nicht notwendig und angesichts der verursachten Kosten klar abzulehnen.

Art. 44 Abs. 2 Auszahlung von Renten und Hilflosenentschädigungen

Die Verdoppelung des Betrags, ab dem kleine Renten einmal jährlich ausbezahlt werden können, wird ausdrücklich begrüsst, da sich damit - wenn auch nur in bescheidenem Ausmass - die administrativen Kosten senken lassen.

Übergangsbestimmung a. Referenzalter der Frauen

Eine Erhöhung des Frauenrentenalters in vier Schritten à je drei Monate erachten wir als sinnvoll und angemessen. Grundsätzlich wäre es wünschbar, dass mit der Erhöhung des Frauenrentenalters bereits in dem Jahr begonnen wird, in dem das revidierte Gesetz in Kraft tritt. Dies könnte aber zur Folge haben, dass sowohl den betroffenen Frauen als auch den Betrieben zu wenig Zeit verbliebe, um sich auf die neue Ausgangslage einzurichten. Diese Aussage gilt insbesondere für den Fall, dass eine mögliche Referendumsabstimmung kurz vor der Inkraftsetzung stattfinden sollte.

4. Bemerkungen zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung

Art. 47 Abs. 3 Auszahlung der Taggelder und Renten

Auch hier begrüssen wir ausdrücklich die Verdoppelung des Betrags, ab dem kleine Renten einmal jährlich ausbezahlt werden können, weil sich damit - wenn auch nur in bescheidenem Ausmass - die administrativen Kosten verringern lassen.

5. Bemerkungen zum Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Wir erachten es als richtig und wichtig, dass die Anpassungen auf Stufe AHV vollumfänglich im BVG abgebildet werden. Die vorgeschlagenen Änderungen stehen zu einem grossen Teil in einem direkten

Zusammenhang mit der Flexibilisierung des Rentenalters. Wie wir weiter oben dargelegt haben erachten wir eine weitere Flexibilisierung des Rentenalters aber nicht als dringlich und wir beantragen, diese auf eine nächste umfassendere Altersreform zu verschieben. Diese würde die meisten der hier vorgeschlagenen Änderungen überflüssig machen.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Kurt Gfeller
Vizedirektor

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 16. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns zur vorliegenden AHV-Reform 21 äussern zu können.

Grundsätzliches – verfassungsmässiges Leistungsziel der Altersvorsorge sichern

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund teilt die Einschätzung des Bundesrats, dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und dass in der 1. Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht. Im Gegenteil bleibt die Vorschlag auf dem halben Weg stehen. So haben die Renten aus der 1. Säule gemäss Verfassungsauftrag existenzsichernd zu sein. Es ist bekannt, dass dieser Auftrag weiterhin nicht erfüllt ist.

Zwar führt der Bundesrat aus, dass sich im Rentenalter ein Medianeinkommen von 67 % des Medianeinkommens der Erwerbstätigen ergibt. Diese Aussage verschleiert aber die Realität der Personen mit tiefen und mittleren Einkommen bei ihrem Eintritt ins Rentenalter. Die Höhe der Rente im Verhältnis zum letzten Lohn verringert sich in den letzten Jahren immer stärker – trotz steigendem Wohlstand in der Schweiz. Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Diese Entwicklung verstärkt sich vor dem Hintergrund der steigenden Krankenversicherungsprämien und den sonstigen Gesundheitskosten zusehends. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der 2. Säule sinken. Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig das Ziel des Leistungserhalts in der AHV setzt, verkennt er, dass dies real einem Abbau des Sozialversicherungssystems entspricht.

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse letzten Herbst zeigt, dass sozialpolitische Argumente den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst haben. Gerade die zu geringe Zustimmung der aktuellen RentnerInnen-Generation für die AV 2020 zeigt, dass das heutige Renteneinkommen häufig als zu knapp empfunden wird, um damit den Lebensunterhalt zu sichern. Für eben diese Rentnerinnen und Rentner sieht die neue Vorlage nun aber keinerlei Verbesserungen vor – im Gegenteil: aufgrund einer reinen Finanzierung über die Mehrwertsteuererhöhung sollen gerade sie noch stärker zur Stabilisierung der AHV beitragen.

Der SGB steht klar hinter dem Rentenziel der Verfassung, das heisst einer ausreichenden Rentenabdeckung im Alter durch die Renten der ersten und der zweiten Säule. Bei der Vorlage AHV 21 muss deshalb der Verfassungsauftrag im Zentrum stehen. Das Leistungsniveau der

1. Säule muss in Zukunft mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten Schritt halten. Dies erfordert eine Erhöhung der AHV-Renten. Zumal das Preis-Leistungsverhältnis für tiefe und mittlere Einkommen in der 1. Säule unschlagbar ist. Neben einer generellen Erhöhung der Renten sind bei der Anpassung der AHV-Renten zukünftig auch die Krankenkassenprämien und die gestiegenen Mietkosten zu berücksichtigen.

Beibehaltung des Frauenrentenalters 64

Der SGB lehnt die in der Vorlage beabsichtigte Erhöhung des Frauenrentenalters entschieden ab. Diese war ein wesentlicher Grund für die Ablehnung der Rentenreform 2020 im Herbst 2017. Indem der Bundesrat nur wenige Monate nach diesem Scheitern wieder an der Massnahme festhalten will, ignoriert er dies. Er ignoriert auch die harschen Realitäten mit denen ältere Arbeitnehmende auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt weiterhin konfrontiert sind. Gesundheitliche Einschränkungen, Zwangspensionierungen oder Kündigungen sowie unbefriedigende Arbeitsbedingungen spielen eine bedeutende Rolle beim vorzeitigen Arbeitsmarktaustritt; Unternehmen verfügen grösstenteils nicht über eine systematische Personalpolitik zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte. Die Rekrutierung älterer Arbeitnehmender hat einen geringen Stellenwert. Diese Gründe anerkennt der erläuternde Bericht zum Reformentwurf selbst – als Gründe gegen eine generelle Rentenaltererhöhung.

Die Pensionierung ist heute also leider in vielen Fällen immer noch ein Notausgang aus einer Erwerbstätigkeit mit ungenügenden Arbeitsbedingungen. Wer ab 50 seine Stelle verliert, hat zudem grosse Mühe, wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Langzeitarbeitslosigkeit ist bei älteren Arbeitnehmenden viel stärker verbreitet als bei Jungen. Der schwache Kündigungsschutz im schweizerischen Arbeitsrecht, etwa bei langdauernder Krankheit, verstärkt die Probleme der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt.

Gemäss einer neuen Umfrage der GFS Bern erklärten mit 69% denn auch eine überragende Mehrheit der befragten Personen, dass eine Diskussion über die Erhöhung des Rentenalters mässig sei, solange es schwierig bleibt zwischen 50 und 60 eine Arbeitsstelle zu finden.

Situation der betroffenen Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft

Ältere Arbeitnehmerinnen sind auf dem Arbeitsmarkt noch weniger gefragt als ältere Arbeitnehmer. So nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen ab 55 schlagartig ab: während fast 85% aller Frauen bis 54 erwerbstätig sind, sinkt dieser Anteil danach auf nur noch 68%. Es sind also nur noch rund zwei Drittel der Frauen zwischen 55-64 überhaupt erwerbstätig.¹

Von dem höheren Frauenrentenalter wären bis 2030 unmittelbar fast 600'000 Frauen betroffen. Frauen, die Ende der 50er / Anfang der 60er des letzten Jahrhunderts geboren wurden. Ihre Biographien unterscheiden sich wesentlich von jenen der jüngeren Frauen-Generation. Sie haben wegen unterbrochenen Erwerbsbiographien und einem tieferen Ausbildungsniveau schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt als Männer im gleichen Alter oder jüngere Frauen.

Geradezu zynisch wirken vor diesem Hintergrund die Erläuterungen des Bundesrates, dass eine Differenzierung des Rentenalters nicht mehr gerechtfertigt sei, weil die Erwerbsquote der 15-64-jährigen Frauen zugenommen habe und heute in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt 58.5 Prozent betrage. Dies stimmt zwar. Die Erwerbsquote der Männer fällt zum gleichen Zeitpunkt mit 85.5 Prozent jedoch bedeutend höher aus (in Vollzeitäquivalenten). Frauen sind also zwar

¹ Vgl. Erwerbsquoten der Frauen nach Altersgruppe, SAKE 2017.

immer stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden. Ihre Situation ist aber mit jener der Männer weiterhin klar nicht vergleichbar. Der schweizerische Arbeitsmarkt hat die Herausforderung noch nicht gemeistert, einen möglichst hohen Anteil der Frauen bis zum ordentlichen Rentenalter zu beschäftigen.

Ein höheres Rentenalter ohne Beschäftigungsmöglichkeiten schafft Prekarität

Bei der Festsetzung des Rentenalters sollten die Beschäftigungsmöglichkeiten das ausschlaggebende Kriterium sein und nicht die Lebenserwartung. Ein hohes Rentenalter ohne entsprechende Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nach älteren Arbeitnehmenden schafft Prekarität. Die zentrale Herausforderung der Annäherung des Erwerbsaustrittsalters an das gesetzliche Rentenalter muss deshalb vor einer allfälligen Rentenaltererhöhung angegangen werden. Der Bundesrat nennt in seinem erläuternden Bericht denn auch gerade selbst einige (vergleichende) Beispielsmassnahmen hierfür: Massnahmen zur Förderung des aktiven Alterns, ein Recht auf Beschäftigung bis zu einem gewissen Alter oder der Schutz vor altersbedingten Entlassungen; grosszügige gesetzliche Urlaube aus familiären Gründen, tiefere Wochenarbeitszeiten; Sonderbestimmungen für Frühpensionierungen jener Personen mit langen Erwerbskarrieren oder für Personen, die gefährliche oder beschwerliche Arbeiten ausgeführt haben.

Solange keine dieser Massnahmen umgesetzt werden, muss für den SGB beim Rentenalter der Status quo verteidigt werden. Eine Anhebung des Frauenrentenalters führt ansonsten lediglich zu einer Kostenverlagerung zulasten anderer Versicherungen.

Keine finanzielle Notwendigkeit der Erhöhung des Frauenrentenalters zur Sicherung der AHV

Gemäss Bericht des Bundesrates müssten die Mehrwertsteuersätze bis 2030 um 1.6 Prozentpunkte angehoben werden, wenn man die Reform einzig auf die Zusatzfinanzierung der AHV über die MWSt ausrichten würde. Mit einer um nur 0.1 % höheren MWSt-Erhöhung als im Moment vorgesehen, könnte also auf die äusserst kontroverse Massnahme der Erhöhung des Frauenrentenalters verzichtet werden. Anders als im öffentlichen Diskurs bisweilen dargestellt, besteht also keine finanzielle Dringlichkeit für eine Erhöhung des Frauenrentenalters zur Sicherung der AHV.

Auswirkungen der Erhöhung des Frauenrentenalters auf die 2. Säule

Der Bundesrat begründet die Erhöhung des Frauenrentenalters auch mit der realen Entwicklung in einigen Vorsorgeeinrichtungen, welche das reglementarische Rentenalter für Frauen bereits auf 65 festgelegt haben. Der Bundesrat versucht den Frauen die Anhebung des Rentenalters auf 65 den Frauen schmackhaft zu machen, indem er den Frauen im Bereich der beruflichen Vorsorge eine Rentenverbesserung von rund 4-5 Prozent in Aussicht stellt. Nicht alle Frauen sind aber in der 2. Säule überhaupt versichert. Selbst wenn dies der Fall ist, nimmt die berufliche Vorsorge in der Alterssicherung der Frauen selten eine wichtige Rolle ein. Weil die Erwerbsbiografien von Frauen vielfach geprägt sind durch Erwerbsunterbrüche und lange Phasen der Teilzeitarbeit. Frauen haben deshalb oft keine tragfähige 2. Säule aufbauen können, selbst wenn sie vor der Pensionierung über ein Lohn Einkommen von über CHF 84'600.- verfügen. Bei einer Rentenverbesserung um 4-5 % handelt es sich deshalb nur um eine minimale Verbesserung ihrer Rentensituation, die sowieso nur eintritt, wenn die Frauen auch tatsächlich ein Jahr länger erwerbstätig bleiben können und ihr Altersguthaben weiter äufnen.

Unterschiedliches Rentenalter als wirksame Ausgleichsmassnahme

Die beabsichtigte Erhöhung des Frauenrentenalters ist eine einschneidende Leistungsver-schlechterung von rund 1.2 Milliarden Franken (jährlich), die einzig von den Frauen hingenom-men werden muss. Dabei verfügen Frauen auch weiterhin über eine bedeutend schlechtere Rentenabdeckung im Alter. Die immer noch anhaltende Lohndiskriminierung und die Benach-teiligungen bei der beruflichen Laufbahn aufgrund der Familienpflichten führen dazu, dass Frauen vor allem in der 2. Säule mit weit tieferen Renten rechnen müssen als Männer. Hinzu kommt, dass die Einkommenssituation der Frauen immer noch wesentlich schlechter als jene der Männer ausfällt. Frauen übernehmen auch immer noch den Hauptanteil der Betreuungs- und Haushaltsarbeit.

Ein unterschiedliches Rentenalter zwischen Frauen und Männern ist für den SGB eine wirksame Ausgleichsmassnahme für die häufige Mehrbelastung, mit der viele Frauen ab 55 konfrontiert sind. Während dieser Lebensphase sind viele Frauen oftmals Mutter, Grossmutter und Tochter zugleich. Als Grossmutter nehmen sie eine tragende Rolle bei der Betreuung ihrer Enkelkinder ein und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarung von Familie und Beruf der jün-geren Generation. Andere pflegen in diesem Alter ihre kranken Eltern, Schwiegereltern oder den eigenen Partner und verhindern so den Eintritt in ein teures Pflegeheim. Diese informelle Betreuungs- und Pflegearbeit ist umso wichtiger, als es an ausgebildetem Pflegepersonal man-gelt. Frauen kompensieren so den unzureichenden Zugang junger wie alter Menschen zu Be-treuungsmöglichkeiten und entlasten den Sozialstaat. Die Arbeit, die von vielen älteren Frauen unbezahlt verrichtet wird, ist viel wert. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus gesehen profitieren wir vom Engagement der älteren Frauen, welche die bezahlte Arbeit zu-gunsten der unbezahlten Arbeit eintauschen.

Kompensationsmassnahmen

Aufgrund der in der AV2020 enthaltenen generellen Leistungsverbesserungen in der 1. Säule war der SGB denn auch bereit, ein höheres Frauenrentenalter zu akzeptieren. Die Auswertung der Abstimmungsresultate zeigen aber, dass dies nicht reichte, um die nach wie vor bestehen-den Ungleichheiten zu kompensieren. Auch die neu vorgeschlagenen Kompensationsmassnah-men werden diesem Umstand in keiner Weise gerecht.

Variante 400 Millionen– reduzierte Kürzungssätze beim Rentenvorbezug

Der SGB begrüsst den Vorschlag des Bundesrates, dass Frauen mit tiefen Einkommen beim Rentenvorbezug von reduzierten Kürzungssätzen profitieren können. Das vorgeschlagene Mo-dell ist jedoch zu restriktiv ausgestaltet. So sollen die reduzierten Kürzungssätze beim Vorbezug nur für jene Frauen gelten, die bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966). Das sind knapp 600'000 Frauen. Der Bundesrat rechnet aufgrund der heutigen Vorbezugsraten damit, dass rund 25% dieser Frauen von einem erleichterten Vorbezug profitieren werden.

Auch die Möglichkeit, dass für Frauen mit tiefen Löhnen speziell vorteilhafte Kürzungssätze gel-ten sollen, wird vom SGB positiv bewertet. Doch die gewählte Lohnhöhe liegt mit CHF 56'400.- zu tief. Die Kürzungssätze sind damit so ausgestaltet, dass insgesamt nur rund 70'000 der 600'000 Frauen von ihnen profitieren könnten. Nur etwas mehr als 10 Prozent der betroffenen Frauen könnten also mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen, ohne dass sich dies verglichen mit dem heutigen Recht negativ auf die Höhe ihrer Pension auswirken würde. Dies ist klar ungenü-gend.

Insgesamt erinnert der Vorschlag an jene Massnahme, welche der Bundesrat im Rahmen der AV2020 vorgesehen hatte, damit auch Personen mit tiefen Einkommen und langen Erwerbsbiographien von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen können. Als solche Abfederungsmassnahme macht sie weit mehr Sinn und ist sie auch weiterhin notwendig (vgl. unten). Sie taugt nicht als Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters.

Variante 800 Millionen – reduzierte Kürzungssätze und Anpassung der Rentenformel

In der vom Bundesrat vorgeschlagenen Variante mit Kompensationsmassnahmen in der Höhe von 800 Millionen wird als zweite Massnahme zusätzlich zu den reduzierten Kürzungssätzen eine Anpassung der Rentenformel vorgeschlagen. Sie kommt nur für jene Frauen zur Anwendung, die bis 65 Jahren arbeiten können und in der Übergangsgeneration sind, also bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966).

Es entspricht einer langjährigen Forderung des SGB, die Rentenformel so anzupassen, dass sich die AHV-Renten für tiefe und mittlere Renten überproportional verbessern. Der SGB begrüsst die vorgeschlagene Anpassung der Rentenformel daher. Gemäss Vorschlag wird die maximale Rentenerhöhung von 214 Franken nur für sehr wenige realisiert, nämlich rund 700 Frauen pro Jahr bis 2030. Auch hier ist der vorgeschlagene Geltungsbereich der Massnahme deshalb klar zu restriktiv. Der SGB fordert, dass die angepasste Rentenformel für alle Personen mit tieferen und mittleren Einkommen gelten muss – Frauen und Männer – und nicht nur für die Frauen der Übergangsgeneration. Auch eine solche Ausweitung der Massnahme würde vor allem dazu führen, dass sich die AHV-Renten dem Verfassungsauftrag annähern. Sie muss ohne Verknüpfung mit der Erhöhung des Frauenrentenalters ergriffen werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Grundsätzlich begrüsst der SGB die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Diese schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. Solche flexiblen, individualisierten Rücktrittsmodelle sind sowohl für die Firmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen weit zielgerichteter als eine Erhöhung des Rentenalters, die der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht Rechnung tragen kann.

Damit sich aber nicht nur Personen mit hohem Einkommen einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter überhaupt leisten können, sind entsprechende Massnahmen vorzusehen. Sonst führt die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu einer faktischen Rentenaltererhöhung. Anders als in der AV2020 enthält der Entwurf keine Abfederung für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Zwar präsentiert der Bundesrat die Möglichkeit des privilegierten AHV-Vorbezugs für Frauen der Übergangsgeneration als Kompensationsmassnahme. Doch selbst wenn von einem privilegierten Kürzungssatz beim Rentenvorbezug vorab Frauen betroffen sind, gibt es keinen Grund, warum andere Personen mit geringem Jahreseinkommen – sowohl Frauen ab Jahrgang 1967 als auch Männer – in diesem Punkt ein geringeres Schutzbedürfnis aufweisen.

Der SGB fordert deshalb, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Personen mit geringen Einkommen angewendet werden. Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62-70 Jahren überhaupt Gebrauch machen. Die Ausweitung des privilegierten Rentenvorbezugs für Personen mit tiefen Einkommen

drängt sich auch deshalb auf, weil dieselben Personen in der Regel eine tiefere Lebenserwartung als jene des Durchschnitts aufweisen. Ausserdem sollte die Einkommensschwelle für den privilegierten Vorbezug auf das 4.5-fache der minimalen AHV-Jahresrente festgelegt werden, d.h. auf zurzeit CHF 63'450. Verglichen mit den neuesten Zahlen der Lohnstrukturerhebung fällt die bisher vorgeschlagene Einkommensgrenze von CHF 54'600.- zu tief aus, stellt dies doch nur gerade die untersten 10% der in der Schweiz verdienten Löhne dar.

Schliesslich lehnt der SGB die automatische Anpassung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge bei Vorbezug und Aufschub der Renten ab. Solche bedingten Rechtsnormen müssen sich nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit richten; die Erforderlichkeit und Eignung entsprechender Anpassungen soll nicht um Jahre im Voraus und automatisiert festgelegt werden. Sie sind auch von erheblicher Bedeutung für die Rentenhöhe und deshalb die Planbarkeit des Altersrücktritts. Sie sollen deshalb nicht auf Verordnungsstufe angepasst werden können.

Solide Finanzierung der 1. Säule

Die Gesundheit der AHV-Finzen hängt in erster Linie von der Lohnsumme ab, die in der Schweiz verdient wird – und nicht vom Verhältnis der Beitragszahler zu den Aktiven. Die AHV-Lohnbeiträge konnten deshalb seit 1975 konstant bei 8.4 Prozent bleiben. Nur einmal waren 0.83 zusätzliche MWSt-Prozente notwendig. Dies obwohl sich die Zahl der AHV-Renten seither mehr als verdoppelt hat und obwohl die AHV-Renten jeweils zur Hälfte an Löhne und Teuerung angepasst werden. Das Finanzierungsmodell der AHV ist also äusserst solide.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Demografie keine Rolle spielt. Dass Personen im Pensionierungsalter heute länger leben als in den vergangenen Jahrzehnten ist eine grosse Errungenschaft des modernen, hoch entwickelten Staates. Diese Errungenschaft muss valorisiert werden. Der SGB anerkennt den daraus entstehenden Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen. Rentenverbesserungen und der Renteneintritt der Baby-Boomer-Generation erfordern eine ausreichende Finanzierung der 1. Säule.

Der Finanzierungsbedarf in der 1. Säule muss solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommen aufgeteilt werden. Die Erhöhung der Lohnbeiträge an die AHV steht für den SGB deshalb im Vordergrund. Aufgrund des ausgeprägten sozialen Korrektivs spricht sich der SGB für eine Stärkung des Umlageverfahrens aus. Die Anhebung der Lohnbeiträge für die AHV wurde im Abstimmungskampf der Rentenreform 2020 nicht kritisiert. Die Arbeitgeber kritisierten vielmehr, dass die RentnerInnen höhere Mehrwertsteuerabgaben zu leisten hätten, ohne dass sie dafür eine bessere Leistung erhalten würden. Auch wenn sie sich nun aufgrund der anstehenden Reform der 2. Säule gegen die Erhöhung der Lohnbeiträge für die AHV aussprechen. Anders als in der AHV können die Probleme in der 2. Säule aber primär nicht über Lohnbeiträge gelöst werden. Insbesondere Lohnbeiträge zugunsten der AHV in der Höhe von 0.3% - wie sie zurzeit in der STAF 17 vorgesehen sind – tragen wesentlich zur Stabilisierung der 1. Säule bei; in der 2. Säule können sie nichts Grundsätzliches bewirken.

Aufgrund des starken sozialen Ausgleichs in der AHV stellt sich der SGB aber auch nicht gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der 1. Säule. Wir bedauern jedoch, dass die komplette Überführung des Demographie-Prozents der 90er Jahre an die AHV weiterhin nicht vorgesehen ist und dass die Vorlage keine weiteren Finanzierungsquellen prüft.

Der SGB fordert, dass die künftigen Mehrausgaben der AHV beitragsseitig vor allem über höhere Lohnbeiträge zu finanzieren sind.

Neben beitragsseitigen Finanzierungsquellen sind für den SGB auch Massnahmen zu ergreifen, um Beitragsausfälle bei der AHV zu verhindern. So haben die privilegierte Dividendenbesteuerung sowie die Lockerung der Standesvorschriften bei den freien Berufen dazu geführt, dass heute ganze Hochlohnbranchen wie frei praktizierende Anwälte/Notare oder Ärztinnen als Aktiengesellschaften organisiert sind und anstatt auf Löhne auf eine Dividendenausschüttung als Entgelt setzen. Damit wird das Beitragssubstrat der AHV geschmälert.

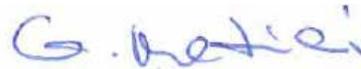
Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Paul Rechsteiner
Präsident



Gabriela Medici
Zentralsekretärin

Hopfenweg 21
PF/CP 5775
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Per Mail an
Frau Emina Alisic
Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern
emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 15 . Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Stellungnahme zum Vorentwurf des Bundesrates

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum oben erwähnten Gesetzesentwurf Stellung nehmen zu können. Die AHV ist für die Arbeitnehmenden in der Schweiz das wichtigste Sozialwerk. Nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 drängt die Zeit für eine Stabilisierung noch mehr. Dies weil die geburtenstarken Jahrgänge vermehrt in Rente gehen. Mit jedem Jahr wird eine Reform teurer. Es ist deshalb wichtig, dass eine nächste Reform rasch gelingt. Travail.Suisse wird sich dementsprechend für mehrheitsfähige Lösungen einsetzen, welche das Hauptaugenmerk auf eine solide Finanzierung legen. Schwieriger wird es, wenn die Zusatzfinanzierung mit Leistungsabbau kombiniert wird. Mehr bezahlen und dafür länger arbeiten bzw. weniger bekommen, kommt in der Bevölkerung nicht gut an. Genau dies beinhalten aber die vorgeschlagenen Massnahmen des Bundesrats mit der Kombination von Erhöhung der Mehrwertsteuer und Erhöhung des Frauenrentenalters. Travail.Suisse hätte hier eine reine Finanzierungsvorlage bevorzugt. Wenn aber nun auch über die Leistungen diskutiert werden soll, braucht es auch sozialpolitische Verbesserungen.

1. Ausgangslage

Die Voto- Analysen nach der Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 zeigen eine Vielzahl von Motiven, welche für eine Ablehnung der Reformen verantwortlich waren. So war die Vorlage angesichts der vielen enthaltenen Veränderungen wohl zu komplex und zu umfangreich. Weiter waren bezüglich der 1. Säule der AHV-Zuschlag von 70 Franken und die Erhöhung des Frauenrentenalters die meistgenannten Motive gegen die Annahme der Altersvorsorge 2020. Während den einen die 70 Franken zu wenig zielgerichtet waren und an zu breite Kreise ausgerichtet wurden, störten sich

insbesondere die bisherigen Rentner/innen daran, dass der AHV-Zuschlag nur den Neurentner/innen vorbehalten gewesen wäre. Auch die Erhöhung des Frauen Rentenalters wurde von Frauen und Männern oft als nicht gerechtfertigt taxiert angesichts der schlechteren Löhne und der schlechteren Altersvorsorge für viele Frauen.

Der demografische Druck nimmt stetig zu. Doch nur weil die Lebenserwartung steigt und zudem mehr Arbeitnehmende ins Rentenalter kommen, brauchen die Leute nicht weniger Geld zum Leben. Trotzdem sinkt die Ersatzquote (das Verhältnis der Rente im Verhältnis zum letzten Lohn) bei den Neurenten verglichen mit der Situation vor ein paar Jahren drastisch. Dies vor allem wegen der Kürzungen in der 2. Säule. Die AHV hat den Auftrag, für die Existenzsicherung im Alter zu sorgen. Die AHV kann diesen Auftrag schon heute in Anbetracht der steigenden Krankenkassenprämien und der steigenden Wohnkosten nur ungenügend erfüllen. Viele Rentner/innen sind auf Ergänzungsleistungen angewiesen, welche ihrerseits politisch ebenfalls unter Druck sind. Die Herausforderung wird deshalb nicht nur sein, die AHV ohne Leistungskürzungen zu stabilisieren, sondern auch eine angemessene Existenzsicherung sowie zusammen mit dem BVG die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung gemäss Verfassungsziel sicher zu stellen.

2. Generelle Bemerkungen

Travail.Suisse zieht aus der Ausgangslage und der Abstimmungsanalyse folgende Schlüsse:

- Wenn sich ein höheres Frauenrentenalter im Rahmen des Gesamtpakets Altersvorsorge 2020 nicht als mehrheitsfähig erwiesen hat, wird es dies auch bei einer reinen AHV-Vorlage nicht sein. Travail.Suisse stellt sich deswegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen von AHV21.
- Der Fokus der gegenwärtigen Reform bezüglich Rentenalter sollte darauf liegen, dass überhaupt die meisten Arbeitnehmenden bis zum heutigen gesetzlichen Rentenalter arbeiten können. Gute Arbeitsbedingungen sind ein Schlüssel dazu. Travail.Suisse verschliesst sich auch verstärkten Anreizen diesbezüglich nicht.
- Eine solide Zusatzfinanzierung ist das dringendste Anliegen der Reform. Die Einsicht, dass es eine solide Zusatzfinanzierung für die AHV über den demografischen Buckel hinweg braucht, ist bei der Bevölkerung vorhanden. Die Last dieser Zusatzfinanzierung muss auf möglichst viele Schultern verteilt werden. Deshalb spielt die Mehrwertsteuer, wo die ganze Bevölkerung inklusive Rentner/innen beteiligt ist, eine grosse Rolle. Und deshalb soll die zusätzliche Finanzierung aber auch aus verschiedenen Quellen stammen. Hier spielt der Beitrag der Lohnprozente aus StaF eine wichtige Rolle.
- Auch wenn nun über die AHV und das BVG separat beraten wird, muss eine Gesamtsicht beibehalten werden. Was für die Arbeitnehmenden zählt, ist die Rente, die aus beiden Säulen resultiert. Dies auch dann, wenn die Reformen nicht in einem Paket behandelt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Renten der 2. Säule im Verhältnis zum letzten Lohn abnehmen und diejenigen der 1. Säule insbesondere bei den tiefen Einkommen nicht genügend für die Existenzsicherung sind. Die Stärkung der Renten in der 1. Säule soll gezielt erfolgen. Deshalb

braucht es keine generellen Zuschläge auf die AHV-Renten, sondern eine Änderung der Rentenformel zugunsten der bescheidenen Einkommen.

- Trotz der Gesamtsicht sind klare und einfache Fragen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu stellen. Zu stark verknüpfte Vorlagen kumulieren die Nein-Argumente. Sollte die Erhöhung des Frauen-Rentenalters beibehalten werden, so ist diese Frage aus Gründen der Mehrheitsfähigkeit von derjenigen der Zusatzfinanzierung zu trennen. Allenfalls können beide Vorlagen parallel behandelt werden.

Insgesamt ist Travail.Suisse klar der Ansicht, dass die Lebensqualität der Bevölkerung im Zentrum stehen muss. Diese wird mit einer Zusatzfinanzierung im Umfang von mittelfristig 2-3 Mehrwertsteuerprozenten über den demografischen Buckel hinweg viel weniger beeinträchtigt als bei Rentenaltererhöhungen oder gar Rentenkürzungen.

Im Folgenden nehmen wir zu den aus unserer Sicht wichtigsten Punkten der Reform inhaltlich Stellung.

3. Hauptforderungen an die Reform

3.1 1 bis 1.5 Baby-Boomer-Prozente in der Mehrwertsteuer

Für die Zusatzfinanzierung für die geburtenstarken Jahrgänge braucht es zwingend eine Zusatzfinanzierung. Auch wenn die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Arbeitnehmenden und Rentner/innen ein Opfer darstellt, wird eine solche für eine stabile AHV unumgänglich sein. Travail.Suisse erachtet eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Sinne von Baby-Boomer-Prozenten als richtig. Angebracht ist eine Erhöhung um bis zu 1.5 Mehrwertsteuerprozentpunkten, wie es der Bundesrat vorschlägt. Wenn zusätzlich aus der Steuervorlage weitere Gelder (0.3 Lohnprozente, Demografieprozent voll für die AHV, Erhöhung Bundesbeitrag) in die AHV fliessen, kann der zusätzliche Beitrag der Mwst. an die AHV auf vorläufig 1 Prozent beschränkt werden. Der Vorteil einer Mehrwertsteueranhebung ist, dass die ganze Bevölkerung und nicht nur die Erwerbstätigen so die demografische Zusatzbelastung der AHV mitfinanzieren.

Auch mit einer Anhebung der Mehrwertsteuersätze auf 9.2 Prozent ist die Schweiz im internationalen Umfeld immer noch absoluter Spitzenreiter in Sachen Mehrwertsteuer und weiterhin sehr konkurrenzfähig. Damit die Mehrwertsteuererhöhung möglichst sozialverträglich ist, soll eine proportionale Erhöhung der Sätze ins Auge gefasst werden. Travail.Suisse unterstützt in diesem Sinn die diesbezüglichen Vorschläge des Bundesrates. Es soll zudem geprüft werden, wie der Finanzierungsbedarf der AHV auch ohne die Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuer-Satzes für Güter des täglichen Bedarfs gedeckt werden kann.

3.2 Die Erhöhung des Frauen-Referenzalters auf 65 wird abgelehnt

Wie erwähnt, lehnt Travail.Suisse eine Erhöhung des Frauenreferenzalters im Rahmen von AHV21 ab. Wie die Analysen zeigen, war die Erhöhung des Referenzalters auf 65 Jahre für Frauen einer der Hauptgründe für die Ablehnung der Altersvorsorge 2020. Eine Wiederaufnahme dieser Massnahme gefährdet auch die vorliegende Vorlage, solange nicht gewichtige Verbesserungen auch in der Frage der Lohngleichheit erreicht werden. Angesichts der beschränkten finanziellen Wirksamkeit dieser

Massnahme – der Bedarf an Zusatzeinnahmen würde sich nur wenig verringern¹ - ist das Gewicht auf eine stabile Zusatzfinanzierung zu legen. Die Bevölkerung wird eher bereit sein, das Opfer der Mehrwertsteuererhöhung zu tragen als dasjenige der Erhöhung des Referenzalters für Frauen. Dies weil die Zusatzfinanzierung die Lebensqualität der Arbeitnehmenden und Rentner/innen weit weniger beeinträchtigt als eine Rentenerhöhung. Beide Opfer – Erhöhung des Rentenalters und zusätzliche Mehrwertsteuer - zu kombinieren, schmälert die Chancen auf Zustimmung entscheidend. Der Akzent der vorliegenden Reform ist auf die Annäherung des tatsächlichen Rentenalters mit dem heutigen gesetzlichen Rentenalter zu legen. Dies bringt auch bezüglich Finanzierung deutlich mehr. Hierzu sollten Lösungsansätze für die Schwierigkeiten von älteren Arbeitnehmenden – Männer und Frauen - überhaupt bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten zu können, präsentiert werden anstatt das gesetzliche Rentenalter zu erhöhen. Werden Arbeitnehmerinnen bei einem höheren Referenzalter wegen der Situation auf dem Arbeitsmarkt faktisch in Frühpension gezwungen, so kommt dies einer kalten Rentensenkung gleich. Das ist zu verhindern.

3.3 Kompensationsmassnahmen

Sollte dennoch an der Erhöhung des Frauenreferenzalters festgehalten werden, nimmt Travail.Suisse zu den vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen wie folgt Stellung:

Travail.Suisse lehnt die Variante 1 (Modell mit 400 Mio. Franken für reduzierte Kürzungssätze) ab, weil die Mittel dafür zu knapp bemessen sind. Mit der Variante 1 werden für die Übergangsgeneration reduzierte Kürzungssätze bei Rentenvorbezug vorgesehen. Dabei wird für bescheidene Einkommen (bis 56'400 Franken Jahreseinkommen) ein stärker reduzierter Kürzungssatz angewendet. Das ist zu begrüssen. Auch sind die Massnahmen technisch gut gemacht. Allerdings werden nur 25 Prozent der von einer Rentenerhöhung betroffenen Frauen einen reduzierten Kürzungssatz nutzen. Das ist eindeutig zu wenig, um eine Rentenerhöhung von einem Jahr zu kompensieren. Die Ausgleichsmittel sind zu knapp bemessen.

Interessanter ist die Variante 2 der Ausgleichsmassnahmen. Sie wird von Travail.Suisse bevorzugt. Sie bringt mehr Frauen einen Ausgleich. Nebst den reduzierten Kürzungssätzen bringt sie eine vorteilhaftere Rentenformel für alle Frauen ins Spiel, welche zwischen 64 und 65 Jahren weiter arbeiten. Der Knickpunkt der Rentenformel wird um 12 Prozent angehoben, so dass sich die Altersrenten der betroffenen Frauen bei Einkommen zwischen 14'100 und 84'600 Franken erhöhen. Die Erhöhung beträgt maximal 214 Franken im Monat, dies bei einem durchschnittlichen massgebenden Einkommen von 42'300. Die durchschnittliche Rentenerhöhung beträgt 70 Franken pro Monat. Die Variante 2 erlaubt es 54 Prozent der Frauen, welche bis 65 arbeiten, ihre Rente aufzubessern. Gleichzeitig ist die Verbesserung dort am grössten, wo die Abhängigkeit von Ergänzungsleistungen langsam abnimmt und deshalb eine höhere AHV-Rente nicht eins zu eins tiefere Ergänzungsleistungen nach sich zieht. Die Variante zwei bringt mehr Frauen einen Ausgleich und erlaubt die Berücksichtigung der individuellen Lebenssituation stärker. Sie setzt zudem Anreize, bis zum Referenzalter zu arbeiten. Dem verschliesst sich Travail.Suisse nicht. Travail.Suisse schlägt jedoch vor, die vorgeschlagene Änderung der Rentenformel nicht als Kompensationsmassnahme zu einer allfälligen Erhöhung des Frauenrentenalters einzuführen, sondern für alle Versicherten.

¹ Im Jahr 2030 bringt die Erhöhung des Frauenreferenzalters netto eine Entlastung von 940 Mio. CHF (Variante 1 der Ausgleichsmassnahmen) bzw. 570 Mio. CHF (Variante 2 der Ausgleichsmassnahmen). Dies entspricht rund 0.26 Mwst-Prozentpunkten bzw. rund 0.16 Mwst-Prozentpunkten.

3.4 Flexibilisierung des Rentenalters und Anreize zu Weiterführung der Erwerbstätigkeit

Travail.Suisse begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen zur Flexibilisierung des Rentenbezugs. Die Lebens- und Arbeitsmarktsituation der Menschen zwischen 60 und 70 ist sehr unterschiedlich. Dem soll stärker Rechnung getragen werden. Travail.Suisse begrüsst die weiter gehenden Vorbezugs- und Aufschubsmöglichkeiten und insbesondere auch die Möglichkeit, die Rente teilweise vorzubeziehen bzw. aufzuschieben. Ein so möglicher schrittweiser Übergang in die Rente entspricht dem Bedürfnis vieler Arbeitnehmender. Richtig ist, dass die während eines Rentenvorbezugs einbezahlten AHV-Beiträge im Zeitpunkt des Referenzalters berücksichtigt werden und die Rente dann neu berechnet wird. Begrüsst wird auch, dass die nach 65 Jahren entrichteten AHV-Beiträge neu rentenwirksam sind und zum Beispiel zur Schliessung von Beitragslücken verwendet werden können. Bezüglich Auswirkungen auf das BVG betont Travail.Suisse, dass es wichtig ist, spezifische bestehende BVG-Lösungen, welche ein tieferes Rentenalter als 62 vorsehen, nicht zu gefährden.

3.5 Anpassung der Rentenformel zugunsten bescheidener Einkommen nötig

Die AHV kann heute die Existenzsicherung nicht garantieren. Dementsprechend sind viele Altersrentner/innen auf Ergänzungsleistungen angewiesen. 2017 waren es 205'000 Rentner/innen. Diese Zahl steigt im Gleichschritt mit der demografischen Entwicklung. Dies entspricht 12.5 Prozent aller Altersrentner/innen. Diese Ergänzungsleistungen sind nun selber unter finanziellen Druck geraten. Aber auch Rentner/innen, welche knapp keine EL-Berechtigung haben, haben Mühe, mit den gegenwärtigen Rentenhöhen ihre Existenz zu bestreiten. Besonders tiefe Einkommen ohne eine substantielle berufliche Vorsorge – typischerweise sehr viele Frauen, welche z.B. auf Grund von Teilzeitarbeit in der zweiten Säule schlecht versichert sind- sind deshalb auf bessere AHV-Renten angewiesen. Die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung gemäss Verfassungsziel wird dem entsprechend auch nicht erreicht.

Beschränkt man sich bei der AHV 21 nicht auf eine reine Finanzierungsvorlage, so fordert Travail.Suisse eine neue Rentenformel, welche den tiefen Einkommen eine höhere AHV-Rente bringt. Das Modell, welches der Bundesrat zur Kompensation der Erhöhung des Frauen-Referenzalters vorschlägt, soll für alle Rentner/innen übernommen werden. Der Knickpunkt der Rentenformel soll allgemein um 12 Prozent angehoben werden. Rentner/innen mit einem massgebenden durchschnittlichen Einkommen von rund 42'000 Franken hätten so Anrecht auf eine 214 Franken höhere Altersrente. Die Minimal- und die Maximalrente bleiben in der neuen Rentenformel bestehen. Aber die Rente der bescheidenen Einkommen wird stärker in Richtung Maximalrente angehoben. Dies wäre ein Schritt in Richtung Einheits-AHV-Rente. Das ist berechtigt, da Existenzsicherung für alle Personen grundsätzlich das gleiche bedeuten sollte. Mit einer Änderung der Rentenformel kommt man diesem Ziel näher. Die Mittel werden sehr zielgerichtet eingesetzt. Der im Rahmen der Altersvorsorge 2020 am dort vorgesehenen AHV-Zuschlag geäusserten Kritik der Giesskanne kann mit der neuen Rentenformel entgegen getreten werden.

Die Einführung der neuen Rentenformel ist in 2 Varianten denkbar: So kann die neue Rentenformel auf alle AHV-Neurentner/innen ab in Kraft-Treten von AHV21 beschränkt werden (Variante 1) oder die neue Rentenformel kann ab in-Kraft-Treten für sämtliche Rentner/innen (laufende AHV-Renten und neue AHV-Renten) eingeführt werden (Variante 2).

Variante 1 kann - wenn gewünscht- verbunden werden mit einem Anreiz zur Erwerbsarbeit bis zum ordentlichen Rentenalter bzw. Referenzalter. Dies indem die neue Rentenformel nur bei

Pensionierung im Referenzalter zur Anwendung kommt. Variante 1 würde gemäss Kostenschätzungen auf das Jahr 2030 bezogen gut 600 Mio. Franken Mehrkosten verursachen. Dies entspricht in etwa 0.15 bis 0.2 Lohn- bzw. Mehrwertsteuer-Prozenten.

Variante 2 würde bezogen auf das Jahr 2030 rund 1.5 Mrd. Franken Mehrkosten verursachen. Dies entspricht in etwa 0.35 Lohnprozenten bzw. 0.45 Mehrwertsteuerprozenten. Die Variante 2 hat den Vorteil, dass die ebenfalls im Rahmen der Altersvorsorge 2020 geäusserte Kritik an der Tatsache, dass der AHV-Zuschlag nur für Neurentner/innen vorgesehen war, aufgenommen werden kann. Allerdings ist die Massnahme dementsprechend deutlich teurer.

3.6 Prüfung eines Solidaritätsbeitrags in der AHV von sehr wohlhabenden Rentner/innen

Die bisherige Finanzierung der AHV fusst zum Grossteil auf Lohnbeiträgen. Ergänzend werden Mehrwertsteuerabgaben und der Bundesbeitrag herangezogen. Lohnbeiträge werden von der erwerbstätigen Bevölkerung und den Arbeitgebern finanziert. Mehrwertsteuerbeiträge und der Bundesbeitrag werden von der ganzen Bevölkerung finanziert. In Zeiten von finanziellem Zusatzbedarf ist es sinnvoll, die Finanzierung auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Es sollten deshalb auch neue Finanzierungsquellen geprüft werden.

Die AHV lebt von der Solidarität. Dies sowohl zwischen den Generationen wie auch innerhalb der Generationen. Die wirtschaftliche Situation von Rentner/innen ist sehr unterschiedlich. Während rund ein Achtel der AHV-Rentner/innen Ergänzungsleistungen für die Existenzsicherung beziehen müssen, gibt es auch sehr wohlhabende Rentner/innen². Zur Finanzierung der aktuellen Herausforderungen soll deshalb geprüft werden, ob ein Solidaritätsbeitrag von sehr wohlhabenden Rentner/innen eingeführt werden kann und wie dieser ausgestaltet sein könnte. Damit könnte eine direkte Solidarität zwischen sehr wohlhabenden Rentner/innen und solchen mit bescheidenen Einkommen eingeführt werden, wie es der AHV auch sonst entspricht.

Man kennt das Solidaritätsprozent bereits in der Arbeitslosenversicherung, wo es zur Zeit auf Einkommen von über 148'200 Franken (UVG-Grenze) erhoben wird³. Die Situation bei sehr wohlhabenden Altersrentner/innen stellt sich jedoch anders dar. Das Vermögen steht stärker im Vordergrund, ein Arbeitgeber fehlt meistens. Deshalb sollen in der Prüfung folgende offene Fragen geklärt werden:

Soll der Beitrag vermögens- und einkommensbasiert sein? Wie weit kann man das System der Beiträge von Nichterwerbstätigen Personen vor dem AHV-Alter übernehmen (dort gilt ein Maximalbeitrag von jährlich rund 24'000 Franken)? Ab welchem Vermögen/Einkommen fängt der Solidaritätsbeitrag an? Wie können Schwelleneffekte verhindert werden und wie sieht ein dementsprechend abgestuftes Modell aus? Wie können die Beiträge möglichst unbürokratisch erhoben werden? Dabei steht für Travail.Suisse ein Modell, welches an einem sehr hohen steuerrechtlichen Reinvermögen anknüpft und damit nur eine Minderheit von sehr wohlhabenden

² Gemäss einer Studie von 2008 besitzt rund 1/5 der Rentnerpaare ein Vermögen, welches grösser ist als eine Million Franken. Gemäss der gleichen Studie liegt das Vermögen zu etwa gleichen Teilen in Immobilien und in Wertschriften. Siehe BSV Forschungsbericht 1/08. Wanner et al. „Die wirtschaftliche Situation von Erwerbstätigen und Personen im Ruhestand“. Eine neuere Auswertung der Steuerdaten im Kanton Zürich zeigt gemäss NZZ, dass rund jeder Vierte Paarhaushalt in der Altersgruppe 65+ ein steuerbares Einkommen von über 1.2 Mio. Franken ausweist. Siehe <https://www.nzz.ch/schweiz/die-wohlhabenden-rentner-ld.1319928>

³ Das Solidaritätsprozent generierte 2017 in der ALV bei Gesamteinnahmen von rund 7.7 Mrd. Franken Zusatzeinnahmen von rund 304 Mio. Franken. Da das Volumen in der AHV rund fünfmal grösser ist, sollte ein Solidaritätsbeitrag in der AHV entsprechend mehr Zusatzeinnahmen generieren können.

Rentner/innen betrifft, im Vordergrund. Das Modell sollte einen substanziellen Beitrag an die AHV leisten können und idealerweise zu Einnahmen führen, welche zumindest die Zusatzkosten des neuen Rentenmodells decken.

4. Weitere Bemerkungen

Bezüglich der Übergangsgeneration bei der Erhöhung des Referenzalters der Frauen bestehen Unklarheiten: So ist nicht klar, inwieweit die Ausgleichsmassnahmen für Frauen (insbesondere die Kürzungssätze bei Rentenvorbezug in Art. 40c) der Jahrgänge 1958, 1959 und 1960 mit einem Referenzalter von 64 Jahren und 3 bzw. 6 bzw. 9 Monaten gelten. Wir gehen davon aus, dass diese von den reduzierten Kürzungssätzen pro rata betroffen wären. Falls an der Erhöhung des Frauenreferenzalters festgehalten wird, sollte dies klargestellt werden in der Botschaft.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen,



Adrian Wüthrich, Nationalrat
Präsident



Matthias Kuert Killer
Leiter Sozialpolitik

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 16 octobre 2018
le texte allemand fait foi

Stabilisation de l'AVS (AVS 21); consultation

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur le projet actuel de réforme de l'AVS (AVS 21).

Principe de base : garantir l'objectif constitutionnel de la prévoyance vieillesse

L'Union syndicale suisse (USS) partage l'avis du Conseil fédéral sur le fait que l'AVS est l'œuvre sociale la plus importante en Suisse et que le 1^{er} pilier ne peut en aucun cas subir une baisse des rentes. Or, le projet présenté s'arrête à mi-chemin. Ainsi, les rentes du 1^{er} pilier doivent assurer le minimum vital, comme le prévoit le mandat constitutionnel. Il est bien connu que ce mandat n'est toujours pas rempli.

Le Conseil fédéral explique que le revenu médian à l'âge de la retraite s'élève à 67 % du salaire médian des travailleuses et travailleurs. Mais cette affirmation ne tient pas compte de la réalité vécue par les personnes qui touchent un revenu bas ou moyen à leur arrivée à l'âge de la retraite. Ces dernières années, le déclin du niveau des rentes par rapport aux derniers salaires n'a cessé de s'accroître et ce, malgré une prospérité grandissante en Suisse. Les rentes AVS ont ainsi perdu de la valeur par rapport à l'évolution des salaires au cours des dernières décennies. Cette tendance se renforce considérablement si l'on tient compte de l'augmentation des primes d'assurance-maladie et des autres frais médicaux. De plus, les rentes moyennes du 2^e pilier diminuent elles aussi. La prévoyance vieillesse suisse perd petit-à-petit de son efficacité. En ne visant que le maintien des prestations AVS, le Conseil fédéral ne réalise pas que cela équivaut ni plus ni moins à un démantèlement du système d'assurances sociales.

L'analyse des résultats de la votation de l'automne dernier montre que les arguments socio-politiques ont eu un effet décisif sur l'issue du scrutin. Le faible soutien de la génération actuelle des retraité-e-s à la réforme Prévoyance vieillesse 2020 (PV 2020) a bien montré que le niveau actuel des rentes est souvent considéré comme trop juste pour faire face au coût de la vie. Mais pour ces personnes-là, le nouveau projet ne prévoit aucune amélioration, au contraire : ils devront contribuer encore davantage à la stabilisation de l'AVS si le financement de celle-ci se base exclusivement sur une augmentation de la TVA.

L'USS soutient pleinement le but constitutionnel, à savoir de garantir, par les rentes des 1^{er} et 2^e piliers, une couverture suffisante après l'âge de la retraite. C'est pourquoi le mandat constitutionnel doit être au cœur du projet AVS 21. Le niveau de prestations du 1^{er} pilier doit à l'avenir s'ajuster au coût de la vie, qui a augmenté. Les rentes AVS doivent donc être relevées. Pour les revenus bas et moyens, le rapport prix-prestations est en effet imbattable dans le 1^{er} pilier. En plus d'une hausse générale des rentes, il s'agira aussi à l'avenir de tenir compte de l'augmentation des primes-maladie et des augmentations de loyers dans l'adaptation des rentes.

Maintenir l'âge de la retraite à 64 ans pour les femmes

L'USS rejette catégoriquement la hausse de l'âge de la retraite pour les femmes, prévue dans le projet. Ce point a été une des raisons principales du refus dans les urnes de la réforme de la Prévoyance vieillesse 2020 à l'automne 2017. En revenant avec la même mesure quelques mois seulement après cet échec, le Conseil fédéral semble faire fi de ce rejet. Il ne tient pas compte non plus de la dure réalité que continuent de rencontrer les salarié-e-s plus âgés sur le marché du travail en Suisse. Les problèmes de santé, les mises à la retraite forcées ou les licenciements sont souvent des facteurs déterminants des départs anticipés du marché du travail, tout comme des conditions de travail insatisfaisantes. La plupart des entreprises ne disposent pas d'une gestion du personnel qui favorise systématiquement l'emploi de travailleurs et travailleuses plus âgés. L'embauche de personnes de plus de 50-55 ans ne trouve que peu de considération. Le rapport explicatif du projet de réforme admet lui-même que ces constats sont des arguments contre un relèvement général de l'âge de la retraite.

Malheureusement, la retraite est aujourd'hui trop souvent encore une porte de sortie d'un emploi aux conditions de travail médiocres. De plus, lorsque l'on perd son emploi à plus de 50 ans, il est très difficile d'en retrouver un. Le chômage de longue durée chez les salarié-e-s de cette tranche d'âge est beaucoup plus répandu que chez les jeunes. Les difficultés de ces travailleurs et travailleuses sur le marché du travail se trouvent encore aggravées par une faible protection contre le licenciement dans le droit suisse du travail, notamment en cas de maladie de longue durée.

Ainsi, une forte majorité (69 %) des personnes interrogées récemment sur le sujet estiment qu'une discussion sur l'augmentation de l'âge de la retraite est futile aussi longtemps qu'il est si difficile de trouver un emploi entre 50 et 60 ans, selon un sondage de l'institut GFS à Berne.

Situation des femmes sur le marché du travail et dans la société

Les travailleuses plus âgées sont encore moins recherchées sur le marché du travail que leurs collègues masculins. L'activité professionnelle des femmes de 55 ans et plus diminue ainsi brusquement : alors qu'elles sont près de 85 % à avoir un emploi rémunéré jusqu'à 54 ans, ce taux chute à 68 % au-delà de cet âge. Entre 55 et 64 ans, seul environ deux tiers des femmes sont encore actives professionnellement.¹

L'augmentation de l'âge de la retraite toucherait directement près de 600 000 femmes d'ici 2030. Ce sont les femmes qui sont nées à la fin des années 50 ou au début des années 60 du siècle passé. Leurs parcours de vie sont sensiblement différents de ceux des jeunes femmes

¹ cf. Taux d'activité des femmes selon les groupes d'âges, ESPA 2017.

d'aujourd'hui. Avec des interruptions dans leur parcours professionnel et un niveau de formation moins poussé, elles ont de moins bonnes perspectives dans le monde du travail que les hommes du même âge ou les femmes plus jeunes.

Dans ce contexte, les arguments du Conseil fédéral semblent presque cyniques lorsqu'il explique qu'une différence de l'âge de la retraite ne se justifie plus puisque le taux d'activité des femmes de 15 à 64 ans a augmenté et se situe aujourd'hui à 58,5 %, calculé en équivalent plein temps (EPT). C'est vrai. Mais chez les hommes, ce taux est toujours nettement plus élevé : 85,5 % (EPT). Les femmes sont donc de plus en plus intégrées au marché du travail, mais leur situation ne peut encore en aucun cas être comparée avec celle des hommes. Le marché suisse du travail n'a pas encore gagné le pari d'employer une forte proportion de femmes jusqu'à l'âge ordinaire de la retraite.

Augmenter l'âge de la retraite sans possibilité d'embauche crée de la précarité

Pour déterminer l'âge de la retraite, l'élément décisif devrait être la possibilité de trouver du travail et non l'espérance de vie. Elever l'âge de la retraite sans qu'il y ait de demande pour ces personnes sur le marché du travail crée de la précarité. Il faut donc s'attaquer au défi de rapprocher sortie de la vie active et âge légal de la retraite avant d'envisager une hausse de celui-ci. Dans son rapport explicatif, le Conseil fédéral donne lui-même plusieurs exemples de mesures qui pourraient aller dans ce sens : promotion de la retraite active, droit de travailler jusqu'à un certain âge ou protection contre les licenciements liés à l'âge ; congés généreux pour motifs familiaux, durée de travail hebdomadaire réduite ; conditions spéciales de retraite anticipée pour les personnes qui travaillent depuis longtemps ou qui ont exécuté des tâches dangereuses ou pénibles.

Aussi longtemps qu'aucune de ces mesures ne sont mises en œuvre, l'USS estime qu'il faut défendre le statu quo pour l'âge de la retraite. Une augmentation ne ferait que déplacer des coûts à la charge des autres assurances sociales.

Pas besoin d'augmenter l'âge de la retraite des femmes pour assurer le financement de l'AVS

Selon le rapport du Conseil fédéral, la TVA devrait augmenter de 1,6 % d'ici 2030 pour assurer le financement additionnel de l'AVS uniquement par ce biais. En augmentant ce taux de seulement 0,1 % supplémentaire, on pourrait se passer de l'élévation de l'âge de la retraite pour les femmes, qui est très controversée. Il n'y a donc aucune urgence économique à augmenter l'âge de la retraite des femmes pour assurer le financement de l'AVS, contrairement à ce que laisse entendre le discours officiel.

Conséquences sur le 2e pilier de l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes

Pour justifier la hausse de l'âge de la retraite des femmes, le Conseil fédéral évoque aussi la tendance actuelle selon laquelle plusieurs institutions de prévoyance ont d'ores et déjà fixé l'âge ordinaire de la retraite à 65 ans pour les femmes. Le gouvernement tente de motiver les femmes à soutenir la retraite à 65 ans en leur promettant une amélioration des rentes de l'ordre de 4 à 5 % dans le domaine de la prévoyance professionnelle. Mais pas toutes les femmes ne sont assurées dans le cadre du deuxième pilier. Et lorsqu'elles le sont, la prévoyance professionnelle constitue rarement une part importante dans leur assurance vieillesse. Avec des parcours professionnels souvent marqués par des interruptions ou du travail à temps partiel de longue durée, les femmes n'ont souvent pas pu se constituer un 2^e pilier conséquent, même lorsqu'elles disposent de salaires de plus de 84'600 francs par an avant la retraite. Un relèvement de la rente

de 4 à 5 % ne représenterait dès lors qu'une bonification minimale de leur situation de retraitée. Et encore : celle-ci n'interviendrait que si les femmes peuvent effectivement travailler une année de plus et continuer d'alimenter ainsi leur avoir-vieillesse.

Âge de la retraite différencié : une mesure de compensation efficace

L'augmentation envisagée de l'âge de la retraite pour les femmes représente une grave détérioration des prestations, de l'ordre d'1,2 milliard de francs (par année), exclusivement à leur charge. Pourtant les femmes disposent toujours d'une prévoyance vieillesse moins bonne que les hommes. Elles devront compter avec des rentes nettement inférieures, en particulier dans le 2^e pilier, en raison de la discrimination salariale persistante et des préjudices liés aux tâches familiales sur leur parcours professionnel. De plus, les revenus des femmes se situent toujours bien en deçà de ceux des hommes, et les femmes assument encore la majeure partie des tâches ménagère et de garde.

Pour l'USS, un âge de la retraite différencié entre femmes et hommes est une mesure de compensation efficace au vu de la charge supplémentaire que portent de nombreuses femmes après l'âge de 55 ans. A ce moment de leur vie, les femmes sont souvent à la fois mère, grand-mère et fille. En tant que grand-mère, elles jouent un rôle important dans la garde des petits-enfants et contribuent ainsi substantiellement à la conciliation entre vie de famille et vie professionnelle de la jeune génération. D'autres s'occupent de leurs parents ou beaux-parents malades, voire de leur propre partenaire, et permettent ainsi d'éviter leur entrée coûteuse dans un home. Ce travail informel d'assistance et de soins est d'autant plus appréciable qu'il règne actuellement une pénurie de personnel formé. Les femmes suppléent ainsi aux insuffisances de l'accès aux soins pour les personnes jeunes et plus âgées et déchargent ainsi l'État social. Ce travail, souvent effectué gratuitement par ces femmes de plus de 55 ans, est d'une grande valeur. D'un point de vue sociétal, nous bénéficions de l'implication de ces femmes qui renoncent à une activité rémunérée au profit de ce travail non payé.

Mesures de compensation

L'USS était prête à accepter un relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes compte tenu des améliorations globales des prestations du 1^{er} pilier prévues par la réforme PV 2020. L'analyse des résultats du scrutin a toutefois démontré que cela n'était pas suffisant pour compenser les inégalités qui subsistent malgré tout. Les nouvelles mesures de compensation annoncées ne permettent en aucun cas de pallier à cette situation.

Variante à 400 millions : taux de réduction lors de l'anticipation de la rente

L'USS salue la proposition du Conseil fédéral de permettre aux femmes à bas revenu de bénéficier d'un taux de réduction plus faible lorsqu'elles perçoivent une rente anticipée. Mais le modèle présenté est trop restrictif : ces taux de réduction pour les rentes anticipées ne seront accessibles qu'aux femmes qui atteindront l'âge de la retraite d'ici 2030 (années de naissance 1958-1966), soit à peine 600 000. Se basant sur le taux actuel de rente anticipée, le Conseil fédéral s'attend à ce que quelque 25 % de ces femmes bénéficient de l'anticipation facilitée.

L'USS voit aussi d'un bon œil que les femmes à bas revenus puissent profiter de taux de réduction particulièrement avantageux. En revanche, le seuil salarial fixé à 56 400 francs est trop bas : ces taux de réduction ne vaudront ainsi que pour 70 000 femmes sur 600 000. Ce ne sont donc qu'un peu plus de 10 % des femmes concernées qui pourraient prendre une retraite (anticipée)

à 64 ans sans que cela ne réduise leur rente par rapport aux règles actuelles. Ce n'est clairement pas assez.

Globalement, cette variante rappelle ce que le Conseil fédéral avait prévu dans le projet PV2020 pour que les personnes à bas revenu et avec un long parcours professionnel puissent elles aussi avoir accès à une éventuelle flexibilisation de la retraite entre 62 et 70 ans. Cette possibilité reste utile, voire indispensable (voir ci-dessous) comme mesure d'atténuation. Mais elle ne peut servir de compensation à l'augmentation de l'âge de la retraite pour les femmes.

Variante à 800 millions : baisse du taux de réduction et adaptation de la formule des rentes

Dans sa variante avec mesures de compensation (800 millions de francs), le Conseil fédéral propose, en plus d'une baisse du taux de réduction, de procéder à une adaptation de la formule des rentes. Celle-ci ne s'appliquerait qu'aux femmes qui peuvent travailler jusqu'à l'âge de 65 ans et qui font partie de la génération transitoire, à savoir celles qui atteindront l'âge de la retraite d'ici 2030 (année de naissance 1958-1966).

L'USS exige depuis de nombreuses années que la formule des rentes soit adaptée de telle sorte que les prestations AVS soient augmentées de manière plus que proportionnelle pour les personnes touchant des rentes minimales ou moyennes. L'USS salue donc la proposition d'adapter la formule des rentes. Selon le projet, l'augmentation maximale de 214 francs ne bénéficiera qu'à très peu de femmes, à savoir environ 700 par année jusqu'en 2030. Dans ce cas aussi, le champ d'application de la mesure est donc nettement trop restreint. L'USS exige que l'adaptation de la formule des rentes s'applique à toutes les personnes à bas ou moyen revenu, femmes et hommes, et pas uniquement aux femmes de la génération de transition. Un tel élargissement de la mesure aurait lui aussi avant tout pour conséquence que les rentes AVS se rapprocheraient de ce que prévoit le mandat constitutionnel. Il doit donc être introduit sans être rattaché à une hausse de l'âge de la retraite pour les femmes.

Flexibilisation de la perception de la rente

Fondamentalement, l'USS salue les améliorations proposées pour les rentes partielles et l'ajournement des rentes. Elles créent des incitatifs pour prolonger une activité lucrative. Si le marché de l'emploi le permet, l'âge du départ à la retraite devrait donc augmenter. Pour les entreprises comme pour les salarié-e-s, ces modèles flexibles et individualisés sont beaucoup plus utiles qu'une hausse de l'âge de la retraite, qui n'est pas en adéquation avec la situation sur le marché du travail.

Il faut toutefois prévoir des mesures appropriées afin d'éviter que cette flexibilisation ne soit accessible qu'aux personnes à revenu élevé. Faute de quoi la flexibilisation du passage à la retraite entraînerait de facto une hausse de l'âge de la retraite. Contrairement à la réforme PV 2020, le projet actuel ne contient aucune mesure d'atténuation pour les personnes à bas ou moyen revenu. Le Conseil fédéral prévoit bien, comme mesure de compensation, la possibilité pour les femmes de la génération transitoire de percevoir une rente anticipée à des conditions plus favorables. Mais même si ce sont avant tout les femmes qui sont concernées par cette mesure, il n'y a rien qui justifie que les autres personnes à bas revenu – les femmes nées après 1966 et les hommes – ne bénéficient pas du même degré de protection sur ce point.

C'est pourquoi l'USS exige que les taux de réduction pour les rentes anticipées s'appliquent à toutes les personnes à faible revenu. Ce n'est qu'ainsi que ces personnes seront en mesure de

recourir à la flexibilisation du départ à la retraite entre 62 et 70 ans. Autre argument en faveur de l'extension de l'accès facilité aux rentes anticipées pour toutes les personnes à faible revenu : celles-ci ont en général une espérance de vie moins longue que la moyenne. Par ailleurs, le seuil de revenu pour le droit à une anticipation facilitée devrait être fixé à quatre fois et demie la rente AVS minimale annuelle, soit actuellement 63'450 francs. Le seuil proposé de 54'600 francs est trop bas par rapport aux dernières données de l'Enquête sur la structure des salaires : il correspond seulement aux premiers 10 % des salaires versés en Suisse.

Enfin, l'USS rejette l'adaptation automatique des taux de réduction, respectivement des suppléments, lors de l'anticipation et de l'ajournement de la rente. De telles normes juridiques conditionnelles doivent suivre le principe de proportionnalité ; la nécessité et la pertinence des ajustements ne devraient pas être réglées par automatisme des années à l'avance. Elles revêtent aussi une signification importante pour la détermination du montant de la rente, et donc du moment de la planification du départ à la retraite. Elles ne devraient par conséquent pas pouvoir être adaptées par voie d'ordonnance.

Un financement solide du 1^{er} pilier

La bonne santé financière de l'AVS dépend en premier lieu de la masse salariale versée en Suisse et non du rapport entre cotisant-e-s et retraité-e-s. De ce fait, les cotisations AVS ont pu se maintenir au même taux de 8,4 % depuis 1975. Une fois seulement, il a fallu y ajouter 0,83 % de TVA. Pourtant le nombre de rentes AVS a plus que doublé depuis, et les montants ont été adaptés pour moitié aux salaires et au renchérissement. Le système de financement de l'AVS est donc extrêmement solide.

Cela ne veut cependant pas dire que la démographie ne joue aucun rôle. Le fait que les personnes à la retraite vivent plus longtemps aujourd'hui que par le passé est l'une des grandes réussites d'un État moderne et très développé. Ce progrès doit être valorisé. L'USS reconnaît qu'il a engendré un besoin accru de financement, en particulier pour les classes d'âge à forte natalité qui partiront à la retraite ces prochaines années. Si l'on veut améliorer les rentes et en même temps tenir compte de cette réalité, il faut assurer un financement adéquat du 1^{er} pilier.

Les besoins financiers du 1^{er} pilier doivent être répartis solidairement entre tous les groupes d'âge et de revenu. C'est pourquoi l'USS donne la priorité à une hausse des cotisations salariales pour l'AVS. Elle se prononce en faveur d'un renforcement du système de répartition en raison de son puissant effet correctif social. L'augmentation des cotisations salariales pour l'AVS n'a pas été contestée lors de la campagne sur la réforme Prévoyance vieillesse 2020. Le patronat avait surtout critiqué le fait que les bénéficiaires de rentes auraient dû contribuer davantage sous forme de TVA sans obtenir de meilleures prestations en contrepartie. Et ce, même si ce même patronat s'oppose aujourd'hui à une augmentation des cotisations AVS en raison de la prochaine réforme du 2^e pilier. Mais contrairement à l'AVS, les problèmes du 2^e pilier ne peuvent être résolus en premier lieu par les cotisations salariales. En particulier des cotisations salariales pour l'AVS, de 0,3 % – comme c'est actuellement prévu dans la RFFA (Réforme fiscale et au financement de l'AVS) – contribueront substantiellement à stabiliser le 1^{er} pilier ; pour le 2^e pilier, elles n'auront aucun effet fondamental.

En raison de l'importante compensation des inégalités sociales apportée par l'AVS, l'USS ne s'oppose pas à une hausse de la TVA en faveur du 1^{er} pilier. Mais nous regrettons qu'il ne soit pas prévu que le versement intégral à l'AVS du pour-cent démographique des années 1990 soit maintenu et que le projet n'étudie aucune autre source de financement.

L'USS exige que les dépenses additionnelles de l'AVS soient à l'avenir financées, en ce qui concerne les cotisations, avant tout via des contributions salariales.

Outre le financement via des cotisations, l'USS estime qu'il faut aussi prendre des mesures pour empêcher de perdre des contributions dans l'AVS. Ainsi, avec l'imposition privilégiée des dividendes et l'assouplissement des règles de déontologie pour les professions libérales, des secteurs entiers de professions à revenus élevés (avocat-e-s, notaires, médecins indépendant-e-s) ont mis sur pied des sociétés anonymes, ce qui leur permet de choisir le versement de dividendes comme rémunération, en lieu et place d'un salaire. Le volume des contributions à l'AVS s'en trouve diminué.

En vous remerciant de prendre en considération nos remarques et propositions, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre haute considération.

UNION SYNDICALE SUISSE



Paul Rechsteiner
Président



Gabriela Medici
Secrétaire centrale

T +41 (0)31 390 39 39
E ursula.schaffner@agile.ch

BSV
Geschäftsfeld AHV, BV & EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern
emina.alisic@bsv.admin.ch

2. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV («AHV 21»)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zu den Vorschlägen des Bundesrates im Hinblick auf eine Stabilisierung der AHV äussern zu können. Menschen mit Behinderungen sind von den Vorschlägen ebenfalls betroffen. Wir erlauben uns deshalb, uns als Dachverband der Organisationen der Behindertenselbsthilfe und -selbstvertretung zu «AHV 21» zu äussern.

A Allgemeines

AGILE.CH begrüsst es, dass der Bundesrat relativ schnell nach der Ablehnung der «Altersreform 2020» an der Urne im September 2017 erneut Vorschläge zur Anpassung der AHV in die Vernehmlassung schickt. Die Ziele der Reform – Rentensicherung, Erhalt des Rentenniveaus, Stabilisierung der AHV-Finzen – unterstützen wir vollumfänglich. Wir gehen von einem Verständnis der ersten Säule aus, das sowohl die AHV als auch die IV umfasst. Dementsprechend empfehlen wir bei einigen Vorschlägen, nicht nur das AHVG, sondern auch das IVG anzupassen. Umgekehrt meinen wir, dass die aktuelle AHV-Reform dazu genutzt werden sollte, historisch gewachsene Ungereimtheiten zwischen IV und AHV zu beheben.

B Einzelne Massnahmen

1 Erhöhung des Referenzalters der Frauen

AGILE.CH hatte sich bereits bei der «Altersreform 2020» mit einem «Ja, aber» für die Erhöhung des Frauenrentenalters, neu Referenzalter, ausgesprochen. Wir bleiben bei der damaligen Position und den dort bereits geäusserten Bedingungen:

- ▶ Das Referenzalter von Frauen und Männern darf in den kommenden Jahren nicht über 65 Jahre steigen.
- ▶ Die Erhöhung des Frauenreferenzalters muss genügend abgedeckt werden.
- ▶ Unternehmen stellen vermehrt ältere Personen an. Der Bundesrat führt in der Botschaft aus, wie dies geschehen kann und wie Unternehmen dazu verpflichtet werden können.
- ▶ Die zusätzlichen Ausgaben, die der IV durch die Erhöhung des Frauenreferenzalters entstehen, sind durch eine im gleichen Umfang vorgenommene Abschreibung auf den IV-Schulden zu kompensieren.

2 Massnahmen zum Ausgleich der Erhöhung des Frauenrentenalters

AGILE.CH begrüsst im Grundsatz die vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen, sieht aber einigen Anpassungsbedarf.

2.1 Senkung und Abstufung Kürzungssätze

Der Senkung und Abstufung der Kürzungssätze der AHV-Renten beim Vorbezug für die Übergangsgeneration steht AGILE.CH positiv gegenüber.

Allerdings meinen wir, dass andere Probleme für Personen mit tiefen Einkommen, und hier also namentlich von Frauen, dringender angegangen werden müssten. Frauen mit tiefen Löhnen haben oft Schwierigkeiten, ihre laufenden Lebenskosten zu bezahlen. Für den Aufbau einer genügenden Altersvorsorge bleibt denn auch kaum etwas übrig. Einzahlungen in die zweite Säule sind deshalb oft illusorisch oder sehr bescheiden. Ein Rentenvorbezug für Personen mit wenig Lohn bleibt somit eine theoretische Übung und hat kaum Relevanz für ihr konkretes Leben.

► Bei den später noch durchzuführenden Anpassungen des BVG müssen die Eintrittsschwelle in die Pensionskasse und der Koordinationsabzug gesenkt werden.

2.2 Neue Rentenformel

Der Bundesrat schlägt für Frauen der Übergangsgeneration mit tiefen Einkommen eine Anpassung der Rentenberechnungsformel vor. AGILE.CH begrüsst diese Massnahme, verlangt allerdings, dass sie nicht nur für neun Jahre eingeführt wird, sondern ohne zeitliche Beschränkung. Sie soll zudem sowohl für Frauen als auch für Männer gelten. Im Übrigen muss die neue Rentenformel auch auf die Berechnung der IV-Renten angewendet werden. Nur damit wird eine Einheit der ersten Säule gewährleistet.

3 Weitere Massnahmen

Der Bundesrat stellt weitere Massnahmen zur Diskussion: Wer die AHV-Rente vorbezieht, dessen Rente soll weniger stark als bisher gekürzt werden. Wer länger als bis 65 arbeitet, dessen Rente soll sich verbessern. Rentenaufschub und Rentenvorbezug sollen kombiniert werden können.

AGILE.CH begrüsst die Massnahmen ausdrücklich. Sie ermöglichen es auch Menschen mit Behinderungen, vermehrt und verstärkt in Übereinstimmung mit ihrer gesundheitlichen Situation im Arbeitsprozess bleiben und eine AHV-Teilrente vorbezahlen zu können.

4 Zusatzfinanzierung

AGILE.CH spricht sich für die vorgeschlagene MWST-Erhöhung von 1,5% aus. Allerdings fordert AGILE.CH den Bundesrat auf, unbedingt weitere Finanzierungsquellen zu prüfen und zu erschliessen. Namentlich könnten dies eine Tobintax sein, eine Digitalsteuer und/oder eine Kapitalverschiebungssteuer etwa im Bereich Eigenhandel der Banken.

C Zusätzliche Anliegen

1 Einführen eines Behinderungsausgleichs

Menschen mit Behinderungen oder chronischen Krankheiten sehen sich oft in der Situation, dass sie aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation nicht Vollzeit arbeiten können. Sie haben während ihres Berufslebens einerseits Mindereinnahmen, andererseits nicht selten Mehrausgaben. Eine weitere Folge der Benachteiligung ist der geschmälerter Aufbau einer

adäquaten Altersvorsorge. In der zweiten Säule ist dies besonders augenfällig und schränkt die Betroffenen somit auch nach Erreichen des Pensionsalters ein.

- ▶ Für Menschen mit Behinderungen ist eine Ausgleichszahlung analog der Mutterschaftsversicherung einzuführen.

2 Erweiterung Anspruch auf Betreuungsgutschriften

Heute ist der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit einer Hilflosenentschädigung (HE) mittleren oder schweren Grades beschränkt. Gerade blinde Personen oder Paraplegiker erhalten jedoch in der Regel nur eine HE leichten Grades. Ihre Partnerinnen oder Eltern leisten ihnen dennoch grosse Unterstützung und verzichten deshalb nicht selten auf ein existenzsicherndes Einkommen. Dieses Engagement sollte unbedingt zumindest mit der Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften auch bei leichter HE anerkannt werden. Im Übrigen würde eine entsprechende Anpassung mit der aktuell in Vernehmlassung stehenden Vorlage des Bundesrates «Bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuung von Angehörigen» übereinstimmen.

- ▶ AGILE.CH beantragt, dass der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit HE leichten Grades ausgedehnt wird.

3 Rechtsgleichheit für IV- und AHV-Rentenbeziehende bei Hilfsmitteln, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag

Je älter wir werden, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass wir Hilfsmittel, eine Hilflosenentschädigung oder Assistenzleistungen benötigen. Vorab aus historischen Gründen bestehen allerdings erhebliche Unterschiede bei der Gewährung dieser Leistungen, je nachdem, ob man sie bereits vor 64/65 Jahren oder erst danach benötigt.

- ▶ AGILE.CH empfiehlt, die Reform «AHV'21» dazu zu nutzen, eine Angleichung bei den genannten Leistungen vorzunehmen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns bestens.

Freundliche Grüsse



Stephan Hüsler
Präsident



Suzanne Auer
Zentralsekretärin

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2018

Ihr Kontakt: Sophie Achermann, Geschäftsführerin alliance F, Tel. +41 79 274 67 53, E-Mail: sophie.achermann@alliancef.ch

Stellungnahme der alliance F zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) und nehmen dazu gerne Stellung.

alliance F – der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen – vertritt überparteilich rund 150 Organisationen mit mehreren Hunderttausenden Mitgliedern in der Schweiz. Wir setzen uns aktiv für die Gleichstellung von Frau und Mann und für gleiche Chancen und bessere Rahmenbedingungen in der Erwerbstätigkeit von Frauen ein. Dazu gehört eine bessere finanzielle Absicherung der Frauen auch im Rentenalter. Wir nehmen daher spezifisch Stellung zu den Elementen der Vorlage, welche die Angleichung des Referenzalters für Frauen und Männer auf 65 Jahre betreffen und zu den Ausgleichsmassnahmen für die Referenzaltererhöhung bei den Frauen.

Aus Sicht der grossen Mehrheit der in alliance F vertretenen Organisationen sind Frauen bereit, gleich lang zu arbeiten und das gleiche Referenzrentenalter zu akzeptieren. Wir weisen aber darauf hin, dass sich die Altersrenten der AHV nicht losgelöst vom Rentensystem in der zweiten Säule betrachten lassen und sich die Rentenhöhen beider Säulen in Abhängigkeit der erworbenen Erwerbseinkommen berechnen und deshalb eine Gesamtbetrachtung notwendig ist. Alliance F bietet Hand für eine Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann; erachtet eine gleichzeitige Reform der ersten und der zweiten Säule (getrennt möglich, aber gleichzeitig) aber als fairer und erfolgsversprechender. Gerne erinnern wir daran, dass das tiefere Rentenalter der Frauen keine Forderung der Frauenorganisationen war, sondern patriarchalen Werthaltungen entsprang und von männlichen Parlamentariern beschlossen wurde, die sich ihre zumeist jüngeren Ehefrauen nach Hause in den Haushalt wünschten.

Im Rahmen dieser **Gesamtbetrachtung** verlangt alliance F daher gleichzeitig zur Angleichung des Referenzrentenalters:

1. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit;
2. Anteilsmässig gleich gute Renten und Versicherung von tiefen Einkommen (und/oder Teilzeiteinkommen) wie von hohen Einkommen – und damit verbunden eine Gleichbehandlung egalitärer und traditioneller Familienformen in der Altersvorsorge: Paare, die sich Erwerb und Familienarbeit aufteilen, sollen gleich hohe Rentenansprüche generieren wie Paare, welche sich spezialisieren.

3. Ausgleichsmassnahmen für die Generationen der Frauen, welche von den beiden erstgenannten Punkten nicht mehr profitieren können.

Zu diesen entscheidenden Punkten im Detail:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Der verfassungsmässige Anspruch von gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist nach wie vor nicht erfüllt. Frauen erhalten bereits beim Berufseinstieg im Schnitt 7-8% geringere Entlohnung als ihre Kollegen, dies bei derselben Ausbildung, in der gleichen Tätigkeit. Diese nicht ausbezahlten, aber eigentlich geschuldeten Löhne fehlen nicht nur während dem Erwerbsleben in der Haushaltskasse, sie sind auch nicht rentenbildend und haben so zur Folge, dass Frauen im Alter häufig finanziell schlechter gestellt sind. Es kann nicht sein, dass sie diese Benachteiligung im Rentenalter dann noch ein zweites Mal zu spüren bekommen.

Obwohl rund 50% der Unternehmen, die auf freiwilliger Basis ihre Lohnstrukturen haben überprüfen lassen, sich bewusst geworden sind, dass ihre Löhne Geschlechterstereotype beinhalten und entsprechende Anpassungen vorgenommen haben, ist der Gesetzgeber zu lange untätig geblieben. Nun steht die Revision des Gleichstellungsgesetzes bevor, welches regelmässige Lohnanalysen für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden vorsieht.

Position alliance F: Vor der Angleichung des Referenzrentenalters ist im Minimum die Reform des Gleichstellungsgesetzes zu genehmigen und das Verfassungsziel der Lohngleichheit mit weiteren Massnahmen rasch zu erreichen.

2. Gleich gute Rentenanhäufung und Versicherung von Teilzeit- und tiefen Einkommen. Stopp der Förderung des traditionellen Ehegattenmodells.

Dafür braucht es unverzüglich eine Anpassung beim Koordinationsabzug in der zweiten Säule, dieser ist abzuschaffen oder linear auszugestalten. Teilzeitlöhne und tiefe Einkommen sind heute relativ schlechter versichert in der 2. Säule, beides ist überdurchschnittlich häufig bei typischen Erwerbsverläufen von Frauen und resultiert aus dem Systemfehler eines fixen Koordinationsabzugs; verschärft durch Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Kindern erschweren; sowie ungleiche Löhne für die gleiche Arbeit. Die dreifache Kombination verursacht, dass Frauen unverschuldet und systembedingt im Alter finanziell schlechter gestellt sind. Das ist inakzeptabel. Zudem erfolgt über den fixen Koordinationsabzug eine klare Förderung des traditionellen Ehegattenmodells – welches höhere Renten generiert als egalitäre Modelle. Das ist nicht mehr zeitgemäss und behindert die Gleichstellung von Frau und Mann.

Position alliance F: Mit der Angleichung des Referenzrentenalters ist auch der Koordinationsabzug im BVG entsprechend anzupassen, sodass innerhalb des BVG-Obligatorium hohe und tiefe Einkommen prozentmässig gleich gut abgesichert und rentenbildend sind. Dafür braucht es einen **linearen Koordinationsabzug** (resp. die Abschaffung dessen).

3. Ausgleichsmassnahmen:

Die Generationen kurz vor der Pensionierung können nicht mehr von einem fairen Koordinationsabzug oder Verbesserungen bei der Lohngleichheit profitieren. Betroffen sind insbesondere erwerbstätige Frauen mit tiefem und mittlerem Einkommen, die wegen Betreuungsaufgaben nur Teilzeit arbeiten können und/oder in Branchen beschäftigt sind, die tiefe Löhne bezahlen sowie Frauen, die nicht von einem Verheirateten-Splitting profitieren. Für sie sind finanzielle Ausgleichsmassnahmen vorzusehen, welche die systembedingte und stereotypische Benachteiligung kompensieren. Mit der Angleichung des Rentenalters sind finanzielle Kompensationen vorzusehen, wie sie Variante 2 (Modell 800 Mio.)

der Botschaft vorschlägt. Variante 1 ist nicht geeignet, um die entgangene Rentenbildung zu kompensieren, da keine finanzielle Kompensation vorgesehen ist.

Position alliance F: Wir sind einverstanden mit der Ausgestaltung der Variante 2 der Botschaft und bevorzugen diese klar gegenüber Variante 1. Frauen sollen **finanziell entschädigt** werden für die diskriminierenden Löhne sowie den Systemfehler in der zweiten Säule – nur diese Art der Kompensation ist auf Augenhöhe. Wir weisen darauf hin, dass eine durchschnittliche Rentenerhöhung von 70 Franken pro Monat nicht ausreichend ist, um zwei Fehler zu kompensieren, für die der Gesetzgeber (Konstruktion Systemfehler, Zuwarten bei der Lohnungleichheit) und damit grösstenteils eben nicht die Frauen die Verantwortung tragen. Wir beantragen aus diesem Grund eine **Verdoppelung der Kompensations-Beiträge**. Zweitens weisen wir darauf hin, dass nicht nur die Übergangsgeneration vom Systemfehler und diskriminierenden Löhnen und den Konsequenzen in der Altersvorsorge betroffen ist – die Ausgleichsmassnahmen sollten darum für die nächste Rentnerinnenkohorte ebenso vorgesehen werden, und/oder in der bevorstehenden BVG-Reform müssten Kompensationsmassnahmen für den Systemfehler des Koordinationsabzuges eingeplant werden.

Wir danken für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Kathrin Bertschy, Nationalrätin Grünliberale BE



Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

Co-Präsidentinnen der alliance F

AVIVO suisse

association suisse de défense et de détente des retraités

Réponse à la consultation sur la stabilisation de l'AVS **(AVS 21)**

Monsieur le conseiller fédéral,

L'AVIVO vous remercie de l'avoir invitée à répondre à cette consultation. Nous vous transmettons donc ci-dessous les réflexions que ce projet nous inspire.

L'AVIVO dès sa création il y a 70 ans défend bec et ongles l'AVS et son développement. Le système par répartition a fait ses preuves tout au long des années, malgré les crises économiques et l'heureuse augmentation de la durée de vie des humains. Simple, transparente, solidaire et universelle, l'AVS représente un acquis social auquel la population est très attachée. Toutefois, cette assurance exemplaire n'a jamais cessé de subir des prédictions de faillite, le Conseil fédéral lui même n'a pas manqué de s'associer à ces campagnes de démoralisation en annonçant des milliards de déficits pour le premier pilier. Jusqu'à ce jour, ces prédictions se sont révélées fausses. L'an dernier, 2017, le compte de résultat de l'AVS a même connu un résultat bénéficiaire de 1'087 milliard de francs.

L'AVIVO est toutefois consciente que des mesures doivent être prises pour garantir à l'avenir le financement de l'AVS dont les cotisations n'ont pas été augmentées depuis 1975. Or, le projet AVS 21 est particulièrement décevant. Ainsi, le Conseil fédéral paraît négliger d'importantes raisons de sa dure défaite lors du vote du 24 septembre 2017. Alors qu'il reconnaît que l'âge de la retraite des femmes fut la deuxième raison du refus populaire de PV 2020, il s'entête à proposer à nouveau une retraite à 65 ans pour les femmes, passant comme chat sur braise sur le fait que cela signifie que les femmes seraient ainsi obligées d'offrir des économies de 1 milliard 200'000 francs à l'AVS par le sacrifice d'une année de retraite. Quant aux mesures comme par exemple la hausse de la TVA, l'AVIVO peine à y trouver un argument propre à défendre les valeurs de solidarité qui lui sont chères.

Voici donc des commentaires plus détaillée sur le projet AVS 21.

Pas de réforme commune du premier et du deuxième pilier

L'AVIVO constate que la situation du deuxième pilier est extrêmement inquiétante. Comme le souligne le rapport, « *Dans le 2e pilier, les taux d'intérêt sont à un niveau très bas, en particulier depuis l'année 2011 et le rendement des placements ne suffit pas pour financer les rentes au sein des institutions de prévoyance ayant un régime proche du minimum LPP. Le taux de conversion minimal LPP actuel de 6,8% nécessite une expectative de rendement d'environ 5% en moyenne sur le long terme. Or, les taux de rendement sont de 2 à 2,5% en moyenne, et une amélioration rapide sur les marchés financiers est peu vraisemblable. Toutefois, cette problématique concerne avant tout les institutions de prévoyance ayant un régime proche du minimum LPP, soit environ 30% des assurés.* ».

Le système par capitalisation du deuxième pilier montre non seulement ses limites, surtout et c'est grave, pour les petits revenus - 30 % au moins des retraites - mais annonce son effondrement autrement plus grave que le manque de financement de l'AVS.

Pour l'AVIVO, l'AVS ne peut être la roue de secours du deuxième pilier. En revanche, nous estimons qu'une réforme plus fondamentale s'impose, comme le glissement progressif du deuxième pilier dans le premier dont la solidité a fait ses preuves. Ce changement progressif devrait se faire dans le respect des droits acquis.

L'AVIVO observe que le respect de la Constitution est loin d'être atteint, tout particulièrement en ce qui concerne **l'article 112, al 2, litt b qui traite de la couverture des besoins vitaux par l'AVS. On en est loin et c'est effarant.**

Ce que propose aujourd'hui le conseil fédéral n'a rien à voir avec le respect de la constitution. C'est un projet complexe pour ne pas dire compliqué qui ne garantit pas un franc de plus de rente. De bricolage du système en mesures temporaires, rien ne permet d'espérer qu'il s'agit réellement d'un meilleur avenir pour les retraites en Suisse.

Age de la retraite

Comme mentionné plus haut, l'AVIVO est absolument opposée à l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes. Les inégalités salariales, les inégalités dans l'accès à la retraite, les inégalités constatées dans les familles monoparentales qui péjorent trop souvent la situation des femmes ne peuvent que nous conforter dans notre souci de lutter fermement contre une augmentation de l'âge de la retraite des femmes.

Il est particulièrement injuste de toucher à l'âge de la retraite des femmes alors que l'on sait à quel point l'économie profite des salaires plus bas qu'elles touchent et que la société profite à son tour des milliards économisés grâce au travail gratuit qu'offrent les femmes dans le domaine du travail domestique et celui de l'aide aux proches. Nombre de retraités sont bien placés pour connaître l'importance des femmes dans le rôle de proches aidant.

Modèle flexible de l'âge de référence de la retraite

L'AVIVO estime inacceptable de revenir après PV2020 avec un projet qui péjore de nouveau et méprise le principe d'universalité des rentes AVS. Instaurer des mesures flexibles ouvre la porte à toutes sortes d'exceptions futures et délétères.

Mesures de compensation

Ces mesures ne concernent que les femmes nées entre 1958 et 1966, donc seulement une génération transitoire. On peut donc constater une fois de plus l'atteinte au principe d'universalité des rentes qui est lui simple et transparent. Sans compter que les femmes qui sont nées après 1966 n'ont aucune garantie que leur situation salariale, sociale et familiale ne s'améliorera. Rien ne permet d'imaginer que ces mesures transitoires marqueront la fin du modèle de l'emploi à plein temps pour l'homme et à temps partiel pour la femme.

De plus la version à 800 millions n'est qu'un leurre destiné à convaincre les femmes de travailler jusqu'à 65 ans et même au delà, comme le dit d'ailleurs le rapport. L'AVIVO est fermement opposée à l'augmentation de l'âge de la retraite et à son encouragement surtout au

moment où les entreprises licencient sans état d'âme les plus de 55 ans.

Relèvement de 1,5 point de la TVA

La TVA est la taxe la plus socialement injuste qui soit. Sans parler du paradoxe de l'atteinte au pouvoir d'achat des retraités contraints de payer cette taxe au moment où l'on prétend leur assurer une rente meilleure.

Liens avec RFFA / PF 17

L'évocation d'une baisse de la TVA en lien avec le compromis PF 17 tient surtout de la sculpture sur nuages. Ce compromis tient du mariage de la carpe et du lapin. L'indispensable suppression des statuts spéciaux est mélangée de façon incompréhensible avec l'AVS sans que l'on sache comment les deux milliards que l'on fait miroiter pour l'AVS seront financés. Vouloir en plus saupoudrer AVS 21 avec le compromis étrange PF 17 ne peut qu'aggraver l'image d'un bricolage exotique concernant un sujet aussi important que celui des retraites.

Afin de conclure cette réponse sur un ton positif, permettez à l'AVIVO de rappeler sa position concernant l'AVS. Plutôt qu'un charcutage du système par répartition de l'AVS, l'AVIVO propose :

L'application de l'art 112 al 2 litt b de la constitution concernant la couverture des besoins vitaux par l'AVS

L'élargissement de l'assiette des cotisations AVS en prélevant des cotisations sur tous les revenus, non seulement ceux des salaires mais aussi sur les avantages accordés par les employeurs et tout particulièrement sur les revenus financiers réalisés et les revenus de capitaux, exemptés à ce jour.

Dans le domaine de la LPP,
des mesures précises et contraignantes pour la réduction des frais administratifs exorbitants dus à la gestion des quelque 890 milliards de capitaux LPP.
Révision de la legalquote qui autorise les assurances vie à la calculer à leur profit sur la base des chiffres d'affaires et non pas sur le bénéfice.

Enfin l'AVIVO demande l'étude de l'instauration d'une « nouvelle AVS » intégrant peu à peu le deuxième pilier dans le respect des droits acquis.

En vous remerciant, Monsieur le conseiller fédéral, de l'attention que vous porterez à nos lignes, je vous adresse au nom de l'AVIVO l'expression de notre considération distinguée.

Christiane Jaquet-Berger
présidente
079 449 46 61 christiane.jaquet@gmail.com

AVIVO suisse
60, av. de Béthusy 1012 Lausanne
www.avivo-ch.ch



Association suisse pour les droits des femmes

Schweizerischer Verband für Frauenrechte

La Chaux-de-Fonds, le 11 octobre 2018

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir consultées concernant cet important objet. Même si les chambres ont accepté le regroupement de deux gros dossiers, l'un concernant la réforme des finances et l'autre concernant l'avs, ce qui permettrait de renoncer à l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes, nous souhaitons néanmoins nous prononcer sur le rapport mis en consultation jusqu'au 17 octobre et qui concerne la seule révision de l'avs.

Nous vous remercions dès lors de bien vouloir prendre en considération la position de l'adf/svf Suisse.

REVISION DE L'AVS

En préambule, il nous est présenté les raisons pour lesquelles une réforme de l'avs est nécessaire. Si nous admettons qu'en effet c'est le cas, il est également précisé que les partis et les milieux intéressés ont été consultés avant l'élaboration du présent projet afin sans doute que son contenu soit admis par la majeure partie des protagonistes. Cependant, le rapport ne précise pas qui sont les milieux concernés qui ont été consultés et nous constatons que nous, qui faisons partie des dits milieux ne l'avons pas été.

De nombreux arguments et chiffres accompagnent cette entrée en matière dont aucun ne peut être considéré comme une validation par cet auditoire imprécis du projet présenté.

Le rapport relève ensuite les éléments qui ont amené au rejet de PV2020 et constate que les votes de refus comme ceux d'acceptation avaient plusieurs origines. C'est évidemment le cas, comme pour tous les scrutins, et nous ne nous y arrêterons donc pas.

Il présente également les réformes qui ont eu lieu dans différents pays d'Europe.

Cependant, et cet aspect va se reproduire tout au long du rapport, les descriptifs, chiffres et statistiques sont difficiles à analyser car il manque systématiquement des données de référence permettant d'effectuer des comparaisons.

Par exemple, on nous présente un panel d'options retenues dans différents pays d'Europe en nous signalant que ces pays n'ont pas la même durée du travail et/ou pas les mêmes congés reconnus, sans nous préciser les systèmes en vigueur au préalable et l'impact des modifications intervenues dans ces pays : à aucun moment il n'est précisé quel est l'âge actuel de départ à la retraite dans les pays utilisés pour asseoir les comparaisons, ce qui fait qu'elles sont peu pertinentes.

Le rédacteur constate enfin que, parmi les remarques concernant l'élévation de la retraite des femmes suite à PV2020, les inégalités salariales qui subsistent encore devraient être résolues avant de songer à la mettre en pratique. Mais pourtant, le rédacteur conclut que l'avs doit être réformée pour elle-même et que les inégalités salariales seront traitées séparément, un débat aux chambres étant prévu à cet effet.

Chacun-e le sait maintenant : la loi sensée remédier à ce problème ne permettra aucunement de le résoudre, les règles fixées pour parvenir à des salaires équitables entre femmes et hommes n'étant pas contraignantes et à peine différentes de ce qu'elles sont déjà aujourd'hui, avec le succès que l'on connaît.

Le rapport explicite également que, pour que la proposition puisse se concrétiser, il faudra fixer des règles concernant l'emploi des personnes prenant de l'âge mais ne propose rien de concret sur le plan législatif qui pourrait garantir leur emploi. Donc, là aussi, le flou est complet.

L'augmentation de l'âge de la retraite des femmes impliquera des compensations :

- des délais seront prévus pour que les femmes touchées par le changement aient le temps de s'adapter ;
- des aides financières seront octroyées aux femmes afin d'éviter qu'elles perdent des ressources.

Dans la variante à 400 mios, l'effet sera faible.

Dans la variante à 800 mios il sera un peu plus marqué mais touchera essentiellement les femmes de la classe moyenne.

Globalement, le projet ne prend pas suffisamment en compte le fait que les femmes travaillent très souvent à temps partiel ce qui pénalise grandement leurs ressources à l'âge de la retraite, rallongé ou non d'une année. Aucun projet sociétal ne se dessine pour assurer une meilleure répartition des tâches dans les familles entre les hommes et les femmes et a fortiori dans les entreprises qui ont encore beaucoup de peine à admettre les temps partiels, en particulier pour les hommes.

Il est clair qu'à l'heure actuelle, les femmes qui se retrouvent seules avant ou après la retraite vont grossir les rangs des personnes pauvres de notre pays.

Dès lors, ce projet est inacceptable :

- **l'allongement du temps de travail pour les femmes n'est pas encadré par des mesures crédibles et ne le sera pas prochainement (obligation pour les entreprises d'assurer une égalité de traitement entre les hommes et les femmes)**
- **pas de suivi précis et pointu du comportement patronal concernant les travailleur-euse-s âgé-e-s, obligation d'embauche, interdiction de licencier pour raison d'âge) ;**
- **pas de règles contraignantes pour les employeurs concernant l'accès au temps partiel pour les hommes et les femmes de façon à assurer un équilibre financier durable dans les familles incluant le niveau des retraites ;**

- **pas de projet sociétal pour une répartition des tâches entre les hommes et les femmes hors des habitudes genrées.**

Nous constatons enfin que les principes argumentatifs qui ont présidé à la rédaction du présent rapport ne permettent absolument pas d'être au clair sur les pratiques qui sont en vigueur chez nous et dans les pays voisins : beaucoup beaucoup de chiffres et très peu d'analyses.

Sur cette base, il est impossible de se faire une opinion fondée, raison pour laquelle nous n'avons relevé que les éléments dont nous connaissons déjà les enjeux et les risques.

Pour la section president de l'adf/svf Suisse:

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. P. ...', written in a cursive style.

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Berne, le 7 septembre 2018

Reg: rdo-2.121.36

Consultation AVS 21 : prise de position du comité CDAS

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous offrir l'opportunité de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation relative à l'AVS 21. Dans la première partie de notre prise de position, nous souhaitons formuler quelques remarques générales sur le projet actuel de l'AVS 21. Dans la deuxième partie, vous trouverez nos demandes et remarques relatives à certains points centraux du projet.

Remarques générales relatives à l'AVS 21

Le Comité CDAS partage l'avis du Conseil fédéral, selon lequel la pérennité de l'AVS doit être assurée sur le plan financier et, en ce sens, se félicite de la reprise rapide de la réforme de l'AVS (AVS 21). Cela inclut également les explications relatives au Projet fiscal 17 et le lien avec l'AVS 21. Si le Projet fiscal 17 est adopté, les besoins de financement de l'AVS seront réduits, ce qui diminuera également le besoin d'élever la taxe sur la valeur ajoutée. Pour la CDAS, les explications mentionnées dans le projet sont tout à fait valables.

Nous retenons que les piliers suivants sont fondamentaux pour une réforme de l'AVS : l'efficacité du système doit être maintenu et l'âge de la retraite doit être assoupli. Toutefois, cela ne doit pas conduire à une réduction des prestations pour les personnes retraitées et donc à un transfert des charges (à travers les PC ou l'aide sociale) vers les cantons. Nous nous réjouissons de constater que la proposition répond à ces prémisses.

Remarques sur certains points importants

Relèvement de l'âge de la retraite (âge de référence) des femmes à 65 ans

De manière générale, le Comité CDAS est favorable à ce que l'âge de référence des femmes soit adapté à celui des hommes – sous réserve d'une compensation équitable.

Mesures de compensation pour le relèvement de l'âge de référence des femmes

Pour la CDAS, les mesures de compensation sont indispensables pour atténuer les conséquences du relèvement de l'âge de la retraite (cf. ci-dessus). Ces mesures de compensation sont destinées en particulier aux femmes à revenus modestes, dont les attentes en matière de retraite sont faibles et qui pourraient donc difficilement se permettre une retraite anticipée.

Les deux modèles de compensation proposés se limitent à des taux de réduction faibles lors d'une rente anticipée (pour la variante 1 et 2) et à une formule de rentes plus avantageuse (seulement pour la variante 2). La CDAS aurait souhaité voir un éventail plus large de mesures possibles être soumis au débat (p. ex. améliorations dans le domaine des crédits éducatifs).

Bien que le Comité CDAS préconise l'égalité de traitement des sexes en ce qui concerne l'âge de référence pour la retraite (voir ci-dessus), il déclare explicitement que l'égalité de rémunération entre les hommes et les femmes n'a toujours pas été réalisée dans tous les domaines. Dans cette optique, nous soutenons la variante 2 des mesures de compensation, parce qu'elle garantit une amélioration pour les femmes avec des salaires bas et moyens grâce à la formule de rente plus avantageuse et qu'elle les incite à travailler jusqu'à l'âge de référence de 65 ans ou plus.

Suivant cette logique, le Comité CDAS propose d'élargir le cercle des bénéficiaires et de ne pas seulement allouer la meilleure formule de rentes aux femmes nées entre 1958 et 1966.

Le Conseil fédéral argumente que seules les générations les plus touchées doivent bénéficier des mesures de compensation, car elles ne sont qu'à quelques années de la retraite et n'ont pas suffisamment de temps pour se préparer à une activité lucrative prolongée. Ce raisonnement n'est pas convaincant, surtout si les inégalités salariales persistent.

Flexibilisation de la perception de la rente

Le Comité CDAS soutient la possibilité d'une rente flexible et se réjouit en ce sens des mesures proposées dans le cas d'un retrait anticipé et d'un ajournement.

Mesures incitatives pour le maintien de l'activité lucrative après l'âge de référence

Le Comité CDAS soutient sur le fonds les mesures incitatives pour le maintien de l'activité lucrative. Toutefois, comme cela a déjà été mentionné dans la consultation relative à la prévoyance vieillesse 2020, un effort est également nécessaire pour intégrer de manière judicieuse les employés de plus de 50 ans sur le marché du travail ou les maintenir sur le marché du travail. Pour les personnes de plus de 50 ans, les chances sur le marché du travail diminuent de plus en plus : le principe d'ancienneté souvent appliqué (salaire lié à l'âge) conduit au fait que les jeunes employés « moins chers » sont préférés aux « employés âgés plus chers » (discrimination fondée sur l'âge). Le chômage qui en résulte souvent pour les employés plus âgés peut durer longtemps et alimente la peur de sombrer dans la pauvreté au cours de la vieillesse. Il est donc important d'examiner au niveau fédéral des mesures visant à promouvoir la participation des personnes plus âgées sur le marché du travail.

Financement supplémentaire

Le Comité CDAS se prononce en faveur d'un financement supplémentaire de l'AVS par le biais d'un relèvement de la taxe sur la valeur ajoutée. L'augmentation proposée de la TVA de 1,5 % est jugée adéquate et applicable.

Il est par ailleurs favorable à la prise en considération du Projet fiscal 17. Ce dernier – s'il était adopté – tiendrait compte des recettes supplémentaires projetées et donnerait lieu à une augmentation de la TVA de seulement 0,7 % plutôt que de 1,5 %.

En vous remerciant de nous avoir donné la possibilité de prendre position sur ce sujet et de bien vouloir tenir compte de nos propositions, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

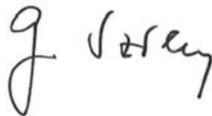
**Conférence des directrices et directeurs
cantonaux des affaires sociales**

Le président



Martin Klöti
Conseiller d'État

La secrétaire générale



Gaby Szöllösy

Copie par courriel :

- Directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales
- Secrétariats généraux CDF et CDS



Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Vernehmlassungsstellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF (September 2018)

Die EKF hat die Vorschläge des Bundesrates zur Stabilisierung der AHV mit Interesse zur Kenntnis genommen und benutzt die Gelegenheit der vorliegenden Vernehmlassung, um darauf hinzuweisen, dass die Revision der 2. Säule nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Dies vor allem, weil Frauen in der zweiten Säule auch wegen des Koordinationsabzugs tiefere Renten erhalten. Dieser Umstand kann nicht länger hingenommen und muss in der nächsten Revision korrigiert werden.

Zur Erhöhung des Frauenrentenalters

Das Frauenrentenalter soll von 64 auf 65 Jahre erhöht werden. Vorgeschlagen wird eine schrittweise Erhöhung von drei Monaten pro Jahr. Die erste Erhöhung soll ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision erfolgen. Die Frauen tragen mit dieser Erhöhung im Zeitraum von 2022 bis 2030 10 Milliarden Franken zur Finanzierung der AHV bei¹.

Die EKF lehnt die Erhöhung des Frauenrentenalters insbesondere aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen ab. Sobald die tatsächliche Benachteiligung von Frauen beseitigt ist, steht einer formalen Gleichstellung beim Rentenalter aus Sicht der EKF nichts entgegen.

Eine diskriminierungsfreie Verteilung der Ressourcen auf beide Geschlechter gehört zu den prioritären Zielen der Sozialpolitik. Nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aspekte sowie die Lohndiskriminierung im vorliegenden erläuternden Bericht wiederum nicht erwähnt und bei der Beurteilung des Frauenrentenalters nicht berücksichtigt worden sind. Die EKF hat diesen Mangel bereits im Rahmen der Vernehmlassung zur Altersvorsorge 2020 kritisiert. Auch da fehlten im erläuternden Bericht diese Aspekte.

In der laufenden Diskussion wird von Befürwortern der Rentenaltererhöhung der Frauen das niedrigere Rentenalter der Frauen als nicht mehr zeitgemässes Privileg und die formale Gleichstellung der Geschlechter im Bereich des Rentenalters als ein Gebot der Zeit dargestellt. Eine rein formale Gleichstellung der Geschlechter reicht jedoch nicht aus, um die Diskriminierung von Frauen auszuräumen. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung verpflichtet den Gesetzgeber nicht nur zur Durchsetzung der formalen Gleichstellung, sondern auch zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung. Die rein formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der ungleichen, diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge.

¹ Quelle: Erläuternder Bericht zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens „Stabilisierung der AHV (AHV21)

Die Benachteiligung im Erwerbsleben (sei sie bedingt durch Ausbildung auf tiefem Niveau, schlecht bezahlte Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit oder durch die nach wie vor verbreitete Lohndiskriminierung) führt zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Unbezahlte Care-Arbeit in der Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit und wird vorwiegend von Frauen geleistet. Diese erleiden dadurch wesentliche Abstriche beim Aufbau ihrer Altersvorsorge. Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Wirtschaft profitiert von dieser Dienstleistung der Frauen.

Es kommt hinzu, dass die Renten vieler Frauen im Alter auch wegen der nach wie vor bestehenden Lohndiskriminierung tiefer ausfallen. Die zurzeit im Parlament hängige Revision des Gleichstellungsgesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, enthält aber zu wenig griffige Massnahmen zur tatsächlichen Durchsetzung der Lohngleichheit. Die Perspektive, dass die Lohngleichheit in absehbarer Zeit eintreten wird, ist nicht rosig. Die Befürchtung, dass die Erfüllung des seit Jahrzehnten verankerten Verfassungsauftrags zur Lohngleichheit in weiter Ferne liegt, ist mehr als berechtigt.

Auch griffige Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit haben politisch einen schweren Stand. Keine Chancen hat zum Beispiel eine mehrwöchige Elternzeit, die sich am Modell der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF orientiert. Selbst ein bescheidener Vaterschaftsurlaub von ein paar wenigen Wochen ist politisch umstritten. Es fehlt schweizweit an flächendeckenden Tagesschulen. Es fehlt an flächendeckend vorhandenen bezahlbaren Kinderbetreuungsstrukturen mit pädagogischen Konzepten.

Zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Der Bundesrat schlägt zur Sicherung der Renten und zur vollständigen Deckung des AHV-Ausgleichsfonds im Zeitraum 2021 bis 2030 vor, die Mehrwertsteuer um 1.5 Prozentpunkte zu erhöhen. Gemäss erläuterndem Bericht zur Vernehmlassung sollen die Mehrwertsteuer-Prozentpunkte in dem Umfang reduziert werden, als zugunsten der AHV in Verbindung mit der Steuervorlage 17 zusätzliche Einnahmen durch die Erhöhung der Lohnbeiträge und des Bundesbeitrages sowie der vollständigen Zuweisung des Demografieprozentes an die AHV generiert werden.

Das Parlament hat die Vorlage in der Herbstsession 2018 verabschiedet. Allerdings ist voraussichtlich mit einer Referendumsabstimmung im ersten Halbjahr 2019 zu rechnen. Deshalb ist auch der Einfluss der Steuervorlage 17 mit der Zusatzfinanzierung für die AHV auf die Revision AHV 21 offen.

Die EKF unterstützt zur Sicherung der Renten und zur vollständigen Deckung des AHV-Ausgleichsfonds eine entsprechende Zusatzfinanzierung. Für die AHV-Finzen ist die Lohnsumme von zentraler Bedeutung. Die AHV-Beiträge liegen seit 1975 bei 8.4 Prozent. Erst einmal wurde ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent, von welchem 0.83 Prozent in die AHV fliessen, notwendig². Dies, obwohl sich die Anzahl der Renten seither mehr als verdoppelt hat und die Renten regelmässig gemäss Mischindex der Teuerung angepasst

² Die restlichen 0.17 Prozent werden zur Finanzierung des Bundesbeitrages an die AHV verwendet.

werden. Das Finanzierungsmodell der AHV hat sich bewährt. Der nun notwendige zusätzliche Finanzierungsbedarf sollte solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommensklassen finanziert werden. **Die EKF fordert deshalb bei der notwendigen Zusatzfinanzierung einen Mix aus Lohnbeiträgen und Mehrwertsteuer.**

Zu den Ausgleichsmassnahmen

Der Bundesrat schlägt im Zusammenhang mit der Erhöhung des Frauenrentenalters zwei Varianten von Ausgleichsmassnahmen vor. Die Ausgleichsmassnahmen sind auf 8 Jahre befristet.

Die EKF lehnt die Erhöhung des Frauenrentenalters ab. **Für den Fall, dass das Frauenrentenalter erhöht wird, sind aus Sicht der EKF Ausgleichsmassnahmen zwingend notwendig.** In diesem Sinne nimmt die EKF zu den Ausgleichsmassnahmen Stellung.

Einleitend kann festgehalten werden, dass die vorgeschlagenen Massnahmen ungenügend sind. Die Variante I kann unter keinen Umständen allein aus Ausgleichsmassnahme betrachtet werden. Sie muss verbessert werden und – wie im Entwurf vorgeschlagen - Teil der Variante II sein.

Variante I: 400 Millionen Franken

Neu sollen Frauen, die nicht bis zum Referenzalter 65 erwerbstätig sind, ihre AHV-Rente zu vorteilhafteren Bedingungen vorbezahlen können. Sie kommen in den Genuss eines reduzierten statt eines versicherungstechnischen Kürzungssatzes. Bei Frauen, die ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von maximal 56'400 Franken aufweisen, wird bei einem Vorbezug im Alter von 62 oder 63 Jahren ein besonders tiefer Kürzungssatz³ angewendet. Beziehen sie ihre Altersrente im Alter von 64, wird die Rente nicht gekürzt. Frauen, deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen mehr als 56'400 Franken beträgt, kommen ebenfalls in den Genuss von reduzierten Kürzungssätzen,⁴ die allerdings höher liegen als bei Frauen mit tieferen Einkommen. Diese Ausgleichsmassnahme kostet 2.1 Milliarden Franken. Das heisst ungefähr 21 Prozent der 10 Milliarden, die die Frauen mit der Erhöhung ihres Rentenalters auf 65 Jahre in die AHV einspeisen, würden für diese Ausgleichsmassnahme verwendet.

Von reduzierten Kürzungssätzen würden Frauen profitieren, die bis 2030 in Rente gehen. Betroffen wären Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1966. Der Bundesrat schätzt, dass etwa 25% der Frauen dieser Jahrgänge vorzeitig in Pension gehen und von einem erleichterten Vorbezug profitieren würden.

Die EKF begrüsst den Vorschlag, beim Vorbezug mit 62 bzw. 63 Jahren die Rente nicht versicherungstechnisch zu kürzen, sondern tiefere Kürzungssätze anzuwenden. Sie begrüsst ebenfalls den Vorschlag, die Rente beim Vorbezug mit 64 Jahren nicht zu kürzen. Allerdings ist die gewählte Lohnhöhe von 56'400 Franken zu tief angesetzt, sowohl für den Vorbezug der AHV-Rente mit 64 Jahren ohne Kürzung wie auch für den Vorbezug mit tieferen Kürzungssätzen.

³ 62 Jahre: Kürzungssatz 5%; 63 Jahre: Kürzungssatz 3,5%; 64 Jahre keine Kürzung

⁴ 62 Jahre: Kürzungssatz 6.8%; 63 Jahre: Kürzungssatz 4%; 64 Jahre: Kürzungssatz 2%

Die EKF fordert deshalb, die gewählte Lohnhöhe von 56'400 Franken zu erhöhen, so dass deutlich mehr Frauen in den Genuss einer ungekürzten AHV-Rente beim Rentenbezug im Alter von 64 Jahren kommen bzw. zu tieferen Kürzungssätzen vorzeitig in Pension gehen können.

Variante II: 800 Millionen Franken

Die zweite Variante sieht zwei Ausgleichsmassnahmen vor. Die erste Ausgleichsmassnahme bezieht sich auf tiefere Kürzungssätze beim Vorbezug gemäss Variante I. Die zweite Ausgleichsmassnahme zielt auf Frauen, die ihre AHV-Rente frühestens ab dem Referenzalter 65 beziehen. Bei diesen Frauen wird die Rentenformel verbessert, was zu einer höheren AHV-Rente führt. Bei Frauen mit tiefen bis mittleren Einkommen wird die Rente stärker verbessert als bei Frauen mit hohem Einkommen. Allerdings bleiben die Minimal- und Maximalrente unverändert.

Von der Verbesserung der Rentenformel profitieren besonders Frauen mit einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen von 42'300 Franken. Sie erhalten eine maximale Erhöhung von 214 Franken pro Monat. Frauen mit einem tieferen oder höheren Einkommen erhalten eine entsprechend weniger starke zu ihrem Einkommen proportionale Erhöhung. Im Durchschnitt werden die AHV-Renten der betroffenen Frauen um 70 Franken pro Monat erhöht. Diese Ausgleichsmassnahmen kosten 3,8 Milliarden, was ungefähr 38 Prozent der 10 Milliarden Franken ausmacht, die die Frauen zur Finanzierung der AHV mit der Erhöhung ihres Rentenalters auf 65 Jahre beitragen. In den Erläuterungen zur Vernehmlassung ist festgehalten, dass etwa 54 Prozent der Frauen, die ihre AHV-Rente ab dem Referenzalter 65 beziehen, in den Genuss der vorgeschlagenen Verbesserung kommen.

Die EKF begrüsst eine Anpassung der Rentenformel für tiefe und mittlere Einkommen. Die Kommission fordert jedoch, dass die Verbesserung der Rentenformel nicht auf die Frauen der Übergangsgeneration beschränkt wird, sondern solange zur Anwendung kommt, bis die tatsächliche Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben in Bezug auf die im Abschnitt „Erhöhung des Frauenrentenalters“ aufgeführten Punkte erreicht ist. Die Bedingungen der Frauen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge sind nach wie vor ungünstig und für die nähere Zukunft zeichnen sich diesbezüglich keine wesentlichen Verbesserungen ab.

Zur Flexibilisierung des Rentenbezugs

Neu soll ein monatlicher Vorbezug der Rente möglich sein. Zudem soll es neu möglich sein, einen frei wählbaren Anteil der AHV-Rente vorzubeziehen bzw. aufzuschieben. Vorgeschlagen werden für den Vorbezug eine Mindestgrösse von 20 Prozent und eine Maximalgrösse von 80 Prozent. Des Weiteren wird die Möglichkeit geschaffen, im Falle eines Vorbezugs oder Aufschiebs der AHV-Rente den Prozentsatz des Rententeils zwischen 62 und 70 Jahren einmal zu ändern. Bei einem Vorbezug wird der vorbezogene Teil versicherungstechnisch entsprechend gekürzt, nicht aber der nichtvorbezogene Teil.

Der Bundesrat schlägt zudem vor, beim Vorbezug der AHV-Rente die Kürzungssätze an die längere Lebenserwartung anzupassen und diese in Zukunft mindestens alle 10 Jahre zu überprüfen. Kürzungssätze neu: 1 Jahr Vorbezug 4.0 Prozent (6.8 Prozent); 2 Jahre Vorbezug 7.7 Prozent (13.6 Prozent); 3 Jahre Vorbezug 11.1 Prozent.

Die EKF ist mit den Vorschlägen der Flexibilisierung des Rentenbezugs einverstanden. Hingegen ist die EKF nicht einverstanden mit dem Vorschlag, die Kürzungssätze beim Vorbezug der Renten automatisch alle 10 Jahre anzupassen. Normen, die für die Rentenhöhe bedeutend sind, sollten nicht automatisiert angepasst werden können. Sie sollten deshalb auch in Zukunft auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

Zum Bezug der AHV-Rente nach dem Referenzalter

Der Bezug der AHV-Rente kann bereits heute maximal 5 Jahre aufgeschoben werden. An dieser Regelung ändert sich nichts. Neu hingegen ist, dass die Rente auch nur teilweise aufgeschoben und während der Aufschubzeit der Teilbezug einmal gesenkt werden kann. Die aufgeschobene Rente wird wie bereits heute durch den versicherungstechnischen Gegenwart erhöht.

Auch diese versicherungstechnischen Aufschubzuschläge sollen aufgrund der längeren Lebenserwartung korrigiert, mindestens alle 10 Jahre überprüft und vom Bundesrat angepasst werden können. 1 Jahr Aufschub 4,3 Prozent Zuschlag (5,2 Prozent); 2 Jahre Aufschub 9.0 Prozent Zuschlag (10.8 Prozent); 3 Jahre Aufschub 14.1 Prozent (17.1 Prozent); 4 Jahre Aufschub 19.6 Prozent Zuschlag (24.0 Prozent); 5 Jahre Aufschub 25.7 Prozent Zuschlag (31.5 Prozent).

Mit den Vorschlägen bezüglich Aufschub der AHV-Rente ist die EKF einverstanden. Sie begrüsst die neu geschaffene Möglichkeit, die Rente auch nur teilweise beziehen zu können. Nicht einverstanden ist die EKF hingegen mit dem Vorschlag, die Aufschläge beim Vorbezug bzw. beim Aufschub der Renten automatisch alle 10 Jahre anzupassen. Normen, die für die Rentenhöhe bedeutend sind, sollten nicht automatisiert angepasst werden können und sollten deshalb auch in Zukunft auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

Zu den Anreizen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Beibehaltung des Freibetrags für Erwerbstätige im Rentenalter

Der geltende Freibetrag von 1'400 Franken pro Monat oder 16'800 Franken pro Jahr, auf welchem bei erwerbstätigen AHV-Rentnerinnen und Rentner keine AHV-Beiträge erhoben werden, soll beibehalten werden.

Berücksichtigung der nach dem Referenzalter bezahlten AHV-Beiträge

Vorgeschlagen wird, dass neu die Rente verbessert und Lücken bei Beitragsjahren geschlossen werden können. Die nach dem Referenzalter auf dem Erwerbseinkommen bezahlten AHV-Beiträge sollen bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden.

Damit die Beiträge zur Schliessung von Beitragslücken berücksichtigt werden können, muss das Erwerbseinkommen im Zeitraum zwischen Referenzalter und Antrag auf Neuberechnung

der Rente mindestens 40 Prozent des durchschnittlichen eigenen Erwerbseinkommens⁵ betragen, mindestens aber 21'467 Franken⁶. Die Schliessung von Beitragslücken verbessert die Rente.

Neu kann mit den nach dem Referenzalter einbezahlten AHV-Beiträgen das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen verbessert werden. Berücksichtigt werden die Einkommen, auch wenn sie weniger als 40 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens betragen. Die zusätzlich einbezahlten Beiträge können ebenfalls zu einer Verbesserung der Rente führen, allerdings höchstens bis zur Maximalrente.

Die EKF ist mit den vorgeschlagenen Anreizen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren einverstanden. Sie schaffen die Möglichkeit, die Rente zu verbessern.

⁵ ohne Berücksichtigung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften oder Anrechnung der Beiträge des Ehegatten/der Ehegattin

⁶ 16'800 Franken Freibetrag plus 4'667 Franken pro Jahr Erwerbseinkommen für AHV-Mindestbeitrag ergibt 21'467 Franken pro Jahr.



Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
Femmes Protestantes en Suisse (FPS)

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2018

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Stellungnahme der Evangelischen Frauen Schweiz EFS¹

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) danken für die Einladung zur Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21). Sie möchten die Gelegenheit der vorliegenden Vernehmlassung dazu benutzen, um darauf hinzuweisen, dass die Revision der 2. Säule nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Dies vor allem, weil Frauen in der zweiten Säule auch wegen des Koordinationsabzugs tiefere Renten erhalten. Dieser Umstand kann nicht länger hingenommen werden und muss in der nächsten Revision korrigiert werden. Zur vorliegenden Vorlage nehmen die EFS wie folgt Stellung:

1. Erhöhung des Frauenrentenalters

Das Frauenrentenalter soll von 64 auf 65 Jahre erhöht werden. Vorgeschlagen wird eine schrittweise Erhöhung von drei Monaten pro Jahr. Die erste Erhöhung soll ein Jahr nach Inkrafttreten der Revision erfolgen. Die Frauen tragen mit dieser Erhöhung im Zeitraum von 2022 bis 2030 10 Milliarden Franken zur Finanzierung der AHV bei.

Die EFS lehnen die Erhöhung des Frauenrentenalters insbesondere aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen ab. Sobald die tatsächliche Benachteiligung von Frauen beseitigt ist, steht einer formalen Gleichstellung beim Rentenalter aus Sicht der EFS nichts entgegen. Eine

¹ Die Stellungnahme lehnt sich an die Stellungnahme der EKF an.

diskriminierungsfreie Verteilung der Ressourcen auf beide Geschlechter gehört zu den prioritären Zielen der Sozialpolitik. Nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aspekte sowie die Lohndiskriminierung im vorliegenden erläuternden Bericht wiederum nicht erwähnt und bei der Beurteilung des Frauenrentenalters nicht berücksichtigt worden sind.

In der laufenden Diskussion wird von Befürwortern der Rentenerhöhung der Frauen das niedrigere Rentenalter der Frauen als nicht mehr zeitgemässes Privileg und die formale Gleichstellung der Geschlechter im Bereich des Rentenalters als ein Gebot der Zeit dargestellt. Eine rein formale Gleichstellung der Geschlechter reicht jedoch nicht aus, um die Diskriminierung von Frauen auszuräumen. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung verpflichtet den Gesetzgeber nicht nur zur Durchsetzung der formalen Gleichstellung sondern auch zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung. Die rein formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der ungleichen, diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge.

Die Benachteiligung im Erwerbsleben (sei sie bedingt durch Ausbildung auf tiefem Niveau, schlecht bezahlte Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit oder durch die nach wie vor verbreitete Lohndiskriminierung) führt zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Unbezahlte Care-Arbeit in der Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit und wird vorwiegend von Frauen geleistet. Diese müssen dadurch wesentliche Abstriche beim Aufbau ihrer Altersvorsorge in Kauf nehmen. Nicht nur die Gesellschaft sondern auch die Wirtschaft profitiert von dieser Dienstleistung der Frauen.

Kommt hinzu, dass die Renten vieler Frauen im Alter auch wegen der nach wie vor bestehenden Lohndiskriminierung tiefer ausfallen! Die zurzeit im Parlament hängige Revision des Gleichstellungsgesetzes ist ein Schritt in die richtige Richtung, enthält aber zu wenig griffige Massnahmen zur tatsächlichen Durchsetzung der Lohngleichheit. Die Perspektive, dass die Lohngleichheit in absehbarer Zeit eintreten wird, ist nicht gegeben. Die Befürchtung, dass die Erfüllung des seit Jahrzehnten verankerten Verfassungsauftrags zur Lohngleichheit in weiter Ferne liegt ist mehr als berechtigt!

Auch griffige Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit haben politisch einen schweren Stand. Keine Chancen hat zum Beispiel eine mehrwöchige Elternzeit die sich am Modell der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen EKFF orientiert. Selbst ein bescheidener Vaterschaftsurlaub von ein paar wenigen Wochen ist politisch umstritten. Es fehlt schweizweit an flächendeckenden Tagesschulen. Es fehlt an flächendeckend vorhandenen bezahlbaren Kinderbetreuungsstrukturen mit pädagogischen Konzepten.

2. Erhöhung der Mehrwertsteuer

Der Bundesrat schlägt zur Sicherung der Renten und zur vollständigen Deckung des AHV-Ausgleichsfonds im Zeitraum 2021 bis 2030 vor, die Mehrwertsteuer um 1.5 Prozentpunkte zu erhöhen. Gemäss erläuterndem Bericht zur Vernehmlassung sollen die Mehrwertsteuer-

Prozentpunkte in dem Umfang reduziert werden, als zugunsten der AHV in Verbindung mit der Steuervorlage 17, zusätzliche Einnahmen durch die Erhöhung der Lohnbeiträge und des Bundesbeitrages sowie der vollständigen Zuweisung des Demografieprozentes an die AHV, generiert werden. Da die Vorlage vom Parlament noch nicht abschliessend beraten ist, kann deren Einfluss auf die vorliegende AHV nicht wirklich beurteilt werden.

Die EFS unterstützen zur Sicherung der Renten und zur vollständigen Deckung des AHV-Ausgleichsfonds eine entsprechende Zusatzfinanzierung. Für die AHV-Finzen ist die Lohnsumme von zentraler Bedeutung. Die AHV-Beiträge liegen seit 1975 bei 8.4 Prozent. Erst einmal wurde ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent, von welchem 0.83 Prozent in die AHV fliessen, notwendig. Dies obwohl sich die Anzahl der Renten seither mehr als verdoppelt hat, und die Renten regelmässig gemäss Mischindex der Teuerung angepasst werden. Das Finanzierungsmodell der AHV hat sich bewährt. Der nun notwendige zusätzliche Finanzierungsbedarf sollte solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommensklassen finanziert werden. Deshalb fordern die EFS bei der notwendigen Zusatzfinanzierung einen Mix aus Lohnbeiträgen und Mehrwertsteuer.

3. Ausgleichsmassnahmen

Der Bundesrat schlägt im Zusammenhang mit der Erhöhung des Frauenrentenalters zwei Varianten von Ausgleichsmassnahmen vor. Die Ausgleichsmassnahmen sind auf 8 Jahre befristet.

Die EFS lehnen die Erhöhung des Frauenrentenalters ab. Für den Fall, dass das Frauenrentenalter erhöht wird, sind aus Sicht der EFS Ausgleichsmassnahmen zwingend notwendig. In diesem Sinne nehmen die EFS zu den Ausgleichsmassnahmen Stellung.

Einleitend kann festgehalten werden, dass die vorgeschlagenen Massnahmen ungenügend sind. Die Variante I kann unter keinen Umständen allein als Ausgleichsmassnahme betrachtet werden. Sie muss verbessert werden und – wie im Entwurf vorgeschlagen - Teil der Variante II sein.

Variante I: 400 Millionen Franken

Neu sollen Frauen, die nicht bis zum Referenzalter 65 erwerbstätig sind, ihre AHV-Rente zu vorteilhafteren Bedingungen vorbeziehen können. Sie kommen in den Genuss eines reduzierten statt eines versicherungstechnischen Kürzungssatzes. Bei Frauen, die ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von maximal 56'400 Franken aufweisen, wird bei einem Vorbezug im Alter von 62 oder 63 Jahren ein besonders tiefer Kürzungssatz angewendet. Beziehen sie ihre Altersrente im Alter von 64 wird die Rente nicht gekürzt. Frauen, deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen mehr als 56'400 beträgt kommen ebenfalls in den Genuss von reduzierten Kürzungssätzen, die allerdings höher liegen als bei Frauen mit tieferen Einkommen. Diese Ausgleichsmassnahme kostet 2.1 Milliarden Franken. Das heisst ungefähr 21 Prozent der 10 Milliarden die die Frauen mit der Erhöhung ihres

Rentenalters auf 65 Jahre in die AHV einspeisen, würden für diese Ausgleichsmassnahme verwendet.

Von reduzierten Kürzungssätzen würden Frauen profitieren die bis 2030 in Rente gehen. Betroffen wären Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1966. Der Bundesrat schätzt, dass etwa 25% der Frauen dieser Jahrgänge vorzeitig in Pension gehen und von einem erleichterten Vorbezug profitieren würden.

Die EFS begrüssen den Vorschlag beim Vorbezug mit 62 bzw. 63 Jahren die Rente nicht versicherungstechnisch zu kürzen sondern tiefere Kürzungssätze anzuwenden. Sie begrüssen ebenfalls den Vorschlag die Rente beim Vorbezug mit 64 Jahren nicht zu kürzen. Allerdings ist die gewählte Lohnhöhe von 56'400 Franken zu tief angesetzt sowohl für den Vorbezug der AHV-Rente mit 64 Jahren ohne Kürzung wie auch für den Vorbezug mit tieferen Kürzungssätzen.

Die EFS fordern deshalb die gewählte Lohnhöhe von 56'400 Franken zu erhöhen, so dass deutlich mehr Frauen in den Genuss einer ungekürzten AHV-Rente beim Rentenbezug im Alter von 64 Jahren kommen bzw. zu tieferen Kürzungssätzen vorzeitig in Pension gehen können.

Variante II: 800 Millionen Franken

Die zweite Variante sieht zwei Ausgleichsmassnahmen vor. Die erste bezieht sich auf tiefere Massnahmen beim Vorbezug gemäss Variante I. Die zweite zielt auf Frauen, die ihre AHV-Rente frühestens ab dem Referenzalter 65 beziehen. Bei diesen Frauen wird die Rentenformel verbessert, was zu einer höheren AHV-Rente führt. Bei Frauen mit tiefen bis mittleren Einkommen wird die Rente stärker verbessert als bei Frauen mit hohem Einkommen. Allerdings bleiben die Minimal- und Maximalrente unverändert.

Von der Verbesserung der Rentenformel profitieren besonders Frauen mit einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen von 42'300 Franken. Sie erhalten eine maximale Erhöhung von 214 Franken pro Monat. Frauen mit einem tieferen oder höheren Einkommen erhalten eine entsprechend weniger starke zu ihrem Einkommen proportionale Erhöhung. Im Durchschnitt werden die AHV-Renten der betroffenen Frauen um 70 Franken pro Monat erhöht. Diese Ausgleichsmassnahmen kosten 3,8 Milliarden, was ungefähr 38 Prozent der 10 Milliarden, die die Frauen zur Finanzierung der AHV mit der Erhöhung ihres Rentenalters auf 65 Jahre beitragen, ausmacht. In den Erläuterungen zur Vernehmlassung ist festgehalten, dass etwa 54 Prozent der Frauen, die ihre AHV-Rente ab dem Referenzalter 65 beziehen, in den Genuss der vorgeschlagenen Verbesserung kommen.

Die EFS begrüssen eine Anpassung der Rentenformel für tiefe und mittlere Einkommen. Die EFS fordern jedoch, dass die Verbesserung der Rentenformel nicht auf die Übergangsgeneration beschränkt wird, sondern solange zur Anwendung kommt, bis die tatsächliche Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben in Bezug auf die im Abschnitt „Erhöhung des Frauenrentenalters“ aufgeführten Punkte erreicht sind. Die Bedingungen der Frauen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge sind nach wie vor ungünstig und für die Zukunft zeichnen sich diesbezüglich keine wesentlichen Verbesserungen ab.

4. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Neu soll ein monatlicher Vorbezug der Rente möglich sein. Zudem soll es neu möglich sein, einen frei wählbaren Anteil der AHV-Rente vorzubeziehen bzw. aufzuschieben. Vorgeschlagen werden für den Vorbezug eine Mindestgrösse von 20 Prozent und eine Maximalgrösse von 80 Prozent. Des Weiteren wird die Möglichkeit geschaffen im Falle eines Vorbezugs oder Aufschubs der AHV-Rente den Prozentsatz des Rententeils zwischen 62 und 70 Jahren einmal zu ändern. Bei einem Vorbezug wird der vorbezogene Teil versicherungstechnisch entsprechend gekürzt, nicht aber der nichtvorbezogene Teil.

Der Bundesrat schlägt zudem vor, beim Vorbezug der AHV-Rente die Kürzungssätze an die längere Lebenserwartung anzupassen und diese in Zukunft mindestens alle 10 Jahre zu überprüfen. Kürzungssätze neu: 1 Jahr Vorbezug 4.0 Prozent (6.8 Prozent); 2 Jahre Vorbezug 7.7 Prozent (13.6 Prozent); 3 Jahre Vorbezug 11.1 Prozent.

Die EFS sind mit den Vorschlägen der Flexibilisierung des Rentenbezugs einverstanden. Nicht einverstanden sind die EFS hingegen mit dem Vorschlag, die Kürzungssätze beim Vorbezug der Renten automatisch alle 10 Jahre anzupassen. Normen, die bedeutend sind für die Rentenhöhe, sollten nicht automatisiert angepasst werden können und sollten deshalb auch in Zukunft auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

5. Bezug der AHV-Rente nach dem Referenzalter

Der Bezug der AHV-Rente kann bereits heute maximal 5 Jahre aufgeschoben werden. An dieser Regelung ändert sich nichts. Neu hingegen ist, dass die Rente auch nur teilweise aufgeschoben und während der Aufschubszeit der Teilbezug einmal gesenkt werden kann. Die aufgeschobene Rente wird wie bereits heute durch den versicherungstechnischen Gegenwert erhöht.

Auch diese versicherungstechnischen Aufschubzuschläge sollen aufgrund der längeren Lebenserwartung korrigiert, mindestens alle 10 Jahre überprüft und vom Bundesrat angepasst werden können. 1 Jahr Aufschub 4,3 Prozent Zuschlag (5,2 Prozent); 2 Jahre Aufschub 9.0 Prozent Zuschlag (10.8 Prozent); 3 Jahre Aufschub 14.1 Prozent (17.1 Prozent); 4 Jahre Aufschub 19.6 Prozent Zuschlag (24.0 Prozent); 5 Jahre Aufschub 25.7 Prozent Zuschlag (31.5 Prozent).

Mit den Vorschlägen bezüglich Aufschub der AHV-Rente sind die EFS einverstanden. Sie begrüssen die neu geschaffene Möglichkeit, die Rente auch nur teilweise beziehen zu können. Nicht einverstanden sind die EFS hingegen mit dem Vorschlag, die Aufschläge beim Vorbezug bzw. beim Aufschub der Renten automatisch alle 10 Jahre anzupassen. Normen, die bedeutend sind für die Rentenhöhe, sollten nicht automatisiert angepasst werden können und sollten deshalb auch in Zukunft auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

6. Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Beibehaltung des Freibetrags für Erwerbstätige im Rentenalter

Der geltende Freibetrag von 1'400 Franken/Monat oder 16'800 Franken/Jahr, auf welchem bei erwerbstätigen AHV-Rentnerinnen und -Rentnern keine AHV-Beiträge erhoben werden, soll beibehalten werden.

Berücksichtigung der nach dem Referenzalter bezahlten AHV-Beiträge

Vorgeschlagen wird, dass neu die Rente verbessert und Lücken bei Beitragsjahren geschlossen werden können. Die nach dem Referenzalter auf dem Erwerbseinkommen bezahlten AHV-Beiträge sollen bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden.

Damit die Beiträge zur Schliessung von Beitragslücken berücksichtigt werden können, muss das Erwerbseinkommen im Zeitraum zwischen Referenzalter und Antrag auf Neuberechnung der Rente mindestens 40 Prozent des durchschnittlichen eigenen Erwerbseinkommens betragen, mindestens aber 21'467 Franken. Die Schliessung von Beitragslücken verbessert die Rente.

Neu kann mit den nach dem Referenzalter einbezahlten AHV-Beiträgen das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen verbessert werden. Berücksichtigt werden die Einkommen auch wenn sie weniger als 40 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens betragen. Die zusätzlich einbezahlten Beiträge können ebenfalls zu einer Verbesserung der Rente führen, allerdings höchstens bis zur Maximalrente.

Die EFS sind mit den vorgeschlagenen Anreizen, zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren einverstanden. Sie schaffen die Möglichkeit, die Rente zu verbessern.

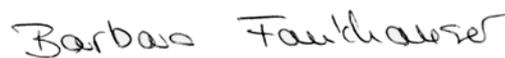
Die EFS bedanken sich für die Entgegennahme ihrer Stellungnahme und hoffen, dass die von den EFS aufgeworfenen Punkte Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüssen

Evangelische Frauen Schweiz EFS



Dorothea Forster
Präsidentin



Barbara Fankhauser
Vize-Präsidentin

Über die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) vertreten als Dachverband von protestantischen und ökumenischen Frauenverbänden und Einzelmitgliedern die Interessen von rund 37'000 Frauen. Sie setzen sich in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten ein. Sie orientieren sich an den befreienden Grundlagen des Evangeliums und stehen in Auseinandersetzung mit feministischen Theologien.

Die EFS engagieren sich für Frauen in allen Lebensbereichen und besonders für jene in schwierigen Verhältnissen. Sie treten in kirchlichen und weltlichen Organisationen für die Besserstellung der Frauen ein. Zu eidgenössischen Gesetzes- und Abstimmungsvorlagen und zu aktuellen Fragen nehmen die EFS aus Sicht evangelischer Frauen Stellung. Mit Publikationen und Weiterbildungsangeboten ermutigen sie Frauen, in Kirche und Gesellschaft aktiv mitzuwirken.



Secrétariat général

emina.alisic@bsv.admin.ch

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle
et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Genève, le 28 septembre 2018
FER No 24-2018

Procédure de consultation « Stabilisation de l'AVS (AVS21) »

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir invité à répondre à cette consultation et avons le plaisir de vous remettre ci-dessous notre évaluation sur le projet « Stabilisation de l'AVS » (ci-après AVS21).

Préambule

Aucune autre évolution que celles démographique et numérique ne marquera la prévoyance vieillesse aussi profondément ces prochaines années.

S'agissant de l'AVS en particulier, les perspectives financières tendent vers une hausse des dépenses due à l'effet conjugué du vieillissement de la population et de l'arrivée par cohorte à la retraite de personnes issues des générations baby-booms. A l'horizon 2035, il semblerait que le déficit de répartition cumulé atteindra 72 milliards de francs. Depuis plusieurs années, l'AVS dépense davantage qu'elle n'encaisse. Le déficit a dépassé le milliard en 2017 et signifie que les recettes actuelles de l'AVS ne suffisent plus à couvrir les dépenses.

Dans ces circonstances, nous saluons cette volonté de stabilisation de l'AVS ainsi que son agenda. Nous prenons acte dans ce contexte que le 2e pilier obligatoire sera traité lui aussi mais plus tard. Aussi, notre démarche, à l'instar de ce que nous avons fait valoir en nous engageant en faveur de PV2020, malgré ses imperfections, consiste à tout faire pour qu'un compromis soit trouvé rapidement, puis soutenu le plus largement possible auprès de la classe politique et les partenaires sociaux malgré les insatisfactions qu'un tel objet provoque nécessairement. En ce domaine des retraites, la somme des intérêts individuels n'équivaut pas à l'intérêt collectif et, dans notre démocratie directe, à défaut d'un dénouement, nous avons fort à craindre qu'une situation financière dégradée rende plus critique encore tout projet de réforme à venir. Les échecs successifs des précédentes réformes ne sont-ils pas la preuve de cette difficulté ?

Si notre système de prévoyance vieillesse a jusqu'ici néanmoins tenu la plupart de ses promesses, notamment en raison d'une immigration soutenue, celui-ci se trouve désormais menacé dans sa santé financière laquelle risque de mettre en péril sa mission constitutionnelle. L'ambition de maintenir les prestations à leur niveau actuel reste en effet largement plébiscitée. Comment pourrait-il en être autrement au risque sinon de fissurer le contrat entre générations ?

Reste que le système est désormais mis à l'épreuve. A cela s'ajoute les conséquences prévisibles de la numérisation sur le marché de l'emploi. Face à ces défis majeurs, assurés, entreprises et pouvoirs publics doivent trouver un compromis équilibré dans un effort partagé. A cet égard, nous nous garderons d'entrer dans une position partisane ou qui consisterait à repenser le système. Il est en effet trop tard pour relancer aujourd'hui le débat de fond. Le projet, comme son titre l'indique, vise en premier lieu à stabiliser, non à réformer.

Résumé du projet AVS21

Le Conseil fédéral a retenu la solution consistant à stabiliser l'AVS au niveau des recettes jusqu'en 2030 par le relèvement proportionnel permanent, dès l'entrée en vigueur de la réforme, de la TVA de 1,5%. Cette mesure doit couvrir le déficit de financement estimé à 43 milliards d'ici 2030.

Du côté des prestations, l'harmonisation en 4 ans de l'âge de référence des femmes par rapport aux hommes est un mécanisme semblable à celui prévu dans PV2020. Le relèvement de 64 à 65 ans pour les femmes se fera, par trois mois, dès 2022. C'est en 2025 que l'âge de la retraite sera le même pour les deux sexes. Les économies estimées sont de l'ordre de 10 milliards entre 2022 à 2030.

Une compensation ciblée, via deux modèles alternatifs, en faveur des femmes est prévue.

Le premier consiste à améliorer les conditions d'anticipation de la rente vieillesse pour les femmes nées entre 1958 et 1966. Ainsi leur rente anticipée ne serait que peu, voire pas du tout réduite selon leur revenu annuel moyen. Le coût estimé total net est devisé à 2,07 milliards.

Le second modèle prévoit le même mécanisme. Il ajoute cependant une incitation positive pour encourager les femmes à poursuivre leur activité lucrative jusqu'à 65 ans. Cette mesure consiste à verser une rente plus élevée. Cette bonification, obtenue par l'adaptation de la formule des rentes est toutefois ajustée au revenu annuel moyen de l'assurée oscillant entre 14'100 et 84'600 francs. Le point d'inflexion est situé à 42'300 francs, soit en moyenne un montant de 70 francs par mois sur la rente correspondante à ce revenu (RAM). Le coût estimé total pour l'AVS est de plus de 3,7 milliards. La justification de l'avantage supplémentaire accordé aux femmes, dont le revenu moyen est modeste, consiste à compenser partiellement les insuffisances de couverture en matière de prévoyance professionnelle.

Le projet prévoit des possibilités d'anticiper et d'ajourner tout ou partie de la rente AVS entre 62 et 70 ans. Comme le relèvement de l'âge de référence pour les femmes, ces mesures sont aussi prévues pour la prévoyance professionnelle obligatoire. L'assuré qui poursuit son activité lucrative au-delà de 65 ans pourra en cas de lacune de cotisations améliorer sa rente grâce aux cotisations versées après l'âge de référence. La franchise mensuelle de 1'400 francs est maintenue.

Commentaires à propos du projet AVS21

Notre attention se concentre sur le bilan de l'AVS dans la perspective de maintenir le niveau de ses prestations à l'horizon 2030.

Nous pensons que l'urgence impose de nous focaliser sur le financement additionnel indispensable et ses modalités ainsi que, pour contenir les dépenses, sur le relèvement incontournable de l'âge de la retraite. Afin de faciliter l'acceptation du projet de stabilisation, nous approuvons le principe des mesures compensatoires en faveur des personnes directement impactées par ce relèvement au moment de l'entrée en vigueur de la réforme. En revanche, nous doutons de la pertinence de leur étendue quant aux classes d'âge concernées.

Nous ne reviendrons pas ici sur les dispositions relatives à la flexibilisation de la retraite qui, reprises de PV2020, sont d'ores et déjà en voie d'être largement acceptées. Au fond, elles sont dans l'air du temps et se justifient. Notre Fédération regrette toutefois leur complexité technique due à une individualisation exacerbée des possibilités. Celle-ci altère leur lisibilité aux yeux du non spécialiste. L'AVS doit rester une œuvre sociale populaire, aux principes aisément accessibles, au risque sinon de perdre l'adhésion de celles et ceux qui en bénéficient. Nous accueillons enfin favorablement le retour dans le projet de la franchise de cotisation (1'400.- par mois) pour les personnes qui exercent une activité lucrative au-delà de l'âge de référence (65 ans). Cette mesure nous paraît en effet appropriée pour maintenir les seniors actifs au-delà de l'âge de référence.

Avec l'objectif de maintenir le niveau des prestations, nous pensons que l'augmentation des recettes est inéluctable. La FER est également de l'avis que le phénomène du baby-boom qui, après avoir soutenu le développement économique, pèsera dès 2025 pour deux à trois décennies environ sur le financement de la prévoyance vieillesse, justifie un effort particulier.

Aussi et pour autant que le projet RFFA, en particulier son volet AVS adopté par les Chambres fédérales entre en vigueur comme prévu, notre Fédération soutiendra l'augmentation paritaire du taux de cotisation de trois pour mille. Par ailleurs, nous sommes d'avis que du point de vue de la TVA un effort mesuré et planifié peut en sus être demandé et reste à long terme supportable pour l'économie. A cet égard, notre Fédération serait donc disposée à défendre un rehaussement du taux TVA pouvant aller jusqu'à 0,7%.

Enfin, notre Fédération n'a pas d'opposition de principe quant au modèle de compensation du relèvement de l'âge de la retraite des femmes dès lors que celui-ci reste réservé et limité aux femmes nées entre 1962 et 1966, soit se trouvant dans les 5 années avant l'âge de référence au moment de l'entrée en vigueur de la réforme. Outre l'économie d'environ 1 milliard de charges additionnelles liées au projet AVS21 qu'une telle mesure permettrait, celle-ci pourrait être reprise ultérieurement, lors de la nécessaire réforme suivante, par exemple pour compenser le rehaussement de l'âge de référence à 66 ans pour les hommes. A cet égard, nous considérons comme le Conseil fédéral, qu'en raison de l'évolution démographique, d'autres mesures devront rapidement être explorées. Il vaut dès lors mieux que le modèle mis en œuvre soit conçu sans trop de longues périodes transitoires.

La FER ne soutient pas en revanche le second modèle qui prévoit en plus une incitation à poursuivre une activité lucrative jusqu'à 65 ans, voire au-delà. Elle ne conteste pas l'idée d'une incitation à poursuivre l'activité, mais considère que celle-ci est trop coûteuse et donc contraire aux objectifs de stabilisation et de maintien du niveau des prestations. Notre Fédération privilégie des dispositions qui pourraient être répliquées en cas de relèvement de l'âge de référence des hommes et dont les effets seraient limités dans le temps.

Conclusion

Compte tenu des évolutions sociétales, en particulier celles démographiques, la FER soutient le projet « Stabilisation de l'AVS (AVS21) » du Conseil fédéral, sous réserve des points suivants :

- relèvement du taux TVA de 0,7% en coordination avec celui du taux paritaire de cotisations de 0,3% prévu dans le projet fiscal PF17 ;
- adaptation du modèle de compensation au relèvement progressif de l'âge de référence pour les femmes à 65 ans par des conditions d'anticipation améliorées pour les femmes nées entre 1962 et 1966, sans ajout d'une incitation positive pour encourager les femmes à poursuivre leur activité lucrative jusqu'à 65 ans.

Notre Fédération est d'avis qu'il y a urgence à stabiliser l'AVS dans un objectif de maintien du niveau des prestations actuelles ; partant que des efforts de toutes et tous sont nécessaires. Ceux proposés ci-dessus sont possibles et restent supportables socialement et pour l'économie.

En vous remerciant par avance de la considération portée à ces quelques lignes, nous vous prions de recevoir, Madame, Monsieur, l'expression de notre parfaite considération.



Olivier Sandoz
Secrétaire général adjoint



Luc Abbé-Decarroux
Directeur général adjoint
FER Genève

Inclusion Handicap
Mühlemattstrasse 14a
3007 Bern

info@inclusion-handicap.ch
www.inclusion-handicap.ch

INCLUSION.
HANDICAP

Dachverband der
Behindertenorganisationen Schweiz

STABILISIERUNG DER AHV (AHV 21)

Stellungnahme Inclusion Handicap

Bern, 10. Oktober 2018



Inhaltsverzeichnis

A.	Allgemeine Bemerkung	1
B.	Materielle Bemerkungen.....	1
1.	Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre.....	1
2.	Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen	1
3.	Flexibilisierung des Rentenbezugs	2
4.	Zusatzfinanzierung	2
5.	Koordination mit der Invalidenversicherung	3
C.	Zusätzliche Anliegen	3
1.	Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften	3
2.	Hilfsmittel, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag nach dem Referenzalter	4
3.	Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Vorsorge	4



A. Allgemeine Bemerkung

Inclusion Handicap begrüsst, dass dem Parlament mit hoher Dringlichkeit eine neue Vorlage zur Stabilisierung der AHV vorgelegt wird. Auch wird das Anliegen unterstützt, die Vorlage einerseits auf weitgehend unbestrittene Elemente (Flexibilisierung des Altersrücktritts in AHV und beruflicher Vorsorge) und andererseits auf Vorschläge zu beschränken, die im Hinblick auf die Sicherstellung der Finanzierung der AHV von Bedeutung sind (Mehreinnahmen, Erhöhung Referenzalter).

Inclusion Handicap erachtet es als vordringlich, dass das bisherige Niveau der Altersvorsorge erhalten bleibt. Das Rentenniveau darf nicht sinken, sondern muss soweit nötig durch geeignete Kompensationsmassnahmen gesichert werden.

B. Materielle Bemerkungen

1. Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre

Wie Inclusion Handicap schon anlässlich der Vernehmlassung zur Reform Altersvorsorge 2020 festgehalten hatte, wird die Notwendigkeit einer schrittweisen Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre anerkannt. Die vorgesehene Erhöhung in vier Altersschritten erscheint sinnvoll, sie muss aber zwingend und in genügendem Mass sozial abgedeckt werden.

Inclusion Handicap weist darauf hin, dass eine Erhöhung des Referenzalters der Frauen dazu führt, dass Frauen mit einer IV-Rente diese 1 Jahr länger beziehen. Der längere IV-Rentenbezug führt somit nicht nur zu Minderausgaben für die AHV, sondern insbesondere zu Mehrausgaben für die IV. Gemäss dem erläuternden Bericht zur AHV 21 betragen die Mehrausgaben für die IV im Jahre 2030 insgesamt 130 Millionen Franken pro Jahr. Inclusion Handicap fordert deshalb, dass entweder die Schulden der IV beim AHV-Fonds jährlich im entsprechenden Umfang abgeschrieben oder zusätzliche Finanzierungsquellen für die IV beschlossen werden.

→ ***Inclusion Handicap anerkennt die Notwendigkeit einer schrittweisen Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre.***

→ ***Inclusion Handicap fordert, dass die Erhöhung des Referenzalters der Frauen in genügendem Ausmass sozial abgedeckt wird.***

→ ***Inclusion Handicap fordert, dass die aufgrund der Erhöhung des Referenzalters entstehenden Mehrausgaben für die IV kompensiert werden (z.B. durch Abschreibung der Schulden beim AHV-Fonds oder durch zusätzliche Finanzierungsquellen).***

2. Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Der Entwurf des Bundesrats sieht Massnahmen vor, die die Erhöhung des Referenzalters sozial abfedern sollen. Inclusion Handicap begrüsst die vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen im Grundsatz. Inclusion Handicap fordert aber, dass die in der Variante 2 vorgesehene Ausgleichsmassnahme «Anpassung der Rentenformel» nicht nur Frauen zu Gute kommen soll, die zwischen 1958 und 1966 geboren sind. Vielmehr sollte es – allenfalls unter Berücksichtigung einer weniger starken Korrektur der Rentenformel – allen Frauen mit tiefen bis mittleren



Einkommen ermöglicht werden, ihre Rentenleistungen aufzubessern, und auch Männer mit tiefen bis mittleren Einkommen sollten die Möglichkeit zur Rentenverbesserung haben

Zudem ist Inclusion Handicap der Ansicht, dass eine «Anpassung der Rentenformel» auch für die Berechnung der IV-Renten und nicht nur der AHV-Renten gelten muss; gilt es doch zu verhindern, dass AHV und IV auseinanderdriften.

- ***Inclusion Handicap begrüsst die für Frauen der Jg. 1958-1966 vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen.***
- ***Inclusion Handicap fordert, dass allen Personen mit tiefen bis mittleren Einkommen – also auch ab 1967 geborenen Frauen und auch Männern – durch die «Anpassung der Rentenformel» eine Rentenverbesserung ermöglicht wird.***
- ***Inclusion Handicap fordert, dass die «Anpassung der Rentenformel» auch für die Berechnung der IV-Renten massgebend ist.***

3. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Wie Inclusion Handicap bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Reform Altersvorsorge 2020 festgehalten hatte, werden die Vorschläge zur Flexibilisierung des Rentenalters und insbesondere die Möglichkeit, die Altersrente ab 62 Jahren ganz oder teilweise in einem oder mehreren Schritten vorzubeziehen, unterstützt. Inclusion Handicap ist auch der Meinung, dass die vorgesehene Flexibilisierung gleichermassen für den obligatorischen und überobligatorischen Bereich der beruflichen Vorsorge einzuführen ist.

Inclusion Handicap begrüsst sehr, dass Personen mit einer Teil-IV-Rente auch eine Teil-AHV-Rente vorbeziehen können sollen. Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist insbesondere auch deshalb zu begrüssen, weil Personen davon profitieren können, die nur teilweise arbeitsfähig sind und deshalb auch nur teilerwerbstätig sein können, die aber keinen Anspruch auf eine IV-Rente haben, weil sie keinen rentenrelevanten Invaliditätsgrad erreichen. Mit dem Teil-Vorbezug einer AHV-Rente können zudem auch gesundheitsbedingte Reduktionen des Arbeitspensums finanziell abgedeckt werden.

- ***Inclusion Handicap begrüsst eine Flexibilisierung des Rentenbezugs.***
- ***Inclusion Handicap begrüsst die Möglichkeit, neben einer Teil-IV-Rente auch eine Teil-AHV-Rente vorzubeziehen.***

4. Zusatzfinanzierung

Inclusion Handicap teilt die Einschätzung, dass es zur mittel- und langfristigen Sicherstellung der AHV-Finanzierung in Anbetracht der demographischen Entwicklung zusätzlicher Mittel bedarf. Dies insbesondere deshalb, weil die Höhe der Renten nicht in Frage gestellt werden darf und eine Erhöhung des Referenzalters über 65 hinaus angesichts der realen Arbeitsmarktverhältnisse und der zunehmenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Versicherten nicht vertretbar ist. Inclusion Handicap zieht, wie der Bundesrat, die Erhöhung der Mehrwertsteuer einer Erhöhung der Lohnbeiträge vor. Mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer werden weder die Einzelpersonen noch die Wirtschaft übermässig belastet, zumal die Mehrwertsteuersätze in der Schweiz im Vergleich zum Ausland immer noch tief sind. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist auch deshalb zu begrüssen, weil sie die zunehmende Gruppe der Altersrentner und Altersrentnerinnen einschliesst und damit eine Solidarität unter den Generationen sicherstellt.



Inclusion Handicap ist wie der Bundesrat der Auffassung, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer proportional erfolgen soll, wie dies auch bei der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV geschehen ist. Indem der Konsum der Güter des täglichen Bedarfs weniger stark belastet wird, werden die sozialen Verhältnisse adäquater berücksichtigt. Allerdings wäre bei einer Erhöhung um mehr als 1% – je nach Ausgang einer allfälligen Abstimmung über das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung – eine Erhöhung in zwei Etappen zu prüfen.

Nach Ansicht von Inclusion Handicap müssten zusätzlich aber auch noch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie z.B. eine Erbschaftssteuer oder die Tobin-Steuer, geprüft werden.

→ ***Inclusion Handicap unterstützt eine proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuer.***

→ ***Inclusion Handicap fordert die zusätzliche Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten.***

5. Koordination mit der Invalidenversicherung

Inclusion Handicap unterstützt die Vorschläge für eine Anpassung des IVG, welche sicherstellen, dass erst mit dem Vorbezug der ganzen Altersrente der Wechsel vom IV- zum AHV-System erfolgt, namentlich im Hinblick auf den Anspruch auf berufliche Eingliederungsmassnahmen, Hilfsmittel, Taggelder, eine Hilflosenentschädigung und einen Assistenzbeitrag.

→ ***Inclusion Handicap begrüsst die vorgeschlagene Koordination mit der Invalidenversicherung.***

C. Zusätzliche Anliegen

1. Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften

Der Anspruch auf Betreuungsgutschriften beschränkt sich heute auf Personen, die im gemeinsamen Haushalt Verwandte betreuen, welche mindestens eine Hilflosenentschädigung für mittelschwere Hilflosigkeit beziehen. Die Zahl von Personen, die einen solchen Anspruch geltend machen können, ist trotz gewissen Anpassungen im Rahmen der letzten „technischen“ Revision der AHV nach wie vor gering. Das liegt in erster Linie daran, dass die Schwelle einer mittelschweren Hilflosigkeit hoch ist. Viele Menschen mit einer erheblichen Behinderung (z.B. Blinde, Paraplegiker) erhalten heute in aller Regel nur eine Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit. Ihre Eltern oder Ehegatten leisten dennoch einen bedeutenden Betreuungsaufwand und sind dadurch häufig verhindert, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit aufzunehmen. Inclusion Handicap ist deshalb der Ansicht, dass – wie in der separaten Vorlage «Entlastung für erwerbstätige Personen, die kranke Angehörige betreuen» auch vorgesehen – der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Personen auszudehnen ist, welche Verwandte mit einer Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit betreuen.

→ ***Inclusion Handicap beantragt, den Anspruch auf Betreuungsgutschriften in dem Sinne auszuweiten, dass auch die Betreuung von nahen Verwandten mit einer Hilflosigkeit leichten Grades einen Anspruch auslöst.***



2. Hilfsmittel, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag nach dem Rentenalter

Menschen mit zunehmendem Alter sehen sich nicht selten mit einer oder mehreren Behinderungen konfrontiert, z.B. Mobilitäts-, Hör- und Sehschwächen. Solche Beeinträchtigungen führen in der Folge zu einem erhöhten Bedarf an Hilfsmitteln und an Assistenz.

Heute besteht eine erhebliche Ungleichbehandlung von Menschen, die vor und nach dem Rentenalter erstmals auf Hilfsmittel und Assistenz angewiesen sind. Beispielsweise finanziert die IV einer gehbehinderten Person mit 63 einen Elektrorollstuhl, die AHV dagegen vergütet höchstens einen Handrollstuhl. Oder die IV finanziert einer sehbehinderten Person mit 64 ein Lesegerät. Wenn sie erst mit 66 erblindet, muss sie das Lesegerät dagegen selber bezahlen.

Inclusion Handicap erachtet diese nur noch historisch erklärbare Ungleichbehandlung als sachlich nicht mehr vertretbar, zumal Menschen im AHV-Alter heute in gleichem Masse aktiv am sozialen Leben teilhaben wollen. Insbesondere aufgrund der UNO-Behindertenrechtskonvention besteht Anpassungsbedarf im AHVG.

→ **Inclusion Handicap schlägt vor, die AHV 21 für Anpassungen bei den Hilfsmitteln, der Hilflosenentschädigung und beim Assistenzbeitrag zu nutzen.**

3. Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Vorsorge

Wie Inclusion Handicap im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Reform Altersvorsorge 2020 festgehalten hatte, fordern Behindertenorganisationen schon seit langem, dass Personen mit niedrigen Einkommen einen besseren und erweiterten Zugang zur 2. Säule erhalten. Personen, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen nur Teilzeit arbeiten können, müssen die Möglichkeit haben, eine 2. Säule aufzubauen. Mögliche Massnahmen im Rahmen einer zukünftigen BVG-Revision wären:

- Bezug von Freizügigkeitsguthaben in Rentenform
- Herabsetzung der BVG-Eintrittsschwelle
- Neudefinition und Senkung des Koordinationsabzuges
- Festlegung des BVG-Mindestzinssatzes ex post

Wir bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

INCLUSION HANDICAP

Julien Neruda, Geschäftsleiter

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vor-
sorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

[Eingabe an emina.alisic@bsv.admin.ch](mailto:emina.alisic@bsv.admin.ch)

Bern, 29. August 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Stellungnahme zur obigen Vernehmlassungsvorlage danken wir Ihnen bestens. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, Ihnen die Überlegungen der inter-pension zu den vorgeschlagenen Änderungen zu unterbreiten.

Als Interessengemeinschaft der (teil)autonomen Sammel- und Gemeinschaftseinrichtungen nehmen wir grundsätzlich zu allen Änderungen im Bereich der beruflichen Vorsorge Stellung. Wir verzichten hiermit auf eine Stellungnahme zu den vorgesehenen gesetzlichen Änderungen ausserhalb der 2. Säule.

Wir sind einverstanden mit den vorgeschlagenen Änderungen im BVG und im FZG. Wir begrüssen es sehr, dass den Vorsorgeeinrichtungen weiterhin ein reglementarischer Spielraum erhalten bleibt, indem der vorzeitige Altersrücktritt reglementarisch weiterhin ab Alter 58 gewährt werden kann und auch mehr als drei Rentenbezugsschritte bei Teilpensionierung angeboten werden können, sofern es das Reglement vorsieht. Damit bleibt die Sozialpartnerschaft gewahrt und wird nicht durch starre Vorschriften eingeschränkt. Die Möglichkeit, das Alterskapital in maximal drei Schritten beziehen zu können, erachten wir als sinnvoll.

Wir betrachten die vorgeschlagenen Änderungen als positiv im Sinne der Entwicklung der beruflichen Vorsorge und sind sehr erfreut, dass Ihr Vorschlag keine zu starre Regulierung vorsieht. Dafür möchten wir uns bedanken.

Freundliche Grüsse
inter-pension



Sergio Bortolin
Präsident



Therese Vogt
Geschäftsstelle



Patrick Scheiwiler

071 282 36 53

patrick.scheiwiler@svasg.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV,
Berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

15. Oktober 2018

**Vernehmlassungsverfahren
Stabilisierung der AHV (AHV 21)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 27. Juni 2018 haben Sie die Verbände, Parteien und interessierte Gruppierungen eingeladen, zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV (AHV 21) bis 17. Oktober 2018 Stellung zu nehmen. Die IV-Stellen-Konferenz (IVSK) dankt Ihnen für diese Möglichkeit und macht davon gerne Gebrauch.

Allgemeines

Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung zeigt auf, dass die Lebenserwartung steigt, sich das Verhältnis zwischen Aktiven und Pensionierten verändert, die Anlagemöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt schlechter geworden sind, und das allgemeine Zinsniveau dürfte weiterhin tief bleiben. Die Dringlichkeit einer Reform zur zukünftigen Sicherung der AHV ist daher unbestritten.

Die Altersvorsorge in der Schweiz aus der 1. Säule muss somit in den nächsten Jahrzehnten diverse demographische und wirtschaftliche Herausforderungen bewältigen. Die Leistungen aus der 1. Säule müssen für einen längeren Zeitraum finanziert werden, da die Lebenserwartung der über 65-Jährigen kontinuierlich ansteigt. Die tiefe Geburtenrate in der Schweiz verändert den Altersaufbau in der Gesellschaft und verringert dadurch den Anteil der Erwerbstätigen gegenüber einer wachsenden Zahl von Personen im Ruhestand/Rentenalter. Das weiterhin tiefe Zinsniveau und mögliche Korrekturen an den Aktienmärkten verringert zudem auch die Erträge aus den Anlagen des AHV-Fonds.

Die Durchführungsorgane der AHV sind wichtige Partner der IV-Stellen bei der Integration von Versicherten. Die IV ist auf einen funktionierenden Partner angewiesen. Dazu gehört natürlich die finanzielle Stabilität der AHV. Wie jedoch die Ausgeglichenheit erzielt wird (Einnahmen-Erhöhung oder Ausgaben-Senkung), ist ein politischer Entscheid.

Finanzielle Auswirkungen

Auf die IV wirkt sich die Reform der AHV 21 hauptsächlich durch zusätzliche Ausgaben aus: Die Harmonisierung des Referenzalters bei 65 Jahren bedeutet ein Jahr länger Leistungen der IV für Rentenbezügerinnen. Im Jahr 2030 werden die Mehrausgaben CHF 135 Mio. betragen, während die Vereinheitlichung des Referenzalters zusätzliche Einnahmen von 5 Mio. Franken bewirkt. Insgesamt belaufen sich die Mehrausgaben somit auf CHF 130 Mio. Franken, welche der IV belastet werden. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wie diese CHF 130 Mio. Franken finanziert werden, resp. ob und wo allenfalls Kompensationsmassnahmen vorgesehen sind.

Zusammenfallen einer Teilrente der IV und AHV

Es ist unseres Erachtens nicht klar geregelt, welcher Art die Teilrente der AHV sein wird, wenn sich der Gesundheitszustand eines Empfängers einer Teilrente der IV verschlimmert, und dieser eine höhere oder ganze IV-Rente zugesprochen erhält. Eine entsprechende Klärung halten wir für notwendig.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und der Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

IV-Stellen-Konferenz (IVSK)
Ressort Rahmenbedingungen



Monika Dudle-Ammann
Präsidentin



Patrick Scheiwiller
Ressortleiter

Per E-Mail
emina.alisic@bsv.admin.ch

Kopie
Mitglieder der IVSK

**KONFERENZ DER KANTONALEN
AUSGLEICHSKASSEN**

Genfergasse 10
3011 Bern
Tel. 031 311 99 33
info@ahvch.ch

**SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG DER
VERBANDSAUSGLEICHSKASSEN**

Kapellenstrasse 14
3001 Bern
Tel. 058 796 99 88
info@vvak.ch

Per email an:

emina.alisic@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 5. Oktober 2018

**Stabilisierung der AHV (AHV 21):
Vernehmlassung der Fachverbände der Ausgleichskassen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 hat das Eidgenössische Departement des Innern zur Vernehmlassung zum Vorentwurf Stabilisierung der AHV (AHV 21) eingeladen. Die unterzeichnenden Fachverbände danken für die Einladung und stellen ihre Bemerkungen innerhalb der Frist zu.

1 Allgemeines

Aufgrund der demographischen Herausforderung wird die finanzielle Situation der AHV immer schwieriger. Die Dringlichkeit einer Reform der AHV ist für uns völlig unbestritten. Wir begrüssen deshalb den Entscheid, dass sich die aktuelle Vorlage primär auf eine Anpassung in der 1. Säule fokussiert und hier primär die Elemente zur Sicherung des Leistungsniveaus und zur Finanzierung der AHV angepasst werden sollen. Dies verschafft dem Gesetzgeber Zeit, um umfassendere und nachhaltigere Reformen der Altersvorsorge zu diskutieren. Zudem eröffnet dieses Vorgehen auch die Chance, wieder in einen einigermaßen regelmässigen Revisions-Zyklus zu kommen, wie es bis zur 10. AHV-Revision (1997) üblich war. Seither sind alle Versuche, umfassende Revisionen durchzuführen, an der Urne oder schon im Bundesparlament gescheitert.

Das Bundesparlament hat in der Herbstsession 2018 die Steuervorlage 17 (18.031) verabschiedet. Wir gehen davon aus, dass diese beiden Geschäfte AHV 21 und SV 17 nach einer allfälligen Volksabstimmung über die SV 17 sinnvoll koordiniert werden.

Wie schon in der gescheiterten Vorlage AV 2020 sieht die AHV 21 zahlreiche neue Individualisierungen und Flexibilisierungen vor, was aus unserer Sicht grundsätzlich zu begrüßen ist. Tatsache ist aber auch, dass dies die Komplexität der ersten Säule massiv erhöht und an die Ausgleichskassen erhöhte Anforderungen stellt; insbesondere bezüglich Beratung der Bevölkerung und beim Berechnen von Leistungen. Dieser Tatsache ist gebührend Rechnung zu tragen, indem die für die Durchführung notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die AHV auch weiterhin eine volksnahe und verständliche Volksversicherung bleibt.

Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf die Unterschiede zwischen sehr rentnerlastigen und eher beitragslastigen Ausgleichskassen zu richten, weil sich diese Unterschiede mit der Reform AHV 21 akzentuieren werden in dem Sinne, dass bei rentnerlastigen Ausgleichskassen der Durchführungsaufwand überproportional zunehmen wird.

Bezüglich der Bestimmungen über die Beiträge bedauern wir, dass die unbestrittenen Teile des Beitragswesens aus der Reform 2020 nicht wiederaufgenommen wurden. Sie würden einen wertvollen Beitrag an die Zielsetzung des Bundesrates leisten: nämlich die Stabilisierung der AHV.

Zu den einzelnen im Vorentwurf vorgestellten Massnahmen, äussern wir uns in den nachfolgenden Punkten, wobei wir uns weitestgehend auf die Sicht der Durchführung beschränken.

2 Anhebung des Frauenrentenalters (Referenzalter) auf 65 Jahre

Es ist abstimmungspolitisch sinnvoll, die Anhebung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre mit Ausgleichsmassnahmen zu begleiten. Dass dies - wie auch in der Reform 2020 - innerhalb von vier Jahren in vier Schritten erfolgen soll, erachten wir ebenfalls als zielführend und akzeptabel. Die Ausgleichsmassnahmen können geeignet sein, die Akzeptanz der Reform zu verbessern. Das Angebot ist grosszügig (insbesondere Variante II): auf vier Jahre verteilte schrittweise Erhöhung des Rentenalters plus neun Jahre Kompensationsleistungen. Wir regen an, die gesamte Übergangszeit zu kürzen. Dies als Beitrag zu weiteren finanziellen Stabilisierung der AHV.

Ganz generell ist festzuhalten, dass solche Übergangslösungen den Beratungs- und Durchführungsaufwand nochmals erheblich vergrössern und dauernd verteuern. Bei späteren Neuberechnungen von solchen Renten muss die Ausnahmeregelung (Art. 34bis und Art. 40c AHVG-E) immer mitberücksichtigt werden. Die Fachpersonen der Ausgleichskassen müssen auf lange Sicht für diese Spezial- und Übergangsbestimmungen geschult werden. Bei der Variante II tritt zudem erstmals der Fall ein, dass Renten für Männer und Frauen nicht mehr gleich berechnet werden. Die Kunden- bzw. die Kundinnenberatungen werden sehr viel aufwendiger, denn die Materie wird für Laien zunehmend schwieriger zu verstehen. In der AHV erreichen wir damit zwar nicht die Grenze des Machbaren für die Ausgleichskassen, aber die Grenzen des Verstehbaren für die Bevölkerung.

Es ist auch zu erwarten, dass aufgrund der tieferen Kürzungssätze die Zahl der Anmeldungen für einen Vorbezug zunehmen wird.

3 Flexibilisierung des Rentenbezugs

Die Bestimmungen über die Flexibilisierung des Rentenbezugs entsprechen offenbar einem zunehmenden Bedürfnis der Bevölkerung und sind deshalb zu unterstützen. Dies haben wir auch schon im Zusammenhang mit der Reform 2020 formuliert. Viele Bestimmungen wurden auch weitgehend aus der gescheiterten Vorgängerreform übernommen.

Bezüglich der verschiedenen Möglichkeiten des Vorbezugs (Art. 40 ff. AHVG-E) ist festzuhalten, dass sowohl die Beratung als auch die Berechnungen dauerhaft sehr viel aufwendiger und komplexer werden (monatlicher Vorbezug möglich, Kombinationen mit Hinterlassenen- und IV-Teilrenten, Auswirkungen auf EL-Berechnungen bei Teilbezug, usw.).

Wir regen deshalb an, auf Art. 40b AHVG-E (Kombination von Vorbezug und Aufschub der Altersrente) zu verzichten, weil dies eine aus unserer Sicht unnötige zusätzliche Komplexität mit sich bringt, ohne grösseren Mehrwert für die Betroffenen.

Alle neuen Bestimmungen zur Flexibilisierung gemäss AHV 21 sind zudem nur für Rentenfälle oberhalb der Rentenskala 15 anzuwenden. Für die Versicherten mit einer tieferen Skala ergeben alle Flexibilisierungen so oder so nur noch Bagatelleleistungen. Der Verfassungsauftrag zur angemessenen Deckung des Existenzbedarfs (Art. 112 Abs. 2 Buchstabe b BV) wird in diesen Fällen so oder so nicht erreicht. Eine derartige Lösung hätte insbesondere den Vorteil, dass sie innerhalb und ausserhalb der Schweiz rechtsgleich umgesetzt werden könnte.

4 Weitere Bestimmungen

Art. 29bis AHVG-E

Diese Anreizmassnahmen, um Personen zu einem längeren Verbleib im Erwerbsleben zu motivieren, sind grundsätzlich sehr zu begrüssen. Aus Sicht der Durchführung ist Art. 29bis Abs. 4 AHVG-E problematisch, weil insbesondere bei Selbständigerwerbenden die definitive Bestimmung des beitragspflichtigen Einkommens steuerrechtlich viel Zeit in Anspruch nehmen kann.

Art. 9 Abs. 2 und 2bis AHVG-E (aus der AV 2020)

Diese Bestimmung aus der AV 2020 wurde nicht mehr ins aktuelle Projekt AHV 21 übernommen, was wir bedauern, weil sie bei der Beitragsbemessung von Selbständigerwerbenden einige begrüssenswerte Klarstellungen gebracht hätte. Wir schlagen vor, diese Bestimmung wieder aufzunehmen.

Art. 35 AHVG-E

Auch bei der Berechnung der Plafonierung gehen wir von einem höheren Beratungs- und Berechnungsaufwand aus.

5 Zeitraum für die Vorbereitung der Umsetzung

Übergangsbestimmungen

Hier legen wir dringend besonderen Wert auf eine zwingende minimale Vorbereitungszeit von mindestens zwölf Monaten nach den Schlussabstimmungen in den Räten. Zudem muss die Inkraftsetzung muss zwingend auf den Beginn eines Kalenderjahres erfolgen.

Die Zeit von gut drei Monaten bei der AV 2020 war absolut ungenügend. Zum einen müssen seitens der Bundesaufsichtsbehörde BSV in enger Zusammenarbeit mit den anderen Organen der AHV die Verordnungs- und Weisungsänderungen ausgearbeitet werden, zum andern brauchen die Zentrale Ausgleichsstelle und die Ausgleichskassen Zeit für die Anpassungen in den IT-Systemen und den Prozessen sowie für die Schulung der Mitarbeitenden und für die Publikumsinformation. Ohne gute Umsetzung nützt auch ein gutes Gesetz nichts.

Es ist den beiden Fachverbänden ein wichtiges Anliegen, dass die bürgerfreundliche AHV auch weiterhin gewährleistet ist. Dafür setzen wir uns ein. Dafür braucht es aber auch genügende Umsetzungszeit.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**Konferenz der kantonalen
Ausgleichskassen**

Andreas Dummermuth, Präsident

**Schweizerische Vereinigung der
Verbandsausgleichskassen**

Yvan Béguelin, Präsident

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Bern, 7. September 2018

Reg: rdo-2.121.36

Vernehmlassung AHV 21: Stellungnahme Vorstand SODK

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur AHV 21 Stellung zu nehmen, bedanken wir uns bestens. In einem ersten Teil möchten wir einige allgemeine Bemerkungen zum vorliegenden Entwurf der AHV 21 anbringen. In einem zweiten Teil unserer Stellungnahme finden Sie sodann unsere Anliegen und Bemerkungen zu einzelnen zentralen Punkten der Vorlage.

Allgemeine Bemerkungen zur AHV 21

Der Vorstand SODK teilt die Einschätzungen des Bundesrates, wonach die AHV finanziell nachhaltig gesichert werden muss und begrüsst in diesem Sinne die rasche Wiederaufnahme der AHV-Reform (AHV 21). Dazu gehören auch die Ausführungen zur Steuervorlage 17 und der allfälligen Verknüpfung mit der AHV 21. Sollte die Steuervorlage 17 angenommen werden, reduziert sich der Finanzierungsbedarf für die AHV, womit auch die Mehrwertsteuer weniger stark anzuheben ist. Die Ausführungen in der Vorlage hierzu sind für die SODK nachvollziehbar.

Folgende Pfeiler einer AHV-Reform sind für uns von zentraler Bedeutung: Die Leistungsfähigkeit des Systems muss aufrecht erhalten bleiben und der Altersrücktritt ist zu flexibilisieren. Dabei darf es aber nicht zu einem Leistungsabbau für die Rentnerinnen und Rentner und damit zu einer Lastenverschiebung (mittels EL oder Sozialhilfe) auf die Kantone kommen. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die Vorlage diese Prämissen erfüllt.

Bemerkungen zu einzelnen zentralen Punkten

Anheben des Rentenalters (Referenzalter) der Frauen auf 65

Der Vorstand SODK begrüsst grundsätzlich, dass das Referenzalter der Frauen an jenes der Männer angeglichen wird – unter der Voraussetzung eines angemessenen Ausgleichs.

Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters der Frauen

Für die SODK sind Ausgleichsmassnahmen unabdingbar, um die Auswirkungen der Rentenaltererhöhung abzufedern (vgl. oben). Diese Ausgleichsmassnahmen sollen insbesondere Frauen mit bescheidenen Einkommen zugutekommen, deren Rentenerwartung tief wäre und die sich deshalb einen Rentenvorbezug kaum leisten könnten.

Die beiden vorgeschlagenen Ausgleichsmodelle beschränken sich auf reduzierte Kürzungssätze bei einem Rentenvorbezug (bei Variante 1 und 2) und einer zusätzlich vorteilhafteren Rentenformel (nur bei Variante 2). Die SODK hätte sich eine breitere Palette an möglichen Massnahmen zur Diskussion gewünscht (z. B. Verbesserungen im Bereich Erziehungsgutschriften).

Zwar tritt der Vorstand SODK punkto Referenzrentenalter für die Gleichbehandlung der Geschlechter ein (siehe oben), hält er jedoch explizit fest, dass die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau nach wie vor nicht flächendeckend erreicht ist. Angesichts dieser Tatsache plädieren wir für Variante 2 der Ausgleichsmassnahmen, da sie mit der vorteilhafteren Rentenformel eine Verbesserung für Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen gewährleistet und damit einen Anreiz schafft, bis zum Referenzalter 65 oder darüber hinaus erwerbstätig zu bleiben.

In dieser Logik verbleibend, regt der Vorstand SODK an, die bessere Rentenformel nicht nur den Jahrgängen zwischen 1958 und 1966 vorzubehalten, sondern den Kreis der Nutzniesserinnen zu erweitern.

Der Bundesrat argumentiert, dass nur jene Jahrgänge in den Genuss der Ausgleichsmassnahmen kommen sollen, die am stärksten betroffen sind, weil sie kurz vor dem Erreichen des Referenzalters stehen und sich deshalb nicht genügend auf die längere Erwerbsdauer vorbereiten können. Diese Argumentation vermag – gerade mit Blick auf die persistierende Lohnungleichheit – nicht zu überzeugen.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Der Vorstand SODK unterstützt, dass der flexible Rentenbezug möglich ist und begrüsst in diesem Sinne die vorgeschlagenen Massnahmen beim Vorbezug und dem Aufschub.

Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Grundsätzlich unterstützt der Vorstand SODK die Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit. Wie bereits in der Vernehmlassung zur Altersvorsorge 2020 erwähnt, braucht es jedoch gleichzeitig einen Effort, um Arbeitnehmende über 50 sinnvoll in den Arbeitsmarkt zu integrieren resp. im Arbeitsmarkt zu belassen. Für über 50-jährige werden die Arbeitsmarktchancen zusehends geringer: Das oft verwendete Senioritätsprinzip (Altersbesoldung) führt dazu, dass „günstigere“ junge Arbeitskräfte den „teureren Alten“ vorgezogen werden (Altersdiskriminierung). Die daraus oft resultierende Arbeitslosigkeit für ältere Arbeitnehmende kann von langer Dauer sein und schürt die Angst, im Alter zu verarmen. Auf Bundesebene sollen deshalb Massnahmen geprüft werden, um die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Menschen zu fördern.

Zusatzfinanzierung

Der Vorstand SODK spricht sich dafür aus, dass die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen soll. Die vorgeschlagene Erhöhung der MwSt. von 1,5% wird dabei als angemessen und umsetzbar beurteilt.

Weiter begrüsst er die Berücksichtigung der Steuervorlage 17, wonach bei einer entsprechenden Annahme der Vorlage den darin vorgesehenen Mehreinnahmen Rechnung getragen würde und die Erhöhung der MwSt. nicht 1,5, sondern nur 0,7 Prozentpunkte betragen würde.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

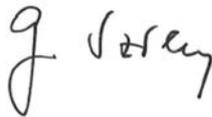
**Konferenz der kantonalen
Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren**

Der Präsident



Martin Klöti
Regierungsrat

Die Generalsekretärin



Gaby Szöllösy

Kopie per Email an

- Kantonale Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
- Generalsekretariate FDK und GDK

Pro Infirmis

Sozialpolitik und
Dachorganisation

Feldeggstrasse 71
Postfach
8032 Zürich
Tel. 058 775 20 00
Fax 058 775 26 00

Pro Infirmis Postfach 8032 Zürich

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zuständig
Urs Dettling, lic.iur.
Stellvertretender Direktor
urs.dettling@proinfirmis.ch

15. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Wir danken Ihnen für Ihre Einladung vom 27. Juni 2018 zur Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren betr. Stabilisierung der AHV (AHV 21). Pro Infirmis nimmt dazu Stellung, sofern Menschen mit Behinderungen besonders betroffen sind.

Zur Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre

Die Erhöhung des Referenzalters führt zu Mehrausgaben in der IV. Die betroffenen Frauen mit IV-Rente verbleiben ein Jahr länger in der IV; dies hat einen Einfluss auf die Zeitdauer der laufenden IV-Sanierung.

Zu den Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Die Möglichkeit der Rentenverbesserungen soll allen Versicherten mit tiefen bis mittleren Einkommen gewährt werden. Davon sind Menschen infolge ihrer Behinderung häufig betroffen.

Die „Anpassung der Rentenformel“ soll auch für die IV-Renten massgebend sein.

Zur Flexibilisierung des Rentenbezugs

Pro Infirmis begrüsst die Möglichkeit für Personen mit einer Teil-IV-Rente, dass sie ebenfalls eine Teil-AHV-Rente vorbeziehen können.

Koordination mit der Invalidenversicherung

Wir begrüssen es, wenn erst mit dem Vorbezug der ganzen Altersrente der Wechsel vom IV- zum AHV-System erfolgt.

11.10.18, Seite 2/2

Weitere Anliegen:

Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften

Die heutige Regelung für Betreuungsgutschriften setzt eine mittelschwere Hilflosigkeit voraus. Versicherte z.B., die blind sind oder eine Paraplegie ausweisen, erhalten heute häufig nur eine Hilflosenentschädigung leichten Grades. Ihre Angehörigen erbringen trotzdem sehr oft Betreuungsleistungen, welche dazu führen, dass sie ihre Erwerbsarbeit reduzieren. Der Anspruch auf Betreuungsgutschriften sollte auf diese Angehörigen ausgeweitet werden.

Hilfsmittel, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag nach dem Referenzalter

Die heutige Regelung bei diesen Leistungen geht von einem veralteten Gesellschaftsbild aus, das Behinderung im Alter – vor allem unter dem Aspekt der wegfallenden Erwerbsarbeit – anders behandelt als eine Behinderung im Zeitraum des erwerbsfähigen Alters. Behinderungen sollen jedoch, unabhängig vom Alter, durch staatliche Leistungen (Hilfsmittel etc.) kompensiert werden. Ebenso sind Diskriminierungen abzubauen. Dafür ist jede Gelegenheit – im Sinne eines umfassenden behinderten- und gesellschaftspolitischen Verständnisses zu nutzen, auch in der AHV 21.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Pro Infirmis

Felicitas Huggenberger
Direktorin

Urs Dettling
Leiter Sozialpolitik und Dachorganisation

Pro Senectute Schweiz
Lavaterstrasse 60 · Postfach · 8027 Zürich

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zürich, 17. Oktober 2018

Direktion · Werner Schärer
Telefon +41 44 283 89 75 · E-Mail werner.schaerer@prosenectute.ch

Stabilisierung der AHV (AHV 21) - Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» Stellung zu nehmen.

Pro Senectute engagiert sich seit ihrer Gründung für ein finanziell abgesichertes und zeitgemässes Rentensystem. Nach den gescheiterten Versuchen, die Altersvorsorge anzupassen, erachtet Pro Senectute die Reform als dringend, um die Finanzierung der Renten zu gewährleisten. Mit der vorliegenden Vorlage wird der negative Trend im Finanzhaushalt der 1. Säule bis ins Jahr 2030 abgebremst. Pro Senectute weist darauf hin, dass für einen Leistungserhalt eine finanzielle Stabilisierung der 2. Säule ebenfalls unabdingbar ist.

Grundsätzliche Überlegungen

Im Gegensatz zum ganzheitlichen Ansatz der «Altersvorsorge 2020» beschränkt sich die vorliegende Vorlage auf eine Reform der 1. Säule. Pro Senectute unterstützt die Zielsetzung der Sicherung der AHV-Renten, des Erhalts des Leistungsniveaus und der Stabilisierung der Finanzierung der Altersvorsorge. Die Erhaltung des Leistungsniveaus setzt aus der Sicht von Pro Senectute jedoch eine Gesamtbetrachtung voraus, welche auch die 2. Säule berücksichtigt. In den vergangenen Jahren und auch heute noch führen Senkungen beim Umwandlungssatz der Renten in der 2. Säule effektiv zu einem Leistungsabbau. Diesem Umstand gilt es bei einer Reform der Altersvorsorge Rechnung zu tragen.

Referenzalter (Flexibilisierung)

Die Möglichkeit eines flexiblen Renteneintritts wird von Pro Senectute im Grundsatz unterstützt. Insbesondere die Einführung von Teilrenten, welche einen flexiblen Übergang ermöglicht, wird von Pro Senectute begrüsst.

Der Entscheid für einen (teilweisen) Vorbezug bzw. Aufschub hängt grösstenteils von der individuellen Situation in der obligatorischen beruflichen Vorsorge, dem Gesundheitszustand, dem persönlichen Arbeitsumfeld sowie dem Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmende ab. Finanzielle Anreize aus der AHV spielen für einen Aufschub eine untergeordnete Rolle. Diese Anreize wurden mit der Senkung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge aufgrund der höheren Lebenserwartung nicht verstärkt, sondern geschwächt. Die finanziellen Anreize seitens der AHV dürften einzig in Bezug auf die Schliessung von einzelnen Beitrags- und Versicherungslücken bei mittleren Renten wirken. Versicherungstechnische Zuschläge alleine dürften sowohl bei tiefen Renten als auch bei höheren Renten nicht oder nur in geringem Ausmass einen Rentenaufschub bewirken. Im Gegensatz dazu wird aufgrund der tieferen Kürzungsraten der Anreiz für den Vorbezug erhöht. Pro Senectute schlägt vor, insbesondere die Anreize für einen Aufschub zu stärken, indem die Zuschläge höher ausfallen. Aufgrund der Maximalrente wären eine moderate Erhöhung des AHV-Freibetrags oder auch gezielte steuerliche Anreize zu prüfen.

Erhöhung des Referenzalters für Frauen

Der Bundesrat schlägt eine schrittweise Anhebung des Rentenalters für Frauen ab Jahrgang 1958 um jeweils drei Monate pro Jahrgang vor. Ab Jahrgang 1961 gilt für Frauen das Referenzalter 65. Der vorgeschlagene Zeitraum scheint massvoll. Für die Anhebung des Frauenrentenalters sind zudem Ausgleichsmassnahmen für Frauen vorgesehen. Der Bundesrat schlägt zwei Varianten vor.

Variante 1

Die erste Variante sieht reduzierte Kürzungssätze in Abhängigkeit des Einkommens beim Rentenvorbezug für Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1966 vor. Im Vergleich zu den Kürzungssätzen für Frauen (ab Jahrgang 1967) und Männern erhöhen sich mit dieser Massnahme die Renten je nach Einkommen monatlich um etwa CHF 50.- bis CHF 110.-.

Variante 2

Zusätzlich zur Ausgleichsmassnahme der ersten Variante wird in der zweiten Variante eine geänderte Rentenformel für Frauen der Jahrgänge 1958 bis 1969 vorgeschlagen, welche bis zum neuen Referenzalter 65 oder darüber hinaus arbeiten. Im Durchschnitt werden die Renten mit dieser Anpassung für die Jahrgänge 1958 bis 1969 um CHF 70.- erhöht. Um die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Unter- bzw. Obergrenze einzuhalten, werden jedoch die tiefsten und höchsten Einkommen von dieser Massnahme kaum bzw. nicht erfasst. In der momentanen Form ist die Anpassung der Rentenformel bei mittleren Einkommen (CHF 42'300.-) am stärksten. Aus der Sicht von Pro Senectute müsste eine Massnahme wie in Variante 2 vorgeschlagen bei den tiefsten Einkommen die stärkste Wirkung entfalten.

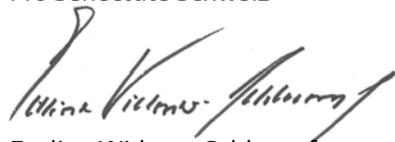
Grundsätzlich unterstützt Pro Senectute das Anliegen, die schrittweise Anhebung mit Ausgleichsmassnahmen zu begleiten. Da die Reform bereits 2021 umgesetzt werden soll, haben die Generationen der Frauen kurz vor der Pensionierung nicht genügend Zeit, sich an die neue Situation anzupassen. Trotz steigender Frauenerwerbsquote verfügen diese Frauen oft nur über eine ungenügende oder keine berufliche Vorsorge, welche die Auswirkungen der Anhebung des Referenzalters ausreichend abfedern könnte. Um der Altersarmut bei den Betroffenen vorzubeugen, unterstützt Pro Senectute Variante 1. Gleichzeitig fordert Pro Senectute die Politikerinnen und Politiker auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, welche zu einer Angleichung des Lohnniveaus – und somit auch der Renten – zwischen Frauen und Männern führen.

Finanzierung

Um das Leistungsniveau zu erhalten, ist angesichts der demographischen Entwicklung eine Zusatzfinanzierung der AHV nötig. Die proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuersätze um 1.5 Prozentpunkte wird von Pro Senectute begrüsst. Die Mehrbelastung der ärmeren Rentnerhaushalte muss jedoch bei der Festlegung des Lebensbedarfs bei den Ergänzungsleistungen berücksichtigt werden. Zudem sind bei einer Annahme des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) dessen Auswirkungen auf den zukünftigen Finanzierungsbedarf der AHV in der geplanten Reform neu zu evaluieren. Sollte bei Annahme der STAF die Erhöhung der Mehrwertsteuer von den in der Vernehmlassung vorgesehenen 1.5 auf 0.7 Prozentpunkte reduziert werden, schlägt Pro Senectute vor zu prüfen, ob auf eine Erhöhung des reduzierten Satzes für Güter des täglichen Bedarfs verzichtet werden kann. Dadurch würden die tiefen und mittleren Einkommen weniger stark belastet werden.

Wir danken Ihnen, wenn Sie unsere Stellungnahme bei der Überarbeitung des Vorentwurfs berücksichtigen.

Freundliche Grüsse
Pro Senectute Schweiz



Eveline Widmer-Schlumpf
Präsidentin des Stiftungsrates



Werner Schärer
Direktor

Zürich, den 15. Oktober 2018

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Via Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Stabilisierung der AHV (AHV21): Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 27. Juni 2018 und danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Entwurf betreffend Stabilisierung der AHV (AHV21) Stellung zu nehmen.

Änderungen bei der AHV

Wir unterstützen Massnahmen, welche die finanzielle Situation der AHV stabilisieren. Allerdings kann dies nicht einzig über Mehreinnahmen und der Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65 erfolgen. Eine nachhaltige Stabilisierung der AHV bedingt zwingend eine Erhöhung des Referenzalters über 65 Jahre hinaus (wie sie übrigens in den meisten um uns liegenden Ländern beschlossen worden ist).

Beide vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen für die vorgesehene Erhöhung des Referenzalters bei den Frauen von 64 auf 65 Jahre lehnt die SAV ab. Wir schlagen betreffend die Erhöhung des Referenzalters ein Modell vor, dass eine gewisse Opfersymmetrie zwischen den Geschlechtern herstellt.

Unser Vorschlag ist der folgende:

- 1) Parallele Anhebung des Referenzalters bei Frauen und Männern
- 2) Schrittweise Erhöhung des Referenzalters ab 2023:
 - a. Männer: um 2 Monate pro Jahr
 - b. Frauen: um 3 Monate pro Jahr
- 3) Im 2034: Referenzalter 67 für Frauen und Männer
- 4) Anschliessend: Erhöhung in Abhängigkeit der weiteren Zunahme der Lebenserwartung

Änderungen im BVG

Die in der AHV vorgesehenen Flexibilisierungen bezüglich den Altersleistungen sollen auf für das BVG gelten; das begrüßen wir.

Wir möchten allerdings auf einen Punkt aufmerksam machen, welcher gemäss unserer Einschätzung zu Unstimmigkeiten führen kann. Es geht dabei um den Teilbezug der Altersleistung. Der Teilbezug erfolgt aufgrund des Anteils der Lohnreduktion. Im Erläuterungsbericht steht: "Die Verminderung braucht jedoch nicht zwingend den gesetzlich versicherten Lohn zu betreffen. Reduziert sich zum Beispiel der Jahreslohn von 120'000 Franken auf 90'000 Franken, das heisst um 25 Prozent, so kann die Person bis zu 25 Prozent ihrer Altersleistung beziehen, selbst wenn sie ausschliesslich in einem BVG-Minimalplan versichert ist." Das bedeutet, dass diese Person (trotz Teilpensionierung) auf den künftigen BVG-Altersgutschriften durch die Lohnreduktion keine Einbusse erfährt, da der koordinierte Lohn unverändert 59'925 Franken (Jahr 2018) beträgt. Dieser Teilpensionierte würde demnach, was die künftigen Altersgutschriften betrifft, besser fahren als der Teilinvalide.

Wenn hingegen eine Person mit einem Jahreseinkommen von 80'000 Franken den Jahreslohn auf 60'000 Franken reduziert, sinkt der koordinierte Lohn im BVG von 55'325 Franken (Jahr 2018) auf 35'325 Franken, was zu einer Reduktion der künftigen BVG-Altersgutschriften um 36% führt. Dieser Teilpensionierte würde demnach schlechter fahren als der Teilinvalide.

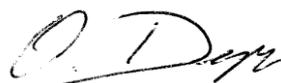
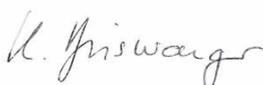
Dieses Problem könnte gelöst werden, wenn bei einem Teilbezug der Altersleistungen die Grenzbeträge nach den Artikeln 2, 7, 8 Absatz 1 und 46 BVG entsprechend der Altersrentenberechtigung gesenkt würden (analog zum Fall bei Teilinvalidität).

Zum Schluss möchten wir betonen, dass wir das energische und schnelle Handeln vom Bundesrat nach der Abstimmung vom 24. September 2017 begrüsst haben. Wir wünschen uns aber, dass nicht nur bei der AHV sondern auch in der zweiten Säule Stabilisierungsmassnahmen rasch vorangetrieben werden. Es wäre schön, wenn diesbezüglich eine Revisionsvorlage bereits im Jahr 2019 in die Vernehmlassung gehen könnte.

Für allfällige Rückfragen steht Ihnen Olivier Deprez, Tel. 044 262 10 52, gerne zur Verfügung.

Dr. Klemens Binswanger
Präsident

Dr. Olivier Deprez
Leiter der Kommission
für Fragen der 1. und 2. Säule



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV
berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Via Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 10.10.2018 / Br

Vernehmlassung „Stabilisierung der AHV (AHV 21)“

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank, dass Sie uns Gelegenheit geben, zu der Vernehmlassungsvorlage AHV 21 Stellung zu nehmen. Bevor wir auf die einzelnen Bestimmungen eintreten, erlauben wir uns einige grundsätzliche Bemerkungen:

Berufliche Vorsorge nicht vergessen

Die Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten, SKPE, erachtet die Reform bezüglich der AHV als ausgewiesen. Die Vorlage geht unseres Erachtens in die richtige Richtung und erlaubt die AHV mittelfristig zu sichern. Die SKPE unterstützt deshalb die vorgesehenen Änderungen in der AHV möchte aber auf den dringenden Reformbedarf der 2. Säule hinweisen.

Aktuariell betrachtet ist die Senkung des Umwandlungssatzes ein dringendes Anliegen, welches unverzüglich an die Hand genommen werden muss. Die SKPE erwartet deshalb von den Sozialpartnern innerhalb der gesetzten Jahresfrist (Frühjahr 2019) einen Revisionsvorschlag für das BVG zu Händen des Parlamentes.

Grundsätzliche Zustimmung zur Vorlage AHV 21

Die SKPE ist überzeugt, dass es ein ausgewogenes Finanzierungs- und Leistungskonzept braucht, bei welchem sich die Mehrausgaben in Grenzen halten. Wie der Bundesrat in der Vorlage festhält, benötigt die AHV rasch zusätzliche Mittel. Mit der Mehrwertsteuer wird erreicht, dass die finanzielle Last nicht nur auf die Erwerbstätigen, sondern auf die gesamte Bevölkerung verteilt wird. Sollte die Steuerreform 17 alle politischen Hürden nehmen, wäre dank der Zusatzfinanzierung über Lohnprozente, die Mehrwertsteuer nur moderat anzupassen.

Bemerkungen zu den Anpassungen

Nachfolgend nehmen wir insbesondere zu den vorgeschlagenen Anpassungen im BVG und FZG Stellung.

- **Referenzalter:** Die SKPE begrüsst ein einheitliches «Referenzalter» in der AHV und im BVG für Männer und Frauen im Alter 65. Das Anheben des Referenzalters der Frauen in 4 Schritten erachten wir als angemessen.
- **Flexibler Altersrücktritt:** Die SKPE unterstützt den Vorschlag, dass die Altersleistung ab Alter 62 vorbezogen werden kann und zudem ein Aufschub des Bezuges bis zum 70. Altersjahr möglich wird. Die SKPE begrüsst insbesondere, dass auf reglementarischer Basis die Pensionskassen weiterhin einen Altersrücktritt ab Alter 58 vorsehen können. Die vorgesehene Flexibilisierung für den Altersrücktritt zwischen dem Alter 58 bis zum 70. Altersjahr beurteilen wir als positive Entwicklung. Sofern es die Sozialpartner wünschen, muss es für die Versicherten einer Vorsorgeeinrichtung weiterhin möglich sein, eine vorzeitige Pensionierung ab Alter 58 zu beanspruchen, eine Anhebung des frühestmöglichen Pensionierungszeitpunktes lehnen wir ab.
- **Referenzalter Frauen:** Bei den Übergangsbestimmungen AHV wurde das Referenzalter der Frauen richtigerweise per Jahrgang definiert. Dies sollte im BVG (Art. 13) ebenfalls entsprechend gelten. Es wäre zudem wünschenswert, wenn die BVG Rentenumwandlungssätze bei Vorbezug der Rente gemäss Art. 13 Abs. 2 auf Verordnungsstufe ab Alter 58 geregelt würden. Ausserdem sollten sie für die Frauen für die Übergangszeit ausnahmsweise auch pro Jahrgang und nicht pro Kalenderjahr definiert werden.
- **Teilrentenbezug:** Den Möglichkeiten zum Teilrentenbezug (Art. 13 a, 13b, 13c BVG) stimmt die SKPE zu. Die vorgeschlagene Lösung, die auch im überobligatorischen Bereich gilt, bringt eine hohe Flexibilität und verhindert steuerlich motivierter Missbrauch beim Kapitalbezug.
- **Meldepflicht im Freizügigkeitsfall:** Die SKPE unterstützt die vorgeschlagene Meldepflicht im Freizügigkeitsfall (Art. 8. Abs. 3 FZG). Diese Meldepflicht muss jedoch auch in Fällen gelten, bei denen die Vorsorgeguthaben von einer Freizügigkeitsstiftung zur anderen oder von einer Freizügigkeitsstiftung zu einer Vorsorgeeinrichtung transferiert wird. Die SKPE ortet in diesen Fällen einen bestehenden Mangel.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Hinweise und bitten Sie, unsere Bemerkungen in den Gesetzesentwurf aufzunehmen.

Freundliche Grüsse

Schweizerische Kammer der Pensionskassen-Experten, SKPE

Benno Ambrosini
Präsident

Urs Bracher
Sekretär

Vorstand - Comité

Par courriel :

Emina.alisic@bsv.admin.ch

Office fédéral des assurances sociales

Domaine AVS, Prévoyance professionnelle et
PC

Secteur Prestations AVS/APG/PC

Effingerstrasse 20

3003 Bern

Frauenfeld, le 6 septembre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) – Ouverture de la procédure de consultation – PROJET

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à l'objet cité en rubrique et vous remercions de nous donner l'occasion de nous déterminer par rapport au projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21) faisant suite au rejet du projet « Prévoyance 2020 » en votation populaire.

Etant donné que l'objet essentiel du projet concerne des problématiques liées au droit de la prévoyance (AVS/LPP), nous nous bornerons à présenter des remarques sur les sujets ayant un impact fiscal qui sont développés en grande partie dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation.

De manière générale, nous avons pris note de la volonté de flexibiliser l'âge de la retraite, de fixer un âge de la retraite uniforme à 65 ans pour les femmes et les hommes et d'introduire de nouvelles possibilités de percevoir de manière partielle des prestations, à savoir de les anticiper intégralement ou partiellement dès l'âge de 62 ans ou de les ajourner intégralement ou partiellement aussi bien dans le cadre de l'AVS (cf. not. les art. 39 et 40 AP LAVS) que de la prévoyance professionnelle (art. 13 à 13c AP LPP) jusqu'à l'âge de 70 ans.

L'art. 13 al. 3 AP LPP, autorisant les institutions de prévoyance à prévoir un âge réglementaire de perception moins élevé (que 62 ans) dans les limites de l'art. 1 al. 3 LPP, permettra cependant auxdites institutions de maintenir le cas échéant un âge minimum de la retraite anticipée à 58 ans (cf. art 1i al. 1 OPP2 dans sa version actuelle).

Il ne nous appartient pas de nous déterminer par rapport à cet objectif de flexibilisation voulu par le projet de stabilisation de l'AVS 21.

Nous relevons finalement que le projet prévoit d'augmenter la TVA de 1,5% afin d'assurer le financement de l'AVS. La hausse de la TVA sera cependant réduite à proportion des recettes supplémentaires de l'AVS prévues dans le Projet fiscal 17, qui seront générées par l'augmentation des cotisations salariales et de la contribution de la Confédération ainsi que par l'attribution à l'AVS de l'intégralité du pour-cent démographique de la TVA. Le projet fiscal 17 sera traité par le Conseil national à la session d'automne 2018, raison pour laquelle ce sujet n'est pas traité dans le projet AVS 21. Si la mesure de compensation prévue était adoptée par le Parlement, le relèvement de la TVA ne serait alors que de 0,7 %.

Nous formulons ci-après nos remarques plus ponctuelles qui se réfèrent au commentaire par articles figurant dans le rapport explicatif précité.

Art. 13a et 13b AP-LPP Perception d'une partie de la prestation de vieillesse – Perception anticipée de la prestation de vieillesse

L'art. 13a al. 1 AP-LPP règle les possibilités de perception d'une partie de la prestation de vieillesse en **trois étapes** au plus dans le cadre de la retraite partielle. Selon l'art. 13b al. 2 AP-LPP, la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence réglementaire doit représenter au **moins 20%** de la prestation de vieillesse, en coordination avec l'AVS. Les institutions sont cependant libres de prévoir dans leur règlement un plus grand nombre d'étapes et elles peuvent permettre un versement anticipé inférieur à 20%.

Nous tenons à cet égard à préciser que la possibilité de retraite partielle était déjà « admise » par la pratique fiscale, dans le cadre d'une vision consolidée, depuis un certain nombre d'années moyennant le respect de certaines cautions : il doit s'agir d'une réduction du degré d'activité déterminante et durable, assortie d'une réduction correspondante du salaire. Le **prélèvement de la prestation de vieillesse doit s'effectuer en proportion de la réduction du taux d'activité** ; la retraite partielle et ses conditions doivent être ancrées dans le règlement de prévoyance (cf. le cas d'application A.1.3.8, Prévoyance et impôts, Conférence suisse des impôts, Ed. Cosmos). Nous constatons à cet égard avec satisfaction que l'art. 13b al. 1 AP LPP prévoit que la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence ne peut dépasser celle de la réduction de salaire, et relevons qu'il s'agit d'un principe déjà développé par la pratique fiscale.

On peut certes se demander si la possibilité pour une institution de prévoyance de prévoir un nombre d'étapes supérieur à trois (à savoir cinq, voire plus ?) et un versement anticipé inférieur à 20% de la prestation de vieillesse correspond encore à un besoin social, puisqu'un pourcentage inférieur à 20% correspond à une réduction du temps de travail de moins d'un jour par semaine.

Une réduction du taux d'activité de 10% ne devrait ainsi guère engendrer de baisse de revenu devant être compensé par une prestation de retraite partielle. Cependant, cet aspect n'est pas déterminant sur le plan fiscal lorsque les prestations sont versées sous forme de rente.

Notre remarque concerne cependant principalement la possibilité de prévoir le **versement en capital** de la prestation de vieillesse **en trois étapes** au maximum selon l'art. 13a al. 2 AP LPP. Si nous saluons le principe de la vision consolidée introduite par l'art. 13a al.1 in fine AP LPP, nous sommes très sceptiques par rapport à la possibilité de percevoir trois prestations en capital retraite dans le cadre de la retraite partielle.

En effet, il convient de prendre en considération le fait que les prestations en capital sont soumises à une imposition séparée des autres revenus à un taux privilégié (taux de la prévoyance), selon la Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (art. 38 LIFD), la Loi fédérale d'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (art. 11 al. 3 LHID) et les législations cantonales correspondantes, nettement plus avantageuse que l'imposition des rentes de retraite soumises à l'impôt avec les autres revenus. En cas de perception des prestations de retraites en plusieurs étapes sous forme de capital, il est possible de casser de manière encore **plus significative la progression** du taux d'imposition. Cela implique que des assurés pourraient choisir de percevoir des prestations en capital partielles non pour des raisons relevant du droit de la prévoyance, mais pour des motifs d'optimisation fiscale.

Il s'agit à notre sens d'éviter une incitation fiscale à percevoir la prestation de vieillesse en un trop grand nombre d'étapes. Nous estimons dès lors qu'il convient de limiter le versement en capital de la prestation de vieillesse **en deux étapes** au maximum : cette solution, correspondant à la pratique de nombreuses administrations fiscales cantonales, est préconisée par la Conférence suisse des impôts (Cas d'application A.1.3.8, op. cit.). Dans ce cadre, les prestations en capital ne sont **pas cumulées** pour déterminer le taux d'imposition mais sont imposées pour elles-mêmes.

Si un échelonnement plus important des prestations en capital (à **savoir trois prestations** en capital) devait néanmoins être retenu à l'issue de la présente procédure de consultation, il conviendrait de créer une disposition légale, dans le cadre **du droit fiscal** (LHID, LIFD), permettant aux autorités fiscales de procéder **sur plusieurs années** (période fiscales, p.ex. dans un délai-cadre de 5 ans) à un **cumul** des prestations pour déterminer **le revenu déterminant pour le taux d'imposition**. Cette nouvelle disposition légale d'ordre fiscal devrait être adoptée dans le cadre du projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21).

Exemple :

Versement de trois prestations de retraite en capital de CHF 200'000 durant les années x, x+ 1 et x + 2.

Au lieu d'imposer trois fois CHF 200'000 au taux de CHF 200'000 (solution admise avec au maximum deux prestations de retraite versées sous forme de capital), on devrait imposer, dans le cadre des périodes fiscales x, x + 1 et x + 2, CHF 200'000 **au taux de CHF 600'000**.

Un exemple chiffré permet de mieux appréhender les effets de l'échelonnement des prestations sur plusieurs périodes fiscales.

Ainsi, une prestation en capital de la prévoyance de CHF 200'000 génère, pour un contribuable marié domicilié à Lausanne une charge fiscale 2'512.40 sur le plan de l'impôt

fédéral direct (IFD) et de CHF 14'349.05 sur le plan de l'impôt cantonal et communal vaudois (ICC-VD, imposition selon l'art. 49 de la Loi du 4 juillet 2000 sur les impôts directs cantonaux, LI-VD). En revanche, une prestation en capital d'un montant de CHF 600'000 génère sur le plan de l'IFD une charge fiscale de CHF 12'912.40 et de CHF 58'950.15 sur le plan de l'ICC-VD.

Comme l'on peut le constater, l'impact de l'échelonnement est sensible aussi bien sur le plan de l'IFD que de l'ICC-VD, puisque l'impôt sur le revenu est progressif : la possibilité de percevoir trois prestations de capital pour la retraite permettrait ainsi aux assurés de procéder à des « manœuvres » qui ne sont pas fondées principalement sur la volonté de prendre une retraite partielle en plusieurs étapes mais plutôt sur l'opportunité de réaliser une économie substantielle d'impôt en cassant de manière significative la progressivité du taux d'imposition.

Échéance des prestations de retraite découlant de comptes et polices de libre passage (introduction d'une disposition légale dans la LFLP ou dans les Ordonnances d'application de la LPP (OLP))

Il s'agit d'une requête d'ajout ou de précision d'une disposition légale de la LFLP qui ne figure pas directement dans l'avant-projet stabilisation de l'AVS (AVS 21) et qui concerne l'échéance des prestations découlant de comptes ou polices de libre passage (autre forme admise de maintien de la prévoyance au sens de l'art. 4 LFLP). Cet ajout se justifie en raison du fait que le projet AVS 21 traite de la perception anticipée et différée de la prestation de vieillesse du 2^{ème} pilier dont font également partie les avoirs découlant de comptes ou polices de libre passage.

Au préalable, il y a lieu de préciser que l'existence de comptes ou de polices de libre passage n'est possible que si une personne assurée dispose d'un avoir de libre passage qui ne doit pas être transféré dans une institution de prévoyance en vertu des articles 3 et 4, al. 2bis LFLP (cf. art. 60a al. 3 OPP2 qui précise que le montant maximal du rachat est diminué des montants en question). Nous profitons dans ce contexte de préciser que les autorités fiscales sont souvent confrontées à des cas de figure en vertu desquels de tels comptes ou polices de libre passage sont toujours en « vigueur », alors qu'ils devraient être transférés à l'institution de prévoyance actuelle à laquelle l'assuré est affilié de manière obligatoire ou, cas échéant, facultative (cf. art. 4 al.1 LPP relatif à l'assurance facultative des indépendants).

L'art. 16, alinéa 1, OLP prévoit, dans sa version actuelle, que *«les prestations de vieillesse dues en vertu des polices et de comptes de libre passage peuvent être versées au plus tôt cinq ans avant que l'assuré n'atteigne l'âge ordinaire de la retraite visé à l'art. 13, al. 1, LPP et au plus tard cinq ans après »*.

De l'avis actuel de l'OFAS, l'ajournement des prestations de vieillesse jusqu'à 70 ans pour les hommes et 69 ans pour les femmes n'est pas lié à la poursuite de l'exercice d'une activité lucrative (cf. le Bulletin de la prévoyance no 30, commentaire ad art. 16, p. 14), car l'art. 16 OLP se réfère exclusivement au premier alinéa de l'art. 13 LPP et non pas également au 2^{ème} alinéa de cet article qui règle le cas de la retraite anticipée ou différée.

Un contribuable peut ainsi librement déterminer le moment du versement des prestations de vieillesse découlant d'un compte ou d'une police de libre passage entre l'âge 60 et 70 ans (resp. 59 et 69 ans pour une femme ; cas d'application A.5.3.1, op. cit.).

Le libre choix du moment du versement n'apparaît toutefois pas justifié : en effet, tant en matière de prévoyance professionnelle (cf. les articles 13 al. 2 et 33b LPP, ce dernier article étant entré en vigueur au 1^{er} janvier 2011) que de 3^{ème} pilier A (cf. l'art. 3 al. 1 in fine OPP3, entré en vigueur au 1^{er} janvier 2008), un **report du versement des prestations** de vieillesse **au-delà de l'âge ordinaire de la retraite** (resp. de l'âge de référence selon l'art. 13, al. 1, AP-LPP) n'est possible qu'en **cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière**. Il n'y a pas de raison d'avoir une réglementation différente en matière de compte ou de police de libre passage.

Sur le plan fiscal, il s'agit d'éviter un morcellement des prestations de vieillesse en offrant la possibilité de percevoir le capital retraite provenant d'une institution de prévoyance et celui versé dans le cadre d'un compte ou d'une police de libre passage – pour autant que les articles 3 et 4, al. 2 bis LFLP soient respectés – durant des années (périodes fiscales) différentes, ce qui permet de casser la progressivité du taux d'imposition. Nous estimons dès lors que la LFLP (p.ex. l'art. 4 LFLP traitant du maintien de la prévoyance sous une autre forme) devrait être modifiée et n'autoriser le report des prestations de vieillesse découlant de comptes ou polices de libre passage qu'en cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière.

Subsidiairement, si une telle disposition ne pouvait être directement être introduite dans la LFLP pour des raisons de systématique légale, il conviendrait impérativement de modifier l'art. 16, al. 1, OLP dans le sens précisé auparavant dans le cadre de la modification des règlements et ordonnances relatifs à l'AVS et à la prévoyance professionnelle en lien avec le projet AVS 21.

Art. 79b, al. 1, 1bis et al. 2 AP-LPP - Rachats dans la prévoyance professionnelle

Nous prenons acte de la délégation de compétence au Conseil fédéral prévue à l'art. 79b al. 2 lit. a AP-LPP concernant le cas de personnes qui n'ont jamais été affiliées à une institution de prévoyance au moment où elle font valoir la possibilité de rachat (cf. l'art. 60b LPP réglant déjà cette question à l'heure actuelle) et de personnes touchant ou ayant touché une prestation de la prévoyance professionnelle (art. 79b al. 2 lit. b AP-LPP).

Nous approuvons pleinement le contenu du rapport explicatif (p. 84) précisant que les personnes percevant déjà une prestation de vieillesse sous forme de rente ou qui ont déjà touché une prestation sous forme de capital ne doivent pas pouvoir reconstituer une prévoyance complète par le biais de rachats déductibles.

Dans ces cas, il faut **tenir compte de la rente en cours ou de la prestation versée en capital** pour déterminer **les possibilités de rachat**. Nous avons pris note du fait que cette coordination sera réglée par voie d'ordonnance, vraisemblablement par une modification de l'OLP.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en considération les présentes remarques et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Conférence suisse des impôts

Le président

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rütscbe', written in a cursive style.

Jakob Rütscbe



SBV

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

Könizstrasse 23: Postfach, 3001 Bern

A-Post

Bundesamt für Sozialversicherungen

Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL

Bereich Leistungen AHV/EO/EL

Effingerstrasse 20

3003 Bern

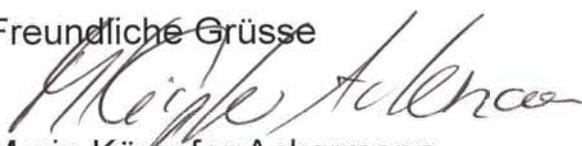
Bern, 10.10.2018 / AR

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr Geehrte

Der Schweizerische Blinden- und Sehbehindertenverband bedient Sie gerne und termingerecht mit der Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21).

Freundliche Grüsse


Marja Kämpfer Ackermann
stv. Generalsekretärin


Alfred Rikli
Leiter Interessenvertretung

Beilage: - erwähnt



Generalsekretariat

Könizstrasse 23, Postfach, 3001 Bern

031 390 88 00 | info@sbv-fsa.ch | sbv-fsa.ch



SBV

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Vernehmlassung Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband

Allgemeine Bemerkung

Die Stabilisierung der AHV ist dringlich! Umso dringlicher, als dass der Grossteil der blinden und sehbehinderten Menschen in der Schweiz praktisch hauptsächlich von der Altersvorsorge der öffentlichen Hand leben muss. Die zwei Säulen Flexibilisierung des Altersrücktritts (AHV und berufliche Vorsorge) und Vorschläge zur Finanzierungssicherung sind – wenngleich kommunikativ hoch anspruchsvoll - vom SBV nachvollziehbar. Das Rentenniveau darf nicht sinken.

Einzelne Massnahmen (materielle Bemerkungen)

Die Erhöhung des Frauen-Referenzalters hat zur Konsequenz, dass Rentenbezügerinnen ihre IV-Rente ein Jahr länger beziehen. Der SBV fordert, dass hierdurch verursachte Mehrausgaben der IV kompensiert werden.

Neu soll sich die Möglichkeit bieten, eine AHV- mit einer IV-Rente zu kombinieren. Dies ist vor allem für teilerwerbsunfähige Menschen vorteilhaft. Mit teilweisem Vorbezug der AHV lassen sich gesundheitsbedingte zunehmende Einschränkungen im Arbeitspensum finanziell abfedern.

Insgesamt erachtet der SBV die vorgeschlagene Koordination von AHV und IV als vorteilhaft.

Die vorgesehene Anpassung der Rentenformel soll nicht ausschliesslich zwischen 1958 bis 1966 geborenen Frauen zu Gute kommen. Es soll allen Frauen mit tiefen und mittleren Einkommen möglich sein, die Rentenleistungen zu steigern. Gleiches gilt für



SBV

Schweizerischer Blinden-
und Sehbehindertenverband

Männer mit tiefen und mittleren Einkommen. Ausserdem: Die Anpassung der Rentenformel soll gleicherweise für die IV zur Anwendung kommen, andernfalls befürchtet der SBV ein Auseinanderdriften von AHV und IV.

Der SBV weist auf die Problematik der Hilfsmittel bzw. der Hilflosenentschädigung und des Assistenzbeitrags nach dem Referenzalter hin. Heute finanziert die IV einer 64-jährigen sehbehinderten Person ein Lesegerät. Erblindet die Person im AHV-Alter, so muss sie ihr Lesegerät selber finanzieren. IV und AHV sollen gleichbehandeln und die AHV 21 soll dazu genutzt werden, diese Ungleichbehandlung zu eliminieren.

Ausserdem: Heute erhalten Blinde generell einzig eine Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit. Sie sind in ihrem Alltag auf die grosse Unterstützung etwa von Eltern oder Ehepartnern, Ehepartnerinnen angewiesen, welche als Folge dieses grossen Engagements ihrerseits keine existenssichernde Tätigkeit mehr auszuführen in der Lage sind. Der SBV fordert die Ausdehnung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften, welche Verwandte mit einer Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit betreuen.

Der SBV lehnt die vorgeschlagene Senkung des Mindestumwandlungssatzes von heute 6.8 auf 6.0 Prozent innerhalb von vier Jahren ab. Pensionskassen sind mehrheitlich nicht unterdeckt, die langfristigen Anlageperspektiven sind weit besser als vom Bundesrat prognostiziert.

Bern, 4. Oktober 2018 / AR



Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Sozialversicherungen
Emina Alisic
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

16. Oktober 2018

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zu dieser Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Der SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund ist der Dachverband der katholischen Frauenorganisationen und vertritt rund 130'000 Frauen in der Schweiz. Wir setzen uns für die Verbesserung der Situation der Frauen in Kirche, Staat und Gesellschaft ein. Grundlegende Beurteilungsmassstäbe für Revisionsvorschläge sind für uns die Würde der Frau, die soziale Verantwortung und der gesellschaftliche Zusammenhalt ganz im Sinne unseres Leitbildes „für eine gerechte Zukunft“. Unsere Vernehmlassungsantwort basiert auf der Antwort der NGO Koordination post Beijing Schweiz.

1. Grundsätzliches

Der SKF setzt sich klar für das Rentenziel in der Verfassung einer ausreichenden Finanzierung durch die Renten der 1. und 2. Säule ein. Doch lehnt der SKF die Frauenrentenaltererhöhung aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen entschieden ab, auch in Hinblick auf unsere Mitglieder, von denen sich viele in prekären finanziellen Situationen befinden aufgrund der untenstehenden frauenspezifischen Gründen. Daher fordern wir eine Zusatzfinanzierung der Renten durch die Erhöhung der Lohnbeiträge sowie der Mehrwertsteuer und eine gleichzeitige Reform der 2. Säule.

Der SKF teilt die Einschätzung des Bundesrats, dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und in der ersten Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht. Allerdings ist der Auftrag, dass die Renten der ersten Säule gemäss Verfassungsauftrag existenzsichernd zu sein haben, nach wie vor nicht erfüllt. Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-



Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der zweiten Säule sinken. Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig das Ziel des Leistungserhalts in der AHV setzt, verkennt er, dass dies real zu einem Abbau des Sozialversicherungssystems führt.

Der SKF steht klar hinter dem Rentenziel der Verfassung einer ausreichenden Rentenabdeckung durch die Renten der ersten und zweiten Säule im Alter. Bei der Vorlage AHV 21 muss deshalb dieser Verfassungsauftrag im Zentrum stehen. Es ist wesentlich, dass die Reform der zweiten Säule gleichzeitig, wenn auch nicht im gleichen Paket, wie die erste Säule angegangen wird. In dem Zusammenhang muss insbesondere das Problem des Koordinationsabzugs angegangen werden, der Frauen mit tiefen Löhnen und Teilzeitstellen schwer benachteiligt.

Die beabsichtigte Erhöhung des Frauenrentenalters ist eine einschneidende Leistungsver schlechterung von rund 1.2 Milliarden Franken jährlich, die einzig von den Frauen hingenommen werden muss. Die Frauenrentenaltererhöhung war ein wesentlicher Grund für die Ablehnung der Rentenreform 2020 im Herbst 2017. Indem der Bundesrat nur wenige Monate nach diesem Scheitern wieder an der Massnahme festhält, ignoriert er dies.

Die Erhöhung des Frauenrentenalters

Der SKF lehnt die Frauenrentenaltererhöhung insbesondere aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen entschieden ab. Eine diskriminierungsfreie Verteilung der Ressourcen auf beide Geschlechter gehört zu den prioritären Zielen der Sozialpolitik. Nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aspekte sowie die Lohndiskriminierung im vorliegenden erläuternden Bericht wiederum nicht erwähnt und bei der Beurteilung des Frauenrentenalters nicht berücksichtigt worden sind.

Die rein formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der ungleichen, diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge. Die immer noch anhaltende Lohndiskriminierung und die Benachteiligungen bei der beruflichen Laufbahn aufgrund der Familienpflichten sowie der Koordinationsabzug führen dazu, dass Frauen vor allem in der zweiten Säule mit weit tieferen Renten rechnen müssen als Männer. Die Benachteiligung im Erwerbsleben (sei sie bedingt durch Ausbildung auf tiefem Niveau, schlecht bezahlte Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit oder Lohndiskriminierung) führt zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Frauen übernehmen auch nach wie vor den Hauptanteil der Betreuungs- und Haushaltsarbeit.

Ein unterschiedliches Rentenalter zwischen Frauen und Männern ist für den SKF deshalb eine wirksame Ausgleichsmassnahme für die häufige Mehrbelastung, mit der viele Frauen ab 55 konfrontiert sind. Während dieser Lebensphase sind viele Frauen oftmals Mutter, Grossmutter und Tochter zugleich. Als Grossmutter nehmen sie eine tragende Rolle bei der Betreuung ihrer Enkelkinder ein und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der jüngeren Generation. Andere pflegen in diesem Alter ihre kranken Eltern, Schwiegereltern oder den/die eigene/n PartnerIn und verhindern so den Eintritt in ein teures Pflegeheim. Diese informelle Betreuungs- und Pflegearbeit ist umso wichtiger, als es an genügend ausgebildetem Pflegepersonal mangelt. Frauen kompensieren so den unzureichenden Zugang junger wie alter Menschen zu Betreuungsmöglichkeiten und entlasten den Sozialstaat. Die Arbeit, die von vielen älteren Frauen unbezahlt verrichtet wird, ist viel wert. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus gesehen profitieren wir vom Engagement jener Frauen, welche die bezahlte Arbeit zu Gunsten der unbezahlten Arbeit reduzieren oder gar eintauschen. Diese unbezahlte Care-Arbeit in Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit

Der SKF kann sich eine Erhöhung des Frauenrentenalters nur vorstellen, wenn die massivsten aktuell noch bestehenden Ungleichheiten beseitigt oder mindestens erheblich verringert



worden sind. So ist eine Verknüpfung mit der Frage des Koordinationsabzugs unerlässlich und muss die Lohnungleichheit mit einer maximalen Differenz von bis zu 2 % bestehen. Sobald die tatsächliche Benachteiligung von Frauen beseitigt ist, steht einer formalen Gleichstellung beim Rentenalter aus Sicht des SKF nichts entgegen.

Der Bundesrat begründet die Erhöhung des Frauenrentenalters auch mit der realen Entwicklung in einigen Vorsorgeeinrichtungen, die das reglementarische Rentenalter für Frauen bereits auf 65 festgelegt haben. Der Bundesrat versucht, den Frauen die Anhebung des Rentenalters auf 65 schmackhaft zu machen, indem er ihnen im Bereich der beruflichen Vorsorge eine Rentenverbesserung von rund 4 bis 5 % in Aussicht stellt. Es sind aber längst nicht alle Frauen in der zweiten Säule versichert. Selbst wenn dies der Fall ist, nimmt die berufliche Vorsorge in der Alterssicherung der Frauen selten eine wichtige Rolle ein, weil die Erwerbsbiografien von Frauen vielfach durch Erwerbsunterbrüche und lange Phasen der Teilzeitarbeit geprägt sind und sich auch die ungleichen (tiefen) Löhne auswirken. Frauen haben deshalb oft keine tragfähige zweite Säule aufbauen können, selbst wenn sie vor der Pensionierung über ein Lohn Einkommen von über Fr. 84'600.- verfügt haben. Bei einer Rentenverbesserung um 4 bis 5 % handelt es sich entsprechend nur um eine minimale Verbesserung ihrer Rentensituation, die sowieso nur eintritt, wenn die Frauen auch tatsächlich ein Jahr länger erwerbstätig bleiben und ihr Altersguthaben weiter erhöhen können.

Kompensationsmassnahmen

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse betreffend die AV 2020 zeigen, dass die enthaltenen generellen Leistungsverbesserungen in der ersten Säule nicht reichten, um die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zu kompensieren. Auch die neu vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen werden diesem Umstand in keiner Weise gerecht und sind ungenügend. Die Variante I kann unter keinen Umständen allein als Ausgleichsmassnahme betrachtet werden. Sie muss verbessert werden und – wie im Entwurf vorgeschlagen – Teil der Variante II sein.

Die Kompensationsmassnahmen müssen speziell auf erwerbstätige Frauen ausgerichtet sein, damit sie die Nachteile des Koordinationsabzugs und der Lohnungleichheit nicht vollumfänglich selbst zu tragen haben. Der SKF fordert vor dem Hintergrund, dass die Bedingungen der Frauen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge nach wie vor ungünstig sind und sich für die Zukunft diesbezüglich keine wesentlichen Verbesserungen abzeichnen, dass die angepasste Rentenformel für alle Frauen mit tieferen und mittleren Einkommen gilt und nicht nur für jene der Übergangsgeneration. Es geht nicht an, die Frauen, die unter anderem wegen fehlender Lohnungleichheit und des Koordinationsabzugs, schlechte Bedingungen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge hatten und haben, die Folgen dieser Systemfehler tragen zu lassen. Auch eine solche Ausweitung der Massnahme würde vor allem dazu führen, dass sich die AHV-Renten dem Verfassungsauftrag der Existenzsicherung annähern. Sie muss ohne Verknüpfung mit der Erhöhung des Frauenrentenalters ergriffen werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Grundsätzlich begrüsst der SKF die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Diese schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. Doch fordert der SKF, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Frauen mit geringen und mittleren Einkommen angewendet werden. Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren überhaupt Gebrauch machen. Die Ausweitung des privilegierten Rentenvorbezugs für Frauen mit tiefen Einkommen drängt sich auch deshalb auf, weil sie in der Regel eine tiefere Lebenserwartung als jene des Durchschnitts aufweisen. Ausserdem sollte die Einkommensschwelle für den privi-



legierten Vorbezug angehoben werden. Verglichen mit den neuesten Zahlen der Lohnstrukturerhebung fällt die bisher vorgeschlagene Einkommensgrenze von Fr. 54'600.- zu tief aus, stellt dies doch nur gerade die untersten 10 % der in der Schweiz verdienten Löhne dar.

Weiter lehnt der SKF die automatische Anpassung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge bei Vorbezug und Aufschub der Renten ab. Die Erforderlichkeit und Eignung entsprechender Anpassungen soll nicht um Jahre im Voraus und auch nicht automatisiert festgelegt werden. Sie sind von erheblicher Bedeutung für die Rentenhöhe und deshalb die Planbarkeit des Altersrücktritts und sollen deshalb nicht auf Verordnungsstufe angepasst werden können.

Solide Finanzierung der ersten Säule

Der SKF anerkennt den Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der höheren Lebenserwartung und der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen. Rentenverbesserungen und der Renteneintritt der Baby-Boomer-Generation erfordern eine ausreichende Finanzierung der ersten Säule. Der Finanzierungsbedarf in der ersten Säule muss solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommen aufgeteilt werden, weshalb eine Kombination der Erhöhung der Lohnbeiträge wie der Mehrwertsteuer sinnvoll ist. Die Erhöhung der Lohnbeiträge an die AHV steht für der SKF indes im Vordergrund. Anders als in der AHV können die Probleme in der zweiten Säule aber nicht primär über Lohnbeiträge gelöst werden. Insbesondere Lohnbeiträge zu Gunsten der AHV in der Höhe von 0.3 % - wie sie zurzeit in der STAF 17 vorgesehen sind – tragen wesentlich zur Stabilisierung der ersten Säule bei; in der zweiten Säule können sie nichts Grundsätzliches bewirken.

Der Vorstandsvorstand des SKF dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Simone Curau-Aeppli
Präsidentin SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund



Schweizerischer Pensionskassenverband
Association suisse des Institutions de prévoyance
Associazione svizzera delle Istituzioni di previdenza
Kreuzstrasse 26
8008 Zürich

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistung AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Telefon 043 243 74 15/16
Telefax 043 243 74 17
E-Mail info@asip.ch
Website www.asip.ch

emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 10. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21): Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen nachfolgend gerne die Gelegenheit wahr, zur Vernehmlassungsvorlage AHV 21 Stellung zu beziehen. Angesichts der demografischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die auf die AHV zukommen, ist der Reformbedarf ausgewiesen. Der ASIP anerkennt daher den Reformbedarf bezüglich der AHV, unterstreicht aber, dass eine BVG-Revision ebenso dringlich ist. Das heutige System ist auf ein Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern ausgerichtet, das nicht mehr der Realität entspricht, und auf eine Performance, die mittelfristig immer schwieriger zu erwirtschaften ist. Vor diesem Hintergrund besteht, wie auch der Bundesrat in seinem erläuternden Bericht festhält (vgl. S. 8), auch im BVG weiterhin Handlungsbedarf.

Der ASIP erwartet daher auch von den Sozialpartnern innerhalb der gesetzten Jahresfrist (bis März/ April 2019) einen Revisionsvorschlag für das BVG zuhanden des Parlamentes. In diesem Zusammenhang darf auch die Verknüpfung der Steuervorlage 17 mit der AHV (STAF) nicht zu einer Verzögerung der BVG-Revision führen. Für den ASIP ist es zudem wichtig, dass mit der Vorlage AHV 21 keine Verzögerung der BVG-Revision eintritt. Wir rufen schliesslich in Erinnerung, dass auch im Rahmen der BVG-Revision Kosten anfallen werden (u.a. zur Finanzierung der Kompensationsmassnahmen). Vor diesem Hintergrund darf die finanzielle Belastungsfähigkeit der Bürger, Versicherten und Arbeitgeber nicht überstrapaziert werden. Nachfolgend nehmen wir insbesondere zu den vorgeschlagenen Anpassungen im BVG und FZG Stellung.

Begriff «Referenzalter»

Wir stimmen der terminologischen Vereinheitlichung des Begriffes «Referenzalter» im AHVG und im BVG zu.

Art. 13 E BVG Referenzalter, Alter für den Vorbezug und den Aufschub (vgl. Bericht S. 56 ff und S. 81)

Zu Abs. 1 und 2: Der ASIP begrüsst den Vorschlag für ein gemeinsames Referenzalter für Mann und Frau (Alter 65 gemäss Art. 21 E AHVG). Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist das gleiche Referenzalter 65 für Mann und Frau ein (überfälliger) Schritt in die richtige Richtung. Obwohl allenfalls noch bestehende Lohn-Ungleichbehandlungen selbstverständlich weiter reduziert werden müssen, darf die Erhöhung des Frauenrentenalters nicht mit der Diskussion um die Lohngleichheit vermischt werden.

Der ASIP unterstützt den Vorschlag, die Altersleistung ab dem vollendeten 62. Altersjahr vorbezuhlen und bis zur Vollendung des 70. Altersjahres aufschieben zu können.

Zu Abs. 3: Zu begrüssen ist der Hinweis im erläuternden Bericht (S. 81), wonach die «Vorsorgeeinrichtungen nach wie vor frei sind, in ihren Reglementen ein abweichendes reglementarisches Referenzalter festzulegen.» Die bestehende Flexibilisierung in der Wahl des Pensionierungsalters zwischen 58 und 70 Jahren sehen wir als positive Entwicklung an, die zu Recht keine Verschlechterung erfahren darf (vgl. Art. 1 i BVV 2). Damit Pensionskassen jedoch reglementarisch weiterhin einen flexiblen Altersrücktritt vorsehen können, beantragen wir folgende Anpassung (Status Quo):

Abs. 3: Die reglementarischen Bestimmungen der Vorsorgeeinrichtung können abweichend davon vorsehen, dass der Anspruch auf Altersleistungen mit der Beendigung der Erwerbstätigkeit entsteht. In diesem Fall ist der Umwandlungssatz (Art. 14) entsprechend anzupassen.

Schrittweise Anhebung des Referenzalters auf 65 Jahre (vgl. Übergangsbestimmungen):

Der Bundesrat schlägt eine schrittweise Erhöhung vor, und zwar soll die Erhöhung des Referenzalters ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform beginnen und schrittweise um jährlich drei Monate erfolgen. Anzustreben ist, dass das Referenzalter der Frauen rascher auf 65 Jahre angehoben wird (z.B. bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des neuen Rechts in einem Schritt wie bei der 10. AHV-Revision). Zu den im AHVG vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen äussert sich der ASIP nicht.

Art. 13a E BVG Teilbezug der Altersleistung

Art. 13b E BVG Vorbezug der Altersleistung

Art. 13c E BVG Aufschub des Bezugs der Altersleistung (vgl. Bericht S. 58 und S.81 ff)

Zustimmung

Art. 17 Abs.1 zweiter Satz E BVG

Zustimmung

Art. 21 Abs. 1 E BVG

Zustimmung

Art. 49 Abs. 2 Ziff.2 E BVG

Zustimmung

Art. 79b Abs. 2 E BVG

Die Praxis zeigt, dass die Auslegung der Einkaufsbestimmungen nach wie vor einseitig und primär steuerrechtlich motiviert vorgenommen wird und der gesetzgeberischen Absicht, vorsorgerechtlich vereinheitlichte Grundlagen zu schaffen, widerspricht. In diesem Sinn ist die vorgeschlagene Bestimmung nicht zwingend notwendig.

Anpassungen im FZG

Begriff «Referenzalter»

Wir stimmen der terminologischen Vereinheitlichung des Begriffes «Referenzalter» in AHV und im FZG zu.

Art. 8 Abs. 3 E FZG (Abrechnung und Information)

Für den ASIP steht die Selbstdeklaration des Versicherten gegenüber der Steuerbehörde im Fokus. Der ASIP lehnt daher diese Meldepflichten ab. Es braucht keine neue Gesetzesbestimmung.

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Zur vorgeschlagenen Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sicherung der AHV nimmt der ASIP nicht explizit Stellung. Wie der Bundesrat richtigerweise festhält, benötigt die AHV rasch zusätzliche Mittel. Mit der Mehrwertsteuer wird erreicht, dass die zusätzliche finanzielle Last auf die gesamte Bevölkerung verteilt wird. In jedem Fall sollte aber die Mehrwertsteuer nur moderat angepasst werden. Die konkrete Erhöhung ist im Zusammenhang mit den geplanten Reformschritten und dem damit zusammenhängenden Zeithorizont zu beurteilen

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Hinweise und ersuchen den Bundesrat, unseren vorstehenden Bemerkungen Beachtung zu schenken.

Mit freundlichen Grüssen

ASIP

Schweizerischer Pensionskassenverband



Jean Rémy Roulet
Präsident



Hanspeter Konrad
Direktor

Ittigen, 10. Oktober 2018

Worbentalstrasse 32, 3063 Ittigen / Bern
Tel. 031 924 11 00
E-Mail: info@ssr-csa.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

(Versand per E-Mail in PDF sowie Word an: emina.alisic@bsv.admin.ch)

Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage zur «Stabilisierung der AHV (AHV 21)»

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) bedankt sich für Ihre Einladung, zur Vernehmlassung über die «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» Stellung zu nehmen.

1. Einleitung

Die AHV ist der wichtigste Pfeiler der Altersvorsorge und soll gemäss Bundesverfassung das Existenzminimum abdecken.

2017 schloss die AHV mit einem negativen Umlageergebnis von über einer Milliarde Franken ab. Nur dank einem guten Anlageerfolg des AHV-Ausgleichsfonds resultierte schliesslich ein positives Ergebnis. Mit der kommenden Pensionierung der Baby-Boomer wird sich die finanzielle Situation der AHV massiv verschlechtern.

Angesichts der momentanen finanziellen Lage der AHV und der Zukunftsprognose erweist sich eine Zusatzfinanzierung der AHV als unvermeidlich. Die Zeit drängt und ein Scheitern von «AHV 21» - wie schon früherer Vorlagen - würde zu einer folgenreichen Verzögerung führen.

2. Stellungnahme des SSR zur Vorlage über die «Stabilisierung der AHV (AHV 21)»

- Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) stimmt dem Gesamtpaket zur «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» mehrheitlich zu.
- *Der SSR unterstützt mehrheitlich ein Referenzalter für Frauen und Männer bei Alter 65.*
Eine Minderheit opponiert dagegen, weil die Lohngleichheit für die Frauen noch nicht hergestellt ist.
- *Der SSR unterstützt mehrheitlich eine Finanzierung mittels Erhöhung der Mehrwertsteuer um proportional 1,5%.*
Dies auch aus Solidarität der Pensionierten mit den Berufstätigen.
Eine Minderheit ist gegen die Zusatzfinanzierung der AHV über die Mehrwertsteuer, weil dies die Schwächsten am meisten belastet.
Der Ertrag muss vollumfänglich dem AHV-Ausgleichsfonds zufließen.
Falls SV 17 in Kraft tritt, muss sich die Erhöhung entsprechend verringern.
- Der SSR unterstützt reduzierte Abzüge beim Rentenvorbezug für Frauen der Jahrgänge 1958 – 1966 mit geringem Einkommen (Variante 1).
- Der SSR unterstützt die höheren Zuschläge beim Rentenaufschub für Frauen dieser Kategorie, welche bis zum Referenzalter arbeiten (Variante 2).
- Dass geleistete AHV-Beiträge bei Erwerbsarbeit nach dem Referenzalter zu einer höheren Rente führen, bzw. der Schliessung von Beitragslücken dienen können, wird vom SSR begrüsst.
- Der SSR unterstützt die Flexibilisierung des Rentenbezugs in der vorgesehenen Form.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen

3.1 Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer - Bundesverfassung

Art. 130^{ter} und 130^{quater}

Mehrheitliche Zustimmung

zur Erhöhung der Mehrwertsteuer um proportional 1,5 %.

Falls SV 17 in Kraft tritt, muss sich die Erhöhung entsprechend verringern.

3.2 Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

Art. 29^{bis}, Abs. 3 – 5

Zustimmung.

Der SSR begrüsst, dass geleistete AHV-Beiträge (nach Abzug des Freibetrages) bei Erwerbsarbeit nach dem Referenzalter inskünftig auf die Rente angerechnet werden.

Art. 34^{bis}

Zustimmung

zu den Ausgleichsmassnahmen

Art. 39, 40, 40a, 40b

Zustimmung

zu den neuen Bestimmungen zum flexiblen Rentenbezug

Art. 40c

Zustimmung

zu geringeren Kürzungssätzen beim Rentenvorbezug für Frauen der Jahrgänge 1958 – 1966 mit geringem Einkommen.

Übergangsbestimmungen a, b

Mehrheitliche Zustimmung

zur stufenweisen Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf Alter 65.

3.3 Übrige Bestimmungen

Zustimmung

zu den von uns hier nicht erwähnten Anpassungen der Bundesgesetze.

4. Schlussbemerkung

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben dienen zu können und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Wenden Sie sich bitte direkt an Herrn RA Josef Bühler, Schweizerischer Seniorenrat, Worblenstrasse 32, 3063 Ittigen (E-Mail: rabuehler@bluewin.ch).

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Seniorenrat



Michel Pillonel
Co-Präsident



Roland Grunder
Co-Präsident



Schweizerischer Verband für Seniorenfragen
Association Suisse des Aînés (ASA)
Associazione Svizzera degli Anziani (ASA)

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Uster/Belp, 16. Oktober 2018

Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen zur Vernehmlassungsvorlage über „Stabilisierung der AHV (AHV 21)“

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die mit Brief vom 27. Juni 2018 zugestellte Einladung zum Vernehmlassungsverfahren zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen.

Teil 1. Grundsätzliche Bemerkungen zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Die Stabilisierung der AHV (AHV 21) ist für den Vorstand des Schweizerischen Verbandes für Seniorenfragen (SVS) von zentraler Bedeutung. Die Mehrheit des SVS Vorstandes beschloss auch die Verknüpfung der Unternehmenssteuer-Reform mit der Sanierung der AHV zu unterstützen wie ihn das Parlament am letzten Sessionstag grossmehrheitlich verabschiedet hat.

Der SVS stimmt dem Ausdruck vom „ordentlichen Rentenalter“ zum „Referenzalter“ zu ersetzen zu. Im Weiteren stimmt der SVS der Erhöhung des „Referenzalters 65“ zu, setzt dabei aber die Zustimmung zur Rentenaltersflexibilisierung und zu Ausgleichsmassnahmen für die Frauen voraus.

Teil 2. Finanzierungsbeschluss

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Art. 130 Abs. 1^{ter} und 3^{quater} Erhöhung der Mehrwertsteuer

Zustimmung des SVS: Der SVS stimmt dieser Erhöhung der Mehrwertsteuer zur mittelfristigen finanziellen Stabilisierung der AHV zu. Dies nicht zuletzt als Beitrag zur Generationengerechtigkeit dieser Revision. Aus Sicht des SVS sollte dies für eine Weile Ruhe in die «unendliche Geschichte» der AHV-Revisionen bringen.



Teil 3. Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)

Art. 3 Abs. 1 und 1^{bis} Beitragspflicht der Versicherten (Textanpassung)

Zustimmung des SVS: Dieser Anpassung der Beitragspflicht an das neue Referenzalter ist zweckmässig.

Art 4 Abs.2 und Bst. b Beitragsbemessung (Textanpassung)

Zustimmung des SVS: Textanpassung.

Art.5 Abs.3 Bst b Massgebender Lohn

Zustimmung des SVS: Textanpassung.

Art 21 Referenzalter und Altersrente

Zustimmung des SVS: Der SVS stimmt mit deutlicher Mehrheit dem neuen Begriff «Referenzalter 65» zu, setzt dabei aber die Zustimmung zur Rentenaltersflexibilisierung und zu Ausgleichsmassnahmen für die Frauen voraus.

Art. 29^{bis} Allgemeine Bestimmungen für die Rentenberechnung

Zustimmung des SVS.

Art. 29 ^{sexies}, zweiter Satz: Massgebender Zeitpunkt für die Rentenberechnung

Zustimmung des SVS mit Vorbehalt bezüglich Abs.4: Diese Anpassung an die Einführung des Referenzrentenalters ist zweckmässig. Insbesondere die in Abs. 4 vorgesehene Möglichkeit zum Auffüllen von Beitragslücken ist sehr wünschenswert. Allerdings ist die Limite von 40 % des bisherigen Einkommens zu hoch angesetzt. Sie sollte herabgesetzt werden, damit die Anreizwirkung zur Erwerbstätigkeit über das Rentenalter 65 hinaus verstärkt werden.

Art. 34^{bis} Berechnung der Rente der Frauen, die ihre Rente nicht vorbeziehen

Zustimmung mit Vorbehalt des SVS: Der Vorbehalt des SVS bezieht sich nicht auf die Möglichkeit einer Anpassung der Rentenformel als mögliche Ausgleichsmassnahme an sich, aber auf deren Komplexität und administrative Aufwändigkeit vor allem im internationalen Rahmen. Ferner ist in den Schlussbestimmungen zu vermeiden, dass eine unterschiedliche Rente zwischen Männer und Frauen dauerhaft eingeführt wird.

Art 35 Abs. 1 und Abs. 2 Plafonierung der Ehepaarrenten

Zustimmung des SVS : Dass die Regeln der Plafonierung durch die Einführung des Referenzrentenalters nicht geändert werden ist wohl zweckmässig. Aber die Plafonierung der Ehepaarrenten passt immer schlechter zur Erwerbstätigkeit der Frauen. Auch im SVS ist sie umstritten.



Art 39 Gliederungstitel

Zustimmung des SVS.

Art.35^{ter} Aufschub der Kinderrente bei Rentenaufschub

Zustimmung des SVS.

Gliederungstitel zu Art 39 und Art.39 Aufschub des Bezugs der Altersrente

Zustimmung des SVS: Der Rentenaufschub erhöht die Anpassungsfähigkeit des AHV-Systems an die Lebensgewohnheiten und -verhältnisse.

Art 40 Vorbezug der Altersrente

Zustimmung des SVS: Der Vorbezug der AHV-Altersrente erleichtert den Übergang in den Ruhestand aus welchen Gründen er auch immer erfolgt.

Er ist auch aus persönlicher wie aus personalpolitischer Sicht zu begrüssen.

Art. 40b Kombination von Vorbezug und Aufschub der Altersrente

Zustimmung des SVS: (siehe oben)

Art.40 c Kürzungsätze für Frauen beim Vorbezug der Altersrente

Zustimmung mit Vorbehalten des SVS: Die Zustimmung des SVS erfolgt mit Vorbehalten, damit dieses Element im -rahmen der Diskussion um die Ausgleichsmassnahmen für Frauen benutzt werden kann. Der Vorbehalt betrifft die zeitliche Limitierung der Massnahme. Es ist wichtig, dass diese Kürzung nicht über eine angemessene Übergangsperiode für die von der Rentenalterserhöhung direkt betroffenen Altersgruppen ausgedehnt wird. (vgl. Bemerkung zu Art. 34^{bis})

Art 43^{bis} Abs.1 und 4 Anspruch auf Hilflosenentschädigung

Zustimmung des SVS: Präzisierung zur Koordination mit IV-Rente.

Art 43^{ter} Assistenzbeitrag

Zustimmung des SVS: Präzisierung zur Koordination mit IV-Rente.

Art.44 Abs. 2 Auszahlungsbestimmungen bei Kleinrenten

Zustimmung des SVS. Administrative Präzisierung

Art64 Abs 2^{bis} Verbleib von Nichterwerbstätigen in Ausgleichskasse

Zustimmung des SVS. Sprachliche Anpassung.

Art.64a zuständige Ausgleichskasse bei Ehepaaren

Zustimmung des SVS. Sprachliche Anpassung.



Schweizerischer Verband für Seniorenfragen
Association Suisse des Aînés (ASA)
Associazione Svizzera degli Anziani (ASA)

Art. 102 Abs 1 Bst b,c,e und f Finanzierungsquellen der AHV

Zustimmung des SVS.

Art. 103 Bundesbeitrag

Zustimmung des SVS.

Art. 104 Finanzierung des Bundesbeitrages

Zustimmung des SVS.

Teil 4. Ziff. II Übergangsbestimmungen zur Änderung vom

Zustimmung des SVS zu allen Übergangsbestimmungen und Schlussbestimmungen.

Teil. 5. Ziff. III Änderung anderer Erlasse

Der SVS setzt voraus, dass diese Änderungen die reibungslose Koordination innerhalb des Drei-Säulen-Konzepts der Altersvorsorge und mit der IV ohne Reibungsverluste umsetzen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben und stehen Ihnen gerne für Fragen zur Verfügung. Sollten Sie Rückfragen haben, wenden Sie sich bitte an folgende Auskunftsstellen:

Karl Vögeli
SVS Präsident
Apothekerstrasse 16
8610 Uster
079 356 39 35

Karl.voegeli@medienconsulting.ch

Fabienne Bachmann
SVS-Vizepräsidentin
Burggässli 8
3123 Belp
Tel. 079 299 33 88

fabienne@bachmann-schreinerei.ch

Freundliche Grüsse

Für den Schweizerischen Verband für Seniorenfragen

Karl Vögeli
SVS-Präsident
Uster

Fabienne Bachmann
SVS-Vizepräsidentin
Belp

Verteiler:

- Eingabe direkt per E-Mail an Frau Emina Alisic (emina.alisic@bsv.admin.ch)
- Kopie zur Orientierung an: SVS-Vorstand

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zürich, 16. Oktober 2018

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Versicherungsverband (SVV) dankt für die Einladung zur Stellungnahme und nutzt die Gelegenheit gerne, sich zur Vorlage «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» zu äussern.

Aus Sicht des SVV ist die Stabilisierung der AHV zwingend und dringend. Wir begrüssen deshalb, dass der Bundesrat nach dem Scheitern der Reform «Altersvorsorge 2020» rasch eine neue Botschaft vorgelegt hat, und unterstützen die wesentlichen Ziele, das Leistungsniveau zu erhalten, die Finanzierung zu sichern und den Altersrücktritt zu flexibilisieren. Für den SVV ist die Reform des BVG ebenso zwingend und dringend wie diejenige der AHV. Die erste und zweite Säule der Altersvorsorge müssen nicht nur möglichst rasch, sondern – zwecks Wahrung der Gesamtsicht für die Versicherten – auch möglichst gleichzeitig reformiert werden.

Bevor wir auf die einzelnen Anpassungsvorschläge im Rahmen von AHV 21 eingehen, möchten wir zwei zentrale Aspekte des vorliegenden Vernehmlassungsentwurfes besonders hervorheben:

- **Fehlende Verknüpfung zwischen der Vorlage über die AHV-Revision und derjenigen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer:** Diese Verknüpfung ist aus unserer Sicht zwingend. Gelangen die beiden Vorlagen je separat zur Abstimmung, bleiben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Unklaren darüber, ob bei einem Ja zur Anhebung der Mehrwertsteuer auch das Rentenalter der Frau angehoben wird.
- **Einseitige Ausrichtung auf die Erschliessung zusätzlicher Einnahmen:** Die Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozentpunkte würde im Zeitraum 2021 - 2030 Mehreinnahmen von rund CHF 49 Mrd. generieren. Dies entspricht über 92 Prozent der benötigten Mittel für die Stabilisierung der AHV. Die Beiträge, die aus der Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre und der Flexibilisierung des Rentenbezugs stammen, müssen aus Sicht des SVV höher ausfallen.

**Anheben des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre
(Art. 21 AHVG und zugehörige Übergangsbestimmung)**

Art. 21 Referenzalter und Altersrente

¹ Personen, die das 65. Altersjahr vollendet haben (Referenzalter), haben Anspruch auf eine Altersrente ohne Abzüge und Zuschläge.

² Der Anspruch entsteht am ersten Tag des Monats, welcher dem Erreichen des Referenzalters folgt. Er erlischt mit dem Tod.

Übergangsbestimmung

a Referenzalter der Frauen

Das Referenzalter liegt bei

- a. 64 Jahren für Frauen bis und mit Jahrgang [Jahr des Inkrafttretens – 64];*
- b. 64 Jahre und drei Monate für Frauen mit Jahrgang [Jahr des Inkrafttretens + 1 – 64];*
- c. 64 Jahre und sechs Monate für Frauen mit Jahrgang [Jahr des Inkrafttretens + 2 – 64];*
- d. 64 Jahre und neun Monate für Frauen mit Jahrgang [Jahr des Inkrafttretens + 3 – 64];*
- e. 65 Jahre für Frauen ab Jahrgang [Jahr des Inkrafttretens + 4 – 64].*

Der SVV stimmt der Einführung eines geschlechtsunabhängigen Referenzalters von 65 Jahren zu. Der erste Schritt der Angleichung soll im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Reform erfolgen.

Der SVV begrüsst die Angleichung des Referenzalters der Frauen an dasjenige der Männer. Es ist nur folgerichtig, wenn der Gesetzgeber vor dem Hintergrund der höheren Lebenserwartung der Frauen und der zunehmenden Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann ein einheitliches Referenzalter für beide Geschlechter festlegt.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist absehbar, dass das Rentenalter wie in den übrigen OECD-Staaten generell angehoben werden muss. Nach der Ablehnung der Reform «Altersvorsorge 2020» und dem damit verbundenen Zeitverlust ist zu prüfen, ob die Angleichung von Frauen- und Männer-Rentenalter nicht mit der generellen Anhebung kombiniert werden könnte. Das Rentenalter für Männer könnte beispielsweise in Schritten von 2 Monaten pro Jahr bis Alter 66 und bei den Frauen von drei Monaten pro Jahr bis Alter 65 und anschliessend zwei Monaten pro Jahr bis Alter 66 angehoben werden. Damit würden die Männer 2027 das Rentenalter 66 erreichen, die Frauen 2031. Eine solche Anhebung ist angesichts der grossen Belastung der jungen Generationen, die nicht nur höhere Mehrwertsteuern und im BVG höhere Beiträge finanzieren, sondern zusätzlich auch ein höheres Rentenalter akzeptieren müssen, nötig und zumutbar.

**Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters der Frauen
(Art. 40c und 34^{bis} AHVG)**

Variante 1:

Art. 40c Kürzungssätze für Frauen beim Vorbezug der Altersrente

Für Frauen werden folgende Kürzungssätze auf die vorbezogenen Altersrenten angewendet:

Vorbezugsjahre	Kürzungssatz in %, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen kleiner oder gleich hoch ist wie der Betrag der vierfachen jährlichen minimalen Altersrente nach Artikel 34	Kürzungssatz in %, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen höher ist wie der Betrag der vierfachen jährlichen minimalen Altersrente nach Artikel 34
1	0 %	2 %
2	3,5 %	4 %
3	5 %	6,8 %

Variante 2 (kumulativ zu Art. 40c AHVG):

Art. 34^{bis} Berechnung der Höhe der Altersrente von Frauen, die ihre Rente nicht vorbezogen

¹ Die monatliche Altersrente setzt sich zusammen aus (Rentenformel):

- a. einem Bruchteil des Mindestbetrages der Altersrente (fester Rententeil);
- b. einem Bruchteil des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens (variabler Rententeil).

² Bei Frauen, die ihre Altersrente nicht vorbezogen haben, gelten die folgenden Bestimmungen:

- a. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen kleiner oder gleich dem 36-fachen Mindestbetrag der Altersrente, so beträgt der feste Rententeil 649/1000 des Mindestbetrages der Altersrente und der variable Rententeil 293/10 000 des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens.
- b. Ist das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen grösser als das 36-fache des Mindestbetrages der Altersrente, so beträgt der feste Rententeil 1404/1000 des Mindestbetrages der Altersrente und der variable Rententeil 83/10 000 des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens.

³ Der Höchstbetrag der Altersrente entspricht dem doppelten Mindestbetrag.

⁴ Der Mindestbetrag wird gewährt, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen höchstens zwölfmal grösser ist, und der Höchstbetrag, wenn das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen wenigstens zweiundsiebzigmal grösser ist als der Mindestbetrag.

⁵ Der Mindestbetrag der vollen Altersrente von 1175 Franken entspricht dem Rentenindex von 213,6 Punkten.

⁶ Dieser Artikel ist bei der Berechnung von Hinterlassenenrenten nach Artikel 36 oder 37 sowie für die Berechnung von Invalidenrenten nach dem IVG nicht anwendbar.

Der SVV lehnt die vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters als zu weitgehend ab. Sie setzen falsche Anreize, in dem für eine zu weit gefasste Übergangsgeneration keinerlei Veranlassung besteht, effektiv länger zu arbeiten.

Von den Einsparungen von jährlich CHF 1'450 Mio. aus der Erhöhung des Referenzalters der Frauen werden CHF 508 Mio. (Variante 1: «reduzierte Kürzung der Kürzungssätze») bzw. CHF 883 Mio. (Variante 2: «vorteilhaftere Rentenformel») für die Ausgleichsmassnahmen sowie CHF 340 Mio. für die Flexibilisierung des Rentenbezugs aufgewendet. Mit anderen Worten: 58,5% (Variante 1) oder gar 84% (Variante 2) der Einsparungen aus der Anhebung des Rentenalters der Frauen werden zum Ausgleich dieser Massnahme anstatt für die dringend notwendige finanzielle Stabilisierung der AHV eingesetzt. Vor dem Hintergrund der absehbaren Verschlechterung der Demographie und der Tatsache, dass die geburtenstarken Jahrgänge jetzt in den Ruhestand treten, bedeutet dies einen bewussten Verzicht auf eine Entlastung der jüngeren Generation und damit eine einseitige Verteilung der Sanierungslasten zwischen Jung und Alt. Die Jungen werden jedoch durch die absehbaren Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur ohnehin massiv belastet.

Reduzierte Kürzungssätze: Die Anhebung des Rentenalters ist einer der wenigen Hebel zur Sanierung der AHV. Sie ist aus Sicht der Generationengerechtigkeit unumgänglich. Eine Anhebung des Rentenalters in vier Schritten erlaubt eine Planung eines vorzeitigen Altersrücktritts. Angesichts des stufenweisen Anhebens werden erst Frauen des Jahrgangs 1961 und später mit Rentenalter 65 konfrontiert sein. Mit dieser langen Übergangszeit ist es zumutbar, auf Ausgleichsmassnahmen zu verzichten. Dies gilt umso mehr, als bei einer Kürzung von 0% (bei Jahreseinkommen von 54'600 Franken und 2% (bei Einkommen ab CHF 56'401) keinerlei Anreiz besteht, effektiv bis Alter 65 zu arbeiten.

Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Frauen sogar noch früher in Rente gehen, da die Kürzungssätze auch bei Alter 63 mit 3,5% und 4% ausgesprochen tief sind. Es ist jedoch nicht einzusehen, wieso selbst Frauen, die zum heutigen Zeitpunkt 52 Jahre alt sind und mehr als CHF 56'401 pro Jahr verdienen, mit lediglich 4% Kürzung mit Alter 63 in den Ruhestand treten sollen. Ganz abgesehen von der Ungerechtigkeit dieser massiven «Kürzung der Kürzung» gegenüber jüngeren Frauen (und Männern) führt diese zu einer vermehrten Frühpensionierung (was bei vergleichbaren Konstellationen auch im Ausland beobachtet werden konnte).

Vorteilhaftere Rentenformel: Ob die AHV bei tieferen Einkommen punktuell verbessert werden sollte, ist nicht Gegenstand dieser Vorlage und deshalb hier nicht zu beurteilen. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb nur Frauen in den Genuss einer Aufwertung der AHV-Renten kommen sollen, geht es doch dabei um das Einkommen und nicht das Geschlecht. Vor allem aber lehnt der SVV die sich aus der Kombination der vorteilhafteren Rentenformel und den reduzierten Kürzungssätzen ergebende 0%ige Kürzung bei einem Altersrücktritt im Alter 64 ab. Abgesehen von diesen sachlichen Einwänden erscheint uns die Komplexität der vorgeschlagenen Regelung zu hoch.

Flexibilisierung des Rentenbezugs (Art. 39, 40 und 40a AHVG)

Art. 39 Aufschub des Bezugs der Altersrente

¹ *Personen, die Anspruch auf eine Altersrente haben, können den Beginn des Bezugs der ganzen Rente oder eines Anteils zwischen 20 und 80 Prozent davon um mindestens ein Jahr, höchstens aber um fünf Jahre aufschieben. Innerhalb dieser Frist können sie die Rente jederzeit auf den Anfang des Folgemonats abrufen.*

² *Personen, die den Bezug eines Anteils der Rente aufgeschoben haben, können einmal die Senkung des Anteils verlangen. Die Erhöhung des aufgeschobenen Anteils ist ausgeschlossen.*

³ *Die aufgeschobene Altersrente beziehungsweise der Anteil davon wird um den versicherungstechnischen Gegenwert der aufgeschobenen Leistungen erhöht.*

⁴ *Der Bundesrat setzt die Erhöhungsfaktoren einheitlich fest und ordnet das Verfahren. Er kann einzelne Rentenarten vom Aufschub ausschliessen. Er überprüft die Erhöhungsfaktoren mindestens alle zehn Jahre.*

Art. 40 Vorbezug der Altersrente

¹ *Personen, welche die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine Altersrente erfüllen, können ab dem vollendeten 62. Altersjahr die ganze Rente oder einen Teil zwischen 20 und 80 Prozent davon vorbezogen. Sie können den Vorbezug der Rente jederzeit auf den Anfang des Folgemonats beantragen. Der Vorbezug gilt nur für zukünftige Leistungen und kann nicht widerrufen werden.*

² *Personen, die den Bezug eines Anteils der Rente vorbezogen haben, können einmal die Erhöhung des Anteils verlangen. Die Erhöhung gilt nur für zukünftige Leistungen. Sie kann nicht widerrufen werden.*

³ *Während der Dauer des Rentenvorbezugs werden keine Kinderrenten ausgerichtet.*

⁴ *In Abweichung von Artikel 29^{ter} Absatz 1 ist bei einem Rentenvorbezug die Beitragsdauer nicht vollständig. Die vorbezogene Rente beruht auf der Anzahl Beitragsjahre bei Beginn des Rentenvorbezugs und entspricht einer Teilrente mit unvollständiger Beitragsdauer.*

⁵ *Die vorbezogene Rente wird berechnet anhand der Beitragsjahre, der Erwerbseinkommen sowie der Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften der rentenberechtigten Person zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres und dem 31. Dezember vor dem Vorbezug der ganzen oder eines Teils der Rente. Die Rente wird bei Erreichen des Referenzalters gemäss Artikel 29^{bis} Absätze 1 und 2 neu berechnet.*

Art. 40a Kürzung bei Vorbezug der Altersrente

¹ Die vorbezogene Altersrente wird um den versicherungstechnischen Gegenwert der vorbezogenen Leistung gekürzt.

² Der Bundesrat legt die Kürzungssätze nach versicherungstechnischen Grundsätzen einheitlich fest und ordnet das Verfahren. Er überprüft die Kürzungssätze mindestens alle 10 Jahre.

Der SVV lehnt die im Hintergrunddokument und in den Erläuterungen genannten Kürzungssätze und Erhöhungsfaktoren ab.

An sich begrüsst der SVV eine Flexibilisierung des Rentenbezugs; diese entspricht einer nötigen Anpassung an die Lebensverhältnisse der heutigen Gesellschaft. Eine Flexibilisierung ist unter den gegebenen Umständen aber nur dann als geglückt zu betrachten, wenn sie klare Anreize für ein späteres Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess schafft. Davon kann im vorliegenden Fall keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Kürzungssätze beim vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess werden reduziert. So betragen sie neu bei einem vorzeitigen Ausscheiden um ein Jahr 4% statt 6,8% und bei 2 Jahren 7,7% statt 13,6%. Es ist unschwer vorauszusehen, dass jemand, der bis anhin mit 64 Jahren ausschied, nun einen 2 Jahre früheren Altersrücktritt zu gleichen Bedingungen ins Auge fassen wird. Damit wird aber gerade das Gegenteil von dem getan, was zu wäre.

Nicht nachvollziehbar ist die Begründung für die reduzierte Kürzungsrate, indem behauptet wird, die Korrektur sei notwendig, weil man wegen der längeren Lebenserwartung die Kürzung über einen längeren Zeitraum anwende. Tatsache ist aber, dass man wegen der längeren Lebenserwartung bei gleich hohen Beiträgen während längerer Zeit eine Rente bezieht und die Kürzung deshalb höher ausfallen müsste. Bei der Erhöhung der Rente wegen eines späteren Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess wird die Begründung dagegen umgekehrt, indem gesagt wird, die Erhöhung werde reduziert, weil die höhere Rente über eine längere Zeit bezogen werde.

Die im Hintergrunddokument und in den Erläuterungen genannten Kürzungssätze und Erhöhungsfaktoren sind versicherungstechnisch nicht korrekt und werden deshalb abgelehnt.

***Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren
(Art. 4 Abs. 2 Bst. b und Art. 29^{bis} AHVG)***

Art. 4 Abs. 2 Bst. b

² Der Bundesrat kann von der Beitragsbemessung ausnehmen:

b. das nach Erreichen des Referenzalters nach Artikel 21 Absatz 1 erzielte Erwerbseinkommen bis zur Höhe des anderthalbfachen Mindestbetrages der Altersrente nach Artikel 34 Absatz 5.

Art. 29^{bis} Allgemeine Bestimmungen für die Rentenberechnung

¹ *Die Berechnung der Rente erfolgt bei Erreichen des Referenzalters.*

² *Für die Rentenberechnung werden Beitragsjahre, Erwerbseinkommen sowie Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften der rentenberechtigten Person zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles (Referenzalter oder Tod) berücksichtigt.*

³ *Hat die anspruchsberechtigte Person nach Erreichen des Referenzalters AHV-Beiträge entrichtet, so kann sie einmal eine neue Berechnung ihrer Rente verlangen. Bei der Neuberechnung werden die Erwerbseinkommen berücksichtigt, welche die anspruchsberechtigte Person während der zusätzlichen Beitragsdauer erzielt und auf denen sie Beiträge entrichtet hat. Nach Erreichen des Referenzalters entrichtete Beiträge begründen keinen Anspruch auf eine Rente.*

⁴ *Beitragslücken können geschlossen werden mit den Beiträgen, die die anspruchsberechtigte Person zwischen dem Erreichen des Referenzalters und fünf Jahre danach einzahlt, wenn sie in dieser Zeit:*

a. jährlich den Mindestbeitrag einbezahlt; und

b. ein Einkommen erzielt, das mindestens 40 Prozent des ungeteilten Erwerbseinkommens entspricht, das in der Periode nach Absatz 2 durchschnittlich erzielt wurde.

⁵ *Der Bundesrat regelt die Anrechnung:*

a. der Beitragsmonate im Jahr der Entstehung des Rentenanspruchs;

b. der Beitragszeiten vor dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres;

c. der Zusatzjahre; und

d. der nach dem Referenzalter zurückgelegten Beitragszeiten.

Der SVV schlägt eine Erhöhung des Freibetrages für das nach Erreichen des Referenzalters erzielte Erwerbseinkommen vor.

Mit der Beseitigung negativer steuerlicher Effekte im Zusammenhang mit dem nach Erreichen des Referenzalters erzielten Erwerbseinkommen oder dessen steuerliche Begünstigung könnten stärkere Anreize für die Weiterarbeit gesetzt werden.

Zusatzfinanzierung für die AHV

(Art. 130 Abs. 3^{ter} und 3^{quater} BV)

Art. 130 Abs. 3^{ter} und 3^{quater}

^{3^{ter}} *Zur Sicherung der Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung erhöht der Bundesrat die Sätze der Mehrwertsteuer um 1,5 Prozentpunkte.*

^{3^{quater}} *Der Ertrag aus der Erhöhung nach Absatz 3^{ter} wird vollumfänglich dem Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung zugewiesen.*

Der SVV erachtet eine Mehrwertsteuererhöhung um 0,6 Prozentpunkte als angemessen.

Sollte das Stimmvolk die Steuerreform und die AHV-Finanzierung in einer Referendumsabstimmung annehmen, reduziert sich die Mehrwertsteuererhöhung auf 0,3 Prozentpunkte.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist zwingend mit der Erhöhung des Referenzrentenalters der Frauen zu verknüpfen.

***Bestimmungen betreffend die berufliche Vorsorge
(Art. 13, 13a, 13b, 13c, 17, 21, 49 und 79b BVG sowie Art. 8 Abs. 3 FZG)***

Art. 13 Referenzalter, Alter für den Vorbezug und den Aufschub

¹ *Das Referenzalter der beruflichen Vorsorge entspricht dem Referenzalter nach Artikel 21 Absatz 1 AHVG.*

² *Die versicherte Person kann die Altersleistung ab dem vollendeten 62. Altersjahr vorbezahlen und bis zur Vollendung des 70. Altersjahres aufschieben.*

³ *Die Vorsorgeeinrichtungen können innerhalb der in Artikel 1 Absatz 3 festgelegten Grenzen ein tieferes Alter für den Leistungsbezug vorsehen.*

Art. 13a Teilbezug der Altersleistung

¹ *Die versicherte Person kann die Altersleistung als Rente abgestuft in bis zu drei Schritten beziehen. Die Vorsorgeeinrichtung kann mehr Schritte zulassen.*

² *Der Bezug der Altersleistung in Kapitalform ist in höchstens drei Schritten zulässig. Dies gilt auch, wenn der bei einem Arbeitgeber erzielte Lohn bei mehreren Vorsorgeeinrichtungen versichert ist.*

Der SVV beantragt die Streichung der Bestimmung in Art. 13a Abs. 2 VE-BVG sowie folgende Neuformulierung der Regelung des Teilbezuges der Altersleistung:

Art. 13a Teilbezug der Altersleistung

Die versicherte Person kann die Altersleistung abgestuft in bis zu drei Schritten beziehen. Die Vorsorgeeinrichtung kann mehr Schritte zulassen.

Gemäss den Erläuterungen handelt es sich bei Art. 13a Abs. 2 VE-BVG um eine Norm, welche eine ausschliesslich steuerrechtliche Zielsetzung zum Gegenstand hat und darauf abzielt, die Anzahl der Kapitalbezüge zwecks Vermeidung unerwünschter Progressionsbrüche auf insgesamt drei zu beschränken. Diesbezüglich weist der SVV darauf hin, dass für eine solche steuerrechtliche Regulierung im BVG grundsätzlich kein Bedarf besteht. Die Steuerbehörden verfügen in der Praxis bereits über ausreichende Instrumente, um allfällige Progressionsbrüche als Missbrauchsfälle zu ahnden.

Sollte der Gesetzgeber an einer Legiferierung der Steuerthematik – entgegen den Empfehlungen des SVV – dennoch festhalten, wäre die Bestimmung entsprechend zu konkretisieren, um möglichen Unsicherheiten in Bezug auf die Auslegung der Gesetzesbestimmung wirksam entgegenzutreten. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere folgende Frage: Was ist unter dem Begriff «Schritt» i.S.v. Art. 13a Abs. 2 VE-BVG zu verstehen?

Bei der Ergründung der obigen Fragestellung ist zu berücksichtigen, dass die Verhinderung steuerlicher «Umgehungen» nicht dazu führen darf, «normale» Pensionierungsvorgänge einzuschränken. Insbesondere sollte bei einer Vorsorgekonstellation mit zwei (oder mehr) Vorsorgeeinrichtungen bzw. -verhältnissen die Durchführung einer («einheitlichen») Pensionierung mit Leistungen in Kapitalform nicht verhindert werden, was durch den vorliegenden Gesetzesentwurf jedoch drohen würde.

In einkommenssteuerrechtlicher Hinsicht werden sämtliche Kapitalbezüge, welche innert eines Kalenderjahres erfolgen, progressionswirksam zusammengerechnet. Insofern ist die Anzahl der Kapitalbezüge innerhalb eines Kalenderjahres einkommenssteuerrechtlich unerheblich. Es spielt aus steuerlicher Sicht somit keine Rolle, ob innerhalb desselben Kalenderjahres zwei Pensionierungsvorgänge mit entsprechendem Kapitalbezug aus verschiedenen Vorsorgeverhältnissen erfolgen, oder aber lediglich einer. Stets werden sämtliche Kapitalbezüge im jeweiligen Kalenderjahr aufsummiert und zum massgebenden Steuersatz, zum Satz für die Summe aller in diesem Kalenderjahr fälligen Kapitalleistungen, besteuert.

Ausgehend von diesem steuerrechtlichen Verständnis der «Kapitalleistungsbesteuerung», welche der Bundesrat als Regulierungsziel betrachtet, muss unter dem Ausdruck «Schritt» i.S.v. Art. 13a Abs. 2 VE-BVG die Anzahl «Steuerjahre» bzw. «Steuerperioden» verstanden werden. Es würde – unter dem Blickwinkel des Regulierungsziels – zu einem falschen Verständnis führen, wenn unter «Schritt» die einzelne Pensionierungshandlung bezogen auf ein einzelnes Vorsorgeverhältnis verstanden würde.

Gemäss vorstehend erläuterten Verständnis des Normzwecks von Art. 13a Abs. 2 VE-BVG erscheint die Formulierung von Satz 2 des Entwurfs problematisch. Danach soll die Beschränkung

des zulässigen, gestaffelten Kapitalbezuges der Altersleistung auf drei Etappen auch dann gelten, wenn der bei einem Arbeitgeber erzielte Lohn bei mehreren Vorsorgeeinrichtungen versichert ist. Mit dieser Bestimmung würden – wie eingangs erwähnt – «ordentliche Pensionierungsvorgänge» beeinträchtigt, indem beispielsweise ein teilweiser Bezug des Alterskapitals aufgrund einer Teilpensionierung bei Vorliegen zweier Vorsorgeverhältnisse beim gleichen Arbeitgeber bereits als zwei «Schritte» i.S.v. Art. 13a Abs. 2 VE-BVG verstanden werden müsste, obschon dieses Vorgehen in steuerrechtlicher Hinsicht als Einheit zu betrachten wäre (da die Bezüge im gleichen Kalenderjahr erfolgen) und für das jeweilige Bezugs- bzw. Kalenderjahr aufsummiert besteuert würde.

Versicherte Personen, welche verschiedene Vorsorgeverhältnisse – beim gleichen Arbeitgeber oder aber bei verschiedenen Arbeitgebern – aufweisen, würden damit gegenüber Versicherten mit einer einzigen, einheitlichen Vorsorgelösung offenkundig benachteiligt, indem ihnen die seitens des Gesetzgebers zugestandenen drei Bezugsschritte nicht uneingeschränkt, mithin im eigentlich beabsichtigten Sinne einer Flexibilisierung des Altersrücktritts ohne missbräuchliche Progressionsbrüche, gewährt würden. Hierfür besteht jedoch kein sachlicher Grund, wenn die Definition der drei «Schritte» i.S.v. Art. 13a Abs. 2 VE-BVG anhand von – in steuerlicher Hinsicht relevanten – Kalenderjahren erfolgt. Satz 2 von Art. 13a Abs. 2 VE-BVG gilt es folglich ersatzlos zu streichen.

Eventualiter schlägt der SVV deshalb folgende Formulierung für Art. 13a Abs. 2 VE-BVG vor:

Art. 13a Teilbezug der Altersleistung

¹ Die versicherte Person kann die Altersleistung als Rente abgestuft in bis zu drei Schritten beziehen. Die Vorsorgeeinrichtung kann mehr Schritte zulassen.

² Bezug der Altersleistung in Kapitalform ist in höchstens drei Schritten zulässig. Ein Schritt umfasst sämtliche Bezüge von Altersleistungen in Kapitalform innerhalb eines Kalenderjahres.

Mit der vorgeschlagenen Formulierung wird das Regulierungsziel, die Beschränkung der Kapitalbezüge auf eine Anzahl Jahre (im konkreten auf drei Bezugsjahre), vollumfänglich erreicht. Zugleich werden die Vorsorgeeinrichtungen nicht zu unangemessenen Eingriffen gezwungen.

Art. 13b Vorbezug der Altersleistung

¹ Der Anteil der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogenen Altersleistung darf den Anteil der Lohnreduktion nicht übersteigen.

² Er muss mindestens 20 Prozent der Altersleistung betragen. Die Vorsorgeeinrichtung kann einen tieferen Mindestanteil zulassen.

³ Fällt der verbleibende Jahreslohn unter den Betrag, der nach Artikel 2 Absatz 1 oder dem Reglement der Vorsorgeeinrichtung für die Versicherung notwendig ist, so ist die ganze Altersleistung zu beziehen; vorbehalten bleibt Artikel 2 Absatz 1^{bis} FZG.

Der SVV stellt den Antrag, Abs. 3 von Art. 13b VE-BVG ersatzlos zu streichen, so dass die Bestimmung folgenden Gehalt aufweist:

Art. 13b Vorbezug der Altersleistung

¹ Der Anteil der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogenen Altersleistung darf den Anteil der Lohnreduktion nicht übersteigen.

² Er muss mindestens 20 Prozent der Altersleistung betragen. Die Vorsorgeeinrichtung kann einen tieferen Mindestanteil zulassen.

Hinsichtlich der Bestimmung in Art. 13b Abs. 3 VE-BVG stellt sich die Frage der Notwendigkeit einer solchen Normierung. Angesichts der bestehenden Regulierung in Art. 2 Abs. 1 BVG, welche die sog. Eintrittsschwelle als Voraussetzung für die berufsvorsorgerechtliche Versicherungspflicht festhält, erscheint eine Wiederholung der erforderlichen Mindesthöhe des versicherbaren Einkommens in Art. 13b Abs. 3 VE-BVG, deren Unterschreitung zu einem Wegfall der Versicherungspflicht und folglich zu einer vorzeitigen Fälligkeit der gesamten Altersleistung führt, obsolet. Sinkt der verbleibende Jahreslohn der versicherten Person unter die Eintrittsschwelle i.S.v. Art. 2 Abs. 1 BVG bzw. die im Reglement der Vorsorgeeinrichtung vorgesehene Untergrenze, fällt sie aus dem Versichertenkreis heraus (Art. 10 Abs. 2 Bst. c BVG), womit ihr unter Vorbehalt von Art. 2 Abs. 1^{bis} FZG (sowie Art. 33a BVG) keine Weiterführung der Vorsorge mehr möglich ist, ihre Altersleistung mithin zwangsläufig fällig wird.

Sollte der Gesetzgeber an der Bestimmung in Art. 13b Abs. 3 VE-BVG dennoch festhalten, wird seitens des SVV darauf hingewiesen, dass es neben der vorbehaltenen Bestimmung in Art. 2 Abs. 1^{bis} FZG auch diejenige in Art. 33a BVG vorzubehalten gilt. Letztere hat die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Verdienstes bis zum ordentlichen reglementarischen Rentenalter zum Gegenstand und hält fest, dass die Vorsorgeeinrichtung in ihrem Reglement vorsehen kann, dass für Versicherte, deren Lohn sich nach dem 58. Altersjahr um höchstens die Hälfte

reduziert, auf Verlangen der versicherten Person die Vorsorge für den bisherigen versicherten Verdienst weitergeführt wird.

Eventualiter schlägt der SVV deshalb folgende Formulierung für Art. 13b VE-BVG vor:

¹ *Der Anteil der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogenen Altersleistung darf den Anteil der Lohnreduktion nicht übersteigen.*

² *Er muss mindestens 20 Prozent der Altersleistung betragen. Die Vorsorgeeinrichtung kann einen tieferen Mindestanteil zulassen.*

³ *Fällt der verbleibende Jahreslohn unter den Betrag, der nach Artikel 2 Absatz 1 oder dem Reglement der Vorsorgeeinrichtung für die Versicherung notwendig ist, so ist die ganze Altersleistung zu beziehen; vorbehalten bleiben Artikel 2 Absatz 1^{bis} FZG sowie Artikel 33a BVG.*

Art. 13c Aufschiebung des Bezugs der Altersleistung

¹ *Die nach dem Erreichen des reglementarischen Referenzalters aufgeschobene Altersleistung darf die aufgrund des weiterhin erzielten Lohns maximale reglementarische Altersleistung nicht übersteigen.*

² *Die Vorsorgeeinrichtung kann im Reglement vorsehen, dass sie für die Berechnung der maximal aufschiebbaren Altersleistung auf den Beschäftigungsgrad abstellt.*

Im heutigen Erwerbsumfeld sind dynamische Arbeits- und Lohnmodelle über alle Branchen und Mitarbeiterstufen hinweg weit verbreitet. Die mit solchen Modellen verbundenen Lohnschwankungen (verursacht durch variable Elemente) widerspiegeln sich auch im versicherten Lohn, der grösseren oder kleineren Fluktuationen ausgesetzt ist. Diesem Umstand ist entsprechend Rechnung zu tragen. Andernfalls können selbst kleinste Lohnänderungen zu einer «Zwangsfälligkeit» des exzedenten Teils des Altersguthabens führen. Auch bei Personen, welche aufgrund eines Funktionswechsels eine Lohneinbusse hinnehmen müssen (bei gleichbleibendem Beschäftigungsgrad), würde unter Umständen ein Teil des Altersguthabens fällig werden. Diese Problematik soll mit folgendem Beispiel illustriert werden:

Eine versicherte Person übernimmt mit 65 Jahren eine neue Funktion im Betrieb, was mit einer Lohnreduktion von 20 Prozent einhergeht. Ihr Arbeitspensum bleibt bei 100 Prozent bestehen. Beim Fehlen einer Vorsorgelücke würde ihr Altersguthaben – mangels einer Aufschubsmöglichkeit – im Umfang von 20 Prozent zur Auszahlung fällig. Obwohl die versicherte Person weiterhin eine volle Erwerbstätigkeit ausübt, würde sie faktisch zu einer Teilpensionierung gezwungen, wofür keine sachlichen Gründe ersichtlich sind.

Die Regulierung in Art. 13c VE-BVG lässt zwei verschiedene Systeme für die Bestimmung der aufschiebenden Altersleistung zu; so kann dies gestützt auf den «weiterhin erzielten Lohn» (Abs. 1) oder aber den «verbleibenden Beschäftigungsgrad» (Abs. 2) erfolgen. Würde die Bestimmung in Art. 13c Abs. 2 VE-BVG – wie im Rahmen der gescheiterten Reform der Altersvorsorge 2020 ursprünglich auf Verordnungsebene vorgesehen – dahin gehend konkretisiert, dass auch bei einem Abstellen auf den Beschäftigungsgrad der versicherten Person lediglich der Betrag gemäss Art. 13c Abs. 1 VE-BVG aufgeschoben werden darf, würde dadurch das Ziel, bei gleichbleibendem Beschäftigungsgrad keine Zwangsfälligkeiten von Altersguthaben hervorzurufen, untergraben werden. Eine solche Widersprüchlichkeit der Regulierung gilt es im Rahmen der derzeitigen Reformbestrebungen (AHV 21) zu vermeiden.

Aus Gründen der Verhältnismässigkeit sollte der Gesetzgeber eine «de-minimis-Schwelle» definieren. Erst bei einer Überschreitung dieser Schwelle tritt die Fälligkeit der Altersleistungen im Umfange der Lohnreduktion ein (vgl. nachfolgend Art. 13c Abs. 1 VE-BVG).

Zudem soll nach Ansicht des SVV unmissverständlich festgehalten werden, dass bei einer Weiterführung der Erwerbstätigkeit im bisherigen Umfang (keine Reduktion des Beschäftigungsgrades) die gesamte Altersleistung aufgeschoben werden kann. Dies ungeachtet der Höhe des weiterhin erzielten Lohnes (vgl. nachfolgend Art. 13c Abs. 2 VE-BVG).

Der SVV spricht sich deshalb für die Einführung folgender Gesetzesbestimmung im BVG aus:

Art. 13c Aufschub des Bezugs der Altersleistung

¹ Die nach dem Erreichen des reglementarischen Referenzalters aufgeschobene Altersleistung darf die aufgrund des weiterhin erzielten Lohns maximale reglementarische Altersleistung um höchstens 20 Prozent übersteigen.

² Die Vorsorgeeinrichtung kann im Reglement vorsehen, dass Personen, welche ihre bisherige Erwerbstätigkeit über das reglementarische Referenzalter mit einem unveränderten Beschäftigungsgrad ausüben, die gesamte Altersleistung aufschieben können.

³ Die Vorsorgeeinrichtung kann im Reglement vorsehen, dass sie für die Berechnung der maximal aufschiebenden Altersleistung statt auf den weiterhin erzielten Lohn auf den verbleibenden Beschäftigungsgrad abstellt.

Art. 17 Abs. 1 zweiter Satz

¹ ... Für die Kinderrente gelten die gleichen Berechnungsregeln wie für die Altersrente.

Art. 21 Abs. 1

¹ Beim Tod einer versicherten Person beträgt die Witwen- oder Witwerrente 60 Prozent, die Waisenrente 20 Prozent der vollen Invalidenrente oder der Altersrente, auf die versicherte Person Anspruch gehabt hätte.

Art. 49 Abs. 2 Ziff. 2

² Gewährt eine Vorsorgeeinrichtung mehr als die Mindestleistungen, so gelten für die weitergehende Vorsorge nur die Vorschriften über:

2. den Bezug der Altersleistung (Art. 13 Abs. 2, Art. 13a–13c),

Art. 79b Abs. 2

² Der Bundesrat regelt den Einkauf von Personen, die:

a. bis zum Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangen, noch nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben;

b. eine Leistung der beruflichen Vorsorge beziehen oder bezogen haben.

Zu Art. 17, 21, 49 und 79b BVG hat der SVV keine besonderen Bemerkungen.

Art. 8 Abs. 3 FZG

³ Im Freizügigkeitsfall muss die Vorsorgeeinrichtung bei Personen, die eine Altersleistung beziehen oder bezogen haben oder eine Rente infolge Teilinvalidität beziehen, jeder neuen Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung die Informationen über den Bezug der Alters- und Invalidenleistungen geben, die notwendig sind für:

a. die Berechnung der Einkaufsmöglichkeiten oder des obligatorisch zu versichernden Lohns; und

b. die Beachtung der Höchstzahl der Bezüge in Kapitalform (Art. 13a Abs. 2 BVG).

Da der primäre Vorschlag des SVV zu Art. 13a Abs. 2 VE-BVG auf Streichung lautet, und eine Neuformulierung lediglich im Eventualstandpunkt vorgeschlagen wird, ist die Bestimmung in Art. 8 Abs. 3 Bst. b VE-FZG ersatzlos zu streichen:

Art. 8 Abs. 3 FZG

³ Im Freizügigkeitsfall muss die Vorsorgeeinrichtung bei Personen, die eine Altersleistung beziehen oder bezogen haben oder eine Rente infolge Teilinvalidität beziehen, jeder neuen Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung die Informationen über den Bezug der Alters- und Invalidenleistungen geben, die für die Berechnung der Einkaufsmöglichkeiten oder des obligatorisch zu versichernden Lohns notwendig sind.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen zu unserer Vernehmlassungsantwort selbstverständlich gerne zur Verfügung

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Versicherungsverband SVV



Urs Arbter
Leiter Ressort Versicherungspolitik und Regulierung



Adrian Gröbli
Leiter Bereich Lebensversicherung

Stiftung Auffangeinrichtung BVG

Direktion



Postfach 8468, 8036 Zürich

Per E-Mail an emina.alisic@bsv.admin.ch
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Stiftung Auffangeinrichtung BVG
Direktion
Weststrasse 50
Postfach
8036 Zürich
+41 41 799 75 75 (Tel)
+41 44 468 22 98 (Fax)
www.chaeis.ch
POFICHBEXXX (SWIFT)
CH25 0900 0000 3017 0878 7 (IBAN)
Urs Müller
044 468 23 85
urs.mueller@aeis.ch

Zürich, 19. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Alisic

Wir danken Ihnen im Namen der Geschäftsleistung für die Möglichkeit, uns zum Vorhaben Stabilisierung der AHV (AHV 21) vernehmen zu lassen.

Die Stiftung Auffangeinrichtung begrüsst die Vorlage. Sowohl die Harmonisierung der Rentenalter als auch die Flexibilisierung des Rentenbezugs sind angezeigt und adäquat geregelt.

Freundliche Grüsse

Stiftung Auffangeinrichtung BVG
Direktion

Marc Gamba
Geschäftsleiter

Urs Müller
Leiter Recht & Compliance

Alisic Emina BSV

Von: Gubinelli Oriana <o.gubinelli@konsumentenschutz.ch>
Gesendet: Donnerstag, 9. August 2018 15:29
An: Alisic Emina BSV
Betreff: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Anhörung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme betreffend oben genannte Anhörung.

Leider hat die Stiftung für Konsumentenschutz momentan keine Kapazitäten, um eine Stellungnahme zu schreiben.

Vielen Dank für Ihr Verständnis!

Freundliche Grüsse

Oriana Gubinelli
Leiterin Beratung

Freitag abwesend

Stiftung für Konsumentenschutz
Monbijoustrasse 61, Postfach
3001 Bern
Tel. +41 31 370 24 24
o.gubinelli@konsumentenschutz.ch
www.konsumentenschutz.ch

In der Schweiz finanzieren die Konsumenten den Konsumentenschutz.

Als Gönnerinnen und Förderer verhelfen sie ihm zu immer mehr Schlagkraft und zu Unabhängigkeit von Herstellern, Händlern und der Politik. Stärken auch Sie den Konsumentenschutz: [Jetzt Gönner werden!](#)

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL
Effingerstrasse 20
CH – 3003 Bern

Basel, 12. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21): Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir machen nachfolgend gerne von der Gelegenheit Gebrauch, zur Vernehmlassungsvorlage AHV 21 Stellung zu nehmen.

Als Verein, der die Interessen der Freizügigkeitsstiftungen und Säule 3a Einrichtungen vertritt, werden wir uns nachfolgend auf Aspekte konzentrieren, die diese Stiftungen tangieren können und uns zum Kern der Reform nicht weiter äussern.

Erhöhung Referenzalter der Frau auf 65

Der VVS **begrüss**t ein einheitliches Referenzalter. Eine Erhöhung des Referenzalters der Frau auf 65 hat sowohl bei der Freizügigkeitsstiftung als auch bei der 3. Säule Auswirkungen. Wichtig erscheint dem VVS, dass die Erhöhung in möglichst wenig Schritten erfolgt (im Idealfall sogar in einem Schritt), da ansonsten während der Übergangsfrist die Unsicherheit bei Kunden und Stiftungen gross sein könnte, bis wann eine Frau jeweils ihre 3a Beiträge einzahlen kann. Der VVS befürchtet, dass Teilschritte zu zusätzlichem Aufwand und Reklamationen von Kundinnen führen könnte, was dem Vorsorgesystem abträglich ist.

Im Sinne einer flankierenden Massnahme könnte für die Jahrgänge 1957 bis 1960 eine Erweiterung der Einzahlungsmöglichkeiten in die Säule 3a vorgesehen werden (z. B. Einzahlungen für Frauen ohne PK-Anschluss da nicht mehr erwerbstätig – unabhängig davon, ob die Arbeitslosigkeit bewusst gewählt wurde oder unverschuldet ist). Dies würde die Vorsorgesituation der Frau gezielt stärken.

Flexibilisierung des Rentenbezug sowie Koordination zwischen AHV und berufliche Vorsorge

Im Drei-Säulen-System ist die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu harmonisieren. So können bei Erreichen des Referenzalters (resp. 5 Jahre davor) Teilbezüge erfolgen, ohne

dass das gesamte Vorsorgevermögen (3. Säule und Freizügigkeit) zurückgezogen werden muss. Heute ist dies nur möglich, sofern das Kapital auf verschiedenen Konten verteilt ist. Was zum Nachteil von Vorsorgenehmern ist, die lediglich über ein 3. Säule Konto oder ein Freizügigkeitskonto verfügen.

Berücksichtigung der nach dem Referenzalter bezahlten AHV-Beiträge

Der VVS **begrüssst** jegliche Massnahme, die dazu dient, die allfälligen Vorsorgelücken schliessen zu können. In diesem Zusammenhang propagiert der VVS die Schaffung einer Einkaufsmöglichkeit im Bereich der 3. Säule. Er bittet, beim Schliessen der Vorsorgelücken auch die 3. Säule zu berücksichtigen.

Änderungen im FZG (Art. 8 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 79b Abs. 2 E-BVG)

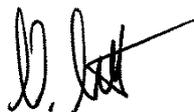
Auch wenn der VVS das Ansinnen nachvollziehen kann, möchte er betonen, dass bereits heute konkrete Risiken bestehen von unvollständigen Informationen bei Überweisungen von Freizügigkeitsleistungen von Pensionskassen zu Freizügigkeitsstiftungen und zurück. Dies kann beispielsweise begründet sein durch inkonsequente Aufteilung der Informationen bei Überweisung des Guthabens an zwei Freizügigkeitsstiftungen. Auch können Informationen verloren gehen, wenn ein Vorsorgenehmer ein Freizügigkeitskonto saldiert und über zehn Jahre später wieder bei einer Pensionskasse versichert wäre. Aufgrund der gesetzlichen Regelung bestehen die Informationen bei der Freizügigkeitsstiftung nicht (Art. 27j Abs. 1 BVV 2). Da der Vorsorgenehmer jedoch der Interessenträger an einer möglichst hohen Altersleistung ist, ist dieser in jedem Fall dazu zu verpflichten, einen entsprechenden Nachweis von allfälligen Vorbezügen zu erbringen.

In diesem Sinn beantragt der VVS folgende Anpassungen:

1. Erhöhung des Referenzalters der Frau auf 65 in einem Schritt
2. Altersbedingte Teilbezüge aus dem Freizügigkeitskonto und Säule 3a Konto
3. Bei der Schliessung von Vorsorgelücken auch die 3. Säule zu berücksichtigen
4. Verpflichtung des Vorsorgenehmers als Informationslieferant nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren nach Kontosalidierung.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Nils Aggett
Präsident



Robert-Jan Bumbacher
Geschäftsführer

VASOS FARES

Vereinigung aktiver Senioren- und
Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz, 3000 Bern
Fédération des Associations des
retraités et de l'entraide en Suisse, 3000 Berne
Federazione associazioni dei
pensionati e d'autoaiuto in Svizzera, 3000 Berna

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsstelle AHV, berufliche Vorsorge und EL
zu Hd. von Emina Alisic (emina.alisic@bsv.admin.ch)

3003 Bern

Bern, 3. Sptember 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne wahrnehmen

1. Allgemeine Bemerkungen

- Die VASOS weist darauf hin, dass die Verfassung in Artikel 112 2/b (AHV) festlegt, dass «Die Renten haben den Existenzbedarf zu decken». Die zur Diskussion stehende Vorlage zur AHV verpasst mit ihren zu niedrigen Rentenanpassungen weiterhin die verfassungskonforme Vorgabe, dass bei Bezug der Rente der Lebensstandard erhalten bleiben soll. Bereits heute leben gut 20% der Rentenbeziehenden in Armut.
- Der Index der Konsumentenpreise gilt als Grundlage für die Berechnung der Teuerung (Inflation), beinhaltet aber nicht die Preise für Krankenkasse und Miete. Aber gerade diese beiden Elemente belasten die Haushaltbudgets der Menschen stark, steigen doch die Prämien für die Krankenkassen wie auch die Mieten überdurchschnittlich an. Dazu sind diese beiden Elemente für die einzelnen Personen nicht ohne weiteres beeinflussbar. Personen, die hauptsächlich von der AHV leben müssen (v.a. Teilzeitarbeitende, Personen im Tieflohnsektor) sind daher bereits bei Beginn des Rentenbezugs auf Ergänzungsleistungen angewiesen und stehen am Anfang der Verarmung. Dies führt zu unerfreulichen Sparmassnahmen bei diesen Personen, die sich später wieder in einem erhöhten Bedarf an Gesundheitsleistungen (zB. Pflege aufgrund von Mangelernährung, Vernachlässigung von Erhaltung der persönlichen Gesundheit) auswirken können.
- Für die Rentensicherung liegt das Problem weitgehend beim BVG. Der Umwandlungssatz wird immer weiter reduziert, was zu einer erschreckenden Kürzung der Beiträge führt.

4. Finanzierung

- Um das Ziel, - gemäss Botschaft - die AHV finanziell abzusichern, zumindest bis zum Jahre 2030, werden die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Lohnprozente bei den Erwerbstätigen vorgesehen. Der Bundesbeitrag soll auf bestehendem Niveau weiter bestehen. Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei die Belastung bei Jung und Alt besser aufgeteilt, so ein Argument zugunsten der MwSt.-Erhöhung.
- Wir unterstützen den Vorschlag, dass Lohnprozente und MwSt erhöht werden, um die Finanzen der AHV zu sichern
- Ebenso sehen wir den Beitrag des Bundes noch nicht am Ende der Fahnenstange: mit einer Erhöhung des Bundesbeitrages auf 21% wäre ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der AHV getan.

5. Grundsätzliche, zusammenfassende Würdigung des Vorentwurfes AHV 21

Die Lösung, eine volkswirtschaftlich tragbare Rente, aufbauend auf dem traditionellen Rentenbildungsweg in der Schweiz (3-Säulen – Modell) zu finden zeigt sich je länger je schwieriger. Und je mehr Zeit verfliesst, umso höher werden die nach heutigen Standards berechneten Kosten. Diese hohen Kosten alleine der demografischen Entwicklung der Bevölkerung zuzuschreiben, erscheint uns etwas kurzsichtig.

Einerseits erachten wir es als Gewinn, dass durch bessere Lebensbedingungen und durch die gute medizinische Versorgung viele Menschen ein höheres Alter erreichen. Andererseits betrachten wir diese nur als einen Kostenfaktor, der unseren Lebensstandard zu mindern droht.

Um die Zukunft eines würdigen Lebens aller Pensionierten bzw. aller Rentenbeziehenden langfristig zu sichern, brauchen wir die Abkehr vom heutigen halb öffentlich-rechtlichen Weg (AHV), gekoppelt mit privaten Versicherungen (BVG), hin zu einer Volkspension ohne gewinnschöpfende Privatbeteiligungen von Versicherungsgesellschaften. Eine solche Volkspension käme auf tiefere Verwaltungs- und Betriebskosten und könnte somit höhere, verfassungskonforme Renten ausschütten.

Höhere Renten um in der nach wie vor reichen Schweiz endlich ein reiches Leben, ob gut oder arm, in Würde beenden zu können.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen
VASOS, Co-Präsidium



Bea Heim, NR



i.v. Jacques Morel

2. Referenzalter 65:

- Die Erhöhung des Referenzalters für den Rentenbezug auf 65 Jahre bei den Frauen ist nicht akzeptierbar. Allerdings sind die dafür angegebenen Ausgleichsmassnahmen zu wenig weitgehend.
- Weiter ist eine Erhöhung des Frauenrentenalters nur ins Auge zu fassen, wenn endlich die schon lange in der Verfassung festgehaltene Lohngleichheit umgesetzt ist.
- Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob überhaupt Arbeitsplätze bis zum Referenzalter 65 für Frauen vorhanden sind. Bisher sträubt sich die Wirtschaft relativ konsequent, Arbeitskräften über 55 Jahren ausreichend Stellen anzubieten (Stellen notabene, die einerseits den Qualifikationen der Menschen entsprechend und die den Arbeitenden einen Lohn erbringen, der zur Bestreitung des Lebenserhalts genügt und damit auch zu einer effektiven Rentenbildung beiträgt). Zurzeit fehlen gut 120'000 Arbeitsplätze für ältere Mitarbeitende. Die Arbeitgeber sollen auch die ältere Menschen mit Weiterbildungsmaßnahmen fördern, damit diese, den im Wandel begriffenen Arbeitsanforderungen weiterhin gewachsen sind,
- Ein wichtiges Argument gegen Referenzalter 65 bei den Frauen bildet auch die ungleiche Entlohnung für die gleiche Arbeit bei gleichwertiger Erfahrung und Bildung. Dieses Argument ist auch nach jahrzehntelanger fruchtloser politischer Diskussion nicht gelöst. Um mit Gleichheit zu argumentieren, wie dies (unter Männern) bei den Pflichten wie Militärdienst oder eben Referenzalter zum Rentenbezug geschieht, braucht es auch Gleichheit bei den Dienstleistungen, die grossmehrheitlich von Frauen erbracht werden, wie freiwillige Care-Arbeit, Betreuungsarbeit, Arbeiten im -unerlässlichen- Hilfs pflegerischen Medizinal Bereich. Die Betreuungsgutschriften sollten auch den freiwilligen Helfer der Rentnerinnen-Bezüger angerechnet werden. Es ist nach wie vor erstaunlich, dass diese Arbeiten mit einem enormen volkswirtschaftlichen Wert nicht oder nur mit eingeschränkten Betreuungsgutschriften entschädigt oder gerechnet werden.
- Zu begrüssen ist die vorteilhaftere Rentenformel. Allerdings setzt der «Verbesserungsknick» erst bei einem Einkommen nach 14'100 ein. Unserer Meinung nach sollte der Knick diese Einkommenskategorie erst recht beinhalten, da gerade die Menschen mit den tiefsten Einkommen konstant an der Armutsgrenze leben.

3. Flexibilisierung des Rentenbezugs bei der AHV

- Der flexibilisierte Rentenbezug – zwischen 62 und 70 Jahren – ist grundsätzlich begrüssenswert. Vor allem, dass die nun über das Referenzalter hinaus gearbeiteten Jahre bzw. die damit erschaffenen Beiträge dazu dienen können, entweder die anstehende Rente aufzubessern oder Lücken aus früheren Jahren auszugleichen. Allerdings ist nur das die 1'400 Franken übersteigende monatliche Einkommen beitragspflichtig.
- Die Rentenkürzungssätze für den Vorbezug ab 62 Jahren betrachten wir als zu hoch. Da sich nur Arbeitende mit mittleren bis höheren Gehältern eine solche Einbusse auf die ganze Rentenbezugsdauer leisten können, sind diese Kürzungssätze, je tiefer das Einkommen ist, abzustufen oder ganz wegzulassen und nicht an den Jahren des Vorbezugs auszurichten.
- Die Übergangsfristen betrachten wir als zu kurz, um eine effektive Abfederung der Erhöhung des Referenzalters auszugleichen.

4. Finanzierung

- Um das Ziel, - gemäss Botschaft - die AHV finanziell abzusichern, zumindest bis zum Jahre 2030, werden die Erhöhung von Mehrwertsteuer und Lohnprozente bei den Erwerbstätigen vorgesehen. Der Bundesbeitrag soll auf bestehendem Niveau weiter bestehen. Durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer sei die Belastung bei Jung und Alt besser aufgeteilt, so ein Argument zugunsten der MwSt.-Erhöhung.
- Wir unterstützen den Vorschlag, dass Lohnprozente und MwSt erhöht werden, um die Finanzen der AHV zu sichern
- Ebenso sehen wir den Beitrag des Bundes noch nicht am Ende der Fahnenstange: mit einer Erhöhung des Bundesbeitrages auf 21% wäre ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der AHV getan.

5. Grundsätzliche, zusammenfassende Würdigung des Vorentwurfes AHV 21

Die Lösung, eine volkswirtschaftlich tragbare Rente, aufbauend auf dem traditionellen Rentenbildungsweg in der Schweiz (3-Säulen – Modell) zu finden zeigt sich je länger je schwieriger. Und je mehr Zeit verfliesst, umso höher werden die nach heutigen Standards berechneten Kosten. Diese hohen Kosten alleine der demografischen Entwicklung der Bevölkerung zuzuschreiben, erscheint uns etwas kurzsichtig.

Einerseits erachten wir es als Gewinn, dass durch bessere Lebensbedingungen und durch die gute medizinische Versorgung viele Menschen ein höheres Alter erreichen. Andererseits betrachten wir diese nur als einen Kostenfaktor, der unseren Lebensstandard zu mindern droht.

Um die Zukunft eines würdigen Lebens aller Pensionierten bzw. aller Rentenbeziehenden langfristig zu sichern, brauchen wir die Abkehr vom heutigen halb öffentlich-rechtlichen Weg (AHV), gekoppelt mit privaten Versicherungen (BVG), hin zu einer Volkspension ohne gewinnerschöpfende Privatbeteiligungen von Versicherungsgesellschaften. Eine solche Volkspension käme auf tiefere Verwaltungs- und Betriebskosten und könnte somit höhere, verfassungskonforme Renten ausschütten.

Höhere Renten um in der nach wie vor reichen Schweiz endlich ein reiches Leben, ob gut oder arm, in Würde beenden zu können.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen
VASOS, Co-Präsidium



Bea Heim, NR



i.v. Jacques Morel



Einschreiben

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Eich / Luzern, 14. Oktober 2018

Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung

Vernehmlassung des Vereins Aktive Senioren Luzern AHV 21

Eingabefrist 17. Oktober 2018

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset
Sehr geehrte Damen und Herren des Eidgenössischen Departements des Innern EDI,
Abteilung Soziales

Präambel

Verein Aktive Senioren Kanton Luzern:

Unter dem Namen „Aktive Senioren Luzern“ besteht ein Verein im Sinne von Art. 60 ff. ZGB mit Sitz in Eich. Zweck des Verbandes ist es, die Lebensqualität, die Interessen und die Würde der älteren Menschen zu wahren und zu fördern. Der Verein setzt sich für die Anliegen und Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren ein. Ebenso engagiert er sich für eine massvolle Steuerpolitik, eine tiefe Staatsquote und eine konsequent auf Sparen ausgerichtete Finanzpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden.

Der Verein Aktive Senioren Kanton Luzern ist zugleich Mitglied im Schweizerische Verband für Seniorenfragen SVS, welcher folgend im Schweizer Seniorenrat SSR vertreten ist.

Vernehmlassung

Nach eingehender Prüfung des Entwurfes über die Stabilisierung der AHV (AHV 21) nimmt der Verein Aktive Senioren des Kantons Luzern wie folgt Stellung:

Vorgehen:

Alle Artikel, welche wir hier nicht erwähnen sind aus unserer Sicht in Ordnung.
Zu folgenden nachstehenden Artikeln nehmen wir wie folgt Stellung:

Sekretariat Aktive Senioren Luzern
Jörg Conrad.
Stirnütistrasse 50
6048 Horw
Phone: +41 41 340 15 74
Mobil: +41 78 773 20 26
conrad@musiccircle.ch

Präsident Aktive Senioren Luzern
Hans Jörg Hauser
Eichenweg 4A
6205 Eich
Phone: +41 41 461 06 66
Mobil: +41 79 251 15 90
hjhhauser@bluewin.ch

www.aktive-senioren-luzern.ch

Art. 4, Abs 2 Bst b

Dieser Artikel ist sehr unverständlich und unklar. Bitte neu formulieren, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger die Absicht des Artikels verstehen.

Art. 5, Abs. 3 Bst. b

„3 Als massgebender Lohn für mitarbeitende Familienmitglieder gilt nur der Barlohn“
Barlohn streichen und durch Nettolohn bezeichnen.

Art 29 quinquies, Abs. 3 und 4 Bst. a

In der heutigen Zeit ist es vollkommen falsch, noch von einer Teilung der gegenseitigen Anrechnung zu sprechen. Wir haben so viele Ehepaare, resp. Familien, in welchen beide, Mann und Frau arbeiten, um den Lebensunterhalt zu sichern. Diese Haltung ist antiquiert und muss abgeschafft werden.

Gestatten Sie uns Art. 8, Rechtsgleichheit der Schweiz. Bundesverfassung zu zitieren:

Art. 8 Rechtsgleichheit

¹Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

²Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.

³Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die bisherige Fassung und der neue Vorschlag im Entwurf zur AHV 21 widerspricht in vielen Punkten dem oben aufgeführten Artikel 8, Rechtsgleichheit, der Schweiz. Bundesverfassung.

Die Heiratsstrafe darf nicht dazu dienen, dass nur je zur Hälfte der beiden Ehegatten das gemeinsame Einkommen angerechnet wird. Artikel 8, Abs 3 der Bundesverfassung sagt klar aus, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind. Dies gilt auch ausnahmslos für die AHV und der dazugehörigen Berechnungen und Zahlungen.

Art. 35, Abs 1

Hier gilt der gleiche Kommentar, wie unter Art. 29 etc.

1 Die Summe der beiden Renten eines Ehepaars beträgt maximal 150 Prozent.

Jede Person zahlt ihr ganzes Leben lang für sich AHV, für ihre geleistete Arbeit. Somit hat jede Person Anspruch auf ihre persönliche Rente ohne allfällige Kürzungen wegen Heirat oder sonstigen Einschränkungen.

Wir sind in der Schweiz heute in der Situation, dass immer mehr beide Ehepartner einer Arbeit nachgehen, damit sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Wie schon im vorherigen Artikel 29 erwähnt, rechtfertigt sich es schon aus gesetzlichen Gründen nicht mehr, bei der AHV das erwirtschaftete Arbeitsgehalt eines Ehepaars um 50% zu kürzen. Es scheint uns zwingend, dass auch ein Ehepaar 200% AHV-Rente in Anspruch nehmen darf.

Eine Übergangslösung soll dafür sorgen, dass durch die Neuregelung in allen Fällen die soziale Gerechtigkeit gewahrt bleibt. Bisherige Renten der AHV dürfen keinesfalls abgeschafft, schlechter gestellt oder gekürzt werden.

Art. 39, Abs. 4

... Er überprüft die Erhöhungsfaktoren mindestens alle 10 Jahre.

In der heute so schnelllebigen und digitalen Zeit ist es nicht mehr zeitgemäss, die Erhöhungsfaktoren alle 10 Jahre zu überprüfen. Die Überprüfung müsste mindestens alle 5 Jahre vollzogen werden.

Art. 40, Abs 1

Es hört sich widersprüchlich an, dass ab dem 62. Altersjahr die ganze Rente oder ein Teil zwischen 20 und 80 Prozent bezogen werden kann. Entweder kann ab dem 62. Altersjahr die volle zustehende Rente bezogen werden, oder die betroffene Person kann selbst darüber bestimmen, welche Rente, gemessen an den finanziellen Möglichkeiten und Berechnungen sich ergibt.

Art. 40a, Abs. 2

.. Verfahren. Er überprüft die Kürzungsansätze mindestens alle 10 Jahre.

Auch hier müssten, wie in Art 39, Abs. 4, schon begründet, die Kürzungsansätze **alle 5 Jahre** überprüft werden.

Art. 44 Abs. 2

Rentenauszahlungen, in welcher Grössenordnung auch immer, sollten monatlich, nicht jährlich ausbezahlt werden. Es gibt allzu viele Personen, die mit Geld nicht unbedingt umgehen können, sodass monatliche Zahlungen aus schützenswerten Gründen vorzuziehen sind.

Art. 64 Abs. 2bis

Aus unserer Sicht sollte das Parlament die Altersgrenze festlegen und nicht der Bundesrat.

Art. 102 Abs Bst. g. neu

g. den Überschuss der Einnahmen der Nationalbank.

Dieser Gedanke muss unbedingt weiterverfolgt werden. Aus unserer Sicht wäre dies die Rettung der AHV 21 einerseits und auf lange Sicht die Sicherung der Finanzierung der AHV 21 andererseits.

Art 103, Abs. 2. neu

2. Die Teuerung wird jährlich angepasst

Art. 104, Abs 2, neu

2. Erträge aus den Überschüssen der Nationalbank
3. Der noch fehlende Betrag wird mit allgemeinen Mitteln gedeckt.

Änderung anderer Erlasse

1: Zivilgesetzbuch

Art. 89a Abs. 6, Ziff. 2a

Auch im Zivilgesetzbuch muss darauf hingewiesen werden, dass die Altersleistung auf die Einzelperson ausgerichtet ist und somit eine Heiratsstrafe hinfällig wird. Ein Übergangsbestimmung sorgt für die soziale Gerechtigkeit.

Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1.5 Prozentpunkte kann nur zugestimmt werden, wenn **sichergestellt** wird, dass die Heiratsstrafe abgeschafft, und die Berechnung der AHV-Rente auf jede einzelne Person errechnet wird.

In diesem Sinne bitten wir Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat Berset, unsere berechtigten Begründungen und Änderungsanträge in die dafür zuständigen Kommissionen und in die Debatte des National- und Ständerates einfließen zu lassen.

Wir danken Ihnen herzlich dafür.

Freundliche Grüsse

Aktive Senioren Luzern



Hans Jörg Hauser
Präsident



Jörg Conrad
Sekretär

Bundesrat Alain Berset
Vorsteher Eidgenössisches Departement des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Basel, 26. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Stellungnahme Arbeitgeber Banken

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Wir danken für die Möglichkeit, im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Arbeitgeber Banken schliesst sich in der vorliegenden Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV weitgehend der Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes an. Es ist uns dennoch ein Anliegen, auf einige aus Sicht der Banken in der Schweiz besonders wichtige Punkte näher einzugehen.

Zunächst kann festgehalten werden, dass sich Arbeitgeber Banken mit der grundsätzlichen Zielsetzung der Reform – der Sicherung der Renten auf heutigem Niveau – einverstanden erklären kann. Die Ausrichtung der Vorlage auf das Jahr 2030 mit einem zu rund 90 Prozent einnahmeseitigen Konzept lehnt Arbeitgeber Banken hingegen ab. Stattdessen soll mit der Vorlage die Zielsetzung der Reform bis Mitte der 2020er Jahre erreicht werden. Nebst der Angleichung des Rentenalters von Frau und Mann in vier Schritten auf 65 / 65 wie vorgeschlagen, reicht dazu eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozent statt 1,5 Prozent. Nachdem der Steuerdeal des Ständerats (Verbindung von Steuerreform mit Zusatzfinanzierung der AHV, namentlich auch 0,3 Prozent Erhöhung der Lohnbeiträge) sich nun auch im Nationalrat durchgesetzt hat, ist die Zusatzfinanzierung entsprechend zu reduzieren (voraussichtlich auf ca. 0,3 Prozent Mehrwertsteuer).

Insbesondere auch mit Blick auf die mutmasslichen Auswirkungen der demografischen Alterung auf den Arbeitsmarkt (wachsender Fachkräftemangel) wäre es aus Sicht von Arbeitgeber Banken falsch, heute ohne strukturelle Massnahmen aber mit einer Steuererhöhung auf Vorrat einen zu langen Zeithorizont anzusteuern. Es ist wichtig, ab ca. 2022 die Situation neu beurteilen zu können und für eine zweite Etappe bei Bedarf auch strukturelle Massnahmen vorsehen zu können (namentlich ein schrittweise steigendes Rentenalter beginnend ab Mitte der 2020er Jahre).

Bezüglich der vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen für Frauen kann Arbeitgeber Banken die Variante 1 mittragen, sofern die übrigen Parameter der Vorlage unsere Anliegen berücksichtigen. Allerdings ist die Besserstellung auf die vier Jahrgänge der tatsächlich von der schrittweisen Angleichung des Rentenalters betroffenen Frauen zu begrenzen.

Das vorgeschlagene Modell zur Flexibilisierung des Rentenbezugs lehnt Arbeitgeber Banken ab. Statt ein Modell mit echten Anreizen für einen möglichst späten Rentenbezug vorzuschlagen, beinhaltet der Entwurf des Bundesrats nun sogar verstärkte Anreize für einen vorzeitigen Rentenbezug sowie eine Reduktion der Attraktivität des Rentenaufschubs. Dasselbe gilt für die als Anreizmassnahmen angepriesenen Massnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach dem Erreichen des Referenzalters. Die beiden sogar kontraproduktiven Vorschläge verursachen darüber hinaus Kosten von deutlich über einer Milliarde Schweizer Franken pro Jahr und konsumieren damit vorweg rund 0,3 Prozent der anvisierten Erhöhung der Mehrwertsteuer von 1,5 Prozent.

Stattdessen beantragt Arbeitgeber Banken als echten Anreiz die Erhöhung des heutigen AHV-Freibetrags für Erwerbseinkommen nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters von heute 1400 Schweizer Franken pro Monat auf mindestens 2000 Schweizer Franken. Zudem erwarten wir vom Bundesrat die Prüfung der steuerlichen Situation von Erwerbstätigen nach Erreichen des Referenzalters und gestützt darauf Vorschläge für einen Abbau der steuerlichen Abhalteeffekte resp. der Schaffung von steuerlichen Anreizen für eine freiwillige Weiterarbeit über das Referenzalter hinaus.

Arbeitgeber Banken vertritt als Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz deren Arbeitgeberinteressen. Der Verband repräsentiert alle Bankengruppen in allen Landesteilen und die ihr angeschlossenen Unternehmen beschäftigen rund 90 000 Mitarbeitende. Der Verband ist Träger der 100-jährigen Sozialpartnerschaft in der Bank- und Finanzbranche. Für eine Aufnahme auf die Liste der ständigen Adressaten in arbeitgeberrelevanten Themen danken wir Ihnen vielmals.

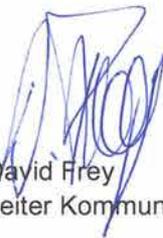
Gerne lassen wir Ihnen unsere Stellungnahme wie gewünscht per Mail (emina.alisic@bsv.admin.ch) zukommen und bedanken uns schon im Voraus für deren Berücksichtigung. Für Fragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Arbeitgeber Banken



Dr. Balz Stückelberger
Geschäftsführer



David Frey
Leiter Kommunikation und Politik

BSV – Geschäftsfeld AHV, BV & EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern
emina.alisic@bsv.admin.ch

15. Oktober 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21): Stellungnahme Frauen mit Behinderung

Sehr geehrte Damen und Herren

Änderungen bei der AHV betreffen alle Frauen. Wir erlauben uns deshalb, als Organisation von und für Frauen mit Behinderung zu den Vorschlägen des Bundesrates für eine Stabilisierung der AHV («AHV 21») Stellung zu nehmen. In allen wesentlichen Punkten können wir uns dabei der Haltung unseres Dachverbandes AGILE.CH anschliessen.

A Allgemeine Bemerkungen

Die Ziele der Reform – Rentensicherung, Erhalt des Rentenniveaus, Stabilisierung der AHV-Financen – begrüsst avanti donne selbstverständlich vollumfänglich. Wie AGILE betrachten auch wir AHV und IV ganzheitlich als Teile der 1. Säule.

Wir unterstützen daher die Anregung, bei einigen Massnahmen neben dem AHVG auch das IVG anzupassen sowie Ungereimtheiten zwischen IV und AHV zu beheben.

Ebenso können einige der geplanten Massnahmen nicht losgelöst von künftigen Anpassungen der 2. Säule beurteilt werden, auch wenn letztere nicht Teil der Reform AHV 21 sind.

B Massnahmen

1 Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Einer Erhöhung des Renten-Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre können wir nur unter folgenden Bedingungen zustimmen:

- ➔ Das Referenzalter von Frauen und Männern darf in den kommenden Jahren nicht über 65 Jahre steigen.

- Unternehmen stellen vermehrt ältere Personen und solche mit Behinderung an. Der Bundesrat führt in der Botschaft aus, wie dies konkret geschehen kann und wie Unternehmen dazu verpflichtet werden können.
- Die zusätzlichen Ausgaben, die der IV durch die Erhöhung des Referenzalters der Frauen entstehen, sind durch eine im gleichen Umfang vorgenommene Abschreibung auf den IV-Schulden zu kompensieren.

2 Massnahmen zum Ausgleich der Erhöhung des Rentenalters der Frauen

2.1 Abschaffung oder lineare Berechnung des Koordinationsabzuges

Frauen mit tiefen Löhnen haben oft Schwierigkeiten, ihre laufenden Lebenskosten zu bezahlen. Für den Aufbau einer genügenden Altersvorsorge bleibt kaum etwas übrig. Einzahlungen in die zweite Säule sind oft nicht möglich oder sehr bescheiden. Frauen mit Behinderung, die gesundheitsbedingt noch weit häufiger als nichtbehinderte Frauen nur in kleinen Teilzeitpenssen arbeiten (können), trifft dies besonders stark. Deshalb beantragen wir:

- Bei der nächsten BVG-Anpassung muss die Eintrittsschwelle in die Pensionskasse gesenkt und der Koordinationsabzug abgeschafft oder zumindest linear berechnet werden.

2.2 Neue Rentenformel

Der Bundesrat schlägt für wenig verdienende Frauen der Übergangsgeneration eine Anpassung der Rentenberechnungsformel vor. avanti donne begrüsst diese Massnahme.

Damit die Einheit der ersten Säule bewahrt bleibt, muss die neue Rentenformel jedoch auch auf die Berechnung der IV-Renten angewendet werden.

3 Weitere Massnahmen

Der Bundesrat stellt weitere Massnahmen zur Diskussion: Wer die AHV-Rente vorbezieht, dessen Rente soll weniger stark als bisher gekürzt werden. Wer länger als bis 65 arbeitet, dessen Rente soll sich verbessern. Rentenaufschub und Rentenvorbezug sollen kombiniert werden können.

avanti donne begrüsst diese Massnahmen. Sie ermöglichen es auch Menschen mit Behinderungen, vermehrt und verstärkt in Übereinstimmung mit ihrer gesundheitlichen Situation im Arbeitsprozess bleiben und eine AHV-Teilrente vorbeziehen zu können.

4 Zusatzfinanzierung

avanti donne befürwortet die vorgeschlagene Erhöhung der MWSt von 1,5 %. Für eine nachhaltige wirksame Stabilisierung der AHV sind jedoch zwingend weitere Finanzierungsquellen zu prüfen und zu erschliessen, zum Beispiel eine Digitalsteuer und/oder eine Finanztransaktionssteuer (Tobin-Tax).

C Zusätzliche Anliegen

1 Erweiterung Anspruch auf Betreuungsgutschriften

Heute ist der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit einer Hilflosenentschädigung (HE) mittleren oder schweren Grades beschränkt. Gerade blinde Personen oder Paraplegiker erhalten jedoch in der Regel nur eine HE leichten Grades. Ihre Partnerinnen oder Eltern leisten ihnen dennoch grosse Unterstützung und verzichten deshalb nicht selten auf ein existenzsicherndes Einkommen. Dieses Engagement sollte unbedingt zumindest mit der Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften auch bei leichter HE anerkannt werden. Im Übrigen würde eine entsprechende Anpassung mit der aktuell in Vernehmlassung stehenden Vorlage des Bundesrates «Bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Betreuung von Angehörigen» übereinstimmen.

➔ avanti donne beantragt, dass der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit HE leichten Grades ausgedehnt wird.

2 Rechtsgleichheit für IV- und AHV-Rentenbeziehende bei Hilfsmitteln, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag

Je älter wir werden, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass wir Hilfsmittel, eine Hilflosenentschädigung oder Assistenzleistungen benötigen. Vorab aus historischen Gründen bestehen allerdings erhebliche Unterschiede bei der Gewährung dieser Leistungen, je nachdem, ob man sie bereits vor 64/65 Jahren oder erst danach benötigt.

➔ avanti donne beantragt, die Reform «AHV 21» dazu zu nutzen, eine Angleichung bei den genannten Leistungen vorzunehmen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns bestens.

Freundliche Grüsse

avanti donne – Interessenvertretung
Frauen mit Behinderung



Carmen Coleman
Präsidentin



Angie Hagmann
Geschäftsleiterin



BPW SWITZERLAND
Business & Professional Women

BPW Switzerland, Badenerstrasse 255, 8003 Zürich

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an:
emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 17.10.2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme der Business and Professional Women (BPW) Switzerland

Sehr geehrte Damen und Herren

BPW Switzerland zählt 40 lokale Clubs mit insgesamt über 2'000 Mitgliedern in der ganzen Schweiz. Unsere Ziele sind unter anderem die Unterstützung, die Interessenvertretung und Vernetzung von berufstätigen Frauen.

Durch die Unterstützung bei der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für berufstätige Frauen sollen Frauen die Wahlfreiheit haben, mit der gleichen Selbstverständlichkeit dieselben Positionen einzunehmen wie Männer, verbunden mit gleicher Verantwortung, gleichem Prestige, gleichem Lohn und gleichen Einflussmöglichkeiten. Unsere Vision ist, dass Frauen im Berufs- und Geschäftsleben gleichberechtigt und gleichwertig vertreten sind.

Leider ist das heute nicht durchwegs der Fall. Gerne nehmen wir aus diesem Grunde die Möglichkeit wahr, zum Vorentwurf des Bundesrates für die Stabilisierung der AHV Stellung zu nehmen.

Grundsätzlich haben wir absolut Verständnis für das Bestreben des Bundesrates, nach dem Scheitern der Vorlage Altersvorsorge 2020 eine Alternative auszuarbeiten, die mehrheitsfähig sein könnte.

Für BPW Switzerland ist dabei allerdings eine bestimmte Reihenfolge von Regelungen und Massnahmen absolut zwingend. Konkret bedeutet dies, dass wir die Verwirklichung der rechtlichen und tatsächlichen Lohngleichheit von Frauen und Männern, wie sie in Artikel 8 Absatz 3 BV explizit verankert ist («Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit»), als unabdingbare Voraussetzung für eine Angleichung resp. Anhebung des Rentenalters für Frauen erachten (*conditio sine qua non*).





BPW SWITZERLAND
Business & Professional Women

Für die Berücksichtigung unseres Anliegens danken wir Ihnen bereits heute.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Sie erreichen mich per Mail (elisabeth.bosshart@bpw.ch) oder per Telefon unter 079 468 25 01.

Freundliche Grüsse

Elisabeth Bosshart

Zentralpräsidentin



Monsieur le Conseiller fédéral
Alain **Berset**
Chef du Département fédéral
de l'intérieur DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Paudex, le 14 septembre 2018
AM/ir

Stabilisation de l'AVS (AVS 21)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons examiné le projet soumis à consultation et vous faisons part de nos commentaires à son sujet.

Compte tenu du fait que la réforme de la prévoyance vieillesse est en débat depuis de nombreuses années et que le présent projet reprend en grande partie des éléments déjà maintes fois discutés, nous n'entrerons pas dans tous les détails de la révision proposée et nous bornerons plutôt à quelques considérations et réflexions générales.

Le projet proprement dit

Il convient en préambule de rappeler que le Centre Patronal avait soutenu PV 2020, estimant que la réforme apportait des réponses, sinon idéales, du moins satisfaisantes aux défis démographiques et financiers de notre système de retraite. L'échec lors de la votation populaire du 24 septembre 2017 n'a cependant pas été une véritable surprise, tant les oppositions en tous genres s'étaient manifestées durant la campagne. Vu l'urgence de la situation, nous en appelions alors à ce qu'on remette l'ouvrage sur le métier afin de proposer au plus vite une nouvelle réforme qui puisse assurer le financement durable de la prévoyance. Il faut reconnaître que le Conseil fédéral a agi rapidement, mais le projet soumis aujourd'hui à consultation nous laisse passablement sceptiques du point de vue de son acceptabilité politique.

Il y a lieu de faire un premier constat : on ne s'attaque pas à la racine des problèmes structurels de l'AVS, mais l'on persiste à vouloir les masquer en prévoyant des financements supplémentaires massifs (90% grosso modo au titre de recettes contre 10% au titre d'économies).

La seule mesure susceptible de diminuer les dépenses est le relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans. Compte tenu de la nette prolongation de l'espérance de vie et des impasses budgétaires qui attendent la prévoyance vieillesse, un tel relèvement se justifie. Mais on a vu que la mesure est peu populaire et qu'elle reste largement contestée, notamment à gauche de l'échiquier politique. Nous verrons aussi par la suite que d'autres pistes sont envisageables et ont été proposées par notre organisation. On peut s'interroger aussi sur la pertinence des mesures de compensation proposées qui,

surtout s'agissant de la variante 2, « mangent » une grosse partie des économies réalisées par l'élévation de l'âge de la retraite des femmes. En bonne logique financière, le déficit de l'AVS prend une telle ampleur que les économies obtenues par ce biais devraient entièrement servir à l'assainissement de l'AVS. Aussi nous opposons-nous à ces mesures de compensation.

Quant à une hausse de la TVA de 1,5 point, elle est démesurée. Elle signifierait une réduction importante du pouvoir d'achat des ménages, qui entraînerait à son tour une baisse de chiffre d'affaires dans de nombreuses branches et compromettrait l'essor économique de notre pays. Nous serions toutefois prêts à accepter une hausse modérée de l'ordre de 0,6 point, telle que proposée dans PV 2020. Si le projet fiscal, auquel nous sommes favorables, entre en vigueur, avec une augmentation des cotisations salariales de 0,3%, le relèvement de la TVA prévu par la présente réforme devrait être alors de 0,3 point environ. Mais quel que soit le sort du projet fiscal, les autres mesures de compensation sociales qui y sont contenues – augmentation de la contribution fédérale et versement à l'AVS de l'intégralité du pourcent démographique – doivent être envisagées. On peut également s'interroger, comme le font certains experts, sur la possibilité de réduire le taux de couverture du Fonds AVS de 100% des dépenses annuelles à, par exemple, 80%.

Pour ce qui touche à la flexibilisation de la retraite et aux mesures d'encouragement à travailler au-delà de 65 ans, elles étaient déjà en grande partie contenues dans la réforme PV 2020 et largement acceptées, même si nous persistons à penser que la construction est particulièrement compliquée et de nature à poser de sérieux problèmes aux autorités d'application.

Enfin, nous demandons instamment qu'un lien juridique soit établi entre la révision de l'AVS proprement dite et l'arrêté constitutionnel prévoyant une hausse de la TVA, quelle qu'en soit l'ampleur, afin d'éviter que l'un des deux textes puisse entrer en vigueur et l'autre pas. Ce lien fait en effet défaut dans le dossier de consultation.

Un changement de paradigme indispensable

Ainsi que nous l'avons écrit plus haut, nous doutons que ce nouveau projet du Conseil fédéral recueille en l'état une forte adhésion, des critiques ayant d'ores et déjà fusé de toutes parts, certains parlant même d'échec programmé. De notre côté, comme nous l'avons fait valoir dans le cadre de la table ronde du 27 octobre 2017, nous considérons qu'il convient de prendre le problème par un autre bout, repenser tout le système et changer de paradigme pour mieux coller à la réalité du monde actuel.

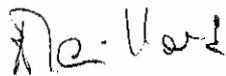
Côté AVS, une idée nouvelle et originale serait d'abandonner toute notion d'âge de la retraite pour passer à un système fondé sur les années de cotisations. La durée normale de contributions serait ainsi fixée à 44 années pour ouvrir le droit à une rente complète de vieillesse. Compte tenu du début de l'obligation de cotiser dès le 1^{er} janvier de l'année qui suit les 20 ans révolus (année des 21 ans), la durée proposée conduirait à un âge de retraite de 65 ans dans la plupart des cas. Cependant, les assurés qui ont commencé à cotiser en exerçant une activité lucrative avant 21 ans verraient leurs années de jeunesse prises en compte pour l'ouverture du droit à une rente complète après 44 années de contributions. A l'inverse, ceux qui rejoindraient plus tardivement le marché du travail devraient travailler plus longtemps pour pouvoir bénéficier d'une rente complète. Pour assurer au système la flexibilité souhaitable, il faudrait de surcroît ouvrir la possibilité de prendre sa retraite après 40 années de contributions au plus tôt et 48 années au plus tard. Les effets financiers d'un tel système devraient bien évidemment être soigneusement étudiés, mais des gains substantiels pourraient être réalisés. Pour le reste, et afin de faire face aux gros défis démographiques auxquels notre pays est confronté, une majoration raisonnable de la TVA serait acceptable.

Côté LPP, il s'agirait d'assurer, probablement dans le cadre d'un même projet, une coordination appropriée avec une AVS pareillement repensée. Mais les propositions de fond de PV 2020 restent totalement valables : baisse du taux de conversion à 6%, avec d'indispensables mesures de compensation, en évitant cependant tout financement croisé. Parmi ces dernières, on peut reprendre, en les aménageant quelque peu, les mesures proposées dans la réforme rejetée le 24 septembre : rééchelonnement mesuré des bonifications de vieillesse, diminution, voire suppression, du montant de coordination (établir le financement de la LPP sur la base du salaire AVS serait certes assez coûteux, mais apporterait en tout cas clarté et simplification au système et surtout ne prêterait pas les personnes exerçant une activité à temps partiel), versement d'un subside à la génération dite de transition. Pour accroître l'efficacité du système et assurer la cohérence avec la proposition fondamentale susmentionnée de se fonder sur les années de cotisations plutôt que sur un âge terme, il faudrait prévoir cependant une quatrième mesure : une entrée dès l'année des 21 ans dans le système d'épargne de la LPP, qui augmenterait *in fine* le capital retraite accumulé.

Nous invitons une nouvelle fois le Conseil fédéral et le monde politique à se pencher sur une solution de ce genre.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ces lignes et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Alain Maillard



**EXIGEONS LE REcul DE LA VOTATION SUR
LE RELÈVEMENT DE L'ÂGE DE L'AVS DES FEMMES
JUSQU'À LA MISE EN OEUVRE D'UNE POLITIQUE
DE L'ÉGALITÉ COHÉRENTE, GLOBALE ET INCLUSIVE**

Collectif « #65NoPeanuts ! »

9, rue du Vieux-Marché
1260 Nyon
www.65nopeanuts.ch
info@65nopeanuts.ch

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, PP et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Département de l'intérieur
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Nyon, le 16 octobre 2018

Réponse à la consultation du Conseil fédéral sur le projet « Stabilisation de l'AVS » (AVS21)

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Notre collectif, un groupe de femmes économistes actives professionnellement, s'est formé suite au renvoi en commission par le Conseil des Etats du projet de révision de la loi sur l'égalité et à la publication du projet « Stabilisation de l'AVS », dit AVS 21.

Le principe de l'égalité entre les femmes et les hommes est inscrit dans notre Constitution depuis 1991. Il a fallu 15 ans pour qu'une loi sur l'égalité voie le jour. Les milieux économiques, refusant tout cadre contraignant, affirmaient que l'égalité salariale entre les femmes et les hommes se réaliserait d'elle-même, car ils s'engageaient à en respecter le principe. Depuis, 22 ans se sont écoulés. Des progrès ont été accomplis, certes. Mais des différences dites 'inexplicables' subsistent néanmoins, pour des montants représentant chaque années 10 milliards de francs – pas des peanuts.

Vous affirmez que le Conseil fédéral est sensible à la question des inégalités salariales entre hommes et femmes, mais qu' « il maintient que la thématique de l'inégalité salariale entre les hommes et les femmes doit être traitée indépendamment de celle relative au relèvement de l'âge de référence des femmes ». Or, l'affirmation de la mise en œuvre de la loi sur l'égalité et du respect de la Constitution n'est ni explicitée, ni exprimée publiquement par les instances de pouvoir publiques et privées. La révision de la LEg, bientôt sous toit, va accoucher d'une souris. Même pas 1% des entreprises sont tenues d'analyser leurs salaires. Même pas la moitié des employés et des employées sont concernés. Les entreprises ne respectant pas l'égalité des salaires ne seront en rien sanctionnées. La loi sera revue dans 9 ans, et abrogée dans 12 ans. Parce que l'égalité salariale sera alors réalisée ? On peut en douter. Ces discussions le montrent bien : la revendication des femmes – plus de la moitié de la population suisse - pour ce qui est de l'égalité n'est pas prise au sérieux. De bonne foi, Monsieur le Conseiller fédéral, vous ne pouvez plus vous retrancher derrière la révision de la LEg pour refuser de prendre en compte l'égalité entre femmes et hommes dans le cadre de la révision AVS.



C'est la raison pour laquelle, il est temps d'exiger, enfin, la mise en place d'une politique de l'égalité entre femmes et hommes cohérente, globale et inclusive. En tant que chef du Département de l'intérieur, auquel est rattaché le Bureau fédéral de l'égalité, Monsieur le Conseiller fédéral, vous pourriez d'ailleurs vous emparer d'un tel projet. Cela n'est tout de même pas plus compliqué que de creuser des tunnels sous le Gotthard !

Un relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans ? Oui, peut-être – mais AVANT CELA, il s'agit de réaliser une égalité de fait dans tous les domaines, avec une feuille de route et des résultats mesurés et publiés régulièrement, et certainement pas contre des cacahuètes.



La dernière réforme de l'AVS datant de 1997 (10e réforme de l'AVS) a constitué une étape importante en contribuant à améliorer l'égalité de traitement entre les femmes et les hommes et à mieux tenir compte de l'évolution des rôles au sein de la famille.

AVS 21 n'apporte aucune amélioration sociale et ne prend pas en compte l'évolution de la société durant ces dernières 20 années. L'AVS peut se targuer d'offrir une certaine égalité par les mesures telles que le splitting et les bonifications pour tâches éducatives, qui sont efficaces lorsqu'il s'agit de familles traditionnelles. Mais l'importante augmentation des divorces touche les parents d'enfants toujours plus jeunes. Ces femmes (leur nombre est sans comparaison par rapport aux hommes se trouvant dans la même situation), obligées de maintenir un taux d'activité réduit pour assumer la tâche éducative, ne bénéficient plus du splitting. De même, nombre de jeunes parents choisissent aujourd'hui de ne pas se marier. En principe, toutes ces femmes bénéficient, certes, de bonifications pour tâches éducatives, mais un montant de CHF 3'500 par année ne compensera jamais une baisse de revenus de 20%, voire de 50%. La baisse de leur retraite AVS est ainsi préprogrammée. Cela représente un recul de fait de l'égalité entre les femmes et les hommes dans l'AVS.

Pour toutes ces raisons, nous refusons l'élévation de l'âge de référence, qui représente une péjoration nette de la situation des femmes.

Vous trouverez en annexes les réflexions plus détaillées de notre Collectif quant au projet AVS 21, le Panorama des mesures que nous préconisons et la Feuille de route que nous avons élaborée pour une égalité entre femmes et hommes complète, cohérente, globale et inclusive.

En vous remerciant d'avance pour l'attention que vous porterez au présent courrier, nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Pour le Collectif
« #65NoPeanuts ! »

Danielle Axelroud

Sylviane Gosteli

Lynn Mackenzie

Annexes :

- Prise de position détaillée
- Panorama et feuille de route #65NoPeanuts !



1. Objectifs de la révision
2. Apporter des améliorations qui tiennent compte de l'évolution de la société
3. De quelle égalité parlez-vous ?
4. Oui à une politique de l'égalité entre femmes et hommes cohérente, globale et inclusive !
5. La rente, synthèse d'un parcours de vie
6. Elargir le spectre des contributeurs à l'amélioration du financement de l'AVS
7. Financement
8. Mesures proposées

1. Objectifs de la révision

Suite aux discussions avec les milieux intéressés, les objectifs de la réforme Prévoyance vieillesse 2020, à savoir le maintien du niveau des prestations de vieillesse ainsi que la garantie de l'équilibre financier, ont été confirmés.

Lors de ces discussions, une amélioration des rentes AVS a été demandée, pour pallier à la précarité grandissante et à la pauvreté de nombreuses femmes à la retraite, dont la rente AVS est le seul revenu. Mais cette préoccupation n'a pas été entendue.

En revanche, il est question « d'harmoniser l'âge de référence » pour les femmes et pour les hommes, soit d'aligner l'âge de la retraite des femmes à celui des hommes. Encore une fois, le principe d'égalité entre femmes et hommes justifie que les femmes fournissent le plus gros effort.

Pourtant, l'évolution de la société durant les dernières 20 années justifierait d'autres éléments à prendre en compte dans cette révision. En effet, les séparations et divorces, ainsi que les non-mariages, ont augmenté sensiblement. Au moins, la situation des femmes élevant seules leurs enfants, toujours plus nombreuses, et régulièrement menacées de précarité, devrait faire l'objet d'un traitement particulier.

2. Apporter des améliorations qui tiennent compte de l'évolution de la société

La dernière réforme de l'AVS datant de 1997 a constitué une étape importante en contribuant à améliorer l'égalité de traitement entre les femmes et les hommes et à mieux tenir compte de l'évolution des rôles au sein de la famille.

AVS 21 n'apporte aucune amélioration sociale et ne prend pas en compte l'évolution de la société durant ces dernières 20 années.

L'AVS peut se targuer d'offrir une certaine égalité par les mesures telles que le splitting et les bonifications pour tâches éducatives, qui sont efficaces lorsqu'il s'agit de familles traditionnelles. Mais l'importante augmentation des divorces touche les parents d'enfants toujours plus jeunes. Ces femmes (leur nombre est sans comparaison par rapport aux hommes se trouvant dans la même situation), obligées de maintenir un taux d'activité réduit pour assumer la tâche éducative, ne bénéficient plus du splitting. De même, nombre de jeunes parents choisissent aujourd'hui de ne pas se marier. En principe, toutes ces femmes bénéficient, certes, de bonifications pour tâches éducatives, mais un montant de CHF 3'500 par année ne compensera jamais une baisse de revenus de 20%, voire de 50%. La baisse de leur retraite AVS est ainsi préprogrammée. Cela représente un recul de fait de l'égalité entre les femmes et les hommes dans l'AVS.



Par ailleurs, nombreuses sont les femmes à la retraite qui puisent dans leurs forces déclinantes et dans leurs économies pour soigner leur conjoint malade. Elles ne peuvent plus bénéficier des bonifications d'assistance, qui ne sont prises en compte que jusqu'à l'âge de la retraite. Elles mériteraient qu'un tel engagement leur procure une augmentation de leur rente, si modeste soit-elle.

3. De quelle égalité parlez-vous ?

Vous affirmez en page 12 du projet AVS 21 que « l'harmonisation de l'âge de référence constitue ainsi un pas vers l'égalité de l'AVS ». Mais de quelle égalité parlez-vous ? Nous vous proposons de mettre dans la balance les subventions des femmes à l'économie :

- Les inégalités salariales dites inexpliquées représentent pour les entreprises une économie de l'ordre de 10 milliards de francs par année.
- Les femmes supportent l'essentiel du travail éducatif, ménager et de care sans rémunération. L'Office fédéral des statistiques a chiffré cet apport à 250 milliards de francs par année.
- La déduction de coordination, la plupart du temps, fait que les femmes qui travaillent à temps partiel ne sont pas soumises à la LPP, en tout cas jusqu'au seuil d'affiliation de CHF 21'150. Les entreprises économisent ainsi sur leurs charges sociales – au prix de la rente future des femmes.

Ce déséquilibre patent nous amène à refuser fermement l'harmonisation de l'âge de référence proposé dans votre projet.

Les compensations prévues dans le projet ne profitent qu'à la génération d'entrée des femmes touchées par le relèvement de l'âge de la retraite. Elles ne sont à nos yeux que des cacahuètes, largement insuffisantes, et ne peuvent en aucun cas contrebalancer une année entière supplémentaire de travail avant l'âge de référence.

4. Oui à une politique de l'égalité entre femmes et hommes cohérente, globale et inclusive !

Vous affirmez que le Conseil fédéral est sensible à la question des inégalités salariales entre hommes et femmes, mais qu'« il maintient que la thématique de l'inégalité salariale entre les hommes et les femmes doit être traitée indépendamment de celle relative au relèvement de l'âge de référence des femmes ». Or, l'affirmation de la mise en œuvre de la loi sur l'égalité et du respect de la Constitution n'est ni explicitée, ni exprimée publiquement par toutes les instances de pouvoir publiques et privées. C'est la raison pour laquelle il est temps d'exiger la mise en place d'une politique cohérente, globale et inclusive.

En effet, si les inégalités de rentes entre les femmes et les hommes ont des causes évidentes, elles sont aussi la conséquence de mécanismes beaucoup plus subtils. Par exemple :

- La nécessité de travailler à temps partiel représente un vrai handicap lorsqu'il s'agit de trouver un travail. Souvent, les femmes dans ce genre de situation renoncent à trouver un poste correspondant à leurs compétences, et par conséquent au salaire – et à la rente future – auquel elles pourraient prétendre.
- Les femmes mariées qui travaillent sont imposées au taux marginal, sans rapport avec le niveau de leur revenu individuel, ce qui a un effet dissuasif sur leur décision de travailler – et réduit aussi leurs rentes.
- Les femmes voient leur accès au marché du travail entravé du fait du manque de crèches et de possibilités d'accueil extrascolaire. Cela limite leur capacité de gain – et affecte leur retraite future également.

Un relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans ? Oui, peut-être – mais AVANT CELA, il s'agit de réaliser une égalité de fait dans tous les domaines, avec une feuille de route et des résultats mesurés et publiés régulièrement, et certainement pas contre des cacahuètes.



5. La rente, synthèse d'un parcours de vie

Le montant des rentes AVS et LPP résumant un parcours de vie. Si l'AVS, par ses mécanismes de splitting et de bonification pour tâches éducatives, offre une vision plus égalitaire avec une disparité de 2.7% en moyenne entre hommes et femmes, la disparité entre les retraites du 2ème pilier entre les femmes et les hommes est, elle, vertigineuse : les femmes reçoivent 63% de rentes de moins, donc pour CHF 1'000 touchés par un homme, en moyenne, une femme reçoit aujourd'hui en moyenne CHF 370.

Inversement les hommes reçoivent 3.125 fois plus de LPP que les femmes. Une statistique qui mérite d'être mieux connue.

Si on considère les choses d'un point de vue de l'égalité des chances entre femmes et hommes, il est raisonnablement impossible de dissocier la réflexion entre l'AVS et la LPP. On ne peut pas péjorer la situation des femmes – en élevant l'âge auquel elles partent à la retraite - sans proposer des améliorations à la LPP telles que le prélèvement de cotisations dès le 1^{er} franc et un taux unique, qui est la seule solution neutre pour tous les parcours de vie, féminins comme masculins.

6. Elargir le spectre des contributeurs à l'amélioration du financement de l'AVS

Vous affirmez en page 11 qu' « un nouvel échec doit être évité à tout prix car il aurait de graves conséquences sur le paiement des rentes et sur l'économie ». Faut-il pour autant que celui soit fait en apportant une détérioration de l'enveloppe complète des femmes ? Nous proposons plutôt une hausse des taux de cotisations AVS, - qui serait, elle, appliquée à l'intégralité de la masse salariale, avec l'avantage de partager la charge de manière équitable entre les entreprises, les hommes et les femmes, de manière proportionnelle à la capacité contributive de chacun.

7. Financement

Vous l'annoncez dès l'abord : le financement de l'AVS se dégrade depuis 2014, les recettes ne permettent plus de couvrir les rentes en cours. Néanmoins, jusqu'ici les rendements de la fortune du fonds AVS ont largement permis de compenser ce déficit. Lorsqu'on tient compte de ces revenus bien réels, les comptes AVS sont bénéficiaires. Le fonds AVS, qui ne cesse de croître, couvre actuellement les dépenses annuelles à raison de plus de 105%. L'évolution démographique demande, certes, qu'on réfléchisse à améliorer le financement de l'AVS. Mais la situation est loin d'être aussi dramatique qu'on veut bien le dire.

Par ailleurs, si l'égalité salariale était vraiment réalisée, les cotisations annuelles supplémentaires des femmes contribueraient de façon majeure à équilibrer les dépenses. C'est la raison pour laquelle nous préconisons fortement la mise en œuvre globale, cohérente et inclusive de l'égalité entre les femmes et les hommes.

En attendant la réelle mise en œuvre de l'égalité salariale entre les femmes et les hommes, nous proposons une augmentation des cotisations AVS de 1.6% (au lieu des 1.3% proposés dans votre projet), qui serait appliquée à l'intégralité de la masse salariale, avec l'avantage de partager la charge de manière équitable entre les entreprises, les hommes et les femmes, de manière proportionnelle à la capacité contributive de chacun. Une augmentation des taux de la TVA, qui prêterite particulièrement les revenus les plus modestes, ne serait plus nécessaire.

Cette augmentation modeste du taux de cotisation est à mettre en regard avec l'énorme travail fourni majoritairement par les femmes dans le travail éducatif, ménager et de care, non rémunéré, que l'Office fédéral de la statistique a évalué à 250 milliards par année !

Le taux de cotisations à l'AVS est resté inchangé depuis 1975. Cette mesure, qui permettrait d'équilibrer les comptes de l'AVS et d'éviter ladite 'harmonisation' de l'âge de la retraite, serait une première reconnaissance de l'apport immense de la population féminine à l'économie et à la société.



Quant à la RFFA, à moyen terme, il s'agit d'introduire une fiscalité moderne qui permette de financer nos assurances sociales en ne reliant pas le financement du social et la course effrénée et inique instituant un dumping fiscal qui pénalisera grandement les services publics. Nous sommes donc opposées à ce projet.

8. Mesures proposées

Nous proposons que soient étudiées les mesures suivantes :

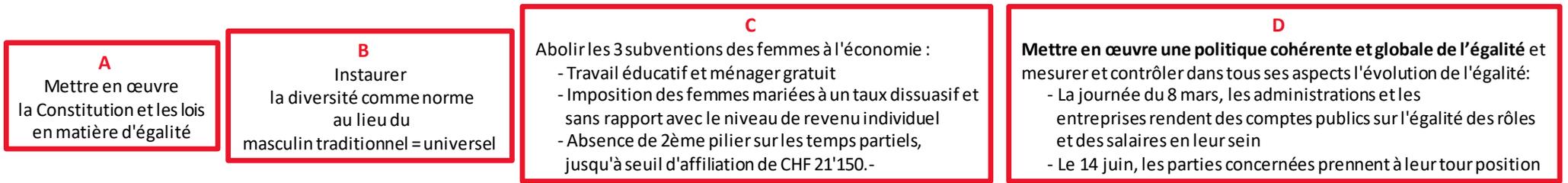
1. La mise en place d'une politique de l'égalité entre hommes et femmes cohérente, globale et inclusive, dans laquelle la thématique de l'AVS est traitée de manière coordonnée avec les autres thématiques.
2. La continuation du splitting après le divorce ou la dissolution d'un partenariat enregistré, tant qu'il y a charge d'enfants.
3. L'introduction d'un splitting lors d'une union libre, tant qu'il y a charge d'enfants.
4. Une augmentation sérieuse des bonifications pour tâches éducatives et d'assistance et l'octroi de bonifications pour tâches éducatives jusqu'à l'âge de 25 ans de l'enfant le plus jeune, pour autant que celui-ci ou celle-ci soit en formation.
5. L'octroi d'une augmentation de la rente lorsque l'un-e des conjoints, retraité-e, prend soin de son ou sa conjoint-e malade.
6. Le déplafonnement de la rente pour les couples.
7. La majoration de 20% de la rente individuelle afin de tenir compte de la cherté de la vie.
8. Une hausse des cotisations paritaires de 1,6% pour les fixer à 10% du salaire brut.
9. L'élargissement des cotisations sur la LPP, qui doivent être prélevées dès le 1^{er} franc de salaire, au taux unique - seule solution qui mette à égalité tous les parcours de vie.
10. L'instauration d'un fonds souverain qui garantisse à toutes les femmes, voire à tous, une LPP de CHF 1'500 par mois au minimum, afin de compenser le travail non rémunéré effectué au service de la collectivité et du bon fonctionnement de l'économie.

Le Collectif « #65NoPeanuts ! »

Nyon, le 16 octobre 2018

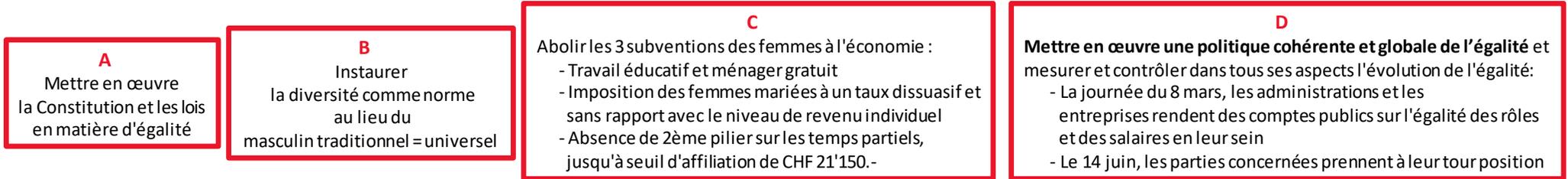


Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes



65 NO PEANUTS!
Egalité complète, pas de cacahuètes!

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes



Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ETAPES FONDAMENTALES	ARGUMENTAIRE
OBJECTIF	RECULER LA VOTATION SUR LE RELEVEMENT DE L'ÂGE DE L'AVS DES FEMMES JUSQU'À LA MISE EN ŒUVRE ACCEPTABLE DE LA LISTE CONCRETE DES ACTIONS
A - METTRE EN ŒUVRE LA CONSTITUTION ET LA LOI SUR L'ÉGALITÉ DANS TOUS LES DOMAINES AFFIRMATION DE LA MISE EN ŒUVRE DE LA LOI SUR L'ÉGALITÉ ET DE LA CONSTITUTION PAR UNE VOLONTÉ EXPLICITE ET EXPRIMÉE PUBLIQUEMENT PAR TOUTES LES INSTANCES DE POUVOIR PUBLIQUES ET PRIVÉES.	IL N'Y A AUCUNE JUSTIFICATION À NE PAS APPLIQUER LES LOIS. LE SEXISME N'EST PLUS À NÉGOCIER, NI LE RACISME NI L'HOMOPHOBIE. LA CONSTITUTION, DONC LA SUISSE, AFFIRME L'ÉGALITÉ ENTRE FEMMES ET HOMMES ET, AU-DELÀ, ENTRE TOUTES LES PERSONNES. L'ÉGALITÉ DOIT MAINTENANT ÊTRE ACTIVEMENT ET RÉSOLUMENT SOUTENUE PAR CHACUN·E. L'HEURE EST À SA MISE EN ŒUVRE.
B – INSTAURER LA DIVERSITÉ COMME NORME AU LIEU DU MASCULIN = UNIVERSEL	IL N'EST PLUS ACCEPTABLE DE RECOURIR À « L'UNIVERSEL=LE MASCULIN TRADITIONNEL» COMME NORME DE DÉPART ET DE RÉFÉRENCE, NORME REFLÉTANT L'ANDROCENTRISME DE NOTRE SOCIÉTÉ. EN EFFET, À PARTIR DU MOMENT OÙ IL Y A UNE SEULE NORME PUIS DES VARIATIONS ÉVENTUELLES SUR CETTE NORME, LES DISCRIMINATIONS ET STÉRÉOTYPES SONT GRAVÉS, NOTAMMENT, DANS LES COMPORTEMENTS, LE LANGAGE, LES LOIS, LES ASSURANCES, DANS LA FISCALITÉ, L'ÉDUCATION AINSI QUE LA MÉDECINE.
C - ABOLIR LES 3 SUBVENTIONS DES FEMMES À LA SUISSE : TRAVAIL GRATUIT, IMPOSITION CUMULÉE DES PERSONNES MARIÉES, ABSENCE DE 2^{ÈME} PILIER SUR LE TRAVAIL PARTIEL	IL N'Y A AUCUNE JUSTIFICATION À CES 3 SUBVENTIONS DES FEMMES À L'ÉCONOMIE- LE RÉSULTAT, AUJOURD'HUI LES FEMMES TOUCHENT 63% DE LPP DE MOINS QUE LES HOMMES, AUTREMENT DIT, LES HOMMES TOUCHENT 3 FOIS PLUS DE LPP QUE LES FEMMES: POUR 1000.- DE LPP VERSÉS AUX HOMMES LES FEMMES TOUCHENT 370.- SEULEMENT.
D - MESURER ET CONTRÔLER DANS TOUS SES ASPECTS L'ÉVOLUTION DE L'ÉGALITÉ EN SUISSE AVEC UN OBSERVATOIRE DÉDIÉ	L'ADMINISTRATION DOIT SURVEILLER L'ÉVOLUTION DE L'ÉGALITÉ DANS SA GLOBALITÉ ET SES ASPECTS SYSTÉMIQUES AVEC UNE GRILLE DE CRITÈRES PERTINENTS ET GLOBAUX. LA JOURNÉE DU 8 MARS, LES ADMINISTRATIONS ET LES ENTREPRISES DOIVENT RENDRE DES COMPTES PUBLICS SUR L'ÉGALITÉ DES RÔLES ET DES SALAIRES EN LEUR SEIN. LE 8 MARS N'EST PAS LA ST-VALENTIN ! LE 14 JUIN, LES PARTIES CONCERNÉES PRENNENT À LEUR TOUR POSITION.
CRITÈRE DE MESURE DE L'ÉGALITÉ : LE MONTANT ÉGAL DES RETRAITES. LE CRITÈRE DE MESURE DE L'ÉGALITÉ DOIT ÊTRE UN MONTANT ÉGAL DES RETRAITES (AVS ET LPP) CAR ELLES RÉSUMENT TOUT LE PARCOURS D'UNE PERSONNE	LE MONTANT ÉGAL DES RETRAITES EST LE CRITÈRE EST CELUI QUI DONNE LA MEILLEURE VUE D'ENSEMBLE DE L'ÉGALITÉ ENTRE FEMMES ET HOMMES. L'ÉGALITÉ IMPLIQUE DE TRAITER ENSEMBLE LA RÉVISION DE L'AVS ET DE LA LPP.

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ETAPES FONDAMENTALES	ARGUMENTAIRE
CHECKLIST EN 6 AXES	
10 - AVS et LPP	L'ÉGALITÉ IMPOSE DE TRAITER ENSEMBLE AVS ET LPP.
20 - PARTAGE ÉGAL DU TRAVAIL ÉDUCATIF, MÉNAGER ET DE CELUI DE PROCHE AIDANT-E	IMPORTANCE CRUCIALE D'UN PARTAGE DU TRAVAIL DOMESTIQUE ET DES SOINS AUX PERSONNES DÉPENDANTES, DE LA RECONNAISSANCE DE LEUR VALEUR FAMILIALE, ÉCONOMIQUE ET SOCIALE. L'INÉGALITÉ SUR LE MARCHÉ DU TRAVAIL EST LA CONSÉQUENCE DU PARTAGE INÉGAL DE CE TRAVAIL DOMESTIQUE ET DE SOINS.
30 - ACCÈS ÉGAL ET NON BIAISÉ AU MARCHÉ DU TRAVAIL	L'ACCÈS ÉGAL AU MARCHÉ DU TRAVAIL EST CLEF ET INTERVIENT EN AMONT DE L'ÉGALITÉ SALARIALE
40 - EDUCATION ET STÉRÉOTYPES	DES MESURES FERMES SUR LE FRONT DES DISCRIMINATIONS CONSCIENTES ET DE CELLES ENCORE ACTUELLEMENT INCONSCIENTES OU INTÉGRÉES PERMETTRONT D'ATTEINDRE UN POUVOIR ÉGAL ENTRE LES FEMMES ET LES HOMMES, ET POUR D'AUTRES DISCRIMINATIONS (APPARTENANCE ETHNIQUE, ORIENTATION SEXUELLE, APPARENCE PHYSIQUE PAR EX.)
50 – PRÉVENTION VIOLENCES ET SANTÉ	LES VIOLENCES PHYSIQUES ET MORALES FAITES AUX FEMMES EN PARTICULIER, MAIS AUSSI À TOUT AUTRE GROUPE DISCRIMINÉ, SONT INACCEPTABLES. LA PRISE EN COMPTE CORRECTE ET INFORMÉE DU GENRE ET DU CORPS DANS LES DOMAINES DE LA SANTÉ, DU DROIT ET DE L'ÉDUCATION SEXUELLE ET AFFECTIVE SONT INDISPENSABLES.
60 - FINANCEMENT	L'INÉGALITÉ NE PEUT ÊTRE JUSTIFIÉE PAR UN MANQUE DE MOYENS : EXAMEN DE SOURCES DE FINANCEMENT DURABLES ET EN PHASE AVEC LE MONDE ACTUEL

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
CHECKLIST EN 6 AXES	
10 - AVS et LPP	L'ÉGALITÉ IMPOSE DE TRAITER ENSEMBLE AVS ET LPP. LE MONTANT TOTAL DES RETRAITES DONNE LA MEILLEURE VUE D'ENSEMBLE DE L'ÉGALITÉ ENTRE HOMMES ET FEMMES PUISQU'IL RÉSUME LES PARCOURS DE VIE ENTIERS.
#11 Ne pas séparer AVS et LPP : assurer l'égalité du montant des retraites comme reflet du parcours de vie	Des retraites d'un montant égal sont le critère principal de mesure de l'égalité. Tout le reste en découle puisque l'inégalité dans les retraites résume toutes les inégalités : dans l'accès et la participation au travail rémunéré et au travail non rémunéré (soins), dans les différences de formations, dans les salaires, dans les systèmes de valorisation des métiers et dans l'accès aux postes de pouvoir.
#12 Cotiser à la LPP dès le 1^{er} franc	Ceci permet de diminuer les effets négatifs du temps de travail partiel en constituant une retraite dès le 1 ^{er} franc.
#13 Appliquer un taux de cotisation unique à la LPP	Toute variation du taux présuppose un parcours de vie. L'actuelle progression des taux est calquée sur un parcours de vie traditionnel masculin et marqué par l'époque de sa création, les années 70 : la retraite devait être constituée entre 45 et 65 ans surtout, car les revenus étaient à leur maximum à ce moment, et les enfants avaient quitté le nid. Un taux unique donne la même chance à tous les parcours de vie (femmes, reprise d'études, parentalité jeune ou plus tardive par ex). Le taux croissant actuel discrimine en particulier les personnes plus âgées travaillant dans l'économie actuelle.
#14 Créer un fond de compensation du 2^{ème} pilier pour les personnes ayant eu un accès restreint au travail rémunéré.	La disparité entre les retraites du 2 ^{ème} pilier entre les femmes et les hommes est vertigineuse : les femmes reçoivent 63% de rentes de moins : pour 1000.- touchés par un homme, en moyenne, une femme reçoit 370.-. Inversement les hommes reçoivent 3,125 fois plus de LPP que les femmes. L'AVS est plus égalitaire avec une disparité de 2.7% en moyenne grâce au bonus éducatif et au splitting des personnes mariées. Il faudra toutefois vérifier l'évolution de cette disparité due aux divorces, aux non-mariages et dans les nouveaux partenariats. En combinant AVS et LPP, la disparité des retraites reste de 37% en défaveur des femmes : pour 1000.- touchés par un homme, une femme touche 630.- ; ceci reste très important et dépasse de loin la disparité salariale (18% de moins pour les femmes ou 23% de plus pour les hommes). Cette différence démontre le cumul des effets de l'accès restreint au travail rémunéré, du partage inégal des tâches domestiques et de <i>caring</i> , des inégalités salariales et constitue ainsi le meilleur critère de mesure de l'égalité. Un fond de compensation pour payer une base LPP à chacune et chacun viendrait élégamment compenser cette discrimination et la subvention historique des femmes à l'économie.
#15 Modifier la LPP pour intégrer la couverture des risques pour les responsabilités de care et les situations de chômage	Quel accès aux assurances risque pour les personnes exerçant des responsabilités de care ? Permettre l'accès aux assurances risque (accident, maladie, invalidité) prévu par la LPP par un fond actif même en cas d'interruption de l'activité lucrative ou en cas de réduction temporaire du taux d'activité en raison de responsabilités de care. Quelle LPP pour les personnes qui arrivent à la retraite hors caisse d'un employeur ? Créer une caisse de compensation LPP pour les femmes et les hommes qui arrivent à l'âge de la retraite sans faire partie de la caisse de pension d'un employeur (chômage, fin de droits par exemple) afin de pouvoir bénéficier des avantages de la mutualisation des risques d'une caisse de pension.
#16 Quid de l'AVS ? Est-elle aussi égalitaire en cas de non-mariage, divorce, partenariats ?	L'AVS se base sur le mariage pour compenser le travail non rémunéré à travers le bonus éducatif et le splitting. Quid de la progression des couples non mariés et des divorces ainsi que des nouveaux partenariats ? Avec ces nouvelles configurations, le risque est que l'écart de 2.7% de l'AVS se creuse de façon significative pour les nouvelles générations.
#17 Renforcer l'AVS par rapport au 2^{ème} pilier	Transfert vers l'AVS de cotisations du 2 ^{ème} pilier car l'AVS tient compte dans une certaine mesure des activités de soin. Mais attention à d'abord analyser le point #15 « Quid de l'AVS ? » sur l'équité de l'AVS pour les nouvelles générations et familles dans toute leur diversité.

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
<p>20 - PARTAGE ÉGAL DU TRAVAIL ÉDUCATIF, MÉNAGER ET DE CELUI DE PROCHE AIDANT-E</p>	<p>IMPORTANCE CRUCIALE D'UN PARTAGE TOTAL DU TRAVAIL ÉDUCATIF ET MÉNAGER AVEC LA RECONNAISSANCE DE SA VALEUR. L'INÉGALITÉ SUR LE MARCHÉ DU TRAVAIL EST LA CONSÉQUENCE DU PARTAGE INÉGAL DE CE TRAVAIL DOMESTIQUE.</p>
<p>#21 Donner sa juste valeur au travail éducatif, ménager et de proche aidant-e</p>	<p>Réaliser l'importance pour la société et valoriser l'image des responsabilités parentales, éducatives, de santé familiale pour les hommes et pour les femmes.</p> <p>Valoriser les compétences nécessaires et acquises dans ce domaine.</p> <p>La Suisse doit prendre la mesure de l'importance des tâches domestiques pour les prendre en compte dans ses assurances sociales, lois, comportements et pour instaurer une norme de temps de travail compatible avec ces responsabilités domestiques, pour toutes et tous.</p> <p>Les autres mesures de cette catégorie, découlent toutes de cette valeur.</p> <p>La relégation de ces tâches en mains féminines et non payées a entraîné la méconnaissance de leur valeur pour le bon fonctionnement de la famille et pour la société. Le soin physique et l'attention aux besoins psychologiques des personnes dépendantes, le soutien et l'encadrement des jeunes, la connaissance des aliments et de leur préparation équilibrée constituent un investissement en temps important et sont des contributions essentielles et exigeantes au quotidien.</p> <p>Ces compétences doivent être valorisées également dans les sphères publiques et professionnelles. Elles doivent être enseignées à l'école aux garçons et aux filles.</p>
<p>#22 Instaurer un congé parental rémunéré de 1 an à partager</p>	<p>Congé parental rémunéré de 1 an pour un partage de l'expérience domestique et un retour au travail des deux parents à un taux d'activité équivalent. Diminution du coût des crèches.</p> <p>Ce congé est indispensable à l'égalité entre femmes et hommes : il encourage la responsabilisation et l'expérience des deux parents à la naissance de leur enfant, l'allaitement s'il est souhaité, la santé maternelle, le retour en forme à une activité professionnelle, la diminution des coûts des crèches. La présence du père, du ou de la partenaire durant au moins les deux premières semaines de retour à la maison est indispensable pour qu'elle ou il puisse aussi prendre sa place auprès de l'enfant.</p> <p>L'articulation de la suite du congé parental peut se faire soit successivement avec un temps minimum pour que la mère puisse se remettre en forme. En cas d'allaitement, l'OMS recommande 6 mois d'allaitement. Alternativement, le père ou le ou la partenaire pourrait étendre sa présence en adoptant un 80% durant et après le congé maternité pour un équivalent d'un congé de 2 à 4 mois environ. Ceci permettrait une implication continue et une transition vers un 80% permanent pour les deux parents.</p> <p>Pour la mère, ce plus long congé qu'actuellement et ce partage permettent un retour à l'emploi à un taux d'activité plus élevé, ce qui est aussi un résultat gagnant pour les entreprises.</p> <p>Ces mesures évitent une grande partie des coûts des crèches qui sont les plus élevés pendant la première année de crèche dû taux d'encadrement par enfant par des professionnel-le-s le plus élevé.</p> <p>L'enfant y gagne également en santé, en calme et en proximité avec ses deux parents.</p>
<p>#23 Introduire le droit à un horaire réduit pour les hommes et les femmes après le congé parental</p>	<p>Droit à un horaire réduit pour les deux parents au retour du congé parental ou pour la prise en charge de proches dépendants</p> <p>Cet horaire réduit permet la poursuite du partage des tâches dans le couple, la diminution du stress familial, le retour en emploi viable sur la longueur qui est bon pour l'investissement public et individuel dans le capital humain, la diminution du coût des crèches.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
	<p>Possibilité pour chacun des parents de travailler à un taux d'activité plus élevé plutôt qu'à un petit temps partiel pour celle ou celui qui ne fait que compenser la « suractivité » professionnelle de l'autre.</p> <p>Cette mesure peut s'appliquer aussi à l'assistance aux personnes proches âgées ou en situation de handicap.</p> <p>Le financement de cette mesure pourrait être envisagé pour un plafond de salaires à définir afin de la rendre accessible à toutes et tous et pour un temps défini.</p> <p>Cette mesure est compatible avec celle demandant le passage à une norme à plein temps de travail correspondant à un 80% actuel (cf #24).</p>
<p>#24 Instaurer une norme de travail équivalente à « 100% = un équivalent de 4 jours » pour tous et toutes, compatible avec les responsabilités éducatives / « 5 jours = 125% »</p>	<p>Passage pour toutes et tous à un horaire de référence compatible avec les responsabilités domestiques de « caring » par exemple notre 80% actuel (4 jours ou 32 heures). Des contrats à 125% pour 5 jours ou 40 heures demeurent possibles mais ne sont plus la norme. Passage à une norme de six semaines de vacances.</p> <p>Possibilité de combiner cette mesure avec l'introduction d'un RBI (revenu de base inconditionnel).</p> <p>La norme actuelle de 40-42h et 4-5 semaines de vacances présuppose la présence d'une personne en soutien qui prend la responsabilité du travail domestique.</p> <p>La nouvelle norme de l'engagement à 100% (4 jours/ 32 heures et 6 semaines de vacances) est atteignable pour toutes et tous et permet à chacun-e d'avoir des responsabilités de « caring » envers les jeunes, les personnes âgées ainsi que des activités associatives utiles.</p> <p>Cette vie plus équilibrée ainsi que la multi-activité amènent une polyvalence certaine, bénéfique au marché actuel, de plus riches expériences, une meilleure santé et plus de motivation.</p> <p>L'égalité dans le couple, la réalisation privée et professionnelle, l'engagement citoyen améliore le bien-être des individus et la richesse du pays.</p> <p>La transition vers les 32 heures/6 semaines pourrait être financée par le recours à un revenu de base inconditionnel (RBI) ou, pour les plus bas revenus, par une compensation partielle ou complète à définir.</p>
<p>#25 Education civique des jeunes dès l'école aux effets du couple, de la parentalité et du parcours professionnel</p>	<p>Education (des jeunes,...) aux effets de l'engagement en couple et de la parentalité ainsi que sur les conséquences de parcours professionnels à temps plein, partiel et des retraits en termes de droits, de devoirs et d'assurances sociales.</p> <p>Les jeunes doivent être instruit-e-s à l'école obligatoire, puis plus tard, par exemple en cours de citoyenneté ou de droit/économie, sur les effets de la parentalité, de la vie en couple (mariage ou non, partenariat, divorce, monoparentalité, garde partagée) dans toutes ses configurations possibles ainsi que sur les effets du temps partiel et du retrait du marché du travail, du chômage sur les assurances sociales. Ceci afin de leur permettre de prendre des décisions en toute connaissance de cause.</p> <p>Ces formations ont lieu à l'école puis dans les lieux de formation : apprentissages, Universités/HES, et sont offerts plus tard dans la vie lors d'unions civiles ou d'étapes de vie importantes.</p>
<p>#26 Transformer la fêtes des pères en une célébration du papa responsable et pleinement impliqué</p>	<p>Mettre en valeur des modèles de pères attentifs, compétents, présents, responsables et actifs dans tous les aspects du soin physique et psychologique et de l'organisation domestique, portant également la charge mentale de la famille.</p> <p>Offre de cours de cuisine, alimentation/ consommation durable, soin aux enfants ou psychologie.</p> <p>Ceci rejoint la mesure :</p> <p>#21 Donner sa juste valeur au travail domestique</p>
<p>#27 Eduquer à l'école aux travaux ménagers et éducatifs</p>	<p>Les garçons comme les filles doivent avoir des connaissances en alimentation durable, hygiène et soins aux enfants, ainsi qu'en travaux manuels. La suppression de travaux ménagers participe de la dévalorisation du travail domestique au sens large.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
30 - ACCÈS ÉGAL ET NON BIAISÉ AU MARCHÉ DU TRAVAIL	L'ACCÈS ÉGAL ET NON BIAISÉ AU MARCHÉ DU TRAVAIL EST CLEF ET INTERVIENT EN AMONT DE L'ÉGALITÉ SALARIALE. IL DÉPEND DE MULTIPLES FACTEURS : LA FORMATION, L'IMPOSITION, LES CRÈCHES, LES NORMES ET LES STÉRÉOTYPES DE GENRE ENTRE AUTRES.
#31 User de quotas pour contrebalancer la cooptation basée sur des stéréotypes - Qui accepterait d'être évalué-e par un jury biaisé ?	<p>Les quotas sont nécessaires dans les lieux de pouvoir (instances politiques, conseils d'administration, entreprises, directions...) pour lutter contre les stéréotypes discriminants. La cooptation au masculin est un fait et les quotas sont un juste rééquilibrage ; ils ne sont pas dévalorisants pour les femmes</p> <p>Les représentations négatives mettent les femmes ainsi que d'autres groupes à l'écart de certains postes de pouvoir. Aujourd'hui la co-optation des hommes dans des mondes majoritairement masculins ne relève pas forcément des compétences de ces derniers mais plutôt des stéréotypes en leur faveur.</p> <p>Les quotas rendent l'équilibre nécessaire entre femmes et hommes dans les lieux de pouvoir et contribuent ainsi à mettre fin aux stéréotypes. En rendant typique cet équilibre des genres, les quotas mettent en place un cercle vertueux qui les rendront peut-être inutiles à l'avenir. Le même principe s'applique dans les métiers « féminins », avec la réserve que des hommes occupent souvent les postes de pouvoir même dans ces milieux.</p> <p>Ces quotas s'appliquent aussi en matière de « modèles » : intervenant-e-s dans des émissions ou des conférences, noms de rue, d'école, figures sur les billets de banque, classements des 100 meilleurs écrivain-e-s, artistes, personnes influentes par exemple.</p> <p>Face à la critique du supposé manque de femmes, il suffit souvent de se référer à un réseau plus féminin ou mixte pour avoir accès à quantité de candidates ou de noms de référence.</p>
#32 Garantir l'égalité salariale	<p>L'égalité salariale entre femmes et hommes et entre métiers connotés « féminins » et « masculins » doit être assurée, ainsi que toute discrimination salariale touchant d'autres groupes de personnes.</p> <p>La discrimination salariale est la conséquence de normes différentes appliquées aux personnes comme aux métiers connotés différemment selon qu'ils sont exercés majoritairement par des femmes ou des hommes.</p> <p>Des mesures contraignantes et une surveillance indépendante dans les entreprises et les administrations sont nécessaires pour éliminer l'inégalité salariale entre personnes exerçant la même fonction ou entre personnes déployant des compétences équivalentes dans des métiers différents. Ce contrôle des discriminations salariales s'étend à d'autres groupes de personnes pour lesquelles il s'agit d'être alerte (discriminations liées à l'appartenance ethnique, l'orientation sexuelle ou l'apparence physique, par exemple).</p>
#33 Généraliser le télétravail, le top- et le job-sharing, les horaires souples	<p>Mesures de flexibilisation des modes et des temps de travail pour les femmes et les hommes nécessaires au partage des responsabilités. Les horaires souples, le top- et le job-sharing, le travail à distance pour les femmes et les hommes sont des mesures plébiscitées pour améliorer l'articulation des temps privés et professionnels et qui peuvent augmenter la motivation et la productivité au travail.</p> <p>Le top- et le job-sharing permet l'accès à des postes à responsabilité à temps partiel.</p> <p>Dans certains cas, ils correspondent à une économie de coûts en termes de locaux.</p> <p>Ces modèles entraînent plus de confiance et d'autonomie des employé-e-s, augmentant ainsi leur productivité et leur loyauté.</p> <p>Il ne s'agit pas de travail sur appel ni de formes où il y a abus de pouvoir.</p>
#34 Mettre fin à la pénurie de crèches et garantir leur financement	<p>Développer massivement les modes de garde des 0-12 ans</p> <p>Investissement rapide et financièrement garanti dans les modes de garde des enfants de 0 à 12 ans.</p> <p>Engagement politique fort.</p> <p>Pérennisation des fonds fédéraux de démarrage, nouveaux fonds fédéraux et cantonaux, participation des entreprises aux structures d'accueil. Ecole à journée continue.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
	<p>La parentalité est le facteur majeur d'inégalité sur le marché du travail. La naissance d'un enfant est un tournant décisif de la suite de la vie professionnelle.</p> <p>Examiner le retour de « l'employé-e à domicile » comme mode de garde complémentaire, subventionné et offrant de bonnes conditions d'emploi. Création d'emploi et réponse au besoin de certaines familles.</p>
<p>#35 Garantir des tarifs de crèche abordables pour les fratries</p>	<p>Tarifs des crèches abordables comparables à ceux pratiqués en Europe avec plusieurs enfants à charge.</p> <p>Les tarifs actuels sont dissuasifs et contre-productifs par rapport à l'investissement public et privé dans l'éducation. Le cumul des tarifs des crèches et des impôts peuvent actuellement dépasser le 100% du deuxième revenu. Ceci alors que la Suisse fixe un maximum d'impôts à 60% (bouclier fiscal). Le revenu disponible après impôts et pensions de garde, avec un ou plusieurs enfants, doit rester attractif.</p>
<p>#36 Imposer de façon juste et non-dissuasive les personnes mariées</p>	<p>Imposition juste et non-dissuasive basée sur la réelle capacité économique de chacun-e.</p> <p>La « deuxième personne » d'un ménage marié subit une pénalisation financière et un effet dissuasif à l'emploi rémunéré dus au cumul des revenus du ménage.</p> <p>Son imposition est sans rapport avec sa propre capacité économique; cette pénalisation est d'autant plus grande que l'écart entre les deux revenus du ménage est important.</p> <p>Un revenu disponible minime ou même négatif a pu être constaté après impôt et frais de garde.</p> <p>De là la réflexion « qu'il ne vaut pas le peine de travailler ». Cet effet dissuasif n'est pas compatible avec la liberté économique prônée en Suisse. L'imposition individuelle permet l'accès au travail rémunéré non biaisé par un poids excessif de l'impôt.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
40 - ÉDUCATION ET STÉRÉOTYPES	<p>PRISE DE CONSCIENCE DES STÉRÉOTYPES COLLECTIFS TOUCHANT TANT LES FEMMES QUE LES HOMMES.</p> <p>DES MESURES FERMES SUR LE FRONT DES DISCRIMINATIONS CONSCIENTES ET DE CELLES ENCORE ACTUELLEMENT INCONSCIENTES OU INTÉGRÉES PERMETTRONT D'ATTEINDRE UN POUVOIR ÉGAL ENTRE LES FEMMES ET LES HOMMES.</p> <p>TOUTE UNE SÉRIE D'ATTITUDES RELEVANT DES HABITUDES, DE L'INCONSCIENT COLLECTIF, DES STÉRÉOTYPES ENTRAÎNENT DES DISCRIMINATIONS RÉPÉTÉES ET PARFOIS INCONSCIENTES QUI FREINENT FORTEMENT LES AVANCÉES VERS L'ÉGALITÉ.</p> <p>LA MISE EN LUMIÈRE DE CES PRIVILÈGES ET DISCRIMINATIONS ENTRE FEMMES ET HOMMES MAIS AUSSI CELLES TOUCHANT D'AUTRES IDENTITÉS OU GROUPES DE POPULATION (APPARTENANCE ETHNIQUE, ORIENTATION SEXUELLE, APPARENCE PHYSIQUE PAR EX.) EST UNE PRIORITÉ.</p>
#41 Instaurer la diversité comme norme universelle et référence dans les lois, normes et contrats	<p>Toute réflexion doit partir de la diversité comme norme (assurance, loi) et le langage doit le refléter.</p> <p>Il n'est plus acceptable de recourir à « l'universel=le masculin » comme norme de départ et de référence, norme reflétant l'androcentrisme de notre société. En effet, à partir du moment où il y a une seule norme puis des variations éventuelles sur cette norme, les discriminations et stéréotypes sont gravés, notamment, dans les comportements, le langage, les lois, les assurances, dans la fiscalité, l'éducation ainsi que la médecine.</p> <p>La norme du masculin suppose souvent également le fait de se référer à une personne blanche, suisse, hétérosexuelle, jeune ou alors plus âgée selon les contextes.</p>
#42 Former sur les stéréotypes historiques et leurs conséquences négatives sur la vie des femmes et des hommes	<p>Former dans les écoles et les crèches, les universités, les administrations et les entreprises sur l'origine systémique de la discrimination et des privilèges et sur leurs conséquences négatives sur les femmes et les hommes.</p> <p>Cette éducation est une priorité pour la prise de conscience de l'héritage historique et systémique du système social et économique actuel.</p> <p>Ce système inégalitaire touche les rapports entre femmes et hommes ainsi que la discrimination d'autres groupes selon l'âge, l'appartenance ethnique, l'orientation sexuelle, la classe sociale, la religion, l'apparence physique...</p> <p>Il confère des privilèges aux groupes dominants selon ces mêmes critères.</p> <p>Les hommes en sont aussi victimes puisqu'ils subissent l'injonction de se conformer à des stéréotypes de comportement limitants et parfois oppressants</p> <p>Cette prise de conscience est indispensable à la mise en œuvre de changements sociaux durables dans les attitudes, les rapports de pouvoir mais aussi dans les lois, les assurances sociales.</p> <p>Le potentiel et la liberté de chacun-e seraient augmentés dans les domaines privé et professionnel avec l'adoption de la référence : « la diversité est la norme ».</p> <p>Une augmentation du bien-être et de la productivité ainsi qu'une diminution des coûts de la santé peuvent en être attendus.</p> <p>L'enjeu économique est ainsi très important en sus des enjeux privés</p>
#43 Former à des représentations non stéréotypées des femmes et des hommes dans les supports en tout genre	<p>Education en vue de l'élimination des représentations sexistes, stéréotypées des femmes et des hommes dans l'espace public.</p> <p>Une prise de conscience des stéréotypes dans la publicité, les jouets, les livres mais aussi dans les journaux, les films, sur les billets de banque, les affiches, les émissions et conférences ainsi que dans la langue doit être assurée, pour tous les stéréotypes de genre.</p> <p>Les exemples de ces stéréotypes sont nombreux. Des femmes dénudées, passives, en retrait ou en soutien du héros masculin, accompagnées d'hommes hyper-virilisés (muscles, poils, agressivité, meneur, admiré de jeunes femmes, ...) sont monnaie courantes.</p> <p>Ces représentations renforcent les stéréotypes et contraignent tant les femmes que les hommes dans leurs choix de vie.</p> <p>Des images inclusives permettant de rendre familiers d'autres groupes exclus de cette imagerie sur la base de l'appartenance ethnique, l'orientation sexuelle ou religieuse, l'apparence ou l'âge, les situations de handicap ou la maladie sont également indispensables à une société basée sur la « diversité comme norme ».</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
#44 Éduquer les filles à affirmer leur pensée et leur confiance en soi	<p>Cesser d'éduquer les filles à n'être qu'aimables, sensibles, calmes et gentilles..</p> <p>L'éducation des filles à la primauté du masculin est un terrain sur lequel la violence envers les filles et les femmes peut se développer sans résistance et avec l'approbation sociale.</p> <p>Il est urgent d'éduquer les filles à se penser en tant qu'égales et à affirmer leur puissance et leur pouvoir, en dépassant ainsi leur éducation stéréotypée.</p>
#45 Eduquer les garçons pour mettre fin au «code de la masculinité»	<p>« Stoïcisme, bravade, virilité sans nuance, évitement de la honte et du féminin » forment un carcan émotionnel et culturel pour les garçons et les hommes qui les empêchent de vivre pleinement leur potentiel d'humain dans tous les domaines.</p> <p>La violence de ce code masculin, la dévalorisation du féminin et la banalisation de la pornographie requièrent un soutien spécifique des garçons à l'école tout en incluant les filles dans ces actions.</p>
#46 Employer un langage inclusif	<p>Il est indispensable de reconnaître l'influence du langage sur les représentations des femmes et des hommes, du pouvoir ou de la dénégation que confère la langue. Le lien entre la langue et le système d'organisation sociale en place doit être expliqué. Il est donc nécessaire d'adopter des modifications.</p> <p>L'éducation sur l'évolution historique de la langue permet de montrer que le français a été plus inclusif à une autre époque. Le terme « féminiser » n'est ainsi pas suffisamment précis, car il s'agit plutôt d'une démasculinisation de la langue.</p> <p>En effet, les métiers au féminin étaient courants jusqu'au 17^{ème} siècle (une médecine, une philosophe, une autrice, par ex) : il s'agit donc de retrouver l'équilibre de la langue et non pas seulement d'inventer quelque chose de nouveau.</p> <p>La valeur dite « générique » du masculin ne permet pas aux femmes d'être identifiées spontanément. Plusieurs stratégies permettent un langage plus inclusif.</p> <p>Par exemple, un neutre collectif permet de neutraliser la langue (la Direction, le corps professoral, les membres de l'équipage,).</p> <p>L'utilisation de doublons est possible, sans toutefois perdre de vue que l'ordre de mention est souvent le reflet de l'androcentrisme de notre société.</p> <p>Par exemple, « je vous déclare mari et femme » n'a pratiquement jamais été « femme et mari », tant le mari a été considéré comme l'entité dominante du couple. Nommer ainsi les femmes en premier (les politiciennes et les politiciens) tend à rétablir un déséquilibre hiérarchique.</p> <p>La féminisation des métiers est indispensable pour opérer les changements nécessaires des consciences.</p> <p>Aussi, la prise de conscience de la dévalorisation associée au féminin et des injures au féminin pour les hommes (par ex. : tapette, mauviette, femmelette).</p>
#47 Mesurer et contrôler dans tous ses aspects l'évolution de l'égalité en Suisse	<p>Mesurer et contrôler tous les aspects de l'égalité des plus explicites aux plus subtils avec une grille de critères pertinents et englobant tous les axes de l'égalité.</p> <p>Pour cela toutes les statistiques publiques, rapports d'activité et de performance des entreprises doivent partir de la perspective de l'inclusion du genre. Elles s'appliquent à tous les lieux d'activité et de socialisation : administrations, entreprises, écoles, clubs de sport, par exemple. Mais aussi à la performance des politiques publiques : des assurances sociales, des systèmes de prévoyance, de santé et d'éducation. Une vérification de la répartition entre les genres des dépenses et des espaces publics est incluse.</p> <p>Ces rapports sont une carte de visite valorisante et démontre le chemin effectué par les administrations publiques et les entreprises avec les mesures prises en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes.</p> <p>Leur production est soutenue et facilitée par des spécialistes et des modèles d'analyses. Des sanctions sont prévues en cas d'absence de progrès non étayée.</p> <p>Les systèmes basés sur l'universel = masculin ne doivent plus être la norme contre laquelle se mesurent les autres groupes. Par exemple, il s'agit de focaliser et de communiquer autant sur les femmes que les hommes: ex : les hommes gagnent 23% de salaire en plus que les femmes, au lieu des femmes gagnent 18% de moins que les hommes. Ou, les hommes effectuent 4 fois moins de tâches ménagères que les femmes (30 minutes contre 2 heures) , ou encore les hommes ont 3.12 fois plus de retraites LPP que les femmes (1000.- pour les hommes contre 370.- pour les femmes)).</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
	<p><i>Journée du 8 mars comme journée de l'évaluation de l'égalité dans les domaines publics et des entreprises</i></p> <p>La journée du 8 mars, les administrations et les entreprises rendent des comptes publics sur l'égalité des rôles et des salaires en leur sein. Le 14 juin, les parties concernées prennent à leur tour position.</p> <p>Les entreprises commerciales communiquent sur l'égalité au lieu d'offrir des rabais sur des sous-vêtements. Le 8 mars n'est pas la Saint-Valentin !</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
50 - PRÉVENTION VIOLENCES ET SANTÉ	LES VIOLENCES PHYSIQUES ET MORALES FAITES AUX FEMMES EN PARTICULIER, MAIS AUSSI À TOUT AUTRE GROUPE DISCRIMINÉ SONT INACCEPTABLES. LA PRISE EN COMPTE CORRECTE ET INFORMÉE DU GENRE ET DU CORPS DANS LES DOMAINES DE LA SANTÉ, DU DROIT ET DE L'ÉDUCATION SEXUELLE ET AFFECTIVE SONT INDISPENSABLES.
#51 Former à une perspective de genre les professionnel-le-s de tous les domaines où la prévention peut s'exercer – « Permis de se conduire »	Afin d'identifier et de prévenir la façon dont les comportements, la violence, les maladies et les symptômes sont genrés, une formation des professionnel-le-s à la perspective de genre de tous domaines où la prévention peut s'exercer s'impose (santé, policier-ères, juges, avocat-e-s, journalistes, dirigeant-e-s et cadres en entreprise, enseignant-e-s de tous niveaux par exemple). L'exercice de ces métiers est soumis à l'obtention d'une certification, une sorte de « Permis de se conduire ».
#52 Faciliter le recours à la défense par voie légale en cas de violence et d'abus	<p>Les violences sexistes, soit celles relevant du sexisme ordinaire aux plus extrêmes, sont courantes et systémiques comme l'a médiatisé la campagne #metoo. Cette dernière a permis de passer d'une parole individuelle inaudible à une puissante voix collective.</p> <p>Le recours à la loi, ainsi que l'obtention d'une reconnaissance pour des violences ou des abus subis est, en pratique, peu accessible aux victimes, ceci notamment pour des raisons de fardeau de la preuve ou de coûts personnels (humiliation, exposition). Une facilitation de l'accès aux moyens de défense légaux, financiers ou autres, est nécessaire.</p> <p>Cet accès facilité consisterait, entre autres, à équilibrer la question du fardeau de la preuve, accélérer la procédure et rendre l'action légale plus accessible auprès de la police. La reconnaissance de ces violences physiques et morales passe également par la formation des professionnel-le-s impliqué-e-s (police, médecins, juges, avocats, cadres, enseignant-e-s).</p> <p>Cette mesure s'applique non seulement aux violences sexistes mais à tout type de violence ou d'abus (raciste, homophobe, discrimination sur la base de la religion, de l'apparence ou autre). Les abus de pouvoir en tout genre doivent être reconnus.</p>
#53 Sensibiliser le public à reconnaître les manifestations de certaines formes de violence et à y réagir au quotidien dans tous les lieux concernés : famille, lieu de travail, la rue, espaces politiques, publics et voués à l'éducation par ex.	<p>Au-delà de la sphère légale, toute personne témoin de violence doit être sensibilisée à repérer la violence ordinaire comme la plus grave et réagir au quotidien dans l'espace privé et public qu'il ou elle occupe (direction, cadre, chefs, collègues, passants dans la rue, professeur-e-s et enseignant-e-s. parents et amis, hommes et femmes témoins de ces violences) – (famille, lieu de travail, la rue, espaces politiques, publics et voués à l'éducation par ex).</p> <p>Cette mesure s'applique non seulement aux violences sexistes mais à tout type de violence ou d'abus (raciste, homophobe, discrimination sur la base de la religion, de l'apparence ou autre). Les abus de pouvoir en tout genre doivent être reconnus.</p>
#54 Eduquer les filles et les garçons aux relations entre les sexes, à la vie affective et sexuelle ainsi qu'à la représentation et au fonctionnement de leur corps.	<p>L'éducation aux relations entre les sexes, l'éducation affective et sexuelle des filles et des garçons du point de vue du corps, de l'affection et des orientations sexuelles doit leur permettre une appréhension correcte, saine et diversifiée de ces dimensions. La question de l'orientation affective et sexuelle est incluse explicitement et les notions de respect et de consentement sont définies clairement afin de prévenir le harcèlement et les violences morales et sexuelle, intimidation, injure, viols, pornographie, suicide).</p> <p>Les supports de cours sont actualisés. En effet, nombre de descriptions du corps des femmes et des hommes dans des livres de biologie ou d'éducation sexuelle donnent une image fautive ou incomplète. La référence dans les livres est souvent aux organes génitaux masculins qui sont ensuite déclinés au féminin de façon simplifiée ou sur une vignette.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
<p>#55 Instaurer un bilan médical des futurs pères</p>	<p>Un bilan médical des futurs pères serait un signal important en vue de leur prise en compte et de leur responsabilisation envers un enfant à naître qu'ils s'apprêtent à soutenir pour une vingtaine d'années.</p>
<p>#56 Thématization: clitoris = pénis / andropause = ménopause</p>	<p>Thématisation du corps et de son fonctionnement équivalent :</p> <p>Seul un manuel scolaire français sur dix décrit correctement et complètement le clitoris, souvent ramené à un simple point alors qu'il est un organe de taille et d'origine équivalente au pénis. Une description correcte des organes féminins et masculins ainsi que la mention des situations intersexes et de leur origine cellulaire commune permet une bonne connaissance du corps séparément sous les angles sexuels et de la reproduction. Cette description permet aussi de mettre fin au mythe de « l'absence de » chez les filles.</p> <p>La thématization de l'andropause au même titre que la ménopause instaure une liberté de parole sur ces sujets tant pour les hommes que pour les femmes.</p> <p>Le sujet de l'andropause doit être thématized tant pour permettre aux hommes de s'exprimer sur les sujets qui les préoccupent à ce stade de leur vie et trouver des réponses tant médicales que psychologiques que pour cesser de stigmatiser cette phase de vie pour les femmes.</p> <p>Les hommes sont affectés comme les femmes par des changements au long des années, par un déclin du fonctionnement de leurs hormones et par des changements au cours des âges de la vie.</p> <p>Femmes et hommes doivent pouvoir vivre et s'exprimer librement durant cette phase de leur vie.</p> <p>Une meilleure connaissance de cette phase de vie sera atteinte avec cette ouverture et l'élimination de certains préjugés négatifs.</p>

Feuille de route pour une mise en œuvre d'une politique de l'égalité cohérente et globale avant toute hausse de l'âge de la retraite des femmes

ACTIONS CONCRETES	ARGUMENTAIRE
<p>60 - FINANCEMENT DE L'ÉGALITÉ OU LES MOYENS FINANCIERS DE L'ÉGALITÉ?</p>	<p>L'INÉGALITÉ NE PEUT ÊTRE JUSTIFIÉE PAR UN MANQUE DE MOYENS : EXAMEN DE SOURCES DE FINANCEMENT DURABLES ET EN PHASE AVEC LE MONDE ACTUEL</p>
<p>#61 Fiscalité juste et nouvelle pour financer une Suisse égalitaire et innovante - Revenu de base inconditionnel et fonds souverain</p>	<p>Compenser les sources d'imposition traditionnelles qui déclinent pour financer les ajustements indispensables à l'égalité entre femmes et hommes.</p> <p>Les services publics souffrent de restrictions financières qui <i>obèrent</i> parfois leur qualité (santé, éducation, soutien aux plus faibles). Plusieurs facteurs sont avancés pour expliquer la difficulté de réunir les fonds publics suffisants :</p> <ul style="list-style-type: none"> - La concurrence entre pays pousse à une concurrence fiscale délétère et autodestructrice. - De nouveaux modèles d'affaires basés sur une pseudo-gratuité pour les clientes et clients tout en utilisant leurs données. - L'imposition basée sur le revenu du travail et sur la fortune déclinent (machinisation, optimisation fiscale internationale). <p>Les solutions sont par exemple :</p> <ul style="list-style-type: none"> - L'imposition juste de l'activité des entreprises internationales mise en place à l'échelle européenne et de l'OCDE, - L'imposition basée sur les nouveaux modèles d'affaire (taxation des transactions électroniques, transactions financières, taxation sur le chiffre d'affaires des GAFA, de l'utilisation des données personnelles par les grandes entreprises) - L'imposition basée sur des sources compatibles avec un monde durable (énergies non durable par exemple). <p>Création d'une forme de revenu de base inconditionnel</p> <p>La réflexion sur la mise en place d'une méthode de financement d'un revenu de base inconditionnel (RBI) pour inclure le travail gratuit, familial ou citoyen effectué par chacun-e s'impose. En effet le RBI peut compenser plusieurs contributions :</p> <ul style="list-style-type: none"> - La livraison des données personnelles dans les nouveaux modèles d'affaires « gratuits », - La prise en compte du travail domestique, - La prise en compte des activités citoyennes et associatives. <p>Création d'un fond souverain pour la mise en œuvre de l'égalité</p> <p>La création d'un fonds souverain se justifie pour mettre en œuvre l'égalité et pour donner réparation aux subventions des femmes à l'économie (travail gratuit, LPP manquante et imposition excessive des femmes mariées). La Suisse a une dette envers les femmes.</p>

Comité « Les femmes disent non à AVS 21 »

Ancien Comité « Les femmes disent non à PV 2020 »

Collectif « #65NoPeanuts ! »

p.a. SSP-VPOD
Case Postale 1360
1001 Lausanne

Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, PP et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Département de l'intérieur
Effingerstrasse 20
CH-3003 Berne

Emina.alisic@bsv.admin.ch

Lausanne, le 9 octobre 2018

Réponse à la consultation du Conseil fédéral sur le projet « Stabilisation de l'AVS » (AVS21)

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Le Comité des femmes contre PV 2020 a combattu la hausse de l'âge de la retraite des femmes et a eu la satisfaction de voir cette mesure rejetée par le peuple lors de la votation populaire du 24 septembre 2017.

Suite à la publication du projet « Stabilisation de l'AVS », dit AVS 21, le Comité a décidé de prendre part à la présente consultation afin de réitérer son refus de l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes. Cette mesure a été une des deux raisons principales du rejet de PV 2020, et les femmes ont majoritairement refusé ce projet. Le Comité a participé à la table ronde le 27 octobre 2017, organisé par le Conseiller fédéral Alain Berset, pour expliquer les raisons principales du refus massif des femmes de PV 2020. Le but était que le Conseil fédéral puisse élaborer une réforme du système de prévoyance vieillesse mettant fin à la précarité et la pauvreté des femmes à la retraite.

Or AVS 21 ne répond pas à ces attentes légitimes des femmes. C'est pourquoi, le Comité rejette AVS 21 et sa proposition d'augmenter l'âge de la retraite des femmes.

Les compensations proposées ne modifient en rien notre position d'autant qu'elles sont transitoires et insuffisantes. En effet, la situation des femmes n'a pas évolué. Rien ne montre que l'égalité entre les femmes et les hommes inscrite dans la Constitution fédérale puisse dans un futur proche être réellement concrétisée. Les femmes ont toujours des salaires et des rentes plus basses, elles fournissent toujours les deux tiers du travail de care et reproductif non rémunéré et ne touchent qu'un tiers des revenus. Aucune mesure concrète n'a été mise en place pour relever les salaires féminins et pour sanctionner les entreprises en cas de discrimination salariale. La très modeste révision de la Loi sur l'Égalité (LEg) a été vidée de son contenu et n'est toujours pas sous toit. De fait les femmes

« subventionnent » doublement l'économie : par le travail non rémunéré au sein des ménages privés et par le travail rémunéré au rabais au sein des entreprises.

Le Comité des femmes contre AVS 21 rejette aussi la hausse de la TVA qui frappe plus durement les revenus modestes, et dès lors une majorité de femmes.

Seule une réforme globale qui vise à renforcer durablement le 1^{er} pilier pourrait remplir le mandat constitutionnel et garantir aux femmes, en particulier à celles qui ont des revenus modestes des conditions de retraites dignes. En effet, le système de prévoyance professionnelle maintient les inégalités sociales, économiques et de sexuées.

AVS 21 va à l'encontre de ce but, en obligeant les femmes à travailler une année de plus, alors qu'elles constituent le parent pauvre de la prévoyance vieillesse. Si nous sommes favorables à renforcer le financement de l'AVS, cela doit se faire principalement via une hausse des cotisations salariales paritaires, qui sont proportionnelles aux salaires et qui ont l'avantage d'être dé plafonnées garantissant ainsi une certaine solidarité et redistribution entre les hauts et les bas salaires.

En vous remerciant d'avance pour l'attention que vous porterez au présent courrier, nous vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

Pour le Comité
« *Les femmes disent non à AVS 21* »

Michela Bovolenta



Marianne Ebel



Manuela Honegger



Pour le Collectif
« #65NoPeanuts ! »

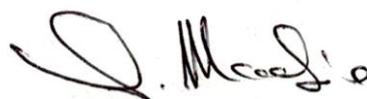
Danielle Axelroud



Sylviane Gosteli



Lynn Mackenzie



Comité « Les femmes disent non à AVS 21 » et Collectif « #65NoPeanuts »

Réponse à la consultation sur le projet de révision « Stabilisation de l'AVS » ou AVS 21

1. Situation des femmes
2. Financement de l'AVS
3. Relèvement de l'âge de la retraite
4. Mesures dites de compensation et mesures incitatives
5. Financement additionnel
6. Lien avec PF 17 ou Réforme de la fiscalité et financement de l'AVS (RFFA)
7. Considérations finales

1. Situation des femmes

La situation des femmes n'a pas changé. Les femmes ont toujours des salaires et des rentes plus basses que les hommes, elles fournissent toujours les deux-tiers du travail non rémunéré et ne touchent qu'un tiers des revenus. Le travail de care et reproductif non rémunéré des femmes se chiffre à 250 milliards de francs par année (selon les calculs de l'Office fédéral de la statistique). Ce travail doit être reconnu et valorisé dans les assurances sociales, en particulier dans le système de prévoyance vieillesse.

Aucune mesure concrète n'a été mise en place pour relever les salaires féminins. La très modeste révision de la LEg a été vidée de son contenu et n'est toujours pas sous toit. De fait les femmes «subventionnent» doublement l'économie : par le travail non rémunéré au sein des ménages privés et par le travail rémunéré au rabais au sein des entreprises.

Avec AVS 21, d'après les estimations du Conseil fédéral, les femmes contribueront aux économies pour 10 milliards de francs supplémentaires pour la période allant de 2022 à 2030. Pendant la même période, les femmes perdront 80 milliards de francs uniquement à cause des discriminations salariales dites inexplicables. Car les employeurs gagnent chaque année 10 milliards de francs sur le dos des femmes ! Si cet argent leur était dûment versé, l'AVS serait elle aussi bénéficiaire, car les femmes verseraient 840 millions de francs de cotisations supplémentaires par année, soit pour la période susmentionnée, 8,4 milliards de francs. Avec un tel apport supplémentaire, une partie des problèmes de financement de l'AVS seraient résolus sans besoin de faire travailler les femmes une année de plus.

2. Financement de l'AVS

Au cours de la campagne contre PV 2020, on nous a prédit le désastre pour les finances de l'AVS, déjà pour 2017. Or, la situation est loin d'être catastrophique. Certes le compte de répartition (cotisations versées moins rentes versées) présente un déficit. Mais les cotisations ne constituent qu'une partie du financement de l'AVS, qui bénéficie en plus d'autres apports, dont les intérêts des réserves du Fonds de compensation. Ainsi, le résultat du compte de l'AVS pour 2017 est en réalité bénéficiaire de 1,087 milliard de francs. Même le rapport explicatif pour la procédure de consultation reconnaît à la page 61 que *« malgré les déficits de répartition enregistrés depuis quelques années, les intérêts sur les placements ont permis jusqu'ici à l'assurance d'afficher un résultat d'exploitation positif »*.

Depuis des années, toutes les prévisions pour l'avenir de l'AVS sont catastrophistes. En 2004-2005, c'était déjà le cas. Le directeur de l'OFAS de l'époque, Yves Rossier déclarait à la presse *« Les élus sont prévenus : dans 5 ans (2010), l'argent sera à peine suffisant pour payer 7 ans de rente. Deux ans plus tard, selon les scénarii établis par l'OFAS, la dégringolade s'accélérerait subitement. On risque de dépasser, en 2012, la côte d'alerte. Techniquement, si l'on tient compte des dettes de l'AI (que l'AVS*

prend en charge), les liquidités à disposition du fonds ne représenteraient plus que 15% à 20% des coûts d'une année. On s'approcherait de la faillite » (24 Heures, 03.11.2005). Or, avec un capital de plus de 45 milliards de francs, l'AVS est aujourd'hui loin du gouffre annoncé.

Le phénomène du vieillissement de la population est largement surexploité. Globalement, la masse salariale, ainsi que la productivité ont augmenté en Suisse, de telle sorte que sur un franc de valeur produite en Suisse, la part consacrée à l'AVS est restée pratiquement constante, passant de 0,05% en 1975 à 0,06% en 2013. Les cotisations versées à l'AVS ont pour leur part passé de 13,9 milliards de francs en 1975 à 31 milliards de francs en 2017.

Voilà pourquoi, nous considérons que la situation de l'AVS est loin d'être dramatique. Toutefois, nous admettons qu'on pourrait augmenter de manière modérée les cotisations salariales paritaires qui sont bloquées depuis 1975. Le rapport explicatif pour la procédure de consultation admet à la page 62 que *« pour couvrir les besoins supplémentaires de financement jusqu'à l'horizon 2030, le taux de cotisation AVS devrait être majoré de 1,3% ».*

3. Relèvement de l'âge de la retraite des femmes

Nous rejetons catégoriquement la hausse de l'âge de la retraite des femmes. Ce relèvement rapporterait 1,2 milliard de francs par année. Cela correspond à 0,3% de cotisations supplémentaires. Un montant tout à fait modeste, qui n'aurait guère de conséquences sur le bon fonctionnement de l'économie suisse. Au contraire, imposer aux femmes de travailler une année de plus représente pour beaucoup d'entre elles un énorme sacrifice, alors que les femmes sont majoritaires dans les emplois précaires, flexibilisés et mal rémunérés, qu'avec le travail domestique elles ont une double journée de travail, qu'elles sont surreprésentées dans la population pauvre, et qu'elles représentent la majorité des personnes aux prestations complémentaires.

Il nous semble aussi très important de rappeler la situation dramatique des personnes de plus de 55 ans qui sont au chômage et qui le restent très souvent pour une longue durée. La CSIAS vient d'ailleurs de tirer la sonnette d'alarme et dénonce l'augmentation du nombre de personnes de 55 à 64 ans à l'aide sociale, une hausse de 50% entre 2000 et 2016 !

Il n'y a aujourd'hui aucune raison à ce que les femmes travaillent une année de plus alors qu'elles subventionnent de fait l'économie qui leur verse des salaires plus bas et que toute la société profite de leur travail gratuit dans les domaines du travail domestique et de soins aux proches.

4. Mesures dites de compensation et mesures incitatives

Les mesures de compensation sont transitoires et très insuffisantes. Ces mesures ne s'appliquent qu'à une génération transitoire, soit les femmes nées entre 1958 et 1966. Or les femmes nées après cette date continuent d'être discriminées tant au niveau des salaires que de l'évolution professionnelle. Les carrières discontinues et les temps partiels sont toujours le lot de la majorité des femmes salariées. Les jeunes générations sont même encore davantage concernées par le travail précaire. Une étude très récente sur la transition de l'école à l'âge adulte, observe que *« le facteur influençant le plus la situation professionnelle des trentenaires reste le sexe, en combinaison avec la situation familiale (...), alors que les hommes avec des enfants exercent ou continuent d'exercer pratiquement tous sans exception une activité à plein temps, environ un cinquième de toutes les femmes ayant des enfants quittent (du moins temporairement) le marché du travail. Les trois quart des mères exerçant une activité professionnelle, travaillant à temps partiel, à un taux d'occupation inférieur à 50% dans près de la moitié des cas. »* Résultat : à 30 ans, l'écart au niveau du revenu effectif est d'environ 1500 francs par mois. (Thomas

Meyer, De l'école à l'âge adulte : parcours de formation et d'emploi en Suisse, Université de Berne, 2018).

Loin d'être un résidu du passé, le modèle de l'emploi à temps plein pour l'homme et du temps partiel pour la femme, reste dominant. On comprendra aisément que des mesures transitoires se limitant aux femmes nées entre 1958 et 1966 ne peuvent que condamner la nouvelle génération de femmes à une retraite de misère !

La variante à 400 millions de francs ne toucherait, d'après les estimations du Conseil fédéral, que 25% des femmes nées entre 1958 et 1966. Autant dire que cette variante sera sans effet réel sur la majorité des femmes.

La variante à 800 millions consiste en un encouragement financier à travailler au delà de 65 ans. Elle n'est donc aucunement une compensation pour la hausse de l'âge de la retraite de 64 à 65 ans, mais une tentative de pousser les femmes à travailler encore plus longtemps.

5. Financement additionnel

Nous rejetons la hausse de la TVA qui frappe plus durement les revenus modestes et dès lors une majorité de femmes. Ce financement additionnel consiste en une hausse de la TVA de 1,5%. Or, la TVA a été une des raisons du rejet de PV 2020 : il s'agit d'une taxe antisociale et régressive, qui pèse plus lourd sur les petits revenus. Parmi ces derniers, les personnes à la retraite elles-mêmes contribueraient à leur propre retraite en payant le surplus de TVA sur leur consommation, ce qui aboutit, in fine, à une réduction du pouvoir d'achat de leurs pensions et contredit ainsi l'objectif affiché du « maintien des rentes ». De notre point de vue, le financement de l'AVS doit être assuré principalement par une hausse des cotisations, qui n'ont plus été relevées depuis 1975. La position du patronat contre la hausse des cotisations prélevées sur les salaires est purement idéologique et ne se justifie plus après plus de 40 ans de blocage total.

6. Lien avec PF 17 ou RFFA

L'AVS et la suppression des statuts spéciaux pour les entreprises sont deux dossiers qui doivent être traités séparément. Formellement il n'y a aucune unité de la matière et sur le fonds il n'y a aucune raison de marchandiser le financement de l'AVS, qui est la principale œuvre sociale du pays, avec une baisse de l'imposition des entreprises et donc des recettes des collectivités publiques. On parle de compenser les pertes fiscales par le financement de l'AVS. Mais on ne peut pas compenser un manque à gagner avec des dépenses supplémentaires. Une baisse généralisée de l'imposition des entreprises finira, tôt ou tard, par se retourner contre la population et contre les salarié-e-s du service public, dont une majorité de femmes, sous forme de coupes budgétaires au niveau tant des conditions de travail que des prestations et des assurances sociales.

Dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation, le Conseil fédéral indique à la page 14, que « la hausse de la TVA sera réduite à proportion des recettes supplémentaires en faveur de l'AVS prévues dans le Projet fiscal 17 ». Si ce projet devait passer, la hausse de la TVA serait limitée à 0,7 point. Le rapport ne dit cependant pas que le Conseil fédéral renoncerait par là même à la hausse de l'âge de la retraite des femmes. Il est donc évident, au-delà des effets de manche, que la RFFA n'éloigne pas le spectre de la hausse de l'âge de la retraite pour les femmes. Ainsi, elles risquent bien une fois de plus de payer deux fois la facture : elles travailleront ou attendront un an de plus avant de toucher leurs rentes et seront les premières à faire les frais des coupes budgétaires dans les services publics avec des

conséquences sur elles en tant que travailleuses, usagères et pourvoyeuses du travail de care gratuit au sein des familles et auprès de proches dépendants.

7. Considérations finales

Le Comité des femmes contre AVS 21 considère que le premier pilier est le plus important pour la majorité des femmes qui vivent avec des revenus bas à moyen. Pour lutter contre la pauvreté des femmes âgées et la prévenir, le renforcement de l'AVS est la mesure la plus efficace et la moins coûteuse en termes financiers et humains. C'est pourquoi nous refusons AVS 21 et nous prônons une réforme qui vise non seulement à renforcer l'AVS via une hausse des cotisations, mais également à améliorer les prestations afin d'assurer des rentes dignes pour toutes et tous.

Nous proposons d'étudier les cinq mesures suivantes :

1. Le renforcement du bonus éducatif jusqu'à l'âge de 25 ans de l'enfant le plus jeune.
2. L'introduction sur le même modèle d'un bonus pour le travail de care, en cas de prise en charge d'un enfant ou d'un adulte dépendant.
3. L'introduction d'un droit individuel à la rente, indépendant de l'état civil, avec splitting et déplafonnement pour les couples.
4. La majoration de 20% de la rente individuelle afin de tenir compte de la cherté de la vie.
5. Une hausse des cotisations paritaires de 1,6% pour les fixer à 10% du salaire brut.

Le Comité « *Les femmes disent non à AVS 21* »
Le Collectif « *#65NoPeanuts !* »

Lausanne, le 9 octobre 2018

SKG/CSP/CSDE
info@equality.ch**Office fédéral des assurances sociales**Domaine AVS, prévoyance
professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20

3003 Berne

Par courriel à :
emina.alisic@bsv.admin.ch

Lausanne, le 12.10. 2018

Prise de position des bureaux de l'égalité des cantons et des villes membres de la Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité entre femmes et hommes (CSDE)¹ dans le cadre de la consultation « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) »

Madame, Monsieur,

La CSDE vous remercie de votre invitation à participer à la procédure de consultation susmentionnée. Compte tenu de l'évolution démographique et du marché du travail, la CSDE reconnaît le besoin de réformer le système de retraite, dont l'AVS fait partie intégrante. En revanche, elle considère qu'une réforme du système de retraite ne doit pas contribuer à approfondir les discriminations structurelles que les femmes subissent déjà à l'heure actuelle, mais doit au contraire être équitable. La CSDE adopte ainsi la position détaillée suivante sur l'avant-projet « Stabilisation de l'AVS (AVS 21) » :

Table des matières

1. Remarques préliminaires
2. Mesures visant à stabiliser l'AVS en général
3. Modification de la législation relative à l'AVS et nouvelles règles rattachées à celle-ci
 - 3.1 Terminologie
 - 3.2 Relèvement de l'âge de la retraite des femmes
 - 3.3 Mesures de compensation pour les femmes
 - 3.4 Flexibilisation de la retraite
4. Résumé

1. Remarques préliminaires

La CSDE coordonne les activités d'envergure nationale des bureaux de l'égalité entre femmes et hommes et promeut une politique d'égalité cohérente et à long terme. Par conséquent, la CSDE présente son point de vue par rapport aux éléments liés à l'égalité entre femmes et hommes en conservant une cohérence par rapport aux missions de promotion de l'égalité entre femmes et hommes en fait et en droit. Toutefois, elle s'oppose à l'argument de l'égalité en droit concernant l'âge de la retraite, compte tenu du fait que de très nombreuses inégalités et discriminations persistent au

¹ Pour des raisons de simplification, ci-après la CSDE.

détriment des femmes en rapport avec leur activité lucrative (niveau des salaires ayant aussi un impact sur les rentes, sur-représentation des femmes dans les bas salaires, licenciement au retour du congé-maternité, absence de congé parental, paupérisation plus importante chez les femmes âgées, etc.). De ce fait, à l'âge de la retraite, les femmes ne sont pas à égalité de conditions et de ressources. Déjà à l'heure actuelle, les femmes sont confrontées à une situation financière précaire à l'âge de la retraite et la CSDE considère qu'il n'est pas possible de traiter en droit de manière égale des situations de fait fortement inégales.

Par ailleurs, la CSDE regrette qu'aucune analyse n'ait été apportée dans l'avant-projet sur l'impact de la correction des inégalités de rémunération entre femmes et hommes sur le financement de l'AVS. En effet, la discrimination salariale à l'encontre des femmes se chiffre en plusieurs milliards de francs par an, selon les chiffres de l'Office fédéral de la statistique (OFS) et du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes (BFEG), montant sur lequel n'est prélevé aucune cotisation sociale à l'AVS et à la prévoyance professionnelle. Un tel montant participerait fortement à la stabilisation de l'AVS.

2. Mesures visant à stabiliser l'AVS en général

Du point de vue de la politique d'égalité des sexes, il convient de souligner que les femmes dépendent de manière clairement disproportionnée des prestations de l'AVS. La raison se trouve dans les structures des salaires et du marché du travail encore présentes en Suisse. Il a été mis en évidence à plusieurs reprises par la CSDE que les femmes étaient nettement plus nombreuses que les hommes à travailler à temps partiel ou à ne pas travailler du tout par moments (voir entre autres notre prise de position du 6 septembre 2017 concernant la procédure de consultation sur la modification du règlement AI « Evaluation de l'invalidité pour les assurés exerçant une activité lucrative à temps partiel »). Une récente étude mandatée par la CSDE montre par ailleurs que tant les périodes sans activité lucrative que celles avec un emploi à temps partiel ont des répercussions négatives sur la prévoyance vieillesse. C'est pourquoi, elle recommande d'assurer un taux d'occupation de 70% au minimum afin de profiter d'une protection suffisante par l'AVS et par la prévoyance professionnelle après la retraite². Or, le travail à temps partiel et les périodes sans activité lucrative lors de l'éducation des enfants, caractérisant les trajectoires professionnelles féminines, ont pour conséquence que ce seuil minimal n'est souvent pas atteint. Il en résulte des lacunes considérables de cotisations, en particulier dans le deuxième pilier, qui ne peuvent être compensées chez toutes les femmes par l'assurance facultative (art. 4 al. 1 LPP) ni par le partage de la prévoyance en cas de divorce (art. 122 CC). De plus, le système d'impôts et de transferts sociaux suisse n'est toujours pas sensible aux questions liées à l'égalité entre femmes et hommes. Il crée des effets dissuasifs par rapport à l'activité professionnelle des femmes ; souvent, il n'est pas rentable pour les femmes mariées de travailler puisque les modalités du transfert social ne conduisent qu'à une augmentation très modeste du revenu familial disponible³.

3. Modification de la législation relative à l'AVS et nouvelles règles rattachées à celle-ci

3.1 Terminologie

La CSDE relève que le changement de dénomination de l' « âge légal de la retraite » à l' « âge de référence », n'est pas sans susciter un certain nombre d'inconnues. Au-delà de la justification apportée consistant à délier le droit à la perception de la rente du retrait du marché du travail, il n'est pas anodin de passer de l'adjectif « légal », donc fondé sur le droit, à la notion « référence ».

3.2 Relèvement de l'âge de la retraite pour les femmes

² Bonoli/Crettaz/Auer, Les conséquences du travail à temps partiel sur les prestations de prévoyance vieillesse, IDHEAP, Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique de l'Université de Lausanne, 13.01.2016.

³ Brochure CSDE, 6 arguments en faveur d'un système d'impôts et de transferts sociaux qui facilite la conciliation entre vie familiale et professionnelle, Lucerne 2014, p. 10.

L'avant-projet mis en consultation n'est pas neutre du point de vue de l'égalité des sexes puisqu'il comporte un relèvement de l'âge de la retraite au détriment des assurées. Dans sa prise de position concernant la réforme Prévoyance vieillesse 2020, la CSDE a donné une réponse approfondie sur ce sujet et a souligné que les femmes continuent d'être discriminées dans la vie professionnelle et que, par la suite, elles sont, dans la plupart des cas, également moins bien loties que les hommes en ce qui concerne leur prévoyance individuelle; cette prise de position est toujours d'actualité. C'est pourquoi, la CSDE désapprouve le relèvement de l'âge de la retraite des femmes comme prévu dans le présent avant-projet, compte tenu de la persistance des discriminations salariales, de l'absence de reconnaissance du travail de care non rémunéré, de la sur-représentation des femmes dans l'emploi à temps partiel et les métiers faiblement rémunérés, de la ségrégation professionnelle horizontale et verticale, etc. Aussi, la réforme du système de retraite doit tenir compte des inégalités entre femmes et hommes et non pas les renforcer.

3.3 Mesures de compensation en faveur des femmes

L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) le dit lui-même : avec le relèvement de l'âge de la retraite des femmes, celles-ci contribuent de façon substantielle à l'assainissement de l'AVS de l'entier de la population.

Toutefois, les mesures de compensation prévues – transitoires – ne concernent que les femmes nées entre 1958 et 1966. La CSDE regrette que l'avant-projet laisse le reste des femmes en marge de toute compensation. Il convient de relever que ces mesures de compensation transitoires ne bénéficient qu'à une petite catégorie de femmes contreviennent au principe de solidarité intergénérationnelle. De fait, elles font porter aux femmes nées après 1966 les conséquences des réformes de l'AVS (augmentation de l'âge, diminution de l'avoir disponible par l'augmentation de la TVA et des cotisations sociales).

L'avant-projet propose deux variantes qui se limitent aux femmes nées entre 1958 et 1966. Aucune de ces deux variantes ne concerne les femmes nées après 1966. La CSDE constate qu'elles ne permettront pas de compenser l'effort qui est requis de toutes les femmes de travailler une année supplémentaire.

3.4 Flexibilisation de la retraite

La flexibilisation de la retraite qui devrait prendre plus d'importance grâce à cette réforme (cf. la réglementation actuelle dans les art. 39 et 40 LAVS) est censée inciter les personnes à travailler plus longtemps. La CSDE considère, sur la base des résultats du PNR60 (Egalité entre hommes et femmes), que le système de retraite actuel incite déjà de nombreuses personnes, en particulier celles faiblement rémunérées, celles ayant des trajectoires professionnelles marquées par des interruptions ou des emplois à temps partiel, parmi lesquelles les femmes sont clairement majoritaires, à se maintenir le plus longtemps possible sur le marché du travail en vue de bénéficier de rentes de vieillesse suffisantes pour pouvoir subvenir à leurs besoins quotidiens⁴. La réforme AVS 21 aurait pour conséquence de contraindre davantage les femmes que les hommes à travailler au-delà de l'âge de la retraite en raison des inégalités dans les conditions de travail et d'emploi. Par ailleurs, l'emploi atypique qui s'est fortement développé ces vingt dernières années (outre le travail à temps partiel, il convient de prendre en considération le travail sur appel, les contrats à durée déterminée, les stages, l'auto-entrepreneuriat, etc.) concerne avant tout les femmes. D'un autre côté, un plus grand nombre de femmes que d'hommes travaillent dans des domaines (ségrégation horizontale) ou à des niveaux hiérarchiques (ségrégation verticale) qui ne sont pas propices à la flexibilisation parce que leur position professionnelle offre peu d'autonomie décisionnelle. Enfin, le projet ne semble pas tenir compte du fait que l'activité professionnelle des seniors soulève des enjeux d'emploi et de gestion des ressources humaines (mesures dans les entreprises en faveur des travailleurs et travailleuses âgées). En effet, les statistiques de l'OFS et les résultats de PNR60 démontrent la difficulté croissante pour les personnes âgées de se maintenir sur le marché du travail, respectivement de pouvoir s'y ré-insérer après un licenciement.

⁴ PNR60, Résultats et impulsions. Rapport de synthèse, p. 49.

3.4.1 Ajournement et facteurs formateurs de rente

Au vu des éléments précités, il faut saluer le fait que l'avant-projet prend en compte le revenu généré au-delà de l'âge de la retraite comme formateur de rente. Il s'écarte de la situation juridique actuelle en deux points :

D'un côté, les personnes assurées auront désormais la possibilité d'intégrer le revenu obtenu après l'âge de la retraite dans le calcul de la rente (art. 29^{bis} al. 3 A-P), ce qui n'est pas prévu dans la réglementation actuelle (art. 29^{bis} al. 1 et art. 39 LAVS).

De l'autre, elles pourront combler les lacunes antérieures de cotisations par des périodes de cotisation accomplies après l'âge de la retraite (art. 29^{bis} al. 4 A-P) ; cette possibilité n'est pas non plus prévue dans le droit en vigueur (art. 29^{bis} al. 1 et art. 39 LAVS). Actuellement, les montants cotisés après 64 ou 65 ans ne sont pas formateurs de rente (ce sont des « cotisations de solidarité »).

La CSDE considère ces propositions comme étant favorables à l'égalité entre femmes et hommes dans la mesure où les femmes qui en ont la possibilité pourront améliorer leurs rentes de vieillesse à condition que leurs cotisations ne soient pas conditionnées à un revenu seuil.

3.4.1.1 Amélioration du revenu annuel moyen déterminant

L'avant-projet ouvre la possibilité (art. 29^{bis} al. 3 A-P) d'augmenter la rente AVS par un revenu obtenu après l'âge de la retraite. Actuellement, de nombreuses personnes ne touchent pas une rente maximale AVS (en 2018 : 2'350 francs par mois) malgré une durée de cotisation complète (44 ans) parce que leur revenu annuel moyen a été inférieur à 84'600 francs.

Compte tenu du rapport entre les cotisations payées et le montant de la rente, le système proposé bénéficierait en premier lieu aux personnes salariées ou indépendantes ayant des revenus moyens.

Ainsi que nous l'avons rappelé, les femmes sont actuellement déjà contraintes de travailler plus longtemps (OFS 2015, Actualités OFS, Indicateurs de la prévoyance vieillesse, Neuchâtel) et sont souvent occupées dans des secteurs à bas salaires, de sorte qu'une partie au moins de leur salaire ne sera pas formateur de rente, puisque seulement les revenus au-dessus de la franchise de cotisation sont pris en compte pour le calcul de la rente (art. 29^{bis} al. 3 deuxième phrase 2 *in fine* A-P).

Par ailleurs, beaucoup de femmes sont salariées et exercent des professions à fort degré de pénibilité ce qui, dans les faits, limite la possibilité d'ajourner le moment de la retraite. On peut donc regretter que la mesure proposée ne profitera vraisemblablement pas à une grande partie de la population féminine pour laquelle les prestations complémentaires et l'aide sociale continueront à servir de correctif.

En résumé, la présente proposition de l'avant-projet ne tient pas compte des difficultés que rencontreront les femmes percevant des bas salaires et exerçant des travaux pénibles de réellement bénéficier de cette mesure.

3.4.1.2 Comblement de lacunes de cotisations

Comme déjà mentionné, l'art. 29^{bis} al. 4 A-P concerne la durée de cotisation qui est le deuxième facteur formateur de rente, en plus du revenu. Les personnes travaillant au-delà de l'âge de la retraite auraient la possibilité de combler d'éventuelles lacunes de cotisations et, ainsi, de constituer une rente partielle plus élevée (par ex., échelle de rente 43 au lieu de 38) ou même une rente complète (échelle de rente 44). Cette nouvelle solution est plus compatible avec le principe de l'assurance inhérent à l'AVS selon lequel les prestations et les cotisations sont étroitement liées (ATF 97 V 110, ATF 102 V 158, ATF 137 V 321). Actuellement, les années de cotisation manquantes ne peuvent être comblées que de manière très limitée, notamment par des périodes de cotisation accomplies avant l'âge de 20 ans révolus (art. 29^{bis} al. 2 LAVS) ainsi que, pour les années avant 1979, par des périodes de cotisation pendant lesquelles la possibilité de s'assurer en tant que Suisse-ss(e) de l'étranger existait (art. 52d RAVS).

Pendant, la CSDE est d'avis que la condition selon laquelle le revenu réalisé après l'âge de la retraite doit être équivalent à 40% au moins du revenu annuel moyen réalisé pendant la vie active est

à reconsidérer. Les personnes salariées sont désavantagées par cette mesure puisqu'elle implique un taux d'occupation considérable ou le maintien de la position professionnelle actuelle. Il est pourtant plutôt improbable que chaque employeur·e offre la possibilité à son personnel de travailler jusqu'à 70 ans. Par contre, les personnes ayant un statut d'indépendant·e peuvent décider librement de la poursuite de leur activité lucrative et de la durée de cette activité après avoir atteint l'âge de la retraite. Ceci pourrait expliquer, au moins partiellement, pourquoi $\frac{3}{4}$ des personnes poursuivant une activité professionnelle au-delà de 65 ans ont un statut d'indépendant (cf. Rapport explicatif, chapitre 4.1.1, p. 32). Par ailleurs, les femmes détiennent beaucoup plus souvent que les hommes des positions salariées et celles qui travaillent dans le secteur public, sont confrontées à des limites d'âges rigides qui les empêchent de garder leur emploi.

Par conséquent, la CSDE recommande que le comblement des lacunes de cotisations ne soit pas lié à un revenu annuel minimal.

4. Résumé

- La CSDE reconnaît la nécessité d'un assainissement de l'AVS.
- La CSDE s'oppose au changement de terminologie et encourage le maintien de l'acception « âge légal » de la retraite.
- La CSDE s'oppose au relèvement de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans.
- La CSDE considère que les mesures de compensation proposées ne concernent qu'une minorité de femmes et sont donc insuffisantes pour compenser l'ensemble des discriminations auxquelles celles-ci sont confrontées dans l'univers du travail (inégalités salariales, absence de reconnaissance du travail de care rémunéré et non rémunéré, ségrégation horizontale et verticale, difficultés de conciliation, etc.).
- Avec les réserves adressées ci-dessus, la CSDE salue malgré tout le fait que le travail après l'âge de la retraite serve à combler les lacunes de cotisations ainsi qu'à améliorer le revenu annuel moyen formateur de rente.

Nous vous remercions de la prise en compte attentive que vous voudrez bien réserver à notre prise de position.

Veuillez agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom de la Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité entre femmes et hommes,

Maribel Rodriguez

Déléguée à l'égalité du canton de Vaud

Vorstand - Comité

Par courriel :

Emina.alisic@bsv.admin.ch

Office fédéral des assurances sociales

Domaine AVS, Prévoyance professionnelle et
PC

Secteur Prestations AVS/APG/PC

Effingerstrasse 20

3003 Bern

Frauenfeld, le 6 septembre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS 21) – Ouverture de la procédure de consultation – PROJET

Madame, Monsieur,

Nous nous référons à l'objet cité en rubrique et vous remercions de nous donner l'occasion de nous déterminer par rapport au projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21) faisant suite au rejet du projet « Prévoyance 2020 » en votation populaire.

Etant donné que l'objet essentiel du projet concerne des problématiques liées au droit de la prévoyance (AVS/LPP), nous nous bornerons à présenter des remarques sur les sujets ayant un impact fiscal qui sont développés en grande partie dans le rapport explicatif pour la procédure de consultation.

De manière générale, nous avons pris note de la volonté de flexibiliser l'âge de la retraite, de fixer un âge de la retraite uniforme à 65 ans pour les femmes et les hommes et d'introduire de nouvelles possibilités de percevoir de manière partielle des prestations, à savoir de les anticiper intégralement ou partiellement dès l'âge de 62 ans ou de les ajourner intégralement ou partiellement aussi bien dans le cadre de l'AVS (cf. not. les art. 39 et 40 AP LAVS) que de la prévoyance professionnelle (art. 13 à 13c AP LPP) jusqu'à l'âge de 70 ans.

L'art. 13 al. 3 AP LPP, autorisant les institutions de prévoyance à prévoir un âge réglementaire de perception moins élevé (que 62 ans) dans les limites de l'art. 1 al. 3 LPP, permettra cependant auxdites institutions de maintenir le cas échéant un âge minimum de la retraite anticipée à 58 ans (cf. art 1i al. 1 OPP2 dans sa version actuelle).

Il ne nous appartient pas de nous déterminer par rapport à cet objectif de flexibilisation voulu par le projet de stabilisation de l'AVS 21.

Nous relevons finalement que le projet prévoit d'augmenter la TVA de 1,5% afin d'assurer le financement de l'AVS. La hausse de la TVA sera cependant réduite à proportion des recettes supplémentaires de l'AVS prévues dans le Projet fiscal 17, qui seront générées par l'augmentation des cotisations salariales et de la contribution de la Confédération ainsi que par l'attribution à l'AVS de l'intégralité du pour-cent démographique de la TVA. Le projet fiscal 17 sera traité par le Conseil national à la session d'automne 2018, raison pour laquelle ce sujet n'est pas traité dans le projet AVS 21. Si la mesure de compensation prévue était adoptée par le Parlement, le relèvement de la TVA ne serait alors que de 0,7 %.

Nous formulons ci-après nos remarques plus ponctuelles qui se réfèrent au commentaire par articles figurant dans le rapport explicatif précité.

Art. 13a et 13b AP-LPP Perception d'une partie de la prestation de vieillesse – Perception anticipée de la prestation de vieillesse

L'art. 13a al. 1 AP-LPP règle les possibilités de perception d'une partie de la prestation de vieillesse en **trois étapes** au plus dans le cadre de la retraite partielle. Selon l'art. 13b al. 2 AP-LPP, la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence réglementaire doit représenter au **moins 20%** de la prestation de vieillesse, en coordination avec l'AVS. Les institutions sont cependant libres de prévoir dans leur règlement un plus grand nombre d'étapes et elles peuvent permettre un versement anticipé inférieur à 20%.

Nous tenons à cet égard à préciser que la possibilité de retraite partielle était déjà « admise » par la pratique fiscale, dans le cadre d'une vision consolidée, depuis un certain nombre d'années moyennant le respect de certaines cautions : il doit s'agir d'une réduction du degré d'activité déterminante et durable, assortie d'une réduction correspondante du salaire. Le **prélèvement de la prestation de vieillesse doit s'effectuer en proportion de la réduction du taux d'activité** ; la retraite partielle et ses conditions doivent être ancrées dans le règlement de prévoyance (cf. le cas d'application A.1.3.8, Prévoyance et impôts, Conférence suisse des impôts, Ed. Cosmos). Nous constatons à cet égard avec satisfaction que l'art. 13b al. 1 AP LPP prévoit que la part de la prestation de vieillesse perçue avant l'âge de référence ne peut dépasser celle de la réduction de salaire, et relevons qu'il s'agit d'un principe déjà développé par la pratique fiscale.

On peut certes se demander si la possibilité pour une institution de prévoyance de prévoir un nombre d'étapes supérieur à trois (à savoir cinq, voire plus ?) et un versement anticipé inférieur à 20% de la prestation de vieillesse correspond encore à un besoin social, puisqu'un pourcentage inférieur à 20% correspond à une réduction du temps de travail de moins d'un jour par semaine.

Une réduction du taux d'activité de 10% ne devrait ainsi guère engendrer de baisse de revenu devant être compensé par une prestation de retraite partielle. Cependant, cet aspect n'est pas déterminant sur le plan fiscal lorsque les prestations sont versées sous forme de rente.

Notre remarque concerne cependant principalement la possibilité de prévoir le **versement en capital** de la prestation de vieillesse **en trois étapes** au maximum selon l'art. 13a al. 2 AP LPP. Si nous saluons le principe de la vision consolidée introduite par l'art. 13a al.1 in fine AP LPP, nous sommes très sceptiques par rapport à la possibilité de percevoir trois prestations en capital retraite dans le cadre de la retraite partielle.

En effet, il convient de prendre en considération le fait que les prestations en capital sont soumises à une imposition séparée des autres revenus à un taux privilégié (taux de la prévoyance), selon la Loi fédérale du 14 décembre 1990 sur l'impôt fédéral direct (art. 38 LIFD), la Loi fédérale d'harmonisation des impôts directs des cantons et des communes (art. 11 al. 3 LHID) et les législations cantonales correspondantes, nettement plus avantageuse que l'imposition des rentes de retraite soumises à l'impôt avec les autres revenus. En cas de perception des prestations de retraites en plusieurs étapes sous forme de capital, il est possible de casser de manière encore **plus significative la progression** du taux d'imposition. Cela implique que des assurés pourraient choisir de percevoir des prestations en capital partielles non pour des raisons relevant du droit de la prévoyance, mais pour des motifs d'optimisation fiscale.

Il s'agit à notre sens d'éviter une incitation fiscale à percevoir la prestation de vieillesse en un trop grand nombre d'étapes. Nous estimons dès lors qu'il convient de limiter le versement en capital de la prestation de vieillesse **en deux étapes** au maximum : cette solution, correspondant à la pratique de nombreuses administrations fiscales cantonales, est préconisée par la Conférence suisse des impôts (Cas d'application A.1.3.8, op. cit.). Dans ce cadre, les prestations en capital ne sont **pas cumulées** pour déterminer le taux d'imposition mais sont imposées pour elles-mêmes.

Si un échelonnement plus important des prestations en capital (à **savoir trois prestations** en capital) devait néanmoins être retenu à l'issue de la présente procédure de consultation, il conviendrait de créer une disposition légale, dans le cadre **du droit fiscal** (LHID, LIFD), permettant aux autorités fiscales de procéder **sur plusieurs années** (période fiscales, p.ex. dans un délai-cadre de 5 ans) à un **cumul** des prestations pour déterminer **le revenu déterminant pour le taux d'imposition**. Cette nouvelle disposition légale d'ordre fiscal devrait être adoptée dans le cadre du projet de stabilisation de l'AVS (AVS 21).

Exemple :

Versement de trois prestations de retraite en capital de CHF 200'000 durant les années x, x+ 1 et x + 2.

Au lieu d'imposer trois fois CHF 200'000 au taux de CHF 200'000 (solution admise avec au maximum deux prestations de retraite versées sous forme de capital), on devrait imposer, dans le cadre des périodes fiscales x, x + 1 et x + 2, CHF 200'000 **au taux de CHF 600'000**.

Un exemple chiffré permet de mieux appréhender les effets de l'échelonnement des prestations sur plusieurs périodes fiscales.

Ainsi, une prestation en capital de la prévoyance de CHF 200'000 génère, pour un contribuable marié domicilié à Lausanne une charge fiscale 2'512.40 sur le plan de l'impôt

fédéral direct (IFD) et de CHF 14'349.05 sur le plan de l'impôt cantonal et communal vaudois (ICC-VD, imposition selon l'art. 49 de la Loi du 4 juillet 2000 sur les impôts directs cantonaux, LI-VD). En revanche, une prestation en capital d'un montant de CHF 600'000 génère sur le plan de l'IFD une charge fiscale de CHF 12'912.40 et de CHF 58'950.15 sur le plan de l'ICC-VD.

Comme l'on peut le constater, l'impact de l'échelonnement est sensible aussi bien sur le plan de l'IFD que de l'ICC-VD, puisque l'impôt sur le revenu est progressif : la possibilité de percevoir trois prestations de capital pour la retraite permettrait ainsi aux assurés de procéder à des « manœuvres » qui ne sont pas fondées principalement sur la volonté de prendre une retraite partielle en plusieurs étapes mais plutôt sur l'opportunité de réaliser une économie substantielle d'impôt en cassant de manière significative la progressivité du taux d'imposition.

Échéance des prestations de retraite découlant de comptes et polices de libre passage (introduction d'une disposition légale dans la LFLP ou dans les Ordonnances d'application de la LPP (OLP))

Il s'agit d'une requête d'ajout ou de précision d'une disposition légale de la LFLP qui ne figure pas directement dans l'avant-projet stabilisation de l'AVS (AVS 21) et qui concerne l'échéance des prestations découlant de comptes ou polices de libre passage (autre forme admise de maintien de la prévoyance au sens de l'art. 4 LFLP). Cet ajout se justifie en raison du fait que le projet AVS 21 traite de la perception anticipée et différée de la prestation de vieillesse du 2^{ème} pilier dont font également partie les avoirs découlant de comptes ou polices de libre passage.

Au préalable, il y a lieu de préciser que l'existence de comptes ou de polices de libre passage n'est possible que si une personne assurée dispose d'un avoir de libre passage qui ne doit pas être transféré dans une institution de prévoyance en vertu des articles 3 et 4, al. 2bis LFLP (cf. art. 60a al. 3 OPP2 qui précise que le montant maximal du rachat est diminué des montants en question). Nous profitons dans ce contexte de préciser que les autorités fiscales sont souvent confrontées à des cas de figure en vertu desquels de tels comptes ou polices de libre passage sont toujours en « vigueur », alors qu'ils devraient être transférés à l'institution de prévoyance actuelle à laquelle l'assuré est affilié de manière obligatoire ou, cas échéant, facultative (cf. art. 4 al.1 LPP relatif à l'assurance facultative des indépendants).

L'art. 16, alinéa 1, OLP prévoit, dans sa version actuelle, que *« les prestations de vieillesse dues en vertu des polices et de comptes de libre passage peuvent être versées au plus tôt cinq ans avant que l'assuré n'atteigne l'âge ordinaire de la retraite visé à l'art. 13, al. 1, LPP et au plus tard cinq ans après »*.

De l'avis actuel de l'OFAS, l'ajournement des prestations de vieillesse jusqu'à 70 ans pour les hommes et 69 ans pour les femmes n'est pas lié à la poursuite de l'exercice d'une activité lucrative (cf. le Bulletin de la prévoyance no 30, commentaire ad art. 16, p. 14), car l'art. 16 OLP se réfère exclusivement au premier alinéa de l'art. 13 LPP et non pas également au 2^{ème} alinéa de cet article qui règle le cas de la retraite anticipée ou différée.

Un contribuable peut ainsi librement déterminer le moment du versement des prestations de vieillesse découlant d'un compte ou d'une police de libre passage entre l'âge 60 et 70 ans (resp. 59 et 69 ans pour une femme ; cas d'application A.5.3.1, op. cit.).

Le libre choix du moment du versement n'apparaît toutefois pas justifié : en effet, tant en matière de prévoyance professionnelle (cf. les articles 13 al. 2 et 33b LPP, ce dernier article étant entré en vigueur au 1^{er} janvier 2011) que de 3^{ème} pilier A (cf. l'art. 3 al. 1 in fine OPP3, entré en vigueur au 1^{er} janvier 2008), un **report du versement des prestations de vieillesse au-delà de l'âge ordinaire de la retraite** (resp. de l'âge de référence selon l'art. 13, al. 1, AP-LPP) n'est possible qu'en **cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière**. Il n'y a pas de raison d'avoir une réglementation différente en matière de compte ou de police de libre passage.

Sur le plan fiscal, il s'agit d'éviter un morcellement des prestations de vieillesse en offrant la possibilité de percevoir le capital retraite provenant d'une institution de prévoyance et celui versé dans le cadre d'un compte ou d'une police de libre passage – pour autant que les articles 3 et 4, al. 2 bis LFLP soient respectés – durant des années (périodes fiscales) différentes, ce qui permet de casser la progressivité du taux d'imposition. Nous estimons dès lors que la LFLP (p.ex. l'art. 4 LFLP traitant du maintien de la prévoyance sous une autre forme) devrait être modifiée et n'autoriser le report des prestations de vieillesse découlant de comptes ou polices de libre passage qu'en cas de poursuite de l'activité lucrative jusqu'à la cessation de cette dernière.

Subsidiairement, si une telle disposition ne pouvait être directement être introduite dans la LFLP pour des raisons de systématique légale, il conviendrait impérativement de modifier l'art. 16, al. 1, OLP dans le sens précisé auparavant dans le cadre de la modification des règlements et ordonnances relatifs à l'AVS et à la prévoyance professionnelle en lien avec le projet AVS 21.

Art. 79b, al. 1, 1bis et al. 2 AP-LPP - Rachats dans la prévoyance professionnelle

Nous prenons acte de la délégation de compétence au Conseil fédéral prévue à l'art. 79b al. 2 lit. a AP-LPP concernant le cas de personnes qui n'ont jamais été affiliées à une institution de prévoyance au moment où elle font valoir la possibilité de rachat (cf. l'art. 60b LPP réglant déjà cette question à l'heure actuelle) et de personnes touchant ou ayant touché une prestation de la prévoyance professionnelle (art. 79b al. 2 lit. b AP-LPP).

Nous approuvons pleinement le contenu du rapport explicatif (p. 84) précisant que les personnes percevant déjà une prestation de vieillesse sous forme de rente ou qui ont déjà touché une prestation sous forme de capital ne doivent pas pouvoir reconstituer une prévoyance complète par le biais de rachats déductibles.

Dans ces cas, il faut **tenir compte de la rente en cours ou de la prestation versée en capital** pour déterminer **les possibilités de rachat**. Nous avons pris note du fait que cette coordination sera réglée par voie d'ordonnance, vraisemblablement par une modification de l'OLP.

Nous vous remercions d'avance de bien vouloir prendre en considération les présentes remarques et vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Conférence suisse des impôts

Le pr sident

Jakob R tsche

Alisic Emina BSV

Von: Schoch Maja <m.schoch@curaviva.ch>
Gesendet: Donnerstag, 5. Juli 2018 10:34
An: Alisic Emina BSV
Cc: Golay Yann
Betreff: Vernehmlassung "Stabilisierung der AHV (AHV21)"

Sehr geehrte Frau Alisic

Herzlichen Dank für die Einladung an der Vernehmlassung für CURAVIVA Schweiz. Nach interner Absprache haben wir beschlossen, auf eine Teilnahme daran zu verzichten.

Freundliche Grüsse und alles Gute
Maja Schoch

Maja Schoch

Geschäftsbereich Kommunikation
Praktikantin Public Affairs

Telefon direkt: 0041 31 385 33 68
E-Mail direkt: m.schoch@curaviva.ch

CURAVIVA.CH

VERBAND HEIME UND SOZIALE INSTITUTIONEN SCHWEIZ
ASSOCIATION DES HOMES ET INSTITUTIONS SOCIALES SUISSES
ASSOCIAZIONE DEGLI ISTITUTI SOCIALI E DI CURA SVIZZERI
ASSOCIAZIUN DALS INSTITUTS SOCIALS E DA TGIRA SVIZZERS

Zieglerstrasse 53, Postfach 1003
CH-3000 Bern 14

Telefon: 0041 31 385 33 33
Fax: 0041 31 385 33 34
E-Mail: info@curaviva.ch
Webseite: www.curaviva.ch



Alain Berset
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de l'intérieur
Effingerstrasse 20
3003 Berne

Lausanne, le 15 octobre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS21)

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Fédération romande des consommateurs (ci-après : la FRC) vous remercie de l'avoir associée à la consultation susmentionnée et vous prie de trouver ses commentaires ci-dessous. La FRC ne se prononce habituellement pas sur les questions de prévoyance vieillesse. Toutefois, au vu de l'impact du projet sur le porte-monnaie des consommateurs, nous prenons ici position.

Commentaire général

La FRC s'oppose à un financement de l'AVS uniquement par la TVA, comme cela est proposé. Il n'y a aucune raison de faire passer seulement les consommateurs à la caisse. Au contraire, au vu de l'acceptation par le Parlement de la réforme fiscale et du financement de l'AVS, il sera possible de limiter la hausse de la TVA à 0,7%. Etant donné que cet objet aboutira certainement à un référendum à l'issue incertaine, nous rappelons que la hausse des cotisations sociales n'était pas un objet de débat, c'est la réforme fiscale qui l'est. Nous demandons donc au Conseil fédéral de préserver la volonté du Parlement de présenter un paquet équilibré au niveau du financement (cotisations salariales et TVA plutôt que TVA uniquement), quelle que soit l'issue du référendum.

Pas de hausse du taux de TVA réduit

Nous rejetons la volonté du Conseil fédéral d'augmenter le taux réduit de TVA. Cet impôt indirect était particulièrement injuste, puisque payé proportionnellement plus par les bas revenus, le taux réduit est nécessaire pour ne pas trop alourdir la facture finale. L'impact de son augmentation serait très élevés pour les plus petits revenus, alors même que son apport pour les caisses de la Confédération serait minime. Ainsi, selon les chiffres communiqués par l'AFC à la FRC, les recettes supplémentaires obtenues via l'augmentation de la TVA seraient environ de 4 milliards. Or, le taux réduit ne représente que 5,2% de cette part, ce qui signifie un apport d'environ 200 millions par année dans les caisses sur la base de l'augmentation proposée par le Conseil fédéral de 1,5 points. Or, si l'augmentation de la TVA est moins importante grâce au RFFA, l'apport du taux réduit ne serait plus que de 100 millions environ, sans compter une marge d'erreur importante au vu de la difficulté à prévoir la conjoncture. Dès lors, au vu de la faiblesse de cette somme par rapport aux besoins de financement totaux, nous estimons qu'il n'est pas justifié d'augmenter le taux réduit.

Fédération romande des consommateurs FRC, Rue de Genève 17, case postale 6151, CH-1002 Lausanne

Tél. 021 331 00 90, info@frc.ch, www.frc.ch

La Fédération romande des consommateurs FRC est membre de l'Alliance des organisations de consommateurs

Conclusion

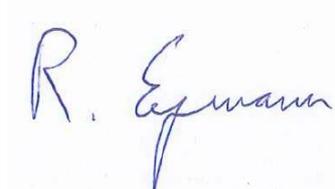
La FRC s'oppose donc au financement de l'AVS uniquement par la TVA : ce ne sont pas aux consommateurs seuls de payer la facture. Au contraire, la FRC plaide pour un projet équilibré avec des sources de financement diverses, comme le propose le Parlement : une part provenant d'une hausse des cotisations salariales, une autre provenant des caisses de la Confédération, et, enfin, d'une hausse très modérée du taux normal de TVA. Ce n'est qu'ainsi que la réforme fiscale et de la prévoyance vieillesse pourra être acceptable pour les consommateurs.

Nous vous remercions de l'intérêt que vous porterez à ces lignes et vous adressons, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations les meilleures.

Fédération romande
des consommateurs



Sophie Michaud Gigon
Secrétaire générale



Robin Eymann
Responsable politique économique



Bundespräsident Alain Berset
Vorsteher Eidgenössisches Departement des Innern EDI
3003 Bern
emina.alisic@bsv.admin.ch

Basel, 25. September 2018

Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

frauenrechte beider basel frbb ist eine über 100 Jahre alte Frauenorganisation und hat sich neben dem Kampf für die politische Partizipation der Frauen seit jeher für eine Sozialversicherung im Alter eingesetzt. Gerne nehmen wir deshalb am aktuellen Vernehmlassungsverfahren zur Stabilisierung der AHV teil. Grundsätzlich begrüßen wir die vorliegenden Vorschläge. Denn damit bleibt der Gesamtbevölkerung in der Schweiz diese obligatorische Altersversicherung weiterhin erhalten. Gerade für Frauen ist es enorm wichtig, dass die in der Bundesverfassung verankerte AHV mit allen bestehenden Leistungen weitergeführt werden kann.

Vor allem Frauen sind zur Existenzsicherung im Alter dringend auf diese „erste Säule“ angewiesen. Denn sie müssen häufig ohne Leistungen der „zweiten Säule“ (berufliche Vorsorge) und der „dritten Säule“ ihren Lebensunterhalt bestreiten.

frauenrechte beider basel wehrt sich allerdings gegen eine Erhöhung des AHV-Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre, denn dieser Schritt würde allen jetzt noch im Erwerbsalter stehenden Frauen massive, neue Benachteiligungen bringen. **Nach wie vor fordert deshalb frbb primär eine sofortige Umsetzung der in der BV verankerten Lohngleichheit von Frauen und Männern.**

Wir möchten jedoch trotzdem auf die beiden in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Varianten von Ausgleichsmassnahmen eingehen.

Da bekanntlich Frauen bei gleichwertiger Arbeit im Schnitt noch immer rund 7% weniger als ihre Kollegen verdienen, wirkt sich dies auch negativ auf ihre AHV-Renten aus. Diese massiven finanziellen Einbussen können mit den vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen keineswegs ausgeglichen werden.

Die beide Ausgleichsmodelle beurteilt frbb wie folgt:

- **Ablehnung von Variante 1 mit Finanzierungsvolumen von 400 Mio Franken**
- **Zustimmung zu Variante 2 mit Finanzierungsvolumen von 800 Mio Franken unter der Bedingung, dass die in der Bundesverfassung verankerte Lohngleichheit vollumfänglich umgesetzt wird.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.
Gerne beantworten wir Ihre Rückfragen.

Freundliche Grüsse
für den Vorstand von
frauenrechte beider basel

Ursula Nakamura-Stoecklin
Präsidentin

Bundespräsident Alain Berset
Bundesamt für Sozialversicherungen, berufliche Vorsorge und EL

Elektronische Übermittlung an: emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 17. Oktober 2018

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Stabilisierung der AHV (AHV 21)»

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne beteiligt sich die Frauenzentrale Zürich am Vernehmlassungsverfahren «Stabilisierung der AHV (AHV 21)».

Die 1914 gegründete Frauenzentrale Zürich unterstützt, vertritt und vernetzt die Anliegen von Frauen. Zum statutarischen Zweck gehört die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt, Familie, Politik und Gesellschaft. Die Frauenzentrale Zürich hat als parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Dachverband 130 Kollektivmitglieder und rund 1'400 Einzelmitglieder.

Die Frauenzentrale Zürich begrüsst, dass der Bundesrat bestrebt ist, die AHV zu reformieren. Damit wird einem gewichtigen gesellschaftlichen Anliegen Rechnung getragen, das spezifisch auch Frauen betrifft. Deren Vorsorge ist aufgrund ihres geringeren Erwerbseinkommens generell weniger stark ausgebaut. Die erste Säule ist eine der bedeutendsten sozialen Errungenschaften, die es zu erhalten und stärken gilt.

Sollen Frauen gleich lang arbeiten und soll das gleiche Referenzrentenalter gelten, braucht es vor- gängig verschiedene Anpassungen: Reform des Gleichstellungsgesetzes zwecks Erreichen von Lohn-

gleichheit, Anpassungen beim Koordinationsabzug aufgrund Teilzeiterwerbstätigkeit und Ausgleichsmassnahmen für die Generationen von Frauen, welche von den beiden erstgenannten Punkten nicht mehr profitieren können.

Aus Sicht der Gleichstellungspolitik führt die Gleichsetzung des Rentenalters nicht zu einer Gleichstellung von Frau und Mann. «Gleichsetzung» darf nicht mit «Gleichstellung» verwechselt werden. Eine faktische Gleichstellung von Frau und Mann würde bedingen, dass Frauen mit 65 Jahren eine gleich hohe Rente ausbezahlt würde. Da die Rente einkommensabhängig ist, ist dem aber nicht so. Die Lohnungleichheit wirkt sich direkt auf die AHV und allgemein auf die Vorsorge der Frauen aus. Die aktuell vom Bundesrat vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen sind zwar an sich begrüssenswert, sie stellen indessen keinen hinreichenden Ausgleich für die Erhöhung des Rentenalters von Frauen dar.

Die Ansicht des Bundesrats, die Lohnungleichheit sei unabhängig von der Erhöhung des Rentenalters der Frauen zu korrigieren, kann nicht geteilt werden (s. zum Ganzen auch den Erläuternden Bericht, S. 12). Sicherlich trifft es zu, dass Lohnungleichheiten primär dort bekämpft werden müssen, wo sie entstehen. Die bestehende Lohnungleichheit ist aber keine sachfremde Materie, sondern eine reale Grundlage für die schwächere Altersvorsorge von Frauen. Weiterhin vertritt die Frauenzentrale Zürich deshalb die Position, dass die Erhöhung des Rentenalters von Frauen abzulehnen ist, solange Lohndiskriminierung im Erwerbsleben besteht.

Der Bundesrat anerkennt, dass die Vereinheitlichung des Rentenalters einer der Hauptgründe war, weshalb die Rentenreformen vor den Volksabstimmungen in den Jahren 2004 und 2017 gescheitert sind (s. dazu auch den Erläuternden Bericht, S. 9, 36 und 38 f.). Heute ist eine Reform der AHV offensichtlich dringlicher denn je. Gerade auch, weil die bisherigen Vorschläge gescheitert sind. Ein längeres Zuwarten kann nicht hingenommen werden (s. zum Ganzen auch den Erläuternden Bericht, S. 8). Schaden nehmen die jüngeren Generationen sowie die Frauen. So wie der Gesetzesentwurf nun vorliegt, ist er nicht im Interesse der Frauen. Sowohl ein Ja als auch ein Nein führt zu einer Benachteiligung der faktischen Situation von Frauen in Zusammenhang mit ihrer Vorsorge. Im Resultat wird das Argument der Dringlichkeit gegen das Anliegen der Gleichstellung ausgespielt.

Die vom Bundesrat erwähnte Revision des Gleichstellungsgesetzes betreffend «Lohnvergleichsanalyse» (s. den Erläuternden Bericht, S. 36), welche a dato noch nicht verabschiedet worden ist, wird dem Anliegen, die Lohngleichheit faktisch durchgesetzt zu wissen, nicht gerecht. Vielmehr ist sie ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dazu kommt noch, dass Frauen einen massiv höheren Anteil an unbezahlter Arbeit im Fürsorge- und Freiwilligenbereich leisten, der für unser Sozialsystem unerlässlich ist. Solche Faktoren werden für die Berechnung der AHV sowohl für Frauen (wie auch für Männer, die solche Arbeit leisten) kaum berücksichtigt. Schliesslich gälte es auch zu berücksichtigen, dass Frauen aufgrund des bestehenden Rollenstereotyps und schlechter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie viel früher aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Die Frauenzentrale Zürich spricht sich dafür aus, dass die Reform der ersten Säule nicht losgelöst von der zweiten erfolgt, sondern unter Berücksichtigung des gesamten Rentensystems. Im Speziellen ist der Koordinationsabzug anzupassen, so dass auch tiefe Einkommen gut versichert sind. Typischerweise arbeiten Frauen vermehrt Teilzeit, was es zu berücksichtigen gilt. Dazu sind auch Kompensationen für Frauen vorzusehen, die nicht vom Verheirateten-Splitting der zweiten Säule profitieren.

Des Weiteren begrüsst die Frauenzentrale Zürich die grundlegende Stossrichtung, nach welcher lange Übergangsperioden vorgesehen sind und der Austritt aus dem Erwerbsleben flexibel ausgestaltet werden kann.

Ferner stellt sich die Frauenzentrale Zürich kritisch gegenüber dem vom Bundesrat vorgeschlagenen Finanzierungsmodell für die erste Säule. Mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer werden gerade diejenigen Konsumentinnen und Konsumenten mit wenig Einkommen belastet. Die Mehrausgaben für die eigene Grundversorgung kürzen just potentielle Ersparnisse, welche in die Altersvorsorge gehörten.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Gisler'.

Andrea Gisler, Präsidentin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Bienek'.

Sandra Bienek, Vorstandsmitglied

E-Mail an:

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 10. Oktober 2018

Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste gastgewerbliche Arbeitgeberverband für Hotellerie und Restauration mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, nimmt im Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) gerne wie folgt Stellung:

I. Vorbemerkungen

Die AHV ist eine der wichtigsten Sozialversicherungen der Schweiz. Seit einigen Jahren ist sie jedoch in finanzieller Schieflage. Deshalb besteht dringender Handlungsbedarf. Da die wichtigsten Ursachen für die finanzielle Schieflage der AHV struktureller Natur sind, können nur strukturelle Massnahmen die Altersvorsorge nachhaltig reformieren und die Renten für die kommenden Generationen sichern.

Grundsätzlich befürwortet GastroSuisse die Zielsetzungen der AHV 21: Die Renten sichern, das Rentenniveau halten und die Finanzen der AHV stabilisieren. Allerdings beinhaltet die vorgeschlagene Reform hauptsächlich finanzseitige und kaum strukturelle Massnahmen. Der Bundesrat möchte die Herausforderungen bei der AHV durch eine Zusatzfinanzierung lösen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (MWST) kann die Renten zwar für die kommenden Jahre sichern und ist grundsätzlich wirtschaftsverträglicher als eine Erhöhung der Lohnbeiträge. Sie vermag aber die eigentlichen Probleme nicht zu lösen und stellt deshalb keinen Ersatz für strukturelle Anpassungen dar. Ausserdem hat eine unverhältnismässig hohe MWST-Erhöpfung negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft. Neben einer übermässigen Belastung der einkommensschwachen Haushalte schwächt sie die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Unternehmen. Des Weiteren ist zu beachten, dass die Schweizer Stimmbevölkerung im Rahmen der Altersvorsorge 2020 eine MWST-Erhöpfung abgelehnt hat. Laut der VOTO-Studie war eine generelle Abneigung gegenüber der MWST-Erhöpfung zum Zwecke der AHV-Finanzierung das meistgenannte Motiv für die Ablehnung. Deshalb dürfte auch im Rahmen der jetzigen Reform eine unverhältnismässige Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht mehrheitsfähig sein. GastroSuisse würde eine moderate MWST-Erhöpfung unterstützen, damit die Renten mittelfristig

gesichert werden können. Jedoch braucht es umgehend eine weitere Reform, mit der die notwendigen strukturellen Massnahmen umgesetzt werden können.

II. Zu den vorgeschlagenen Massnahmen

1. Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahren

GastroSuisse begrüsst die schrittweise Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahren. Zum einen stellt sie die einzige strukturelle und leistungsseitige Massnahme der Vorlage dar. Zum anderen bringt sie Einsparungen von zehn Milliarden Franken, welche dringend notwendig sind, um die AHV finanziell zu entlasten. Ausserdem führt diese Massnahme dazu, dass die weiblichen Arbeitskräfte länger im Erwerbsleben gehalten werden können. Sie mildert den Fachkräftemangel und stärkt dadurch den Wirtschaftsstandort Schweiz.

2. Ausgleichsmassnahmen für Frauen

Der Bundesrat sieht Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen vor, um die Auswirkungen für die betroffenen Frauen abzufedern. Dazu werden zwei Varianten vorgeschlagen. GastroSuisse lehnt beide Varianten ab. Denn die schrittweise Erhöhung des Referenzalters mildert die Auswirkungen für die Betroffenen ausreichend ab. Des Weiteren würden die vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen massive Mehrkosten verursachen. Dadurch macht die Reform die entlastende Wirkung der einzigen strukturellen Massnahme teilweise wieder rückgängig. In Anbetracht der finanziellen Schieflage der AHV sind teure Ausgleichsmassnahmen, die nur einen beschränkten Nutzen erzielen und hauptsächlich einem politischen Zweck dienen, inakzeptabel. Die zweite Variante der vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen ist besonders stossend. Diese sieht neben reduzierten Kürzungssätzen beim Rentenvorbezug auch höhere Renten für Frauen vor, die ihre Rente nicht vorbeziehen. Insgesamt hätte diese Variante Kosten von 3'773 Millionen Franken zur Folge. Damit würden fast 40 Prozent der Mehreinnahmen, welche durch die Erhöhung des Referenzalters generiert werden, wieder ausgegeben.

Geforderte Änderung: Es ist auf Ausgleichsmassnahmen im Rahmen der Erhöhung des Referenzalters der Frauen zu verzichten.

3. Bezug der AHV-Rente vor dem Referenzalter

Der Vorentwurf sieht eine einheitliche Regelung beim Vorbezug der Rente vor. Frauen und Männer sollen ihre Rente in Zukunft schon ab 62 Jahren vorbeziehen können. Heute ist ein Vorbezug nur für maximal zwei Jahre möglich. Grundsätzlich ist eine Vereinheitlichung der Regelungen für Männer und Frauen zu begrüssen. Jedoch sollte kein drittes Vorbezugsjahr eingeführt werden. Dies widerspricht nämlich der Zielsetzung der Reform. In Anbetracht der finanziellen Schieflage der AHV müsste alles daran gesetzt werden, um die Bevölkerung länger im Erwerbsleben zu halten. Die Neuregelung bezweckt jedoch das Gegenteil. Das führt nicht nur zu einer Verknappung des Arbeitsangebots und damit zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels, sondern auch zu zusätzlichen Kosten und zu einer Verringerung der AHV-Einnahmen. Laut dem erläuternden Bericht würde ein drittes Vorbezugsjahr Mehrkosten von 2'012 Millionen und Mindereinnahmen von 560 Millionen Franken verursachen. Aus diesen Gründen sollte der Vorbezug der Rente weiterhin nur für maximal zwei Jahre möglich sein.

Geforderte Änderung: Auf ein drittes Vorbezugsjahr ist zu verzichten. Frauen und Männer sollen ihre Rente in Zukunft ab 63 Jahren vorbeziehen können.

4. Bezug der AHV-Rente nach dem Referenzalter

Nach der heutigen Rechtslage kann die Altersrente für maximal fünf Jahren aufgeschoben werden. Diese Regelung wird auch im vorliegenden Vorentwurf beibehalten. Damit können Frauen und Männer ihre Rente maximal bis zum vollendeten 70. Lebensjahr aufschieben. GastroSuisse unterstützt die Beibehaltung der heutigen Regelung. Fünf Jahre stellen eine angemessene Zeitdauer dar und entsprechen den Bedürfnissen der Sozialpartner.

5. Teilvorbezug, Teilaufschub, monatlicher Vorbezug

Die weiteren Massnahmen zur Flexibilisierung des Rentenbezugs könnten eine finanzielle Entlastung der AHV zur Folge haben. Denn die zusätzliche Flexibilisierung führt womöglich dazu, dass mehr Arbeitnehmer auch nach Erreichen des Rentenalters zumindest teilweise beschäftigt bleiben. Ausserdem lässt sich damit der Übergang in die Pensionierung erleichtern. Jedoch könnte der Teilvorbezug auch dazu führen, dass mehr Leute ihre Rente teilweise vorbezogen und ihr Arbeitspensum reduzieren. Es bleibt genau zu prüfen, welche Folgen eine zusätzliche Flexibilisierung des Rentenbezugs haben wird. Notwendige Anpassungen wären bei einer zweiten Reform zu ergreifen.

6. Anreize zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Der Bundesrat möchte die Weiterführung der Erwerbstätigkeit im Rentenalter mit der Beibehaltung des Freibetrags von 1'400 Franken pro Monat fördern. Nach der heutigen Rechtslage müssen Erwerbstätige im Rentenalter zwar AHV-Beiträge auf das Erwerbseinkommen, welches den Freibetrag übersteigt, bezahlen. Diese werden bei der Rentenberechnung jedoch nicht berücksichtigt. Das will der Bundesrat ändern.

Der Freibetrag ist ein wichtiges Instrument, um die Erwerbstätigkeit von Personen im Rentenalter zu fördern. Da Arbeitnehmende auf den Freibetrag keine AHV-Beiträge entrichten müssen, haben sie nach Erreichen des Referenzalters einen höheren Nettolohn. Dadurch haben Arbeitnehmende einen grösseren Anreiz, länger im Erwerbsleben zu bleiben. Ausserdem profitieren die Arbeitgeber von tieferen Lohnkosten und haben dadurch einen grösseren Anreiz, Personen im Rentenalter zu beschäftigen. Ein höherer Freibetrag wird kurzfristig zwar zu Mindereinnahmen führen. Mittelfristig ist aber mit Mehreinnahmen für die AHV zu rechnen. Deshalb spricht sich GastroSuisse für eine Erhöhung des Freibetrags auf 2'000 Franken pro Monat aus.

Geforderte Änderung: Der Freibetrag soll auf 2'000 Franken pro Monat erhöht werden.

Zudem befürwortet GastroSuisse den Vorschlag, die nach Erreichen des Referenzalters bezahlten AHV-Beiträge bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen. Diese Massnahme bietet dem Arbeitnehmenden die Möglichkeit, Beitragslücken zu schliessen oder das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu verbessern. Davon können insbesondere Arbeitnehmende in Tieflohnbranchen profitieren. Die Massnahme würde auch der Allgemeinheit zu Gute kommen, da die betroffenen Personen im Alter seltener Ergänzungsleistungen beziehen müssten.

7. Koordination mit der beruflichen Vorsorge

GastroSuisse unterstützt die Koordination des einheitlichen Referenzalters mit der beruflichen Vorsorge. Damit gilt sowohl in der AHV wie auch in der beruflichen Vorsorge ein Referenzalter von 65 Jahren für Frauen und Männer. Ausserdem sollen alle Pensionskassen die Möglichkeit schaffen, die Altersrente ab 63 vorzubeziehen und bis zum 70. Altersjahr aufzuschieben.

8. Proportionale Erhöhung der MWST um 1.5 (bzw. 0.7) Prozentpunkte

Der Vorentwurf sieht eine MWST-Erhöhung um 1.5 Prozentpunkte vor, um den Finanzierungsbedarf bei der AHV zu decken. Im Rahmen der Steuervorlage 17 (SV 17) wurde zudem ein sozialer Ausgleich über die AHV beschlossen, der unter anderem die Erhöhung der Lohnbeiträge beinhaltet. Falls die SV 17 angenommen wird, würde sich die MWST-Erhöhung auf 0.7 Prozentpunkte reduzieren. Sowohl die Erhöhung der MWST um 1.5 Prozentpunkte wie auch die Kombination von Lohnprozent- und MWST-Erhöhung führen zu einer unverhältnismässigen Belastung der Arbeitgeber und der Wirtschaft. Deshalb lehnt GastroSuisse die Erhöhung der MWST in diesem Umfang ab.

Eine Erhöhung um 1.5 bzw. 0.7 Prozentpunkte würde der Wirtschaft erheblichen Schaden zu fügen. Der starke Anstieg des Preisniveaus würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage umgehend massiv reduzieren. Investitionen und Wirtschaftswachstum würden sich abschwächen. Das Gastgewerbe wäre von diesen Entwicklungen besonders betroffen. Denn eine Erhöhung der Konsumentenpreise zieht höhere Lohnforderungen nach sich. Dadurch steigen die Personalkosten. Jedoch ist das Gastgewerbe durch eine preiselastische Nachfrage charakterisiert. Deshalb könnten Restaurants und Hotels weder die MWST-Erhöhung noch die höheren Personalkosten vollständig auf die Konsumenten abwälzen.

Nichtdestotrotz muss der Finanzierungsbedarf bei der AHV anerkannt werden. Auch führt eine angemessene Erhöhung der MWST zu einer wirtschaftsverträglicheren Finanzierung der AHV als die Erhöhung von Lohnprozenten. Deshalb würde GastroSuisse einer moderaten Erhöhung der Mehrwertsteuer um maximal 0.6 Prozentpunkte (bzw. 0.3 bei Annahme der SV 17) zustimmen. Das würde die Finanzen der AHV vorerst stabilisieren, bis die nächste Reform mit strukturellen Massnahmen und einer Erhöhung des Bundesbeitrags die Finanzierung nachhaltig sichert.

Geforderte Änderung: Die MWST soll maximal um 0.6 (bzw. 0.3) Prozentpunkte erhöht werden.

Sollte die MWST-Erhöhung doch höher ausfallen, dann erwartet GastroSuisse eine lineare anstelle einer proportionalen Erhöhung der verschiedenen MWST-Sätze. Damit liesse sich der negative Effekt auf das Gastgewerbe etwas dämpfen. Im Gastgewerbe besteht seit Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1995 die besondere Situation, dass Leistungen der gewöhnlichen Gastronomie und Take-away-Leistungen steuerlich unterschiedlich behandelt werden. Dieser Unterscheidung liegt die Argumentation zu Grunde, dass in Restaurants eine Servier-Dienstleistung und das Bereitstellen von Räumlichkeiten hinzukommen, wodurch ein Restaurantbesuch quasi nicht mehr Alltagsbedarf darstellt, sondern steuerlich ein Luxusgut ist. Demgegenüber gelten Take-away-Produkte als Grundnahrungsmittel und werden entsprechend mehrwertsteuerrechtlich privilegiert besteuert. Was Ende des letzten Jahrtausends noch Sinn zu machen schien, ist zu einer Ungleichbehandlung von Konkurrenten geworden. Längst ist das Angebot vieler Take-away-Anbieter mit dem von Restaurants vergleichbar. Eine proportionale Erhöhung der MWST führt nun zu einer grösseren Differenz zwischen dem Normalsatz und dem Take-away-Satz. Dadurch nimmt die Ungleichbehandlung weiter zu.

11. Rechtliche Verknüpfung der MWST-Erhöhung mit der Gesetzesrevision

Der Bundesrat verzichtet auf die Verknüpfung der MWST-Erhöhung mit der Gesetzesrevision. Wenn nun ein Referendum ergriffen wird, müsste das Stimmvolk über beide Vorlagen abstimmen. Dadurch besteht die Gefahr, dass nur die Erhöhung der MWST angenommen wird und die weiteren Massnahmen abgelehnt werden. Dann müsste die Erhöhung umgesetzt werden, ohne die wichtige Anpassung beim Rentenalter der Frauen vorzunehmen. Finanzausschüsse ohne eine einzige strukturelle Massnahme sind inakzeptabel. Deshalb müssen die beiden Vorlagen miteinander verknüpft werden.

Geforderte Änderung: Die MWST-Erhöhung ist mit der Gesetzesrevision zu verknüpfen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

GastroSuisse



Casimir Platzer
Präsident



Daniel Borner
Direktor

Alisic Emina BSV

Von: p.huber@hkbb.ch
Gesendet: Dienstag, 16. Oktober 2018 16:03
An: Alisic Emina BSV
Betreff: Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Frau Alisic

Besten Dank für die Gelegenheit im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Stabilisierung der AHV (AHV21) Stellung nehmen zu dürfen.

Die Handelskammer beider Basel schliesst sich dabei der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes Basel an.

Darf ich Sie bitten, den Erhalt dieser E-Mail zu bestätigen. Besten Dank.

Freundliche Grüsse

Patrick Huber

Handelskammer beider Basel

Patrick Huber
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Standortpolitik
St. Jakobs-Strasse 25
CH-4010 Basel
Tel. +41 61 270 60 11
Fax +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch



www.wirtschaftskomitee.ch

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail an: emina.alisic@bsv.admin.ch
Bern, 10.10.2018 - MC/SB

Stellungnahme anlässlich der Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

hotelleriesuisse dankt Ihnen für die Möglichkeit im Rahmen der laufenden Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen. Gerne unterbreiten wir Ihnen im Folgenden unsere Position.

1. Vorbemerkung

hotelleriesuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Hotelbetriebe. Die von hotelleriesuisse klassierten Betriebe repräsentieren rund zwei Drittel der Schweizer Hotelbetten und generieren knapp 75 Prozent der Logiernächte.

Gemäss Satellitenkonto 2016 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 47 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von 17 Mrd. Franken – was einem Anteil von 2,6 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den vier wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Die Hotellerie als Rückgrat des Tourismus erwirtschaftet allein einen jährlichen Umsatz von über 7,6 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. hotelleriesuisse setzt sich deshalb mit Nachdruck für die Verbesserung der Erfolgs- und Wachstumschancen wettbewerbswilliger und wettbewerbsfähiger Hoteliers und Hotels in der Schweiz ein.

2. Grundsätzliches

Nach dem Scheitern des Reformprojekts Altersvorsorge 2020 ist es aus Sicht von hotelleriesuisse richtig, AHV und BVG getrennt und etappenweise zu sanieren. Der Handlungsbedarf für nachhaltige Stabilisierungsmassnahmen im Bereich der Altersvorsorge ist eindeutig gegeben. Mit Blick auf die Zielsetzungen der AHV-Reform – Sicherung der Renten auf heutigem Niveau sowie Stabilisierung der AHV-Financen – ist das Frauenrentenalter unbestrittenermassen auf 65 Jahre zu erhöhen. Jedoch sollte auf überdimensionierte Kompensationsmassnahmen verzichtet werden, um die Effektivität der Reform zu gewährleisten.

Im Sinne einer mehrheitsfähigen Lösung müssen grundsätzlich alle wirtschaftlichen und politischen Akteure ihren Reformbeitrag leisten. Allerdings sollten die zusätzlich zu erwartenden Kosten in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen liegen. Insbesondere ist in dieser Reform –

wie auch in der kommenden BVG-Revision - auf Massnahmen zu verzichten, die personalintensive Branchen im tieferen Lohnbereich überdurchschnittlich belasten. Entsprechend begrüsst hotelleriesuisse, dass der Bundesrat zur Stützung der AHV auf zusätzliche Lohnbeiträge verzichten will.

Höchst problematisch ist hingegen der bundesrätliche Vorschlag, zur AHV-Finanzierung die Mehrwertsteuer proportional um 1,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Eine Mehrwertsteuererhöhung um einen Fünftel ist klar zu hoch und wirtschaftlich nur schwer verdaubar.

Schliesslich sollte die Erhöhung der Mehrwertsteuer zwingend mit den Anpassungen im AHV-Gesetz verknüpft werden.

3. Beurteilung der geplanten Anpassungen

3.1 Mehrwertsteuererhöhung

hotelleriesuisse ist dezidiert gegen eine Erhöhung von 1,5 Prozentpunkten des Normalsatzes der Mehrwertsteuer. Für die AHV ist eine rasche erste Reformetappe nötig, welche die Renten mittelfristig auf heutigem Niveau stabilisiert. Ab Mitte des nächsten Jahrzehnts müssen weitere Reformschritte folgen, in denen auch das Rentenalter angepasst werden sollte. Somit ist eine solch drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer in der aktuellen Reform verfehlt und aus wirtschaftlicher Sicht zu kostspielig, da beträchtliche Nachfragerückgänge aufgrund des höheren Preisniveaus drohen.

Stattdessen fordern wir eine proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuer um maximal 0,6 Prozentpunkte. Die Proportionalität der Steuererhöhung ist zwingend zu wahren, damit die tieferen Mehrwertsteuer-Sondersätze erhalten bleiben. Der Sondersatz für die Beherbergungsbranche ist ein zentrales Instrument der Exportförderung für die Hotellerie und wurde 2017 vom Parlament für 10 Jahre verlängert.

Im Weiteren müssen die in der Steuervorlage 17 gefällten Beschlüsse auch in der AHV-Reform berücksichtigt werden: Bei Annahme des AHV-Steuerdeals inkl. 0,3-prozentiger Erhöhung der Lohnbeiträge ist die Zusatzfinanzierung auf voraussichtlich maximal 0,3 Mehrwertsteuer-Prozente zu reduzieren.

Aus den oben genannten Gründen ist der Vorschlag des Bundesrates bezüglich Art. 130 Abs. 3^{ter} BV wie folgt zu ändern:

*3^{ter} Zur Sicherung der Finanzierung der Alters- und Hinterlassenenversicherung erhöht der Bundesrat **die Mehrwertsteuersätze proportional** um maximal 0.6 Prozentpunkte.*

3.2 Anpassungen AHV-Gesetz

Mit Blick auf die resultierenden Kosteneinsparungen bei der AHV unterstützen wir die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre (Referenzalter 65/65) in vier Schritten. Angesichts der demographisch schwierigen Ausgangslage ist der Einbezug dieser strukturellen und leistungseitigen Massnahme zwingend. Bei den Ausgleichsmassnahmen ist die erste Variante (Kosten ca. CHF 400 Mio.), bei welcher Frauen, die nicht bis zum Referenzalter arbeiten und ihre Rente mit reduzierten Kürzungssätzen vorbeziehen können, zu bevorzugen.

Im Gegensatz zum bundesrätlichen Vorschlag sind die Ausgleichsmassnahmen jedoch nicht auf neun Jahrgänge auszurichten, sondern auf die vier Jahrgänge zu beschränken, die unmittelbar von der schrittweisen Erhöhung betroffen sind. Die doppelt so teure Variante 2 (Kosten ca. CHF 800 Mio.) mit gleich zwei Ausgleichsmassnahmen ist abzulehnen, da sie die Mehreinnahmen durch die Anpassung des Referenzalters bei Frauen zu einem Grossteil wieder konsumiert.

- *Das Rentenalter für Frauen ist auf 65 Jahre zu erhöhen.*
- *Zur Kompensation von Rentenalter 65/65 unterstützt hotelleriesuisse die **Variante 1**, jedoch beschränkt auf die **vier** von der schrittweisen Erhöhung betroffenen **Jahrgänge**.*

3.3 Rechtliche Verknüpfung der Gesetzesrevision und der Mehrwertsteuererhöhung

Im Gegensatz zur gescheiterten AHV-Reform 2020 hat der Bundesrat bei der aktuellen Revision davon abgesehen, die beiden Vorlagen rechtlich miteinander zu verknüpfen. Sollte somit gegen die AHVG-Revision das Referendum ergriffen werden, müsste das Volk über die Anpassungen des AHVG wie auch über die MWST-Erhöhung abstimmen. Mangels rechtlicher Verknüpfung wäre es folglich möglich, dass nur eine der beiden Vorlage angenommen würde. Im schlimmsten Fall drohte eine Annahme der AHV-Finanzzuschüsse bei gleichzeitiger Ablehnung der leistungsseitigen AHV-Reformelemente. Um dies zu vermeiden, ist eine entsprechenden Koppelung vorzusehen. Eine Reformlösung macht nur innerhalb eines ganzen Pakets Sinn.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist rechtlich an die Anpassung des AHV-Gesetzes zu koppeln.

4. Weitere Reformelemente

Bezüglich aller weiteren Elemente dieser AHV-Reform verweisen wir auf die Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbands sgV. hotelleriesuisse unterstützt grundsätzlich dessen Anträge zur vorliegenden Stabilisierungsreform, sofern sie nicht von den hier gemachten Ausführungen abweichen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Position und stehen Ihnen für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

hotelleriesuisse



Claude Meier
Direktor



Christophe Hans
Leiter Wirtschaftspolitik

Innovation Zweite Säule, c/o PVS Visana, Weltpoststrasse 19, 3000 Bern 15

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, Berufl. Vorsorge, EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per E-Mail: emina.alisic@bsv.admin.ch,

Bern, 10. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) / Vernehmlassungsantwort der IZS

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Frau Alisic, sehr geehrte Damen und Herren

Die Innovation Zweite Säule erlaubt sich, innert gesetzter Frist zum eingangs erwähnten Reformvorhaben bzw. der unterbreiteten Vorlage Stellung zu nehmen. Die Innovation Zweite Säule ist eine engagierte Organisation mit gesamtschweizerischer Verantwortung auf dem Gebiet der beruflichen Vorsorge. Wir erlauben uns, Sie zu bitten, uns auch inskünftig in die Vernehmlassungsverfahren geeignet miteinzubeziehen.

Zu den unterbreiteten Unterlagen nehmen wir bezogen auf das Vorsorgerecht Stellung wie folgt:

Änderungen des BVG

Art. 13 Abs. 2 und 3 BVG: Wir regen an, im Gesetz die Grenzen auf Alter 58 und Alter 70 festzulegen. Der Verweis auf Art. 1 Abs. 3 umschreibt u.E. die Grenzen 58 – 70 zu wenig konkret: der Verweis auf die Verordnung ist nicht hinreichend. Es braucht die ausdrückliche gesetzliche Grundlage.

Art. 13b Abs. 3 BVG, erster Halbsatz (bis zum Strichpunkt): U.E. ist die Formulierung zu eng, sie verwehrt der Vorsorgeeinrichtung die überobligatorische Vorsorge mindestens im Bereich zwischen Null und der vorsorgeeinrichtungsspezifischen Eintrittsschwelle.

Art. 13c BVG: Bislang hatten wir eine entsprechende Einschränkung nicht. Wenngleich Art. 1 BVG nicht verletzt ist, führt die jetzt vorgeschlagene Einschränkung zu unbilligen Resultaten, v.a. dann, wenn ein Zweiteinkommen (des Partners bzw. der Partnerin) dazu kommt oder bei tiefen Jahreslöhnen, wie bspw. bei einer Reduktion des Pensums auf 50%, so kann die Leistung nicht aufgeschoben werden, sondern muss bezogen werden. Gegenüber der AHV handelt es sich um eine Ungleichbehandlung; dort ist der Aufschub der Altersrente bis Alter 70 möglich. Aus diesen Gründen ist der Artikel 13c BVG ersatzlos zu streichen.

Art. 79b Abs. 2 BVG: Mit dem Verweis auf die Verordnung des Bundesrates ist für uns die Tragweite dieser Bestimmung nicht abschliessend beurteilbar. Wir erbeten, uns in eine allfällige Vernehmlassung des Bundesrates zur Verordnung mit einzubeziehen.

Tel-Nr. 031 357 92 70

IZS, c/o PVS Visana, Weltpoststr. 15, 3000 Bern 15
mail@izs.ch / www.izs.ch

Änderungen des FZG

Art. 8 Abs. 3 FZG: Wir verweisen grundsätzlich auf unsere Ausführungen zu Art. 79b Abs. 2 BVG. Wir betrachten die Regelung der konkreten Informationspflichten in einer Verordnung als stufengerechte Lösung.

Änderungen des ZGB

Art. 89a Abs. 6 Ziff. 2a ZGB: Es gibt gute Gründe, weshalb in der beruflichen Vorsorge in vielen Fällen eine Split-Lösung (BVG-Minimum und separate überobligatorische Einrichtung) verfolgt wird. Die beabsichtigte Ausweitung der Artikel Art. 13 Abs. 2 / 13a / 13b / 13c BVG auf (gesplittete) überobligatorische Einrichtungen erachten wir als nicht gerechtfertigte Einschränkung der Gestaltungsfreiheit in der beruflichen Vorsorge.

Mit den übrigen Anpassungen sind wir einverstanden. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Einwände und Hinweise.

Freundliche Grüsse
Innovation Zweite Säule (IZS)


Josef Bachmann, Präsident



JURISTINNEN SCHWEIZ
FEMMES JURISTES SUISSE
GIURISTE SVIZZERA
GIURISTAS SVIZRA
WOMEN LAWYERS SWITZERLAND

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

Fribourg, 16. Okt. 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse – Giuriste Svizzera – Giuristas Svizera (siehe www.lawandwomen.ch, nachfolgend: Juristinnen Schweiz) wurde 2001 gegründet als Berufs- und Vernetzungsorganisation der Schweizer Juristinnen. Sie bringt die Stimmen der Frauen, vor allem der Fachfrauen, im Gesetzgebungsverfahren ein. In diesem Zusammenhang interessieren uns namentlich Gesetzgebungsvorhaben, welche auf die Stellung der Frau und das Verhältnis unter den Geschlechtern in der Familie und ausserhalb einen Einfluss haben. Wir erlauben uns deshalb, im Vernehmlassungsverfahren zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung zu nehmen.

Die Eingabefrist ist mit vorliegender Eingabe gewahrt. Wie gewünscht erfolgt sie elektronisch im pdf- und word-Format.

Grundsätzliches – verfassungsmässiges Leistungsziel der Altersvorsorge sichern

Juristinnen Schweiz teilt die Einschätzung des Bundesrats, dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und in der ersten Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht. Allerdings ist der Auftrag, dass die Renten der ersten Säule gemäss Verfassungsauftrag existenzsichernd zu sein haben, nach wie vor nicht erfüllt. Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der zweiten Säule sinken. Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig das Ziel des Leistungserhalts in der AHV setzt, verkennt er, dass dies real zu einem Abbau des Sozialversicherungssystems führt.

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse vom letzten Herbst zeigt, dass sozialpolitische Argumente den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst haben. Gerade die zu geringe Zustimmung der aktuellen Rentner_innen-Generation für die AV 2020 zeigt, dass das heutige Renteneinkommen häufig als zu knapp empfunden wird, um damit den Lebensunterhalt zu sichern. Für eben diese Rentnerinnen

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg
Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch
www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

sieht die neue Vorlage nun aber keinerlei Verbesserungen vor – im Gegenteil: Aufgrund einer reinen Finanzierung über die Mehrwertsteuererhöhung sollen gerade sie noch stärker zur Stabilisierung der AHV beitragen.

Juristinnen Schweiz steht klar hinter dem Rentenziel der Verfassung einer ausreichenden Rentenabdeckung durch die Renten der ersten und zweiten Säule im Alter. Bei der Vorlage AHV 21 muss deshalb dieser Verfassungsauftrag im Zentrum stehen. Es ist wesentlich, dass die Reform der zweiten Säule gleichzeitig, wenn auch nicht im gleichen Paket, wie die erste Säule angegangen wird. In dem Zusammenhang muss insbesondere das Problem des Koordinationsabzugs angegangen werden, der Frauen mit tiefen Löhnen und Teilzeitstellen schwer benachteiligt.

Die beabsichtigte Erhöhung des Frauenrentenalters ist eine einschneidende Leistungsver schlechterung von rund 1.2 Milliarden Franken jährlich, die einzig von den Frauen hingenommen werden muss. Die Frauenrentenaltererhöhung war ein wesentlicher Grund für die Ablehnung der Rentenreform 2020 im Herbst 2017. Indem der Bundesrat nur wenige Monate nach diesem Scheitern wieder an der Massnahme festhält, ignoriert er dies.

Juristinnen Schweiz lehnt die Frauenrentenaltererhöhung insbesondere aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen entschieden ab. Eine diskriminierungsfreie Verteilung der Ressourcen auf beide Geschlechter gehört zu den prioritären Zielen der Sozialpolitik. Nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aspekte sowie die Lohndiskriminierung im vorliegenden erläuternden Bericht wiederum nicht erwähnt und bei der Beurteilung des Frauenrentenalters nicht berücksichtigt worden sind. Die rein formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der ungleichen, diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge. Die immer noch anhaltende Lohndiskriminierung und die Benachteiligungen bei der beruflichen Laufbahn aufgrund der Familienpflichten sowie der Koordinationsabzug führen dazu, dass Frauen vor allem in der zweiten Säule mit weit tieferen Renten rechnen müssen als Männer. Die Benachteiligung im Erwerbsleben (sei sie bedingt durch Ausbildung auf tiefem Niveau, schlecht bezahlte Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit oder Lohndiskriminierung) führt zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Frauen übernehmen auch nach wie vor den Hauptanteil der Betreuungs- und Haushaltsarbeit. Ein unterschiedliches Rentenalter zwischen Frauen und Männern ist für Juristinnen Schweiz deshalb eine wirksame Ausgleichsmassnahme für die häufige Mehrbelastung, mit der viele Frauen ab 55 konfrontiert sind. Während dieser Lebensphase sind viele Frauen oftmals Mutter, Grossmutter und Tochter zugleich. Als Grossmutter nehmen sie eine tragende Rolle bei der Betreuung ihrer Enkelkinder ein und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der jüngeren Generation. Andere pflegen in diesem Alter ihre kranken Eltern, Schwiegereltern oder den eigenen Partner und verhindern so den Eintritt in ein teures Pflegeheim. Diese informelle Betreuungs- und Pflegearbeit ist umso wichtiger, als es an genügend ausgebildetem Pflegepersonal mangelt. Frauen kompensieren so den unzureichenden Zugang junger wie alter Menschen zu Betreuungsmöglichkeiten und entlasten den Sozialstaat. Die Arbeit, die von vielen älteren Frauen unbezahlt verrichtet wird, ist viel wert. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus gesehen profitieren wir vom Engagement der älteren Frauen, welche die bezahlte Arbeit zu Gunsten der unbezahlten Arbeit eintauschen. Diese unbezahlte Care-Arbeit in der Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Deshalb ist die nach wie vor oft schwierige Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit ein grosses Problem.

Juristinnen Schweiz kann sich eine Erhöhung des Frauenrentenalters nur vorstellen, wenn die massivsten aktuell noch bestehenden Ungleichheiten beseitigt oder mindestens erheblich verringert worden sind. So ist eine Verknüpfung mit der Frage des Koordinationsabzugs unerlässlich und muss die Lohngleichheit gewährleistet sein bzw. darf eine Differenz von maximal bis zu 2 % bestehen (vgl. die aktuelle Debatte des Gleichstellungsgesetzes). Sobald die tatsächliche Benachteiligung von Frauen beseitigt ist, steht einer formalen Gleichstellung beim Rentenalter aus Sicht von Juristinnen Schweiz nichts mehr entgegen.

Der Bundesrat ignoriert die harschen Realitäten, mit denen ältere Arbeitnehmer_innen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt weiterhin konfrontiert sind. Vom höheren Frauenrentenalter wären bis 2030 unmittelbar fast 600'000 Frauen betroffen. Die Biografien der Frauen, die Ende der 50er, anfangs der

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg

Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch

www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

60er des letzten Jahrhunderts geboren wurden, unterscheiden sich wesentlich von jenen der jüngeren Frauengeneration. Sie haben wegen unterbrochener Erwerbsbiografien und eines tieferen Ausbildungsniveaus schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt als Männer im gleichen Alter oder jüngere Frauen. Zudem spielen gesundheitliche Einschränkungen, Zwangspensionierungen oder Kündigungen sowie unbefriedigende Arbeitsbedingungen eine bedeutende Rolle beim vorzeitigen Arbeitsmarktaustritt. Die Rekrutierung älterer Arbeitnehmer_innen hat einen geringen Stellenwert. Wer ab 50 seine Stelle verliert, hat grosse Mühe, wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Ältere Arbeitnehmerinnen sind auf dem Arbeitsmarkt noch weniger gefragt als ältere Arbeitnehmer. So nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen ab 55 schlagartig ab. Während fast 85 % aller Frauen bis 54 erwerbstätig sind, sinkt dieser Anteil danach auf nur noch 68 %. Dies hängt auch damit zusammen, dass aufgrund der herrschenden Rollenstereotype (und ungleichen Löhne) oftmals von den Frauen erwartet wird, dass sie sich um ihre Enkelkinder oder ältere Angehörige kümmern, was nicht mit einer Vollzeitstelle vereinbar ist. Geradezu zynisch wirken vor diesem Hintergrund die Erläuterungen des Bundesrats, dass eine Differenzierung des Rentenalters nicht mehr gerechtfertigt sei, weil die Erwerbsquote der 15-64-jährigen Frauen zugenommen habe und heute in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt 58.5 % betrage. Dies stimmt. Die Erwerbsquote der Männer fällt mit 85.5 % jedoch bedeutend höher aus (in Vollzeitäquivalenten). Frauen sind zwar immer stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden, ihre Situation ist aber weiterhin klar nicht mit jener der Männer vergleichbar. Der schweizerische Arbeitsmarkt hat die Herausforderung noch nicht gemeistert, einen möglichst hohen Anteil der Frauen bis zum ordentlichen Rentenalter zu beschäftigen. Eine Anhebung des Frauenrentenalters führt ohne entsprechende Massnahmen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten lediglich zu Prekarität und einer Kostenverlagerung zu Lasten anderer Versicherungen.

Der Bundesrat begründet die Erhöhung des Frauenrentenalters auch mit der realen Entwicklung in einigen Vorsorgeeinrichtungen, die das reglementarische Rentenalter für Frauen bereits auf 65 festgelegt haben. Der Bundesrat versucht den Frauen die Anhebung des Rentenalters auf 65 schmackhaft zu machen, indem er ihnen im Bereich der beruflichen Vorsorge eine Rentenverbesserung von rund 4-5 % in Aussicht stellt. Nicht alle Frauen sind aber überhaupt in der zweiten Säule versichert. Selbst wenn dies der Fall ist, nimmt die berufliche Vorsorge in der Alterssicherung der Frauen selten eine wichtige Rolle ein, weil die Erwerbsbiografien von Frauen vielfach durch Erwerbsunterbrüche und lange Phasen der Teilzeitarbeit geprägt sind und sich auch die ungleichen (tiefen) Löhne auswirken. Frauen haben deshalb oft keine tragfähige zweite Säule aufbauen können, selbst wenn sie vor der Pensionierung über ein Lohneinkommen von über Fr. 84'600.- verfügt haben. Bei einer Rentenverbesserung um 4-5 % handelt es sich entsprechend nur um eine minimale Verbesserung ihrer Rentensituation, die sowieso nur eintritt, wenn die Frauen auch tatsächlich ein Jahr länger erwerbstätig bleiben und ihr Altersguthaben weiter erhöhen können.

Kompensationsmassnahmen

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse betreffend die AV 2020 zeigen, dass die enthaltenen generellen Leistungsverbesserungen in der ersten Säule nicht reichten, um die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zu kompensieren. Auch die neu vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen werden diesem Umstand in keiner Weise gerecht und sind ungenügend. Die Variante I kann unter keinen Umständen allein als Ausgleichsmassnahme betrachtet werden. Sie muss verbessert werden und – wie im Entwurf vorgeschlagen – Teil der Variante II sein. Die Kompensationsmassnahmen müssen speziell auf erwerbstätige Frauen ausgerichtet sein, damit sie die Nachteile des Koordinationsabzugs und der Lohnungleichheit nicht vollumfänglich selber zu tragen haben.

Variante I: 400 Millionen– reduzierte Kürzungssätze beim Rentenvorbezug

Juristinnen Schweiz begrüsst den Vorschlag des Bundesrats, dass Frauen mit tiefen Einkommen beim Rentenvorbezug von reduzierten Kürzungssätzen profitieren können. Das vorgeschlagene Modell ist jedoch zu restriktiv ausgestaltet. So sollen die reduzierten Kürzungssätze beim Vorbezug nur für jene Frauen gelten, die bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966). Das sind knapp 600'000 Frauen. Der Bundesrat rechnet aufgrund der heutigen Vorbezugsraten damit, dass rund 25 % dieser Frauen von einem erleichterten Vorbezug profitieren werden.

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg

Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch

www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

Auch die Möglichkeit, dass für Frauen mit tiefen Löhnen speziell vorteilhafte Kürzungssätze gelten sollen, wird von Juristinnen Schweiz positiv bewertet. Doch die gewählte Lohnhöhe liegt mit Fr. 56'400.- zu tief. Die Kürzungssätze sind damit so ausgestaltet, dass insgesamt nur rund 70'000 der 600'000 Frauen von ihnen profitieren könnten. Nur etwas mehr als 10 % der betroffenen Frauen könnten also mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen, ohne dass sich dies verglichen mit dem heutigen Recht negativ auf die Höhe ihrer Pension auswirken würde. Dies ist klar ungenügend.

Insgesamt erinnert der Vorschlag an jene Massnahme, welche der Bundesrat im Rahmen der AV 2020 vorgesehen hatte, damit auch Personen mit tiefen Einkommen und langen Erwerbsbiografien von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren überhaupt hätten Gebrauch machen können. Als solche Abfederungsmassnahme macht sie weit mehr Sinn und ist sie auch weiterhin notwendig (vgl. unten). Sie taugt nicht als Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters.

Variante II: 800 Millionen – reduzierte Kürzungssätze und Anpassung der Rentenformel

In der vom Bundesrat vorgeschlagenen Variante mit Kompensationsmassnahmen in der Höhe von 800 Millionen wird als zweite Massnahme zusätzlich zu den reduzierten Kürzungssätzen eine Anpassung der Rentenformel vorgeschlagen. Sie kommt nur für jene Frauen zur Anwendung, die bis 65 arbeiten können und in der Übergangsgeneration sind, also bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966). Juristinnen Schweiz begrüsst die vorgeschlagene Anpassung der Rentenformel grundsätzlich. Von der Verbesserung der Rentenformel profitieren besonders Frauen mit einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen von Fr. 42'300.-. Sie erhalten eine maximale Erhöhung von Fr. 214.- pro Monat. Frauen mit einem tieferen oder höheren Einkommen erhalten eine entsprechend weniger starke zu ihrem Einkommen proportionale Erhöhung. Die maximale Rentenerhöhung von Fr. 214.- wird allerdings nur für sehr wenige, nämlich rund 700 Frauen pro Jahr bis 2030, realisiert. Auch hier ist der vorgeschlagene Geltungsbereich der Massnahme deshalb klar zu restriktiv. Juristinnen Schweiz fordert vor dem Hintergrund, dass die Bedingungen der Frauen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge nach wie vor ungünstig sind und sich für die Zukunft diesbezüglich keine wesentlichen Verbesserungen abzeichnen, dass die angepasste Rentenformel für alle Frauen mit tieferen und mittleren Einkommen gilt und nicht nur für jene der Übergangsgeneration. Es geht nicht an, die Frauen, die unter anderem wegen fehlender Lohngleichheit und des Koordinationsabzugs, schlechte Bedingungen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge hatten und haben, die Folgen dieser Systemfehler tragen zu lassen. Auch eine solche Ausweitung der Massnahme würde vor allem dazu führen, dass sich die AHV-Renten dem Verfassungsauftrag der Existenzsicherung annähern. Sie muss ohne Verknüpfung mit der Erhöhung des Frauenrentenalters ergriffen werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Grundsätzlich begrüsst Juristinnen Schweiz die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Diese schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. Solche flexiblen, individualisierten Rücktrittsmodelle sind sowohl für die Firmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen weit zielgerichteter als eine Erhöhung des Rentenalters, die der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht Rechnung tragen kann. Damit sich aber nicht nur Personen mit hohen Einkommen einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter überhaupt leisten können, sind entsprechende Massnahmen vorzusehen. Sonst führt die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu einer faktischen Rentenaltererhöhung. Anders als in der AV 2020 enthält der Entwurf keine Abfederung für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Zwar präsentiert der Bundesrat die Möglichkeit des privilegierten AHV-Vorbezugs für Frauen der Übergangsgeneration als Kompensationsmassnahme. Doch gibt es keinen Grund, warum Frauen ab Jahrgang 1967 mit geringem Jahreseinkommen nicht von einem privilegierten Kürzungssatz beim Rentenvorbezug profitieren sollen. Juristinnen Schweiz fordert deshalb, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Frauen mit geringen und mittleren Einkommen angewendet werden. Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren überhaupt Gebrauch machen. Die Ausweitung des privilegierten Rentenvorbezugs für Frauen mit tiefen Einkommen drängt sich auch deshalb auf, weil sie in der Regel eine tiefere Lebenserwartung als jene des Durchschnitts aufweisen. Ausserdem sollte die Einkommensschwelle für den privilegierten Vorbezug angehoben

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg

Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch

www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5

werden. Verglichen mit den neuesten Zahlen der Lohnstrukturerhebung fällt die bisher vorgeschlagene Einkommensgrenze von Fr. 54'600.- zu tief aus, stellt dies doch nur gerade die untersten 10 % der in der Schweiz verdienten Löhne dar.

Schliesslich lehnt Juristinnen Schweiz die automatische Anpassung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge bei Vorbezug und Aufschub der Renten ab. Die Erforderlichkeit und Eignung entsprechender Anpassungen soll nicht um Jahre im Voraus und automatisiert festgelegt werden. Sie sind auch von erheblicher Bedeutung für die Rentenhöhe und deshalb die Planbarkeit des Altersrücktritts. Sie sollen deshalb nicht auf Verordnungsstufe angepasst werden können.

Solide Finanzierung der ersten Säule

Juristinnen Schweiz anerkennt den Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der höheren Lebenserwartung und der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen. Rentenverbesserungen und der Renteneintritt der Baby-Boomer-Generation erfordern eine ausreichende Finanzierung der ersten Säule. Der Finanzierungsbedarf in der ersten Säule muss solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommen aufgeteilt werden, weshalb eine Kombination der Erhöhung der Lohnbeiträge wie der Mehrwertsteuer sinnvoll ist. Die Erhöhung der Lohnbeiträge an die AHV steht für Juristinnen Schweiz indes im Vordergrund. Die Anhebung der Lohnbeiträge für die AHV wurde im Abstimmungskampf der Rentenreform 2020 nicht kritisiert. Die Arbeitgeber kritisierten vielmehr, dass die Rentner_innen höhere Mehrwertsteuerabgaben zu leisten hätten, ohne dass sie dafür eine bessere Leistung erhalten würden. Auch wenn sie sich nun aufgrund der anstehenden Reform der zweiten Säule gegen die Erhöhung der Lohnbeiträge für die AHV aussprechen. Anders als in der AHV können die Probleme in der zweiten Säule aber nicht primär über Lohnbeiträge gelöst werden. Insbesondere Lohnbeiträge zu Gunsten der AHV in der Höhe von 0.3 % - wie sie zurzeit in der STAF 17 vorgesehen sind – tragen wesentlich zur Stabilisierung der ersten Säule bei; in der zweiten Säule können sie nichts Grundsätzliches bewirken. Aufgrund des starken sozialen Ausgleichs in der AHV stellt sich Juristinnen Schweiz aber auch nicht gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der ersten Säule.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Forderungen.

Freundliche Grüsse



Dr. Alice Reichmuth Pfammatter
Präsidentin



Vivian Fankhauser-Feitknecht
Mitglied

Juristinnen Schweiz – Femmes Juristes Suisse

c/o Alice Reichmuth Pfammatter, rue de Lausanne 81, 1700 Freiburg
Telefon +41 26 322 88 88 - Telefax +41 26 322 88 89

alice.reichmuth@lawandwomen.ch
www.lawandwomen.ch

Konto IBAN CH84 0900 0000 1766 1943 5



NGO-Koordination post Beijing Schweiz
Coordination post Beijing des ONG Suisses
Coordinazione post Beijing delle ONG Svizzere
Coordinaziun post Beijing dallas ONG Svizras
NGO-Coordination post Beijing Switzerland

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

Kriens, 16. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die NGO-Koordination post Beijing Schweiz nimmt gerne zu den Vorschlägen dieser wichtigen Vernehmlassung Stellung.

Grundsätzliches – verfassungsmässiges Leistungsziel der Altersvorsorge sichern

Die NGO-Koordination teilt die Einschätzung des Bundesrats, dass die AHV das wichtigste Sozialwerk der Schweiz ist und in der ersten Säule kein Spielraum für eine Senkung der Renten besteht. Allerdings ist der Auftrag, dass die Renten der ersten Säule gemäss Verfassungsauftrag existenzsichernd zu sein haben, nach wie vor nicht erfüllt. Im Vergleich zur Lohnentwicklung hat die AHV-Rente in den letzten Jahrzehnten an Wert eingebüsst. Dazu kommt, dass die Durchschnittsrenten in der zweiten Säule sinken. Die Leistungsfähigkeit der Schweizer Altersvorsorge nimmt ab. Wenn sich der Bundesrat in seinem Entwurf nun einzig das Ziel des Leistungserhalts in der AHV setzt, verkennt er, dass dies real zu einem Abbau des Sozialversicherungssystems führt.

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse vom letzten Herbst zeigt, dass sozialpolitische Argumente den Ausgang der Abstimmung entscheidend beeinflusst haben. Gerade die zu geringe Zustimmung der aktuellen Rentner*innen-Generation für die AV 2020 zeigt, dass das heutige Renteneinkommen häufig als zu knapp empfunden wird, um damit den Lebensunterhalt zu sichern. Für eben diese Rentner*innen sieht die neue Vorlage nun aber keinerlei Verbesserungen vor – im Gegenteil: Aufgrund einer reinen Finanzierung über die Mehrwertsteuererhöhung sollen gerade sie noch stärker zur Stabilisierung der AHV beitragen.

Die NGO-Koordination steht klar hinter dem Rentenziel der Verfassung einer ausreichenden Rentenabdeckung durch die Renten der ersten und zweiten Säule im Alter. Bei der Vorlage AHV 21 muss deshalb dieser Verfassungsauftrag im Zentrum stehen. Es ist wesentlich, dass die Reform der zweiten Säule gleichzeitig, wenn auch nicht im gleichen Paket, wie die erste Säule angegangen wird. In dem Zusammenhang muss insbesondere das Problem des Koordinationsabzugs angegangen werden, der Frauen mit tiefen Löhnen und Teilzeitstellen schwer benachteiligt.

**NGO-Koordination post Beijing Schweiz * Schönaustrasse 15 * 8620 Wetzikon * info@postbeijing.ch
www.postbeijing.ch**

Konto 41493.02, Raiffeisen Bern, IBAN: CH66 8148 8000 0041 4930 2

Mitgliedorganisationen:

alliance F, Bund schweizerischer jüdischer Frauenorganisationen BSJF, CEVI Schweiz, Coordination romande Suivi de Pékin, Dachverband Regenbogenfamilien, Demokratische Juristinnen Schweiz DJS, cfd Die feministische Friedensorganisation, Evangelische Frauen Schweiz EFS, Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ, Frauen für den Frieden, Frauenrat für Aussenpolitik FrAu, Friedensfrauen Weltweit, IAMANEH Schweiz, IG Feministische Theologinnen, Juristinnen Schweiz, Pfadibewegung Schweiz PBS, Schweiz, Bäuerinnen und Landfrauenverband SBLV, Schweizer FrauenSynode, Schweiz, Kath. Frauenbund SKF, Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM, Schweiz, Verband alleinerziehender Mütter + Väter SVAMV, Schweiz, Verband für Frauenrechte aadf-svf, Sexuelle Gesundheit Schweiz, SP Frauen Schweiz, TERRE DES FEMMES Schweiz, Verband Christkatholischer Frauen Schweiz VCF, Verband Wirtschaftsfrauen Schweiz, Women's World Summit Foundation WWSF, WyberNet

Die beabsichtigte Erhöhung des Frauenrentenalters ist eine einschneidende Leistungsver schlechterung von rund 1.2 Milliarden Franken jährlich, die einzig von den Frauen hingenommen werden muss. Die Frauenrentenaltererhöhung war ein wesentlicher Grund für die Ablehnung der Rentenreform 2020 im Herbst 2017. Indem der Bundesrat nur wenige Monate nach diesem Scheitern wieder an der Massnahme festhält, ignoriert er dies.

Die NGO-Koordination lehnt die Frauenrentenaltererhöhung insbesondere aus gleichstellungs- und sozialpolitischen Gründen entschieden ab. Eine diskriminierungsfreie Verteilung der Ressourcen auf beide Geschlechter gehört zu den prioritären Zielen der Sozialpolitik. Nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aspekte sowie die Lohndiskriminierung im vorliegenden erläuternden Bericht wiederum nicht erwähnt und bei der Beurteilung des Frauenrentenalters nicht berücksichtigt worden sind. Die rein formale Gleichstellung beim Rentenalter ändert nichts an der ungleichen, diskriminierenden Ausgangslage der Frauen zum Aufbau der Altersvorsorge. Die immer noch anhaltende Lohndiskriminierung und die Benachteiligungen bei der beruflichen Laufbahn aufgrund der Familienpflichten sowie der Koordinationsabzug führen dazu, dass Frauen vor allem in der zweiten Säule mit weit tieferen Renten rechnen müssen als Männer. Die Benachteiligung im Erwerbsleben (sei sie bedingt durch Ausbildung auf tiefem Niveau, schlecht bezahlte Arbeit in Niedriglohnberufen, Erwerbsunterbrüche, Teilzeitarbeit oder Lohndiskriminierung) führt zu einer Schlechterstellung im Rentenalter. Frauen übernehmen auch nach wie vor den Hauptanteil der Betreuungs- und Haushaltsarbeit. Ein unterschiedliches Rentenalter zwischen Frauen und Männern ist für die NGO-Koordination deshalb eine wirksame Ausgleichsmassnahme für die häufige Mehrbelastung, mit der viele Frauen ab 55 konfrontiert sind. Während dieser Lebensphase sind viele Frauen oftmals Mutter, Grossmutter und Tochter zugleich. Als Grossmutter nehmen sie eine tragende Rolle bei der Betreuung ihrer Enkelkinder ein und leisten so einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf der jüngeren Generation. Andere pflegen in diesem Alter ihre kranken Eltern, Schwiegereltern oder den eigenen Partner und verhindern so den Eintritt in ein teures Pflegeheim. Diese informelle Betreuungs- und Pflegearbeit ist umso wichtiger, als es an genügend ausgebildetem Pflegepersonal mangelt. Frauen kompensieren so den unzureichenden Zugang junger wie alter Menschen zu Betreuungsmöglichkeiten und entlasten den Sozialstaat. Die Arbeit, die von vielen älteren Frauen unbezahlt verrichtet wird, ist viel wert. Aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive heraus gesehen profitieren wir vom Engagement der älteren Frauen, welche die bezahlte Arbeit zu Gunsten der unbezahlten Arbeit eintauschen. Diese unbezahlte Care-Arbeit in der Form von Betreuungs-, Sorge- und Pflegearbeit für Kinder sowie für pflege- und betreuungsbedürftige Erwachsene ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Deshalb ist die nach wie vor oft schwierige Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit ein grosses Problem.

Die NGO-Koordination kann sich eine Erhöhung des Frauenrentenalters nur vorstellen, wenn die massivsten aktuell noch bestehenden Ungleichheiten beseitigt oder mindestens erheblich verringert worden sind. So ist eine Verknüpfung mit der Frage des Koordinationsabzugs unerlässlich und muss die Lohnungleichheit bzw. gemäss der aktuellen Debatte des Gleichstellungsgesetzes maximal eine Differenz von bis zu 2 % bestehen. Sobald die tatsächliche Benachteiligung von Frauen beseitigt ist, steht einer formalen Gleichstellung beim Rentenalter aus Sicht der NGO-Koordination nichts entgegen.

Der Bundesrat ignoriert die harschen Realitäten, mit denen ältere Arbeitnehmer*innen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt weiterhin konfrontiert sind. Vom höheren Frauenrentenalter wären bis 2030 unmittelbar fast 600'000 Frauen betroffen. Die Biografien der Frauen, die Ende der 50er, anfangs der 60er des letzten Jahrhunderts geboren wurden, unterscheiden sich wesentlich von jenen der jüngeren Frauengeneration. Sie haben wegen unterbrochener Erwerbsbiografien und eines tieferen Ausbildungsniveaus schlechtere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt als Männer im gleichen Alter oder jüngere Frauen. Zudem spielen gesundheitliche Einschränkungen, Zwangspensionierungen oder Kündigungen sowie unbefriedigende Arbeitsbedingungen eine bedeutende Rolle beim vorzeitigen Arbeitsmarktaustritt. Die Rekrutierung älterer Arbeitnehmer*innen hat einen geringen Stellenwert. Wer ab 50 seine Stelle verliert, hat grosse Mühe, wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Ältere Arbeitnehmer*innen sind auf dem Arbeitsmarkt noch weniger gefragt als ältere Arbeitnehmer. So nimmt die Erwerbstätigkeit der Frauen ab 55 schlagartig ab. Während fast 85 % aller Frauen bis 54 erwerbstätig sind, sinkt dieser Anteil danach auf nur noch 68 %. Dies hängt auch damit zusammen, dass aufgrund der herrschenden Rollenstereotype (und ungleichen Löhne) oftmals von den Frauen erwartet wird, dass sie sich um ihre Enkelkinder oder ältere Angehörige kümmern, was nicht mit einer Vollzeitstelle vereinbar ist. Geradezu zynisch wirken vor diesem Hintergrund die Erläuterungen des Bundesrats, dass eine Differenzierung des Rentenalters nicht mehr gerechtfertigt sei, weil die Erwerbsquote der 15-64-jährigen Frauen zugenommen habe und heute in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt 58.5 % betrage. Dies stimmt. Die Erwerbsquote der Männer fällt mit 85.5 % jedoch bedeutend höher aus (in

Vollzeitäquivalenten). Frauen sind zwar immer stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden, ihre Situation ist aber weiterhin klar nicht mit jener der Männer vergleichbar. Der schweizerische Arbeitsmarkt hat die Herausforderung noch nicht gemeistert, einen möglichst hohen Anteil der Frauen bis zum ordentlichen Rentenalter zu beschäftigen. Eine Anhebung des Frauenrentenalters führt ohne entsprechende Massnahmen bzw. Beschäftigungsmöglichkeiten lediglich zu Prekarität und einer Kostenverlagerung zu Lasten anderer Versicherungen.

Der Bundesrat begründet die Erhöhung des Frauenrentenalters auch mit der realen Entwicklung in einigen Vorsorgeeinrichtungen, die das reglementarische Rentenalter für Frauen bereits auf 65 festgelegt haben. Der Bundesrat versucht den Frauen die Anhebung des Rentenalters auf 65 schmackhaft zu machen, indem er ihnen im Bereich der beruflichen Vorsorge eine Rentenverbesserung von rund 4-5 % in Aussicht stellt. Nicht alle Frauen sind aber überhaupt in der zweiten Säule versichert. Selbst wenn dies der Fall ist, nimmt die berufliche Vorsorge in der Alterssicherung der Frauen selten eine wichtige Rolle ein, weil die Erwerbsbiografien von Frauen vielfach durch Erwerbsunterbrüche und lange Phasen der Teilzeitarbeit geprägt sind und sich auch die ungleichen (tiefen) Löhne auswirken. Frauen haben deshalb oft keine tragfähige zweite Säule aufbauen können, selbst wenn sie vor der Pensionierung über ein Lohneinkommen von über Fr. 84'600.- verfügt haben. Bei einer Rentenverbesserung um 4-5 % handelt es sich entsprechend nur um eine minimale Verbesserung ihrer Rentensituation, die sowieso nur eintritt, wenn die Frauen auch tatsächlich ein Jahr länger erwerbstätig bleiben und ihr Altersguthaben weiter erhöhen können.

Kompensationsmassnahmen

Die Auswertung der Abstimmungsergebnisse betreffend die AV 2020 zeigen, dass die enthaltenen allgemeinen Leistungsverbesserungen in der ersten Säule nicht reichten, um die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zu kompensieren. Auch die neu vorgeschlagenen Kompensationsmassnahmen werden diesem Umstand in keiner Weise gerecht und sind ungenügend. Die Variante I kann unter keinen Umständen allein als Ausgleichsmassnahme betrachtet werden. Sie muss verbessert werden und – wie im Entwurf vorgeschlagen – Teil der Variante II sein. Die Kompensationsmassnahmen müssen speziell auf erwerbstätige Frauen ausgerichtet sein, damit sie die Nachteile des Koordinationsabzugs und der Lohnungleichheit nicht vollumfänglich selber zu tragen haben.

Variante I: 400 Millionen– reduzierte Kürzungssätze beim Rentenvorbezug

Die NGO-Koordination begrüsst den Vorschlag des Bundesrats, dass Frauen mit tiefen Einkommen beim Rentenvorbezug von reduzierten Kürzungssätzen profitieren können. Das vorgeschlagene Modell ist jedoch zu restriktiv ausgestaltet. So sollen die reduzierten Kürzungssätze beim Vorbezug nur für jene Frauen gelten, die bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966). Das sind knapp 600'000 Frauen. Der Bundesrat rechnet aufgrund der heutigen Vorbezugsraten damit, dass rund 25 % dieser Frauen von einem erleichterten Vorbezug profitieren werden.

Auch die Möglichkeit, dass für Frauen mit tiefen Löhnen speziell vorteilhafte Kürzungssätze gelten sollen, wird von der NGO-Koordination positiv bewertet. Doch die gewählte Lohnhöhe liegt mit Fr. 56'400.- zu tief. Die Kürzungssätze sind damit so ausgestaltet, dass insgesamt nur rund 70'000 der 600'000 Frauen von ihnen profitieren könnten. Nur etwas mehr als 10 % der betroffenen Frauen könnten also mit 64 (vorzeitig) in Pension gehen, ohne dass sich dies verglichen mit dem heutigen Recht negativ auf die Höhe ihrer Pension auswirken würde. Dies ist klar ungenügend.

Insgesamt erinnert der Vorschlag an jene Massnahme, welche der Bundesrat im Rahmen der AV 2020 vorgesehen hatte, damit auch Personen mit tiefen Einkommen und langen Erwerbsbiografien von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren überhaupt hätten Gebrauch machen können. Als solche Abfederungsmassnahme macht sie weit mehr Sinn und ist sie auch weiterhin notwendig (vgl. unten). Sie taugt nicht als Kompensation für die Erhöhung des Frauenrentenalters.

Variante II: 800 Millionen – reduzierte Kürzungssätze und Anpassung der Rentenformel

In der vom Bundesrat vorgeschlagenen Variante mit Kompensationsmassnahmen in der Höhe von 800 Millionen wird als zweite Massnahme zusätzlich zu den reduzierten Kürzungssätzen eine Anpassung der Rentenformel vorgeschlagen. Sie kommt nur für jene Frauen zur Anwendung, die bis 65 arbeiten können und in der Übergangsgeneration sind, also bis 2030 in Rente gehen (Jahrgang 1958-1966). Die NGO-Koordination begrüsst die vorgeschlagene Anpassung der Rentenformel grundsätzlich. Von der Verbesserung der Rentenformel profitieren besonders Frauen mit einem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen von Fr. 42'300.-. Sie erhalten eine maximale Erhöhung von Fr.

214.- pro Monat. Frauen mit einem tieferen oder höheren Einkommen erhalten eine entsprechend weniger starke zu ihrem Einkommen proportionale Erhöhung. Die maximale Rentenerhöhung von Fr. 214.- wird allerdings nur für sehr wenige, nämlich rund 700 Frauen pro Jahr bis 2030, realisiert. Auch hier ist der vorgeschlagene Geltungsbereich der Massnahme deshalb klar zu restriktiv. Die NGO-Koordination fordert vor dem Hintergrund, dass die Bedingungen der Frauen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge nach wie vor ungünstig sind und sich für die Zukunft diesbezüglich keine wesentlichen Verbesserungen abzeichnen, dass die angepasste Rentenformel für alle Frauen mit tieferen und mittleren Einkommen gilt und nicht nur für jene der Übergangsgeneration. Es geht nicht an, die Frauen, die unter anderem wegen fehlender Lohngleichheit und des Koordinationsabzugs, schlechte Bedingungen zum Aufbau ihrer Altersvorsorge hatten und haben, die Folgen dieser Systemfehler tragen zu lassen. Auch eine solche Ausweitung der Massnahme würde vor allem dazu führen, dass sich die AHV-Renten dem Verfassungsauftrag der Existenzsicherung annähern. Sie muss ohne Verknüpfung mit der Erhöhung des Frauenrentenalters ergriffen werden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Grundsätzlich begrüsst die NGO-Koordination die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Teilrentenbezug und dem Rentenaufschub. Diese schaffen Anreize für eine längere Erwerbstätigkeit. Bei entsprechendem Arbeitsplatzangebot wird sich das Rücktrittsalter dadurch voraussichtlich erhöhen. Solche flexiblen, individualisierten Rücktrittsmodelle sind sowohl für die Firmen wie auch für die Arbeitnehmerinnen* weit zielgerichteter als eine Erhöhung des Rentenalters, die der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht Rechnung tragen kann. Damit sich aber nicht nur Personen mit hohem Einkommen einen flexiblen Eintritt ins Rentenalter überhaupt leisten können, sind entsprechende Massnahmen vorzusehen. Sonst führt die Flexibilisierung des Rentenbezugs zu einer faktischen Rentenaltererhöhung. Anders als in der AV 2020 enthält der Entwurf keine Abfederung für Personen mit tiefen und mittleren Einkommen. Zwar präsentiert der Bundesrat die Möglichkeit des privilegierten AHV-Vorbezugs für Frauen der Übergangsgeneration als Kompensationsmassnahme. Doch gibt es keinen Grund, warum Frauen ab Jahrgang 1967 mit geringem Jahreseinkommen nicht von einem privilegierten Kürzungssatz beim Rentenvorbezug profitieren sollen. Die NGO-Koordination fordert deshalb, dass die reduzierten Kürzungssätze beim Rentenvorbezug für alle Frauen mit geringen und mittleren Einkommen angewendet werden. Nur so können diese von der vorgesehenen Flexibilisierung des Rentenbezugs zwischen 62 und 70 Jahren überhaupt Gebrauch machen. Die Ausweitung des privilegierten Rentenvorbezugs für Frauen mit tiefen Einkommen drängt sich auch deshalb auf, weil sie in der Regel eine tiefere Lebenserwartung als jene des Durchschnitts aufweisen. Ausserdem sollte die Einkommensschwelle für den privilegierten Vorbezug angehoben werden. Verglichen mit den neuesten Zahlen der Lohnstrukturerhebung fällt die bisher vorgeschlagene Einkommensgrenze von Fr. 54'600.- zu tief aus, stellt dies doch nur gerade die untersten 10 % der in der Schweiz verdienten Löhne dar.

Schliesslich lehnt die NGO-Koordination die automatische Anpassung der Kürzungssätze bzw. Zuschläge bei Vorbezug und Aufschub der Renten ab. Die Erforderlichkeit und Eignung entsprechender Anpassungen soll nicht um Jahre im Voraus und automatisiert festgelegt werden. Sie sind auch von erheblicher Bedeutung für die Rentenhöhe und deshalb die Planbarkeit des Altersrücktritts. Sie sollen deshalb nicht auf Verordnungsstufe angepasst werden können.

Solide Finanzierung der ersten Säule

Die NGO-Koordination anerkennt den Bedarf nach einer Zusatzfinanzierung, insbesondere aufgrund der höheren Lebenserwartung und der geburtenstarken Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in Rente gehen. Rentenverbesserungen und der Renteneintritt der Baby-Boomer-Generation erfordern eine ausreichende Finanzierung der ersten Säule. Der Finanzierungsbedarf in der ersten Säule muss solidarisch über alle Altersgruppen und Einkommen aufgeteilt werden, weshalb eine Kombination der Erhöhung der Lohnbeiträge wie der Mehrwertsteuer sinnvoll ist. Die Erhöhung der Lohnbeiträge an die AHV steht für die NGO-Koordination indes im Vordergrund. Die Anhebung der Lohnbeiträge für die AHV wurde im Abstimmungskampf der Rentenreform 2020 nicht kritisiert. Die Arbeitgeber kritisierten vielmehr, dass die Rentner*innen höhere Mehrwertsteuerabgaben zu leisten hätten, ohne dass sie dafür eine bessere Leistung erhalten würden. Auch wenn sie sich nun aufgrund der anstehenden Reform der zweiten Säule gegen die Erhöhung der Lohnbeiträge für die AHV aussprechen. Anders als in der AHV können die Probleme in der zweiten Säule aber nicht primär über Lohnbeiträge gelöst werden. Insbesondere Lohnbeiträge zu Gunsten der AHV in der Höhe von 0.3 % - wie sie zurzeit in der STAF 17 vorgesehen sind – tragen wesentlich zur Stabilisierung der ersten Säule bei; in der zweiten Säule können sie nichts Grundsätzliches bewirken. Aufgrund des starken sozialen Ausgleichs in der

AHV stellt sich die NGO-Koordination aber auch nicht gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der ersten Säule.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Änderungsvorschläge.

Freundliche Grüsse



Vivian Fankhauser-Feitknecht
Präsidentin



Regula Kolar
Geschäftsführerin



Office fédéral des assurances sociales
Domaine AVS, prévoyance professionnelle et PC
Secteur Prestations AVS/APG/PC
Effingerstrasse 20
3003 Berne
Par e-mail: emina.alisic@bsv.admin.ch

Berne, le 16 octobre 2018

Stabilisation de l'AVS (AVS21) - Avant-projet / Position de l'Organisation des Suisses de l'étranger

Madame, Monsieur,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'avant-projet de modification de la loi fédérale sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS) que vous avez soumis pour consultation le 27 juin 2018.

Avant tout, permettez-nous d'être surpris de ne pas faire partie de la liste des destinataires. Non seulement nous l'avons été précédemment dans les révisions concernant cette loi, mais de plus, certaines des modifications ont un impact direct sur nombre de Suisses de l'étranger.

I. Introduction

L'Organisation des Suisses de l'étranger (OSE) est une fondation de droit privé qui a pour but de renforcer les liens des Suisses de l'étranger entre eux et avec leur patrie et de faire valoir les intérêts des quelques 751'800 Suisses dans le monde.

751'800 Suisses vivent à l'étranger. Cela représente 1 Suisse sur 10. La mobilité internationale des citoyens suisses s'accroît, les séjours à l'étranger se font plus fréquents et sont devenus partie intégrante d'un parcours de vie et professionnel classique. La mobilité participe de l'excellence de la Suisse et lui faire perdre son attractivité péjore l'ouverture du pays tout entier. Les Suisses de l'étranger permettent d'étoffer un réseau utile aux résidents et favorable à la prospérité de notre pays.

La refonte drastique de l'AVS facultative en 2001 a eu pour effet de priver certaines personnes de la possibilité d'avoir une couverture d'assurance. Ce fut notamment le cas des femmes suisses ayant suivi leur mari en Italie et qui n'exerçaient dans ce pays aucune activité lucrative. Or, la question des assurances sociales est indissociable de la mobilité internationale et constitue une préoccupation majeure des citoyens qui s'expatrient, d'où la nécessité de tenir compte de cette réalité.

Par ailleurs, la loi sur les Suisses de l'étranger (LSEtr.) consacre, à son article 5, le principe de responsabilité individuelle des citoyens suisses à l'étranger. Cela signifie que ceux-ci doivent faire en sorte de garantir à long terme leurs moyens d'existence, en souscrivant un plan de prévoyance-vieillesse, le cas échéant en s'assurant à l'AVS/AI facultative¹. Or, encore faudrait-il qu'ils en aient la possibilité. Cela démontre bien le lien indissociable entre mobilité internationale et assurances sociales. Il s'agit donc de tenir compte de l'évolution des modes de vie et de pouvoir assurer aux personnes mobiles au niveau international qu'elles puissent se constituer une prévoyance.

L'OSE constate que la présente révision ne tient pas compte des requêtes déjà exprimées concernant cette loi. Il s'agit en particulier de deux situations, exposées aux points 1 et 2, qui posent problème aux Suisses de l'étranger. Jusqu'ici aucune solution n'a pu être trouvée et les problèmes demeurent. C'est pourquoi l'OSE estime qu'il est nécessaire d'y ajouter les éléments mentionnés ci-après pour tenir compte des besoins des Suisses de l'étranger en matière de prévoyance. Elle estime également nécessaire d'aborder la question des lacunes de cotisations subies par les Suisses de l'étranger suite à la révision de l'AVS/AI facultative en 2001 et pour laquelle une solution doit également être trouvée.

II. Demandes spécifiques

1. Possibilité de s'assurer à l'AVS/AI facultative après un séjour dans un pays de l'UE/AELE

Le premier point concerne l'art. 2 al. 1 LAVS et demande de modifier la condition exigeant d'avoir été assuré de manière ininterrompue pendant plusieurs années à l'AVS/AI et ce, immédiatement avant l'entrée dans l'AVS/AI facultative, pour pouvoir adhérer à l'AVS/AI facultative.

En effet, une personne séjournant dans un pays de l'UE/AELE, qu'elle ait vécu auparavant en Suisse ou dans un Etat hors UE/AELE, n'a ni la possibilité de s'assurer à l'AVS/AI facultative, ni à l'AVS/AI obligatoire (sauf exception tel que le détachement par un employeur suisse par ex.). Lorsque cette personne émigre ensuite dans un pays hors UE/AELE (ex. Chine, Etats-Unis, Colombie etc.), elle ne peut plus s'assurer à l'AVS/AI facultative car elle ne peut justifier de 5 années d'assurance préalable à l'AVS/AI. Son séjour dans l'UE/AELE l'empêche de pouvoir remplir cette condition. Cette personne voit donc sa carrière à l'AVS/AI facultative s'arrêter au motif qu'elle a séjourné quelque temps dans un pays de l'UE/AELE.

Par ailleurs, si l'on se réfère à l'avant-projet, en empêchant la poursuite de l'assurance facultative, après un séjour dans l'UE/AELE, on prive également les personnes concernées de la possibilité de combler leur lacune de cotisations en cas d'anticipation de la rente (voir point 3). Ces personnes voient ainsi non seulement leur carrière d'assurance s'arrêter mais elles sont en outre pénalisées de ne pas pouvoir combler leurs lacunes en continuant de cotiser à l'AVS en cas d'anticipation de la rente AVS.

Or pour de nombreux Suisses, l'AVS/AI facultative représente la seule source de prévoyance sûre. Les conventions de sécurité sociale signées avec plusieurs pays offrent des prestations

¹ Voir rapport de la Commission des institutions politiques du Conseil des Etats du 27 janvier 2014 sur l'initiative parlementaire 11.446 « pour une loi sur les Suisses de l'étranger », FF 2014 1865.

souvent nettement plus basses que celles de la Suisse qui obligent nos concitoyens à vivre en deçà du seuil de pauvreté au moment de leur retour en Suisse à l'âge de la retraite.

L'OSE comprend que les accords conclus avec les pays de l'UE/AELE compliquent l'établissement de règles. Rien cependant n'empêche notre pays de fixer des règles lorsque les cotisants ne sont plus dans ces pays. Ainsi, il est envisageable de considérer le droit à cotiser à l'AVS/AI facultative lorsque les personnes concernées ne sont plus résidentes dans un pays UE/AELE.

Par conséquent, **il est demandé que les années passées dans un pays de l'UE/AELE ne soient pas prises en compte** au moment d'apprécier la durée d'assurance préalable. En revanche, seraient prises en compte les années cotisées avant l'émigration dans un pays de l'UE/AELE, que celles-ci aient été réalisées en Suisse ou dans un pays hors UE/AELE.

L'art 2 de la LAVS pourrait dès lors être complété par un article 2 al. 1bis tel que :

^{1a} Les ressortissants suisses et les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou de l'Association européenne de libre-échange (AELE) vivant dans un Etat non membre de la Communauté européenne ou de l'AELE qui cessent d'être soumis à l'assurance obligatoire après une période d'assurance ininterrompue d'au moins []² ans, peuvent adhérer à l'assurance facultative ».

1bis (nouveau) (variante 1) « *Les ressortissants suisses et les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne, qui, après un séjour dans un Etat membre de la Communauté européenne ou de l'association européenne de libre-échange, s'établissent dans un Etat hors UE/AELE, peuvent adhérer à l'AVS/AI facultative, pour autant qu'ils puissent justifier d'une période d'assurance à l'AVS/AI d'au moins []³ ans immédiatement avant leur séjour dans un Etat de l'UE/AELE. »*

2. Réduction de la période d'assurance préalable pour pouvoir s'affilier à l'AVS/AI facultative

De manière équivalente à ce que le projet de réforme de prévoyance 2020 prévoyait comme période d'assurance préalable pour poursuivre l'AVS/AI obligatoire en cas de détachement à l'étranger, il est demandé de modifier l'art. 2 al. 1 de la LAVS pour fixer à 3 ans la durée d'assurance préalable exigée pour pouvoir adhérer à l'AVS/AI facultative. En effet, comme cela était mentionné dans le message du Conseil fédéral sur la prévoyance 2020, avec la mondialisation du marché du travail, la durée préalable d'affiliation de 5 ans s'avère particulièrement longue. Cet argument est également valable pour les Suisses de l'étranger qui souhaitent adhérer à l'AVS/AI facultative. Il n'y a aucune raison que ces situations soient traitées différemment.

Lors des discussions au sujet de l'AVS/AI facultative, il a été mentionné que l'AVS/AI était déficitaire. Or les calculs mettaient en relation les cotisations à l'AVS/AI facultative avec les rentes versées à l'étranger. Cependant, les rentes versées à l'étranger ne résultent de loin pas toutes de cotisations à l'AVS/AI facultative mais souvent de carrières mixtes (cotisations à l'AVS/AI obligatoire et à l'AVS/AI facultative), voire uniquement de carrière à l'assurance obligatoire. Ce calcul ne représente dès lors pas la réalité.

² Voir point 2.

³ Voir point 2.

Il est par conséquent demandé de libeller le nouvel article 2 al. 1 LAVS comme suit :

1 « *Les ressortissants suisses et les ressortissants des Etats membres de la Communauté européenne ou de l'Association européenne de libre-échange (AELE) vivant dans un Etat non membre de la Communauté européenne ou de l'AELE qui cessent d'être soumis à l'assurance obligatoire après une période d'assurance ininterrompue d'au moins trois ans, peuvent adhérer à l'assurance facultative.* »

3. Anticipation de la rente AVS et prise en compte des années de cotisation pendant la période d'anticipation

L'avant-projet prévoit la possibilité d'anticiper le versement de sa rente AVS. Pendant la période d'anticipation, les assurés continuent de cotiser à l'AVS/AI. Les cotisations versées pendant la période d'anticipation seront prises en compte dans le calcul de la rente au moment où l'assuré atteint l'âge de référence. Ceci améliore la situation des personnes assurées à l'AVS qui peuvent ainsi combler leurs lacunes d'assurance. Mais cela crée une inégalité avec les personnes qui auraient souhaité continuer d'être assurées mais ne peuvent pas le faire, à savoir principalement les personnes qui vivent dans un pays de l'UE/AELE ou les personnes qui vivent dans un Etat tiers à l'UE/AELE et qui n'ont pas pu adhérer à l'AVS/AI facultative en raison d'un séjour précédent dans un pays de l'UE/AELE (voir point 1). De fait, ces personnes sont pénalisées.

Prenons le cas d'une personne, âgée de 63 ans, vivant dans l'UE et qui y travaille pour un employeur suisse (et est donc assurée à l'AVS obligatoire). Si cette personne décide d'anticiper sa rente ou se fait licencier par son employeur suisse et qu'elle décide de rester dans l'UE (car son conjoint y travaille par exemple), elle ne pourra pas adhérer à l'AVS facultative (en raison de son domicile dans l'UE). Il est également peu probable que, dans ce laps de temps et vu son âge, cette personne travaille pour un employeur dans l'UE (auquel cas, elle serait assurée au système d'assurance sociale de son pays de résidence). Etant dans l'impossibilité de poursuivre sa carrière d'assurance à l'AVS, elle aura une lacune de cotisation. Le seul moyen de pallier cette lacune serait, pour elle, de revenir en Suisse. Or, le fait de ne pas pouvoir améliorer sa situation au regard de sa rente résulte uniquement de son domicile dans l'UE et de son impossibilité à adhérer à l'AVS/AI facultative.

L'avant-projet de loi introduit donc une règle qui pénalise les personnes vivant à l'étranger au moment où celles-ci souhaitent anticiper leur rente AVS. En effet, celles-ci sont non seulement empêchées de poursuivre une carrière d'assurance auprès de l'AVS mais elles sont, de surcroît, pénalisées par rapport aux personnes domiciliées en Suisse si elles souhaitent anticiper leur droit à la rente. L'avant-projet crée un préjudice inacceptable à l'encontre des Suisses de l'étranger .

Alors que lors de l'anticipation de la rente, les Suisses vivant en Suisse ont la possibilité de combler des lacunes en versant des cotisations pendant la période d'anticipation de la rente AVS, les Suisses de l'étranger qui ne sont pas assurés sont exclus de cette possibilité. Afin de garantir une égalité de traitement entre Suisses de l'étranger et Suisses vivant en Suisse, une règle permettant, de manière générale, aux Suisses de l'étranger de verser des cotisations pendant la période d'anticipation doit être introduite, et ce même si ceux-ci n'étaient pas affiliés à l'AVS/AI facultative jusque-là.

4. Dispositions générales relatives au calcul de la rente

Cet article règle la possibilité de combler des lacunes de cotisations à l'AVS après l'âge de référence. Si cette possibilité apporte une amélioration pour bon nombre d'assurés, elle reste, dans les faits, peu accessible aux Suisses de l'étranger. En effet, elle n'est ouverte qu'aux personnes qui sont assurées à l'AVS obligatoire (par ex. en raison d'un détachement par un employeur suisse à l'étranger) ou aux personnes affiliées à l'AVS facultative. Or, la révision de l'AVS/AI facultative en 2001 a eu pour effet de restreindre fortement le cercle des personnes affiliées à l'AVS/AI facultative. Cette assurance n'est, depuis lors, possible que comme assurance continuée. Par ailleurs, il n'est plus possible de s'y affilier lorsque l'on vit dans un pays de l'UE/AELE ou lorsqu'on quitte un pays de l'UE/AELE pour s'installer ensuite dans un pays hors UE/AELE. Cela a comme conséquence qu'en raison de ce système, les Suisses de l'étranger connaissent des lacunes d'assurance dans l'AVS/AI. Par ailleurs, le délai pour pouvoir s'affilier à l'AVS/AI facultative est d'une année après la sortie de l'AVS/AI obligatoire et il arrive souvent que certaines personnes, surtout les plus jeunes, ne soient pas conscientes de l'existence de ce délai. Il n'existe pas d'obligation de les informer de la possibilité de s'affilier à l'AVS/AI facultative. En cas de domicile en Suisse, les instituts de formation contrôlent l'affiliation à l'AVS. De même, les caisses de compensation procèdent à des contrôles réguliers auprès des employeurs afin de vérifier qu'ils satisfont à leur obligation de verser les cotisations. Les créances liées aux contributions à l'AVS/AI sont privilégiées par rapport à d'autres créances en cas de faillites d'une société. Les membres de conseils d'administration de sociétés anonymes sont personnellement responsables en cas de non-paiement des cotisations. Lors de la création de nouvelles personnes morales, des contrôles d'affiliation aux caisses de compensation ont lieu. Ainsi, le législateur a tout mis en œuvre afin que les personnes domiciliées en Suisse ne manquent pas de verser leurs contributions à l'AVS. A l'étranger, ce type de mesure n'existe pas. L'Etat ne protège en aucune manière les Suisses de l'étranger de lacunes de cotisations. Il est inacceptable que ce préjudice soit renforcé par l'ajout d'un élément supplémentaire.

L'OSE demande, dès lors premièrement, que les Suisses de l'étranger puissent combler des lacunes de cotisations après avoir atteint l'âge de référence dans la même mesure que le peuvent les personnes domiciliées en Suisse, à savoir également lorsqu'ils vivent à l'étranger et qu'ils n'ont pas été assurés à l'AVS facultative jusqu'ici.

L'art. 29bis doit donc être complété en ce sens.

L'OSE demande également d'introduire une possibilité, pour les Suisses de l'étranger de combler leurs lacunes de cotisations, avant d'avoir atteint l'âge de référence pour les personnes ayant laissé s'écouler le délai pour s'affilier à l'AVS facultative. Une possibilité simple d'y arriver serait de supprimer le délai pour s'affilier à l'AVS facultative, ce qui suppose une modification de l'article 8 de l'ordonnance sur l'AVS/AI facultative (OAF) :

Art. 8 OAF (nouveau)

« La déclaration d'adhésion à l'assurance facultative doit être déposée en la forme écrite auprès de la caisse de compensation ou, subsidiairement, auprès de la représentation compétente. »

De plus, les Suisses de l'étranger devraient avoir la possibilité de combler les lacunes de cotisations des 10 années précédant l'adhésion à l'AVS facultative.

III. Conclusion

L'OSE est prête à discuter avec l'administration fédérale de restrictions liées aux durées de séjour ou aux critères de sélection des ayant-droits. L'OSE comprend que ces mesures sont liées à des coûts mais estime qu'une solution doit être trouvée pour le 10% de nos concitoyens.

L'OSE se tient également à disposition pour discuter avec l'administration fédérale des moyens à mettre en œuvre pour donner la possibilité aux Suisses de l'étranger de combler leurs lacunes de cotisations, qu'elles soient dues à une anticipation de la rente ou à d'autres raisons.

Il en va non seulement d'une facilitation de la mobilité internationale mais aussi d'une égalité des droits. Les citoyens de la Cinquième Suisse sont aussi des électeurs qui votent, entre autres, sur les objets portant sur l'AVS/AI. Il est donc nécessaire que cette égalité soit respectée.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos demandes, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de notre haute considération.



Sarah Mastantuoni
Directrice



Ariane Rustichelli
Directrice

Kontakt: corinne.geiser@publica.ch
Telefon: +41 58 485 22 46

Per E-Mail

emina.alisic@bsv.admin.ch



Bern, 17. Oktober 2018

Vernehmlassung Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme wahr. Als Vorsorgeeinrichtungen beschränken wir uns allerdings auf die vorgeschlagenen Neuerungen, welche das BVG und das FZG betreffen.

Dem Grundsatz nach begrüssen wird die vorgeschlagenen Änderungen und stellen erfreut fest, dass der reglementarische Spielraum der Vorsorgeeinrichtungen im Wesentlichen gewahrt werden soll.

Zu einzelnen Bestimmungen: BVG

- *Artikel 13 Referenzalter, Alter für den Vorbezug und den Aufschub
Absätze 2 und 3*
Wir sind der Auffassung, dass nicht nur die obere Altersgrenze (70. Altersjahr) eine gesetzliche Grundlage erforderlich ist, sondern auch für die untere Altersgrenze (58. Altersjahr). Der Verweis in Absatz 3 auf Artikel 1 Absatz 3 bzw. dort auf die Verordnung ist unseres Erachtens ungenügend.
- *Artikel 13a Teilbezug der Altersleistung*
Wir würden eine Lösung begrüssen, die den Teilbezug der Altersleistungen (sowohl Rente als auch Kapital) in zwei Schritten vorsieht, es den Vorsorgeeinrichtungen jedoch offen lässt, mehr Schritte zuzulassen.
- *Artikel 13b Vorbezug der Altersleistung
Absatz 3*
Mit der vorgesehenen Bestimmung wird es den Vorsorgeeinrichtungen verwehrt, die berufliche Vorsorge bis zur kassenspezifischen Eintrittsschwelle weiterzuführen. Eine solche Einschränkung ist unseres Erachtens nicht gerechtfertigt. Wir befürworten eine Regelung, die den Vorsorgeeinrichtungen diese Weiterführung ermöglicht.
- *Artikel 13c Aufschub des Bezugs der Altersleistung*
Eine solche Einschränkung besteht bislang nicht. Die vorgesehene Neuregelung führt zu unange-

messenen Lösungen. Dies ist beispielsweise der Fall bei einer versicherten Person, deren eingebrachte Eintrittsleistung nicht nur im Zeitpunkt des Stellenantritts sondern auch noch bei Erreichen des Referenzalters die reglementarischen Maximalleistungen übertrifft. Bleibt die Person nach Erreichen des Referenzalters weiterhin zu 100 Prozent erwerbstätig, wäre sie gestützt auf die neue Vorschrift gezwungen, den «überschiessenden» Teil ihres Altersguthabens als Altersleistung zu beziehen.

Diese Regelung ist unseres Erachtens nicht zu rechtfertigen, sie bewirkt zudem erheblichen administrativen Mehraufwand mit entsprechenden Kostenfolgen und wäre bloss für einige wenige Ausnahmefälle relevant. Deshalb lehnen wir diese Vorschrift ab; sie ist ersatzlos zu streichen.

Redaktioneller Hinweis:

- Artikel 21 Absatz 1:
.... der vollen Invalidenrente oder der Altersrente auf die **der die** versicherte Person Anspruch gehabt hätte.
- Erläuterungen zu Artikel 13 Absatz 2, 2. Satz:
Dieser Verweis schliesst auch die Übergangs**regierungs**regelung zu

FZG

- Ersatz von Ausdrücken:
Im aktuellen Artikel 2 Absatz 1^{bis} ist nicht von der ordentlichen reglementarischen Altersgrenze die Rede, sondern vom ordentlichen reglementarischen Rentenalter.
- *Artikel 8 Absatz 3 Abrechnung und Information*
Es handelt sich um eine rein steuerrechtlich motivierte Vorschrift. Seit Jahren werden den Vorsorgeeinrichtungen laufend Meldepflichten auferlegt. Wir sind der Auffassung, dass im vorliegenden Fall nicht die Vorsorgeeinrichtungen in die Pflicht zu nehmen sind, sondern die versicherten Personen. Wir lehnen diese zusätzlichen Meldepflichten ab; der neue Absatz 3 ist ersatzlos zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Einwände und Hinweise.

Freundliche Grüsse
Pensionskasse des Bundes PUBLICA



Dieter Stohler
Direktor



Corinne Geiser, Fürsprecherin
Leiterin Strategischer Rechtsdienst

Zürich, 12.10.2018

Vernehmlassung der Stiftung Pro Mente Sana zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne reichen wir dem Bundesrat, zuhanden des Eidgenössischen Departement des Innern, unsere Stellungnahme zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) ein:

Allgemeine Bemerkungen zum Stabilisierungsprogramm:

Pro Mente Sana unterstützt das Stabilisierungsprogramm grundsätzlich, weil es mittelfristig der Sicherstellung der Altersrenten dient und eine Flexibilisierung des Altersrücktritts vorsieht, der weitgehend sozialverträglich ausgestaltet ist.

Pro Mente Sana erachtet es als vordringlich, dass das bisherige Niveau der Altersvorsorge erhalten bleibt. Das Rentenniveau darf nicht sinken, sondern muss soweit nötig durch geeignete Kompensationsmassnahmen gesichert werden.

Unsere Vernehmlassung basiert im Wesentlichen auf derjenigen unseres Dachverbandes, Inclusion Handicap.

Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre:

Die Notwendigkeit einer schrittweisen Erhöhung des Referenzalters für Frauen auf 65 Jahre anerkennt Pro Mente Sana. Die vorgesehene Erhöhung in vier Altersschritten erscheint sinnvoll, sie muss aber zwingend und in genügendem Masse sozial abgedeckt werden.

Pro Mente Sana weist darauf hin, dass eine Erhöhung des Referenzalters der Frauen dazu führt, dass Frauen mit einer IV-Rente diese 1 Jahr länger beziehen. Der längere IV-Rentenbezug führt somit nicht nur zu Minderausgaben für die AHV, sondern insbesondere zu Mehrausgaben für die IV. Gemäss dem erläuternden Bericht zur AHV 21 betragen die Mehrausgaben für die IV im Jahre 2030 insgesamt 130 Millionen Franken pro Jahr. Pro Mente Sana fordert, dass entweder die Schulden der IV beim AHV-Fonds jährlich im entsprechenden Umfang abgeschrieben oder zusätzliche Finanzierungsquellen für die IV beschlossen werden.

- **Pro Mente Sana anerkennt die Notwendigkeit einer schrittweisen Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 Jahre.**
- **Pro Mente Sana fordert, dass die Erhöhung des Referenzalters der Frauen in genügendem Ausmass sozial abgedeckt wird.**
- **Pro Mente Sana fordert, dass die aufgrund der Erhöhung des Referenzalters entstehenden Mehrausgaben für die IV kompensiert werden (z.B. durch Abschreibung der Schulden beim AHV-Fonds oder durch zusätzliche Finanzierungsquellen).**
- **Pro Mente Sana begrüsst die für Frauen der Jg. 1958-1966 vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen.**
- **Pro Mente Sana fordert, dass allen Personen mit tiefen bis mittleren Einkommen – also auch ab 1967 geborenen Frauen und auch Männern – durch die «Anpassung der Rentenformel» eine Rentenverbesserung ermöglicht wird.**

→ **Pro Mente Sana fordert, dass die «Anpassung der Rentenformel» auch für die Berechnung der IV-Renten massgebend ist.**

Flexibilisierung des Rentenbezugs ab 62 Jahren:

Pro Mente Sana begrüsst die Möglichkeit, die Altersrente ab 62 Jahren ganz oder teilweise in einem oder mehreren Schritten vorzubeziehen.

Pro Mente Sana begrüsst sehr, dass Personen mit einer Teil-IV-Rente auch eine Teil-AHV-Rente vorbeziehen können. Viele Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung fallen in diese Personenkategorie. Eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ist insbesondere auch deshalb zu begrüssen, weil Personen davon profitieren können, die nur teilweise arbeitsfähig sind und deshalb auch nur teilerwerbstätig sein können, die aber keinen Anspruch auf eine IV-Rente haben, weil sie keinen rentenrelevanten Invaliditätsgrad erreichen. Auch hier gibt es viele Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung. Mit dem Teil-Vorbezug einer AHV-Rente können zudem auch gesundheitsbedingte Reduktionen des Arbeitspensums finanziell abgedeckt werden.

→ **Pro Mente Sana begrüsst eine Flexibilisierung des Rentenbezugs.**

→ **Pro Mente Sana begrüsst die Möglichkeit, neben einer Teil-IV-Rente auch eine Teil-AHV-Rente vorzubeziehen.**

Zusatzfinanzierung:

Pro Mente Sana teilt die Einschätzung, dass es zur Sicherstellung der AHV-Finanzierung in Anbetracht der demographischen Entwicklung zusätzlicher Mittel bedarf. Dies deshalb, weil die Höhe der Renten nicht in Frage gestellt werden darf und eine Erhöhung des Referenzalters über 65 hinaus nicht vertretbar ist. Pro Mente Sana zieht, wie der Bundesrat, die Erhöhung der Mehrwertsteuer einer Erhöhung der Lohnbeiträge vor. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist auch deshalb zu begrüssen, weil sie die zunehmende Gruppe der Altersrentner und Altersrentnerinnen einschliesst und damit eine Solidarität unter den Generationen sicherstellt.

Pro Mente Sana ist wie der Bundesrat der Auffassung, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer proportional erfolgen soll, wie dies auch bei der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer für die IV geschehen ist. Indem der Konsum der Güter des täglichen Bedarfs weniger stark belastet wird, werden die sozialen Verhältnisse adäquater berücksichtigt.

Nach Ansicht von Pro Mente Sana müssen zusätzlich aber auch noch alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie z.B. eine Erbschaftssteuer geprüft werden.

→ **Pro Mente Sana unterstützt eine proportionale Erhöhung der Mehrwertsteuer.**

→ **Pro Mente Sana fordert die zusätzliche Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten.**

Koordination mit der Invalidenversicherung:

Pro Mente Sana unterstützt die Vorschläge für eine Anpassung des IVG, welche sicherstellen, dass erst mit dem Vorbezug der ganzen Altersrente der Wechsel vom IV- zum AHV-System erfolgt, namentlich im Hinblick auf den Anspruch auf berufliche Eingliederungsmassnahmen, Hilfsmittel, Taggelder, eine Hilflosenentschädigung und einen Assistenzbeitrag.

→ **Pro Mente Sana begrüsst die vorgeschlagene Koordination mit der Invalidenversicherung.**

Zusätzliches Anliegen:

Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften

Der Anspruch auf Betreuungsgutschriften beschränkt sich heute auf Personen, die im gemeinsamen Haushalt Verwandte betreuen, welche mindestens eine Hilflosenentschädigung für mittelschwere Hilflosigkeit beziehen. Die Zahl von Personen, die einen solchen Anspruch geltend machen können, ist nach wie vor gering. Das liegt in erster Linie daran, dass die

pro mente sana

Schwelle einer mittelschweren Hilflosigkeit hoch ist. Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung, die auf lebenspraktische Begleitung angewiesen sind, erhalten von Gesetzes wegen immer nur eine Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit. Ihre Eltern oder Ehegatten leisten dennoch einen bedeutenden Betreuungsaufwand und sind dadurch häufig verhindert, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit aufzunehmen. Pro Mente Sana ist deshalb der Ansicht, dass der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Personen auszudehnen ist, welche Verwandte mit einer Hilflosenentschädigung für leichte Hilflosigkeit betreuen.

→ **Pro Mente Sana beantragt, den Anspruch auf Betreuungsgutschriften auszuweiten, so dass auch die Betreuung von nahen Verwandten mit einer leichten Hilflosigkeit einen Anspruch auslöst.**

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Roger Staub
MPH, MAE
Geschäftsleiter



Anita Biedermann, lic. iur.
Leiterin Recht

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Zürich, 16. Oktober 2018

Vernehmlassung zur «Stabilisierung der AHV (AHV 21)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Pro Single Schweiz ist ein politisch und konfessionell neutraler Verein, der sich für die Interessen der Alleinstehenden engagiert. Unsere Anliegen verlaufen nicht entlang der politischen Linien, sondern überspannen diese. Wir benutzen gerne die Gelegenheit, uns zum vom Bundesrat am 27. Juni 2018 in Vernehmlassung gegebenen Vorentwurf zur «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» zu äussern:

1. Grundsätzliches

Der Handlungsbedarf zur Sicherung des Sozialwerks AHV ist unbestritten. Um wieder eine stabile Finanzierung der AHV zu erreichen, müssen unseres Erachtens strukturelle Reformen eingeleitet werden. Leider klammert der Vorentwurf vom 28. Juni 2018 zum vornherein Massnahmen aus, von denen angenommen wird, sie seien nicht mehrheitsfähig (Rentenaltererhöhung, Änderungen bei den Hinterlassenenrenten). Wir sind jedoch überzeugt, dass eine nachhaltige Stabilisierung nur durch Massnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zu erreichen ist. Deshalb sollten die Weichen *jetzt* neu gestellt werden: Nicht sämtliche heutigen Anspruchsberechtigungen, sondern das System als Ganzes muss gesichert werden.

Wenn die Verknüpfung der Steuervorlage 17 (SV17) mit einer Finanzspritze für die AHV nach einem möglichen Referendum die Volksabstimmung übersteht, werden diesem Sozialwerk beträchtliche Mittel zufließen. Im Rahmen der «AHV 21»-Vorlage sind deshalb auch leistungsseitige Massnahmen zu treffen. Eine Stabilisierung der AHV ist nicht ohne strukturelle Anpassungen an die dauerhaft veränderten Realitäten zu erreichen. Der Schiefelage der AHV-Finanzierung liegen ökonomische Faktoren zugrunde:

Leistungsseitig heisst das bestimmende Element Demographie: Deren Effekt ist berechenbar, da die nächsten Generationen, die ins Rentensystem kommen, alle bereits geboren sind. Das durchschnittliche Lebensalter und damit die Renten-Bezugsdauer sind seit der Einführung der AHV im Jahr 1948 wesentlich gestiegen. Dass eine Erhöhung des Referenzalters für den Rentenbezug nötig wäre, wird inzwischen von einer Mehrheit der Betroffenen eingesehen, wie eine Umfrage von Vimentis im 4. Quartal 2017 zeigte.

Auf der Einnahmenseite ist der Kapitalmarkt als dritter Beitragszahler weggebrochen, auch das voraussichtlich eine auf Dauer angelegte Realität. Dem gilt es heute Rechnung zu tragen und das Problem nicht auf kommende Generationen abzuwälzen.

2. Stellungnahme Pro Single Schweiz zu Elementen des Vorentwurfs

(Gliederung dem Hintergrund-Dokument / Vorentwurf vom 28.6.2018 von BR/BSV folgend)

Referenzalter

Mit dem einheitlichen Referenzalter für Frauen und Männer sind wir einverstanden, ebenso mit der schrittweisen Erhöhung für Frauen um jährlich drei Monate.

Ausgleichsmassnahmen

Ausgleichsmassnahmen für die Anhebung des Referenzalters für Frauen sind aus unserer Sicht nicht zwingend. Jeder «Ausgleich» und jede «Abfederung» untergräbt das Ziel der zugrundeliegenden Massnahme. Werden dennoch solche vorgesehen, sprechen wir uns für die im Vorentwurf skizzierte Variante 1 aus. Variante 2 ist zu kompliziert und zu teuer. Die Einführung einer speziellen Rentenformel für Frauen, die bis zum 65. Altersjahr oder länger arbeiten, ist unnötig. Die heute schon bestehenden Regeln bei Aufschub der AHV-Rente sind für beide Geschlechter einheitlich anzuwenden.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Die Flexibilisierung gemäss Vorentwurf befürworten wir, ebenso die Anpassung der Aufschubs- und Vorbezugsfaktoren (Erläuternder Bericht, Kapitel 4.4.2.2 und 4.4.2.3). Ein Fragezeichen setzen wir einzig zu den vielfältigen Kombinationsmöglichkeiten von Teil-Vorbezug und Teil-Aufschub, welche die Rentenberechnung sehr komplex werden lassen.

Anreizmassnahmen zur Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65 Jahren

Die Beibehaltung eines beitragsbefreiten monatlichen Einkommens von 1'400 Franken heissen wir gut. Dass darüber hinausgehende Einkommen neu zur Schliessung von Beitragslücken oder zur Erhöhung des durchschnittlichen Jahreseinkommens beitragen, ist richtig.

Zusatzfinanzierung

Wenn die bedingungslose Finanzspritze für die AHV aus der Verknüpfung mit der Steuervorlage 17 (neu: Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung STAF) zum Tragen kommt, sollte die Erhöhung der Mehrwertsteuer 0,3 % nicht übersteigen. Zur Deckung der verbleibenden Differenz sind strukturelle Massnahmen auf der Leistungsseite einzuleiten (Erhöhung der nötigen Anzahl Beitragsjahre, Anpassungen bei den Hinterlassenenleistungen).

Sollte die AHV-Finanzierung aus der Verknüpfung mit der Steuerreform (STAF) in der Volksabstimmung abgelehnt werden, sprechen wir uns für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um max. 0,6 % aus, wie dies in der Vorlage AV 2020 vorgesehen war.

3. Ergänzungsvorschläge und Anmerkungen von Pro Single Schweiz

Die nachfolgenden Ausführungen von Pro Single Schweiz gelten für beide Szenarien (mit/ohne AHV-Finanzierung aus STAF):

Auf der im Vorentwurf weitgehend ausgeklammerten Leistungsseite halten wir Anpassungen bei den Hinterlassenenrenten für nötig und verantwortbar, so wie das der Bundesrat im Vorentwurf zur AV 2020 selber noch vorgeschlagen hatte. 70 Jahre nach Einführung der AHV hat sich die Gesellschaft grundlegend verändert und es müssen nicht mehr dieselben Risiken versichert werden:

Witwenrenten

Wir sprechen uns für die Abschaffung der Witwenrente für Frauen ohne Betreuungspflichten aus. Die Ausrichtung von Witwenrenten soll gleich gehandhabt werden wie die Witwerrenten:

Das 1948 vorherrschende Familienmodell war eine Versorgerehe, in welcher der Ehemann gleichzeitig «Rentenversicherung» für seine nicht berufstätige Frau war. Die Stellung der Frau hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Heute verfügen Frauen über eine gute Ausbildung und nehmen am Erwerbsprozess teil. Es ist nicht Aufgabe der aktiven Beitragszahlenden, einer Witwe ohne Betreuungspflichten und ohne eigenen Erwerb für den Rest ihres Lebens den Unterhalt zu finanzieren.

Die Ausrichtung einer Hinterbliebenenrente an eine erwachsene Person soll an die Leistung einer Erziehungs-/Betreuungsaufgabe gekoppelt sein und für Mann und Frau einheitlich gehandhabt werden: eine Rente fliesst, bis das Kind 18 Jahre alt ist. Volljährige Kinder sind nicht mehr auf Tagesbetreuung durch einen Elternteil angewiesen. Als Kompensation für die eingeschränkte Erwerbsmöglichkeit werden für diese Zeit Erziehungs-/Betreuungsgutschriften auf dem individuellen AHV-Konto gutgeschrieben.

Eine Sonderregelung ist vorstellbar für Personen, welche über eine gewisse Anzahl Jahre eine/n schwerstkranke/n oder behinderte/n Partner/Partnerin zuhause betreut haben und aus diesem Grund keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten.

Kinderrenten

Wir sprechen uns für die Abschaffung zusätzlicher Kinderrenten für AHV-Rentenberechtigte aus:

Neben der Altersrente werden an AHV-Rentenbezüger (vorwiegend Männer) Kinderrenten ausgerichtet für minderjährige Kinder oder Kinder in Ausbildung, längstens bis sie 25 Jahre alt sind. Diese zusätzlichen Leistungen können aus unserer Sicht gestrichen werden: Mütter minderjähriger Kinder sind naturgemäss wesentlich jünger als die Väter im AHV-Alter und können durch Erwerbstätigkeit zum Familieneinkommen beitragen sowie Familienzulagen beziehen. Die heute mögliche Kumulation von Kinderzulagen und Kinderrenten bevorzugt diese Familienkonstellation auf nicht nachvollziehbare Weise.

AHV-Rentenzuschlag für Verwitwete

Wir sprechen uns für die Abschaffung des Verwitweten-Zuschlags von 20 % auf die AHV-Rente aus:

Nach dem Tod des Ehegatten wird die AHV-Rente neu berechnet, der Plafond entfällt und es wird eine normale Einzelrente ausgerichtet. Es gibt keinen Grund, verwitwete Altersrentenbezüger/innen (vorwiegend Frauen) besserzustellen als ledige.

Ehepaarplafonierung

Wir begrüssen, dass die im Zusammenhang mit der AV 2020-Vorlage diskutierte Anhebung des Ehepaarplafonds fallengelassen wurde. Sollte diese Frage doch wieder aufs Tapet kommen: Pro Single Schweiz spricht sich dezidiert gegen eine Erhöhung aus. Der Ehepaarvorteil bei der AHV beträgt jetzt schon rund 800 Mio. Franken und verträgt keinen weiteren Ausbau.

4. Vollzugsfragen

Im Zuge der AHV 21 sollte auch versucht werden, Vollzugsprobleme zu lösen, wie sie die Konferenz der kantonalen Ausgleichskassen und weitere Durchführungsorgane der ersten Säule in der Vernehmlassung zur AV 2020 aufgezeigt hatten [[https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/ahv/vernehmlassungen/vernehmlassung_zurreformderaltersvorsorge2020stellungnahmenweite.pdf](https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/ahv/vernehmlassungen/vernehmlassung_zurreformderaltersvorsorge2020stellungnahmenweite.pdf.download.pdf/vernehmlassung_zurreformderaltersvorsorge2020stellungnahmenweite.pdf) S. 115-122]. Es werden dort Fehlanreize und Lücken offengelegt, welche einen Missbrauch des Systems ermöglichen, u.a. im Bereich der Pflegekinder, der Zusatzrenten und der Definition neuer «Partnerschaften». Diese Stellen sind mit dem Vollzug der gesetzlichen Regelungen befasst und erfahren deren Schwachstellen in ihrer täglichen Arbeit, ihre Vernehmlassungen sind sachbezogen verfasst: Den Akteuren der Neuauflage der AHV-Revision sei der Einbezug der dort gemachten Erwägungen empfohlen.

Pro Single Schweiz regt zudem an, zu prüfen, wie ins Ausland fließende Hinterbliebenenrenten an Personen, die nie in der Schweiz gelebt und Beiträge bezahlt haben, an die Kaufkraftverhältnisse im Wohnsitzland angepasst werden könnten.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Pro Single Schweiz

Die Interessengemeinschaft der Alleinstehenden



Sylvia Locher, Präsidentin



Marie-Therese Borer, Vorstand

Per E-Mail an:
proches.aidants@bag.admin.ch

Herr Bundespräsident
Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

Lausanne, 10. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizerische Gesellschaft für Haftpflicht- und Versicherungsrecht (SGHVR) bedankt sich für die Möglichkeit, sich im Rahmen der Vernehmlassung zur oben erwähnten Vorlage äussern zu können. Entsprechend der Ausrichtung unserer Gesellschaft gilt unser primäres Interesse der wissenschaftlichen Durchdringung der geregelten Materie.

I. Grundsätzliche Bemerkungen

Die vorgeschlagenen Gesetzesrevisionen und die vorgeschlagene Änderung der Verfassung sind wesentlich geprägt vom Scheitern der "Reform der Altersvorsorge" in der Abstimmung vom 24. September 2017. Der Bundesrat zog daraus den Schluss, dass eine gemeinsame Reform von 1. und 2. Säule nicht opportun sei. Deshalb soll nun in einem ersten Schritt die AHV revidiert und auf solides finanzielles Fundament gestellt werden; die Reform der 2. Säule wird auf später verschoben. Wir bedauern diese Entwicklung, begrüßten wir doch ausdrücklich den ursprünglichen Ansatz, die Reform der Altersvorsorge als säulenübergreifendes Gesamtprojekt anzugehen und die verfassungsmässigen Leistungsziele der Vorsorge bei einem Referenzalter

65 nachhaltig zu sichern (vgl. unsere Vernehmlassungsantwort vom 7. Februar 2014 zur «Reform der Altersvorsorge 2020»).

II. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Das vorgeschlagene gleiche Rentenalter von Mann und Frau von 65 Jahren stellt für uns eine verfassungsrechtlich gebotene Selbstverständlichkeit dar. Wir sind auch damit einverstanden, vorerst auf eine generelle Erhöhung des Rentenalters zu verzichten. Einverstanden sind wir auch mit der vorgeschlagenen Finanzierung (Erhöhung der Mehrwertsteuer). Keine Einwände haben wir schliesslich auch gegen den Vorschlag, den Begriff des Rentenalters durch jenen des Referenzalters zu ersetzen, auch wenn wir für die neue Begrifflichkeit keine eigentliche Notwendigkeit ausmachen können.

III. Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Wir sind uns bewusst, dass die Akzeptanz der Vorlage wesentlich davon abhängt, wie die Erhöhung des Referenzalters der Frauen von 64 auf 65 abgefedert wird. Wir ignorieren auch nicht die persönliche Härte, die das höhere Rentenalter für einzelne Frauen haben kann, namentlich dann, wenn diese gar keine Möglichkeit haben, bis 65 zu arbeiten. Dessen ungeachtet stehen wir den gemachten Vorschlägen skeptisch gegenüber. Die Notwendigkeit, das höhere Rentenalter der Frauen abzufedern, besteht aus rechtlicher Sicht nämlich nicht. Weder ist ein Vertrauenstatbestand noch ein wohlerworbenes Recht auszumachen, die eine Entschädigung der betroffenen Frauen nötig machen oder auch nur nahelegen würden. Die vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen führen so bloss dazu, dass der konstatierte verfassungswidrige Zustand noch während Jahren Bestand hat. Dies zu akzeptieren, fällt uns umso schwerer, als von den Ausgleichsmassnahmen nicht nur Frauen profitieren, die ihr ganzes Leben lang einer Erwerbstätigkeit nachgegangen sind. Profitieren werden vielmehr auch Frauen, deren Renten sich aufgrund des Splittings im Wesentlichen auf der Grundlage des Einkommens ihrer Ehemänner berechnen, und die dank der Beitragsvermutung (Art. 3 Abs. 3 lit. a AHVG) kaum zur Finanzierung der AHV beigetragen haben.

Unsere grundsätzliche Kritik an den Ausgleichsmassnahmen gilt im Übrigen sowohl für den Vorschlag einer weniger starken Kürzung im Fall eines Vorbezugs (Variante 1: Kosten 400 Mio. Franken) als auch für den Vorschlag einer geänderten Rentenformel für jene Frauen, die bis 65 arbeiten (Variante 2: Kosten 800 Mio.).

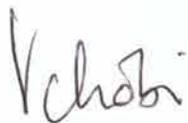
Einverstanden sind wir hingegen mit dem Vorschlag, das neue Referenzalter in Abhängigkeit vom Jahrgang der Rentenbezügerin schrittweise von 64 auf 65 zu erhöhen (vgl. Übergangsbestimmungen). Sollte auf die vom Bundesrat vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden, schiene uns eine zeitlich weiter gestreckte Anhebung des Rentenalters als valable Alternative, die der besonderen Situation der Frauen Rücksicht nimmt, die bereits relativ kurz vor der Pensionierung stehen.

IV. Flexibilisierung des Rentenbezugs

Wir anerkennen den Wunsch nach einer Flexibilisierung des Rentenbezugs, fragen uns aber, ob diese Vorlage der richtige Ort dafür ist, ihm Rechnung zu tragen. Zum einen geben wir zu bedenken, dass die Flexibilisierung des Rentenbezugs nur Sinn macht, wenn man die 1. und 2. Säule koordiniert betrachtet. Gerade eine solche Koordination schliesst der Bundesrat mit seinem Vorgehen, die 1. und 2. Säule gestaffelt zu reformieren, aber aus. Zum andern scheint uns eine (weitere) Flexibilisierung des Rentenbezugs vor allem dann einer Notwendigkeit zu entsprechen, wenn dereinst über eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters nachgedacht wird. Schliesslich dürfte sich der Bundesrat Illusionen hingeben, wenn er meint, mit seinen Vorschlägen die Arbeitnehmer dazu motivieren zu können, über das Referenzalter hinaus zu arbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten viel stärkere finanzielle Anreize geschaffen werden, als der Bundesrat sie vorsieht und sozialversicherungsrechtlich verantwortet werden können.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerische Gesellschaft für Haftpflicht- und Versicherungsrecht



Felix Schöbi, PD Dr. iur.
Vizepräsident



Stephan Fuhrer, Prof. Dr. iur.
Präsident

Vorstand - Comité

Per E-Mail :

Emina.alisic@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen

Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL

Bereich Leistungen AHV/EO/EL

Effingerstrasse 20

3003 Bern

Frauenfeld. 6. September 2018

Stabilisierung der AHV (AHV 21) – Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens – ENTWURF

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf die rubrizierte Thematik und danken Ihnen, dass Sie uns nach der Ablehnung der Vorlage "Vorsorge 2020" in der Volksabstimmung die Möglichkeit gegeben haben, uns zur Stabilisierungsvorlage der AHV (AHV 21) zu äussern.

Da das Hauptanliegen der Vorlage Fragen in Bezug auf das Vorsorgerecht (AHV/BVG) betrifft, werden wir uns darauf beschränken, uns zu Themen mit einem steuerlichen Aspekt, die auch im erläuternden Kommentar enthalten sind, zu vernehmen.

Generell haben wir den Wunsch zur Kenntnis genommen, das Rentenalter flexibler zu gestalten, ein einheitliches Rentenalter für Frauen und Männer auf 65 Jahre festzulegen und neue Möglichkeiten für den Bezug von Teilleistungen einzuführen, d.h. diese ganz oder teilweise ab 62 Jahren vorzubeziehen oder ganz oder teilweise bis zum Alter von 70 Jahren aufzuschieben, dies sowohl im Rahmen der AHV (vgl. Art. 39 und 40 VE-AHVG) und der beruflichen Vorsorge (Art. 13^{bis} 13c BVG).

Art. 13 Abs. 3 VE-BVG, der es den Vorsorgeeinrichtungen erlaubt, im Rahmen von Art. 1 Abs. 3 BVG ein niedrigeres gesetzliches Rentenalter (als 62 Jahre) vorzusehen, erlaubt es diesen Institutionen jedoch, ein Mindestalter von 58 Jahren beizubehalten (vgl. Art. 1i Abs. 1 BVV2 in der aktuellen Fassung).

Es ist nicht an uns, zu diesem Flexibilisierungsziel, das mit der AHV-Stabilisierungsvorlage 21 angestrebt wird, Stellung zu nehmen.

Schliesslich stellen wir fest, dass die Vorlage eine Erhöhung der MWST um 1.5% zur Finanzierung der AHV vorsieht. Die Erhöhung der MWST wird jedoch proportional zu den in der Steuervorlage 17 vorgesehenen Zusatzeinnahmen der AHV reduziert, welche durch

die Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge und durch den Bundesbeitrag sowie durch die Zuweisung des gesamten demographischen Mehrwertsteuersatzes an die AHV generiert werden. Die Steuervorlage 17 wird im Nationalrat in der Herbstsession 2018 behandelt, weshalb dieses Thema in der Vorlage AHV 21 nicht behandelt wird. Sollte die geplante Kompensationsmassnahme durch das Parlament angenommen werden, würde die Erhöhung der Mehrwertsteuer nur 0.7 % betragen.

Nachfolgend nehmen wir punktuell zu einzelnen Artikeln im angegebenen Erläuterungsbericht Stellung.

Art. 13a und 13b VE-BVG – Teilbezug der Altersleistung – Vorbezug der Altersleistung

Art. 13a Abs. 1 VE-BVG regelt die Möglichkeiten des Teilbezugs der Altersleistung in maximal **drei Etappen** im Rahmen der Teilpensionierung. Gemäss Art. 13b Abs. 2 VE-BVG muss der Teil der Altersleistung, der vor dem reglementarischen Referenzalter bezogen wird, **mindestens 20%** der Altersleistung, koordiniert mit der AHV, betragen. Die Vorsorgeeinrichtungen sind jedoch frei, in ihrem Reglement eine grössere Anzahl Teilbezüge vorzusehen, und sie können einen Vorbezug von weniger als 20% zulassen.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Möglichkeit einer Teilpensionierung in der Steuerpraxis im Rahmen einer konsolidierten Sichtweise und unter gewissen Voraussetzungen seit ein paar Jahren bereits „zugelassen“ ist: Es muss sich um eine festgelegte und dauerhafte Reduktion des Beschäftigungsgrades, begleitet von einer entsprechenden Gehaltsreduktion, handeln. Der **Vorbezug der Altersleistung muss im Verhältnis zur Reduktion des Beschäftigungsgrades erfolgen**; die Teilpensionierung und ihre Bedingungen müssen im Vorsorgereglement verankert sein (vgl. Fall A. 1.3.8, Vorsorge und Steuern, Schweizerische Steuerkonferenz, Cosmos Verlag). Wir stellen in dieser Hinsicht mit Genugtuung fest, dass nach Art. 13b Abs. 1 VE-BVG die vor dem Referenzalter bezogene Teil-Altersleistung die Gehaltsreduktion nicht übersteigen darf, und halten fest, dass dies ein in der Steuerpraxis bereits entwickelter Grundsatz ist.

Es ist fraglich, ob die Möglichkeit, dass eine Vorsorgeeinrichtung eine höhere Anzahl Teilbezüge als drei (also fünf oder mehr?) und einen Vorbezug von unter 20% der Altersleistung vorsehen kann, noch einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, da ein Anteil von unter 20% einer Beschäftigungsreduktion von weniger als einem Tag pro Woche entspricht.

Eine Beschäftigungsreduktion von 10% dürfte somit zu keiner Einkommenseinbusse führen, die durch Teilrentenleistungen kompensiert werden müsste. Dieser Aspekt ist jedoch in steuerlicher Hinsicht nicht ausschlaggebend, wenn die Leistungen in Form von Renten ausbezahlt werden.

Unsere Anmerkung betrifft jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, eine **Kapitalauszahlung** in bis zu **drei Teilbezügen** gemäss Art. 13a Abs. 1 VE-BVG vorsehen zu können. Auch wenn wir prinzipiell eine konsolidierte Betrachtungsweise, eingeführt durch Art. 13a Abs. 1 *in fine* VE-BVG, begrüssen, so sind wir doch skeptisch gegenüber der Möglichkeit von drei Rentenkaptalbezügen im Rahmen einer Teilpensionierung.

Es muss in der Tat berücksichtigt werden, dass Kapitalleistungen gemäss Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die Direkten Bundessteuern (Art. 38 DBG), gemäss Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (Art. 11 Abs. 3 StHG) und den entsprechenden kantonalen Gesetzgebungen, einer von den übrigen Einkünften getrennten Besteuerung unterliegen, und zwar zu einem privilegierten Satz (Vorsorgesatz), was deutlich vorteilhafter ist als die Versteuerung der Altersrenten, welche zusammen mit den anderen Einkünften versteuert werden. Im Fall von Kapitalbezügen in mehreren Etappen ist es möglich, die **Progression in noch erheblicherem Ausmass** zu brechen. Dies bedeutet, dass die Versicherten nicht aus vorsorgerechtlichen Gründen Kapitalleistungen in Form von Teilbezügen wählen könnten, sondern aus Gründen der Steueroptimierung.

Es geht unserer Meinung nach darum, steuerliche Anreize zu vermeiden, die Altersleistung in zu vielen Etappen zu beziehen. Wir sind deshalb der Meinung, die Kapitalauszahlung von Altersleistungen auf maximal **zwei Bezüge** zu limitieren: Diese Lösung, die der Praxis vieler kantonalen Steuerverwaltungen entspricht, wird auch von der Schweizerischen Steuerkonferenz befürwortet (Fall A. 1.3.8, a.a.O.). Hierbei werden Kapitalleistungen zur Bestimmung des Steuersatzes **nicht kumuliert**, sondern einzeln besteuert.

Sollte nichtsdestotrotz eine grössere Staffelung von Kapitalleistungen (d.h. drei Kapitalleistungen) am Ende dieser Vernehmlassung beibehalten werden, müsste innerhalb des Steuerrechts (StHG, DBG) eine gesetzliche Regelung geschaffen werden, die es den Steuerbehörden erlaubt, die Leistungen zur Bestimmung des **satzbestimmenden Einkommens während mehrerer Jahre** (Steuerperioden, z.B. innerhalb einer Frist von 5 Jahren) zu **kumulieren**. Diese neue gesetzliche Regelung steuerlicher Natur sollte im Rahmen der AHV-Stabilisierungsvorlage (AHV 21) verabschiedet werden.

Beispiel:

Drei Kapitalauszahlungen von Rentenleistungen in Höhe von je CHF 200'000 in den Jahren x , $x + 1$ und $x + 2$.

Anstelle einer Besteuerung von dreimal CHF 200'000 (zulässig bei maximal zwei Kapitalauszahlungen von Rentenleistungen) müssten in den Steuerperioden x , $x + 1$ und $x + 2$ CHF 200'000 **zum Satz von CHF 600'000** besteuert werden.

Ein Zahlenbeispiel erlaubt es, die Auswirkungen der gestaffelten Leistungen verteilt auf mehrere Steuerperioden besser zu erfassen.

So führt die Kapitalauszahlung einer Vorsorgeleistung von CHF 200'000 für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Lausanne zu einer steuerlichen Belastung von CHF 2'512.40 auf Ebene der direkten Bundessteuer (DBSt.) und von CHF 14'349.05 bei den Kantons- und Gemeindesteuern des Kantons Waadt (ICC-VD, Besteuerung gemäss Art. 49 des Gesetzes vom 4. Juli 2000 über die direkten kantonalen Steuern, LI-VD). Demgegenüber hat eine Kapitalleistung in Höhe von CHF 600'000 bei der Direkten Bundessteuer eine Belastung von CHF 12'912.40 und bei den Kantons- und Gemeindesteuern CHF 58'950.15 zur Folge.

Es kann festgestellt werden, dass die Auswirkung der Staffelung sowohl auf der Ebene der Direkten Bundessteuer als auch bei den Kantons- und Gemeindesteuern des Kantons

Waadt signifikant ist, da die Einkommenssteuer der Progression unterliegt: Die Möglichkeit von drei Kapitalbezügen für das Rentenalter würde es den Versicherten somit ermöglichen, „Manöver“ durchzuführen, welche nicht primär auf dem Willen einer Teilpensionierung in mehreren Etappen beruhen, sondern vielmehr auf der Möglichkeit, durch die Brechung des Steuersatzes, eine substantielle Steuereinsparung zu erzielen.

Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten und -policen (Einführung einer gesetzlichen Regel ins FZG oder in den Anwendungsverordnungen des BVG (FZO))

Es handelt sich um ein Begehren nach Ergänzung oder Präzisierung einer gesetzlichen Regelung des FZG, die nicht direkt im Vorprojekt zur Stabilisierung der AHV (AHV 21) enthalten ist und welche die Fälligkeit von Freizügigkeitsleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen betrifft (andere zulässige Form zur Aufrechterhaltung der Vorsorge im Sinn von Art. 4 FZG). Dieser Zusatz rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass die Vorlage AHV 21 den vorzeitigen und den aufgeschobenen Bezug von Altersleistungen aus der 2. Säule behandelt, zu denen auch Guthaben aus Freizügigkeitskonten oder -policen gehören.

Zunächst muss festgehalten werden, dass Freizügigkeitskonten oder Freizügigkeitspolicen nur bestehen dürfen, wenn eine versicherte Person über ein Freizügigkeitsguthaben verfügt, das gemäss Artikel 3 und 4, Abs. 2^{bis} FZG nicht auf eine Vorsorgestiftung überwiesen werden muss (vgl. Art. 60a Abs. 3 BVV2, wonach der maximale Rückkaufsbetrag um die fraglichen Beträge vermindert wird). Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Steuerbehörden oft mit Fällen konfrontiert sind, in denen Freizügigkeitskonten oder -policen immer noch „in Kraft“ sind, obwohl sie in die aktuelle Vorsorgestiftung, bei der der Versicherte obligatorisch oder gegebenenfalls freiwillig, angeschlossen ist, überführt werden müssten (vgl. Art. 4 Abs. 1 BVG über die fakultative Versicherung von Selbständigen).

Art. 16 Abs. 1 FZV sieht in seiner aktuellen Fassung vor, dass *„Altersleistungen von Freizügigkeitspolicen und Freizügigkeitskonten frühestens fünf Jahre vor und spätestens fünf Jahre nach Erreichen des Rentenalters nach Artikel 13 Absatz 1 BVG ausbezahlt“* werden dürfen.

Laut der aktuellen Meinung des BSV ist der Aufschub von Altersleistungen bis zum Alter von 70 Jahren bei Männern und 69 Jahren für Frauen nicht an die Fortführung einer Erwerbstätigkeit geknüpft (vgl. Mitteilungen über die berufliche Vorsorge Nr. 30, Kommentar zu Art. 16, S. 14), da Art. 16 FZV sich ausschliesslich auf den ersten Absatz von Art. 13 BVG bezieht, und nicht auch auf den zweiten Absatz dieses Artikels, der die vorzeitige oder aufgeschobene Pensionierung regelt.

Steuerpflichtige können also den Zeitpunkt der Auszahlung von Altersleistungen aus einem Freizügigkeitskonto oder einer Freizügigkeitspolice zwischen einem Alter von 60 bis 70 Jahren (respektive 59 und 69 Jahre bei Frauen; Fall A.5.3.1. a.a.O.) frei wählen.

Die freie Wahl des Auszahlungszeitpunkts scheint aber nicht gerechtfertigt: Sowohl bei der beruflichen Vorsorge (vgl. Art. 13 Abs. 2 und 33b BVG; letzterer ist am 1. Januar 2001 in Kraft getreten) als auch bei der Säule 3A (vgl. Art. 7 Abs. 3 *in fine* BVV3, in Kraft seit 1. Januar 2008) ist der **Aufschub des Auszahlungszeitpunkts von Altersleistungen über**

das ordentliche Rentenalter hinaus (bzw. Referenzalter laut Art. 13 Abs. 1 VE-BVG) nur **im Falle einer Fortführung der Erwerbstätigkeit bis zu deren Aufgabe** möglich. Es gibt keinen Grund für eine abweichende Regelung auf dem Gebiet von Freizügigkeitskonten oder -policen.

In steuerlicher Hinsicht geht es um die Vermeidung einer Zerstückelung der Altersleistungen durch die Möglichkeit, Rentenskapital aus einer Vorsorgeeinrichtung zu beziehen und dieses in ein Freizügigkeitskonto oder eine Freizügigkeitspolice für unterschiedliche Jahre (Steuerperioden) – unter Einhaltung von Art. 3 und 4 Abs. 2^{bis} FZG – einzuzahlen, was zu einer Brechung der Steuerprogression führt. Wir sind der Ansicht, dass das FZG (z.B. Art. 4 FZG, über den Vorsorgeschutz in anderer Form) dahingehend modifiziert werden müsste, den Aufschub von Altersleistungen aus Freizügigkeitskonten oder -policen nur im Falle der Fortführung einer Erwerbstätigkeit bis zu deren Beendigung zu gestatten.

Sollte eine solche Regelung aus Gründen der Rechtssystematik nicht direkt im FZG verankert werden können, ist es zwingend erforderlich, Art. 16 Abs. 1 FZV zu modifizieren, wie vorhergehend im Rahmen der Änderung der Reglemente und Verordnungen über die AHV und die berufliche Vorsorge im Zusammenhang mit der Vorlage AHV21 ausgeführt.

Art. 79b Abs. 1, Abs. 1bis und Abs. 2 VE-BVG – Einkäufe in die berufliche Vorsorge

Wir nehmen zur Kenntnis, dass eine Kompetenzdelegation an den Bundesrat, vorgesehen ist in Art. 79b Abs. 2 Bst. a VE-BVG betreffend Personen, die im Zeitpunkt, in dem sie den Einkauf verlangen, nie einer Vorsorgeeinrichtung angehört haben (vgl. Art. 60b BVG, welcher diese Frage bereits gegenwärtig regelt) und betreffend Personen, welche eine berufliche Vorsorgeleistung beziehen oder bezogen haben (Art. 79b Abs. 2 Bst. b VE-BVG).

Wir unterstützen vollumfänglich den Inhalt des erläuternden Kommentars (S. 84), der festhält, dass Personen, die bereits eine Altersleistung in Form einer Rente beziehen oder schon eine Kapitalleistung erhalten haben, nicht die Möglichkeit haben sollen, wieder eine vollständige Vorsorge mittels abzugsfähiger Einkäufe aufzubauen.

In diesen Fällen muss **die laufende Rente oder die ausbezahlte Kapitalleistung** zur Bestimmung der **Möglichkeiten eines Einkaufs** berücksichtigt werden. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass diese Koordination auf dem Verordnungsweg geregelt wird, höchstwahrscheinlich über eine Änderung der FZV.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Erwägung dieser Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizerische Steuerkonferenz
Der Präsident

J. Rüsche



Schweizerischer Baumeisterverband
Société Suisse des Entrepreneurs
Società Svizzera degli Impresari-Costruttori
Societad Svizra dals Impressaris-Constructurs

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Per Mail an emina.alisic@bsv.admin.ch

Zürich, 25. September 2018

Stellungnahme zur Vorlage «Stabilisierung der AHV (AHV21)»

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2018 wurden die interessierten Kreise zur Vernehmlassung betreffend der Vorlage «Stabilisierung der AHV (AHV 21)» eingeladen. Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) vertritt die Interessen von mehr als 2500 Mitgliedsbetrieben im Bauhauptgewerbe. Er ist damit mit Abstand die grösste Organisation der Schweizer Bauwirtschaft. Gerne nehmen wir im Folgenden zur Vorlage Stellung.

Der SBV lehnt die Vorlage in der vorliegenden Fassung ab. Der Vorschlag des Bundesrates stützt sich einseitig auf Mehreinnahmen über eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuersätze. Leistungsseitig hingegen gibt es, abgesehen von der selbstverständlichen Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer, kaum Massnahmen. Langfristig betrachtet ist ein höheres Rentenalter wohl unumgänglich.

1. Allgemeine Bemerkungen

Die finanzielle Lage der AHV wird sich ohne Gegenmassnahmen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten massiv verschlechtern. Der Reformbedarf ist damit unbestritten. Auch in der zweiten Säule ist der Reformbedarf gross. Nach der Ablehnung der Altersvorsorge 2020 durch das Volk am 24. September 2017 ist daher schnelles und entschiedenes Handeln angesagt. Der SBV begrüsst, dass der Bundesrat die erste und die zweite Säule in getrennten Vorlagen behandeln wird und die Sanierung der AHV prioritär behandelt.

Dem SBV ist klar, dass eine Sanierung der AHV ohne Mehreinnahmen kaum machbar ist. Der Vorschlag des Bundesrates sieht jedoch fast nur Mehreinnahmen und kaum leistungsseitige Massnahmen vor und ist daher nicht akzeptabel. Eine Mehrwertsteuererhöhung von 1.5% ist viel zu hoch, vor allem angesichts der Tatsache, dass die AHV damit längerfristig noch nicht saniert ist. Bereits ab etwa 2027 drohen gemäss Szenarien des Bundes wieder Defizite. Die nächste AHV-Reform müsste also schon in wenigen Jahren aufgegleist werden. Leistungsseitige Massnahmen sind daher unumgänglich. Da eine Reduktion der Renten weder sinnvoll noch politisch machbar ist, darf eine Erhöhung des Renten- resp. Referenzalters nicht mehr tabu sein – wenn nicht in dieser Revision, dann in der nächsten.

Wir bauen für Sie die Schweiz

2. Bemerkungen zu den einzelnen Punkten der Vorlage

Erhöhung Mehrwertsteuer um 1.5%

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1.5% belastet Unternehmen und Konsumenten gemäss Modellrechnung des Bundes mit fast fünfzig Milliarden Franken von 2021 bis 2030. Dies ist weder für die Unternehmen noch für die Konsumenten tragbar. Für den SBV ist maximal noch eine Erhöhung um 0.6% akzeptabel. Falls die Steuervorlage 17 mit rund zwei Milliarden Mehreinnahmen angenommen wird, wären es noch maximal 0.3%. Damit die AHV trotzdem nicht in die roten Zahlen rutscht, braucht es zwingend Massnahmen auf der Leistungsseite (vgl. allgemeine Bemerkungen) – nötigenfalls in einer nachfolgenden AHV-Revision.

Sinnvoll erachtet der SBV jedoch grundsätzlich das Mittel der Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Einnahmengenerierung für die AHV. Weitere Lohnabzüge sind ohne zwingenden Grund unbedingt zu verhindern. Diese sind jetzt schon sehr hoch und belasten die Wirtschaft. Im Rahmen der anstehenden Revision der zweiten Säule scheint zudem eine (moderate) Erhöhung der Lohnabzüge kaum zu umgehen zu sein. Das Baustellenpersonal im Bauhauptgewerbe kann sich darüber hinaus bereits mit 60 frühpensionieren lassen – dank der Stiftung Flexibler Altersrücktritt (FAR). Finanziert wird dies über derzeit sieben Lohnprozente. Zusammen mit den Abzügen für AHV/IV/EO und BVG ist für die Baufirmen damit die Belastungsgrenze erreicht.

Angleichung Frauenrentenalter

Der SBV begrüsst die Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer ausdrücklich. Dieser Schritt ist überfällig. Es gibt keine sachlichen Gründe, weshalb Frauen früher in Rente gehen können sollten als Männer. Aus Gleichstellungssicht ist der Schritt deshalb zwingend. Der postulierte Spareffekt von rund 10 Milliarden Franken für die Periode von 2021 bis 2030 zeigt, dass eine Veränderung des Renten- bzw. Referenzalters die AHV-Finzen substantiell entlastet und auch aus diesem Grund kein Tabu sein darf für eine generelle und darüber hinausgehende Erhöhung des Referenzalters in der Zukunft.

Abfederungsmassnahmen Übergangsgeneration

Grundsätzlich ist der SBV der Ansicht, dass die Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer selbstverständlich ist und daher keine Abfederungsmassnahmen notwendig sind. Politisch sind begrenzte Abfederungsmassnahmen aber wohl notwendig, um die Massnahme mehrheitsfähig zu machen. Die vorgeschlagenen Abfederungsmassnahmen gehen aber zu weit. Die kumulierten Kosten für die Periode von 2021 bis 2030 dürfen nicht mehr als eine Milliarde Franken betragen. Insbesondere stört sich der SBV an der Länge der Übergangsgeneration. Angesichts der nicht allzu weitgehenden Massnahme sind neun Jahrgänge Übergangsgeneration (Geburtsjahrgänge 1958-1966) zu viele. Einerseits steigen dadurch die Kosten übermässig und andererseits ist es absehbar, dass schon in wenigen Jahren die nächste AHV-Revision – welche möglicherweise ein generell höheres Renten- bzw. Referenzalter bringt – nötig wird. Der letzte Jahrgang der Übergangsgeneration – 1966 – erreicht aber erst im Jahre 2031 das Alter 65. Will man den Frauen mit diesem Jahrgang nicht schon wieder eine Änderung zumuten, so könnte man beispielsweise ein höheres Rentenalter erst ab 2032 einführen. Mit der sehr breit gefassten Übergangsgeneration schafft man sich daher Probleme für die nächste anstehende Revision.

Der SBV zieht die Variante II der Variante I vor. Variante I ist zwar auf den ersten Blick kostengünstiger, bietet aber einen einseitigen Anreiz zur Frühpensionierung. Ob wirklich nur 25 Prozent der Frauen davon Gebrauch machen, wie der Bundesrat im erläuternden Bericht annimmt, kann kaum abgeschätzt werden. Der SBV hält diese Annahme und damit auch die Kostenabschätzung für sehr optimistisch. Er schlägt konkret vor:

- Beschränkung der Übergangsgeneration auf vier Jahrgänge (1958-1961)
- Lineares «Ausschleichen» der Reduktion bei den Kürzungssätzen und der Rentenformel: Die Bevorzugung soll mit steigendem Geburtsjahrgang linear abgebaut werden, so dass für den Geburtsjahrgang 1962 wieder die versicherungstechnischen Kürzungssätze sowie die normale Rentenformel gelten. Dies mindert einerseits die Kosten, andererseits gibt es keinen Schwelleneffekt, was als angemessen zu qualifizieren ist.

Begrifflichkeit: Referenzalter anstelle von Rentenalter sowie Flexibilisierung Rentenalter zwischen 62 und 70

Der SBV begrüsst es, neu von Referenzalter anstelle vom Rentenalter zu sprechen. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass der Zeitpunkt des Übergangs in die Rente einem persönlichen Entscheid unterliegt, der sich nach den individuellen Bedürfnissen und Gegebenheiten richtet. Dies ist aus liberaler Sicht ein Gewinn. Der SBV begrüsst daher auch die Flexibilisierung des Renten- resp. Referenzalters zwischen Alter 62 und 70. Die Möglichkeit des Teilrentenbezuges – bei vielen Pensionskassen bereits heute möglich – ermöglicht einen graduellen Übergang in die Rente nach den individuellen Wünschen. Die Obergrenze von Alter 70 scheint angesichts der demografischen Herausforderungen jedoch eher tief angesetzt. Insbesondere bei einer künftigen Heraufsetzung des Referenzalters müssten die Altersgrenzen gegen oben und unten wieder überprüft werden.

Anreizmechanismen Weiterarbeit über Referenzalter hinaus

Der SBV begrüsst die Anreizmechanismen für die Weiterarbeit über das Referenzalter hinaus. Diese sind jedoch sehr beschränkt; sie sind nur für Versicherte relevant, welche noch nicht die maximale AHV-Rente erreichen würden bei Alter 65. Allenfalls wäre ein höherer Rentnerfreibetrag sinnvoll, um auch den anderen Versicherten einen Anreiz für die Weiterarbeit zu bieten resp. diesen zu verstärken.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Baumeisterverband


Gian-Luca Lardi
Zentralpräsident SBV


Benedikt Koch
Direktor SBV

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstr. 20
3003 Bern

Elektronisch zugestellt an:
emina.alisic@bsv.admin.ch

ORT/DATUM Zürich, 27. August 2018
ZUSTÄNDIG Urs Hofstetter
DIREKTWAHL 043 244 73 90
E-MAIL urs.hofstetter@suissetec.ch

Stabilisierung AHV (AHV 21)

Sehr geehrte Damen und Herren

Unserem Verband gehören rund 3'500 Unternehmungen aus den Branchen Sanitär, Spenglerei/Gebäudehülle, Heizung, Klima/Kälte, Lüftung, Rohrleitungsbau/Werklleitungen sowie Solarinstallationen an. In diesen Unternehmungen bestehen rund 50'000 Arbeitsverhältnisse, wobei die Arbeitnehmenden unserer Hersteller-Lieferanten in dieser Zahl nicht enthalten sind.

Wir pflegen eine aktive Sozialpartnerschaft und regeln die Eckdaten der meisten Arbeitsverhältnisse in unseren Branchen mit Hilfe eines allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrages.

Die obgenannte AHV-Vorlage beinhaltet eine steuerliche Komponente, die es aus dem Blickwinkel unserer Mitgliedsunternehmen kritisch zu durchleuchten gilt.

Aus diesen Gründen machen wir hiermit gerne von der Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch.

Allgemeine Bemerkungen:

Die demografische Entwicklung bedeutet eine grosse finanzielle Herausforderung für die Altersvorsorge. Daher befürworten wir grundsätzlich, dass Massnahmen zur Finanzierung der AHV-Renten getroffen werden sollen. Diese Massnahmen müssen so rasch wie möglich an die Hand genommen werden. Es gilt erstens jedoch, den zusätzlichen finanziellen Bedarf für die Stabilisierung der AHV so tief wie möglich zu halten und zweitens die adäquaten Finanzierungsmittel zu wählen.

Unter diesem Blickwinkel gehen wir nachfolgend in summarischer Form auf die vorgeschlagenen Massnahmen ein.

Begriff „Referenzalter“

Wir sind damit einverstanden, den Begriff „ordentliches Rentenalter“ durch den Begriff „Referenzalter“ zu ersetzen.

Anhebung des Referenzrentenalters auf 65 Jahre für Frauen

Wir begrüssen die Anhebung des Referenzalters für Frauen auf 65. Damit gilt sowohl für Frauen als auch für Männer das gleiche Referenzalter. Gemäss Erläuterndem Bericht fließen der AHV dadurch zwischen 2022 und 2030 CHF 10 Mia. zu.

In Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der AHV sprechen wir uns jedoch gegen die vorgeschlagenen Ausgleichsmassnahmen zugunsten der von der Anhebung des Referenzalters „betroffenen“ Jahrgänge aus. Eventualiter ziehen wir die günstigere Variante 1 der teureren Variante 2 vor.

Flexibilisierung des Rentenbezugs

Auch diese Massnahme begrüssen wir, sofern der AHV daraus kein finanzieller Nachteil entsteht. Die vorgeschlagenen Massnahmen entsprechen einem Bedürfnis nach mehr Flexibilität im Umgang mit der Pensionierung (monatlicher Vorbezug, frei wählbarer Anteil des Vorbezugs/Aufschubs).

Erhöhung Mehrwertsteuer

Vorherrschender Wettbewerb führt bei unseren Mitgliedern - und vermutlich auch in anderen Branchen - zu einem Druck auf die Preise. Es ist daher davon auszugehen, dass unsere Mitglieder die MWSt-Erhöhung nicht in jedem Fall vollständig an den Endkunden weitergeben können. Unter diesem Blickwinkel gilt es daher, die MWSt-Erhöhung so gering wie möglich zu halten.

Eine Erhöhung der MWSt im Umfang der vorgeschlagenen 1,5 % erachten wir als sehr hoch, aber diese Massnahme scheint uns letztendlich doch noch wirtschaftsverträglicher zu sein, als eine mehrheitliche Finanzierung über die AHV-Lohnbeiträge.

Um die MWSt-Erhöhung möglichst tief halten zu können, sprechen wir uns - neben dem bereits erwähnten Verzicht auf Ausgleichsmassnahmen im Zusammenhang mit der Anhebung des Referenzalters auf 65 für Frauen - für folgende weitere Massnahmen aus:

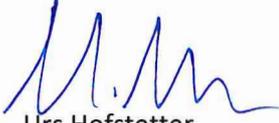
- Zwingende Verknüpfung der MWSt-Erhöhung mit der vorgesehenen Vereinheitlichung des Referenzalters.
- Erhöhung des Referenzalters der Frauen auf 65 schrittweise um jährlich 6 Monate (anstatt um jährlich bloss 3 Monate)
- Einbezug der positiven Effekte aus der allfälligen Steuervorlage 17 auf die AHV, indem im Bundesbeschluss eventualiter eine alternative MWSt-Erhöhung von bloss 0,7 % (oder tiefer) erwähnt wird anstatt einer einzigen MWSt-Erhöhung von 1,5 %.
- Prüfung der Möglichkeit eines Finanzierungsbeitrags der Nationalbank zugunsten der AHV

Wir danken Ihnen für das Interesse, das Sie unserer Stellungnahme entgegen bringen und bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)



Hans-Peter Kaufmann
Direktor



Urs Hofstetter
Mitglied der Geschäftsleitung
Leiter Mandate und Politik

Kopie an:

Schweizerischer Gewerbeverband SGV, Kurt Gfeller, Schwarztorstr. 26, Postfach, 3001 Bern
Schweizerischer Arbeitgeberverband, Martin Kaiser, Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich

Per Email an:

emina.alisic@bsv.admin.ch

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern 1

Zürich, 8. Oktober 2018

**Vernehmlassung Stabilisierung der AHV «AHV 21»
Stellungnahme Swiss Textiles**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Stabilisierung der AHV «AHV21» Stellung zu nehmen. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit hiermit wahr.

Swiss Textiles ist der Dachverband der schweizerischen Textil- und Bekleidungsbranche. Wir repräsentieren gut 200 Firmen, die in der Schweiz rund 13'000 und im Ausland rund 50'000 Mitarbeitende beschäftigen. Unsere Mitglieder sind sehr innovativ, stark international ausgerichtet und in Nischenmärkten tätig. Bei den meisten Unternehmen handelt es sich um inhabergeführte KMU mit 20-50 Beschäftigten.

Swiss Textiles anerkennt die Dringlichkeit der Reform der AHV-Gesetzgebung. Infolge der demographischen Entwicklung beziehen Rentner und Rentnerinnen immer länger Leistungen aus der 1. und 2. Säule: die finanzielle Entwicklung der Altersvorsorge ist alarmierend. Was die AHV betrifft, so ist das jährliche Ergebnis seit vier Jahren negativ, mit einem Defizit von über 1 Mia Franken im letzten Jahr, und die Situation wird sich ab 2020 mit einem starken Anstieg der Rentner noch verschärfen. Deshalb sind dringend Massnahmen notwendig, um das Leistungsniveau in der AHV zu sichern und die Finanzierung zu stabilisieren. Ausserdem ist auch dringender Handlungsbedarf in der zweiten Säule, dem BVG, angezeigt.

Wir begrüssen jedoch, dass diese beiden Vorlagen etappenweise und getrennt voneinander behandelt werden. Hat doch gerade die Abstimmung zur AHV2020 vom vergangenen September 2017 gezeigt, dass Grossvorlagen in der Regel daran scheitern, dass aufgrund von unterschiedlichen Partikularinteressen letztlich keine Mehrheit für das übergeordnete grosse Ganze zustande kommt.

Verknüpfung der verschiedenen Vorlagenteile notwendig

Die ohne Grundangabe weggefallene Verknüpfung des Bundesbeschlusses über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Revision des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) ist aus unserer Sicht wieder zu erstellen. Ohne eine Koppelung der beiden Vorlagen besteht die Möglichkeit, dass zwar eine Mehrwertsteuererhöhung zur Stabilisierung der Altersvorsorge von Volk und Ständen in einem obligatorischen Referendum angenommen, die Revision des AHVG in einem fakultativen Referendum aber abgelehnt wird. Dieses Risiko, dass eine Mehrwertsteuererhöhung ohne «Gegenleistung»

beschlossen und im schlimmsten Fall zweckentfremdet verwendet werden könnte, muss ausgeschlossen werden. Aus den dargelegten Gründen ist für Swiss Textiles die Kopplung der AHVG-Revision mit der Mehrwertsteuererhöhung ist zwingend vorzusehen.

Verknüpfung mit der Steuervorlage 17 ist zu unterstützen

Obwohl es sich aus unserer Sicht um eine sachfremde Verknüpfung der beiden Vorlagen handelt, unterstützen wir diese, da die Annahme der Steuervorlage 17 für unsere Mitgliedsfirmen zentral ist. Überdies stünden der AHV aus verschiedenen Quellen Zusatzeinnahmen von über CHF 2 Mia zur Verfügung. Dank der Verknüpfung ist die Mehrwertsteuer lediglich um max. 0,7% anstatt der vorgesehenen 1,5% zu erhöhen. Dafür schränken die der AHV zugesprochenen 0,3 Lohnprozente den Spielraum zur Stabilisierung der zweiten Säule jedoch empfindlich ein. Denn eine spürbare Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge mit einer angemessenen Kompensation ist ohne eine massive Anhebung der Lohnbeiträge nicht zu erreichen.

Zu den einzelnen Elementen der Reformvorlage:

1. Angleichung des Frauenrentenalters

Swiss Textiles begrüsst ausdrücklich die Angleichung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer. Dieser Schritt ist überfällig. Es gibt keine sachlichen Gründe, weshalb Frauen früher in Rente gehen können sollten als Männer. Der postulierte Spareffekt von rund 10 Milliarden Franken für die Periode von 2021 bis 2030 zeigt, dass eine Veränderung des Renten- bzw. Referenzalters die AHV-Finzen substanziell entlastet und auch aus diesem Grund kein Tabu sein darf für eine generelle und darüberhinausgehende Erhöhung des Referenzalters in der Zukunft.

Grundsätzlich sollte diese Angleichung ohne Zusatzkosten - sprich ohne Ausgleichsmassnahmen - durchgeführt werden. Aus politischen Überlegungen wird wohl ein soziales Korrektiv notwendig sein. Für die Jahrgänge 1958 bis 1966 werden hierzu zwei verschiedene «Ausgleichsmassnahmen» vorgeschlagen:

- Variante 1: Reduzierter Kürzungssatz bei Rentenvorbezug. Diese Variante würde bis 2030 jährliche Mehrkosten von CHF 508 Mio generieren.
- Variante 2: Reduzierter Kürzungssatz bei Rentenvorbezug (wie oben) sowie zusätzlich ein Rentenzuschlag von CHF 70 pro Monat für Frauen, die effektiv bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Diese Variante verursacht bis 2030 Mehrkosten von jährlich CHF 883 Mio.

Swiss Textiles unterstützt Variante 1, sofern die Besserstellung auf die vier Jahrgänge jener Frauen begrenzt wird, die tatsächlich von der schrittweisen Angleichung des Referenzalters betroffen sind (1958 bis 1961). Somit könnten die Mehrkosten auf ein akzeptierbares Mass gesenkt werden.

2. Begrifflichkeit: Referenzalter anstelle von Rentenalter

Swiss Textiles begrüsst es, neu von Referenzalter anstelle vom Rentenalter zu sprechen. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass der Zeitpunkt des Übergangs in die Rente einem persönlichen Entscheid unterliegt, der sich nach den individuellen Bedürfnissen und Gegebenheiten richtet.

Die Obergrenze von 70 Jahren scheint angesichts der demografischen Herausforderungen jedoch zu tief angesetzt. Insbesondere bei einer künftigen Heraufsetzung des Referenzalters müssten die Altersgrenzen gegen oben und unten wieder überprüft werden.

3. Flexibilisierung Rentenalter zwischen 62 und 70

Das vorgeschlagene Modell zur Flexibilisierung des Rentenbezugs (62 bis 70) ist aus unserer Sicht als Anreiz für den längeren Verbleib im Erwerbsleben untauglich. Mit Mehrkosten von CHF 340 Mio pro Jahr ist es nicht nur zu teuer, sondern es würde die Anreize für den vorzeitigen Rentenbezug

gegenüber heute sogar noch verstärken. Damit läuft es dem Zweck der AHV Revision zuwider. Stattdessen schlagen wir analog zum Schweiz. Arbeitgeberverband vor, den AHV-Freibetrag von CHF 1'400 auf mindestens CHF 2'000 zu erhöhen, um ein längeres Verbleiben im Erwerbsleben attraktiver zu gestalten. Als weitere Anreizmassnahme zum längeren Verbleib im Erwerbsleben sollten die steuerliche Situation von Rentnern, die über das Referenzrentenalter hinaus arbeiten, auf negative Effekte hin untersucht und allfällige Abhalteeffekte beseitigt werden.

Im Übrigen unterstützen wir in jenen Punkten, zu denen wir uns nicht explizit geäussert haben, die Stellungnahme des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Überlegungen und stehen bei Fragen gerne zu Ihrer Verfügung.

Freundliche Grüsse



Peter Flückiger
Direktor



Liliane Sieber
Leitung Arbeitgeber- und Sozialpolitik

VASK Schweiz
Langstrasse 149
8004 Zürich

Telefon 044 240 12 00
E-Mail info@vask.ch
Internet www.vask.ch
PC-Kto 87-387911-1

BSV
Geschäftsfeld AHV, BV & EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern
emina.alisic@bsv.admin.ch

16. Oktober 2018

Stabilisierung der AHV («AHV 21»)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zu den Vorschlägen des Bundesrates im Hinblick auf eine Stabilisierung der AHV äussern zu können. Menschen mit Behinderungen sind von den Vorschlägen ebenfalls betroffen. Wir erlauben uns deshalb, uns als Dachverband der Vereinigungen von Angehöriger psychischer Kranker zu äussern

A Allgemeines

VASK Schweiz begrüsst es, dass der Bundesrat relativ schnell nach der Ablehnung der «Altersreform 2020» an der Urne im September 2017 erneut Vorschläge zur Anpassung der AHV in die Vernehmlassung schickt. Die Ziele der Reform – Rentensicherung, Erhalt des Rentenniveaus, Stabilisierung der AHV-Finzen – unterstützen wir vollumfänglich. Wir gehen von einem Verständnis der ersten Säule aus, das sowohl die AHV als auch die IV umfasst. Dementsprechend empfehlen wir bei einigen Vorschlägen, nicht nur das AHVG, sondern auch das IVG anzupassen. Umgekehrt meinen wir, dass die aktuelle AHV-Reform dazu genutzt werden sollte, historisch gewachsene Ungereimtheiten zwischen IV und AHV zu beheben.

B Einzelne Massnahmen

1 Erhöhung des Referenzalters der Frauen

Die VASK Schweiz positioniert sich zu diesem Thema folgendermassen:

- ◆ Das Referenzalter von Frauen und Männern darf in den kommenden Jahren nicht über 65 Jahre steigen.
- ◆ Die Erhöhung des Frauenreferenzalters muss genügend abgedeckt werden.
- ◆ Unternehmen stellen vermehrt ältere Personen an. Der Bundesrat führt in der Botschaft aus, wie dies geschehen kann und wie Unternehmen dazu verpflichtet werden können.
- ◆ Die zusätzlichen Ausgaben, die der IV durch die Erhöhung des Frauenreferenzalters entstehen, sind durch eine im gleichen Umfang vorgenommene Abschreibung auf den IV-Schulden zu kompensieren.

2 Massnahmen zum Ausgleich der Erhöhung des Frauenrentenalters

VASK SCHWEIZ begrüsst im Grundsatz die vorgeschlagenen Ausgleichsmassen, sieht aber einigen Anpassungsbedarf.

2.1 Senkung und Abstufung Kürzungssätze

Der Senkung und Abstufung der Kürzungssätze der AHV-Renten beim Vorbezug für die Übergangsgeneration steht VASK SCHWEIZ positiv gegenüber.

Allerdings meinen wir, dass andere Probleme für Personen mit tiefen Einkommen, und hier also namentlich von Frauen, dringender angegangen werden müssten. Frauen mit tiefen Löhnen haben oft Schwierigkeiten, ihre laufenden Lebenskosten zu bezahlen. Für den Aufbau einer genügenden Altersvorsorge bleibt denn auch kaum etwas übrig. Einzahlungen in die zweite Säule sind deshalb oft illusorisch oder sehr bescheiden. Ein Rentenvorbezug für Personen mit wenig Lohn bleibt somit eine theoretische Übung und hat kaum Relevanz für ihr konkretes Leben.

- ◆ Bei den später noch durchzuführenden Anpassungen des BVG müssen die Eintrittsschwelle in die Pensionskasse und der Koordinationsabzug gesenkt werden.

2.2 Neue Rentenformel

Der Bundesrat schlägt für Frauen der Übergangsgeneration mit tiefen Einkommen eine Anpassung der Rentenberechnungsformel vor. VASK SCHWEIZ begrüsst diese Massnahme, verlangt allerdings, dass sie nicht nur für neun Jahre eingeführt wird, sondern ohne zeitliche Beschränkung. Sie soll zudem sowohl für Frauen als auch für Männer gelten. Im Übrigen muss die neue Rentenformel auch auf die Berechnung der IV-Renten angewendet werden. Nur damit wird eine Einheit der ersten Säule gewährleistet.

3 Weitere Massnahmen

Der Bundesrat stellt weitere Massnahmen zur Diskussion: Wer die AHV-Rente vorbezieht, dessen Rente soll weniger stark als bisher gekürzt werden. Wer länger als bis 65 arbeitet, dessen Rente soll sich verbessern. Rentenaufschub und Rentenvorbezug sollen kombiniert werden können.

VASK SCHWEIZ begrüsst die Massnahmen ausdrücklich. Sie ermöglichen es auch Menschen mit psychischen Behinderungen, vermehrt und verstärkt in Übereinstimmung mit ihrer gesundheitlichen Situation im Arbeitsprozess bleiben und eine AHV-Teilrente vorbeziehen zu können.

4 Zusatzfinanzierung

VASK SCHWEIZ spricht sich für die vorgeschlagene MWST-Erhöhung von 1,5% aus. Allerdings fordert VASK SCHWEIZ den Bundesrat auf, unbedingt weitere Finanzierungsquellen zu prüfen und zu erschliessen. Namentlich könnten dies eine Tobintax sein, eine Digitalsteuer und/oder eine Kapitalverschiebungssteuer etwa im Bereich Eigenhandel der Banken.

C Zusätzliche Anliegen

1 Einführen eines Behinderungsausgleichs

Menschen mit psychischen Behinderungen sehen sich oft in der Situation, dass sie aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation nicht Vollzeit arbeiten können. Sie haben während ihres Berufslebens einerseits Mindereinnahmen, andererseits nicht selten Mehrausgaben. Eine weitere Folge der Benachteiligung ist der geschmälerete Aufbau einer adäquaten Altersvorsorge. In der zweiten

Säule ist dies besonders augenfällig und schränkt die Betroffenen somit auch nach Erreichen des Pensionsalters ein.

Für Menschen mit Behinderungen ist eine Ausgleichszahlung analog der Mutterschaftsversicherung einzuführen.

2 Erweiterung Anspruch auf Betreuungsgutschriften

Heute ist der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit einer Hilflosenentschädigung (HE) mittleren oder schweren Grades beschränkt. Die Pflege und Betreuung eines Angehörigen sind emotional und körperlich anstrengend. Es sind ehrenvolle Tätigkeiten, die aus Liebe, Loyalität und Verantwortungsgefühl übernommen werden. Dabei müssen die Angehörigen häufig eigene Interessen zurückstellen. Leider wird der Wert ihrer Arbeit immer noch zu wenig anerkannt. Darüber hinaus ist es erwiesen, dass Angehörige zu sein von psychisch Kranken das grösste Risiko darstellt selber psychisch krank zu werden. Dieses Engagement und die damit verbundenen gesundheitlichen Risiken müssen unbedingt zumindest mit der Erweiterung des Anspruchs auf Betreuungsgutschriften auch bei leichter HE anerkannt werden.

VASK SCHWEIZ beantragt, dass der Anspruch auf Betreuungsgutschriften auf Angehörige von Personen mit HE leichten Grades ausgedehnt wird.

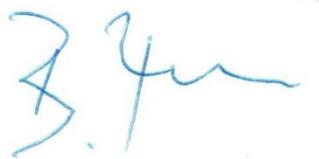
3 Rechtsgleichheit für IV- und AHV-Rentenbeziehende bei Hilfsmitteln, Hilflosenentschädigung und Assistenzbeitrag

Je älter wir werden, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass wir Hilfsmittel, eine Hilflosenentschädigung oder Assistenzleistungen benötigen. Vorab aus historischen Gründen bestehen allerdings erhebliche Unterschiede bei der Gewährung dieser Leistungen, je nachdem, ob man sie bereits vor 64/65 Jahren oder erst danach benötigt.

VASK SCHWEIZ empfiehlt, die Reform «AHV'21» dazu zu nutzen, eine Angleichung bei den genannten Leistungen vorzunehmen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Sie dienen dem Wohl von Angehörigen und Betroffenen.

Freundliche Grüsse



Bruno Facci
Präsident VASK Schweiz



Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

emina.alisic@bsv.admin.ch

**VSEI
USIE**

Limmatstrasse 63
8005 Zürich
044 444 17 17
www.vsei.ch

Zürich, 24. August 2018

mr

Vernehmlassung: Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Damen und Herren

Im Namen des Verbands Schweizerischer Elektro-Installationsfirmen (VSEI) danken wir Ihnen für die Möglichkeit, zur angedachten Stabilisierung der AHV (AHV 21) Stellung nehmen zu können.

Der VSEI ist die Berufsorganisation für rund 2'000 Elektro- und Telekommunikations-Installationsfirmen mit über 40'000 Mitarbeitenden. Jährlich schliessen ca. 3'000 Lernende ihre Grundbildung in einem der VSEI-Berufe Elektroinstallateur, Montage-Elektriker, Telematiker und Elektroplaner ab. Die Ausbildung zum Elektroinstallateur EFZ gehört zu den zehn meist gewählten Grundbildungen. Mehr als 1'300 Personen absolvieren jährlich eine Prüfung auf Niveau Berufsprüfung und höhere Fachprüfung. Damit ist die Branche eine der grössten Ausbilderinnen im Bereich der handwerklichen Berufe in der Schweiz.

Der VSEI erachtet die rasche Sicherung der Renten und die Stabilisierung der AHV als zwingend. Er sieht beim vorliegenden Gesetzesentwurf aber grossen Korrekturbedarf: Die Vorlage konzentriert sich einseitig auf die Einnahmen der AHV, ohne bei den Leistungen zukunftstaugliche Konzepte zu entwickeln. Auf diesem Weg müssten bereits 2028 weitere Massnahmen getroffen werden.

Mit dem Scheitern der Altersreform 2020 hat sich der Handlungsdruck im Vorsorgesystem der Schweiz weiter verschärft. Der VSEI begrüsst, dass der Bundesrat bei der Neuauflage der Reform die 1. und die 2. Säule getrennt behandeln will. So dürfte sich auch die Chance der beiden Reformschritte an der Urne erhöhen.

Unklar ist, wie sich die Beratung der Steuervorlage 17 auf die geplante Reform auswirken soll. Der VSEI hat einige Bedenken hinsichtlich der Einheit der Materie, sollte die Steuervorlage an die Urne kommen. Er stimmt deshalb dem Bundesrat zu, der seinen Vorschlag ohne Berücksichtigung der Steuervorlage ausgearbeitet hat.

Befremdlich findet der VSEI, dass der Bundesrat von einer Verknüpfung der Mehrwertsteuererhöhung um 1,5% und der Angleichung des Referenzalters von Mann und Frau absieht. Damit steigt die Gefahr, dass die AHV nur einnahrseitig reformiert wird. Dies wirkt auch deshalb stossend, weil grundsätzlich wenig an den Leistungen der AHV geändert wird. Neben der Erhöhung des Referenzalters der Frauen soll vor allem der Rentenbezug flexibilisiert werden.

Unverständlicherweise geht der Bundesrat hier den Weg eines eigentlichen Leistungsausbaus: Einerseits können Männer bereits ab 62 statt wie bisher ab 63 Jahren ihre Rente vorbezahlen, und das bei einer tieferen Rentenkürzung als anhin (7,7% statt 13,6%); andererseits reduziert der Bundesrat den Anreiz, die Rente aufzuschieben, indem er den Zuschlag von 31,5% auf 25,7% reduziert. Für den VSEI muss sich die Flexibilisierung des Rentenalters im Rahmen der heute geltenden Parameter bewegen: Der Vorbezug ist mit einer Kürzung von 13,6% erst ab dem 63. Altersjahr möglich und der Zuschlag beträgt weiterhin 31,5%. Auch sollte der AHV-Freibetrag, welcher eine wichtige Entscheidungshilfe bei der Weiterarbeit darstellt, von 1'400 Franken auf 2'000 Franken erhöht werden.

Der VSEI sieht ein, dass bei der Erhöhung des Referenzalters für Frauen geeignete Kompensationsmassnahmen getroffen werden müssen. Er gibt dabei der vorgeschlagenen Variante 1 den Vorrang, möchte aber die Massnahmen nur jenen Jahrgängen zukommen lassen, welche unmittelbar von der schrittweisen Erhöhung betroffen sind, also den Jahrgängen 1958 bis 1961.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Simon Hämmerli
Direktion



Michael Rupp
Öffentlichkeitsarbeit

**VSEI
USIE**

Limmatstrasse 63
8005 Zürich
044 444 17 17
www.vsei.ch

Vereinigung Cerebral Schweiz / Zuchwilerstr. 43 / 4500 Solothurn

Frau
Emina Alisic
BSV
Emina.alisic@bsv.admin.ch

Solothurn, 31. August 2018

Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Die Vereinigung Cerebral Schweiz vertritt als Dachorganisation von 20 regionalen Vereinigungen mit rund 6000 Mitgliedern landesweit die Anliegen der Menschen mit cerebraler Bewegungsbehinderung und/oder Mehrfachbehinderung sowie jene ihrer Angehörigen und von Fachleuten. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung zur AHV-Revision:

- Grundsätzlich ist die Absicht des Bundesrats zu begrüessen, die Finanzierung der AHV langfristig sicherzustellen. Die demografische Bevölkerungsentwicklung darf nicht zu einem Leistungsabbau von Sozialversicherungen führen. Vielmehr muss der Finanzbedarf in einem ständigen Prozess evaluiert werden. Allfällige überflüssige Aufwendungen in den Bereich Sozialversicherung umgelagert werden.
- Vom Rentenalter zum Referenzalter: Einführung eines flexiblen Modells

Die Einführung des Referenzalters birgt für Menschen mit Behinderung etliche Stolpersteine. Um Diskriminierung von Erwerbstätigen mit Anspruch auf Leistungen der Invalidenversicherung vorzubeugen, muss der Anspruch auf IV-Leistungen bis zum 70. Altersjahr erhöht werden. Grundsätzlich lehnen wir die Erhöhung des Rentenalters für Frauen ab. Viele unserer Mitglieder sind behinderungsbedingt nicht in der Lage, bis zum Erreichen des AHV-Alter erwerbstätig zu sein. Zudem sind viele Mütter in der Unterstützung ihrer teilweise schwerstbehinderten Töchter und Söhne über Jahrzehnte ausserordentlich stark gefordert mit entsprechenden Verschleiss-Symptomen.

- Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Referenzalters der Frauen
Hier befürwortet die Vereinigung Cerebral Schweiz die Variante mit CHF 800 Millionen. Insbesondere unterstützen wir den Vorschlag, dass Frauen mit tiefen Einkommen, die bis zum 65. Altersjahr arbeiten, von einer Neuberechnung und damit einer höheren Rente profitieren.
- Flexibilisierung des Rentenbezugs

Vereinigung Cerebral Schweiz | Association Cerebral Suisse | Associazione Cerebral Svizzera

Zuchwilerstrasse 43 | 4500 Solothurn | +41 32 622 22 21

info@vereinigung-cerebral.ch | www.vereinigung-cerebral.ch | Postkonto 45-2955-3

Die Flexibilisierung des Rentenbezugs setzt unseres Erachtens die Anpassung der Gesetzgebung im Bereich der Invaliden-, Unfall- und Militärversicherung voraus. Um Rechtsgleichheit sicherzustellen, insbesondere in der Berechnung der AHV-Rente, muss der Anspruch auf Leistungen der erwähnten Sozialversicherungen auf 70 Jahre erhöht werden, insbesondere für Personen, die über das Referenzalter hinaus erwerbstätig sind.

- AHV: Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Sicherung der AHV

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1.5 Prozentpunkte wird von der Vereinigung Cerebral Schweiz abgelehnt. Wir vermissen hier die effektive Berücksichtigung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen. Mit der vorgeschlagenen Lösung ist eine langfristige Finanzierung der AHV nicht gesichert. Wir bevorzugen eine Finanzierung via Erhöhung der Lohnprozente.

Insgesamt stellen wir fest, dass der Bundesrat nicht gewillt ist die Finanzierung der Altersvorsorge sozialverträglich, nachhaltig und längerfristig zu sichern. Mit dieser Politik riskiert er in den kommenden Jahren infolge ständiger Rentenkürzungen in der 1 und 2. Säule eine starke Zunahme von Ergänzungsleistungen und einer Verarmung vieler Seniorinnen und Senioren.

Aus diesen Überlegungen lehnt die Vereinigung Cerebral Schweiz die vorliegende AHV-Revision ab.

Die Vereinigung Cerebral Schweiz wird die Weiterentwicklung des Themas mit grossem Interesse verfolgen und nicht zögern, sich bei Bedarf erneut dazu zu äussern.

Wir danken Ihnen für das Interesse und stehen Ihnen für alles Weitere zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Vereinigung Cerebral Schweiz



Rolf Schuler
Mitglied des Zentralvorstandes
Präsident Behindertenpolitische Kommission (BEKO)

Konrad Stokar
Geschäftsleiter Kommunikation

Einschreiben

Bundesamt für Sozialversicherungen
Geschäftsfeld AHV, berufliche Vorsorge
und EL
Bereich Leistungen AHV/EO/EL
Effingerstrasse 20
3003 Bern

Luzern, 17. Oktober 2018
B0003857 / BO - LT

lic. iur. HSG Marco Bolzern
Rechtsanwalt und Notar

lic. iur. Markus Haas
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt SAV Arbeitsrecht

lic. iur. Thomas Räber
Rechtsanwalt

lic. iur. Claudia Erbin
Rechtsanwältin und Notarin
Fachwältin SAV Familienrecht

Dr. iur. Claudio Nosetti
Rechtsanwalt und Notar
Fachanwalt SAV Strafrecht

MLaw Brigitte Scheuber
Rechtsanwältin

MLaw Sonja Geiser
Rechtsanwältin

MLaw Roman Pfäffli
Rechtsanwalt

MLaw Nicole Gerber
Rechtsanwältin

MLaw Jennifer Dahinden
Rechtsanwältin

MLaw Thea Leuthold
Rechtsanwältin

eingetragen im Anwaltsregister

info@bhup.ch
www.bhup.ch

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Berset

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehme ich zu den von Ihnen vorgeschlagenen Massnahmen zur Stabilisierung der AHV wie folgt Stellung:

1. Die Vorlage zur Sicherung der Finanzierung der AHV (AHV21) enthält insbesondere auch die Massnahme der Angleichung des Referenzalters für Frauen und Männer auf 65 Jahre. Den vorgeschlagenen Art. 29^{bis} Abs. 2 AHVG erachte ich im Hinblick auf die Festlegung einer Altersgrenze als äusserst problematisch. Denn trotz der in Art. 3 Abs. 1 AHVG statuierten Pflicht zur Beitragszahlung nach Erreichen des Referenzalters werden gemäss des vorgeschlagenen Art. 29^{bis} Abs. 2 AHVG bei der Ermittlung des Rentenanspruchs noch immer lediglich die bis zur Erreichung des Referenzalters einbezahlten Beiträge berücksichtigt. Im Hinblick auf die durch die Bundesverfassung garantierten Grundrechte und im Hinblick auf die Rechte und Freiheiten nach der Europäischen Menschenrechtskonvention ist diese Nichtberücksichtigung der Beitragsjahre und des Erwerbseinkommens nach Erreichen des

Referenzalters unter gleichzeitig geltender Verpflichtung zur Beitragszahlung unrechtmässig.

Unrechtmässigkeit nach dem Gesichtspunkt des Diskriminierungsverbots der BV

2. Das Gleichheitsgebot nach Art. 8 BV statuiert, dass jeder Mensch in seiner unantastbaren Würde gleich geschützt ist und deshalb gleich behandelt und respektiert werden soll. Eine Diskriminierung liegt vor, wenn eine Person aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe ungleich behandelt wird. Die Diskriminierung stellt eine qualifizierte Ungleichbehandlung von Personen in vergleichbaren Situationen dar, indem sie eine Benachteiligung von Menschen bewirkt, die an Unterscheidungsmerkmale anknüpft, die einen wesentlichen und nicht oder nur schwer aufgebaren Bestandteil der Identität der betroffenen Personen (gemäss Abs. 2 des vorgenannten Artikels) ausmachen. Das Alter ist ein solcher nicht aufgebbarer Bestandteil der Identität einer Person.
3. Eine solche rechtsungleiche Behandlung kann qualifiziert gerechtfertigt werden. Dafür muss die Benachteiligung aber sowohl legitime Ziele und Zwecke erreichen wollen, als sie auch dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit genügen muss. Das Diskriminierungsverbot hat also rechtlich die Bedeutung, dass ungleiche Behandlungen einer besonders qualifizierten Begründungspflicht unterstehen.¹ Mit Bezug auf die Gründe, die eine Schlechterstellung wegen des Alters rechtfertigen können, geht Art. 8 Abs. 2 BV zwar nicht über die Anforderungen des allgemeinen Gleichheitssatzes hinaus; hingegen gilt im Rahmen der Verhältnismässigkeitprüfung bei einem Verdacht einer unzulässigen Differenzierung nach dem Alter ein etwas strikterer Massstab, um so dem mit Art. 8 Abs. 2 BV gewollt höheren Schutz Rechnung zu tragen.²
4. In der Literatur soll die bisherige Ungleichbehandlung von Personen im Pensionsalter mit dem Gedanken der Solidarität, auf welchem die AHV beruht, gerechtfertigt werden. Zwar ist richtig, dass die AHV auf einem Solidaritätsgedanken aufbaut. Das Ziel dieses Solidaritätsgedanken ist jedoch vorwiegend, dass weniger gut verdienende Versicherte von Beiträgen der besser verdienenden Versicherten profitieren, indem die Auszahlung der Rente gegen oben limitiert wird und die besser verdienenden Versicherten trotz höheren Einzahlungen

¹ BGE 136 I 121 E. 5.2 S. 127; BGE 135 I 49 E. 4.1 S. 53; BGE 129 I 392 E. 3.2.2 S. 397; Urteil 8C_169/2009 vom 28. Juli 2009 E. 4.2.1; je mit Hinweisen.

² BGE 138 I 265 E. 4.3 S. 268.

nur eine sogenannte Maximalrente erreichen können. Sodann muss eine rechtsungleiche Behandlung aufgrund des Solidaritätsgedankens zwingend dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit genügen.

5. Personen, die nach Erreichen des Referenzalters noch immer arbeitstätig bleiben, sollen jedoch für die nach Erreichen des Referenzalters gesetzlich geschuldeten Beiträge überhaupt keine staatliche Gegenleistung erhalten (dies entspricht auch der aktuellen Fassung von Art. 29^{bis} AHVG bzgl. des Pensionsalters). So stützen Personen mit fortbestehender Arbeitstätigkeit im Pensionsalter das System der AHV weiterhin, ohne für diese Leistungspflicht eine Gegenleistung zu erhalten. Es ist nicht ersichtlich, weshalb Personen im Pensionsalter die gesamten nach Erreichen des Pensionsalters erwirtschafteten Beiträge im Sinne des Solidaritätsgedankens aufopfern müssen, während gut verdienende jüngere Personen lediglich einen Teil der Beiträge im Sinne des Solidaritätsgedankens aufopfern. Diese Ungleichbehandlung von Personen nach Erreichen des Referenzalters kann sodann keinesfalls qualifiziert gerechtfertigt werden. Insgesamt muss deshalb geschlossen werden, dass die bisherige und auch die vorgeschlagene Gesetzgebung der Alters- und Hinterlassenenversicherung in unverhältnismässiger Weise Unterscheidungen trifft, weshalb insbesondere Art. 29^{bis} Abs. 1 i.V.m. Art. 3 Abs. 1 AHVG im Widerspruch zum Diskriminierungsverbot aus Art. 8 Abs. 2 BV steht.
6. Da mit verbesserter medizinischer Versorgung ausserdem vermehrt Personen über die Pensionierung hinaus arbeiten, ist die Nichtberücksichtigung der AHV-Beiträge sodann im Allgemeinen stossend. Die neuere Altersforschung zeigt, dass eine Altersgrenze als Limitierung der Anrechnung nicht als sachbezogenes Kriterium gelten kann.³ Einerseits verläuft der Alterungsprozess in hohem Masse individuell, andererseits wird die fortgesetzte Erwerbstätigkeit nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters aufgrund der sich immer verbessernden medizinischen Versorgung vermehrt möglich und praktiziert. Die Altersgrenze der effektiven Pensionierung wird sich in absehbarer Zukunft deshalb voraussichtlich weiter verschieben.

³ Zum Forschungsstand Altersdiskriminierung siehe: <http://www.altersdiskriminierung.ch/index.php?id=38> (Zugriff: 03.09.2018).

Unrechtmässigkeit nach dem Gesichtspunkt des Diskriminierungsverbots der EMRK

7. Die EMRK ist von der Schweiz am 03. Oktober 1974 ratifiziert worden und am 28. November 1974 für deren Gebiet in Kraft getreten. Ihrer Natur nach gebührt der EMRK damit als internationales Recht Vorrang vor nationaler Gesetzgebung. Grundsätzlich ist die Festlegung von Steuern, Beiträgen und Abgaben zwar Sache der Einzelstaaten, darunter fallen auch Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung. Der EGMR hat jedoch in diesem Zusammenhang bereits in mehreren Fällen eine Missbrauchskontrolle vorgenommen.
8. Die Europäische Menschenrechtskonvention enthält in Art. 14 ein akzessorisches Diskriminierungsverbot. Aus mehreren Entscheiden des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte lässt sich erkennen, dass der EGMR das Alter unter «anderer Status» subsumiert und die Diskriminierung wegen des Alters im Anwendungsbereich der EMRK somit verbietet.⁴ Auch die Kommentarliteratur zu Art. 14 EMRK führt „Alter“ als Grund auf, der unter „Status“ zu subsumieren ist.⁵ Im Übrigen findet sich ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot im zwölften Zusatzprotokoll der EMRK.
9. In den vorstehenden Ziffern konnte bereits dargelegt werden, dass ältere Personen durch die Nichtberücksichtigung der Rentenbeiträge ab Erreichen des Referenzalters (vgl. Art. 29^{bis} Abs. 1 AHVG) unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Bezahlung von AHV-Beiträgen (vgl. Art. 3 Abs. 1 AHVG) einzig aufgrund ihres Alters eine weniger günstige Behandlung erfahren, als Personen, die das Referenzalter noch nicht erreicht haben. Eine solche Ungleichbehandlung einzig aufgrund des Alters stellt eine Verletzung des Diskriminierungsverbots nach Art. 14 EMRK dar, welche aufgrund der Unverhältnismässigkeit sodann nicht gerechtfertigt werden kann. Um Wiederholungen zu vermeiden wird insbesondere bzgl. der Ungleichbehandlung und der Verhältnismässigkeitsprüfung auf die Ausführungen in vorstehenden Ziffern verwiesen.
10. Insgesamt kann geschlossen werden, dass die bestehende und die vorgeschlagene Gesetzgebung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (und dabei insbesondere Art. 29^{bis} Abs. 1 i.V.m. Art. 3 Abs. 1 AHVG) auch im Widerspruch zu Art. 14 EMRK steht.

⁴ etwa EGMR vom 22.10.1981, Nr. 7525/ Dudgeon vs. United Kingdom, Rz. 67–70, oder Menschenrechtskommission vom 13.10.1986, Vr. 11077/64, Nelson vs. United Kingdom.

⁵ etwa JOCHEN A FROWEIN/WOLFGANG PEUKERT, Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK-Kommentar, 3. Aufl., Kehl 2009, Rz. 33 zu Art. 14 EMRK.

Unrechtmässigkeit nach dem Gesichtspunkt des Eigentumsschutzes der EMRK

11. Art. 1 des ersten Zusatzprotokolls der EMRK statuiert das Recht auf Achtung des Eigentums. Der Eingriff in das Eigentumsrecht ist gemäss Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 1 des ersten Zusatzprotokolls untersagt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erkennt den Rechtspositionen der Sozialversicherung ausdrücklich Eigentumsschutz zu. So hat der EGMR in diversen Urteilen die Eigentumsqualität bestimmter Rechtspositionen aus der Sozialversicherung anerkannt.⁶
12. Sodann hat der EGMR in seinem Urteil *Christian Müller v. Austria* vom 16. Dezember 1974 ausdrücklich entschieden, dass durch die (freiwillig geleisteten) Beitragsleistungen an das Sozialversicherungssystem ein finanzieller Anspruch des Beitragsleistenden an einer angemessenen Beteiligung an diesem Fond entsteht.⁷ Der EGMR entschied, dass die an das Sozialversicherungssystem freiwillig geleisteten Beiträge zu einem Eigentumsrecht des Klägers führten und die Nichtberücksichtigung der freiwilligen Beitragszahlungen bei der Berechnung des Rentenanspruchs eine Verletzung von Art. 1 ZP 1 EMRK darstelle. Die Österreichische Pensionsversicherung bewertete diese freiwillig bezahlten Beiträge als „contributions to a supplementary pensions scheme“ – und damit als Beiträge zu einer „Zusatzrente“. Aufgrund dieser Einstufung der freiwillig bezahlten Beiträge als Beiträge zur „Zusatzrente“ erhielt der Kläger einen kleineren Rentenanspruch als bei einer Berücksichtigung der freiwillig bezahlten Beiträge als „ordentliche Altersrente“. Der Kläger rügte deshalb insbesondere den teilweisen Verlust des Rechts auf eine volle Rente und damit den Verstoß gegen Art. 14 EMRK i.V.m Art. 1 ZP 1 EMRK. In gleicher Weise hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof einen Verstoß gegen Art 14 i.V.m. Art. 1 ZP 1 EMRK bejaht, wenn eine Pension ganz entzogen wird.⁸
13. Wenn nun der EGMR ausdrücklich die Eigentumsrechte an den freiwilligen Beitragsleistungen unter den Schutz von Art. 1 ZP 1 EMRK stellt, so muss gleiches insbesondere für Beitragsleistungen gelten, die gestützt auf eine gesetzliche Verpflichtung geleistet werden müssen. Indem die vorgeschlagene und vorherrschende Gesetzgebung der Alters- und

⁶ *Gaygusuz v. Austria*, Judgement of 16. September 1996, Reports 1996-IV, pp. 1141-1142. Diesem Urteil folgte der Gerichtshof auch in zahlreichen weiteren Fällen wie etwa *Wessels-Bergervoet v. Netherlands* (Appl. No. 34462/97, endgültige Zulässigkeitsentscheidung vom 3. Oktober 2000), *Koua Poirrez v. France* (Urteil vom 30 September 2003), *Kjartan Asmundsson v. Iceland* (Urteil vom 12. Oktober 2004), *Svetlana Naumenko v. Ukraine* (Urteil vom 9. November 2004), *Gorokhov and Rusyayev v. Russia* (Urteil vom 17. März 2005), u.W.

⁷ *Christian Müller v. Austria*, Judgement of 16. Dezember 1974, No 5849/72.

⁸ EGMR vom 12.10.20074, 60669/00 Nr. 45 Slg. 041-IV – *Kjartan -Asmundson Island*.

Hinterlassenversicherung eine Pflicht zur Beitragszahlung auch nach Erlangen des Referenzalters (bzw. des ordentlichen Rentenalters) statuiert, diese Beitragszahlung aber nicht bei der Berechnung der Altersrente berücksichtigt, verpflichtet sie zu einer Leistungspflicht ohne Gegenleistung. Gemäss vorgenannter Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs ist dies als Eingriff in das Eigentumsrecht nach Art. 14 EMRK i.V.m. Art. 1 ZP 1 EMRK zu bewerten.

14. Der Eingriff in das Eigentum nach Art. 1 ZP 1 EMRK kann sodann nicht mit öffentlichen Interessen gerechtfertigt werden, da bereits in den vorstehenden Ziffern dargelegt wurde, dass die Verhältnismässigkeit bei der Nichtberücksichtigung der AHV-Beiträge ab dem Referenzalter nicht erfüllt sein kann. Eine Ungleichbehandlung von älteren Personen ist aufgrund des oben erläuterten Solidaritätsgedankens deshalb nicht verhältnismässig und zumutbar.
15. Insgesamt kann geschlossen werden, dass die in der gemäss der Gesetzgebung der Alters- und Hinterlassenversicherung statuierte Leistungspflicht ohne Gegenleistung als Eingriff in das Eigentumsrecht nach Art. 14 EMRK zu bewerten ist.

Fazit:

Auch wenn die bisherige Gesetzgebung diese unrechtmässige Ungleichbehandlung von älteren Personen seit mehreren Jahren verankert hatte, darf eine revidierte Gesetzgebung diese Unrechtmässigkeit nicht mehr weiterführen. Der vorgeschlagene Art. 29^{bis} Abs. 2 AHVG ist entsprechend dahingehend abzuändern, dass sowohl die Beitragsjahre (zumindest bei fehlenden Beitragsjahren) als auch das Erwerbseinkommen nach Erreichen des Referenzalters bei der Rentenberechnung mitberücksichtigt werden, ansonsten Personen ab Erreichen der Altersgrenze von der Beitragspflicht zu befreien sind – womit wiederum der vorgeschlagene Art. 3 Abs. 1 AHVG entsprechend abzuändern ist.

Für Ihre Kenntnisnahme danke ich Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse


Marco Bolzern

Christian Affolter
Expert en caisses de pensions
Rue de Chaux 27
2800 Delémont
079 816 7441

Participation à la consultation sur la Stabilisation de l'AVS (AVS 21)

1. Participation à la Consultation sur la Stabilisation de l'AVS

En ma qualité d'expert en caisses de pensions, je suis convaincu de la nécessité de modifier certains paramètres de la loi sur l'AVS afin de coordonner l'évolution des recettes et des dépenses de cette dernière et soutient entièrement le Conseil fédéral, sur le fond, dans sa démarche de revenir avec un nouveau projet afin de stabiliser les finances de l'AVS.

Cette assurance fonctionnant selon le principe de la répartition, afin de freiner ses dépenses, il n'est possible d'agir que sur le niveau des prestations, à savoir soit en diminuant les perspectives de rente futures, soit en repoussant l'âge de référence de l'AVS. Par ailleurs, une augmentation de la TVA ou du taux de cotisations permet notamment d'augmenter les recettes de l'AVS.

Or, aucune des mesures précédentes susmentionnées n'est populaire. Il convient, dès lors, de proposer des mesures qui soient proportionnées et équitables.

2. Proposition du Conseil fédéral

- **Fixer un âge de référence à 65 ans pour les hommes comme pour les femmes**

Dans le cadre de cette participation à ladite consultation, je me limiterai à relever le fait que la proposition du Conseil fédéral de relever l'âge de référence uniquement pour les femmes n'est pas idéal.

3. Contre-proposition

Fixer un âge de référence à 66 ans pour les hommes et à 65 ans pour les femmes

4. Argumentations

- Harmoniser l'âge de référence n'a de sens que si, durant l'année écoulée, la rente moyenne en francs versée aux nouveaux retraités masculins est plus ou équivalente à celle versée aux nouvelles retraitées. Or, tel n'est manifestement pas le cas aujourd'hui.
- L'espérance de vie augmente autant pour les hommes que pour les femmes. Ces dix dernières années, elle a même augmenté davantage pour les hommes que pour les femmes.
- Le peuple s'est déjà exprimé sur cette question dans le cadre de la votation « Prévoyance vieillesse 2020 ». Un sondage effectué après cette votation a montré que le refus du peuple a été motivé principalement par l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes.
- Le Conseil fédéral relève qu'il n'est pas adéquat d'augmenter l'âge de référence au-delà d'un certain seuil pour différentes raisons (accès au marché du travail pour les travailleurs âgés notamment). Cependant, il se contredit, car il propose tout de même d'augmenter l'âge de référence pour les femmes. Ainsi, ce qui n'est pas adéquat pour certains, devrait l'être pour d'autres ?

5. Conclusions

Demander un effort aux femmes, alors que cette catégorie de personne exerce majoritairement des activités non rémunérées (femmes au foyer) ou moins rémunérées que celles des hommes n'est pas justifié.

Tout le monde s'accorde à admettre qu'il est nécessaire de trouver des solutions pour stabiliser les finances de l'AVS. Ainsi, la contre-proposition faite dans le présent document touche toutes les catégories de personnes :

- Les hommes et les femmes cotisants à l'AVS qui devront travailler une année de plus ou accepter une réduction de leur rente.
- Les retraités, au même titre que les autres catégories de personnes en Suisse, devront accepter une augmentation de la TVA

Ainsi, en partageant les efforts entre tous, les chances de réussite du projet devant le peuple s'en verront renforcées.

Christian Affolter, expert en caisses de pensions